

Probleme des Polentums in Preußen zwischen 1815 und 1871

- Das preußische Staatsgefüge, seine Gesetzgebung
und die Nationalitätenfrage - Die rechtliche Stellung
der polnischen Untertanen und ihre Konflikte mit
der preußischen Staatsregierung -

von

Dr. iur. utr. HEINRICH E. O. HARTMANN

aus Berlin

1973

Probleme des Polentums in Preußen zwischen 1815 und 1871

- Das preußische Staatsgefüge, seine Gesetzgebung
und die Nationalitätenfrage - Die rechtliche Stellung
der polnischen Untertanen und ihre Konflikte mit
der preußischen Staatsregierung -

INAUGURAL-DISSERTATION

der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität

zu Erlangen-Nürnberg



vorgelegt von

Dr. iur. utr. HEINRICH E. O. HARTMANN

aus Berlin

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Dezember 1973

Dekan: Univ.-Prof. Dr. Wolfdietrich Fischer

Referent: Univ.-Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps

Korreferent: Univ.-Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann



Meiner lieben Frau

und im Gedenken

an meine lieben Eltern

Inhaltsangabe

	Seite
Vorwort	I
A Preußische Staatsräson - Nationalstaatsidee	
und das Nationalitätenproblem	1
I Preußische Staatsräson	1
II Preußische Nationalstaatsidee	11
III Das Nationalitätenproblem	28
B Das Rechtsgefüge des Preußischen Staates	39
I Preußische Verfassungsproblematik	39
II Der Preußische Gesetzes- und Rechtsstaat	58
1. Zum Begriff des Gesetzes- und Rechtsstaates	58
2. Die in Preußen zwischen 1815 und 1871 geltenden Gesetze	63
a) Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten	63
b) Die Gesetzgebung	71
C Das Minoritätenproblem	76
Territorialbestand und Bevölkerungsentwicklung in Preußen von 1815 bis 1871	81
I Das Preußische Territorium	81
II Slawische Bevölkerungsteile im preußischen Osten	83
1. Polen	84
2. Masuren	93
3. Kaschuben	104
4. Preußisch-Litthauer	123
5. Schlesier, insbesondere Oberschlesier	130

III Die slawischen Minderheiten in der Gesamtprovinz Westpreußen	136
1. Zur Geschichte der Gesamtprovinz	136
2. Die Bevölkerungsstatistik und Zusammen- setzung zwischen 1815 und 1871	140
3. Die Rechtsposition der polnischen und kaschubischen Bevölkerungsteile	145
4. Die westpreußischen Polen und der deutsche Bund	148
E Die Situation für Preußen und Polen nach den Wiener Verträgen	155
I Das Besitznahme-Patent und der königliche Zuruf	164
II Zum Text der Urkunden	166
1. Das Besitznahme-Patent	166
2. Die königliche Proklamation	168
3. Der staatsrechtliche Gehalt der königlichen Proklamation	177
F Die Provinz Posen als integrierender und staatsrechtlicher Bestandteil des preußi- schen Staates	186
I Allgemeine Betrachtungen	186
II Die Grundsätze preußischer Polenpolitik vom Wiener Kongreß bis zur Reichsgründung	189
1. Die staatsrechtliche Stellung der Po- len in Preußen	194
a) Das Großherzogtum bzw. die Provinz Posen und der Preußische Staat	196
b) Die polnischen Abgeordneten und die Preußische Verfassung	199
c) Die Gesetzgebung für das Großherzog- tum bzw. die Provinz Posen seit 1815	206

2. Die Rechte der polnischen Bevölkerung	
im preußischen Staate	215
a) Allgemeines	215
b) Die Sprache des Gesetzes	217
c) Die Sprache der Verwaltung	220
d) Die Sprache der Justiz	226
e) Die Sprache des Unterrichts	229
f) Die Sprache der Kirche	236
G Die Konfliktsituation zwischen Preußen und Polen	239
I Ausgangsposition	239
II Die polnische Frage in ihren einzelnen Stadien	243
1. Der Sprachenkonflikt	243
2. Die Aufstände und ihre Konflikte	245
3. Der Weg zum Verfassungsstaat	252
4. Der gescheiterte Nationalstaat	254
5. Preußische konservative und liberale Polenpolitik	258
6. Die Folgen des 1848-Jahres	262
7. Konservative Nationalitätenpolitik	268
8. Das Posensche "Dilemma"	270
9. Die "Neue Ära"	277
III Bismarck und der preußische Osten	279
1. Die Alvenslebensche Konvention als Grundlage der preußischen Außenpolitik	286
2. Der liberale Standpunkt	293
3. Die Zeit von 1866 bis zur Reichsgründung	298
IV Die polnische Fraktion	302
1. Entstehung und Tätigkeit	302
2. Die westpreußische Polenvertretung	307
3. Die Bedeutung der Fraktion	311

	Seite
V Sprach- und Schulpolitik	314
1. Grundsätzliches zur Sprachpolitik	314
2. Die Sprache als Konfliktgrund	316
a) Die Verhältnisse in der Provinz Posen	319
b) Die Verhältnisse in der Gesamt- provinz Westpreußen	322
c) Die Verhältnisse im kaschubischen Raum	322
3. Der Sprachkonflikt und seine Entwick- lung	324
a) Die Situation im allgemeinen und auf schulischem Gebiet im besonderen	324
b) Die Verhältnisse in Oberschlesien und die Person Bogedains	327
c) Die Zeit von 1842 bis 1860	329
d) Die Zeit von 1862 bis 1871	331
4. Die schulischen Maßnahmen der preußi- schen Staatsregierung und die polni- schen Gegenvorstellungen	333
a) Die schulischen Verhältnisse bis zum Jahre 1842	333
b) Umgestaltung des Schulwesens aufgrund der polnischen antipreußischen Ein- stellung nach den Aufständen von 1846/1848	337
c) Kulturpolitisches Umdenken	340
d) Die Umgestaltung der Schulaufsicht in den Jahren zwischen 1850 und 1862 und die sich daran anschließende Kon- frontation	342

VI	Die kirchenpolitischen Konflikte	348
	1. Die Vorfeldsituation	348
	2. Theodor von Schön und die polnisch-katholische Kirche	352
	3. Der preußische Oberpräsident und seine Mitarbeiter	356
	4. Das preußische Kultusministerium und seine ersten Repräsentanten	359
	5. Die Germanisierungsfrage	361
	6. Die "Ära Flottwell" und die Polenpolitik	366
	7. Die Konflikte mit dem polnischen Klerus	374
	a) Erzbischof Leon von Przyluski	375
	b) Erzbischof Graf Mieczysław Ledóchowski	382
VII	Die agrarpolitische Situation	389
	1. Zur Historie der agrarpolitischen Frage	389
	2. Die Einwirkung der preußischen Regierung auf den polnischen Grundbesitz	393
	3. Die kreditpolitischen Maßnahmen der preußischen Regierung	395
VIII	Die Polnische Nationalliga (Liga Narodowa Polska)	403
	1. Zur Vorgeschichte ihrer Gründung	403
	2. Die Gründung und die Ziele des Nationalkomitees	405
	3. Die Bekämpfung der Liga durch die preußische Staatsregierung und die Auflösung der Liga	410
	4. Der Polnische Zirkel (Koło Polskie)	414
IX	Die polnische Presse und die Regierungsmaßnahmen	416
	1. Die verfassungsrechtliche Garantie	416
	2. Die Ausübung der freiheitlichen Rechte in den Provinzen Posen und Westpreußen	418

	Seite
X Das Verhalten der im preußischen Heer dienenden Polen	427
XI Die polnischen Aktionen	434
1. Die polnische Emigration und ihre Führungskräfte	434
2. Der geistige Gehalt der Emigration	439
3. Die verhaltene Kraft der Emigration	441
4. Die offene Agitation und ihre Einzelaktionen	445
a) Die Agitation des Klerus	446
b) Die Sprachagitation	447
c) Die Agitation der Emigration	449
5. Die Verhältnisse in Westpreußen	450
6. Die Verhältnisse in Oberschlesien	453
Schlußbetrachtung	455

Quellen- und Literaturverzeichnis

I Ungedruckte Quellen

1. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem:

Akten der Ostabteilung, B.-Abteilung

Repositor 30,1 (Acta der Königl. Preußischen
Regierung zu Bromberg)

Nr.: Betreff:

- | | |
|------|--|
| 366 | Die Eidesleistung der Beamten aus Anlaß des
Regierungsantritts Friedrich Wilhelm IV.
(1840) |
| 396 | Die Anstellung der Präsidenten, Direktoren
und Räte (1815) |
| 642 | Die Befürchtung von Unruhen im benachbarten
Polen (1847) |
| 650 | Die infolge des Pressegesetzes vom 5. VI. 1850
verbotenen Schriften |
| 658 | Mitteilungen aus polnischen Zeitungen (1888) |
| 768 | Bestimmungen wegen der National-Kokarde und
das Tragen fremder Farben (1822 - 1917) |
| 790 | Stimmung der Einwohner für oder gegen die
Preußische Regierung ab: 31. I. 1839 bis
8. II. (1839) |
| 1012 | Bestimmungen über Verlust und Erwerb der
Heimatrechte und Eintritt in fremden Staats-
dienst (1843 bis 1867) - Erwerb und Verlust
der Eigenschaft Preußischer Untertan (1842) |
| 1678 | Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen
Verhältnisse, Bd. I bis V (1815 bis 1839) |

Repositur A 180 (Acta der Königl. Preußischen
Regierung zu Danzig)

Nr.: Betreff:

- 2087 Die Agitation der Polen (1863 bis 1877)
2096 Die polizeiliche Kontrolle der Inländer,
 die an der polnischen Verschwörung betei-
 ligt waren (1847 bis 1849)
2098 Die Wahl der Mitglieder für die Erste
 Preußische Kammer (1848/49)

Repositur A 181 (Acta der Königl. Preußischen Regie-
rung zu Marienwerder)

Nr.: Betreff:

- 1202 Überwachung politischer Emissäre und anderer
 verdächtiger Personen (1845 bis 1865)
1294 Das polnische Associationswesen (1846)
1455 Die Volksbewegungen im Jahre 1848
1456 Unruhen der polnischen Bevölkerung im Jahre
 1843
1458 desgleichen
1459 Die im Königreich Polen ausgebrochenen Un-
 ruhen im Jahre 1868
2222 Statistische Tabellen für das Jahr 1861
2223
2450 Die verbotenen Schriften (1847 bis 1858)
4035 Untersuchung gegen den vormaligen Landrath
 von Kossowski wegen Übertritt zur polnischen
 Armee (1832 bis 1833)
4105 Bestimmungen über die, in Folge der im Jahr 1830
bis in Polen ausgebrochenen Revolution, in die
4109 diesseitigen Staaten übergetretenen Flücht-
 linge (1832 bis 1833)
4115 Die Rückkehr katholischer Geistlicher aus dem
 Königreich Polen (1831)
4150 Die Liga Polska im Conitzer Kreise (1849/50)

- 5091 Verhinderung von Religionsreibungen
(1824 bis 1838)
- 5116 Verhandlungen des Herren- und Abgeordneten-
hauses in Kirchen- und Schulangelegenheiten
(1868 bis 1869)
- 5271 Einwirkung der Landräte in das Innere der
kirchlichen Verwaltung (1819 bis 1833)
- 5312 Begriff der geistlichen Obern in Preußen
(gedruckte Abhandlung liegt bei) bis 1837
- 5331 Kirche: Wirkungskreis der Vorgesetzten und
anderen auswärtigen Behörden (1808 bis 1858);
1809 ff.
- 5406 Repertorium über Akten betr. katholische
Kirchenangelegenheiten
- 10037 Der religiöse Unterricht und die religiöse
Erbauung in den Blindenanstalten
- 10410 Die ermittelten politischen Umtriebe polni-
scher Flüchtlinge (1854)
- 14662 Die Liga Polska im Culmer Kreise (1848 bis 1850)
- 14663 Die Liga Polska im Schwetzer Kreise
(1848 bis 1852)
- 14664 Die Liga Polska im Löbauer Kreise
(1848 bis 1850)
- 14665 Die Liga Polska im Strasburger Kreise
(1848 bis 1850)
- 14666 Die Liga Polska im Graudenzener Kreise (1848)

Repositur A 191 (Acta des Königl. Landrathsamtes zu
Neustadt)

Nr.: Betreff:

- 117 Auszüge aus polnischen Zeitungen (1861)
- 562 Die in Folge der polnischen Revolution von
1830 ergangenen allgemeinen Bestimmungen
(1830 bis 1836)

Repositur A 205 (Acta des Königl. Landrathsamtes
Strasburg)

Nr.: Betreff:

- 33 Zeitungsberichte (1854 bis 1859)
152 Revolutionäre Kundgebungen unter der polnischen
Bevölkerung der Provinz (1863/64)

Repositur A 207 (Acta des Königl. Landrathsamtes zu
Thorn)

- 389 Die polnisch-politischen Umtriebe (1845 bis 1855,
391 1863 bis 1867)

Repositur A 308 (Acta der Königl. Polizeiverwaltung
zu Danzig)

- 4 Die Polnische Liga (1849 bis 1850)

2. Staatliches Archivlager Göttingen:

Repositur 2 (Acta des Königl. Oberpräsidiums von
Preußen)

Tit.: Nr.: Betreff:

- 20 48 Angelegenheiten, die katholische Kirche
betreffend, Vol. 2 und 3 (1834 bis 1844)
30 16 Geheime Gesellschaften, Abhaltung von
Volksversammlungen usw., Vol. 1
(1812 bis 1881)
30 29 Politische Vereine und geheime Verbindun-
gen, Vol. 1 (1848 bis 1873)
30 30 Unruhen im Auslande und deren Wirkungen auf
die diesseitige Bevölkerung, Vol. 1 bis 18
(1848 bis 1871)
39 38 Polizeiliche Überwachung der Presse,
Vol. 1 bis 3 (1850 bis 1874)

Repositor 2, II (Acta des Königl. Oberpräsidiums von
Preußen)

Nr.: Betreff:

- 1917 Veräußerungssachen, Nachsuchung der adligen
Qualität, Vol. 3 und 4 (1840 bis 1865)
- 1969 Erstattung der Jahresberichte in Folge der Re-
organisation der Verwaltungsbehörden im Jahre
1824 (1827 bis 1846)
- 2146 Die Angelegenheiten der katholischen Kirche,
Vol. 4 und 5 (1845 bis 1873)
- 2269 Die Verfassung und Einrichtung des katholischen
Kirchenwesens, Vol. 1 (1817 bis 1846)
- 2883 Die Verordnung vom 11. April 1848 über die Wahl
der preußischen Abgeordneten zur Deutschen
Nationalversammlung (1848 bis 1849)
- 3152 Die Revision der Volksschulen, Vol. 1
(1871 bis 1876)

3. Akten aus dem Deutschen Zentralarchiv,

Abteilung Merseburg (ehemaliges Geheimes
Preußisches Staatsarchiv) = DZA abgekürzt,

zit. bei: Siegfried Baske, Praxis und Prinzipien
der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Re-
aktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches.

(Das Institut für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte der Universität Bonn ist darum bemüht, einen großen Teil des meist nur handschriftlichen Materials des Deutschen Zentralarchivs, Abteilung Merseburg, mittels eines Lesegerätes in moderne Maschinenschrift umzusetzen. Die wissenschaftliche Auswertung des umfangreichen Materials muß noch durch die Forschung erschlossen werden.)

Repositur 76

- II Sect. II Gen.b Die politischen Volksvereine überhaupt
Nr. 130 und insbesondere die Theilnahme von Beamten und öffentlichen Lehrern an dergleichen Vereinen, namentlich zur Liga Polska in der Provinz Posen (1848 - 1888)
- II Sect. VIa Posen Die Anfertigung und Einsendung der von
Nr. 9 dem Oberpräsidium und den Konsistorien der Provinz Posen sowie der Regierung zu Posen zu erstattenden allgemeinen Jahres- oder Hauptverwaltungsberichte; Vol. V und VI (1847 bis 1872)
- IV Sect. 4 Abt. II Die Differenzen zwischen dem Erzbischof
Nr. 14 von Gnesen und Posen von Przyłuski und den Staatsbehörden (1853 bis 1864)
- IV Sect. 4 Abt. IV Das Benehmen des Erzbischofs von Gnesen-
Nr. 9 Posen bei der Insurrection in den polnischen Theilen des Großherzogthums Posen im Jahre 1848 (1848 bis 1863)
- IV Sect. 4 Abt. IV Das am 12. März 1865 erfolgte Ableben des
Nr. 10 Erzbischofs von Gnesen und Posen von Przyłuski und die Wiederbesetzung dieser Stelle; Vol. I und II (1865 bis 1866)
- VII neu Sect. 6BI Das Schulwesen im Regierungsbezirk Po-
Posen Teil I Nr.1 sen; Vol. II und III (1839 bis 1862)

Repositur 77

- Tit. 50 Nr. 21 Die Verwaltung der Provinz Posen und die
dabei befolgten Grundsätze; Vol. 2 und 3
(1840 bis 1867)
- Tit. 50 Nr. 21 Die Verschiebung des polnischen und
Adhib. 3 deutschen Grundbesitzes in den Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen
- Tit. 343 A Berichte pp. über polnische Agitationen
Nr. 122 sowie die Zustände in Polen; Bd. 1 bis 22
(1861 bis 1873)

- Tit. 503 Nr. 1 Die gegen Volksaufstände und Tumulte im Großherzogthum Posen zu nehmenden Sicherheitsmaßregeln; Vol. III und IV (1840 bis 1875)
- Tit. 503 Nr. 22 Die Unterdrückung neu beabsichtigter polnischer Unruhen in den Provinz Posen und in den angrenzenden Provinzen; Vol. I bis IX (1847 bis 1879)
- Tit. 539 Nr. 1 Die Abtrennung des deutschen und die Reorganisation des polnischen Theiles des Großherzogthums Posen; Vol. II bis IV (1848 bis 1861)
- Tit. 651 Nr. 1 Die Herausgabe und der Debit von Zeitungen, Zeit- und Flugschriften in dem Posenschen Regierungsbezirke; Bd. 1 (1843 bis 1874)

Repositur 89

- B X 1 bis 28 Zeitungsberichte der Regierungen zu Posen und Bromberg (1849 bis 1872)
- H II Posen Nr. 1 Das Ober-Präsidium des Großherzogthums Posen; Vol. I bis III (1830 bis 1910)
- H IX Posen Nr. 3 Die Angelegenheiten des Erzbisthums und der Domkapitel zu Gnesen und Posen; Vol. V und VI (1846 bis 1890)
- H XXI Posen Nr.9 Die revolutionären Umtriebe der Polen in der Provinz Posen (1860 bis 1871)

Repositur 90 a

- B III 2 b Nr. 6 Die im Königlichen Staats-Ministerium aufgenommenen Original-Protocolle; Bd. 37 bis 84 (1840 bis 1872)
- D I 2 Nr. 1 Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (politische Zustände und Polenpolitik); Vol. 1 (1815 bis 1885)

Repositur 92

Nachlaß v. Horn, Carl, Oberpräsident
Nachlaß v. Ladenberg, Adalbert,
Kultusminister
Nachlaß v. Manteuffel, Frhr. Otto,
Ministerpräsident; der politische
Nachlaß (1849 bis 1859)

Repositur 120

Abt. XI A Nr. 2 Der neue Credit-Verein für die Provinz
Posen (1856 bis 1878)

AA I Repositur 3 Das Erzbisthum Gnesen und Posen;
Nr. 292 Vol. VII (1866 bis 1878)

4. Akten aus dem Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen
(Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Poznaniu) Anm.)

OP II A 15 Das Ableben S. Majestät des Königs
Friedrich IV. und die Thronbesteigung
resp. Huldigung S. Majestät des Königs
Wilhelm I. sowie die damit in Verbindung
stehende Eidesleistung der Beamten
(1861 bis 1863)

OP VIII C 6 Zusammenstellung der gegen katholische
Geistliche der Provinz Posen begangenen
gerichtlichen Erkenntnisse und solcher
Vorfälle, durch welche katholische Geist-
liche politisch kompromittirt worden sind
und deren Verfolgung zum Theil bei den
Kgl. Staats-Anwaltschaften schwebt
(1862 bis 1866)

OP IX D 3 Der Erlaß vom 20. April 1850 in Bezug
auf das Vereinswesen und die hierauf
ergangenen landrätthlichen Berichte (1850)

Anm.) ebenfalls bei Baske, a.a.O., zitiert.

- OP IX D 320 Die an das Königl. Ministerium erstatteten Berichte über den Stand der polnischen Insurrection, resp. die öffentlichen Zustände in der Provinz (1863 bis 1865)
- OP X 26 Die Einsendung der Verzeichnisse von den im Großherzogthum Posen erschienenen Zeit- und Flugschriften (1826 bis 1849)
- OP X 69
1. Die Aufsicht über die Presse
 2. Überschreitungen derselben
 3. erhobene Anklagen wegen Preßvergehen
 4. Entziehung des Postdebts für periodische Schriften; Vol. I und II (1848 bis 1858)
- OP X 69 a Die Anzeigen der Unterbehörden pp. über neu entstandene und aufgehörte periodische Schriften (seit 1848) und Kautionsbestellungen (1848 bis 1852)
- OP XXIV D
III a 63 Verhandlungen betr. Auseinandersetzung des Staats mit der katholischen Kirche in Folge der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 und 31. Januar 1850, insbesondere rücksichtlich der Beaufsichtigung und Verwaltung des katholischen Kirch-, Pfarr- und Stiftungsvermögens; Vol. I (1849 bis 1857)
- OP XXIV D
III a 63
(ebenda) Das Regulativ vom 19. November 1850 über die Auseinandersetzung des Staates mit der katholischen Kirche; Vol. II (1861 bis 1906)

II Zeitungen, Zeitschriften und dergleichen

Anm.)

1. Deutsche Edition

Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissen-
schaften
Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Posen,
Archiv für bürgerliches Recht
Beiträge zur Kunde Preußens
Culmer Zeitung
Der ostdeutsche Volksboden
Deutsche Monatshefte in Polen
Deutsche Vierteljahreszeitschrift
Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen
Deutsche historische Zeitschrift für Posen
Die Grenzboten (Wochenschrift, Leipzig)
Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Ver-
fassungsgeschichte
Gesetzsammlung für die preußischen Staaten
Geschichte und Staat
Grenzmärkische Heimatblätter
Gumbinner Intelligenzblatt für Litauen
Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums
Historische Zeitschrift
Jahresberichte der deutschen Geschichtswissen-
schaft
Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.
Jahrbücher für amtliche Statistik des Preussischen
Staates
Jahrbuch für die Geschichte Ostpreußens
Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik
Justiz-Ministerialblätter
Kabinetts-Ordres

Anm.) Die jeweiligen Fundstellen sind im Text ange-
geben.

Königsberger Hartungsche Zeitung
Königsberger Historische Forschungen, hrsg. von
Friedrich Baethgen und Hans Rothfels
Ministerialblatt der innern Verwaltung
Mitteilungen des Vereins für kaschubische Volks-
kunde
Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins
Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)
Politische Vierteljahresschrift
Preußische Jahrbücher
Schriften (Jahrbücher) der wissenschaftlichen Gesell-
schaft zu Thorn
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der
Ersten Kammer
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der
Zweiten Kammer
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des
Herrenhauses
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des
Abgeordnetenhauses
Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der
Deutschen constituierenden Nationalversammlung zu
Frankfurt/Main - ed. Franz Wigard - 1848 ff.
Stenographische Berichte des konstituierenden Nord-
deutschen Reichstags
Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags
Stenographische Protokolle des Reichstags
Volk und Reich
Volk und Staat in der deutschen Geschichte
Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft
für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
Wochenschrift "Die Grenzboten"
Zeitschrift des Königl. preußischen Statistischen
Bureaus
Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte

Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins
Zeitschrift für Nation und Staat
Zeitschrift für Ostforschung, hrsg. von Hermann Aubin,
Erich Keyser und Herbert Schlenger

2. Polnische Edition

Baczność (Wachsamkeit)
Biedaczek (Mittelstandszeitung)
Czas (Die Zeit)
Dziennik Polski (Polnisches Tageblatt)
Dziennik poznański (Posener Tageblatt)
Gazeta Polska (Polnische Zeitung)
Goniec Wielkopolski (Großpolnischer Bote)
Krzyż a Miecz (Kreuz und Schwert)
Nadwiślanin (Weichselzeitung)
Pismo dla nauczycieli ludu i dla ludu polskiego
(Zeitschrift für Lehrer des Volkes und für das
polnische Volk)
Prawdziwy Ewangelik polski (Der wahre evangelisch-
polnische Protestant)
Przegląd Rzeczy Polskich (Neutrale polnische Rundschau)
Przegląd Poznański (Posener Rundschau)
Przyjaciół chłopów (Bauernkurier)
Przyjaciół Dzieci (Kinderfreund)
Przyjaciół Ludu (Volksfreund)
Szkoła Narodowa (Die Nationalschule)
Szotka Narodowa (" ")
Wiadomości polskie (Polnische Nachrichten)
Wiarus (Der Veteran)
Wielkopolanin (Großpolnische Zeitung)
Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu (ZTNT) (Schrif-
ten der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Thorn)

III Akten, Dokumente, Statistik, Memoiren, Briefe,
Reden, zeitgenössische Darstellungen, Biblio-
graphien und allgemeine Literatur

Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten,
2 Bde., 3. Auflage
Berlin 1796

Altenstein, Karl, Die Reorganisation des Preußischen
Frhr. vom Stein Staates unter Stein und Hardenberg,
und zum I. Teil, Allgemeine Verwaltungs- und
Altenstein Behördenreform, hrsg. von G. Winter
Leipzig 1931

Altmann, Wilhelm Aus gerichtlichen Urkunden zur bran-
denburgisch-preußischen Verfassungs-
und Verwaltungsgeschichte, Bd. II
Berlin 1897

Ambrassat, M. Die Provinz Ostpreußen
2. veränderte und illustrierte Auflage
1912

Amos, Hans-Egon Die Souveränität des Staates und das
Recht der nationalen Minderheiten
(jur. Dissertation)
Köln 1931

Anschütz, Gerhard Die Verfassungsurkunde für den preu-
ßischen Staat, Bd. I
1912

Arndt, A. Das Verordnungsrecht
Berlin 1884

Derselbe Die Verfassungsurkunde für den preu-
ßischen Staat, 7. Auflage
1911

Bäck, A. Die Provinz oder das Großherzogthum Posen
in geographischer, statistischer und topo-
graphischer Beziehung
Posen und Bromberg 1847

Bähr, O. Der Rechtsstaat
Kassel und Göttingen 1864

Bär, Max Die Behördenverfassung in Westpreußen
seit der Ordenszeit
Danzig 1912

- Bär, Max Westpreußen unter Friedrich dem Großen,
2 Bde. (Publik. aus dem Preußischen
Archiv, Nr. 83/84)
Leipzig 1909
- Bangert, Dieter Das Verhältnis des polnischen Adels zur
k. k. Armee und zur kgl. Preußischen
Armee 1816 bis 1914, in: Zeitschrift für
Ostforschung, 21. Jg. 1972, Heft 3,
September 1972, S. 466 bis S. 521
- Baske, Siegfried Praxis und Prinzipien der preußischen
Polenpolitik vom Beginn der Reaktions-
zeit bis zur Gründung des Deutschen
Reiches -
Osteuropa-Institut an der Freien Uni-
versität Berlin -
Historische Veröffentlichungen: Forschungen
zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 9
Berlin - Wiesbaden 1963
- Berger, Irene Die preußische Verwaltung des Regierungs-
bezirkes Bromberg 1815 bis 1847
Köln - Berlin 1966
- Bernhard, Ludwig Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf
der Polen in Preußen, 2. Auflage
Leipzig 1910
3. Auflage München und Leipzig 1920
- Besson,
Waldemar Württemberg und die deutsche Staatskrise
1928 bis 1933, eine Studie zur Auflösung
der Weimarer Republik
Stuttgart 1959
- Biedermann,
Gerd S. Polen im Urteil der nationalpreußischen
Historiographie des 19. Jahrhunderts,
Dissertation Erlangen 1967
- Bielatowicz, Jan Kaszubszczyzna jest polską gwara, in:
Wiadomości (Nachrichten London) Nr. 891
(Das Kaschubische ist eine polnische
Mundart)
- Birke, E. Die nationale Entwicklung Oberschlesiens
bis 1860, in: Deutsche Monatshefte in
Polen, Jg. 5, 1938/39
- Bismarck,
Otto von Gedanken und Erinnerungen, Bd. I
Stuttgart - Berlin 1919
" " 1922
- Derselbe Die Gesammelten Werke, Bd. I bis XIV,
Berlin 1923 bis 1930;
Friedrichsruher Ausgabe, 19 Bde.,
Berlin 1924 bis 1932

- | | |
|------------------------|--|
| Bismarck,
Otto von | Bismarcks politische Reden; historisch-kritische Gesamtausgabe von H. Kohl, 13 Bde.
Stuttgart 1892 bis 1894 |
| Bleich, E. | Die Verhandlungen des zum 2. April zusammengetretenen Vereinigten Landtags
1848 |
| Böckh, Richard | Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet
Berlin 1869 |
| Derselbe | Die Verschiebung der Sprachverhältnisse in Posen und Westpreußen, Pr. Jb. 77
1894 |
| Boehm, M. H. | Das eigenständige Volk, volkstheoretische Grundlagen der Ethopolitik und Geisteswissenschaften
Göttingen 1932 |
| Böhning, Peter | Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen und die Entstehung des Nationalitätenproblems (1815 bis 1871)
Dissertation, Ruhr-Universität Bochum (maschinenschriftliches Exemplar)
1970 |
| Boguslawski,
A. von | 85 Jahre Preußischer Regierungspolitik in Posen und Westpreußen von 1815 bis 1900,
Berlin 1901 |
| Booms, Hans | Die deutsch-konservative Partei, in: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H 3
Düsseldorf 1954 |
| Bornhak, Conrad | Preußische Staats- und Rechtsgeschichte,
Berlin 1903 |
| Derselbe | Preußisches Staatsrecht
Freiburg 1880 |
| Bork, Herward | Zur Geschichte des Nationalitätenproblems in Preußen. Die Kirchenpolitik Theodors von Schön in Ost- und Westpreußen 1815 bis 1848, in: Königsberger Historische Forschungen, hrsg. von Friedrich Baethgen und Hans Rothfels, Bd. 3
Leipzig 1933 |
| Bourniquel,
Camille | Frédéric Chopin
Hamburg - Paris 1959 |

- Brandenburg, E. u. a. Die auswärtige Politik Preußens 1858 bis 1871 - Diplomatische Aktenstücke - Oldenburg 1932
- Breyer, Richard Die Kaschubische Bewegung vor dem ersten Weltkrieg, in: Studien zur Geschichte des Preußenlandes, in: Festschrift für Erich Keyser zu seinem 70. Geburtstag, hrsg. von Ernst Bahr Marburg 1963
- Broszat, Martin Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik München 1963
- Brückner, A. Geschichte der polnischen Literatur Leipzig 1901
- Burckhardt, Jakob Weltgeschichtliche Betrachtungen 1954
- Bukowski, Andrzej Pomorze Gdanski w powstaniu styczniowym (Westpreußen im Januaraufstand) Gdańsk (Danzig) 1964
- Derselbe Regionalizm kaszubski. Ruch naukowy, literacki i kulturalny. Zarys monografii historycznej (Kaschubischer Regionalismus. Eine wissenschaftliche, literarische und kulturelle Bewegung. Abriß einer Monographie) Posen 1950
- Bussenius, J. Die preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793 bis 1803 Heidelberg 1961
- Bussmann, Walter Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild Göttingen 1952
- Derselbe Zur Geschichte des Deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Histor, Zeitschrift Bd. 186 1958
- Buzek, Józef Historia polityki narodowościowej rządu pruskiego wobec Polaków od traktatów wiedeńskich do ustaw wyjątkowych z. r. 1908 (Die Geschichte der Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung gegenüber den Polen - von den Wiener Verträgen bis zu den Ausnahmegesetzen aus dem Jahre 1908) Lwów (Lemberg) 1909

- Chudziński, Anton** Die Polnische Frage in Preußen.
(Aus dem Polnischen übersetzt von Ossowski)
- Ein "Angebinde" zur hundertsten Wiederkehr der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 - geschrieben in Strassburg (Westpreußen)
Berlin 1891
- Cieślak, Tadeusz** Z dziejów prasy polskiej na Pomorzu gdańskim w orkesie zaboru pruskiego
(Aus der Geschichte der polnischen Presse in Westpreußen unter preussischer Herrschaft)
Gdańsk (Danzig) 1964
- Cieszkowski, A.** Zusammenstellung von staats- und völkerrechtlichen Urkunden, welche das Verhältniß des Großherzogthums Posen zur Preussischen Krone betreffen,
o. O., 1849
- Conrad, Hermann** Die geistigen Grundlagen des Allgemeinen Landrechts für die preussischen Staaten von 1794, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, Heft 17
Köln und Opladen 1957
- Conze, Werner** Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands;
Historische Zeitschrift, Bd. 186/1
1958
- Cromer, Richard** Die Polenfrage auf den Nationalversammlungen von Frankfurt/Main und Berlin, in: Nation und Staat, 7. Jg. 1933 bis 1934, und ebenda, 9. Jg. 1935 bis 1936
- Derselbe** Die Sprachenrechte der Polen in Preußen und in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, in: Nation und Staat 6. Jg. 1932 - 1933
- Czekanowski, J.** Ludność kaszubska w ubiegłym stuleciu
(Die kaschubische Bevölkerung im vorigen Jahrhundert)
Berent 1911
- Dąbrowski, Kazimierz** Duchowieństwo w walce o polskość w czasie zaboru pruskiego w diecezję chełmińską
(Die Geistlichkeit im Kampf um das Polentum während der preussischen Herrschaft in der Diözese Culm) - Oredownik Diecez Chełm. 10
1959
- Delbrück, Hans** Die Polenfrage
Berlin 1894

- Dettmer, Günter Die ost- und westpreußischen Verwaltungsbehörden im Kulturkampf - Studien zur Geschichte Preußens - Bd. 2, Heidelberg 1958
- Deutsch, Karl Wolfgang Nationalism and Social communication. An Inquiry into the Foundation of Nationality, 2. Auflage Cambridge Mass. 1966
- Dilthey, Wilhelm Gesammelte Schriften, Bd. XII, Zur preußischen Geschichte (enthaltend: Das Allgemeine Landrecht) Leipzig 1936
2. unveränderte Auflage
Berlin 1960
- Derselbe Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Bd. VII Leipzig / Berlin 1927
- Derselbe Vom Aufgang des geschichtlichen Bewußtseins. Jugendaufsätze und Erinnerungen, Bd. XI, 2. unveränderte Auflage
Stuttgart / Göttingen 1960
- Droysen, Johann Gustav Das Leben des Feldmarschalls Graf York von Wartenburg, 2 Bde. Leipzig 1913
- Duck, A. "Rheinischer Merkur"
München 1921
- Duncker, Max Politischer Briefwechsel, hrsg. von Joh. Schultze
1923
- Duparc La protection de minorités de race, de langue et de religion
Paris 1922
- Fechner, Hellmuth Deutschland und Polen 1772 bis 1945 - Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, hrsg. von H. Fechner unter Mitarbeit von Herbert Marzian -
Würzburg 1964

- Feldmann, W. Dzieje polskiej myśli politycznej
1864 - 1914
(Polnische Geschichte in politischer
Sicht 1864 - 1914)
Warschau 1923
- Förstemann Prinzipien des preußischen Polizei-
rechts
Berlin 1869
- Forsthoff, Ernst Rechtsstaat im Wandel, verfassungs-
rechtliche Abhandlung 1950 - 1964
Stuttgart 1964
- Forstreuter, K. Die Anfänge der Sprachenstatistik und
ihre Ergebnisse zur Litauenfrage, in:
Zeitschrift für Ostforschung, 2
1953
- Frantz,
Constantin Der Föderalismus
Mainz 1879
- Frauendienst,
Werner Preußisches Staatsbewußtsein und pol-
nischer Nationalismus. Preußisch-
deutsche Polenpolitik 1815 bis 1890,
in: Das östliche Deutschland
Würzburg 1959
- Derselbe Preußisches Staatsbewußtsein und deut-
scher Nationalismus, in: Das östliche
Deutschland
Würzburg 1959
- Friedberg, E. Die Grenzen zwischen Staat und Kirche
1872
- Derselbe Die Grundlagen der preußischen Kirchen-
pacht unter Friedrich Wilhelm IV.
1882
- Friedrich
der Große Der Antimachiavelli (1739/40), in:
Ausgewählte Werke Friedrichs des Großen,
2. Bd.
Berlin 1916
- Gaigalat, W. Die evangelische Gemeinschaftsbewegung
unter den preußischen Litauern
Königsberg 1904
- Derselbe Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk
und dessen geistige Strömungen
Frankfurt/Main 1917

- Gans, Eduard Beiträge zur Revision der preußischen
Gesetzgebung
Berlin 1830 bis 1832
- Geisler, Walter Die Sprachen- und Nationalitätsverhält-
nisse an den deutschen Ostgrenzen und
ihre Darstellung
Gotha 1933
- Gentzen, F. H. Großpolen im Januaraufstand. Das Groß-
herzogtum Posen 1858 bis 1864
Berlin 1958
- Gerlach,
Ludwig von Denkwürdigkeiten aus dem Leben des
Generals von Gerlach, hrsg. von seiner
Tochter, 2 Bde.
Berlin 1891 bis 1892
- Gisevius, Gustav Die polnische Sprachenfrage in Preußen.
Eine Zusammenstellung von dahin ein-
schlagenden Aktenstücken und Journal-
artikeln
Leipzig 1845
- Goeldel, Herbert Verschuldung und Entschuldung des grö-
ßeren Grundbesitzes in Westpreußen
Berlin - Stuttgart 1915
- Goldschmidt,
Irmgard Der polnische Aufstand von 1863 in den
Verhandlungen des preußischen Abgeord-
netenhauses, Dissertation Köln
1937
- Gothein, Georg Die preußische Polenpolitik.
- Patria-Bücher für Kultur und Freiheit -
hrsg. von Fr. Naumann
1909
- Griewank, Karl Der Wiener Kongreß und die Neuordnung
Europas "1814 bis 1815".
Leipzig 1942
- Grot, Zdisław Działalność posłów polskich w sejmie
pruskim (1848 bis 1850)
Die Tätigkeit der polnischen Abgeord-
neten im preußischen Parlament
Poznań (Posen) 1961
- Guttry Galizien, Land und Leute
München 1916
- Haffner, Sebastian Preußens Krise und Wandlung, in:
Preußens Porträt einer preußischen
Kultur, hrg. von Hans-Joachim Netzer
München 1968

- Hahn, Adalbert Preußens polnische Sprachenpolitik in Westpreußen von Friedrich dem Großen bis zur Reichsgründung, in: Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins, 41. Jg., September 1942, Heft 1/2 (Weichselland) 1942
- Haller, Karl Ludwig von Restauration der Staatswissenschaft, 6 Bde. 1816 bis 1834
- Hallgarten, Wolfgang Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution München 1928
- Handelsmann, M. Konstytucje Polski 1791 - 1921, Die polnische Verfassung Warschau 1926
- Harmsen, Hans Die Kaschubei, in: Volk und Reich, 7. Jg. Berlin 1931
- Hartmann, Heinrich E. O. Die Parteifähigkeit der politischen Parteien und Fraktionen in Verfassungstreitigkeiten vor dem Staatsgerichtshof, Dissertation Jena 1932
- Hartung, Fritz Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart Stuttgart 1950
- Derselbe Politische Testamente der Hohenzollern, in: Volk und Staat in der deutschen Geschichte Leipzig 1940
- Derselbe Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, 3. Teil, Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften Berlin 1948
- Hatscheck, Julius Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts, 5./6. Auflage Leipzig 1927
- Hausdorff Unser Schlesien Stuttgart 1954
- Hauser, Oswald Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke Neumünster 1960

- Hein, Max Geschichte der ostpreußischen Land-
schaft von 1788 bis 1888
Königsberg 1938
- Derselbe Die Masuren (Maschinenschriftliches
Exemplar im J.G. Herder-Institut,
Marburg)
o. J.
- Heine, Heinrich Sämtliche Werke, Neue Ausgabe in 12 Bden.
Hamburg o. J.
- Derselbe Briefe - Gesamtausgabe, F. Hirth, Bd. V
Mainz 1951
- Heinel, E. Gedrängte Übersicht der vaterländischen
Geschichte, 6. Auflage 1844
14. Auflage 1867
- Helfritz, Hans Volk und Staat, Verfassungsgeschichte
der Neuzeit, 4. Auflage (Allgemeines
Staatsrecht)
Berlin 1944
- Hellmann, Manfred Die litauische Nationalbewegung im
19. und 20. Jahrhundert, in: Zeit-
schrift für Ostforschung, 2, Heft H 1
1953
- Derselbe u. a. Litauen, in: Handwörterbuch des Grenz-
und Auslandsdeutschtums, Bd. 3
Breslau 1938/40
- Hepke, R. Die polnische Erhebung
Posen 1849
- Herder,
Joh. Gottfried
von Von deutscher Art und Kunst,
hrsg. zusammen mit Joh. Wolfgang
von Goethe
1773
- Derselbe Über den Ursprung der Sprache
1772
- Hintze, Otto Die Hohenzollern und ihr Werk
Berlin 1915
- Derselbe Der Commissarius und seine Bedeutung
in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte,
in: Staat und Verfassung, Gesammelte
Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungs-
geschichte, 2. erweiterte Auflage, hrsg.
von G. Österreich
Göttingen 1962

- Hipler, F. Briefe und Tagebücher des Fürstbischofs Joseph von Hohenzollern Braunsberg 1883
- Historia Polski Hrsg. von der Polnischen Akademie für Wissenschaften Warschau 1958
- Historisch-geographischer Atlas des Preußenlandes Hrsg. von Hans Mortensen, Gertrud Mortensen, Reinhard Wenskus, Lfg. 1 Wiesbaden 1968
- Hoffmann, Erich Theodor von Schön und die Gestaltung der Schule in Westpreußen (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Nr. 71) Marburg 1965
- Hroch, Miroslav Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas (acta Universitatis Carolinae, Phil. et Histor. Monographia XXIV) Prag 1968
- Hubatsch, Walther Eckpfeiler Europas, Probleme des Preußenlandes in geschichtlicher Sicht Heidelberg 1953
- Derselbe Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870 bis 1920
Sonderdruck aus: Zeitschrift für Ostforschung - Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa -
14. Jg., Heft 4 1965
15. Jg., Heft 1 1966
- Huber, Ernst Rudolf Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789
Bd. I: Reform und Restauration Stuttgart 1957
Bd. II: Der Kampf um Einheit und Freiheit Stuttgart 1960
Bd. III: Bismarck und das Reich Stuttgart 1963
- Derselbe Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 2 Bde. Stuttgart 1959 - 1961
- Derselbe Nationalstaat und Verfassungsstaat Stuttgart 1965

- Hübner, R. Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von J. G. Droysen 1928
- Humboldt, Wilhelm von Gesammelte Werke, Bde. I bis XVIII Berlin 1903 bis 1936
- Hutten-Czapski, B., Graf von Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. I Berlin 1936
- Jablonowski, Horst Die Preußische Polenpolitik von 1815 - 1914 Würzburg 1964
- Jakóbczyk, Witold Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX. w (Tom I 1815 - 50, Tom II 1850 - 1890) Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jahrhundert (Bd. I 1815 bis 1850, Bd. II 1850 bis 1890) Poznań (Posen) 1951 und 1959
- Jernsson, Feo Polen, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im Wandel, in: Geschichte und Staat, Bd. 156 Olzog-Verlag, München - Wien 1971
- Karge, P. Die Litauerfrage in Altpreußen in geschichtlicher Beleuchtung Königsberg 1925
- Keller, F. Geschichte des Preußischen Volksschulwesens Berlin 1873
- Kelsen, Hans Allgemeine Staatslehre Berlin - Zürich 1966
- Klüber, Johannes L. Acten des Wiener Kongresses, 8 Bde. Erlangen 1815 bis 1818 Ergänzungs-Bd. 1935
- Knapowska, W. W. ks. Poznańskie przed wojna Krymską, Das Großherzogtum Posen vor dem Krimkrieg Poznań (Posen) 1923
- Knapp, G. Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, 2 Bde. Leipzig 1887

- | | |
|------------------------|---|
| Kniat, Marian | Dzieje uwłaszczenia włościan w Wielkim
księstwie Poznańskim
Tom I Poznań 1939
Tom II Poznań 1949
Die Geschichte der Bauernbefreiung
im Großherzogtum Posen,
Bd. I Posen 1939
Bd. II Posen 1949 |
| Knorr, Emil | Die polnischen Aufstände seit 1830 in
ihrem Zusammenhang mit den Umsturz-
bewegungen
Berlin 1880 |
| Koch, Friedrich | Bismarck über die Polen
Berlin 1913 |
| Koch, Richard | Lehrbuch des preußischen Privatrechts,
2. Auflage
1868 |
| Kohn, H. | Die Idee des Nationalismus
Heidelberg 1950 |
| Komierowski, R. | Kola Polskie w Berlinie,
Die polnischen Zirkel in Berlin,
Bd. I bis III
Posen 1905 |
| Kościński, K. | Kaszubi gina.
Wiązanka wiadomości historycznych i
statystycznych
(Die Kaschuben gehen unter. Ein Strauß
historischer und statistischer Nach-
richten)
Posen 1905 |
| Koselleck,
Reinhart | Staat und Gesellschaft in Preußen
1815 - 1848, in: Moderne deutsche
Sozialgeschichte, hrsg. von Hans-
Ulrich Wehler
Köln - Berlin 1970 |
| Derselbe | Staat und Gesellschaft im deutschen
Vormärz, 1815 - 1848, hrsg. von
Werner Conze
Stuttgart 1962 |
| Kothe, Wolfgang | Deutsche Bewegung und preußische Poli-
tik im Posener Lande 1848/49, in:
Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift
für Posen, Heft 21
Posen 1931 |
| Kózmian,
Stanisław | Das Jahr 1863
Wien 1896 |

- Kuhn, W. Geschichte der deutschen Ostsiedlung
in der Neuzeit, Bd. II
Köln 1957
- Derselbe Siedlungsgeschichte Oberschlesiens
Würzburg 1954
- Kühnast Statistische Mittheilungen über Litauen
und Masuren
1863
- Kuliczkowski Zarys dziejów literatury polskiej,
Abriß der Geschichte der polnischen
Literatur
Lwów (Lemberg) 1891
- Kurschat, A. Zur Geschichte der Litauer in Ostpreußen,
in: Mitteilungen der Litauischen Litera-
rischen Gesellschaft, 3
1893
- Labuda,
Aleksander Słowniczek kaszubski
(Kleines kaschubisches Wörterbuch)
Warschau 1960
- Laubert, Manfred Die preußische Polenpolitik von
1772 bis 1914
Berlin 1920
2. Auflage Krakau 1942
3. Auflage Krakau 1944
- Derselbe Die Verwaltung der Provinz Posen 1815-1847
Breslau 1923
- Derselbe Westpreußen im 19. Jahrhundert, in:
Der Kampf um die Weichsel, hrsg. von
E. Keyser
Berlin - Leipzig 1926
- Derselbe Der Kampf um den Gebrauch der polni-
schen Sprache auf dem Posener Provinzial-
landtag von 1827, in: Deutsche Wissen-
schaftliche Zeitschrift für Polen
Posen 1939
- Derselbe Der politische Charakter der Posener
Landschaft. Forschungen zur Branden-
burgischen und Preußischen Geschichte,
37. Bd.
München - Berlin 1925
- Derselbe Eduard Flottwell
Berlin 1919

- Laubert, Manfred Die nationale Zusammensetzung des Posener Grundbesitzertums in Flottwell-scher Zeit, in: Jahrbücher für National-ökonomie und Statistik 1922
- Lelewel, Joachim Betrachtungen über den politischen Zustand des ehemaligen Polens und über die Geschichte seines Volkes Brüssel und Leipzig 1845
- Lemberg, Eugen Nationalismus, Bd. I: Psychologie und Geschichte Hamburg 1964
- Derselbe Geschichte des Nationalismus in Europa Stuttgart 1950
- Lenel, P. Beiträge zur Biographie des preußischen Staatsrats von Rhediger, in: Historische Zeitschrift, 124, Jg. 1921
- Leo, Heinrich Preußische Geschichte Halle 1830
- Letkemann, Peter Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Danzig 1815 - 1870 Marburg 1967
- Lisicki Le Marquis Aleksander Wielopolski, Bd. III Krakau 1879
- Lorentz, Friedr. Geschichte der Kaschuben Berlin 1926
- Derselbe Die Kaschuben, in: Der ostdeutsche Volksboden, hrsg. von Wilhelm Volz Breslau 1926
- Derselbe Geschichte der pomoranischen (kaschubischen) Sprache Berlin - Leipzig 1925
- Derselbe Sprache und Volkstum der Kaschuben, in: Der Kampf um die Weichsel, hrsg. von Erich Keyser Stuttgart, Berlin und Leipzig 1926
- Lorenz, O. Staatsmänner und Geschichtsschreiber im 19. Jahrhundert Berlin 1896
- Lüdicke, R. Die preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817 - 1917 Stuttgart - Berlin 1918

- Lück, K. Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung
Polens
1934
- Łyskowski, Curriculum vitae des Rittergutsbesitzers
Ignacy Ignaz von Łyskowski
Leipzig 1861
- Machiavelli, Il principe
Niccolò 1513
Erstdruck 1532
deutsch 1924
- Majkowski, Historia Kaszubów
Aleksander Geschichte der Kaschuben
Gdynia (Gdingen) 1938
- Mąkowski, Pod rzadami pruskiemi
Alfons Unter preußischer Herrschaft, in:
Roczniki historyczne (Historische
Gesellschaft), Bd. 3
1927
- Derselbe Dzieje drukarstwa i piśmienictwa
polskiego w Prusiech zachodnich.
Roczniki Tow. nauk. w Toruniu;
Gedruckte und geschriebene polnische
Geschichte Westpreußens -
Schriften der Wissenschaftlichen Ge-
sellschaft zu Thorn, Bd. 14
1907
- Derselbe Anastazy Sedlag, biskup chełmiński
1787 - 1856 (Anastazy Sedlag, Bischof
von Culm), in: Zapiski Towarzystwa
Naukowego w Toruniu (Schriften der
Wissenschaftlichen Gesellschaft zu
Thorn), Bd. 5
1920 - 1922
- Mann, Golo Das Ende Preußens, in: Preußen, Porträt
einer politischen Kultur, hrsg. von
Hans-Joachim Netzer
München 1968
- Manteuffel- Geschichte des Polnischen Volkes während
Szoega seiner Unfreiheit 1772 - 1914
Berlin 1950
- Marcks, Erich Bismarck. Eine Biographie 1815 - 1851.
Neue Auflage
Stuttgart 1940

- Martens Nouveau Recueil de Traités, Bd. II
Göttingen 1818
siehe auch in: Nation und Staat,
6. Jg. (1932/33)
- Mayer, E. W. Das Retablissement Ost- und Westpreußens
unter Mitwirkung und Leitung Theodors
von Schön
Jena 1916
- Meineke, Friedrich Die Idee der Staatsräson, 2. Auflage
München - Berlin 1925
- Meyer, Christian Geschichte des Landes Posen
Posen 1881
- Meyer Topographisch-statistische Übersicht
des Regierungsbezirks Gumbinnen
1838
- Monfosca, E. Le Minoranze Nazionale contemplate
dagli atti internazionali
Florenz 1928
- Montesquieu, L'esprit des Lois, Bd. I
Charles de Secondat 1748
Baron de la Brède deutsch 1951
et de Montesquieu
- Müller, Elemente der Staatskunst
Adam Heinrich 1809
Neudruck 1922
- Müller, Johannes Die Polen in der öffentlichen Meinung
Deutschlands 1830 bis 1832
Dissertation
Marburg 1923
- Münstermann, Die preußisch-deutsche Polenpolitik
Wilhelm der Caprivizeit und die deutsche
öffentliche Meinung
Dissertation, Münster 1936
- Misebeck, E. Das preußische Kultusministerium
vor 100 Jahren
Stuttgart und Berlin 1918
- Mylius, Novus corpus constitutionem,
Christian A. 6 Bde.
1736 bis 1741

- Netzer,
Hans-Joachim Des Heiligen Römischen Reiches
Streusandbüchse, in: Preußen, Porträt
einer politischen Kultur, hrsg. vom
Verfasser
München 1968
- Neumann, G. Geographie des Preußischen Staates
1868
- Neyfeld, C. Polens Revolution und Kampf im Jahre
1831
Frankfurt/Main 1832
- Nitsch,
Kazimierz Ze wspomnień językoznawcy
(Aus den Erinnerungen eines Sprach-
forschers)
Krakau 1960
- Noah, G. A. Die staatsrechtliche Stellung der Po-
len in Preußen
Berlin 1861
- Oncken, Hermann Preußen und Polen im 19. Jahrhundert,
in: Deutschland und Polen, Beiträge
zu ihren geschichtlichen Beziehungen,
hrsg. von Albert Brackmann
München und Berlin 1933
- Oppen,
Dietrich von Deutsche, Polen und Kaschuben in West-
preußen 1871 - 1914, in: Jahrb. f. d.
Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands,
IV, 1955
- Perdelwitz,
Richard Die Posener Polen von 1815 - 1914.
Ein Jahrhundert großpolnischer Ideen-
geschichte (aufgrund polnischer Quel-
len), Sonderheft der Grenzmärkischen
Heimatblätter
Schneidemühl 1936
- Piłsudski,
Józef Pisma-Mowy-Roskazy
Warschau 1931
- Pisanski De tribus linguis regno Prussiae
vernaculis Regiomonti 1767.
Deutsche Bearbeitung in den von der
Königsbergischen Gesellschaft heraus-
gegebenen Abhandlungen und Poesien
1771

- Pleniarski,
Bogesław Poglady Wielkopolan na sprawy
wychowawcze i oswiatowe w swietle
prasy Wielkiego Ksiestwa Poznanskiego
1814 - 1847.
Die Anschauungen der Großpolen in der
Frage der Erziehung und Bildung im
Lichte der Presse des Großherzogtums
Posen 1814 - 1847
Wrocław (Breslau) 1962
- Preradovich,
Nikolaus von Die Führungsschichten in Österreich
und Preußen (1804 - 1918)
Wiesbaden 1955
2. Auflage 1966
- Preuß, A. E. Preußische Landes- und Volkskunde
1835
- Preuß, J.D.E. Oeuvres Frédéric le Grand, 30 Bde.
Berlin 1846 - 1857
- Protokoły Protokoły posiedzeń Koła Polskiego w
Berlinie, Tom I, lata Wiosny Ludów
1849 - 1851,
Protokolle der Sitzungen des Polnischen
Zirkels in Berlin, Bd. I, Jahre des
Völkerfrühlings 1849 - 1851, bearbeitet
und eingeleitet von Zdzisław Grot
Posen 1956
- Prusinowski, A. Język polski w Wielkim Księstwie
Poznańskim wobec prawa pruskiego.
Die polnische Sprache im Großherzogtum
Posen gegenüber dem preußischen Recht
o. O., 1861
- Ramułt, Stefan Statystika ludności kaszubskiej,
Statistik der kaschubischen Bevölke-
rung
Krakow (Krakau) 1899
- Derselbe Słownik języka pomorskiego czyli
kaszubskiego.
Wörterbuch der pommerschen oder kaschu-
bischen Sprache
Krakau 1893
- Ranke,
Leopold von Sämtliche Werke, Bde. 1 bis 54
(insbesondere Bde. 31 und 32)
Leipzig 1867 bis 1890
- Derselbe Preußische Geschichte, hersg. von
Willi Andreas
Wiesbaden - Berlin 1957
- Derselbe Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers
Fürst von Hardenberg
Berlin 1877

- Rauer, K. G. Protokolle der von der Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Verfassung ernannt gewesenen Verfassungskommission
1849
- Recke, Walter Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik
Berlin 1927
- Recke, Walter und
Wagner, Albert Bücherkunde zur Geschichte und Literatur des Königreichs Polen
Warschau 1918
- Regier, J. Geschichte der Kirche, hrsg. von J. Regier, R. Aubert, M. D. Kowless, Bd. IV
Einsiedeln, Zürich, Köln 1966
- Richter, Franz Das europäische Problem der preußischen Staatspolitik und die revolutionäre Krisis von 1830 bis 1832
Leipzig 1933
- Ritter, Gerhard Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858 - 1876
Heidelberg 1913
- Derselbe Die preußischen Staatsmänner der Reformzeit und die Polenfrage, in: Deutschland und Polen, Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, hrsg. von Albert Brackmann
München und Berlin 1933
- Derselbe Die Dämonie der Macht, 6. Auflage
Stuttgart 1948
- Derselbe Friedrich der Große, 3. Auflage
Stuttgart 1954
- Derselbe Stein. Eine politische Biographie
Stuttgart 1958
- Derselbe Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland (1740 - 1890)
I München 1954
II München 1960
- Rönne,
Ludwig von Das Staatsrecht in der Preußischen Monarchie, 5. Auflage, neu bearbeitet von Ph. Zorn
Leipzig 1899

- | | |
|-----------------|---|
| Rößler, Karl | System der Staatslehre
Leipzig 1857 |
| Rogmann, Heinz | Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren
Berlin 1937 |
| Rhode, Gotthold | Kleine Geschichte Polens
Darmstadt 1965 |
| Rhode, Ilse | Das Nationalitätenverhältnis in Posen und Westpreußen zur Zeit der polnischen Teilungen, in: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, H 7
Posen 1926 |
| Roos, Hans | Die polnische Nationalgesellschaft und die Staatsgewalt der Teilungsmächte in der europäischen Geschichte 1795 - 1863, in: Jahrb. f. d. Geschichte Osteuropas, 14, 1966 |
| Rosenheyn, M. | Reiseskizzen aus Ost- und Westpreußen
1858 |
| Rosenwall | Bemerkungen eines Russen über Preußen und dessen Bewohner, in: Historische Zeitschrift
1817 |
| Rothfels, Hans | Deutscher Osten und slawischer Westen, in: Tübinger Studien zur Geschichte und Politik
Tübingen 1955 |
| Derselbe | Grundsätzliches zum Problem der Nationalität, in: Historische Zeitschrift, 174
1952 |
| Derselbe | Bismarck, der Osten und das Reich
Leipzig 1934
Darmstadt 1960 |
| Derselbe | Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848
Halle 1937 |
| Derselbe | 1848 - one hundred years after, in: The journal of modern history, XX
1948 |

- Ruffmann, K.-H. Memel im Jahre 1807, in: Jahrbücher der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., Bd. 8
Würzburg 1958
- Sauer, Wolfgang Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 3
Köln 1962
und in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, 3. Aufl.
Köln - Berlin 1970
- Schaumann, Elly Die Danziger Presse im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, 72
1935
- Scheuner, Ulrich Der Staatsgedanke Preußens
Köln - Graz 1965
- Schieder, Theodor Das Deutsche Kaiserreich als Nationalstaat, in: Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
Köln 1961
- Derselbe Nationalstaat und Nationalitätenproblem, in: Zeitschrift für Ostforschung, hrsg. von Hermann Aubin, Erich Keyser und Herbert Schlenger, 1. Jg., Heft 2
1952
- Derselbe Nationale und übernationale Gestaltungskräfte in der Geschichte des europäischen Ostens
Krefeld 1954
- Schiemann, Th. Das Großherzogtum Posen während der polnischen Revolution 1830/31, in: Der Türmer, I., Jg. 1
1912/13
- Schinkel, Friedrich Polen, Preußen und Deutschland
Dresden 1931
- Schnabel, Franz Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bde. 1 bis 8
Freiburg/Brsg. 1964
- Schneider, Hans Der preußische Staatsrat 1817 bis 1918
München und Berlin 1952

- Schön, Theodor Aus den Papieren des Ministers und
Burggrafen von Marienburg Theodor
von Schön, Bde. I bis VI
1875 bis 1883
- Schoeps,
Hans-Joachim Preußen-Geschichte eines Staates
Berlin o. J.
- Derselbe Das war Preußen - Zeugnisse des Jahr-
hunderts. Eine Anthologie
Honeff/Rh. 1955
- Derselbe Rückblicke - die letzten dreißig Jahre
(1925 bis 1955)
und
2. erweiterte Auflage
Berlin 1963
- Derselbe Preußen - Bilder und Zeugnisse
Frankfurt/Main - Berlin 1967
- Derselbe Neue Quellen zur Geschichte Preußens
im 19. Jahrhundert
Berlin 1968
- Derselbe Der Erweckungschrist auf dem Thron -
Friedrich Wilhelm IV., in: Preußische
Porträts, hrsg. von Wolfgang Venohr
Hamburg 1969
- Derselbe Preußen und Deutschland - Wandlungen
seit 1763, 2. Auflage
Berlin 1972
- Schwartz, E. Die Verfassungsurkunde für den preußi-
schen Staat, Kommentar
1898
- Derselbe Die Geschichte der privatrechtlichen
Kodifikationsbestrebungen in Deutsch-
land und die Entstehungsgeschichte des
Entwurfs eines bürgerlichen Gesetz-
buches für das Deutsche Reich, in:
Archiv für bürgerliches Recht, 1
1889
- Schweinitz,
Lothar von Denkwürdigkeiten des Botschafters
General von Schweinitz, Bd. I
Berlin 1927

- Selchow,
Frhr. Bogeslaw von Der Kampf um das Posener Erzbistum
1865. Graf Ledóchowski und Oberpräsi-
dent von Horn. Ein Vorspiel zum Kul-
turkampf
Marburg 1923
- Sell, Friedrich Die Tragödie des deutschen Liberalis-
mus
Stuttgart 1953
- Sommer, H. Militärische Beziehungen zwischen
Deutschland und Polen, in: Deutsche
Wissenschaftliche Zeitschrift für
Polen, 4. 16 (S. 75 bis 126)
Posen 1929
- Spranger, E. Altensteins Denkschrift vom Jahre
1807, in: Forschungen zur branden-
burgisch-preußischen Geschichte,
Bd. 18, Histor, Zeitschrift 104
- Stadelmann,
Rudolf Deutschland und die westeuropäischen
Revolutionen, in: Deutschland und
Westeuropa
Laupheim 1948
- Stein, Frhr. von Gesamtausgabe, Briefe, amtliche
Schriften
Berlin 1932
- Derselbe Briefwechsel, Denkschriften, Aufzeich-
nungen, hrsg. von Erich Botzenhart
Tübingen 1931 bis 1937
- Stein, Philipp Otto von Bismarck,
Fürst Bismarcks Reden, Bd. 3
Leipzig o. J.
- Steinitz Dispensationsbegriff und Dispensations-
gewalt im deutschen Staatsrecht
1901
- Stephan, H.
und
Leube, H. Handbuch der Kirchengeschichte,
Teil 4, 2. Auflage
Tübingen 1931
- Stratz, Rudolf Die Revolution der Jahre 1848 und 1849
Heidelberg 1888
- Strupp Documents pour servir à l'histoire du
droit des gens, 2. Auflage
Paris 1922

- Sukiennicki, W. Pruska polityka kolonizacyjna na ziemiach polskich 1886 bis 1919. Die preußische Kolonisationspolitik in den polnischen Gebieten 1886 - 1919 Warschau 1931
- Sulerzyski, Natalis Pamiętniki (Erinnerungen), 3. Bde. Krakau 1871
- Swart, F. Diesseits und jenseits der Grenze Leer/Ostfriesland 1954
- Sybel, Heinrich von Die deutsche Nation und das Kaiserreich Düsseldorf 1862
- Derselbe Begründung des Deutschen Reiches 1894
- Derselbe Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1800, Bde. 1 bis 4 Düsseldorf 1877
- Szymański, Jan Polska myśl polityczna w zaborze pruskim. Die polnischen politischen Ideen im preußischen Anteil. Poznań (Posen) 1920
- Terveen, F. Gesamtstaat und Retablissement Göttingen 1951
- Tetzner, F. Die Slaven in Deutschland Braunschweig 1902
- Thieme, Hans Die Zeit des späten Naturrechts - Eine privatgeschichtliche Studie, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanische Abteilung 56 1936
- Derselbe Die preußische Kodifikation, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, German. Abteilung 57 1937
- Tocqueville, Alexis de Oeuvres complètes, Bd. II: L'ancien régime et la Révolution Paris 1952

- | | |
|---|--|
| Töppen, Max | Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur Landes- und Kulturgeschichte, nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt, Neudruck der Ausgabe 1870, Scientia Verlag Aalen 1969 |
| Derselbe | Aberglauben aus Masuren, 2. Auflage 1867 |
| Treitschke, Heinrich von | Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. von K. M. Schiller, Bde. 1 bis 5 Meersburg 1929 |
| Derselbe | Reden im Deutschen Reichstag 1871 bis 1884, hrsg. von O. Mittelstädt, Bd. I Leipzig 1896 |
| Derselbe | Vorlesungen, hrsg. von M. Cornicelius 1898 |
| Derselbe | Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 1879, Neudruck 1928 |
| Derselbe | Der erste Verfassungskampf in Preußen, in: Preußische Jahrbücher, Jb. 29 (1872) |
| Trieppel, Heinrich | Die Staatsverfassung und die politischen Parteien 1928 |
| Tschirsch, Otto | Geschichte der öffentlichen Meinung in Preußen, vom Baseler Frieden bis zum Zusammenbruch des Staates, 1795 - 1806 Weimar 1933 |
| Vidunas, W. St.
(auch Storost, W. St.) | Litauen in Vergangenheit und Gegenwart Tilsit 1916 |
| Volz, Gustav Berthold | Ausgewählte Werke Friedrichs des Großen, 1. Bd. (Historische und militärische Schriften), 2. Bd. (Politische und Philosophische Schriften - Gedichte und Briefe) Berlin 1916 |
| Vossler, Otto | Der Nationalgedanke von Rousseau bis Ranke München - Berlin 1927 |
| Waschinski, Emil | Das kirchliche Bildungswesen in Ermland, Westpreußen und Posen, Bde. 1 bis 3 Breslau 1928 |

- Weber, Paul Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung
Berlin 1914
- Wehler, Hans-Ulrich Die Polen im Ruhrgebiet bis 1948, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 48
1961
und
- Derselbe in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, eigene Herausgabe, 3. Auflage
1970
- Wendel, Hermann Die preußische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen
Berlin 1908
- Wermke, Ernst Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen bis 1929, Nachdruck der Ausgabe von 1929
Aalen 1962
- Wesenberg, Gerhard Neuere deutsche Privatrechtsgeschichte im Rahmen der europäischen Rechtsentwicklung
Lahr (Baden) 1954
- Winklewski, Jan Ludność Pomorza Gdańskiego w latach 1772 bis 1910. Rozmieszczenie i rozwój. Die Bevölkerung Westpreußens 1772 bis 1910. Verteilung und Entwicklung
Zeszyty Geograficzne 2
1960
- Wittram, Reinhard Das Nationale als europäisches Problem
Göttingen 1954
- Wittschell, L. Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland, in: Veröffentlichungen des geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., Heft 5
Hamburg 1925
- Wolff, Adolf Berliner Revolutions-Chronik, 3 Bde.
Berlin 1849/50
- Wolfstieg, A. Wer ist der Vater des Dreiklassenwahlrechts?, in: Pr. Jb.'er, Jb. 164
1916

- Zabór Pruski w powstaniu styczniowym. -
 Postanie styczniowe, materiały i
 dokumenty.
 Das preußische Teilgebiet im Januar-
 aufstand. - Der Januaraufstand, Mate-
 rialien und Dokumente, hrsg. von
 S. Wieniewicz und W. Koroluk
 Wrocław, Warszawa, Kraków 1968
- Zechlin, W. Die Verhandlungen über Polen 1813/15
 Posener Land 1915
- Derselbe Bismarck und die Grundlegung der deut-
 schen Großmacht
 1930
- Zweck, A. Litauen- Eine Landes- und Volkskunde
 Stuttgart 1898

Vorwort

Die polnische Frage und das mit ihr verbundene Schicksal der Polen, die seit der Abdankung des letzten Königs Stanisław August Poniatowski von 1795 bis 1918 keinen eigenen Staat mehr besaßen und deshalb in Konfliktsituationen zwischen der Loyalität des preußischen Staates und ihrer Volkstumstreue geraten mußten, ist mannigfaltig und vielenorts behandelt und erörtert worden. Dabei hat für die Betrachtungen die Zeit zwischen dem Wiener Kongreß und der Reichsgründung besonderes Interesse gefunden, vornehmlich deshalb, weil in dieser Zeit in reichem Maße Spannungsverhältnisse aufgetreten sind, die ihren Grund in den durch den jeweiligen Herrscherwechsel veränderten Staatsauffassungen und Machtverhältnissen einerseits und den sich andererseits hieraus ergebenden verschiedenen rechtlichen Kompetenzen wechselnder Staatsgestaltung und Gesetzgebung hatten. In allen diesen Veröffentlichungen, die sich diesen Fragen und den mit ihnen angesprochenen Problemen gewidmet haben, kommt eine Betrachtung und Würdigung aller dieser Probleme sowohl vom Standpunkt des herrschenden Staates als auch aus der Blickrichtung der in ihm wohnenden und zu betreuenden nationalen Minderheiten zu kurz, wenn man die sich stellende Problematik nicht von der Plattform her betrachtet, auf die ein Staat mit seinen oft nicht deutbaren Verwurzelungen - seien es solche nationaler, rationaler, emotionaler oder sonstiger Art - aufgebaut ist und sich allmählich geformt hat.

Um der Problemkritik gerecht zu werden, ist es deshalb m. E. unumgänglich erforderlich, von der in die Berichtszeit fallenden jeweiligen Auffassung staatlicher Lebensgestaltung auszugehen, wobei sich bei der Erörterung

dieser Problemstellung die Frage nach dem Sinngehalt der Staatsräson schon deswegen deutlich erhebt, weil es im seinerzeitigen staatlichen Polen keine Staatsanbetung und daraus resultierend auch keinen Sinn für die wie in Preußen viel beschworene Staatsräson gegeben hat. So wie in Deutschland das Untertanenverhältnis der Landesbewohner gegenüber den Fürstenhäusern festbegründet war und man seit der Zeit der Reformation gemäß dem politisch-konfessionellen Grundsatz des "cuius regio, eius religio" im Fürsten zugleich auch das Oberhaupt der jeweiligen Landeskirche sah, ist in Polen die Staatsgewalt von je her mit Skepsis betrachtet worden. Aus dieser Skepsis heraus verstehen sich die geistigen Wandlungen der Polen, wenn sie zur Zeit des Sendebewußtseins in dem Geschick ihres Volkes eine gottgewollte Fügung zu sehen meinten, um sich dann aber wieder der Aufgabe bewußt zu werden, den untergegangenen Staat wiederherstellen - und sich durch Aufstände und Aufbegehren in den ständischen und sonstigen gesetzlichen Vertretungen behaupten zu müssen.

Alle resignierenden und dann wieder lebensbehauptenden epochalen Momente der polnischen Minderheit im staatlichen Zusammenwirken mit den preußischen Landesbewohnern, die sowohl von Haß und Furcht, Verfolgung, Herabsetzung und Bedauern, aber auch von Bewunderung gezeichnet sind, basieren auf dem inneren und äußeren Staatsgefüge des preußischen Staates, seiner Verfassung und Rechtsgestaltung, auf die die politische Minderheit durch ihre Vertretung in den verschiedenen Gremien im Landtag und im Reichstag Einfluß genommen hat. Deshalb bedarf es für die kritische Beurteilung der Stellung und Behandlung der polnischen Minderheit im preußischen Staate zwischen 1815 und 1871 der grundsätzlichen nachfolgenden Darlegungen, die für den Verfasser aus staatsrechtlicher Sicht zugleich eine besondere Verpflichtung bedeuten.

A Preußische Staatsräson, - Nationalstaatsidee und das Nationalitätenproblem

I Preußische Staatsräson

Die rechtliche Stellung nationaler Minderheiten in dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt und geformt durch dessen Staatsräson. Von Oswald Hauser¹⁾ wird auf die historische Diskussion hingewiesen, in der es "heute noch vielfach üblich sei, unter Staatsräson allein das Machtmäßig-Machiavellistische, den Willen zur Erreichung eines machtpolitischen Zieles um jeden Preis, zu verstehen". Man wird Hauser in vollem Umfange zustimmen müssen, wenn er in einer solchen Definition eine Verengung des Begriffes sieht, "als eine solche blinde Betätigung nur selten vorkommt. Wenn dieser Wille blind wütet", fährt Hauser fort, "kann man nicht mehr von Raison sprechen, vielmehr spielen immer auch die Möglichkeiten und ihre Grenzen, die Rücksichtnahme auf die Nachbarn, aber auch die eigene Bevölkerung, überhaupt die Vernunft, im Kalkül eine bedeutende Rolle". Es sei deshalb richtiger - und hierfür verweist Hauser auf Gerhard Ritter²⁾ -, statt von "Staatsräson" von "Staatsvernunft" zu sprechen. Dieser Begriffsdeutung, die Hauser seinen Betrachtungen über die preußische Staatsräson und den nationalen Gedanken unterlegt, mißt er für Preußen insofern noch mehr "an Breite" zu, "als das in ihm von Anfang an angelegte Vernunftmäßig-Leidenschaftslose ausgesprochen humanitär-liberale Züge bekommt". Für Hauser gehört zur "Staats-

1) Hauser, a.a.O., S. 14.

2) Vgl. Ritter, Friedrich der Große, a.a.O.,
Die Dämonie der Macht, a.a.O.,
Staatskunst und Kriegshandwerk, a.a.O.,
Die preußischen Konservativen und Bismarcks
deutsche Politik, a.a.O.

räson" in Preußen notwendig ein Doppeltes: "der Wille zur Machtdurchsetzung bei der Erhaltung von Einheit und Sicherheit, aber auch die andere Seite: der Wille zur Betätigung liberaler und humanistischer Gesinnung, ohne daß dem Staatsinteresse nicht wahrhaft Genüge getan wird".

Die "Staatsvernunft" - und oft auch "Staatsunvernunft" - kann verschiedene Wege gehen, wie der Geschichtsverlauf in den verschiedensten Ländern und Staaten und den verschiedensten Zeiten gezeigt hat und zeigt. So wie Niccolò Machiavelli in seinem berühmtesten Werk "Il principe"³⁾ nach der Gestalt Cesare Borgias einen Fürsten schildert, der die Einigung Italiens und seine Befreiung von fremden Machthabern durchführen soll, wobei die Staatsräson jede Treulosigkeit und jedes Verbrechen rechtfertigt, ebenso heftig greift Friedrich der Große diese Auffassung der "Staatsräson" an. In seinem "Antimachiavell"⁴⁾ kam es ihm darauf an, das Wesen der politischen Macht zu ergründen und im Hinblick auf die Zustände Italiens und die Zeitverhältnisse Grundsätze festzulegen, wie die Fürsten Staaten erwerben und sich in ihrem Besitz behaupten sollen. So heißt es in dem Vorwort zu seiner Schrift "Der Antimachiavell"⁵⁾: "Der 'Fürst' von Machiavell bedeutet auf dem Gebiete der Moral, was Spinozas Werk für den Glauben bedeutet: Spinoza untergrub die Grundlagen des Glaubens, indem er nichts Geringeres anstrebte als einen Umsturz des Gebäudes der Religion;

3) Niccolò Machiavelli, *Il principe*, a.a.O.

4) Friedrich der Große, *Der Antimachiavell*, a.a.O.

5) Vgl. Volz, a.a.O., 2. Bd., S. 1 (Politische und Philosophische Schriften, Gedichte und Briefe).

Machiavelli pflanzte den Keim des Verderbens in das staatliche Leben und unternahm es, die Vorschriften gesunder Sittlichkeit zu zerstören." In der Schrift des Florentiners sah Friedrich der Große nur einen "Katechismus der Ruchlosigkeit", dem er - wie es Voltaire zum Ausdruck brachte - einen "Katechismus der Tugend" entgegensetzen wollte. Leugnete Friedrich in seiner Schrift noch, daß es eine doppelte, d. h. eine Privat- und eine Staatsmoral geben kann, so stellt er dieses Problem aufgrund der im Ersten Schlesischen Krieg (1740 bis 1742) gesammelten Erfahrungen von neuem in dem Vorwort zur "Geschichte meiner Zeit"⁶⁾ und in dem Briefe an seinen Freund, Sekretär und literarischen Berater Charles Etienne Jordan vom 15. Juni 1742⁷⁾ zur Erörterung.

Wenn auch der "Antimachiavelli" im Gegensatz zu der Schrift "Il principe", die eine politische Abhandlung ist, ein philosophisch-moralisches Traktat darstellt, welches das Idealbild eines Herrschers vorzeichnet, so steht Friedrich mit seinen Ausführungen ganz im Bannkreis der Aufklärungsphilosophie mit ihren Humanitätsidealen, wobei die Schriften des Kaisers Marc Aurel "Der Fürstenspiegel des gemäßigten Quietisten Fénelon" (wie man die "Abenteuer des Telemach" genannt hat) und Voltaires Heldengedicht "Die Henriade" auf ihn tiefe Wirkungen erzeugt haben⁸⁾. Zur Manifestation Friedrichs staatspolitischer Auffassung gehören ferner seine Testamente. Beherrscht noch der politische Machtgedanke das Testament von 1752, in welchem dem Thronfolger die Aufgabe gestellt wird, alle Kräfte für Preußens Größe und Wehrhaftigkeit einzusetzen, so ist es die Auffassung des Herrscheramtes, die dem per-

6) Volz, a.a.O., 1. Bd, S. 39 ff. (Historische und militärische Schriften).

7) Derselbe, a.a.O., 2. Bd., S. 179 (Gedichte und Briefe).

8) Vgl. derselbe, a.a.O., 1. Bd., S. 13.

sönlichen Testament von 1769 ihr Zeichen verleiht. Bisher hatten alle Vorgänger auf dem Throne der patriarchalischen Anschauung gehuldigt, daß Land und Leute zum fideikommissarischen Besitz, dem unveräußerlichen und unteilbaren Erbgut des Herrscherhauses gehören. Friedrich der Große hingegen unterscheidet klar zwischen dem Vermögen des Fürsten und dem Eigentum des Staates, zwischen staatlicher Sukzession und privatrechtlicher Erbfolge: nur auf dem Allodialbesitz, d. h. dem persönlichen Eigentum, aber nicht auf die Regierungsnachfolge bezieht sich die Erbeseinsetzung. Als erster der preußischen Herrscher erkennt Friedrich damit eine von der Person des Regierenden unterschiedene Staatsgewalt an, eine Auffassung, die in dem Worte vom Fürsten als "erster Diener des Staates" ihre klassische Prägung gefunden hat. "Der Herrscher, weit entfernt der unbeschränkte Herr seines Volkes zu sein, ist selbst nichts anderes als sein erster Diener"; so hatte es Friedrich im "Antimachiavell" bereits als Kronprinz (1739) proklamiert. Wie anders dagegen die Auffassung des späteren Friedrich Wilhelms IV. über sein Herrscheramt. Er hatte es in einem "tiefen und sehr reinen Sinne als Gottesgnadentum aufgefaßt"⁹⁾. Im Gegensatz zu der Auffassung Friedrichs des Großen, daß der Monarch der erste Diener des Staates sei, war für Friedrich Wilhelm IV. der König wirklich "von Gottes Gnaden", was für ihn heißen sollte, "daß Gott den König mit überirdischen Kräften ausstattet, die ihm wie durch ein Wunder geistig und seelisch weit über jeden anderen, auch den Höchstgestellten und den Vertrautesten erhoben". So hat er einmal zu seinem Freund und Vertrauten Carl Josias von Bunsen, preußischer Gesandter in London, geäußert: "Es gibt Dinge, die man nur als König weiß, die ich selbst als Kronprinz nicht gewußt und erst als König erfahren habe."¹⁰⁾

9) Vgl. hierzu Schoeps, Der Erweckungschrist auf dem Thron - Friedrich Wilhelm IV., a.a.O., S. 161.

10) Derselbe, ebenda.

Die Staatsräson im Sinne von Staatsvernunft ist der Ausdruck einer Herrschaftsordnung, durch die ein Volk auf abgegrenztem Gebiet durch hoheitliche Gewalt zur Wahrung gemeinsamer - seien es ideelle oder materielle - Güter verbunden ist, wobei eine solche Ordnung als "Staat" etwa seit dem Beginn der Neuzeit bezeichnet werden kann, d. h. also um das Jahr 1500, dem Zeitalter, für das der Humanismus, die Renaissance und Reformation, aber auch die Entdeckung Amerikas 1492, oder der Thesenanschlag Martin Luthers 1517, die Grundlagen der modernen Kultur gegeben hat. So war also auch der "moderne" Staat geboren und hatte die Nachfolge der politeia, der civitas oder res publica in den verschiedensten Staatsformen, d. h. den verschiedensten Systemen, in denen die staatliche Herrschaft organisiert und demgemäß die Staatsgewalt ausgeübt wird, angetreten. Bei ihnen ist seit dem griechischen Altertum die Einteilung in Monarchien, Aristokratien und Demokratien üblich, wobei den Griechen die "gemischte Staatsform", d. h. die Staatsform, die monarchische, aristokratische und demokratische Elemente vereinigte, als beste galt. Griechischen Ursprungs sind allerdings auch die Lehren von den sogenannten entarteten Staatsformen, bei denen man von Despotien spricht; das sind Staatsformen, in denen die Herrschaft nicht zum Wohle des Ganzen, sondern zum Vorteil des jeweils Herrschenden ausgeübt wird. Eine solche Staatsform zeigt sich beispielsweise in der Tyrannis, Oligarchie und Ochlokratie, der Pöbelherrschaft. Der Vollständigkeit halber und zum besseren Verständnis der für die Zeit von 1815 bis 1871 in Preußen-Deutschland vorliegenden staatlichen Verhältnisse sollen noch die Regierungsformen genannt sein, in denen die durch Herkommen, Staatspraxis oder Verfassung festgelegten Methoden praktiziert werden, in denen m. a. W. die Staatsgewalt durch die Staatsorgane ausgeübt wird. Diese Staatsgewalt kann sich in der Hand des Staatsoberhauptes völlig konzentrieren, wie es in absolutistisch regierten Staaten der Fall ist.

Es können aber auch Einfluß- und Mitwirkungsrechte des lehnsrechtlich aufgebauten Grundadels in der sogenannten feudalistischen Regierungsform oder der Stände, d. h. im Ständestaat, als der sich in der europäischen Geschichte der Staat des späten Mittelalters und der Reformzeit dargestellt hat, möglich sein. Aber auch aristokratische Erste Kammern und gewählte Volksvertretungen, sogenannte konstitutionelle Staaten, sind Regierungsformen von Staatsgebilden. Im Parlamentarismus wiederum liegt die Regierungsgewalt in der Hand eines Ministeriums, das vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig ist oder von ihr gewählt und abberufen wird. Schließlich wird im Präsidialsystem die Regierungsgewalt von einem volksgewählten Staatspräsidenten ausgeübt. Dabei ist zu allen genannten Regierungsformen zu bemerken, daß die geschichtliche Vergangenheit vielfältige Verbindungen und Abwandlungen aufzuweisen hat, die sich hier und dort in der Zukunft wiederholen werden. Diese Betrachtung abschließend muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß nicht weniger wichtig als die altüberlieferte Einteilung der Staaten nach Herrschafts- und Regierungsformen ihre Unterscheidung nach den Führungsgruppen ist, die tatsächlich im Besitz der staatlichen Macht sind, wie z. B. eine Militärkaste oder der grundbesitzende Adel. Und was den modernen Parteienstaat betrifft, so haben sich anstelle der älteren Führungsgruppen die politischen Parteien als staatstragende Organisationen durchgesetzt¹¹⁾. Die Staatsräson friderizianischer Zeitepoche, die man im allgemeinen - nicht zuletzt wegen der sich in ihr widerspiegelnden Pufendorfschen Naturlehre und der Lehre vom Gesellschaftsvertrag Rousseauscher Prägung, sowie der von Locke und besonders Montesquieu vertretenen Lehre von der Gewaltenteilung als "aufgeklärten Absolutismus" - bezeichnet, ist jedoch nicht mit der Staatsauffassung des französischen

11) Vgl. statt vieler: Triepel, a.a.O., S. 31; im einzelnen a. Hartmann, a.a.O., S. 2, 23 bis 42.

Absolutismus zu vergleichen. Die Auffassung Friedrichs des Großen, daß der Fürst nicht nur für das Ganze denkt und handelt, sondern daß er als Haupt des Gesamtkörpers, das Sein des Staates realisiert, der Staat also m. a. W. einen einzigen Gesamtkörper darstellt, in dem Fürst und Volk untrennbar miteinander verbunden sind, begründet die Besonderheit der staatspolitischen friderizianischen Vorstellung. In ihr war noch nicht, wie später in den Lehren Herders, Fichtes und der Romantik, an eine organische Schöpfung des lebendigen Volksgeistes gedacht¹²⁾. Die Personalität des Staates sah sie vielmehr darin, daß er ein selbständiges, sittliches Wesen, ein autonomer historisch-politischer Körper, ein vernunftsbestimmter, willens- und handlungsfähiger Gesamtverband sei¹³⁾. Schoeps spricht von dem "allgegenwärtigen König", in dem alle Fäden der Verwaltung zusammenlaufen¹⁴⁾. "Die friderizianische Regierung aus dem Kabinett war eine Selbstregierung des Königs, die Minister waren noch keine eigentlichen Ressortchefs, sondern eher Handlanger des königlichen Willens; ihre Gesamtheit bildete auch noch kein Kollegium" - und "was als die Stärke des autokratischen Regimes erschien, war auch seine entscheidende Schwäche, weil der König unersetzbar war - (der Ehrentitel "Friedrich der Einzige" war nur allzu richtig) und weil darum sein Werk nach seinem Dahingang fast zwangsläufig zerfallen mußte"¹⁵⁾. Wie Huber¹⁶⁾ es sieht, war der friderizianische Staat ein "Selbstzweck" gewesen und die Staatsräson, die "ratio status" das bestimmende Prinzip des politischen Handelns. Man hat diese Auffassung als "Machtstaatsgedanken" bezeichnet, mit jenem

12) Vgl. Hintze, a.a.O., S. 399, der unzutreffenderweise bereits von einem "einheitlichen Volkskörper" spricht.

13) Vgl. Huber, Nationalstaat und Verfassungsstaat, a.a.O., S. 37.

14) Schoeps, Preußen und Deutschland, Wandlungen seit 1763, a.a.O., S. 17.

15) Ebenda.

16) Huber, a.a.O., S. 39.

negativen Akzent, mit dem der Individualismus den dämonischen Begriff der Macht gern versteht. Auf der anderen Seite werden wir daran erinnert, daß der König selbst nicht nur im "Anti-Machiavell", sondern in vielen seiner Schriften durch sein ganzes Leben hindurch Kritik an dem nackten Machtstandpunkt geübt hat. Immer wieder hat er das aufgeklärte, humanitäre Ideal des "allgemeinen Wohls", des Glückes und der Wohlfahrt der Untertanen der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens verkündet. So hat sich die oft wiederholte Deutung ergeben, es hätten zwei Staatsgedanken nebeneinander in der Seele des Königs gewohnt: der humanitäre Rechtsstaatsgedanke und der antihumanitäre Machtstaatsgedanke. Die friderizianische Staatstheorie habe das Aufklärungsideal und die Staatsräson nicht zur Einheit verbunden.

"Die Antinomie von Ethik und Machtpolitik, der Dualismus von Anti-Machiavell und Machiavell, hätten Friedrichs Staatsidee zerrissen."¹⁷⁾ Man wird Huber im Ergebnis seiner Überlegungen und seiner Darstellung folgen müssen. Wenn man dazu in Übereinstimmung mit Sauer¹⁸⁾ unter Staatsräson den Inbegriff der Staats-Interessen, d. h. also sowohl der außen- wie innenpolitischen, versteht (heute bezieht sich dieser Begriff nur noch auf die Außenpolitik eines Staates), und man dem auch zustimmt, daß die das 18. Jahrhundert beherrschende Frage nicht die, ob Evolution oder Revolution gewesen ist, sondern die, ob nicht - und speziell für die deutschen Verhältnisse - eine Revolution von innen oder von außen stattgefunden hat, bejaht, so kommt man in Ansehung von Preußens Aufstieg zu folgendem Ergebnis: Von der Zeit der staatlichen Neuordnung durch den großen Kurfürsten,

17) Huber, a.a.O., S. 39.

18) Sauer, a.a.O., in: Politische Vierteljahresschrift, S. 159 bis 186, und in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 413.

der Hintze¹⁹⁾ einen revolutionären usurpatorischen Charakter beimißt, bis zum aufgeklärten Absolutismus fand eine Ablösung der österreichischen Hegemonie durch den Dualismus Österreich - Friedrich des Großen, also eine Revolution "von oben" statt und ebenso eine Revolution, aber "von unten", d. h. im Reich, und zwar durch Preußen, statt²⁰⁾. Gerade im Vergleich zu dem sich in Frankreich bietenden Gesamtbild in der Zeit von 1789 bis 1815 muß man zu der Feststellung gelangen, daß sich im Deutschland des 18. Jahrhunderts alle Elemente einer großen Revolution entwickelt hatten. Man braucht dabei nur an den sich nach Friedrichs Angriff auf Schlesien als völlig neues Element in Deutschland entwickelnden Militär- und Beamtenstaat zu denken, der sich einerseits nicht mehr Kaiser und Reich gegenüber in Treue verbunden fühlte und andererseits neue aufgeklärte Ideen verkündete, wodurch er internationale Resonanz zu verschaffen verstand, indem diese sich zum Teil auf die französische Aufklärung oder sich in Österreich zu den sogenannten josephinischen Reformen auswirkten, die die Staatsallmacht des Absolutismus widerspiegelten ("Josephinismus")²¹⁾. Wie auch immer sich die Elemente einer großen Revolution in Deutschland des 18. Jahrhunderts entwickelt hatten, eines blieb davon unberührt und nicht angesprochen: die Volksbewegung. Und so mußten "alle Ansätze im politischen und moralischen Labyrinth des alten Reiches stecken bleiben"²²⁾, weil sich - wie es Stadelmann formulierte²³⁾ - "der aufgeklärte Absolutismus historisch als eine Sackgasse" erwiesen hatte.

19) Hintze, Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 242 bis 274, besonders S. 245 ff.

20) Sauer, a.a.O., S. 419, und Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen 1815 - 1848, a.a.O., S. 419 bzw. S. 55 ff.

21) Sauer, a.a.O., S. 415.

22) Ebenda.

23) Stadelmann, a.a.O., S. 40.

Und noch etwas erscheint für die Erkenntnis friderizianischer Zeit wichtig: Als ein Schüler westlicher Aufklärung setzte Friedrich der Große an die Stelle der göttlichen Offenbarung die Vernunft, die in die Entwicklung der Menschheit gelegt und aus ihr ablesbar sei. Durch sie sah er seinen Platz im Weltganzen bestimmt und seinen Weg vorgezeichnet. Mit der Malaise des Reiches, die aus der Glaubensspaltung entsprungen war, waren zugleich den Kirchen und dem Staat in gefährlicher Weise die Wurzeln durchschnitten, die sowohl ins Gewissen des Herrschers als auch in das der Beherrschten hinabreichte. Dabei umriß keine überirdische Autorität ihre Aufgaben und forderte Rechenschaft. Die Duldung religiöser Bekenntnisse entsprang der Gleichwertung aller Glaubensinhalte. Unter diesem Toleranzprinzip Friedrichs ist auch die allseits bekannte Verfügung einzuordnen, nach der der Staat darauf zu achten habe, daß keine Religion der anderen Abbruch tue, "denn hier muß ein jeder nach seiner Façon selig werden".

II. Preußische Nationalstaatsidee

Es stellt sich die Frage, ob der friderizianischen Zeit und der Zeit danach überhaupt eine Vaterlandsidee und eine Vaterlandsliebe eigen war. Wir wissen, daß die Idee des Vaterlandes eine europäische Idee und im politischen Denken des modernen Europa entstanden ist, als das mittelalterliche Reich im Kampf gegen neue innere und äußere Kräfte langsam zerbrach. Aufgrund der geistigen und politischen Auseinandersetzungen des 16. und 17. Jahrhunderts bedurften die sich neu bildenden politischen Kräfte der Rechtfertigung an einem neuen sittlichen Prinzip. Mit der durch die Reformation herbeigeführten Spaltung der Konfessionen, mehr aber noch mit der allgemeinen Verweltlichung des Denkens, verlor die überlieferte religiöse Legitimation der politischen Gewalt ihre Kraft. So lenkte die Rückbesinnung Europas auf die Altertum entfalteten Werte den Blick auf die altrömische Idee der patria, des Vaterlandes, und so auch entstand im modernen Staat, gleichsam als Frucht des Humanismus und der Renaissance und in Anlehnung an die Vaterlandsgesinnung der römischen Zeit, der "Patriotismus". Dabei war die neue Vaterlandsgesinnung mehr als bloße Heimatliebe, da sie der politisch organisierten Einheit galt und die sittliche Pflicht zum Kampf und zur Aufopferung für diese Einheit in sich barg. Sie verlangte, daß der Einzelne dem Ganzen diene, nicht aus Berechnung und nicht aus Gehorsam, sondern aus Liebe, aus leidenschaftlicher und rückhaltloser Hingabe an das gemeinsame Schicksal - aus sittlicher Freiheit, in der der Einzelne sein individuelles Sein in der politisch-staatlichen Existenz aufgehen ließ. In Europa wurde Frankreich der Nährboden dieses neuen Ethos der Vaterlandsliebe.

Wie stand es mit der Liebe zum Vaterland in Deutschland? Konnte man in dem Reich das Vaterland der deutschen Nation erblicken, dem die Vaterlandsliebe eine neue sittliche Kraft zuführen und ihm eine neue Legitimation verleihen konnte, als die christliche Grundlage der alten Reichsidee im Verblassen war? Oder waren die deutschen Territorien die "Vaterländer", denen die Idee der patria einen sittlichen Rang und eine revolutionäre politische Dynamik mitzuteilen vermochte? Die Frage drängt sich auf, ob es ein deutsches Vaterland oder eine Vielzahl von Vaterländern in Deutschland gab. Man wird sie dahin zu beantworten haben, daß die Idee des Vaterlandes in den Kämpfen des 17. und 18. Jahrhunderts in beiden Richtungen verstanden werden muß. Einmal war es der Reichspatriotismus, der auf das Ganze der deutschen Nation abzielte, und dann wiederum war es der auf das partikulare Dasein der deutschen Territorien gerichtete Staatspatriotismus. Hauptverfechter des Reichspatriotismus war Gottfried Wilhelm Leibniz, der mit ganzer Kraft bemüht war, einen gesamtdeutschen Patriotismus zu wecken. Aufgrund seiner mit der Abfassung einer Geschichte des Welfenhauses betriebenen Quellenstudien, die sich mit dem Zustand der deutschen Sprache nach den Wirrnissen des Dreißig-jährigen Krieges befaßten, war er bemüht, dem zerfallenen Reich neue Einheit und Ordnung zu geben. Das Ergebnis dieser Bemühungen war in der um 1680 entstandenen Schrift "Ermahnung an Teutsche, ihren Verstand und ihre Sprache besser zu üben, sowie seine Vorschläge für die Aufgaben einer "teutschgesinnten Genossenschaft". Darin hatte Leibniz zugleich die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, es könne, wenn nicht bald Schluß gemacht werde mit dem abscheulichen Durcheinander, das "Teutsch in Teutschland" ebenso verloren gehen wie das Angelsächsische in England. Als Vorkämpfer des Staatspatriotismus hingegen hat Friedrich der Große zu gelten, der sowohl durch seine philosophischen Schriften als auch durch

seine staatsmännischen und militärischen Taten den Grund einer Vaterlandsgesinnung geschaffen hat, der nicht das Ganze des Reiches, sondern der verengte Raum des preußischen Staates als Vaterland galt. Er suchte den partikularen Staat zum Gegenstand der dienenden Hingabe, der selbstlosen Bereitschaft zum Opfer, des unbedingten Pflichtbewußtseins zu erheben. Nach dem zwiespältigen Urteil späterer Zeit angesichts dieses geschichtlichen Vorgangs hat der friderizianische Staatspatriotismus das alte Reichsbewußtsein vollends zerstört und entscheidend dazu beigetragen, daß die Deutsche Nation politisch zerfiel. Andererseits ist aber gleichzeitig in der Idee des vaterländischen Staates ein politisches Ethos entzündet worden, welches im Preußentum eine neue staatsbildende Kraft entwickelte. In der Fernwirkung hat sich, wie auch die nachfolgenden Untersuchungen ergeben werden, auf diese Weise ein Kern neuer Staatlichkeit auch für die deutsche Nation ergeben. So wurde der preußische Staatspatriotismus ein ethisches Prinzip, das - wie es Huber²⁴⁾ sieht - "zu den großen zerstörenden und zugleich gestaltenden Mächten unseres Schicksals gehört".

Wie hart die Meinungen in dieser Frage aufeinander stoßen, erkennt man beispielsweise daran, daß Schoeps²⁵⁾ "so etwas wie ein besonderes preußisches Nationalgefühl nach 1763 auf dem Hintergrund des Ruhmes der drei schlesischen Kriege entstanden" sieht, das "aber vom Nationalismus des 19. Jahrhunderts ... noch weit entfernt war"²⁶⁾, Sauer²⁷⁾ die Frage, ob in Deutschland ein Nationalstaat im westeuropäischen Sinne je bestanden hat, "strittig erscheinen" läßt und andere wiederum es überhaupt ablehnen,

24) Vgl. Huber, Nationalstaat und Verfassungsstaat, a.a.O., S. 30/31.

25) Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 93.

26) Derselbe, Preußen und Deutschland, Wandlungen seit 1763, a.a.O., S. 17, und derselbe, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 93.

27) Sauer, Moderne deutsche Sozialgeschichte, a.a.O., S. 407.

von Preußen als einem Nationalstaat zu sprechen. Nach Ansicht Haffners²⁸⁾ z. B. war "Preußen eben kein Nationalstaat, mochte man das nun als Stärke oder Schwäche ansehen. Es war ein Rationalstaat - volklos, stammlos, abstrakt, ein aus dem Geiste der Aufklärung konstruiertes reines Verwaltungs-, Justiz- und Militärsystem, das sich fast beliebig verlagern und übertragen, beliebigen Völkern, Stämmen und Gebieten überstülpen ließ". Und Haffner fügt hinzu: " ... übrigens durchaus nicht zu ihrem Schaden. Ein gängiger Reim jener Zeit lautete: Niemand wird Preuße, denn aus Not. Ist er's geworden, dankt er Gott". Seine Behauptung, daß Preußen ein Rationalstaat gewesen sei, glaubt Haffner damit - und entgegen der Meinung Hegels, der in dem preußischen Staat die vollkommenste Ausprägung der Staatsidee und der Idee reiner Staatlichkeit, die je die Geschichte hervorgebracht hat, sah - beweisen zu können, daß er in dem "preußischen Rationalstaat" seiner Prägung "nicht nur etwas Hartes, Metallisches, Mechanisch-Maschinelles", sondern darüber hinaus auch "eine kühle Liberalität, Gerechtigkeit und Toleranz" sieht, "die für seine Untertanen deswegen nicht weniger wohltuend war, weil sie auf einer Art Gleichgültigkeit beruhte. In Preußen konnte "jeder nach seiner Façon selig werden", der Staat war vorurteilslos, vernünftig, praktisch und gerecht; solange man dem Staat gab, was des Staates war, gab er seinerseits "jedem das Seine", eine versteckte Persiflage auf den Wahlspruch König Friedrichs I. und den von ihm gestifteten Schwarzen Adlerorden. In Preußen nur einen "Rationalstaat" sehen zu wollen und es als solchen darzustellen, läßt nicht preußisches, historisch nicht objektives Denken, eher jedoch antipathetische Urteilsfindung vermuten, was zwangsläufig zu einer falschen Beur-

28) Haffner, Preußens Krise und Wandlung, a.a.O., S. 86/87.

teilung führen muß. Hatte Friedrich Wilhlm I. in seinem Testament noch ganz dynastisch-altterritorial gedacht, so galten des Sohnes Gedanken - freilich nicht mehr transzendental begründet - der Verpflichtung des Monarchen gegenüber der Allgemeinheit, dem "Staat", der noch über dem König steht. Dieser Staat ist kein bloßes Machtgefüge, sondern ebenso eine Wohlfahrts- und Rechtseinrichtung. Wie es Hartung²⁹⁾ zum Ausdruck gebracht hat, ist dieser Staat des aufgeklärten Absolutismus daher auch nicht "ein Patrimonium der Dynastie, sondern die lebendige Gemeinschaft seiner Bewohner". Die Bedeutung dieses Begriffes besteht einmal darin, daß die Verbindung mehrerer Landschaften unter einer Herrschaft den Charakter des Zufälligen und Willkürlichen verliert. Erst Friedrich der Große vermochte von einem Gesamtstaat, "einer einheitlichen preußischen Nation" zu sprechen. Was daneben und in seiner tieferen Ursprünglichkeit aber das - und sogar starke - Nationalbewußtsein Preußens deutlich werden ließ, das waren neben dem preußischen Lebensgefühl die Sprache, die Religion, die Dichtung, die Musik, die Sitte, die preußische Landschaft und nicht zuletzt die Erkenntnis der höheren Übereinstimmung mit den Staatszwecken, eine politisch-moralische Abstraktion, der "Dienst an einer Idee". Das preußische Lebensgefühl, ein Begriff, der einer Vieldeutigkeit m. E. keinen Raum läßt, war nichts anderes als die Identität mit dem preußischen Staatsbewußtsein, und die preußische Landschaft war die erste Besonderheit, die das Wesen Preußens geprägt hat³⁰⁾. Und was den "Dienst an einer Idee" angeht, so war, wie Mann³¹⁾ es deutet, "Freiheit darin, Freiheit, sich diesem Gesetz zu beugen",

29) Hartung, Politische Testamente der Hohenzollern, a.a.O., S. 139.

30) Vgl. Netzer, a.a.O., S. 11.

31) Mann, Das Ende Preußens, a.a.O., S. 172.

also eine Haltung insgesamt, die schon wirksam war, als ihr Immanuel Kant in Königsberg den kategorischen Ausdruck gab und so zu dem königlichen Philosophen in Potsdam die Philosophie Preußens nachlieferte. Denn es war durchaus die preußische Gattung der Menschheit, für die Kant wie für ein Modell der politischen Humanität dachte; und nicht von ungefähr nannte auch er als erster Friedrich II.: "den Großen". Diese kühne Identifikation wiederholte sich ein halbes Jahrhundert später, als Hegel den Weltgeist in seinen Normen und Zwecken ebenfalls vornehmlich am Exempel dieses Staates und seiner und seines höheren Auftrags statuierte... Wem damals das Preußische im engeren Sinne nicht behagte, der war doch, wie Goethe, "fritztisch gesonnen" und setzte auf Genialität und fortune dieses verwegenen kleinen Königreiches... Die Typik, an der sich das Staatsgefühl orientierte, war jedenfalls geschaffen und erwies sich in manchem beständiger, als es für die fernere Zukunft ohne rechtzeitige Verwandlung gut tun konnte. Die große Trias von Adel, Offizierkorps und Grundbesitz überlebte als gesellschaftliche Struktur den politischen und militärischen Zusammenbruch unter den harten Schlägen Napoleons. Nicht uninteressant ist für die Darstellung der friderizianischen Staats- und Vaterlandsidee, was Huber³²⁾ hierzu gesagt hat, indem er davon spricht, daß "in einer Zeit, in der in den europäischen Nationen des Westens die Idee des Nationalstaats längst verwirklicht war", der preußische Staat, eben in dem er sich auf die "Liebe zum Vaterland zu gründen suchte", seinen Mangel an einer ihm zugeordneten Nationalität, aus der allein ihm unter den Bedingungen der Zeit ein lebendiges Vaterlandsbewußtsein auf die Dauer hätte erwachsen können, offenbart hat."

32) Huber, Nationalstaat und Verfassungsstaat, a.a.O., S. 45/46.

Und Huber fährt fort: "Eben damit aber war Preußen von Anfang an über sich hinausgewachsen. Auf der einen Seite war Preußen zu groß für die stammestümliche Vaterländerei der deutschen Mittel- und Kleinstaaten..., auf der anderen Seite war Preußen zu klein, um Vaterland für sich selbst zu sein." Und somit folgert Huber: "So war der preußische Staatspatriotismus aus sich selbst genötigt, zu einem Patriotismus für Deutschland zu werden, eine Notwendigkeit, die kaum zwanzig Jahre nach dem Ende der friderizianischen Epoche in der Stunde der preußischen Ohnmacht und Spaltung im Bewußtsein der Träger der preußischen Staatsreform durchbrach." Wenn man von den zwanzig Jahren nach dem Tode Friedrichs des Großen spricht, in denen Machtzerfall des Staates sichtbar wurde, so kann man staatsrechtlich zur friderizianischen Epoche nur die Zeit Friedrich Wilhelms II. einbeziehen, d. h. also die Zeit von 1786 bis 1797, "in der die nachwirkenden Momente der Regierung Friedrichs dem Preußischen Staate noch eine Reihe weiterer Erfolge brachten"³³⁾. Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus hatte allerdings beim Tode Friedrichs ihren Höhepunkt bereits überschritten. Die Aufklärung hatte, wie Schoeps³⁴⁾ es darstellt, begonnen, "ihre Ehe mit dem Staat schon wieder zu lösen und in den revolutionären Untergrund zu gehen, während das Regime des Nachfolgers starr wurde, zu kirchlicher Reaktion und zu Verboten überging, sowie die Schraube der Zensur anzog".

In diese Zeit fällt als "eine Art postumer Verfassungsstiftung Friedrichs"³⁵⁾ das am 1. 6. 1794 in Kraft getretene "Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten",

33) Vgl. von Rönne, a.a.O., S. 22.

34) Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 97.

35) Derselbe, Preußen und Deutschland, a.a.O., S. 17, und Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen, a.a.O. S. 56.

dessen politische und soziale Voraussetzungen zum Teil schon überholt und im Schwinden waren. Das Paradoxe dieses Gesetzeswerkes, auf das in der Folge noch einzugehen ist, besteht darin, "daß es im theoretischen Entwurf einer sich auflockernden sozialen Wirklichkeit weit vorseilte, in der Durchführung aber diese Wirklichkeit durch eine Fülle von Bestimmungen kodifizierte, die dem geplanten Rechtszustand hinderlich waren, ja ihm widersprachen"³⁶⁾. Hatte die erste Fassung des Landrechts im Jahre 1791 auch ein Verbot der königlichen Machtansprüche vorgesehen, so konnte die Aufhebung dieses Verbots durch Friedrich Wilhelm II. 1794 nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der König mit dem Landrecht von einem bisher souveränen Monarchen zu einem Staatsoberhaupt verwandelte. Wegen der von dem Gesetz angestrebten Synthese des aufgeklärten Absolutismus mit einer noch zu liberalisierenden Gesellschaft wurde der König zum "Oberhaupt im Staate", so daß man als das theoretische Konzept der preußischen Verfassung von 1791/94 den Staat als "Hüter und Diener der bürgerlichen Gesellschaft" ansehen kann³⁷⁾. Da dem Allgemeinen Landrecht gegenüber den herrschenden Provinzialgesetzen nur subsidiäre Geltung zukam, so wurde ein Zustand verfassungsmäßig festgelegt, den der spätere preußische Finanz- und Kulturminister Freiherr vom Stein zum Altenstein 1807 wie folgt beschrieb: "Es gab keine Nation im Staate, nicht einmal eigentliche Provinzen, sondern einzelne Stände in den verschiedenen Provinzen, jeder mit besonderem Interesse, ohne Vereinigungspunkt..."³⁸⁾.

36) Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen, a.a.O., S. 56.

37) Ebenda, S. 57.

38) Frhr. v. Stein und zu Altenstein, a.a.O., S. 393.

Solange die Ständestruktur noch in sich selbst ruhte und den staatlichen Anforderungen Genüge leistete, war die Frage, inwieweit das alle Lebensbereiche erfassende soziale Verpflichtungssystem des Allgemeinen Landrechts mit dem Rechtsanspruch der Individuen auf die freie Entfaltung ihrer Kräfte harmonisieren könne, noch nicht aktuell. Dadurch aber, daß der Staat selber mit dem Erlaß des Allgemeinen Landrechts die subsidiäre Verpflichtung zu einer allgemeinen Daseinsvorsorge übernahm³⁹⁾, mußte er in dem Maße, wie sich die ständische Realität auflockerte, in Gegensatz treten zu den liberalen Tendenzen, mit deren Hilfe die alten Stände bereits angegriffen wurden.

Hat man die Jahre von der Zeit des Baseler Friedens, der seitens Preußens von Hardenberg und seitens Frankreich, d. h. der französischen Republik, von Barthélemy, am 5. 4. 1795 abgeschlossen wurde und aufgrund dessen Preußen aus dem Revolutionskrieg ausgeschieden war und seine linksrheinischen Bevölkerungen vorläufig an Frankreich abgetreten hatte, bis zu dem Katastrophenjahr 1806 als eine Periode des Stillstands und der Dekadenz angesehen, so sind die nachfolgenden Jahre, zumindest bis zum Jahre 1812 - dem Vorjahr des siegreichen Befreiungskrieges - als Jahre mutiger Reform und Reorganisation angesprochen worden⁴⁰⁾.

Das große Reformwerk dieser Zeit, das während der nur kurzen Ministerschaft des Reichsfreiherrn Karl von und zum Stein, vom September 1807 bis zum November 1808, von diesem und im Zusammenwirken mit dem seit 1791 als

39) Vgl. Allgemeines Landrecht, T. II, Titel 19 §§ 1 ff.

40) Vgl. Haffner, Preußen, Porträt einer politischen Kultur, a.a.O., S. 87.

Provinzialminister für Franken tätigen Karl August von Hardenberg begonnen wurde, "stellt den Übergang vom Absolutismus zum Verfassungsstaat dar"⁴¹⁾, was allerdings nur metakonstitutionell gedeutet werden kann, da sich die verfassungsmäßige Realität erst mit der "Allerhöchsten Botschaft vom 7. Januar 1850" samt der von dem Staatsministerium entworfenen "Zusammenstellung von Abänderungen und Ergänzungen der oktroyierten Verfassung" vom 5. Dezember 1848 ergab. Im Verlauf der späteren Ausführungen ist noch auf die Stein-, Hardenberg-, aber auch Boyenschen Reformen einzugehen. Hier ist in bezug auf die Staatsräson und die nationale Staatsidee auf das Ziel der Reformer hinzuweisen, nämlich eine Verfassung zu beseitigen, in der "der Mensch nicht als solcher geachtet, sondern als Sache anderer Menschen im Staate betrachtet ... werde"⁴²⁾. Durch die - wenn auch unauffällige - Machtverschiebung im Verhältnis zwischen Bürokratie und Monarchie sollte die Rolle des "supremus arbiter" des absoluten Monarchen, die dieser mehr oder minder unangefochten behauptet hat, durch die Bürokratie mehr und mehr eingeschränkt werden. Durch fachliche Schulung und humanistische Bildung auf dem Boden der humanitären Staatsidee, die bereits durch Kant, Fichte und den Neuhumanismus vor allem in Königsberg und in Berlin philosophisch vertreten worden war und derzufolge nach sorgfältigen Vorarbeiten durch Wilhelm von Humboldt als Leiter des Unterrichtswesens im Innenministerium und durch Gelehrte wie Schleiermacher und Fichte in Berlin im ehemaligen Palais des Prinzen Heinrich im Oktober 1810 die "Friedrich-Wilhelm-Universität" eröffnet wurde, durch alle diese Bildungsbemühungen strebte die Bürokratie danach, sich zu verselbständigen.

41) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 119.

42) Vgl. Altenstein, a.a.O., S. 391.

Wie Sauer⁴³⁾ es sieht, gab sie sich "gleichsam eine Verfassung, indem sie das bisherige fürstliche 'Kabinett' durch eine aus Fachministerien zusammengesetzte 'Regierung' verdrängte". So könnte man, wie Sauer anschließend folgert, die "Emanzipation der Bürokratie als die eigentliche deutsche Revolution im frühen 19. Jahrhundert bezeichnen", wobei Sauer eine bis in unsere Tage hinreichende nicht uninteressante Überlegung anstellt, nämlich die, "ob nicht, gerade die Kombination von relativer Unauffälligkeit nach außen und Umsturz grundlegender Prinzipien (nämlich des fürstlichen Absolutismus), die sie kennzeichnet, ... eine für die ganze weitere Entwicklung bestimmte Tradition begründet". Denn bis hin zu der "legalen Revolution" von 1933(!) war es das Prinzip der deutschen Politik, auch die politischen Grundsatzentscheidungen dem "Streit der Meinungen" und der "Interessenpolitik" zu entziehen und "sachlichen" Gesichtspunkten zu unterwerfen⁴⁴⁾. Mit dem Aufstieg des Bildungsbürgertums ließ sich auch die Bürokratie nicht mehr aus ihrer zentralen Stellung verdrängen. Sie versuchte, die Reformen - wenn auch in beschränkterem Umfang - nämlich auf der von Hardenberg mit Bauernbefreiung und Gewerbefreiheit begonnenen Linie fortzusetzen, in deren Folge statt der politischen nun die industrielle Revolution vorangetrieben wurde. Wir werden den Fortgang der Dinge noch im weiteren Verlauf der Untersuchungen, die für das Problem der nationalen Minderheiten ebenfalls von nicht geringer Bedeutung sind, zu behandeln haben. Für die hier zu treffende Feststellung ist es von Bedeutung, daß mit den preußischen Reformen der Anstoß für eine Entwicklung gegeben worden ist, die auch durch die verschiedenen Repressionsmaßnahmen der Jahre zwischen

43) Sauer, a.a.O., in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 419.

44) Besson, a.a.O., S. 359 ff.

1815 und 1848, die man im europäischen Sinne als "Restaurationszeit" und preußischerseits neben den Jahren von 1850 bis 1858 als "Reaktion bezeichnet hat, nicht mehr zum Stillstand zu bringen war. In der allgemeinen Verwaltung wurde die kollegiale Verfassung, die zu friderizianischer Zeit ein Mittel des Monarchen gewesen war, die Machtzusammenballung in der Hand eines starken Ministers zu verhindern, geradezu zu einem Ersatz für eine Verfassung. So wurde als wichtigster Grund für das Festhalten daran in der "Verordnung über die verbesserte Einrichtung von Provinzialbehörden" vom 30. 4. 1815 angeführt, sie sichere "Achtung für die Verfassung, Gleichförmigkeit des Verfahrens, Liberalität und Unparteilichkeit"⁴⁵⁾. Selbst in den Jahren der Reaktion wurde als Leitgedanke für das Beamtentum die "möglichst freie Entwicklung und Anwendung der Anlagen" im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus und die baldmöglichste Beseitigung "aller dagegen noch obwaltenden Hindernisse auf legale Weise" angegeben.

Wenn auch mit der Reaktion der reformerische Schwung als beherrschendes Moment dieser Epoche aufhörte, so hatte es dennoch den Anschein, als ob sich die aufgeklärten Ideen Friedrichs des Großen noch für die fortschrittlichen Bestrebungen der neuen Zeit auswirken sollten. So glaubte ein süddeutscher Beobachter noch 1840, die in Preußen nicht so wie in den deutschen Kleinstaaten ausgeprägte "Regierungsliebhaberei" mit der "Zufriedenheit und Ruhe" erklären zu können, "die von allen anderen Ländern in Preußen in der verhängnisvollen Zeit nach der Julirevolution erhalten geblieben ist"⁴⁶⁾. Ja selbst der Junghegelianer Friedrich Karl Koeppen betonte im

45) Altenstein, a.a.O., S. 306;
vgl. auch Conze, a.a.O.

46) Deutsche Vierteljahresschrift 1840, H. 2, S. 304;
zitiert bei Conze, a.a.O., S. 16.

gleichen Jahr in einer Karl Marx gewidmeten Festschrift mit dem Titel "Friedrich der Große und seine Widersacher": "Der Himmel ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas als Preußen auf der zeitgemäßen Fortentwicklung der Grundsätze Friedrich des Großen"⁴⁷⁾.

Auch nach 1848 ging die humanistisch-liberale Komponente des Preußentums nicht ganz verloren, auch "wenn sie im Zeichen des Gegensatzes von nunmehr revolutionärem Fortschrittstreben gegen Autorität und Sicherung der Einheit mehr in den Hintergrund trat"⁴⁸⁾.

Die preußische Staatsform der "vormärzlichen" Zeit, das der Märzrevolution 1848 vorausgehende Zeitalter des Biedermeier, ist von liberaler Seite gern als "absolute Monarchie" bezeichnet worden. Das ist aber keineswegs zutreffend, denn der preußische Staat zu Zeiten Friedrich Wilhelms III. hatte bereits, ohne der königlichen Macht Abbruch zu tun, durch ein Parlament vorkonstitutionellen Charakter. Die Krone war an die bestehenden Gesetze gebunden und anerkannte die Grundsätze der Selbstverwaltung. Darüber hinaus war auch der Wille zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der sich aus den neuen staatsrechtlichen Erkenntnissen ergebenden Grundsätzen deutlich vorhanden⁴⁹⁾.

Nachdem dann die I. und die II. Kammer (seit 1855 Herrenhaus und Haus der Abgeordneten) mit ihren an die Krone erlassenen Adressen die Annahme der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 "als des nunmehr zu Recht bestehenden Staatsgrundgesetzes"⁵⁰⁾ ausgesprochen hatten und damit die "preußische Krone, deren Glanz Flecken

47) Zitiert bei Hauser, a.a.O., S. 16.

48) Ebenda

49) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 172.

50) Vgl. die beiden Adressen nebst den darauf erfolgten Erwidernngen des Königs, im Min.Bl.d.i.Verw. 1849 S. 35 bis 38.

erhalten hatte, - moralisch wie machtmäßig verlorenes Terrain zurückerhalten hatte"⁵¹⁾, begründete dann die "revidierte" preußische Verfassung vom 31. Januar 1850, die bis zum 9. November 1918 in Kraft geblieben ist, die zwischen Absolutismus und Parlamentarismus stehende Staatsform der "konstitutionellen Monarchie", die die Staatsgewalt auf mehrere oberste Organe verteilte, der Krone aber den Vorrang ließ.

Für die späteren Ausführungen bezüglich der verschiedenen Regelungen und Verfahrensweisen in den einzelnen preußischen Provinzen soll an dieser Stelle noch auf die Bismarck in den ruhigeren Zeiten seiner Regierung eigene Auffassung einer Dezentralisierung der Verwaltung hingewiesen sein. So wie er sich für die Beseitigung des Zustandes einsetzte, "in welchem über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird"⁵²⁾, so war er bestrebt, "Uniformität zu vermeiden und durch Bewahrung der Eigentümlichkeit gerade den Beweis zu liefern, daß Preußen alle deutschen Individualitäten in sich aufnehmen kann, ohne sie aufzuheben"⁵³⁾. Dies war auch der Grund für Bismarck, die Befugnisse der Oberpräsidenten der Provinzen zu erweitern. Denn in diesem Amt zeigte sich besser als in allen anderen der doppelte Charakter der preußischen Monarchie, als nämlich eines sowohl obrigkeitlich-zentralistischen als auch zugleich durch lokale Selbstverwaltung liberal aufgelockerten Gemeinwesens. Das Amt des Oberpräsidenten war ursprünglich als eine Art Kontrollinstitution des Ministeriums gedacht und eingerichtet worden. Aber schon unter Wilhelm von Humboldt hatte es diesen Charakter verloren und sich nach und nach zum Wahrer der provinziellen Eigentümlichkeiten entwickelt. Die Akten der preußischen Verwaltung lassen deutlich erkennen⁵⁴⁾, daß

51) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 202.

52) Vgl. bei Hauser, a.a.O., S. 16.

53) Ebenda.

54) soweit diese Akten dem Verfasser im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem (siehe Quellenverzeichnis) zur Verfügung gestanden haben.

die getroffenen Maßnahmen nicht diktatorisch durchgeführt wurden. Die weiteren Untersuchungen werden aufzeigen, daß die Unter- und Mittelbehörden, d. h. Bezirksregierungen und Oberpräsidenten, ein erstaunlich großes Maß an Eigeninitiative entwickelt haben.

Bei Kenntnis dieser Sachlage muß man zwangsläufig zu dem Ergebnis gelangen, daß Preußen im Verlauf seiner sich wandelnden Staatsräson ein durchaus humanitär-liberaler Charakter zu eigen war. Dennoch muß aber die preußische Monarchie, worauf Meinecke meines Erachtens mit Recht hinweist⁵⁵⁾, "zwiegesichtig" erscheinen, weil "der Dualismus von Machiavell und Antimachiavell" trotz allen Strebens nach Versittlichung des Staates, wie schon bei Friedrich dem Großen, lebendig geblieben ist.

In dem mit aller Dynamik angefüllten Ringen zwischen dem obrigkeitlichen Zentralismus und den auf Dezentralisation und Schaffung freiheitlicher Institutionen abzielenden liberalen Tendenzen gab es, wie Meinecke es klar herausstellt, nur zwei ruhende Pole, nämlich einmal: die innere Verpflichtung zu unbedingter und uneigennütziger Hingabe an den Staat, ferner die Kant'sche Freiheit zum Dienst nebst der Bedeutung des moralischen Sittengesetzes, und zum anderen: resultierend aus den genannten Tugenden, die Behandlung aller politischen Fragen sine ira et studio mit leidenschaftslosem und vernunftbegründetem Einsatz für den Staat, wodurch letztlich die preußische Staatsräson "ihre höchste Würde" erlangte.

Bekannt man sich zu dieser Entwicklungsphase preußischer Staatsräson, müssen sich einem die Fragen nach der preußischen Nationalstaatsidee und der Behandlung des Nationalitätenproblems in Preußen von selbst stellen. - Bei der Erörterung dieser Fragen ist es tunlich, sich zu erinnern, daß wegen der nationalstaatlichen Bestrebungen zwischen der preußisch-konservativen Haltung und der neuen popularen,

55) Meinecke, a.a.O., S. 340 ff., 344 ff.; vgl. auch Hauser, a.a.O., S. 18.

nationalliberalen Kräften grundlegende Unterschiede bestanden. Die Nationalliberalen erkannten zwar bei allen liberalen Neigungen die Notwendigkeit der Staatsautorität und demgemäß auch ein zum Gehorsam verpflichtetes Beamtentum an⁵⁶⁾; sie waren zunächst auch die eigentlichen Träger des nationalen Einheitsgedankens auf der Grundlage eines gefühlsbetonten Nationalbegriffs; in dem Augenblick jedoch, als der Wunsch bei ihnen entstand, von ihrer sich vorgestellten "Kulturnation" die auf die verschiedenen Staatswesen verteilten Kulturträger aus diesen herauszulösen und zu einem neuen nationalen Staat zusammenzuschließen, bekam ihr Wirken politischen Akzent. So enthielt die Nationalstaatsidee von Anfang an ein revolutionäres Element, das alte Formen auflösen wollte, bevor zum nationalen Neubau geschritten werden konnte⁵⁷⁾. Der dann mit der Reichsgründung erreichte Zusammenschluß der ganzen deutschen Nation ist von den preußischen Konservativen nicht als Gewinn der "nationalen Einheit" angesehen worden, sondern als ein Bündnis von einzelnen deutschen Staaten, was sich in der Folgezeit in der Erhaltung dieser Glieder und in der Bewahrung des föderalistischen Prinzips gegenüber allen unitarischen Bestrebungen gezeigt hat. "Der jahrzehntelange Konflikt Reich-Preußen ist von daher wesentlich mitzuerklären"⁵⁸⁾. Von den Konservativen ist in Ablehnung an den westlichen Nationalbegriff die "Nation" mit "preußischer Staat" identifiziert worden. "Für den Preußen waren 'national' vor allem die Untertanen, die ihrem Staat positiv gegenüberstanden", und "das Empfinden für König und Fahne wurde ergänzt durch die Bindung an die 'Nation', der Patriotismus wurde durch ein 'preußisches Nationalgefühl' abgelöst"⁵⁹⁾.

56) Hartung, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, 3. Teil, a.a.O., S. 30 ff.

57) Vgl. Hauser, a.a.O., S. 22.

58) Ebenda, S. 24.

59) Booms, a.a.O., S. 100 ff.

Da die Bismarcksche Lösung den preußischen Staat nicht nur hatte bestehen lassen, sondern ihm die führende Stellung im neuen Deutschen Reich zugewiesen hatte, war "nationale" Politik, das heißt Förderung der machtpolitischen Stellung des Reiches, weitgehend identisch mit der Machterweiterung Preußens selbst. So wurde es mehr und mehr üblich, von "Preußen-Deutschland" zu sprechen. Konsequente Konservative hielten an dieser Einschränkung des Nationalbegriffes an der auf den Staat eingestellten Denkweise fest und waren nicht bereit, die von den Liberalen betonte Gleichsetzung von Nation und Volkstum zu akzeptieren. Ohne den späteren Erörterungen vorzugreifen, soll hier schon darauf hingewiesen werden, daß sich diese Einstellung des konservativen Flügels besonders bei der Beurteilung des Fremdvölkischen im preußischen Staat zeigte. In bezug auf die preußischen Polen hatte z. B. der Abgeordnete von Oldenburg-Januschau - allerdings zu einer Zeit, die den Zeitraum der hier abzuhandeln ist, bereits überschritten hat, nämlich im Jahre 1907 - im Abgeordnetenhaus ohne Umschweife erklärt: "Im übrigen haben wir die Auffassung, meine Herren Polen, daß Sie seit der Zeit Friedrichs des Großen nicht mehr Polen, sondern Preußen sind"⁶⁰⁾; und der Abgeordnete Graf von Westarp vertrat noch 1909 vor dem Forum des Reichstages die allem eigentlich nationalen Denken widersprechende Auffassung: "Es gibt nach deutschem Staatsrecht nicht den Begriff der polnischen Nationalität... Die Polen sind preußische Staatsangehörige, und weil sie preußische Staatsangehörige sind, sind sie deutsche Reichsangehörige. Sie gehören zum deutschen Volk... Sie haben nicht das Recht, von einer besonderen polnischen Nationalität zu sprechen"⁶¹⁾.

60) Stenographische Protokolle, Haus der Abgeordneten Berlin, Bd. 3, 1907, 3740;
auch zitiert bei Booms, a.a.O., S. 101.

III Das Nationalitätenproblem

"Die Nationalitätenfrage besaß in der wissenschaftlichen und politisch-publizistischen Diskussion der letzten hundert Jahre eine Aktualität, die fast nur noch von dem, was wir die soziale Frage nennen, übertroffen wird." Wie es Schieder m. E. treffend zum Ausdruck gebracht hat⁶²⁾, hat es zu diesem Problem eine ganze Kette von Erwartungen und Hoffnungen, Enttäuschungen und Katastrophen gegeben, die sich in einer schwankenden und unsicheren Terminologie widerspiegeln. Die Entwicklung dieses Problems beginnt bereits mit der Verkündung der Nationalitätsidee, des Nationalitätsprinzips als der Grundlage der neuen Staatenpolitik, d. h. des Grundsatzes, daß staatliche Gewalt ihre Legitimation nur mehr im Willen einer Nation finden dürfe, also Staat und Nation sich decken müssen. Das war eine innen- und verfassungspolitische Forderung gegenüber einem seiner Nationalität nach einheitlichem Staat wie der französischen Monarchie des anciens régimes. Es war ein Problem der äußeren Politik bei staatlich zersplitterten Völkern oder solchen, die um ihre Befreiung von fremder Oberhoheit rangen. Damit sind im wesentlichen die drei Stadien der Geschichte des Nationalitätenprinzips angesprochen: das westeuropäische, das mitteleuropäische und das osteuropäische. Nach den idealistischen Hoffnungen des frühen 19. Jahrhunderts sollte in einem Europa der Völker nicht nur die innere Ruhe der Staaten verbürgt sein, sondern man ersehnte sich zugleich auch eine endgültige äußere Friedensordnung.

62) Schieder, Nationalstaat und Nationalitätenproblem, a.a.O., S. 161 ff.

Die Vorstellung von einer idealen, wenn auch in der Wirklichkeit kaum zu schaffenden Ordnung blieb auch im Denken des deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts lebendig.

Wenn heute der Terminus "Nationalitätsidee" aufgegeben worden ist und man statt dessen häufiger von "Nationalitätenproblem" spricht, so läßt sich diese Verschiebung der Ausdrucksweise nur logisch als der Ausdruck tiefer und zum Teil furchtbarer Erfahrungen erklären. Jeder Versuch einer europäischen Neuordnung, das Nationalitätsprinzip - oder mit dem geläufigeren Wort "Nationalstaatsprinzip" genannt - zugrunde zu legen, führte in das Labyrinth des Nationalitätenproblems. Wenn man beispielsweise nur an die Epoche der mitteleuropäischen Nationalstaatsbewegung zwischen 1848 und 1871 in Deutschland und Italien denkt, deren Hinterlassenschaft die Problematik des österreichischen Nationalitätenreiches gewesen ist, oder an die Politik der nationalen Selbstbestimmung in Ost - Mitteleuropa, wie sie der europäische und amerikanische Westen in und nach dem Ersten Weltkrieg auf ein geweihtes Podest zu stellen glaubte, und dann erkennen mußte, welche unheimliche Dynamik der Nationalkräfte dadurch erst auf weitestem Raum entfesselt wurde, wird deutlich, welche innere Kraft dem Nationalitätenproblem anhaftet und es zu einem Problem der internationalen Politik werden kann.

Die Frage nach dem Nationalitätenproblem ist überall da gestellt, wo die im Nationalstaat angestrebte einfache Identität von Staat und Nation oder Volk sich nicht als vollziehbar erweist, sei es, daß es entweder überhaupt kein einzelnes den Staat tragendes Volk gibt, oder weil starke, einen eigenen Willen vertretene fremdnationale Gruppen diese Identität bestreiten. Von solchen Gruppen mit einem erkennbaren eigenen Willen, die der nationalen

Gleichung widerstreben, kann man von Nationalitäten sprechen. Im Staatsrecht der parlamentarischen Demokratie werden sie als "Volksgruppen" bezeichnet. Immer ist jedoch das gemeint, was einmal - und sicherlich sehr treffend - als "Volk im Element der Teilhaftigkeit" bezeichnet worden ist⁶³⁾.

Mit Schieder⁶⁴⁾ ist festzustellen, daß das Nationalitätenproblem in einem unauflöselichen Zusammenhang mit der Nationalitätsidee steht; "es ist geradezu ein Krankheits-symptom, das erst in einer national-staatlich verfaßten Welt hervortritt". So wie es Sprachenrecht und Sprachenpolitik und in einem mittelbaren Sinne sogar Nationalitätenrecht in den vornationalistischen Epochen gibt, so gibt es aber kein Nationalitätenproblem als konstitutives Problem der Staatsordnung. Hier werden vielmehr politische Verbindungen, gleich welcher Art sie auch sein mögen, plötzlich in Frage gestellt. Überall ist das Nationalstaatsideal, sei es national-demokratischer Herkunft wie z. B. bei den Italienern oder - womit wir uns noch im weiteren zu beschäftigen haben - historisch-traditioneller Herkunft wie bei den Polen, als die das Jahrhundert faszinierende Norm mit im Spiel.

Ausgehend von den zur Nationalstaatsidee angestellten Betrachtungen ergibt sich die Feststellung, daß sie der zeitliche und geschichtliche Ort ist, an dem ein Nationalitätenproblem im modernen Sinn entsteht. Die Nationalitätsidee ist zugleich die Reibungsfläche, an der sich - wenn auch allmählich - neue Gedanken zu entzünden beginnen, Gedanken, in denen die national-staatliche Identität nicht mehr als einzige, wahre oder natürliche Form

63) Boehm, a.a.O., S. 36.

64) Schieder, Nationalstaat und Nationalitätenproblem, a.a.O., S. 162.

erscheint. Das gilt nicht nur im epochalen Sinn für das 19. Jahrhundert als den zeitlichen Moment, in dem das Nationalitätsprinzip im Zenit steht, es gilt auch in räumlicher Hinsicht. Denkt man an den Zusammenbruch der übernationalen Großreiche, z. B. des habsburgischen und russischen, so gilt dies auch für den preußisch-deutschen Bereich, wo durch den Einbruch nationaldemokratischer und volksorganischer Ideen jene eigentümlichen Interferenzerscheinungen hervortreten, die uns mit den modernen Nationalitätenproblemen konfrontieren. Aus der zeitlichen und räumlichen Ordnung des Nationalitätenproblems ergibt sich - und insoweit ist Schieder, der sich seinerseits auf die von Lemberg in dessen "Geschichte des Nationalismus in Europa" vorgeschlagenen Phasen in etwas modifizierter Weise beruft, zu folgen⁶⁵⁾ -, daß anfangs des 19. Jahrhunderts der Versuch der Ostmächte steht, im Geiste des 18. Jahrhunderts an der Idee einer von der Krone geführten, national unbestimmten Politik über Vielvölkerreiche festzuhalten. Dieser Versuch ist - worauf im weiteren Verlauf dieser Abhandlung noch im einzelnen eingegangen werden soll - vor allem in der polnischen Frage praktiziert und im wesentlichen nach den Erschütterungen des polnischen Aufstandes von 1830/31 abgebrochen worden. Eine weitere Phase und Wende zugleich bringt das Jahr 1848, das von entscheidender Bedeutung für die europäische Nationalitätenpolitik ist und für den national-staatlich orientierten bürgerlichen Nationalismus im Deutschen Reich bei dem Programm der nationalen Angleichung endet.

Als gleichsam "Nutzanwendung" der Phase der Elastizität der monarchischen Idee mit den differenzierten Möglichkeiten, die etwa die Personalunion gegenüber der starren Souveränitätsidee des modernen Staatsgedankens bot,

65) Vgl. Schieder. Nationalstaat und Nationalitätenproblem, 2.2.0., S. 164

schien z. B. preußischerseits das 1815 entstandene sogenannte "Großherzogtum Posen", wie später noch im einzelnen dargetan werden soll.

Diese "Elastizität" schien Aussichten zu eröffnen, das heraufkommende Nationalitätenproblem in den alten institutionellen Formen des monarchischen Reichsgedankens zu bewältigen. Wenn man der Vorstellung von dem Monarchen als neutralen Mittler der Gerechtigkeit folgt und diese Vorstellung mit der Staatsphilosophie Georg Friedrich Wilhelm Hegels vertieft, wonach in der fürstlichen Gewalt alle Staatsgewalten zur persönlichen Einheit zusammengefaßt werden sollen, kommt man zu dem Ergebnis, die Überordnung des Staates über die gesellschaftlichen Gruppen auch auf die Nationalitäten zu beziehen. Die Nationalitätenpolitik der Restaurationszeit ist jedoch nicht zum Tragen gekommen. In Preußen, wo seit den Stein - Hardenberg - Boyenschen Reformen durchaus Voraussetzungen dazu bestanden haben, ist durch den bereits schon erwähnten polnischen Aufstand in Kongreßpolen von 1830 ein innerer Bruch eingetreten, der nicht mehr überwunden werden konnte. In der sich daran anschließenden "unpolitischen" Polenbegeisterung der 30er Jahre flammte als ein Herdersches Erbe in der deutschen vor-märzlichen Nationalbewegung der Glaube an eine ursprüngliche Harmonie der nationalen Interessen der Völker und der Gesamtmenschheit in der naiven und utopischen Hoffnung des nationalen und liberalen Idealismus auf einen "Völkerfrühling"⁶⁶⁾ auf und charakterisierte die Anfänge der 48er Revolution. Die furchtbare Enttäuschung dieses Glaubens war die bittere Erkenntnis, daß man sich zu der Stunde, als man sein Schicksal selbst in die Hand nehmen wollte, allein sah und die Bruderschaft der revolutionären Völker, die sich in der Morgenstunde der Revolution zwischen Deutschland und Frankreich abzeichnete, nur eine Illusion gewesen ist.

66) Vgl. Kohn, a.a.O., S. 573 ff.

In späterer Zeit, mit dem Ausgang der 60er Jahre, ist das verblässende Ideal der ersehnten Völkergemeinschaft noch einmal von anderer Sicht her beleuchtet worden und zwar durch den auf Sprache und Volkstum gegründeten Nationsbegriff. Insoweit nahm man den Standpunkt der philosophischen deutschen Bewegung ein, die durch Johann Gottlieb Fichte und Wilhelm von Humboldt den Primat der Sprache für die geistige Selbstbestimmung der Völker festgestellt hatte. In der Unterdrückung der Sprache sieht man die "Entgeistung der Bevölkerung" und eine Sünde wider den Urgeist des Nationalitätenprinzips, wohingegen es der würdigen Aufgabe der deutschen Nation angebracht erscheinen müßte, dem Nationalitätsprinzip Geltung zu verschaffen, und dieses nicht nur zugunsten des eigenen Volkes wegen, sondern auch zugunsten aller Völker, welche unter dem Druck fremden Sprachenzwangs leiden und welche die Verwirklichung des Nationalitätenprinzips von diesem Druck erlösen kann. "Es würde damit der Grund zu einer Völkerverbrüderung gelegt sein, welche geeignet wäre, eine der geistigen Natur des Menschen entsprechende Ordnung und mit ihr eine Zeit des Völkerfriedens herbeiführen"⁶⁷⁾. Diese Wiederkehr des menschheitlichen Idealismus des früheren Liberalismus ist aber durch die Erfahrungen und Entdeckung eines halben Jahrhunderts vertieft worden und erhob den Verzicht auf Sprachenzwang und nationale Angleichung zum Gesetz. Jedenfalls ist für dieses Jahrhundert der Sprachphilosophie bezeichnend, daß Sprachwissenschaften Sprachenkämpfe um die geistige Existenz ganzer Völker und Volksgruppen auslösen konnten. Nationalität, basierend auf dem Sprach-

67) so der preußische Statistiker Böckh, Gründer des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" i. J. 1869, in seiner dem Andenken Ernst Moritz Arndts gewidmeten Schrift über "Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten", zitiert bei Theodor Schieder, a.a.O., S. 167/168.

bereich, mußte nicht notwendig zum Nationalstaat hinstendieren; sie konnte sich aber auch im fremden Staat geistig ausleben, wenn man sie nur in ihrem geheiligten Bereich gewähren ließ. Darum schloß man auch ausdrücklich die Erhaltung und Förderung der in der Sprache sie realisierenden Nationalität gegenüber jedem staatlichen Anspruch in die Konzeption ein. Im deutschen Bewußtsein war allerdings vor 1870 und danach in anderer Weise der Drang zum nationalen Staat stärker als eine unstaatliche, unpolitische nationale Kulturpflege. Dies ist auch der Grund dafür, daß der deutsche bürgerliche Nationalismus, was oft übersehen wird, stets dem westlichen Nationsbegriff durchaus zugänglich war, der bekanntlich von subjektivem Willen zum nationalen Staat als dem einzigen Merkmal einer politischen Nationalität ausging. Von Rothfels ist erst jüngst nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß diese Erkenntnis auch für die Revolution von 1848 nachweisbar ist⁶⁸⁾.

Für die späteren Darlegungen in dieser Abhandlung bedarf die Nationalitätenpolitik des deutschen Revolutionsjahres 1848 einer besonderen Erwähnung. In den seinerzeitigen Debatten des Frankfurter Parlaments am 4. Juli 1848 wurde bei der Aussprache über den ersten Satz des ersten Artikels betreffend die Grundrechte: "Jeder Deutsche hat das allgemeine Staatsbürgerrecht" in erster Linie die grundlegende Frage erörtert: Wer ist Deutscher? Hierzu erklärte der ostpreußische demokratische Abgeordnete Wilhelm Jordan - über den noch später wegen seiner berühmten Polenrede (am 24. Juli 1848), in der er zum erstenmal von einem nationalstaatlichen Realismus sprach, zu sprechen ist -:

68) Rothfels, Hans, "1848 - ohne hundred years after", a.a.O., S. 315; derselbe, Deutscher Osten und slavischer Westen, a.a.O., S. 8.

"Ich glaube, wir können ruhig sagen: Jeder ist ein Deutscher, der auf deutschem Gebiete wohnt." Er hatte seinen Ausführungen hinzugefügt, daß dieses deshalb zutreffe, da der Begriff "Nation" ein viel weiterer geworden sei als früher und erklärt: "Er (der Begriff Nation) hat sich völlig verändert, die Nationalität ist nicht mehr begrenzt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. Die Engländer, Schotten und Iren bilden alle zusammen e i n e Nation. Sie fassen sich zusammen zur britischen Nation, und mit demselben Recht können wir sagen: Alle, welche Deutschland bewohnen, sind Deutsche, wenn sie auch nicht Deutsche von Geburt und Sprache sind. Wir dekretieren sie dazu, wir erheben das Wort 'Deutscher' zu einer höheren Bedeutung, und das Wort 'Deutschland' wird fortan ein politischer Begriff"⁶⁹⁾. Diese inhaltsschweren Sätze, die den vollen Anschluß an die westeuropäische Terminologie bedeuten, sind von der Mehrheit der in Frankfurt zusammengetretenen Nationalversammlung auch gebilligt worden.

Für die Beurteilung der Nationalitätenfrage wirkte sich eine solche bezogene Position nicht dahin aus, daß damit bereits eine Grundsatzentscheidung hinsichtlich der nationalen Angleichung, "der Germanisierung", wie dieser Vorgang allgemein genannt wurde, getroffen wurde. Dazu stand man doch zu sehr im Banne des vorerläuterten Herderschen Volks- und Sprachgedankens. Aber den nichtdeutschen Angehörigen der polnischen Nationalität blieb Deutschland doch nur eine Art kulturelle Tolerierung, wie sie in der

69) Zitiert und dargestellt bei Schieder, a.a.O., S. 169, und stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt/Main, ed. Franz Wigard (1848 ff.) I, S. 737 ff.; siehe auch Hübner, Aktenstücke..., a.a.O., hier: Erörterungen im 17er Ausschuß und dem Verfassungsausschuß, S. 50, 77 ff., 90.

etwas wortreichen Proklamation vom 31. Mai 1848 und später dann in § 188 der Reichsverfassung zum Ausdruck kommt, wo es heißt: "Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege"⁷⁰⁾. War mit dieser Entscheidung für die namentlich von den Historikern Droysen, Sybel und Treitschke vertretene kleindeutsche Parteirichtung, einen Bundesstaat unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs zu erstreben, das Nationalitätenproblem zu einem Randproblem geworden, so war es für Österreich und seinen Vielvölkerstaat verständlicherweise zu dem zentralen Problem der Staatsordnung geworden. In dem Augenblick, als Kleindeutschland eine politische Realität geworden war, zeigte es sich, daß der nationale Liberalismus jetzt fast zwangsläufig der reinen nationalstaatlichen Doktrin verfiel, wobei der Vorbehalt einer nationalkulturellen Toleranz nach und nach in Vergessenheit geriet. Dies läßt auch die politische Theorie des Liberalismus nach 1870 und zum Teil schon vorher ganz genau erkennen. So hat z. B. Heinrich von Treitschke in seinen "Vorlesungen über Politik"⁷¹⁾ die nüchterne Feststellung getroffen, "daß man mit der kahlen Rede von einem Rechte der Nationalität nicht durchkommt. Jeder Staat wird das Recht haben, die in ihm vereinigten Nationalitäten in einer aufgehen zu lassen", wobei es das einfachste ist, "wenn die Nationalität, welche die Staatsgewalt trägt, zugleich in der Kultur überlegen ist". Einer solchen, wenn auch

70) Zitat bei Schieder, Nationalstaat und Nationalitätenproblem, a.a.O., S. 170.

71) Treitschke, Vorlesungen, hrsg. von M. Cornicelius, a.a.O., zitiert bei Schieder, a.a.O., S. 170.

nur theoretischen Äußerung, ist vor allem auch die des Staatsrechtlers K. Rößler⁷²⁾ an die Seite zu stellen, bei dem der Hegelsche Staatsidealismus noch deutlicher als bei Treitschke zum Ausdruck kommt. Für Rößler ist Nationalität ein von natürlichen Grundlagen her "geistig Entwickeltes", das seinen Anspruch auch geistig bewähren müsse, also nichts absolut und a priori Gültiges. Er spricht auch von der "Ungereimtheit, mit welcher das doktrinenreiche 19. Jahrhundert und das sentimentale 18. Jahrhundert die Welt beglückten, daß man alles nationale Ungeziefer konservieren müsse". Er sagt weiter: "Die herrschende Nationalität hat das Recht, gewaltsam zu entnationalisieren, wenn es durchführbar ist, und wenn die Selbsterhaltung es fordert. Sie kann den entklavierten fremden Stämmen auch eine nationale Entwicklung gestatten, sofern dies keine politische Gefahr bringt." Nur wenn "Entnationalisierung" nicht ausführbar ist, nicht weil sie ein Unrecht ist, muß nach Rößlers Meinung auf sie verzichtet werden.

Was die Wirksamkeit solcher Auffassungen betrifft, so sind sie nur in dem konkreten politischen Zusammenhang verständlich. In dem hier seit Beginn des 19. Jahrhunderts erörterten Zeitgeschehen hatte sich bereits in den 60er Jahren, vor allem aber nach dem 1863 in Kongreßpolen erfolgten Aufstand, eine Einfügung der Polen in den nationaldeutschen oder auch nur preußischen Bewußtseinszustand bei den Wandlungen im polnischen Volkskörper und der immer stärkeren Demokratisierung der polnischen Politik als längst unmöglich erwiesen. In der in dieser Abhandlung hinausgehenden und späteren sogenannten "Wilhelminischen Zeitepoche" hat die deutsche Politik auf die polnische

72) Rößler, a.a.O., S. 538/539.

Politik mit der Proklamation einer neuen Ostmarkenpolitik reagiert, die Bismarck noch ganz staatspolitisch als eine Art strategischer Sicherungsmaßnahme vor allem durch die Schaffung staatlicher Domänen verstand, während der Nationalliberalismus Ansiedlungspolitik "Germanisierung des Bodens" durchaus im Sinne einer prinzipiellen nationalstaatlichen Integration meinte⁷³⁾.

73) Vgl. Schieder, Nationalstaat und Nationalitätenproblem, a.a.O., S. 170/171.

B Das Rechtsgefüge des Preußischen Staates

Außer der Darstellung der in Preußen geltenden Staatsräson, des Nationalpatriotismus und des Nationalitätenproblems, bedarf es der Erörterung der in die Berichtszeit hineinragenden und in dieser geltenden Gesetzesquellen und gesetzlichen Bestimmungen, um die Probleme des Minderheitenrechts und deren Lösungsmöglichkeiten zu erkennen und kritisch werten zu können.

I. Preußische Verfassungsproblematik

Zur Epoche Friedrichs des Großen gehört staatsrechtlich auch die Zeit Friedrich Wilhelms II. (1786 bis 1797), in der die nachwirkenden Momente der Regierung des großen Königs dem Preußischen Staate noch eine Reihe weiterer Erfolge brachte. So wie in Österreich und Frankreich der Ausgang des 18. Jahrhunderts von dem Bemühen um Staatsreformen erfüllt war, so hat auch Preußen in der Zeit des Spätabolutismus versucht, die Staatsordnung evolutionär fortzubilden. Die im letzten Abschnitt der Regierungszeit Friedrichs des Großen einsetzende Reformpolitik blieb jedoch im wesentlichen auf die Rechtsreform beschränkt. Die große Kodifikation wurde in der ausgehenden friderizianischen Epoche soweit gefördert, daß die allgemeine Gerichtsordnung (Erster Teil) am 7. Juli 1793 und die bereits vor Friedrich dem Großen angeordnete und von Carmer und Svarez bearbeitete Zusammenfassung des gesamten bürgerlichen und Strafrechts großer Teile des Staats- und Verwaltungsrechts sowie des Kirchenrechts am 1. 6. 1794 in Kraft treten konnte. Von diesen in der Zeit des großen Vorgängers bereits vorbereiteten Reformmaßnahmen abgesehen, war aber das Jahrzehnt Friedrich

Wilhelms II. "eine Zeit nicht nur der Stagnation, sondern des Rückschritts"¹⁾. An die Stelle der bedeutenden Staatsmänner, die unter Friedrich dem Großen die Außen- und Innenpolitik geleitet hatten (die Minister Hertzberg und Zedlitz), waren jetzt die Verfechter eines extrem reaktionären Kurses getreten. Der Einfluß der vertrauten Ratgeber des Königs, des Kabinettsministers und Leiters der preußischen Außenpolitik Johann Rudolf von Bischoffwerder und des Geheimen Staats- und Justizministers Johann Christoph von Wöllner, war auf die Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. so groß, daß der König in dem "christlich verbrämten" Okkultismus und dem von Geisterbeschwörung beherrschten Zirkel der pseudomystischen Rosenkreuzergemeinschaft, dem seine Günstlinge angehörten²⁾, "an Stelle der kalten Skepsis ... religiöse Ideen mit einer starken Neigung zur mystischen Schwärmerei hegte"³⁾. In dieser sich im Mystizismus auswirkenden Schwärmerei hatte die spätere Katastrophe Preußens einen ihrer Gründe, zu denen die schweren Versäumnisse und Fehlgriffe der Ära Bischoffswerder - Wöllner hinzukamen. Dadurch, daß sich der König mit seinen leitenden Staatsmännern jeglicher inneren Neuerung versagte und man sich außenpolitisch im Baseler Frieden (1795) vom Reich und der Koalition der europäischen Mächte gelöst hatte, ferner man sich aber auch durch die Teilungen Polens einem Zuwachs von etwa 2 1/2 Millionen neuer Untertanen polnischer Nationalität gegenüber sah, die Preußen zu einem "halbslawischen Staat"⁴⁾ werden ließen, wurde der Staat in Verstrickungen geführt, aus denen er sich nicht mehr zu befreien wußte⁵⁾.

1) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. I, a.a.O., S. 99.

2) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 101.

3) Siehe Ranke, Sämtliche Werke, a.a.O., Bde. XXX I/XXX II, S. 198 ff.

4) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 106.

5) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. I, a.a.O., S. 100.

Im Anschluß an den Regierungswechsel trat Preußen unter Friedrich Wilhelm III. (1797 bis 1840) in den Zeitabschnitt seiner großen Staatsreform ein. Indem Karl August von Hardenberg und Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein an die Stelle der entlassenen Bischoffswerder und Wöllner traten, begann die Epoche der Reformpolitik, wenn auch noch nicht unmittelbar.

Nach dem Zusammenbruch von 1806 und dem französisch-preußischen Friedensvertrag von Tilsit (9. Juli 1807) war der preußische Staat in seiner Verfassungslage diskriminiert. Ein Staat, der völkerrechtlich durch einen Unterwerfungsvertrag der fremden Gewalt preisgegeben ist, ist im Kern seiner Existenz als Staat, d. h. in seiner Souveränität angegriffen. Nicht nur die Macht des Staates war gebrochen, sondern auch die Autorität des Königs mußte verloren erscheinen. Im Zusammenhang mit den inneren Staatsreformen Preußens in den Jahren 1807 bis 1813 würde - wie Huber sagt⁶⁾ - es "ein unwahres Bild" abgeben, wenn diese "nicht auf dem Untergrund einer wesentlich durch Fremdherrschaft konstituierten Verfassungswirklichkeit gesehen werden. Das System der Unterwerfung war ein Teil der inneren Verfassung Preußens, in die die Reformen Stück für Stück als Glieder eines großen Plans der Befreiung geführt werden".

So wie der Zusammenbruch Preußens 1806/1807 eine militärische Niederlage war, war er zugleich auch ein politischer, indem das eigene Verfassungssystem erstarrte und ermattete. Nur im Verfassungskampf konnte sich ein durchgreifender Verfassungswandel vollziehen. In den zahlreichen sich widerstrebenden Verfassungstendenzen, d. h. Revolution oder gewaltsame Errichtung eines nationalen "egalitären und liberalen Systems oder Reform", d. h. die evolutionäre Fortbildung der Verfassung in einem Kompromiß der

6) Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. I, a.a.O., S. 115.

überlieferten Institutionen mit der auf Gleichheit und Freiheit gegründeten bürgerlichen Gesellschaft, oder durch die Restauration, d. h. die Wiederbelebung und Erneuerung des altständischen, sich auf den Vorrang von Krone, Adel, Offizierskorps, Bürokratie und Geistlichkeit stützenden Staatsgefüges, standen sich als Gegner im Verfassungskampf die Reformpartei und die Restaurationspartei gegenüber. Eine revolutionäre Partei hatte sich weder in Preußen, noch im übrigen Deutschland gebildet.

Stein und Hardenberg, die großen Führer der Reformpartei, die sich trotz ihrer gegensätzlichen moralischen Prinzipien und ihrer Lebensführung außerordentlich unterschieden, deren Namen aber im Begriff der Stein-Hardenbergschen Reformen zurecht verbunden sind, waren beide keine Rechts- und Staatstheoretiker, so wie es überhaupt in der Reformpartei keine Rechts- und Staatstheoretiker gegeben hat. Zwar waren Stein und Hardenberg beide Verfechter des konstitutionellen Repräsentationssystems, wobei Stein den Gedanken selbstverwaltungsmäßiger Dezentralisation und kollegialer Staatsleitung stärker vertrat als Hardenberg, der sich mehr für eine demokratisch-hierarchische Zentralisation und monokratische Staatsleitung einsetzte, aber dennoch waren ihre Reformbemühungen noch nicht dazu angetan, die öffentliche Meinung für das Ziel einer Staatserneuerung zu mobilisieren.

Die Frage nach einer preußischen Verfassung wurde - abgesehen von dem "Politischen Testament Steins vom 24. Nov. 1808", in dem er sich noch einmal zur Repräsentationsverfassung als der allgemeinen Nationalrepräsentation bekannte, erst unter dem damaligen preußischen Minister des Inneren Graf Alexander zu Dohna-Schlobitten, und dem preußischen Finanzminister Karl Freiherr vom Stein

zum Altenstein (beide von 1808 bis 1810) akut. Dennoch drohte die Verfassungsreform wegen drängender außen- und innenpolitischer Probleme zu versanden. Erst nachdem Hardenberg im Juni 1810 als preußischer Staatskanzler die oberste Leitung der gesamten Politik übernommen hatte, griff er den Plan der Nationalrepräsentation auf und suchte auch sofort eine Entscheidung für die Repräsentativverfassung herbeizuführen, wozu er sich von Stein ermutigen ließ⁷⁾.

Hardenberg gelang es, Friedrich Wilhelm III. dazu zu bewegen, in das große Steueredikt vom 27. Oktober 1810⁸⁾ ein königliches Verfassungsversprechen einzusetzen, in welchem der König zusagte, "der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rat wir gern benutzen ... werden".

In dem hierauf einsetzenden Kampf der altständischen Opposition, die Anspruch auf Wiederherstellung der vorabsolutistischen Ständeverfassung erhoben und sich gegen das von Hardenberg erstrebte Repräsentationssystem wandten, zeigte sich, daß die Zeit für die Berufung einer allgemeinen Repräsentation noch nicht reif war. Die den Übergang zu einer Repräsentativverfassung vorbereiten sollende "Landesdepotierten Versammlung", auch "Notabeln-Versammlung" genannt, war von Hardenberg für den 23. Nov. 1811 nach Berlin einberufen worden. Der Aufruf Hardenbergs in dieser Versammlung nach einem Staat, in dem "Ein Nationalgeist, Ein Interesse und Ein Sinn" entstehen sollte, verhallte jedoch ungehört⁹⁾. Auch die weiteren Anstrengun-

7) Frhr. von Stein, Briefwechsel, Denkschriften, Aufzeichnungen, a.a.O., Bd. 3, S. 331.

8) Edikt über die Finanzen des Staates und die neuen Einrichtungen wegen der Abgaben vom 27. 10. 1810, GS 25.

9) Vgl. Ranke, Denkwürdigkeiten..., a.a.O., Bd. 4, S. 246 ff. und Treitschke, Deutsche Geschichte..., a.a.O., Bd. 1, S. 364; vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 154.

gen Hardenbergs durch die interimistische Nationalrepräsentation, die schon im Finanzedikt vom 27. 10. 1810 geplante "Generalkommission zur Regulierung der Provinzial- und Kommunalkriegsschulden", die zu zwei Sitzungsperioden, 1812 und 1814, in Berlin zusammengetreten war, hatten bis auf die Feststellung, das Verfassungswerk vollenden zu wollen, zu der bei der letzten Sitzung im Februar 1814 der Sieg in den Befreiungskriegen ermuntert hatte, noch nicht den von ihm gewünschten Erfolg.

Diese interimistische Nationalrepräsentation wurde im Juli 1815 aufgelöst, als Friedrich Wilhelm III. auf Vorschlag Hardenbergs und in Vollzug des paraphierten Art. 13 der Deutschen Bundesakte, die am 8. Juni 1815 von 39 Regierungen unterzeichnet und bestätigt wurde, am 22. Mai 1815 die Verordnung über die zu bildende Repräsentation erließ¹⁰⁾, die das Verfassungsversprechen von 1810 feierlich wiederholte. In der Präambel dieser Verordnung heißt es:

" Die Geschichte des Preußischen Staates zeigt zwar, daß der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit und die Dauer einer gerechten, auf Ordnung gegründeten Verwaltung in den Eigenschaften der Regenten und in ihrer Eintracht mit dem Volke bisher diejenige Sicherheit fanden, die sich bei der Unvollkommenheit und dem Unbestand menschlicher Einrichtungen erreichen läßt.

Damit sie jedoch fester begründet, der Preußischen Nation ein Pfand Unsers Vertrauens gegeben und die Nachkommenschaft die Grundsätze nach welcher Unsere Vorfahren und Wir selbst die Regierung Unsers Reichs mit ernstlicher Vorsorge für das Glück Unserer Untertanen geführt haben, treu überliefert und vermittelst einer schriftlichen Urkunde als

10) Vgl. Preußische Gesetzessammlung 1815 (GS 103), siehe auch Wilhelm Altmann, a.a.O., S. 88 ff.

Verfassung des Preußischen Reichs dauerhaft bewahrt werden, haben wir Nachstehendes beschlossen. "

In 8 Paragraphen folgen dann die einzelnen Bestimmungen zur Durchführung dieses "Verfassungsversprechens", deren § 1 kurz und bündig lautet: "Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden." Aufbauend auf den Gemeindevertretungen sollten die von diesen gewählten Kreisstände die Provinzialstände wählen und diese wiederum die Reichsstände als indirekt gewählte Landesrepräsentation. Die Kompetenz dieser Reichsstände sollte allerdings nur beratender Natur sein, sich aber auf die gesamte Gesetzgebung erstrecken. Gegenüber dem 1817 ins Leben gerufenen Staatsrat¹¹⁾ sollten sie in ihrer Kompetenz keine Einbuße erfahren, da dessen Zuständigkeit sich ebenfalls nur auf die Beratung des Königs beschränkte.

Die von Hardenberg vor der Notabeln-Versammlung verkündete Losung: "Ein Nationalgeist, Ein Interesse und Ein Sinn", erfüllte sich nicht und wurde deshalb unmöglich, weil es bei der geplanten Repräsentativverfassung um die Verkörperung der nationalen und staatlichen Ganzheit, also um die Teilnahme der Gesamtnation an den staatlichen Geschäften und um die Bildung einer nationalen Willenseinheit im Staat ging, in den altständischen Körperschaften sich aber nicht die Einheit der Nation, sondern die Vielgestaltigkeit des ständisch gegliederten sozialen Organismus widerspiegelte. Die Landesrepräsentation, der auf die Provinzialstände zu gründende "Allgemeine Landtag" hätte die zwei entgegengesetzten Vertretungsprinzipien, nämlich den geburts- und besitzständischen einerseits und den repräsentativen andererseits, gleichgewichtig verbinden müssen, wobei voraussehbar war, daß das ständische überlieferte System das

11) Verordnung wegen Einführung des Staatsrats vom 20. 3. 1817 (GS 1817), S. 67.

repräsentative zurückgedrängt haben würde. Die in der Verordnung vom 22. Mai 1815 vorgesehene Verfassungskommission (unter Hardenbergs Vorsitz aus 22 Mitgliedern des Staatsrates gebildet)¹²⁾ trat nur einmal, und zwar am 7. Juli 1817, zusammen. Der Staatssekretär und spätere Finanzminister von Klewitz hatte zwar nochmals aufgrund seiner früheren Verfassungsdenkschriften versucht, durch einen Kompromiß das Verfassungsproblem zu lösen, indem er vorschlug, neue Provinzialstände in den einzelnen Provinzen zu bilden und auf den Landtag für den Gesamtstaat zu verzichten¹³⁾. Alle Reformbemühungen in dieser Zeit liefen sich angesichts der Stärke der Opposition fest. Eine lähmende Wirkung auf den Fortgang der Verfassungsberatungen übte 1817 das Wartburgfest der Deutschen Burschenschaft aus, und das Jahr 1818 stand im Schatten des Aachener Kongresses, auf dem der spätere österreichische Staatskanzler Metternich seine warnende und mahnende Stimme gegen die preußischen Verfassungsbestrebungen erhob¹⁴⁾.

Für die durch den Finanzminister Klewitz zum Verdruß Hardenbergs dahin abgeänderten Reformvorschlag, wenigstens eine provinzialständische Verfassung zu erreichen, hatte das Mitglied des Staatsrates ohne Staatsamt Karl Niklas von Rehdiger auf Veranlassung von Klewitz eine umfangreiche Denkschrift "Über die Repräsentation im preußischen Staate" angefertigt, die am 8. Januar 1819 eingereicht¹⁵⁾, die jedoch offensichtlich keinen unmittelbaren Einfluß auf die weiteren Verfassungsbemühungen ausgeübt hat. Die Verfassungsbestrebungen der preußischen

12) Cabinets-Ordre an den Staatsrat vom 30. Nov. 1817. Vgl. Schneider, a.a.O., S. 203, Anm. 2.

13) Eingabe an Hardenberg vom 24. 9. 1816. Original im Geh. Staatsarchiv, Rep. 74, H. 11, Nr. 13; siehe auch bei Treitschke, Pr. Jb. Bd. 29, S. 348.

14) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 307.

15) Unveröffentlicht, zuletzt im Geh. Staatsarchiv in Breslau; vgl. Lenel, a.a.O., S. 220 ff.

Reformzeit sind letztlich gescheitert an der persönlichen Gegnerschaft zwischen Hardenberg und Wilhelm von Humboldt, dessen Ernennung zum Minister für Ständische und Kommunalangelegenheiten Hardenberg Anfang 1819 veranlaßt hatte,¹⁶⁾ obwohl ein ernsthafter Unterschied zwischen ihren Verfassungsplänen nicht bestanden hat. Trotz anfänglich günstig erscheinender Aussichten für ein gemeinsames Zusammenwirken der beiden wurden die Ausschlußberatungen des neuen nur noch aus 6 Mitgliedern bestehenden Verfassungsausschusses im Oktober 1819 durch die Ministerkrise, zu der es über der Annahme der Karlsbader Beschlüsse vom August 1819 (ausgelöst durch das Attentat Sands auf Kotzebue) durch die Mehrheit des preußischen Kabinetts gekommen war, jäh unterbrochen. Humboldt schied am 1. Januar 1820 aus seinem Ministeramt. Damit verlor der Verfassungsausschuß seinen bewegenden Geist, und die Kommission beendete ihre Arbeit. So bezeichnete die Entlassung der von Humboldt geführten Ministergruppe (außer Hardenberg und Humboldt noch Schuckmann und die Staatsräte Eichhorn, Daniels und Aneillon) am 1. Januar 1820 auch den Zeitpunkt, an dem die Verfassungsbestrebungen endgültig ihr Ende erreichten, oder wie Huber es zugespitzt zum Ausdruck gebracht hat:¹⁷⁾ " ... die Reformzeit, die mit der Ernennung Steins am 4. Oktober 1807 begonnen hatte, ging mit Humboldts Entlassung am 1. Januar 1820 zu Ende". Zu der Nichteinlösung des königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 hatte sich Treitschke wie folgt geäußert: "Ich bleibe der Meinung, daß weit überwiegende Gründe für die unbedingte Einlösung des Königlichen Wortes sprachen; nur als constitutioneller Staat behielt Preußen Fühlung mit dem deutschen Leben, und nur die Verfassung konnte das von der Verwaltung begonnene Werk der Einigung des Staates abschließen."¹⁸⁾ Treitschke hatte von

16) Vgl. Huber, a.a.O., S. 153.

17) Ebenda, S. 311.

18) Treitschke, Der erste Verfassungskampf in Preußen, a.a.O., S. 329.

seiner Sicht aus das Versprechen von 1815 als "unselig" bezeichnet¹⁹⁾, wobei m. E. Huber zugestimmt werden muß, wenn er an dem Versfassungsversprechen als "unselig" allein die Tatsache anspricht, daß das Versprechen nicht eingelöst worden ist²⁰⁾.

Aufgrund dieses Schreibens lag nun für zwei Jahrzehnte die politische Bestimmungsgewalt in Preußen in der Hand der Hochkonservativen. Für diese war die Gesetzgebung über die Provinzialstände des Jahres 1823²¹⁾ eine "Rückkehr zur natürlichen Ordnung der Dinge"²²⁾. Das war aber, wie Huber dazu m. E. mit Recht sagt²³⁾, gerade das Problem, ob wirklich die "natürliche Ordnung" mit der alten Ordnung identisch war und ob nicht vielmehr die natürlichen Gegebenheiten des heraufsteigenden Zeitalters nach neuen Formen staatlichen Daseins und Handelns verlangten".

Die Regierungszeit Friedrich Wilhelm IV. brachte die Wende in der Verfassungsgeschichte des preußischen Staats. Der Thronwechsel von 1840 wurde von dem national und liberal gesinnten Bürgertum Preußens mit großen Hoffnungen begrüßt. Wenn Friedrich Wilhelm IV. als Kronprinz auch der altständisch-romantischen Staatsauffassung nahe gestanden und seine Auffassung vom Staate durch die Patrimonialstaatsidee des schweizerischen und bedeutendsten Staatsrechtslehrers der Restaurationszeit Haller²⁴⁾ und die Idee des christlichen Staats geformt hatte, so war er dennoch dem starren bürokratischen Denken seines Vaters abhold und hing dafür lebhaft dem nationaldeutschen Gedanken an, worauf insbesondere die preußischen Liberalen ihre Zuversicht gründeten.

19) Treitschke, Deutsche Geschichte, a.a.O., Bd. 2, S.275.

20) Huber, a.a.O., S. 304 oben.

21) Das Allgemeine Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände vom 5. Juni 1823 (GS 129) und die Provinzialverfassungen für Brandenburg, Preußen und Pommern vom 1. Juli 1823 (GS 130 ff.) und für Posen, Schlesien u.a. vom 27. 3. 1824 (GS 141 ff.).

22) Treitschke, Deutsche Geschichte, a.a.O., Bd. 3, S.235.

23) Huber, a.a.O., S. 313.

24) Haller, a.a.O.

Was für die späteren Untersuchungen bezüglich der Formung des polnischen Minderheitenrechts von Bedeutung sein wird, ist das Bekenntnis Friedrich Wilhelms IV. zum christlichen Staat. Sein staatspolitisches Anliegen war, die Kräfte erneuerter Religiosität in den Staat einströmen zu lassen, um diesen aus einem rationalistischen Verstandesstaat in einen christlichen Staat zu verwandeln. So sollten die katholischen wie die protestantischen Bekenntnisse dem christlichen Staat in gleichem Maße die haltende und tragende Idee geben. Nicht nur das Handeln der Staatsmänner, sondern der Staat selbst als Institution sollte vom Christentum geprägt sein, und zwar nicht nur von dem traditionellen und konventionellen christlichen Ethos, sondern vom lebendigen Glauben²⁵⁾.

Um diese Reformierung durchzuführen, stellte Friedrich Wilhelm IV. zur Befriedigung der staatlich-kirchlichen Streitigkeiten zunächst den Frieden zwischen der katholischen Kirche und dem preußischen Staat wieder her²⁶⁾.

Von besonderer Bedeutung für die Verfassungsbestrebungen der "vormärzlichen Zeit", wie man die der deutschen Märzrevolution vorausgehenden Jahre genannt hat, war der Regierungsapparat, dessen sich Friedrich Wilhelm IV. staatspolitisch bediente. Neben dem institutionellen Regime der Ministerien, denen die technische Ressortarbeit oblag, stand ein vertrauter Kreis von Freunden des Königs als das eigentliche staatspolitische Beratungsorgan des Herrschers, deren hauptsächlichsten Mitglieder, die sich übrigens selbst die Kamarilla oder "ministère occulte" nannten²⁷⁾, außer den Gebrüdern Leopold und Ernst Ludwig

25) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 256.

26) Vgl. im einzelnen hierzu: Friedberg, Die Grundlagen der preußischen Kirchenpacht unter Friedrich Wilhelm IV., a.a.O., S. 88 ff.

27) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 482/483.

von Gerlach, als die Köpfe dieses Zirkels noch der General und spätere Außenminister Joseph Maria von Radowitz und der Jurist und Philosoph Friedrich Julius Stahl und die Regierungsmitglieder Thile und Stolberg waren. Wenn sich auch im Kabinettsystem Friedrich Wilhelms II. und in der ersten Regierungsperiode Friedrich Wilhelms III. eine solche "Nebenregierung" gebildet hatte, so stellte die Kamarilla Friedrich Wilhelms IV. als eine weit stärkere Form einer "Nebenregierung" dar. Die in ihr vereinigten Ratgeber des Königs waren im Gegensatz zu den Beratern der Vorgänger Friedrich Wilhelms IV. durch die Energie und Einheitlichkeit ihres Wollens ausgezeichnet. Huber drückt es so aus: "Die Kamarilla war die Spitze einer zwar nicht organisierten, aber deshalb nicht weniger selbstbewußten Partei." Sie war somit im vormärzlichen Preußen ein Zentrum politischer Macht. Obwohl sie keine verfassungsrechtliche Institution und ihr Einfluß ohne verfassungsnormative Legalität war, war diese Nebenregierung doch mehr als ein bloßes Faktum. Sie war ein Stück Verfassungswirklichkeit der vormärzlichen Zeit.²⁸⁾

Hatte bis zum Erlöschen des Hardenbergschen Staatskanzleramts das reine Kollegialsystem bestanden, so ergab sich als notwendige Folge der 1848er Revolution seit dem 18. November 1848 und der Niederlage des Königstums die Umbildung der Regierung. Nach Auffassung Friedrich Wilhelms IV. hing die Rettung der preußischen Monarchie davon ab, daß die Regierung sich entschloß, die konstitutionellen und nationalen Anliegen der revolutionären Bewegung zu eigen zu machen. So empfahl er sich der Nation als Führer auf dem Weg zur deutschen konstitutionellen Einheit. Am Tage des feierlichen

28) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 483 und 580.

Begräbnisses der Märzgefallenen, am 22. März, wiederholte Friedrich Wilhelm IV. das gegebene und noch immer nicht eingelöste Verfassungsversprechen, wobei für unsere weiteren Untersuchungen des polnischen Minderheitenrechts von den insgesamt 7 Punkten des Verfassungsprogramms insbesondere die ersten beiden interessieren: Sicherstellung der persönlichen Freiheit und freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, aber auch der letzte Programmpunkt: Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Domanalpolizeigewalt²⁹⁾. Zu dieser Zeit versuchte die Schattenregierung des "ministère occulte" als ultraroyalistische Gruppe den Gegenschlag zu führen und nicht nur die verlorene Macht zurückzugewinnen, sondern auch die alte Ordnung wieder herzustellen. In der "Neuen preußischen Zeitung" - nach ihrem Sinnbild, dem Eisernen Kreuz, meist "Kreuzzeitung" genannt - schufen sich die Konservativen im Juli 1848 ihr publizistisches Organ und konstituierten sich als politische Partei. Dennoch verschlossen sie sich mit den hochkonservativen Mitgliedern des Vereinigten Landtags³⁰⁾ nicht der Einsicht, daß ein Widerstand gegen eine konstitutionelle Neuordnung unmöglich und untunlich sei. So beschloß der Vereinigte Landtag die Adresse vom 2. April 1848³¹⁾, mit der er sich zu den Zusicherungen bekannte, mit denen der König die Überleitung Preußens in die Staatsform der konstitutionellen Monarchie angekündigt hatte. Als nach Verabschiedung des "Wahlgesetzes für die zur Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung zu berufenden Versammlung" vom 8. April 1848³²⁾ die Nationalversammlung am 22. Mai 1848

29) Text bei Huber "Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte", Bd. 1, 1961, Nr. 143.

30) dieser lt. Patent Friedrich Wilhelms IV. vom 3. 2. 1847 gebildet; vgl. Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend, vom 3. 2. 1847 (GS 33).

31) Text bei Rauer, a.a.O., S. 754 ff.;

siehe auch Bleich, a.a.O.

32) GS 1848, 89.

in Berlin zusammentraf, legte die Regierung auch ihren vom 20. Mai 1848 datierten Verfassungsentwurf vor, der von einem gemäßigten Konstitutionalismus in starker Anlehnung an die belgische Verfassung von 1831 bestimmt war. Als im Herbst des gleichen Jahres, das man auch als "tolles Jahr" zu bezeichnen pflegte, die demokratische Begeisterung nachgelassen und man erkannt hatte, daß sich ein Verfassungsentwurf nach belgischem Vorbild nicht verwirklichen ließ, entschlossen sich die Konservativen für einen sozialen Konservatismus einzutreten. Nach den Ausschreibungen vom 31. Oktober und der Verlegung der Nationalversammlung aufgrund der Königlichen Botschaft vom 8. November 1848³³⁾ hatte Friedrich Wilhelm IV. am 9. November zugleich auch die Vertagung der Nationalversammlung angeordnet. Die Verlegung nach Brandenburg und die Vertagung der Nationalversammlung stellten eine reine Kampfmaßnahme vor. Diese Maßnahmen waren zwar noch nicht der Staatsstreich, sie dienten aber zweifelsohne der Vorbereitung des nachfolgenden Angriffs, dessen gegenrevolutionäres Werk am 5. Dezember 1848 mit der Absage an das Prinzip der Volkssouveränität gekrönt wurde und aus königlicher Souveränität eine Verfassung oktroyierte³⁴⁾. Diese so oktroyierte Verfassung war, wie Huber bemerkt³⁵⁾, "ein Akt der Illegalität und doch zugleich der Anfang eines neuen festgefügtten, geordneten stabilen Staats- und Rechtssystems, in dem Preußen für sieben Jahrzehnte bestehen sollte". Bevor die preußische Verfassungsentwicklung endgültig mit Vorlage der Preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 beendet³⁶⁾ wurde, war es den konservativen und restaurativen Kräften gelungen, "der Charte Waldeck

33) Huber, Dokumente, a.a.O., Bd. I, Nr. 153.

34) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 201.

35) Huber, Dokumente, a.a.O., S. 766.

36) Siehe bei Altmann, Bd. II, S. 153 ff.

die Giftzähne auszuziehen"³⁷⁾. Das heißt, daß es zunächst überrascht hatte, daß der König und sein Kabinett (Ministerpräsident Graf Brandenburg, Innenminister Frhr. von Manteuffel, Finanzminister von Rabe, Handelsminister von der Heydt, Justizminister von Rintelen, Kultusminister von Ladenberg und Kriegsminister von Strotha) den Staatsstreich vom 4./5. Dezember benützten, um mit dem von ihnen so heftig bekämpften Verfassungsentwurf des demokratischen Abgeordneten Waldeck und der von ihm geleiteten Verfassungskommission³⁸⁾ einerseits und zum anderen auch das ihnen verhaßte allgemeine und gleiche Wahlrecht durch Oktroyierung in Kraft zu setzen. Es darf aber auch nicht übersehen werden, wie bedeutend die Änderungen waren, die die Regierung der "Charte Waldeck" vorgenommen hatte. Diese bestanden immerhin in 40 Änderungen, von denen das absolute Veto und das Notverordnungsrecht besonders zu nennen sind. Mit dem absoluten Veto konnte der König Gesetzesbeschlüsse der Kammern verhindern, und mit dem Notverordnungsrecht konnte er im Falle des Nichtversammeltseins der Kammern die ihm notwendig erscheinenden gesetzvertretenden Maßregeln aus alleiniger Machtvollkommenheit treffen. Daraus ergibt sich, daß die oktroyierte Verfassung keineswegs, wie zuweilen dargestellt wird, "in der Hauptsache mit dem von der Nationalversammlung aufgestellten Entwurf übereinstimmte"³⁹⁾.

37) Schoeps, a.a.O., S. 202.

38) Text des Kommissionsentwurfs bei Anschütz, a.a.O., Bd. I (1912), S. 614 ff.

39) Vgl. Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 1950, S. 155.

Trotz seines einseitigen staatsstreichartigen Vergehens hielt Friedrich Wilhelm IV. am Grundsatz der Verfassungsvereinbarung fest, wonach die oktroyierte konstitutionelle Notverfassung nur in gemeinsamer Beratung von Kammern und Regierung revidiert werden könne, und zwar sollte möglichst schnell an die Stelle des oktroyierten Provisoriums ein vereinbartes Definitivum treten. Nach ihrem Art. 112 war die Verfassung alsbald nach dem Zusammentritt der nunmehr zu bildenden Ersten und Zweiten Kammer einer Revision "auf dem Wege der Gesetzgebung" zu unterwerfen. "Da die Gesetzgebende Gewalt nach Art. 60 der Verfassung beiden Kammern und dem König gemeinsam zustand, war der Sinn der Verfassungsrevision die Verwandlung der oktroyierten in eine vereinbarte Verfassung. Der König hatte die Verfassung von 1848 einseitig erlassen; aber er hatte sich durch den Art. 112 der Rechtsmacht begeben, sie einseitig zu revidieren. Für die Verfassungsrevision hatte er sich auf das Vereinbarungsprinzip festgelegt, um so zum echten Konstitutionalismus zu kommen."⁴⁰⁾ Dennoch kam es zu einem "Zweiten Staatsstreich" durch die Auflösung der Zweiten Kammer am 27. April 1849, die sich nach Auffassung von König und Kabinett in "Auswärtige Angelegenheiten" gemischt und das Recht zur Anerkennung der Reichsverfassung für sich beansprucht hatte. König und Kabinett wollten nach Auflösung der Zweiten Kammer verhindern, daß bei Neuwahl eine ähnlich zusammengesetzte und gesinnte Kammer wiederkehren werde. Da aber an eine Änderung des Wahlrechts im Wege der ordentlichen Gesetzgebung nicht zu denken war, bediente sich die Regierung (wie bei der Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. Mai 1849⁴¹⁾) des Notverordnungs-Artikels 105 der Verfassung und führte mit

40) Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., Bd. III, S. 36.

41) Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. Mai 1849 (GS 165).

Verordnung vom 30. Mai 1849 für die Wahl der Zweiten Kammer anstelle des gleichen Wahlrechts das vermutlich aus der Feder des Finanzministers von Alvensleben-Erxleben⁴²⁾ herrührende Dreiklassenwahlrecht ein⁴³⁾. Die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts stellte bekanntlich die folgenschwerste und bedenklichste von den einseitig von Friedrich Wilhelm IV. getroffenen Maßnahmen dieser Zeit dar, als damit Preußen die Abkehr vom Grundtypus der liberaldemokratischen Repräsentativverfassung dokumentierte. Allgemein mußte sich die Frage erheben, ob es einem auf konstitutioneller Freiheit gegründeten Rechtsstaat, über den im nächsten Abschnitt zu berichten ist, gestattet ist, eine verfassungsnichtgenehme Partei von der Teilnahme an parlamentarischen Wahlen durch Gesetz auszuschließen. In seiner Rede vor dem norddeutschen Reichstag vom 28. März 1867 setzte Bismarck dieser Meinungsäußerung die berühmte Feststellung hinzu: "Ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz" als das preußische sei "nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden..., ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt..., wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht"⁴⁴⁾. Dieses an den Besitzstand,

42) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 203, Anm. 16, wobei jedoch zu bemerken ist, daß das Dreiklassenwahlrecht dem Gemeinderecht der Rheinlande entstammt, wo es 1845 eingeführt worden war. Das nach seinem Ursprung bürgerliche Klassenwahlrecht trat jedoch in Preußen 1849 in den Dienst neofeudaler Bestrebungen (vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II, 1963, S. 49 zu Anm. 67); vgl. auch Wolfstieg, a.a.O., S. 449 ff.

43) Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. 5. 1948, GS 205; Text bei: Huber, Dokumente, a.a.O., Bd. I, Nr. 167

44) Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 356 ff. und Gesammelte Werke, Bd. 15, S. 287.

an das Einkommen und die Steuerleistung gebundene Dreiklassenwahlrecht vom 30. Mai 1849, das dem Grunde nach das alte der Provinziallandtage war, war der Regierung insoweit förderlich, als es eine konservative Mehrheit bei den Neuwahlen zur Zweiten Kammer erbrachte, wodurch der Regierung die konservative Revision der oktroyierten Verfassung ermöglicht und bewilligt wurde. Nachdem am 17. Dezember die Erste und am 18. Dezember 1849 die Zweite Kammer die Verfassung in ihrer revidierten Gestalt nunmehr auf dieser als "konservativ-rechtsliberalen" Kompromiß⁴⁵⁾ anzusprechenden Grundlage angenommen hatten, sprach Friedrich Wilhelm IV. nach Erledigung einer den beiden Kammern vorgelegten Botschaft vom 7. Januar 1850⁴⁶⁾, die eine Reihe weiterer Streichungen, Änderungen und Zusätze enthielt und über die Verständigung erzielt worden war, am 31. Januar 1850 seine endgültige Zustimmung aus. Am 2. Februar 1850 ließ der König die revidierte Verfassung in der Gesetzsammlung verkünden⁴⁷⁾ und ... leistet am 6. Februar 1850 das in Art. 54 Abs. 2 der Verfassung vorgeschriebene eidliche Gelöbnis, durch das er sich verpflichtete, die Verfassung "fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit ihr und den Gesetzen zu regieren"⁴⁸⁾. Diese Verfassung blieb in Preußen bis zum 9. November 1918 in Kraft und "begründete die zwischen Absolutismus und Parlamentarismus stehende Staatsform der konstitutionellen Monarchie"⁴⁹⁾. Dieses Staatsgrundgesetz enthält in geord-

45) Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II, 1963, S. 52.

46) Stenographische Berichte der preußischen Zweiten Kammer 1850, Bd. 4, S. 1875.

47) Text bei Huber, Dokumente, a.a.O., Nr. 168.

48) Wortlaut der Rede des Königs bei der Eidesleistung: Friedrich Wilhelm IV., Reden, Proklamationen, Botschaften, Erlasse und Ordres seit seiner Thronbesteigung (1861), Bd. 2, S. 66 ff.

49) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 203.

meter Aufzählung (in IX Titeln) die Bestimmungen: vom Staatsgebiet, von den Rechten der Preußen, vom Könige, von den Ministern, von den Kammern, von der richterlichen Gewalt, von den nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, von den Finanzen, von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden. Ferner schließen sich mehrere allgemeine Bestimmungen und die Übergangsbestimmungen an⁵⁰⁾. Die Verfassungsurkunde hat mannigfache und erhebliche Abänderungen erfahren, die im einzelnen hier anzuführen der weiteren Darstellung nicht dienlich und nur im Zusammenhang mit den späteren Ausführungen erwähnt werden, sofern sie sachbezogen sind⁵¹⁾.

Wichtiger als die durch diese Verfassungsänderungsgesetze herbeigeführten Abänderungen der Verfassungsurkunde sind diejenigen Änderungen der preußischen Verfassung, welche durch die mit dem 1. Juli 1867 für den ganzen Preußischen Staat in Kraft getretene Verfassung des Norddeutschen Bundes, beziehungsweise die mit dem 1. Januar 1871 an deren Stelle getretene Verfassung des Deutschen Reiches. Diese Änderungen sind jedoch nicht im einzelnen in der ausdrücklichen Form eines Verfassungsänderungsgesetzes festgestellt worden, sondern es ist bei der Beratung und Beschlußfassung über die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit Recht angenommen worden, daß mit dem Inkrafttreten dieser letztgedachten Verfassung gleichzeitig alle diejenigen Änderungen der preußischen Verfassung eintreten, die eine Folge der Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes sind⁵²⁾.

50) Vgl. statt vieler: Schwartz, a.a.O., und Arndt, Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat, a.a.O.

51) Die Änderungsgesetze sind im einzelnen aufgeführt bei von Rönne, a.a.O., S. 136/137.

52) Vgl. Stanographische Berichte des Abgeordneten-Hauses, 1867, S. 27/28.

II Der preußische Gesetzes- und Rechtsstaat

1. Zum Begriff des Gesetzes- und Rechtsstaates

Mit dem Ende des Absolutismus hatte auch dessen Verwaltungsstaat, der Polizeistaat - der vor allem im 17. und 18. Jahrhundert seine staatlichen Machtmittel nicht nur zur Gefahrenabwehr einsetzte, sondern auch zur Förderung der Wohlfahrt mit schrankenlosem Zwang in die Rechte der Einzelnen eingriff - aufgehört zu existieren. Sein Wesen hatte vornehmlich darin bestanden, daß seine Verwaltung nicht an ihre eigenen Entscheidungen gebunden und im eigentlichen Kanzleiverwaltung mit dem Grundsatz des "quieta nun movere" war und ihr jede Garantie eines geordneten Instanzenzuges fehlte. Zum anderen gab es für sie keine verbindliche Rechtsordnung und kein Verwaltungsrecht, sondern anstelle dessen bloße Verwaltungsroutine, Dienstanweisungen und "Polizeigesetze". Schließlich war der Rechtsschutz des Einzelnen gegenüber der Verwaltung durch den Fiskusbegriff, der die ordentlichen Gerichte wegen der Übergriffe der Verwaltung unterscheiden ließ, außerordentlich dürftig⁵³⁾.

Wie bereits dargestellt worden ist⁵⁴⁾, war mit Humboldts Entlassung im Jahre 1819 in Preußen die Epoche der Reform zu Ende gegangen, und der Staat hatte die große Möglichkeit, sich zum Verfassungsstaat umzuformen, aus der Hand gegeben. Repräsentative Institutionen als eigentlichen Inhalt des modernen Verfassungsstaates bestanden nur in den preußischen Provinzen. Der Staat als solcher war

53) Vgl. statt vieler: Hatscheck, a.a.O., S. 1, 2; Steinitz, a.a.O.

54) Vgl. S.46/47 dieser Arbeit.

ohne Volksrepräsentation. Nur die autoritären Institutionen, also die Krone, der Staatsrat, das Ministerium, Offizierskorps und Beamtentum bildeten "in wechselseitiger Einwirkung und Abstützung" ein immerhin "hochentwickeltes Leitungs- und Vollzugssystem"⁵⁵⁾. Trotz dieses autoritär-hierarchischen Charakters des Staatslebens kann man aber nicht mehr von einer Fortsetzung des alten Polizei- und Machtstaates sprechen. Staatseingriffe in Freiheit und Eigentum bedurften nunmehr der gesetzlichen Grundlage. Bis auf den Vorbehalt gesetzlicher Spezialermächtigung im Falle eines Staatsnotstandes war Preußen in der sogenannten vorkonstitutionellen Zeit ein Staat der strengen Gesetzlichkeit. Entgegen der in den Lexikas, Lehrbüchern und Veröffentlichungen, die den preußischen Staat und sein Staatsrecht zum Inhalt haben, meist vertretenen Auffassung, daß der unmittelbare Nachfolger des Polizei- und Machtstaates der Rechtsstaat gewesen sei, bedarf es der Feststellung, daß der vorkonstitutionelle preußische Staat, in dem Verwaltung und Rechtsprechung ihre Maßnahmen und Entscheidungen auf gesetzliche Normen gründeten, ein Gesetzesstaat und noch kein Rechtsstaat war. Dabei ist zu dem Wort "Rechtsstaat" zu bemerken, daß es eine Neuschöpfung aus der Zeit des österreichischen Gesellschaftstheoretikers der Romantik Adam Heinrich Müller⁵⁶⁾ war, der es im konservativen Sinn des "wahren organischen Rechtsstaats" verwandte. Im romantischen Konservativismus verbanden sich mittelalterliche Reminiszenzen, preußisches Staatsethos, Goethescher Humanismus, idealistische Metaphysik und katholisierende theologische Positionen in eigentümlicher Weise. Müller entwickelte das Prinzip der "organischen Totalität", des Staates,

55) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., Bd. II, S. 15.

56) Müller, a.a.O., Bd. I, S. 200.

der sich als wahrer "Rechtsstaat" verstehe. Nach dieser Auffassung sollte mit der monarchischen Autorität in diesem Staat eine hierarchisch gegliederte Ständeverfassung verbunden sein, und eine interkonfessionelle christliche Grundhaltung sollte das gesellschaftliche und staatliche Dasein bestimmen. Wenn auch in der Zeit zwischen Reform und Revolution manches, vor allem das "Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten", "die Richtung auf den Rechtsstaat hin"⁵⁷⁾ gelenkt haben mochte, so verbietet es sich trotzdem, dieses lediglich gesetzestaatliche System bereits als Rechtsstaat zu bezeichnen⁵⁸⁾. Wohl hat z. B. der Rechtshistoriker Hermann Conrad⁵⁹⁾ mit Recht darauf hingewiesen, daß "Gesetz und Rechtsprechung aus der subjektiven Machtsphäre des absoluten Herrschers herausgehoben" wurden und - wenn auch ohne eine verfassungsmäßige Einschränkung dieser fürstlichen Hoheitsrechte - die preußischen Reformen das Ziel verfolgten, die ausübende Gewalt und Rechtsprechung des preußischen Staates an die geschriebenen Gesetze zu binden. Dadurch allein - und auch nicht durch eine Verweisung von Rechtstreitigkeiten zwischen König und Untertanen an die ordentlichen Gerichte, wie es der § 80 der Einleitung zum Allgemeinen Landrecht vorsieht, oder die als weiteres Beispiel in den §§ 74, 75 der Einleitungsbestimmungen dem Staat auferlegte Entschädigungspflicht für Opfer des Einzelnen im Allgemeininteresse, kann man noch nicht von rechtsstaatlicher, sondern nur von gesetzestaatlicher Ordnung sprechen. Trotz aller rechtsstaatlichen Ansätze, worauf Huber mit Recht hinweist⁶⁰⁾, fehlte es dem preußischen Staate "in der Epoche zwischen Reform

57) Vgl. Dilthey, Gesammelte Schriften, Bd. XII (Das Allgemeine Landrecht), Leipzig 1936, S. 155 ff.

58) Anderer Auffassung z. B. Helfritz, a.a.O., S. 202; Schoeps, Preußen - Bilder und Zeugnisse -, a.a.O., S. 11; derselbe, in: Rückblicke..., a.a.O., S. 166; Kelsen, a.a.O., § 8, S. 43/44, 91; § 20, S. 108/109; vgl. auch Forsthoff, a.a.O., S. 34.

59) Conrad, a.a.O., S. 22 ff.

60) Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., Bd. II, S. 19.

und Revolution" - und insoweit berichtigt sich Huber, wenn er seinen diesbezüglichen Ausführungen zuvor diese Epoche nur bis 1840 angesprochen hat - an dreierlei unabdingbaren Rechtsstaatsbegriffen: " ... einmal eine Staatsverfassung gewaltenteilender Art, die die auszuübende Staatsgewalt auf mehrere oberste Organe verteilt und dadurch begrenzt; sodann eine Repräsentativkörperschaft, die an der Gesetzgebung mitentscheidend teilnimmt, und schließlich ein Rechtsschutzsystem, das dem Einzelnen unantastbare Grundrechte gewährleistet und das die Eingriffe der öffentlichen Gewalt in den Privatbereich der Kontrolle unabhängiger Gerichte unterwirft". In seiner publizistischen Skizze veranschaulicht Bähr⁶¹⁾, daß man als "ersten und wesentlichsten Schritt" für den Übergang zum Rechtsstaat "die Schaffung einer ähnlichen Grundlage für das Staatswesen, wie sie für eine gewillkürte Genossenschaft Jedermann für unerläßlich erachtete, die Errichtung eines Grundgesetzes, einer Verfassungsurkunde" betrachtet. Diesem Gedankengang folgend bezeichnet auch z. B. Wilhelm Dilthey⁶²⁾ in seiner anschaulichen Darstellung über das Allgemeine Landrecht dieses als "einen wichtigen Moment auf dem Wege zur Realisierung des Rechtsstaates", und er sagt weiter: "Wie der souveräne und der Wohlfahrtsstaat, so bezeichnet auch der Rechtsstaat eine Vollkommenheit, die sich allmählich in der Geschichte realisiert, ohne je zu völliger Vollendung zu gelangen. Die Entwicklung in Preußen durchläuft die Stadien des absoluten, des gesetzlich geregelten und des Verfassungsstaates." Ein Kriterium dafür, daß man Gesetzesstaatlichkeit mit Rechtsstaatlichkeit nicht gleichsetzen kann, mag die Überlegung veranschaulichen,

61) Bähr, a.a.O., § 16, S. 47 ff.

62) Dilthey, Gesammelte Schriften, a.a.O., Bd. XII, S. 155 ff.

daß es einen erheblichen Unterschied bedeutet, ob erste Statuten gesetzgeberischen Inhalts als Norm für das gesamte Staatsleben ausreichen und mithin in einem Verfassungswerk nur kodifiziert werden, oder ob nicht vielmehr in der Verfassungsurkunde eine grundlegende und erste Kodifikation erfolgt⁶³⁾.

Die Verfassungsurkunde und mithin die Geburtsstunde des Rechtsstaates sind etwas Originelles, wohingegen der bloße Gesetzesstaat eine solche Geburtsstunde nicht erlebt, sondern sich evolutionär gebildet hat und sich aus der Dynamik der seine Zeitepoche bestimmenden Staatsidee formt.

63) Dilthey, Gesammelte Schriften, a.a.O.,
Bd. XII, S. 48.

2. Die in Preußen zwischen 1815 und 1871 geltenden
Gesetze

a) Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen
Staaten

Von den in die Berichtszeit hineinragenden Gesetzen ist vor allem das "Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten" vom 5. Februar 1794 und am 1. 6. 1794 in Kraft getreten, zu nennen, das erst mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. 1. 1900 erloschen ist⁶⁴⁾.

Alexis de Tocqueville⁶⁵⁾ hatte das Allgemeine Landrecht einerseits, und nicht zuletzt wegen seiner rund 16000 Paragraphen, eine Verfassung im wahren Sinne des Wortes genannt, die sowohl das Zivil- und Strafrecht als auch das Staatsrecht beinhaltet; andererseits sieht er aber in dieser "Verfassung" ein Monstrum, das dem Übergang von einer Schöpfung in die andere gleiche. Diese Auffassung Tocquevilles deckt sich mit der bereits schon erwähnten Darstellung⁶⁶⁾ von der "postumen Verfassungstiftung" Friedrichs des Großen in eine Zeit hinein, in der die politischen und auch sozialen Voraussetzungen dieser "Verfassung" bereits im Schwinden waren⁶⁷⁾. Dennoch muß mit Wilhelm Dilthey, der sich über das Allgemeine Landrecht ausführlich in seinen gesammelten Schriften geäußert hat⁶⁸⁾, daran festgehalten werden, daß sich das Allgemeine Landrecht, das sich aus der ständischen Gliederung der damaligen Zeit entwickelt hat, sich "häufig über starre

64) Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten, 2 Bde., Berlin 1796, 3. Auflage.

65) Tocqueville, a.a.O., S. 268 ff.

66) Siehe in Abschnitt A II, S.17/18 dieser Arbeit.

67) Vgl. hierzu auch: Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen 1848, a.a.O., S. 56.

68) Dilthey, Gesammelte Schriften, Bd. XII, Zur Preußischen Geschichte: Über das Allgemeine Landrecht, a.a.O., S. 155 ff.

Standesschranken ... bereits hinwegsetzte, ... von einem großen Gedanken getragen" war, "der aus der lutherischen Reformation herrührt: Macht ist in Wirklichkeit kein Besitztitel dessen, der Macht inne hat, sondern ein Amt. Im Amt sind die Rechte stets an die Pflichten gebunden. Die Obrigkeit besitzt daher ihre Rechte zur Erfüllung ihrer Pflichten. Die Pflicht hat den Vorrang, sie erst begründet jedes Recht. Alle Herrschaftsverhältnisse erhalten - dies ist ihr Zweck - so den Charakter eines Amtes, gelegt in die Pflichterfüllung. Die Machtvollkommenheit des Staates rechtfertigt sich aus seiner moralischen Verpflichtung im Dienste des allgemeinen Wohls. Und diese moralische Verbindlichkeit setzt er sich selbst als die Schranke seiner Macht. Dadurch bekommen die Moralgesetze eine objektive Gültigkeit".⁶⁹⁾ So gesehen war die Schaffung des Allgemeinen Landrechts ein Erfolg des rationalen Rechtsgeistes der Aufklärungszeit und ein Markstein in der Entwicklung des preußischen Staates und Rechtes. Es überschreitet den Rahmen der mit den späteren Darlegungen verfolgten Absicht, wenn an dieser Stelle auf den Geist der großen preußischen Kodifikation und auf den ihres eigentlichen Schöpfers, des Geheimen Justizrates und Obertribunalrates Carl Gottlieb Svarez (1746 bis 1798) eingegangen würde, zumal noch heutzutage wichtiges handschriftliches Material aus der Feder von Svarez, das im Sinne des Geistes der Aufklärung die Belehrung über Recht und Staat und der gesetzgeberischen Arbeit betrifft, der allgemeinen Forschung durch Drucklegung nicht zugänglich gemacht ist, sondern noch in den Archiven ruht⁷⁰⁾.

69) Vgl. auch bei Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 86/87.

70) Hierzu gehören z. B. die vor der Berliner Mittwochs-gesellschaft gehaltenen Vorträge: "Über den Einfluß der Gesetzgebung in die Aufklärung" vom 1. 4. 1789 und "Über den Zweck des Staates" vom 19. 1. 1791, ferner aber auch die bisher nur bruchstückweise

Für die nachfolgenden Darlegungen soll aber in bezug auf die geistigen Grundlagen des Allgemeinen Landrechts darauf hingewiesen werden, wie sehr das große Jahrhundert der Aufklärung die bestehenden Rechtszustände kritisiert hat. Diese Kritik gründete sich auf die von ihr entwickelte Naturrechtslehre und erstrebte die Verwirklichung des Naturrechts in der Rechtsordnung. Montesquieus Grundsatz der Gestaltung der Gesetze wurde zur Richtschnur erhoben: "Die Gesetze sollen den Völkern, für die sie gemacht sind, so eigen sein, daß es ein großer Zufall wäre, wenn die Gesetze einer Nation auf eine andere paßten."⁷¹⁾ Dabei sollten sie aber auch so einfach sein, daß sie jedem Staatsbürger verständlich seien. So sagt Montesquieu an anderer Stelle:⁷²⁾ "Der Stil der Gesetze soll einfach sein... Die Gesetze dürfen nicht schwerverständlich sein; sie sind für Menschen mäßigen Verstandes gemacht: sie sollen nicht eine logische Kunst, wohl aber die einfache Vernunft des Hausvaters sein." In dem "Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten" fanden diese Gedanken Montesquieus ihren Niederschlag⁷³⁾.

Fortsetzung der Fußnote 70) :

veröffentlichten "Vorträge für den preußischen Kronprinzen", den späteren Friedrich Wilhelm III. "Alle diese Vorträge, die früher im Archiv des Preußischen Justizministerium ruhten, befinden sich jetzt handschriftlich im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg. Im Institut für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte der Universität Bonn ist jetzt ein großer Teil des handschriftlichen Materials mittels eines Lesegerätes in moderne Maschinenschrift umgesetzt worden. Die wissenschaftliche Auswertung des Materials muß noch der Forschung überlassen bleiben.

71) Montesquieu, "L'esprit des lois", a.a.O., Bd. I, S. 3.

72) Ebenda, Bd. XXIX, S. 16.

73) vgl. statt vieler: Thieme, Die Zeit des späten Naturrechts, a.a.O., S. 202 ff.; derselbe, Die preußische Kodifikation, a.a.O., S. 355 ff. Bornhak, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 246 ff.; Conrad, a.a.O., S. 7 ff.; Schwartz, Die Geschichte der privatrechtlichen Kodifikationsbestrebungen in Deutschland, a.a.O., S. 12 ff.; Wesenberg, a.a.O., S. 136 ff.

Kaum ein anderes Gesetzbuch kann auf eine so lange Geschichte seines Werdens zurückblicken wie das Allgemeine Landrecht. Sie beginnt bereits mit der Kabinettsorder Friedrich Wilhelm I. an die Juristenfakultät in Halle wegen Abfassung einiger Konstitutionen zum märkischen Landrecht vom 18. Juni 1714; doch erst unter Friedrich dem Großen nahm der Gedanke einer Kodifikation festere Gestalt an. Der mit der Justizreform und Gesetzeserneuerung vom König 1746 betraute Großkanzler Samuel von Cocceji (1679 bis 1755) konnte zwar den Entwurf einer Privatrechtskodifikation ("Corporis juris Fridericiani", 1749/56) vorlegen, doch starb Cocceji vor Vollendung seines Werkes. Nach seinem Tode geriet das Reformwerk wieder ins Stocken. Erst mit der Kabinettsorder Friedrich des Großen vom 14. April 1780⁷⁴⁾ wurde die zweite Periode der Justizreform eingeleitet. Mit der Durchführung dieser Justizreform und der Gesetzeserneuerung wurde der Großkanzler Johann Heinrich Casimir von Carmer (1721 bis 1801) betraut, der den schon vorher unter seiner Leitung bewährten und aus Schlesien stammenden Carl Gottlieb Svarez (1746 bis 1798) zur Mitarbeit an dem großen Werke berief, mit dessen Person das Schicksal des Allgemeinen Landrechts auf das engste verknüpft sein sollte. Mit dem Anliegen Friedrichs des Großen nach einer Vereinfachung ("Simplifizierung") der Gesetze unter Ausschluß "juristischer Streitigkeiten und Spitzfindigkeiten" wollte der König aber zugleich eine Vereinheitlichung des Rechts in den preußischen Staaten, doch sollten bei der Gesetzesreform keineswegs die Landes- und Provinzialgesetze ausgeschaltet werden. Der König hatte die Weisung gegeben, Provinzialgesetzbücher herzustellen, über denen sich als

74) Allerhöchste königl. Cabinetts-Ordre, die Verbesserung des Justizwesens betreffend.
De Dato Potsdam, den 14. April 1780.

umfassendes Gesetzeswerk das Landrecht, mit allerdings subsidiärer Geltungskraft, erheben sollte. Hatte für die Anwendung des bisherigen gemeinen Rechts der Grundgedanke gegolten: Stadtrecht bricht Landrecht, und Landrecht bricht gemeines Recht, so übernimmt nunmehr das Landrecht, das an die Stelle des gemeinen Rechts getreten ist, auch dessen subsidiäre Natur, d. h. es will nur Anwendung finden, soweit das Provinzialrecht nichts anderes bestimmt⁷⁵⁾. Diese Zurückhaltung der allgemeinen Gesetzgebung war durch die innere politische Lage des Staates geboten. Preußen war eben noch immer kein vollkommener Einheitsstaat, seine Verfassung beruhte auf einem Kompromiß des Absolutismus mit dem Ständetum. Man konnte daher über die besonderen Rechtsverhältnisse einzelner Landesteile nicht einfach hinwegschreiten⁷⁶⁾. In der genannten Kabinettsorder vom 14. April 1780 kam zum Ausdruck, daß das Gesetzeswerk römisches Recht, Naturrecht und einheimisches Recht in gleicher Weise berücksichtigen sollte. In dieser Order hieß es: "Es muß also nur das Wesentliche mit dem Naturgesetze und der heutigen Verfassung übereinstimmende aus demselben (römischen Recht) abstrahirt, das Unnütze weggelassen,

75) Dies bestimmt der § 3 des Publ.Pat. vom 5. Februar 1794; Vgl. Einl. zum Allgemeinen Landrecht §§ 21 und 53. -

Es sind nur zwei Provinzial-Gesetzbücher zustande gekommen:

1. Das Provinzial-Gesetzbuch für Ostpreußen, Litthauen, Ermland und den Marienwerderschen Landrätlichen Kreis (1801 und 1802 in zwei Abteilungen erschienen), siehe bei Christian O. Mylius, a.a.O., Bd. XI, S. 407 und 871;
2. das Provinzial-Gesetzbuch für Westpreußen von 1844 mit Geltung für Westpreußen, mit Einschluß des Thorner Kreises und seiner Begrenzung, mit Ausnahme der zu dem früheren Marienwerderschen landrätlichen Kreise (dem Marienwerderschen und Rosenbergschen Kreise) gehörigen Landteil. GS 1844, S. 103 ff.

76) Vgl. hierzu Bornhak, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 273.

unsere eigenen Landesgesetze am gehörigen Orte eingeschaltet und solchergestalt ein subsidiarisches Gesetzbuch, zu welchem der Richter beym Mangel der Provinzial-Gesetze recurriren kann, angefertigt werden."⁷⁷⁾

Bereits ein Jahr später, am 26. April 1781, war die Zivilprozeßordnung unter dem Titel "Corpus juris Fridericianum, 1. Buch Von der Prozeßordnung" verkündet worden, und am 6. Juli 1793 wurde dann im Wege der Gesamtreform des Prozeßwesens die "Revidirte Gerichts- und Prozeßordnung" (sogenannte Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten, I. Teil) verkündet, wodurch aber nur das Zivilprozeßrecht geregelt wurde, wohingegen die Strafprozeßordnung erst durch die "Kriminalordnung vom 11. Dezember 1805" ihre abschließende Regelung fand⁷⁸⁾.

Das am 5. Februar 1794 verkündete und am 1. Juni des gleichen Jahres in Kraft getretene Allgemeine Landrecht, das räumlich im Gebiet des ehemaligen deutschen Ordens, in den späteren Provinzen Ost- und Westpreußen und in dem schon vor 1803 preußischen Gebiet galt, erstreckte sich auf alle Gebiete des materiellen Rechts. So sind sowohl das Verfassungsrecht als auch das Verwaltungsrecht, das Staatskirchenrecht, das Strafrecht und das Privatrecht im Allgemeinen Landrecht systematisch geordnet und kasuistisch durchgeformt worden. An die Stelle des Gemeinen Rechts, das sich aus rezipiertem Römischem Recht, aus kanonischem Recht, aus alten heimischen Rechtsquellen, aus gemeinen Reichsgesetzen, z. B. der Constitutio Criminalis Carolina von 1532, den Reichslandfriedens- und Polizeigesetzen zusammengesetzt hatte,

77) Vgl. Conrad, a.a.O., S. 14.

78) Ebenda, S. 16.

trat mit dem Allgemeinen Landrecht "ein der Idee nach lückenloses und widerspruchsloses Gefüge durchdachter und aufgebauter Rechtsnormen"⁷⁹⁾. War der Geist des Gesetzbuches vom naturrechtlichen Denken des aufgeklärten Wohlfahrts- und Polizeistaates bestimmt, so fand das Staatethos des Allgemeinen Landrechts in dem unbedingten Vorrang des im Staat verkörperten Prinzips der allgemeinen Wohlfahrt vor den Einzelinteressen seinen klassischen Ausdruck. Gleichzeitig schuf das Allgemeine Landrecht aber auch die Grundlagen für den kommenden bürgerlichen Rechtsstaat. Zwar war Preußen in der Zeit der Geburt der großen Kodifikation von einem vollentwickelten Gesetzes- und gar Rechtsstaat noch weit entfernt, denn außer dem Fehlen verfassungsmäßig verbürgter Grundrechte galt weder der Grundsatz der Gewaltenteilung, noch bestand ein unmittelbarer gerichtlicher Schutz gegen Akte der Öffentlichen Gewalt. Dennoch kann man feststellen, daß das Allgemeine Landrecht "die Richtung auf den Rechtsstaat hin", wie mit Diltthey bereits zitiert wurde⁸⁰⁾, genommen hat, indem es nicht nur den Gerichten in seinen Zivilrechtsnormen feste Entscheidungsprinzipien gab, sondern auch der Verwaltung ihre Kompetenzen durch bindende Rechtsgrundsätze zog. Außer der bereits erwähnten Entschädigungspflicht für Aufopferung⁸¹⁾ war es vor allem die Umschreibung des Polizeibegriffs in § 10 II 17 ALR, der mit dem heute noch geltenden § 14 des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 sachlich übereinstimmt und wie folgt lautet: "Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben

79) Vgl. bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., Bd. I, 1957, S. 106.

80) Siehe S. 60 Anm. 57 dieser Arbeit.

81) Siehe S. 60 : §§ 74, 75 der Einleitung zum ALR.

bevorstehenden Gefahren zu treffen, ist das Amt der Polizey."⁸²⁾ Die ebenfalls schon erwähnte "Kriminalordnung" vom 11. Mai 1805⁸³⁾ war ein Niederschlag der aufgeklärt absolutistischen Ideen des 18. Jahrhunderts. Das im Strafverfahren seit langem entwickelte Inquisitions- oder Ermittlungsprinzip, das in der Strafverfolgung das Rechtsschutzinteresse der Allgemeinheit über das Rechtsschutzinteresse des Beschuldigten stellte, wurde - wenn auch nicht mehr in der bisherigen starren Form - beibehalten und war der schärfste Angriffspunkt der bürgerlichen Kritik⁸⁴⁾. Das Allgemeine Landrecht, aber auch die Allgemeine Gerichtsordnung und die Kriminalordnung erstreckten sich seit dem 1. Januar 1815 außer auf die stets preußisch gebliebenen Provinzen Ost- und Westpreußen, Lithauen, Pommern und Brandenburg auch wieder auf die an Preußen zurückgefallenen Staatsteile⁸⁵⁾. Sie galten ab 1. März 1817 auch in den Provinzen Posen⁸⁶⁾ und Sachsen⁸⁷⁾, sowie ab 1. Dezember 1825 in einigen westlichen Gebieten, so im ehemaligen Herzogtum Westfalen, im ehemaligen Fürstentum Siegen und den ehemaligen Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg⁸⁸⁾. Das französische Recht dagegen, bestehend aus den 5 Gesetzbüchern ("cinq codes"), dem code civil (1804), dem code de procedure civile (1806), dem code de commerce (1807), dem code d'instruction criminelle (1808) und dem code pénal (1810), blieb noch nach 1815 im Hauptteil der Preußischen Rheinprovinz, nämlich auf dem ganzen linken

82) Vgl. statt vieler: Hatscheck, a.a.O., S. 122 ff.

83) Siehe zu Abschnitt B II 2a, S. 68.

84) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., Bd. I, S. 107.

85) Patent vom 9. September 1814, GS 89.

86) Patent vom 9. November 1816, GS 225.

87) Patent vom 15. November 1816, GS 233.

88) Patent vom 31. Juni 1825, GS 453.

Rheinufer, sowie in den rechtsrheinischen Teilen des ehemaligen Großherzogtums Berg, in Kraft⁸⁹⁾.

b) Die Gesetzgebung

Bis zum Inkrafttreten der Verfassung war im Preußischen Staat verfassungsmäßig der alleinige Gesetzgeber der König⁹⁰⁾, jedoch mußten seit Erlaß des Gesetzes vom 5. Juni 1823 wegen Anordnung der Provinzialstände⁹¹⁾ alle Entwürfe zu Gesetzen, welche allein die Provinz angehen, und die Entwürfe in solchen allgemeinen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen- und Eigentumsrechten und in den Steuern zum Gegenstand hatten, den Provinzialständen, bzw. in späterer Zeit⁹²⁾ den ständischen Ausschüssen oder dem Vereinigten Landtag, zur Beratung und Erteilung des ständischen Beirats vorgelegt werden.

In jener Zeitperiode gab es drei Formen, in welchen die Gesetze erschienen: förmliche Gesetze, Kabinettsordres und Verfügungen der höheren Staatsbehörden innerhalb ihres Bereiches. Bei den förmlichen Gesetzen handelt

89) m. a. W.: Zum Gebiet des rheinischen Rechts gehörte die ganze Rheinprovinz, ausgenommen die zum Gebiet des Allgemeinen Landrechts gehörenden Kreise Essen, Rees und Duisburg, sowie der zum Gebiet Gemeinen Rechts gehörende Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein.

Vgl. zusammenfassend: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1960, S. 26.

90) Vgl. § 6 II 13 ALR: "Das Recht, Gesetze und allgemeine Polizeiverordnungen zu geben, dieselben wieder aufzuheben und Erklärungen darüber mit gesetzlicher Kraft zu erteilen, ist ein Majestätsrecht."

91) GS, 1823, S. 129.

92) Patent vom 3. Februar 1847, siehe GS, 1847, S. 33.

es sich um diejenigen Verordnungen, die auf dem vorgeschriebenen Weg vorher beraten und sodann im Zusammenwirken von Gesetzgeber und beratenden Staatsbehörden vollzogen worden sind. Dabei sind alle Gesetz-, Verfassungs- und Verwaltungsnormen an die königliche Genehmigung gebunden⁹³⁾. Jeder Staatsminister hat nach Erteilung der königlichen Genehmigung die in sein Departement gehörigen neuen Gesetze und Abänderungen vorzubereiten und den Entwurf im Staatsministerium vorzutragen und beraten zu lassen⁹⁴⁾. Schließlich wird der vom Staatsministerium beratene Entwurf dem König eingereicht, welcher denselben in der Regel dem Staatsrat zur Beratung zuweist⁹⁵⁾, wo der Gegenstand beraten und begutachtet und - falls Abänderungen nötig befunden werden - in der veränderten Form redigiert wird. Der zurückgereichte Entwurf wird durch königliche Sanktion zum Gesetz und dem Staatsministerium zur Veröffentlichung übergeben.

In der vorkonstitutionellen Zeit werden die so ausgefertigten Gesetze verschieden benannt: Gesetz, Verordnung und Edikt. Es wird auch zuweilen der Gattungsname gebraucht: Deklaration, Instruktion, Reglement usw., mitunter auch die Bezeichnung: Publikandum, Bekanntmachung und Patent, letzte Bezeichnung insbesondere bei Anstellungen und Beförderungen⁹⁶⁾. Insgesamt gesehen hatten diese verschiedenen Bezeichnungen auf die Kraft und Wirkung der Gesetze keinen Einfluß. Bei den

93) Verordnung vom 27. Oktober 1810, GS 1810, S. 8.

94) Kabinettsordre vom 3. November 1817 wegen der Geschäftsordnung bei den Oberbehörden in Berlin, Eingang und Nr. VIII, GS 1817, S. 291.

95) Verordnung vom 20. März 1817, betr. die Einrichtung des Staatsrates, GS 1817, S. 67.

96) Ursprünglich hieß "Patent" eine solche Verordnung, mit welcher nur eine Seite des Bogens bedruckt war; siehe Verordnung vom 24. 8. 1717, § 4 bei Christian O. Mylius, a.a.O., Bd. II, S. 613.

Kabinettsordres handelte es sich um solche nur vom König vollzogene und an eine bestimmte Staatsbehörde adressierte Verordnung. Im allgemeinen sind solche Kabinettsordres nur auf besondere Veranlassung als Resolutionen erlassen worden. Damit eine Kabinettsordre als allgemeines Gesetz gültig werden konnte, mußte diese vorschriftsmäßig veröffentlicht werden⁹⁷⁾.

Bei den Verordnungen war seit der nach 1810 erfolgten Neuorganisation der Staatsbehörden zu unterscheiden zwischen den obersten Staatsbehörden, solchen des Justizministers und denen der sonstigen Zentral- und Provinzialverwaltungsbehörden⁹⁸⁾. Somit waren auch die Erlasse der Ministerien, sofern sie die ihnen gesetzlich vorgeschriebene Grenze nicht überschritten, Quellen des Staatsrechts⁹⁹⁾.

Nach dem Inkrafttreten der Verfassung ändern sich die Grundsatzregelungen für die Gesetzgebung insofern, als das bis dahin ausschließliche Recht des Staatsoberhauptes zur Gesetzgebung beschränkt wird. Gemäß Art. 62 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 wurde die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich durch den König und die beiden Kammern, Herrenhaus und Haus der Abgeordneten, ausgeübt. Dabei war die Übereinstimmung des Königs und der beiden Kammern zu jedem Gesetz erforderlich. Die zur Ausführung der Gesetze notwendigen Verordnungen wurden gemäß Art. 45 der Verfassung von dem König allein erlassen. Außerdem stand dem König als dem Inhaber der vollziehenden Gewalt gemäß Art. 44 ein grundsätzliches und allgemeines Ordnungsrecht zu¹⁰⁰⁾.

97) Vgl. § 5 Einleitung zum Allgemeinen Landrecht.

98) Vgl. Koch, a.a.O., I, § 21.

99) Vgl. Rönne-Zorn, a.a.O., S. 141.

100) Vgl. Arndt, a.a.O., der das vom König nicht anerkannte selbständige königliche Ordnungsrecht bejaht.

Nunmehr gliederten sich die geschriebenen Gesetze im weiteren Sinn in: eigentliche Gesetze (im engeren Sinn), d. h. Rechtsvorschriften, die von beiden Kammern angenommen und vom König sanktioniert sind, ferner in Königliche Verordnungen mit vorläufiger Gesetzeskraft, d. h. solche, die gemäß Art. 63 der Verfassung in den dort bezeichneten Fällen ohne vorhergegangene Mitwirkung der Kammern, jedoch unter Vorbehalt deren Genehmigung, erlassen wurden, in: Königliche Verordnungen ohne Gesetzeskraft zur Durchführung der vollziehenden Gewalt, und schließlich in: Verordnungen, die der König gemäß Art. 45 der Verfassungsurkunde zur Ausführung der Gesetze ohne Mitwirkung der Kammern erlassen konnte (Ausführungsverordnungen), die jedoch nicht das Gebiet der gesetzgebenden Gewalt verletzen durften, sondern lediglich den Zweck verfolgten, einem bestehenden Gesetz seine volle Anwendung zu verschaffen und zu sichern. Die Bezeichnung als "Gesetz" im engeren Sinn kam somit nur den mit den Kammern abgestimmten gesetzlichen Anordnungen zu, wohingegen die ohne Mitwirkung der Kammern von dem König erlassenen Vorschriften in der Regel die Bezeichnung "Verordnungen" oder auch "Erlaß" führten.

Eine gänzlich selbständige gesetzliche Ordnung war den Polizeiverordnungen beizumessen, über deren Rechtsnatur die Ansichten auseinandergehen. Sie werden zum Teil nicht "als eigene Staatsrechtliche Quellen angesehen", sondern nur "als Vorschriften lokaler Natur für das Polizeirecht", die zwar als solche "eine gewisse Bedeutung" hätten¹⁰¹⁾, nach anderer Meinung seien sie überhaupt nicht zu dem vom Staat gesetzten Recht zu rechnen¹⁰²⁾.

101) So z. B. Rönne-Zorn, a.a.O., S. 142.

102) Bornhak, Preußisches Staatsrecht, a.a.O., Bd. I, S. 92.

Diese und eine weitere rechtsbegriffliche Deutung wird für die weiteren Darlegungen von Bedeutung sein bei der Auseinandersetzung mit der einen oder anderen, die minderheitlichen Interessensphären betreffenden Maßnahmen.

Die genannten Grundgesetze preußischer Gesetzgebung mußten sich verständlicherweise mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 17. April 1867 und mit der Reichsverfassung vom 16. April 1871 ändern. Mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ging das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe ihrer Bestimmungen auf das Deutsche Reich über mit der Wirkung, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen (Art. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches) und die Reichsgesetzgebung durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt wurde (Art. 5 der Verfassung). Außer und neben den eigentlichen Gesetzen (im engeren Sinn) bestanden jetzt Gesetze des Deutschen Reiches, die den preußischen Landesgesetzen vorgingen¹⁰³⁾.

103) Vgl. Rönne-Zorn, a.a.O., S. 138 ff.

C Das Minoritätenproblem

In allgemeiner Übereinstimmung der modernen Literatur über ein "Minoritäten-Recht" befindet sich der Begriff "Nationale Minderheit" politisch im Widerspruch mit dem der "herrschenden Nation". Der Versuch der staatsrechtlichen Literatur mit der Bezeichnung "Staatsvolk" die Gegensätzlichkeiten der beiden Begriffe zu überbrücken, wird dem Wertinhalt beider Begriffe nicht gerecht. Unter dem Begriff "Staatsvolk" wird vielmehr das Volk als konstitutives Element im Sinn einer Zusammenfassung aller Bevölkerungsgruppen ohne jede national-kulturelle Abstufung oder sonstige Differenzierung verstanden. Eine solche Schematisierung des Begriffs deckt sich jedoch nicht mit der Wirklichkeit, durch die sich eine Minderheit innerhalb der Gesamtbevölkerung von dieser unterscheidet¹⁾. Dazu kommen Sprachnuancen mit verschiedenen Inhalten. So wie z. B. Herder²⁾ "in jedem Volk die eigentümlichen in seinen Anlagen und Gaben ruhenden" und "nur ihm eigenen Kräfte" sieht, "als deren unverwechselbarer Ausdruck" ihm die Sprache erscheint und sich dementsprechend die deutsche Bezeichnung "Nationalität" als eine Sprach- und Wesensgemeinschaft darstellt, so ist im Französischen das Wort "nationalité" mit dem Begriff der Staatsangehörigkeit identisch.

In Ergänzung der vorangegangenen Darstellungen der Nationalistaatsidee und des Nationalitätenrechts³⁾ ist das "Minderheitenrecht" (ein Begriff, der eigentlich erst zu Recht in unserer Zeit wegen der politischen Tönung

1) Vgl. Amos, a.a.O., II § 8 S. 85 ff.

2) Zitiert bei Wittram, a.a.O., S. 20.

3) Vgl. S. 11 ff. und 28 ff. dieser Arbeit.

des Nationalitätsprinzips und der Internationalisierung dieses Problems verwandt werden sollte) als typisches Nationalitätenrecht und somit auch als Ergänzung der Nationalstaatsidee zu werten. Wenn hierin aus historischer Sicht auch ein Widerspruch zu liegen scheint, weil gerade das Nationalitätenrecht den Versuch unternommen hatte, Volkstum und Staat zu harmonisieren, so werden die späteren Darlegungen, vor allem in Bismarckscher Zeit, sichtbar machen, wie dieser Versuch zur unangenehmen Realität geworden ist, als nämlich der preußische Staat die erstrebte Rechtfertigung der nationalen Übereinstimmung nur für sein eigenes Mehrheits-Staatsvolk gelten ließ. Die hierbei angesprochene Politik löste, wie wir sehen werden, jene irredentistischen Bestrebungen als ganz natürliche und verständliche Reaktion aus, die Spannungen ungeahnter Art im preußischen Staat hervorbrachte und bald genug blutig gelöst werden sollte. Man übersah oder mißverstand, zum Teil auch bewußt, die weise Lehre Montesquieus, der in seinem "L'esprit des lois" gesagt hatte⁴⁾: "C'est au législateur à suivre l'esprit de la nation, lorsqu'il n'est pas contraire aux principes du gouvernement; car nous ne faisons rien de mieux que ce que nous faisons librement, et en suivant notre génie naturel."

Um die Definition der Begriffe Nation und nationale Minderheit ist von der Wissenschaft seit jeher gerungen worden, und noch heute scheint es Aufgabe der Forschung zu sein, eine letztliche Klärung zu erzielen.

Als Grundlage für unsere weiteren Betrachtungen mögen folgende das Wesen dieser Begriffe besonders veranschaulichende und treffende Deutungen ein:

4) Montesquieu, a.a.O., Bd. XIX, S. 5.

Der französische Religionswissenschaftler und Schriftsteller Ernest Renan (1823 bis 1892) hat in temperamentvoller Sprache den Begriff der Nation wie folgt gedeutet: "Une nationalité est une grande solidarité, constituée par le sentiment des sacrifices qu'on a fait et de ceux qu'on est disposé à faire encore. Elle suppose un passé: elle se resume pourtant, dans le présent, par un fait tangible: le consentement, le désir clairement exprimer de continuer la vie commune. L'existence d'une nation est une plébiscite de tous les jours, comme l'existence d'un individu est une affirmation perpétuelle de vie. Une nation est une âme, un principe spirituel."⁵⁾

Ein solcher Nation-Begriff kommt meines Erachtens der polnischen Mentalität des 19. Jahrhunderts deshalb besonders nahe, weil mit ihm nicht nur die verschiedenen Elemente aus historischer, geographischer, physischer und moralischer Sicht angesprochen sind, sondern sich in ihnen darüber hinaus auch der metaphysischen Bewußtseinsinhalt der messianistischen Tendenzen des polnischen Volkes, geboren aus Sprache und vor allem seiner Religiosität, kulturell, aber auch politisch, verdeutlicht. Aus dieser Sicht wird man dann auch der Definition des Begriffs "Nationale Minderheit", wie sie Monfosca⁶⁾ gegeben hat, für die polnische Minderheit im

5) Zitat bei Amos, a.a.O., S. 88.

6) Monfosca, a.a.O., S. 8/9, frei übersetzt: unter nationaler Minderheit versteht man herkömmlicherweise den Teil der Bevölkerung in einem Einheitsstaat, der sich von dessen Mehrheit durch viele Merkmale unterscheidet, von denen an erster Stelle stehen: die Sprache, die Geschichte, die Gebräuche, die Religion, die allgemeinen Interessen, die Gebundenheit an die heimatische Erde, und vor allem ein eigener gemeinschaftlicher Wille, der zur Voraussetzung hat, alle oder einige der verfassungsmäßigen Grundrechte zugesichert zu erhalten, die im großen und ganzen denen gleichen, die ein heutiger Staat beinhaltet samt allen unzähligen Begriffsbestimmungen der Nationalität, zu denen auch die des staatlichen Gewissens, das bei der Gründung oder Auflösung (eines Staates) wirksam wird, hinzugefügt werden könnte.

preußischen Staat des 19. Jahrhunderts folgen können:

"Per minoranze nazionale si intende cioè quella parte di popolazione che in uno Stato unitario si differenzia dalla maggioranza per un complesso di fattori fra i quali primeggiano la lingua, la storia, gli usi, la religione, le aspirazione a gli interessi generali, determinati legami ad un determinato suolo e soprattutto una propria volontà collettiva, si da avere in sè tutti od alcuni degli elementi costitutivi della nazionalità; elementi che sono poi in gran parte quelli stessi che formano uno Stato nel suo concetto odierno, per cui, appunto alle innumerevoli definizioni della nazionalità, potrebbe anche aggiungersi quella di coscienza statale che può essere in atto, in formazione od in dissoluzione."

Darüber hinaus sieht Monfosca in einer nicht politisch orientierten Nation samt ihrer Minderheitenbevölkerung einen Staat, dem das "ius imperii" fehlt oder das bereits aufgegeben hat. (Ove la Nazione nun sia politicamente organizzata essa non è quindi che uno Stato il quale non ha ancora od è venuto a mancargli il jus imperii.)

Wenn die von Monfosca gegebene Begriffsbestimmung auch nicht auf alle konkreten Fälle anwendbar erscheint, so läßt jedenfalls die Bedeutung des Phänomens der nationalen Minderheit erkennen, daß sie unter Umständen den Keim eines Staats im Staate bilden kann. Dabei braucht die treibende Kraft nicht immer in der zahlenmäßigen Stärke der Minderheit zu beruhen, sondern sie kann sich auch aus der Höherstufe der Kultur über die Zivilisation des herrschenden Staates ergeben. Auch dieses Argument wird bei der Behandlung und kritischen Würdigung der in der weiteren Darstellung auftretenden Probleme zu berücksichtigen sein.

Und um schließlich noch aus englischer Sicht eine treffende Nationalitätsdefinition anzuführen, die sich an die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts mit seinem Wechsel von der Adelsnation zur bürgerlichen und alle Bevölkerungsschichten umfassenden Nation bezieht, sei Karl Wolfgang Deutsch zitiert⁷⁾: "Membership in a people essentially consists in wide complementarity of social communication. It consists in the ability to communicate more effectively, and over a wider range of subjects, with members of one large group than with outsiders. This overall result can be achieved by a variety of functionally equivalent arrangements."

Mit dieser Begriffsbestimmung, die den Zeitpunkt offen läßt, von wann ab man von der Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur und der sie integrierenden Gesellschaftsschichten sprechen kann, bietet sich eine funktionelle Definition an, die die Begriffe: Nation, Nationalität und nationale Minderheit im Rahmen der sich von der Wende des 18. Jahrhunderts und über das ganze 19. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts flexibel hält.

7) Deutsch, a.a.O., S. 97.

D Territorialbestand und Bevölkerungsentwicklung in Preußen zwischen 1815 und 1871

I Das preußische Territorium

Durch die Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815, die für das deutsche Territorialgefüge tief einschneidende Gebietsveränderungen mit sich brachte, erhielt Preußen alle Landesteile, die vor dem Tilsiter Frieden im Jahre 1807 preußisch gewesen waren, mit Ausnahme von Ansbach, Bayreuth, Hildesheim, dem durch die polnischen Teilungen von 1793 und 1795 erworbenen Neu-Ostpreußen und östlichen Teil Südpreußens, zurück. Es erwarb hinzu: Neuvorpommern (durch Tausch von Dänemark gegen Lauenburg), Teile Sachsens, ebensolche Westfalens, mediatisierte Fürstentümer und Herrschaften, Teile von Hessen-Darmstadt, vom Herzogtum Berg, von Nassau, von Wied und Sayn, vom Großherzogtum Frankfurt, den Kreis Wetzlar und schließlich von Frankreich das linksrheinische Gebiet mit Saarbrücken und Saarlouis. Ferner gehörten bereits zum preußischen Staatsgebiet das 1772 durch Vertrag gewonnene ehemalige westliche Ordensland, das langgestreckte Westpreußen, sowie der Netzedistrikt und das Bistum Ermland. Bei der zweiten Teilung Polens von 1793 waren Danzig, Thorn und die Woiwodschaften Gnesen, Posen, Kalisch und noch andere Gebiete, zusammen 55000 qkm, an Preußen gefallen. Das bei der dritten Teilung Polens im Jahre 1795, mit der Polens staatliche Existenz erloschen war, von Preußen erworbene Gebiet zwischen Weichsel, Bug und Njemen, ging zum größten Teil, zusammen mit dem zuvor schon genannten "Südpreußen" (die spätere Provinz Posen mit östlich anschließenden Gebieten) und "Neuostpreußen" (eingeschlossen Masowien mit Warschau) im Frieden von Tilsit wieder verloren¹⁾.

1) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 81.

Insgesamt belief sich der territoriale Bestand des preußischen Staates zur Zeit des Wiener Kongresses auf: 5.049,80 QM oder 278.042 qkm, wohingegen die Einwohnerzahl im Zählungsjahr 1816: 10.349.031 betragen hat. Bis zum Jahre 1855 erhöhte sich die Einwohnerzahl stetig auf 17.202.831 und betrug in ähnlich gleicher Fortentwicklung, wobei es nur zwischen den Jahren 1864 und 1867 ein rapideres Wachstum, nämlich von 19.255.139 auf 23.971.337 gegeben hat, im Jahre 1871: 24.639.706²⁾.

Den für 1855 und 1871 genannten Einwohnerzahlen standen für den Territorialbestand des preußischen Staates gegenüber: für das Jahr 1855 = 5.067,75 QM oder 279,030 qkm, und für das Jahr 1871 = 6.346,50 QM oder 349,438 qkm³⁾.

2) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 398/399.

3) Siehe die Zahlenangaben bei Rogmann, a.a.O., S. 196; ferner: Wehler, a.a.O. (Vierteljahresschrift), S. 203, und: Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 437 (mit zu berichtigendem Rogmann-Zitat, zu Anm. 5), S. 551: statt "Rogmann S. 10" = "Rogmann S. 196").

II Slawische Bevölkerungsteile im preußischen Osten

Um die Anteile der Bevölkerung des preußischen Ostens und damit zugleich auch die nationalpolitische Situation im 19. Jahrhundert verständlich zu machen, ist es notwendig, zwischen den polnischsprechenden Posener Polen, den Masuren, Kaschuben, Preußisch-Litthauern, den polnischen Oberschlesiern und den westpreußischen Polen zu unterscheiden. Eine solche Betrachtungsweise ist deshalb erforderlich, weil mit den nachfolgenden Untersuchungen nachgewiesen werden soll, daß unter den Begriff des politisch gemeinten Polentums in Preußen nicht diese verschiedenen Gruppen zusammengefaßt werden können, wie es oft - und besonders in der polnischen Literaturgeschichte - geschieht.

Brückner, der die Geschichte der polnischen Literatur zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschrieben hat, schildert im Eingang seiner genannten Ausführungen den geschichtlichen Werdegang der Polen wie folgt:^{3a)}

" In der 'sarmatischen' Tiefebene, zwischen der Warthe und dem Bug, um die 'weiße' Weichsel von ihren Quellen bis zu ihrer letzten Wendung gegen Norden, sitzt seit Jahrtausenden das Volk der Polen, in drei Hauptstämme geteilt, die Polen im engeren Sinne oder 'Großpolen' an der Warthe, die das Reich gegründet und ihm ihren Namen gegeben haben; an der oberen Weichsel die 'Weichselleute' oder späteren 'Kleinpole', die eigentlichen Träger polnischer politischer und kultureller Macht; an der mittleren Weichsel die Masovier - Masuren, die fruchtbarsten Mehrer des Volkes und seines Bodens; vorgelagert dem Hauptstamme, erst später freigewordene Gebiete besetzend, sind die Schlesier und

3a) Brückner, a.a.O., S. 1.

die Kaschuben, jene zu den einstigen lausitzer und märkischen Slaven, diese zu den Pommern hinüberleitend: alle ein Volk, eine Sprache, ein Temperament, in fünf verschiedenen Namen und Mischungen; 'eine und dieselbe Sprache' - heißt es in Zeugenaussagen vor Gericht im Jahre 1320 - 'herrscht in Pommern und Polen, weil alle die (in Pommerellen) gemeiniglich wohnen, das Polnische sprechen'. Und ebenso verhält es sich mit den schlesischen 'Wasserpolen', welcher Name, schon im 17. Jahrhundert geläufig, hergenommen ist von den Weichselflößern*. - Und bezüglich der Stadt Breslau bemerkt Brückner, daß sie "den gewöhnlichsten altpolnischen Personennamen trägt, denselben, welcher auch die pommerschen Landesfürsten, die Wartislawa ('Wenderuhm') führten. "

1. Polen

Trotz der geradezu sprichwörtlich gewordenen preußischen Bürokratie, womit die Akkurateesse und auch der Eifer der preußischen Behörden, zuweilen aber auch ihre oft übertriebene Kleinlichkeit bei aller Gewissenhaftigkeit gemeint ist, sind bei der preußischen Vorliebe für Statistiken aller Art, Angaben über die Zahlenverhältnisse von deutschen und polnischen Einwohnern kaum, und dann auch nur ziemlich dürftig, zu finden. In den Amtsblättern (meist doppelsprachig mit überwiegend deutschem und seltener polnischem Text) sind zwar Bevölkerungsstatistiken abgedruckt, jedoch fehlen die das beiderseitige Stärkeverhältnis verdeutlichenden Angaben. Man kann, wenn man so will, das Fehlen dieser Angaben, wie es z. B. die

Denkschrift des Staatsministers von Rochow über die Verwaltung der Provinz Posen⁴⁾ vom 15. Juni 1841 möglich macht, als ein Zeichen dafür werten, daß "die Nationalität gegenüber dem Untertanenstand und der Tatsache der Zugehörigkeit zu einer Konfession, die immer berücksichtigt wurde, zurücktrat⁵⁾. In seiner Denkschrift hat von Rochow nämlich ausgeführt: "Die Provinz ist ein integrierender Teil der Monarchie und muß in ihrem Entwicklungsgange den Grundprinzipien folgen, welche das innere und äußere Staatsrecht der Monarchie bedingen. Die Bewohner des Großherzogtums Posen sind vor allem Preußen."⁶⁾ Wollte man das Verhältnis der Nationalitätszugehörigkeit lediglich nach dem Sprachgebrauch festgestellt haben, dann würde eine solche Statistik sicherlich zu Fehlschlüssen führen, da die Sprache allein kein unbedingtes Kriterium hierfür ist⁷⁾. Bei aller Aufgeschlossenheit der preußischen Behörden, sämtliche staatlichen Lebensvorgänge statistisch erfassen zu wollen, muß es deshalb auffällig sein, wenn nicht wenigstens der "Versuch einer Nationalitätenstatistik unternommen wurde"⁸⁾.

Wenn es auch nicht möglich ist, für die Feststellung der Bevölkerungsanteile auf amtliches statistisches Material zurückzugreifen, so haben andererseits nicht wenige der in der Zeit nach 1914 erschienenen deutschen und polnischen Publikationen Vergleichszahlen genannt, aus denen

4) im weiteren statt "Großherzogtum Posen" so genannt, obwohl diese Bezeichnung erst ab 1848 gilt.

5) Vgl. Berger, a.a.O., S. 142.

6) Zitiert bei Berger, a.a.O., S. 142, und bei Laubert, Die Verwaltung der Provinz Posen, a.a.O., S. 37 ff. Anhang; vgl. aber auch Schinkel, a.a.O., S. 46 ff., und Frauendienst, Preußisches Staatsbewußtsein und deutscher Nationalismus, a.a.O., S. 322 ff.

7) Berger, a.a.O., S. 142/143.

8) Ebenda, die einen solchen für die Verwaltung im Regierungsbezirk Bromberg vermißt.

man ein von einer amtlichen Statistik sicherlich nicht viel abweichendes Bild erhält⁹⁾. Aus dem von Jablonowski für die Darstellung einer preußischen Polenpolitik von 1815 bis 1914 verarbeiteten Unterlagen¹⁰⁾ ergibt sich für den Anteil des Polentums bzw. Slaventums (auf letzteres wird noch besonders eingegangen) an der Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen folgendes Bild:

Im Jahre 1825 machte der Anteil der Polen, einschließlich Masuren, an der Gesamtbevölkerung Ostpreußens etwas über 20 % aus. Die bis zur Jahrhundertwende aufgestellte Statistik läßt erkennen, daß sich die ursprünglich beinahe rein masurischen bzw. ganz überragend masurischen Kreise im Süden Ostpreußens in der Zeit von 1825 bis 1900 in solche mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung bzw. in Kreise mit einem starken Anteil deutschsprachiger Bevölkerung verwandelt haben (Beispiel: Kreis Lötzen. In ihm machten 1825 die masurisch- und polnisch-Sprachigen ca. 86 % der Einwohner aus, im Jahre 1900 dagegen nur noch ca. 42 %).

9) Bernhardt, a.a.O.

Birke, a.a.O., S. 55 bis 100

Broszat, a.a.O.

Buzek, a.a.O.

Frauendienst, Preußisches Staatsbewußtsein und polnischer Nationalismus, a.a.O., S. 305 bis 362

Historia Polski, a.a.O.

Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O.,
2. Auflage 1942, 3. Auflage 1944

Derselbe, Die Verwaltung der Provinz Posen, a.a.O.

Derselbe, Westpreußen im 19. Jahrhundert, a.a.O.,
S. 129 bis 148

Mańkowski, a.a.O., S. 255 bis 323

Schinkel, a.a.O.

Sukiennicki, a.a.O.

Weber, a.a.O.

Wittschell, a.a.O.

10) Jablonowski, a.a.O., S. 4 ff.

Westpreußen wies von jeher einen stärkeren slawischen Bevölkerungsanteil als Ostpreußen auf, als Folge unter anderem der politischen Zugehörigkeit des Landes zu Polen von 1446 bis 1772. Die in Westpreußen ansässige slawische Bevölkerung bestand aus Polen und Kaschuben. Letztere, auf deren volksstämmige und nationale Zugehörigkeit später noch eingegangen wird, sind - soviel sei hier bereits bemerkt - ein kleiner westslawischen Volksstamm, dessen Sprache nicht so wie das Masurische ein ursprünglich polnischer Dialekt ist, sondern zum Pommeranischen, einer einst selbständigen westslawischen Sprache neben dem Polnischen gehört¹¹⁾.

In Westpreußen hat im Jahre 1825 der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung etwa 68 % und der polnisch-kaschubische somit rund 32 % betragen. Im Jahre 1858 erreichte der deutsche Bevölkerungsanteil etwa 69 %, mithin also den höchsten Stand, den er jemals in Westpreußen im Laufe der Geschichte gehabt hat. Bis um die Jahrhundertwende ist der Prozentsatz des deutschen Bevölkerungsanteils wegen der Abwanderung in die westlichen Industriegebiete, aber auch wegen geringerer Geburtenzahl gegenüber der polnisch-kaschubischen Bevölkerung bis auf 65 % gesunken¹²⁾.

Die Provinz Posen als eines der Kerngebiete des alten polnischen Staates hat das ganze 19. Jahrhundert hindurch eine überwiegend polnische Bevölkerung gehabt. In den dreißiger Jahren hatte der polnische Anteil an der Gesamtbevölkerung etwa 60 % und der deutsche etwa 40 %

11) Vgl. Jablonowski, a.a.O., S. 5.

12) Die letzte deutsche Volkszählung im Jahre 1910 ergab für Westpreußen folgendes Bild bezüglich der Nationalitätenverhältnisse: Deutsche 65 %, Polen 28 %, Kaschuben 7 % (Angaben bei Jablonowski, a.a.O., S. 5 ff.).

betragen. In der Provinz Posen erreichte der Vornhundert-satz der Deutschen seinen Höchststand in den sechziger Jahren mit etwa 45 %. Aus denselben Gründen wie in West-preußen sank dann der deutsche Bevölkerungsanteil und hielt sich seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bei etwa 38 %. Besonders stark war das Polentum der Provinz Posen im Süden und Osten des Landes vertreten. Während sich im Nordteil, also im Regierungsbezirk Bromberg, die Nationalitäten etwa die Waage hielten, herrschte im Süden und Osten, d. h. im Regierungsbezirk Posen, das Polentum mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 68 % vor.

Für die beiden Provinzen ist, was den prozentualen Anteil an der Bevölkerung betrifft, festzustellen, daß sich das Slaventum insgesamt (Polen und Kaschuben) im 19. Jahrhundert nicht nur gut behauptet hat, sondern darüber hinaus noch seine Position verbessern konnte, sich also eine andere Entwicklung der Nationalitätenverhältnisse als in Ostpreußen ergab.

Da es eine Sprachen- und Nationalitäten-Zählung für das Großherzogtum Posen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht gab, muß die Konfessionsstatistik interessieren, ohne damit verbindliche, sondern eher ziemlich ungenaue Rückschlüsse auf die erste zu ziehen. Nach dieser Konfessionsstatistik wurden für das Jahr 1825 gezählt: 65,6 % Katholiken, 28,1 % Protestanten und 6,3 % Juden. Da sich unter den Katholiken knapp 10 % Deutsche befanden, während die geringe Zahl polnischer Protestanten im Süden der Provinz nicht ins Gewicht fiel, kann man das Verhältnis mit allem Vorbehalt auf etwa 60 % Polen und 33,5 % Deutsche ansetzen, deren Anteil später durch den der Juden verstärkt wurde¹³⁾.

13) Vgl. Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 375, Anm. 30).

Alarmierend wirkten die statistischen Erhebungen für das Jahr 1871, die erstmals einen Rückgang des bis dahin im langsamen Anstieg befindlichen Anteils der Deutschen an der Bevölkerung der Provinz Posen zeigten. Im Jahr 1860 hatte eine erste amtliche Erhebung noch 44,4 % Deutsche bei einer Gesamtbevölkerung von rund 1,4 Millionen ergeben. Dieses Ergebnis wurde von Rhode meines Erachtens mit Recht angezweifelt¹⁴⁾, denn aufgrund der Konfessionsstatistik ergaben sich im Jahr 1864 bei Zugrundelegung der oben genannten Berechnung bei restloser Zurechnung der jüdischen Bevölkerung zu den Deutschen günstigenfalls 43 %, im Jahr 1871 aber nur noch knapp 41 %. Nach den bei Manteuffel-Szoege aufgrund von deutschen und polnischen Quellen aufgeführten Prozentzahlen¹⁵⁾ ergaben sich für den deutschen Anteil an der Gesamtbevölkerung in den Provinzen Posen und Westpreußen:

a) deutsche Angaben

in Posen:		in Westpreußen:	
1816	39,9 %	1825	67,8 %
1846	38,8 %	1858	69,1 %
1861	45,4 %	1900	65,1 %

b) polnische Angaben (vgl. Buzek, a.a.O.)

in Posen:			
1816	65,7 % kath.	28,0 % ev.	6,3 % mos.
1831	64,3 % "	28,9 % "	6,7 % "
1867	62,5 % "	32,0 % "	4,3 % "
1890	66,5 % "	31,0 % "	2,5 % "

in Westpreußen:			
1816	46,0 % kath.	51,8 % ev.	2,2 % mos.
1831	46,8 % "	51,1 % "	2,1 % "
1858	46,8 % "	50,9 % "	2,3 % "
1871	48,8 % "	49,2 % "	2,0 % "
1890	50,0 % "	48,5 % "	1,5 % "

14) Vgl. Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 420

15) Vgl. Manteuffel-Szoege, a.a.O., S. 231; vgl. dazu auch Buzek, a.a.O., S. 542 ff. und 552 ff.

In Schlesien besaß, von den Regierungsbezirken Liegnitz (Niederschlesien) und Breslau (Mittelschlesien) abgesehen¹⁶⁾ die polnischsprachige Bevölkerung im Regierungsbezirk Oppeln (Oberschlesien) die Mehrheit, aber ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank allmählich. Hatte er in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch etwa 60 % betragen, so betrug er im Jahre 1900 nur noch etwa 53 %. Bis zur Jahrhundertwende hatten in den oberschlesischen Städten die Polnischsprachigen die Mehrheit verloren¹⁷⁾. So mit vollzog sich in Oberschlesien ein ähnlicher Prozeß wie in Ostpreußen, wenn auch nicht mit der gleichen Schnelligkeit und dem gleichen Ausmaß. Eine Ähnlichkeit zwischen den oberschlesischen und ostpreußischen Verhältnissen bestand vor allem darin, daß die politisch-staatliche Verbindung mit Polen in beiden Fällen nicht von langer Dauer gewesen ist, denn Schlesien hatte sich bereits im 14. Jahrhundert durch den Vertrag von Trentschin (am 24. August 1335), in dem Kasimir II. von Polen auf Schlesien verzichtet hatte, vom polnischen Staat gelöst, und Ostpreußen hatte im Laufe seiner Geschichte nur für zwei Jahrhunderte unter polnischer Oberhoheit gestanden.

Geht man davon aus, daß Preußen mit seinen Gesamterwerbungen aus den drei polnischen Teilungen in den Jahren 1772, 1793 und 1795 insgesamt 2,5 (2,7) Millionen neuer Untertanen polnischer Nationalität erhalten hat¹⁸⁾ und sich diese Zahl bis zum Zählungsjahr 1816 kaum verändert haben dürfte¹⁹⁾, so ergibt sich für das Jahr 1816 folgender Bevölkerungsanteil für Preußen:

-
- 16) In jedem der Bezirke betrug der Anteil der Polen unter 1 %, bzw. im Jahre 1861 nur ca. 3 %.
 - 17) Im Jahre 1910 war dort die Bevölkerung schon zu 70 % deutschsprachig.
 - 18) Fechner, a.a.O., S. 27 bis 29; statistische Angaben der Historia Polski, a.a.O., mit abweichenden Werten in Klammern; vgl. auch Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 106.

Deutsche Einwohner: 10.349.031, davon etwa 2.500.000 (2.700.000) Polen (einschließlich Masuren und Kaschuben). Im Zählungsjahr 1861 mit 18.491.220 deutschen Einwohnern²⁰⁾ und seinen auf rund 14 % geschätzten polnischen, masurischen und kaschubischen Bevölkerungsteilen²¹⁾ blieb sich mithin der slawische Anteil ungefähr gleich, d. h., daß er sich um höchstens 100.000 Einwohner erhöht haben dürfte. Für das Jahr 1876 führte der Geh. Oberjustizrat von Schelling (Preußisches Justizministerium) in einem Gesetzentwurf folgendes aus²²⁾: "Die Bevölkerung des preußischen Staates gehört in weit überwiegendem Maße der deutschen Nationalität an; das Staatsgebiet umfaßt nur etwa 12 Prozent Nichtdeutsche..., von denen jedoch eine große Anzahl der deutschen Sprache, welche überall einen obligatorischen Unterrichtsgegenstand der Elementarschule bildet, mehr oder minder kundig ist". Wie Hubatsch²³⁾ dazu bemerkt, sind noch im Jahr 1890 diese Zahlen, die das Nationalitätsverhältnis deutlich machen, nahezu die gleichen geblieben, d. h. 26,5 Millionen Einwohner Preußens nehmen in sich 3,6 Millionen (= 13,6 %)²⁴⁾ Menschen auf, "die auch andere Sprachen gebrauchen, jedoch der deutschen Sprache in Rede und Schrift in weit- aus größer Zahl vollkommen mächtig sind". Mit Recht fügt Hubatsch hinzu, "daß hier keine nachträglichen Perspektivenverschiebung zugunsten eines angeblichen preußischen Nationalitätenstaates einsetzen" darf, weil eben diese zugunsten der deutschen Sprache vertretene Ansicht durchaus

19) Vgl. Rogmann, a.a.O., S. 196.

20) Vgl. ebenda

21) Vgl. Schoeps, Preußen, Bilder und Zeugnisse, a.a.O., S. 10.

22) Zitiert bei Schieder, Das Deutsche Kaiserreich, a.a.O., S. 110; siehe auch Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, a.a.O., S. 643.

23) Hubatsch, ebenda, S. 643/644.

24) Derselbe, ebenda, mit allerdings unrichtiger Angabe von nur 12 %.

der Situation entsprach, "zumal die nichtamtliche Sprache jedem Einwohner für den privaten Gebrauch durchaus überlassen blieb"²⁵⁾.

Was die von deutscher Seite aus betrachtete preußisch-polnische Situation im 19. Jahrhundert betrifft, die bei dieser bevölkerungsstatistischen Darlegung nur am Rande gestreift werden soll, so erscheint es aber in ganz besonderer Weise anschaulich, einem Reisebericht Heines²⁶⁾ aus dem Jahre 1822 folgende Schilderung über die Bewohner der "preußisch-polnischen Städte" (gemeint ist offenbar Posen) folgendes zu entnehmen:

" Es ist ein Mischvolk von preußischen Beamten, ausgewanderten Deutschen, Wasserpolen, Polen, Juden, Militär usw. Die preußischen Beamten fühlen sich von den polnischen Edelleuten nicht eben zuvorkommend behandelt. Viele deutsche Beamte werden oft ohne ihren Willen nach Polen versetzt, suchen aber sobald als möglich wieder heraus zu kommen; andere sind von häuslichen Verhältnissen in Polen festgehalten. Unter ihnen finden sich auch solche, die sich darin gefallen, daß sie von Deutschland isoliert sind, die sich bestreben, das bißchen Wissenschaftlichkeit, das sich ein Beamter zum Behuf des Examins erworben haben mußte, so schnell als möglich wieder auszugähnen; die ihre Lebensphilosophie auf eine gute Mahlzeit basiert haben, und die bei ihrer Kanne schlechten Bieres geifern gegen die polnischen Edelleute, die alle Tage Ungarwein trinken und keine Aktenstöße durchzuarbeiten brauchen. Von dem preußischen Militär, das in dieser Gegend liegt, brauche ich nicht viel zu sagen. Dieses ist, wie überall, brav, wacker, höflich, treuherzig und ehrlich. Es wird von dem Polen geachtet, weil dieser selbst soldatischen Sinn hat und der Brave alles Brave schützt; aber von einem näheren Gefühl ist noch nicht die Rede. "

Zu diesem Bericht Heines ist, was seine Authentizität betrifft, immerhin festzustellen, daß seine "Reisebilder" von der französischen Zeitung "Le Temps" in der Ausgabe vom 21. Juni 1834 als solche einer "poetischen Berühmtheit" enthusiastisch gewürdigt wurden²⁷⁾.

25) Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, a.a.O., in Abweichung von Schieder, a.a.O., S. 33 ff.

26) Heine, Sämtliche Werke, a.a.O., Bd. IV "Über Polen" (geschrieben im Herbst 1822), S. 181 ff., insbes. S. 196.

27) Vgl. derselbe, Briefe, Gesamtausgabe, a.a.O., Bd. V, S. 117; Schoeps, Neue Quellen zur Geschichte Preußens, S. 155/156.

2. Masuren

Masuren und das südliche Ermland²⁸⁾ bildeten zusammen den südlichen Teil der Provinz Ostpreußen und dehnten sich in einer Länge von ungefähr 200 km und einer mittleren Breite von 60 bis 70 km nördlich der polnischen Grenze aus. Der Name Masuren ist erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein gebraucht worden. Dem Sprachgebrauch nach gilt Masuren bald als topographischer, bald als ethnographischer Begriff, zuweilen aber auch als Mischung von beiden. Seit jeher hat ein Land Masowien zum Königreich Polen gehört, dessen Bewohner, die Masuren, den Polen durch Herkunft, Sprache und Sitte, verwandt und durch ihre Geschicke mit denselben verbunden sind. Dieses Masowien ist niemals, wie das preußische Masuren, sondern immer nur Masowien oder auch Masau genannt worden²⁹⁾. Für die historische Betrachtung soll darauf hingewiesen sein, daß schon seit dem 14. Jahrhundert von der polnischen Bevölkerung, wenn auch nicht unterschieden nach Polen und Masuren, gesprochen wird. Töppen erinnert z. B. daran³⁰⁾, daß schon im Jahre 1540 dem Hochmeister in polnischer Sprache gehuldigt - und in den Jahren 1506 und 1507

28) Das Ermland unterschied sich durch seine katholische Bevölkerung von den evangelischen Masuren, die wie eine Gürtelzone das Ermland umgaben und es von der polnischen Grenze trennten. Die Südostgrenze des Ermlandes war bereits im Jahre 1374 festgelegt und zu Beginn des 15. Jahrhunderts deutsch besiedelt. Der weiter südöstlich anschließende Grenzstreifen erfuhr im 15. Jahrhundert eine dünne deutsche Besiedlung; auch sind deutsche Siedler vom Deutschen Orden dorthin verpflanzt worden, ferner christliche Einwanderer aus dem Kulmerland und dem benachbarten Masowien. Dieses Deutschordens-Territorium hat niemals staatlich zu Polen gehört; vgl. Wittschell, a.a.O., S. 3; Hein, Die Masuren, a.a.O.

29) Vgl. Töppen, Geschichte Masuren, a.a.O., Einleitung III bis VII und ff.

30) Vgl. ebenda,

auf "etliche Aemter" des damaligen Ordenslandes (dem Westpreußen nicht mehr angehörte), "die fast eitel Polen zu Unterthanen" haben, hingewiesen worden ist. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde zwar zwischen der masurischen und polnischen Bevölkerung des herzoglichen Preußens unterschieden. Die Namen "Polen" und "Masuren" wurden jedoch stets so angewandt, daß sie zugleich Einwohner des Herzogtums Preußen und des Königreichs Polen waren.

Seit 1815 begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der völkischen Verhältnisse Masurens und des südlichen Ermlands sich vorzubereiten, der, wie es Wittschell betont herausstellt³¹⁾, "im Laufe der weiteren Jahrzehnte ... von geradezu umwälzender Bedeutung" gewesen ist. Wie vor dreihundert Jahren vollzog sich, wenn auch unter veränderten Umständen, ein Assimilationsprozeß mit der Bevölkerung dieses Landes. Diesmal sind jedoch die Rollen vertauscht. Das Deutsche ist das "assimilierende und das Masurische das rezipierende Element". Das grundsätzliche Erscheinungsmerkmal dieses Umwandlungsprozesses, der sich auch in den veränderten Methoden in Verwaltung, Wirtschaft und Verkehr zeigte, war überall die Ausbreitung der deutschen Sprache, wenn auch mit unterschiedlicher Wirkung, je nach den zeitlichen und örtlichen Umständen.

Der Name "Preußisch Masuren" (als Gebietsbezeichnung gegenüber dem des Ermellandes) tritt 1817 auf³²⁾. Wenn andererseits von "Polnisch Masuren" die Rede ist³³⁾, so soll damit sinnähnlich ebenfalls das "Preußische Masuren" gemeint sein, da weder die eine noch die andere Ausdrucksweise den Sachkern traf. Schließlich war

31) Vgl. Wittschell, a.a.O., S. 19.

32) Vgl. Rosenwall, a.a.O., S. 207.

33) Vgl. Beiträge zur Kunde Preußens, a.a.O., Bd. 1, S. 12.

weder die Zugehörigkeit des Landes zu Preußen noch die Stammverwandtschaft der Einwohner mit den Polen zweifelhaft, so daß man rechtens nur von "Masuren" sprechen konnte.

Als im Jahre 1818 die neue Kreiseinteilung erfolgte, herrschte wenig Klarheit und Übereinstimmung, in welchem Umfang dem südöstlichen Preußen dieser Name zukommen sollte. Wertet man die verschiedenen, sich zum Teil stark unterscheidenden Auffassungen aus³⁴⁾ und faßt man den Namen Masuren in seiner ethnographischen Bedeutung auf, interessiert die Fragestellung, ob und inwieweit die polnische Bevölkerung des Ermellandes zu den Masuren oder zu den Hochpolen zu rechnen ist. Eine solche Feststellung zu treffen, ist sehr vage. Die Fragestellung allein läßt aber die Vermutung zu, daß sich im Ermelland Masuren und Polen der hochpolnischen Zunge miteinander vermischt haben können³⁵⁾.

Was den masurischen Dialekt angeht, fehlt es hierfür auch heute noch an einer abschließenden wissenschaftlichen Auswertung³⁶⁾.

War die polnische Nationalität, worauf bereits hingewiesen wurde, schon im 14. und 15. Jahrhundert sehr stark vertreten, so war andererseits die nationale Abneigung zwischen Deutschen und Polen damals - und selbst noch in der Zeit des Gedankens an eine preußisch-polnische

-
- 34) Vgl. zu den verschiedenen Meinungen:
Rosenwall, a.a.O., S. 211; Rosenheyn, a.a.O., S. 79; A.E. Preuß, Preußische Landes- und Volkskunde, a.a.O., S. 232.
- 35) Leo, a.a.O., S. 496.
- 36) Vgl. Rosenwall, a.a.O., S. 210;
Rosenheyn, a.a.O., S. 90 (beide in abwertender Weise);
Preuß, A.E., a.a.O.;
vgl. auch Pisanski, a.a.O., S. 106.

Union³⁷⁾, welche Preußen im Jahre 1806 die Krone Polens zu bringen suchte - noch keinesfalls von solcher politischen Bedeutung als das territoriale Interesse. Erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts (und besonders infolge des Thorner Friedens³⁸⁾) fing die nationale Abneigung an zu wirken, ohne doch die polnische Einwanderung auszuschließen. Die bevorzugte Nationalität war, wie im Ordensstaate überhaupt so auch in Masuren, die deutsche³⁹⁾. Hatten die Deutschen hier hinter den Preußen und Polen zahlenmäßig zurückgestanden, so beherrschten sie jedoch den Ackerbau und die Landeskultur; in ihren Händen lagen Handel und Gewerbe. Sie nahmen auch überwiegend Einfluß auf die Verwaltung und auf die öffentlichen Angelegenheiten durch das besondere Vertrauen, das ihnen der Orden schenkte, und durch die Ämter, die er ihnen verlieh.

Ein besonderes Kriterium für das Polnische und Masurische voneinander eher Trennende als Vereinigende ist die Sprachenfrage.

Für die masurischen Elementarschulen war es im 19. Jahrhundert eine Lebensfrage, inwieweit in diesen die deutsche Sprache Unterrichtssprache sein sollte. Bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts war von Unterricht in der deutschen Sprache oder deren Anwendung im Unterricht in anderen Lehrfächern kaum die Rede gewesen. Schon 1804 erging eine Verordnung der ostpreußischen Kriegs- und Domänenkammer, daß niemand als Schulmeister vorgeschlagen werden sollte, der nicht so viel deutsch verstehe, daß er

-
- 37) Fürst Anton Radziwiłł, verheiratet mit der Hohenzollernprinzessin Luise von Preußen, hatte 1796 für den Gedanken einer preußisch-polnischen Union gewonnen.
- 38) Erster Friede zwischen dem Deutschen Orden und Polen vom 1. 2. 1411.
- 39) Vgl. Töppen, Geschichte Masurens, a.a.O., S. 118.

wenigstens schreiben, lesen und das Gelesene verstehen könne⁴⁰⁾. Eine weitere Verordnung der geistlichen und Schuldeputation der königlichen Regierung von Ostpreußen vom 31. August 1811 beschränkte sich darauf, daß die Kinder deutscher Eltern in deutscher Sprache informiert werden sollten, die Polen jedoch nur dann, wenn sie dazu Neigung hätten oder ihre Eltern es begehrten⁴¹⁾. Auch die Resolution der königlichen Regierung zu Königsberg vom 11. Februar 1830 verlangte nur, daß in jeder Schule wenigstens eine, und - wo es angehe - zwei und mehrere Stunden dazu verwendet würden, die Schüler mit dem Deutschen bekanntzumachen⁴²⁾. Ganz anders lautete die am 22. Mai 1832 - also nach der polnischen Revolution und ohne Zweifel unter deren Einwirkung - erlassene Verordnung derselben Behörde⁴³⁾, in den polnischen Schulen mindestens 8 Stunden wöchentlich der deutschen Sprache zu widmen. Am weitesten ging die Instruktion der königlichen Regierung zu Gumbinnen vom 25. Juni 1834⁴⁴⁾, die bestimmte: "Alle Schulkinder, ohne Ausnahme und ohne Rücksicht darauf, welche Sprache sie zu Hause hören und sprechen, müssen Unterricht in deutscher Sprache und im deutschen Sprechen erhalten, und zwar sollen in Schulen von einer Klasse in der untersten Abtheilung mindestens 12, in der mittleren mindestens 8 Stunden in der oberen (wo dann der synthetische, grammatische Unterricht seine Stelle findet), mindestens 6 Stunden wöchentlich auf diesen Gegenstand regelmäßig verwendet werden."

Die Polenfreunde waren über diese Verfügungen auf das äußerste entrüstet. Einer von ihnen schrieb im Jahre

40) Vgl. Gisevius, a.a.O., S. 145 ff.

41) Ebenda

42) Ebenda, S. 151.

43) Ebenda, S. 155.

44) Ebenda, S. 1 ff.

⁴⁵⁾
1842: "Hatte das heilige Erbgut unserer Masuren die polnische Muttersprache schon seit geraumer Zeit über so manche negativ zugefügte Unbill zu klagen gehabt, so steigerte sich seit etwa zehn Jahren diese Unbill bis auf den höchsten positiven Grad. Die üble Behandlung des polnischen Elements bestand früher mehr in einem stiefmütterlichen Verhalten, in unverzeihlicher Vernachlässigung des speziellen Bedürfnisses unserer polnischen Gemeinden, in völligem Unbekümmertsein um die sprachliche Befähigung der Seelsorger, welche zu diesen Gemeinden gesandt wurden, so daß es deren Manche gab und noch giebt, die das Polnische schmähschändlich radebrechen. Seit einer Reihe von Jahren aber ist man zu einer vollkommenen Mißhandlung jenes Volkselements, ja, zur absichtlichen, planmäßigen, bald offen erklärten, bald versteckt erzielten Ausrottung der polnischen Sprache fortgeschritten." Solchen Polenfreunden gegenüber versuchten "dienstbeflissene" Verteidiger der Regierungsmaßnahmen, denen es offenbar eben so sehr an gründlicher historischer Kenntnis wie an der Kenntnis der masurischen Sprache und der nötigen Achtung vor der volkstümlichen Überlieferung fehlte, nachzuweisen, daß in Masuren eine verhältnismäßig viel stärkere deutsche Bevölkerung früherer Zeit von der polnischen mehr und mehr überflügelt-, daß an der ersteren durch die Versäumnis aller Pflege des Deutschen in hohem Grade gesündigt worden- und, daß das Masurische nichts als eine "verderbte Mischsprache" sei ⁴⁶⁾. Wahrhaft erschreckend ist jedoch die folgende aggressive Darstellung in einem vielgebrauchten Elementarbuch ⁴⁷⁾, wo es unter anderem heißt: "Es ist ebenso falsch,

45) Königsberger Hartungische Zeitung 1842, Nr. 117, abgedruckt bei Gisevius, a.a.O., S. 49 ff.

46) Aufsatz: Das deutsche Element in Masuren; Königsbergische Hartungische Zeitung 1842, Nr. 127, ebenfalls abgedruckt bei Gisevius, a.a.O., S. 52 ff.

47) Vgl. Heinel, a.a.O., 6. Auflage, S. 9; 14. Auflage, S. 5.

als abgeschmackt, daß man heute zu Tage die beiden Landschaften Sudauen und Galindien⁴⁸⁾ mit dem Namen Masuren zu bezeichnen pflegt. Nie haben diese Landschaften zu Masuren oder zu Masovien gehört, und wenn die polnische Sprache in diesen Gegenden leider (!) noch immer die vorherrschende ist, so ist diese klägliche Erscheinung nur aus der Grenznachbarschaft mit Polen zu erklären. Es wäre übrigens wohl an der Zeit, daß die Bewohner Sudauens und Galindiens aufhörten, sich selbst Masuren zu nennen, ein Name, der sie wahrlich nicht ehrt, und daß sie endlich der edlen deutschen Sprache vor der traurigen slavischen Mundart, in welcher sie reden, den verdienten Vorzug geben möchten." Das Entscheidende in den Auffassungen und Urteilen der Masurenfreunde und -feinde ist jedoch, auch wenn man in dem vorgenannten Ausdruck, "das heilige Erbgut der Masuren", das Kriterium für die Erhaltung der Nationalität sieht, daß die Masuren, die zwar von der polnischen Nation staatlich, kirchlich, in sozialer Beziehung und dialektisch getrennt sind, an den Segnungen der Kulturentwicklung des Staates, in dem sie leben, an dem sie teilnehmen und nicht des "heiligen Erbgutes" ihrer Sprache entrissen wurden, erst durch den Gebrauch der anderen Sprache in das "Heiligtum höherer Kultur" eingeweiht worden sind⁴⁹⁾.

Um die Mentalität der Masuren deutlich zu machen, soll - wenn auch nicht unmittelbar zur Darstellung hierher gehörend - die Äußerung eines Predigers aus der Gegend der Johannisburger Haide wiedergegeben werden, der nach zwanzigjähriger Amtsführung im Jahr 1814 über seine Gemeindemitglieder folgendes gesagt hat:⁵⁰⁾

48) Die alte Landschaft Galindien und ein kleiner Teil von Sudauen machten Masuren in seiner räumlichen Ausdehnung aus.

49) Vgl. Töppen, Geschichte Masuren, a.a.O., S. 476 ff.
50) Rosenwall, a.a.O., S. 209 ff.

" Die Masuren sind sparsam, ernsthaft, mäßig, standfest und fleißig; aber auch halsstarrig, mißtrauisch, eigennützig und eigenwillig. Sie haben wenige und nicht heftige Leidenschaften, werden nicht leicht gereizt und selbst ihre Freude hat nicht das lachende Gewand ihrer Nachbarn, der deutschen Preußen. Ihr Fleiß schützt sie vor Mangel, aber er wird ihnen nie die Quelle des Reichthums, denn er wird nie durch den Wunsch, ihren Zustand zu verbessern, angespornt; der schlechte Boden, dem sie nur einen kümmerlichen Erfolg abtrotzen können, macht sie eigennützig, doch betrügen sie nie. Heiraten aus Liebe gehören bei ihnen unter die Seltenheiten; der Bräutigam sieht zuerst auf den Spinnrocken seiner Braut, und findet er da einen gut gesponnenen Faden, dann auf ihr Gesicht. In der Ehe sind sie verträglich, aber nie zärtlich; Ausschweifungen sind beinahe unerhört. Sie halten auf alte Sitten und auf alte Gewohnheiten, und jeder Versuch, sie für etwas gutes Neues empfänglich zu machen, ist vergebens. Sie stehen nun schon so viele Jahrhunderte unter einer deutschen Regierung, aber doch sprechen sie noch nicht deutsch, obgleich ihre Sprache ein so elendes Gemengsel ist, daß selbst die nächsten Nachbarn sie nicht verstehen. Nächst dem Könige, von dessen Würde und Macht sie aber nur sehr dunkle Begriffe haben, sind ihnen der Pfarrer und der Amtmann die vornehmsten Personen in der Welt. Diesen geben sie ihre Abgaben sehr richtig, aber keinen Heller darüber, und nicht die ausgezeichneteste Gefälligkeit kann sie zu dem geringsten Geschenke vermögen. Von Verläumdungen und Lügen wissen sie ebenso wenig, wie vom Stehlen; Gefälligkeiten und Liebesdienste sind ihnen aber ebenso fremd. "

Von einem Pfarrer Bolck in Friedrichshof aus dem Neidenburger Kreis, der mit besonderer Vorliebe von den Masuren spricht, erfahren wir aus dem Jahr 1818 noch als zusätzliche Merkmale der Masuren⁵¹⁾, daß sie sehr heimatlich verbunden sind:

" Sie fühlen, wenn sie ins Ausland kommen, sehr schmerzlich Heimweh und eilen, wenn sie können und dürfen, die schönsten Gegenden zu verlassen, um ihre Sand- und Grandberge zu erreichen. Düstere Augen, melancholische Gesichter, herabhängende Köpfe, sieht man hier nicht leicht... Offenheit, Höflichkeit, Gastfreiheit sind diesem Völkchen eigen. Von Hinterlist, Heimtücke, Rachsucht findet man nicht leicht ein Beispiel. "

51) Siehe Beiträge zur Kunde Preußens, 1818, Bd. 1, S. 331/332.

Den Masuren wird als charakteristische Eigenschaft auch noch eine gewisse Pfiffigkeit, "rozryski" genannt (daher wahrscheinlich der mundartliche Ausdruck: Grippe) zugeschrieben, womit offenbar gemeint sein soll, daß dem Masuren ein durch Pfiffigkeit errungener Vorteil noch lieber als ein erarbeiteter sei⁵²⁾. Kirchlich gehören die Masuren, bis auf wenige Ausnahmen, der evangelischen Konfession an, haben aber aus den Zeiten des Katholizismus und aus den Zeiten davor des Heidentums noch viel Gewohnheiten und Vorstellungen beibehalten⁵³⁾. In statistischer Sicht⁵⁴⁾ belief sich die Einwohnerzahl in den masurischen Kreisen Angerburg, Goldap, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Oletzko und Sensburg für die Jahre:

1818 auf	146.403
1837 auf	212.338
1861 auf	272.197
1864 auf	287.186.

In dem zum Regierungsbezirk Königsberg gehörenden Kreis Ortelsburg belief sich die Einwohnerzahl für die Jahre

1820 auf	32.123
1848 auf	48.408
1858 auf	50.531
1864 auf	58.979.

Interessant ist dabei die folgende Aufgliederung für das Jahr 1837, die - den Kreis Ortelsburg ausgenommen - auf die übrigen genannten Kreise bezogen, folgendes Bild ergibt:⁵⁵⁾

52) Vgl. Töppen, Geschichte Masurens, a.a.O., S. 495.

53) Vgl. derselbe, Aberglaube aus Masuren, a.a.O.

54) Die Angaben für 1818 und 1837 entstammen der "topographisch-statistischen Übersicht des Regierungsbezirks Gumbinnen" von Meyer 1838; für 1861 aus Kühnasts "Statistische Mittheilungen über Litauen und Masuren" 1863; für 1864 aus G. Neumann, Geographie des Preußischen Staates, 1868, S. 273 ff.

55) Vgl. bei Meyer, a.a.O. - Die Zahl der Deutschen und Polen für das Jahr 1837 ist auch in dem "Gumbinner Intelligenzblatt für Litauen", 1842, Nr. 67 genannt, stimmt aber nicht mit der von Meyer angegebenen überein.

Polen	140.670
Deutsche	67.953
Litauer	<u>3.715</u>
insgesamt	212.338,
davon wiederum	
Evangelische	207.202
Römisch-Katholische	3.747
Griechisch-Katholische	911
Juden	478

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß sich das Verhältnis der Gesamteinwohnerzahl Ostpreußens im 19. Jahrhundert zuungunsten der Masuren erheblich verschoben hat. Betrug die masurische Bevölkerung, einschließlich der nur deutschsprachigen Bewohner, im Jahre 1816 (1818) noch 25 v. H. der Gesamtbevölkerung der Provinz, so war sie bis zum Jahre 1871 um rund 150.000 angestiegen, während sich die Einwohnerzahl Ostpreußens insgesamt fast verdoppelt hatte (im Jahre 1890 : rund 1,96 Millionen). Der Anteil Masurens lag bei etwa 16 v. H. Innerhalb dieser Zahlen hatte sich bereits eine Verschiebung zugunsten der deutschen Sprache vollzogen, die allerdings seit 1870, vermehrt durch die zunehmende Erschließung des Landes, durch den Verkehr und das Anwachsen der Städte erfolgte. Wenn man einmal von dem Zeitraum zwischen 1815 bis 1871 absieht, um die Sprachentwicklung statistisch zu verfolgen, so hat von 1831 bis 1910 die Bevölkerung mit masurischer Sprache von 86 % auf 46 % abgenommen, wobei lediglich in den Kreisen Ortelsburg, Johannsburg und Neidenburg die masurische Muttersprache die deutsche Sprache, wenn auch nur geringfügig, überwogen hat⁵⁶⁾. 1890 wurde deshalb festgestellt, daß das masurische Volk vor dem

56) Vgl. Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen, a.a.O., S. 648.

Untergehen im Deutschtum steht, mit dem es in inniger Verbindung ist⁵⁷⁾. Diese Feststellung entsprach den Tatsachen, denn die Masuren fühlten sich politisch, kulturell, wirtschaftlich und religiös als ein besonderer Volksstaatsverband, dem Deutschtum innerlich als ganz zugehörig⁵⁸⁾. In immer wiederholten zeitgemäßen Wendungen wird die Heilmattreue, Staatsgesinnung und der Stolz der Masuren auf ihre Zugehörigkeit zu Preußen (und nach 1871 auch zum Deutschen Reich) betont⁵⁹⁾, so daß, was die später noch darzustellende Schulpolitik der preußischen Regierung betrifft, mit Jablonowski festgestellt werden kann⁶⁰⁾, daß "ohne die innere Bereitschaft der Masuren, völlig im Deutschtum aufzugehen, ... die Schulpolitik der preußischen Regierung im Süden Ostpreußens genauso ohne Einfluß auf das Nationalitätenverhältnis geblieben wäre wie in Posen-Westpreußen. Daß die Masuren sich dem preußischen Staat verbunden fühlten und den politischen Unternehmungen der Polen völlig fernstanden, trat deutlich in den Jahren 1830/31, 1846, 1848 und 1863 in Erscheinung, als die Masuren keinerlei Sympathie für die polnischen Aufstände zeigten, geschweige denn die Aufständischen zu unterstützen versuchten".

57) Vgl. Ambrassat, a.a.O., S. 184.

58) Vgl. Wittschell, a.a.O., S. 25.

59) Vgl. Jablonowski, a.a.O., S. 7.

60) Ebenda, S. 7.

3. Kaschuben

Lorentz⁶¹⁾ beschreibt das Land der Kaschubei in anschaulicher Weise wie folgt: "Die Kaschubei umfaßt den östlichen Teil der pommerschen Seenplatte. Nach Westen fehlte eine scharfe Grenze, sowohl geographisch wie ethnographisch. Nach Norden erstreckt sie sich bis zum Meer, nach Osten bis an die Danziger Niederung, nach Süden bilden die Wälder der Tucheler Heide ihren Abschluß. Die Mitte ist ein hochgelegenes Hügelland, das im Norden bis an das breite Tal der Rheda und Kielau reicht. Jenseits desselben erheben sich inselartig die sogenannten Kämpen, die Oxhöfer Kämpen zwischen den Unterläufen der Kielau und Rheda und nördlich der letzteren, allmählich nach Westen zum Harnowitzer See hin sich senkend, die zum größten Teil vom Darsluber Forst bedeckte Putziger Kämpen, deren nordöstlichen Teil das Bielawabruch und die sumpfige Plutnitzniederung als Schwarzauer Kämpen abtrennen. Diese setzt sich nach Südosten fort in die schmale, 35 Kilometer weit ins Meer hineinragenden Halbinsel Hela, die den Abschluß der Danziger Bucht bildet. Unmittelbar an diese reicht das kaschubische Höhenland nördlich Kielau in der großartigen Steilküste von Adlershorst, dann tritt es etwas von der Küste zurück, erhebt sich nochmals in dem an seinem Rande aufragenden Karlsberg bei Oliva und im Hagels- und Bischofsberg bei Danzig zu ansehnlicher Höhe, um in einem südlichen Teil den Charakter einer sich allmählich senkenden Ebene anzunehmen. Nach Westen zu bleibt das Land vom Turmberg aus bis in den Bütower Kreis hinein hügelig, dann wird es ebener und senkt sich dem Meere zu."

61) Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 7.

Die Kaschuben sind ein slawischer Volksstamm und bilden mit den Polen zusammen den lechischen, d. h. den westlich der Oder ansässigen, Zweig der Westslawen, zu dem früher noch die ausgestorbenen slawischen Stämme in Pommern, Mecklenburg, Brandenburg, Holstein und Hannover gehörten, sowie deren weitere westslawische Stämme, die Lausitzer Sorben, die Tschechen und die Slowaken.

Die Frage nach der Stellung der Kaschuben zu den Polen ist rein wissenschaftlicher Art, die meines Erachtens nur aufgrund sprachlicher Kriterien entschieden werden kann. Bei dem langen und auch heftigen Streit um die Klärung dieser Frage haben nicht nur wissenschaftliche Gründe mitgesprochen. Nach dem Stand der Dinge muß die Feststellung gerechtfertigt erscheinen, daß das Kaschubische kein Dialekt des Polnischen ist, sondern als Ostpomoranisch zu dem Pomoranischen gehört, das einst in dem ganzen Lande zwischen Weichsel und Oder, zwischen Ostsee und der Netze-Warthe-Linie gesprochen wurde. Das Kaschubische ist aber im Verlauf der Geschichte schon früh unter den Einfluß des Polnischen geraten und hat viele seiner pomoranischen Eigentümlichkeiten zugunsten der polnischen aufgegeben und ist später in seinen südlichen Dialekten ganz polnisch geworden. Die Frage, wie sich das Kaschubische bzw. das Pomoranische zu den einst westlich der Oder gesprochenen lechischen Dialekten stellt, ist heute noch nicht beantwortet. Von diesen Dialekten ist z. B. das im Anfang des 18. Jahrhunderts ausgestorbene dravänische Polabisch (im Lüneburger Wendlande gesprochen) noch sehr unvollständig bekannt. Einem Vergleich stellt sich aber schon rein äußerlich die Schwierigkeit entgegen, daß das Polabische der westlichste, das Kaschubische aber der östlichste der in Frage kommenden Dialekte ist.

Das Sprachgebiet der Kaschuben umfaßte, als die Wissenschaft sich mit ihm gründlichst zu beschäftigen begann, die westpreußischen Kreise Putzig, Neustadt, Karthaus, den westlichen Teil des Kreises Berent, den nördlichen Teil des Kreises Bütow, sowie einige westliche Grenzortschaften der pommeranischen Kreise Stolp und Lauenburg. Die Nordgrenze bildet die Ostsee, die Südgrenze ist eine ungefähr von Danzig nach Konitz gezogene Linie, wobei - übrigens bis zum Jahr 1945 - nur zwischen Schönfließ/Schatarpi im Osten sowie Klonia im Süden die Polensiedlungsmäßig Nachbarn der Kaschuben waren⁶²⁾.

Was den Streit um die Stellung des Kaschubischen zum Polnischen angeht, so ist dieser allein durch den Vergleich der Sprachen zu entscheiden. Wenn man davon ausgeht, daß das Kaschubische ein Dialekt des einst umfassenderen Pomoranischen ist⁶³⁾, stellt sich die Frage, ob das Pomoranische ein Dialekt des Polnischen, oder ob es eine diesem gleichgeordnete Sprache ist. Da vom Pomoranischen aber nur das Kaschubische als östlichster, lebender Dialekt bekannt ist, der als Grenzdialekt gegen das Polnische große Ähnlichkeiten mit diesem aufweist, liegen die Verhältnisse für das eigentliche Pomoranische recht ungünstig. Im ganzen jedoch kann man, wie auch Breyer⁶⁴⁾ - Lorentz folgend - feststellen, daß das

62) Um 1900 war der Streifen kaschubisch-deutscher Nachbarschaft, welche durch deutsche Sprachinseln im Kaschubischen noch verstärkt wurde, am längsten.

63) An Karten, aus denen der Sprachbereich der Kaschuben abzulesen ist, sind zu nennen: Friedrich Lorentz, Karte der pomoranischen Dialekte nach dem Stande der Jahre 1906 bis 1910, in: Geschichte der pomoranischen (kaschubischen) Sprache, a.a.O.; Hans Harmsen, Das kaschubische Sprachgebiet aufgrund der statistischen Erhebungen 1910, in: Die Kaschubei, a.a.O.; Walter Geisler, Die Sprachen- und Nationalitätsverhältnisse an den deutschen Ostgrenzen und ihre Darstellung, a.a.O. (Ergänzungsheft zu Petermanns Mitteilungen 217).

64) Vgl. Breyer, a.a.O., S. 328/329.

Pomoranische und mit ihm das Kaschubische kein Dialekt des Polnischen ist, auch wenn eine nahe Verwandtschaft mit diesem besteht, sondern eine selbständige Stellung als eigene Sprache einnimmt⁶⁵⁾.

Was den Namen "Kaschuben" betrifft, so ist dieser nicht eindeutig. Aus der Vielzahl einschlägiger Untersuchungen und Veröffentlichungen hierzu⁶⁶⁾ bietet Lorentz die überzeugendste Erklärung an⁶⁷⁾. Indem er die bereits aus dem 13. Jahrhundert herrührende Etymologie verwirft, die den Namen aus der Bezeichnung der faltigen Tracht herleitet und die Frage offen läßt, ob die Träger des Namens ihn schon in alter Zeit geführt haben, stellt er die Tatsache heraus, daß in der Urkundensprache des 13. Jahrhunderts die heutigen Kaschuben nur Pomorani (Pommern, d. h. Meeranwohner) genannt werden, während unter Cassubia das Land um Belgard an der Pesante verstanden wird. Im 14. Jahrhundert wird dann der Name schon

65) Wie bei Breyer angegeben, wird diese Meinung nach langem, politisch bedingtem Schwanken auch von der polnischen Wissenschaft geteilt, so z. B. zusammenfassend Hanna Popowska-Taborska und Zuzanna Topolińska im Vorwort zum "Słowniczek kaszubski" von Labuda, a.a.O., S. 8. Andererseits fehlt es nicht an Versuchen, die eindeutige Aussage von Lorentz nachträglich ins Zwielficht zu stellen, so z. B. Nitsch, a.a.O., und vor allem Bielatowicz, a.a.O., der mit seiner Behauptung, daß das Kaschubische eine polnische Mundart sei (vgl. Wiadomości, Nr. 891 vom 28. 4. 1963), sehr bald den Widerspruch eines der letzten "Jungkaschuben", des heute in Beirut lebenden Pfarrers Kamil Kantak herausforderte (vgl. Wiadomości Nr. 906 vom 11. 8. 1963).

66) Vgl. Harmsen, a.a.O., S. 448 ff.; Breyer, a.a.O.; Bukowski, Regionalizm kaszubski, a.a.O.; Lorentz, Sprache und Volkstum der Kaschuben, a.a.O.; derselbe, Die Kaschuben, a.a.O.; derselbe, Geschichte der pomoranischen (kaschubischen) Sprache, a.a.O.; von Oppen, a.a.O., S. 157 bis 223.

67) Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 10.

vereinzelte für seine heutigen Träger gebraucht, der im 15. und 16. Jahrhundert bereits allgemein üblich ist. Mit Recht folgert meines Erachtens Lorentz, von der Überlegung ausgehend, daß es nicht verständlich sei, wie der Name im 14. oder 15. Jahrhundert hierher gekommen sein könnte, zumal für die Annahme, daß mit der zunehmenden Germanisierung Westpreußens im 13. Jahrhundert die von dort nach Ostpommern eingewanderten Slawen den Namen mitgebracht hätten, keine stichhaltigen Beweise vorliegen, daß das Volk sich schon früher mit ihm benannte. Wenn der Name in den damaligen Urkunden nicht erschienen sei, so nur deshalb nicht, weil der staatlich anerkannte Name des Landes Pomorania war, während Cassubia für das Land an der Pesante galt. Lorentz's Verdienst ist es auch, daß er wegen des später und bis in unsere Zeit anzutreffenden Schimpfnamens "Kaschube" darauf hingewiesen hat, daß sich ein solcher daraus erklärt, daß er von den deutschen Städtern, insbesondere den Danzigern, in der Bedeutung des deutschen Wortes "Bauer" in verächtlichem Sinn gebraucht wurde, daß aber bei den Kaschuben selbst der Name zu Ehren gekommen ist und nicht mehr als Schimpf empfunden wird.

Der Name "Pomorania" hatte, worauf Lorentz hinweist, eine weitere Bedeutung als der Name "Kaschubei". Dieser bezeichnete nur die von den Kaschuben bewohnten Gebiete, während jener auch die südlichen Gegenden bis zur Grenze der Kreise Schwetz und Tuchel umfaßte. Später ist für dieses Gebiet der Name Pommerellen entstanden, der dann auch gebräuchlich wurde, wenn auch für die älteste Zeit besser der Name Ostpommern verwendet werden sollte, so wie zu Beginn der historischen Zeit um das Jahr 1000 nachgewiesenermaßen alle Bewohner Ostpommerns pomoranschen Stammes waren⁶⁸⁾.

68) Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 44.

Auch Rhode⁶⁹⁾ sieht die Kaschuben als Reste der Pomoranen an. Nach seiner Ansicht ist die kaschubische Sprache dem Polnischen zwar verwandt, aber doch wie das untergegangene Elbslawisch eine eigene Sprache innerhalb des "lechischen" Zweiges der westslawischen Sprachen, zu dem auch das Polnische gehört. Seine Sonderstellung sei, nach Rhodes Meinung, keine böswillige Erfindung preußischer Beamter, sondern eine Frage der Slawistik. Ob sich aber nach Rhodes Auffassung ein wirkliches Nationalbewußtsein bei den Kaschuben nicht entwickelt hat, sondern nur ein "Regionalbewußtsein von wechselnder Stärke", scheint zweifelhaft. Bei Behandlung der westpreußischen Polenfrage und des kaschubischen Einflusses soll hierauf nochmals eingegangen werden.

In der allgemeineuropäischen Bewegung der nationalen Erweckung im 19. Jahrhundert⁷⁰⁾ schlugen auch die Kaschuben den Weg zur Volkwerdung ein. Doch sollte dieser Weg mit seinem Ziel bei ihnen einerseits am deutschen und polnischen Nationalstaatsgedanken und andererseits an den Zeitumständen einer sich sozial-kulturell stürmisch wandelnden Zeit, die beide einer Volkwerdung im kleinen entgegenstanden, scheitern. Was übrig geblieben ist und bis in die Jetztzeit hinein in vielfach spürbaren Impulsen nachwirkt, "ist das Bewußtsein einer aus Geschichte und Volkskultur, besonders aber aus der Sprache hergeleiteten Eigenart, die sich von den als andersartig empfundenen deutschen und polnischen Nachbarn deutlich abhebt, ferner das Streben im zentralistischen und vereinheitlichenden Staat und in einer nivellierenden Massengesellschaft eine Freistatt für ein eigenes national-kulturelles Leben zu bewahren"⁷¹⁾.

69) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 374.

70) Vgl. hierzu allgemein: Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa, a.a.O.

71) Breyer, a.a.O., S. 327/328.

Daß es den Kaschuben bis in das 19. Jahrhundert hinein nicht gelungen war, zu einer Entfaltung eines eigenen kaschubischen Nationalgefühls zu kommen, mag viele Gründe gehabt haben. Einmal ging den Kaschuben unter der polnischen Herrschaft, die erst mit der Ersten Teilung Polens im Jahr 1772 von der preußischen abgelöst wurde, der begüterte Adel völlig verloren, so daß sie schließlich nur noch aus wenigen begüterten Landadligen, die sich allerdings nach Bildung und Lebensweise kaum über den Bauernstand erhoben, aus städtischer Kleinbürgerschaft und mehr oder weniger leibeigenen Bauern bestanden⁷²⁾. Der wegen der gedrückten Lage der Bauern in polnischer Zeit entstandene Haß gegen den Adel, der Verlust der oberen Schichten an die Polen und nach Einzug der Reformation stellenweise auch an die Deutschen⁷³⁾, ferner der unterbliebene Versuch, in Pommerellen eine kaschubische Schriftsprache und eine alle Kaschuben verbindende Kultur zu schaffen, alles dieses kam noch hinzu, daß die Kaschuben nicht aus dem Stadium "triebhaften Nationalismus"⁷⁴⁾ herausgekommen sind, weil eben die Entstehung eines echten politischen Lebens immer wieder unterblieben ist.

War die polnische Zeit für die Kaschuben, insgesamt gesehen, eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation, in der von ihrem geistigen Leben nichts zu spüren war, so mußte die preußische Herrschaft für das nahezu geschlossenen bäuerliche Volk der Kaschuben eine Erlösung sein,

72) Vgl. Hellmann, Die litauische Nationalbewegung ..., a.a.O., S. 69 (dort werden die völlig gleichen Verhältnisse bei den Litauern aufgeführt.).

73) Andererseits kam es zur Kaschubisierung verstreuten katholischen Deutschtums, vgl. Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 116 ff.

74) Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa, a.a.O., S. 24.

als die bisherige soziale Bedrückung wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg erhoffen ließ. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Kaschuben daher treue Preußen im Sinne eines auf die Dynastie ausgerichteten konservativ-patriarchalischen Staatsgefühls⁷⁵⁾. Erst mit dem Eindringen nationalideologischer Elemente in den Raum deutsch-polnisch-kaschubischer Durchdringung kam im Zusammenwirken mit einem romantisch beflügelten Sprachbewußtsein eine kaschubische Bewegung auf. "Sie sah sich jedoch sogleich zwischen die deutsche und polnische Front gestellt, in eine Art Niemandsland, in dem das allmählich sich anbahnende politische Mündigwerden schließlich verdorren sollte"⁷⁶⁾.

Wichtiger als die philologische Entdeckung der Eigenständigkeit der kaschubischen Sprache, um die sich besonders Christoph Coelestin Mrongovius (1764 bis 1855) verdient gemacht hatte⁷⁷⁾, der kaschubischen Aufgeschlossenheit für Wissenschaft, Kunst und Politik, war für die kaschubischen Bestrebungen eine Reihe von geistigen Auseinandersetzungen. So wie sich in Westpreußen sowohl auf deutscher wie auch polnischer Seite die Beschäftigung mit der Landesgeschichte belebte, so konnten in dieser auch die Kaschuben ihren Platz beanspruchen. Allmählich entstand um sie eine "regionale wissenschaftliche Atmosphäre"⁷⁸⁾. Die geographische

75) Vgl. Czekanowski, a.a.O., S. 22 ff., wo dies unumwunden aus der Zeit des härtesten Nationalitätenkampfes zugegeben wird, wenn auch die Deutung für die Zeit nach 1850 entgegengesetzt ausfällt.

76) Vgl. Breyer, a.a.O., S. 334.

77) Bukowski, Regionalizm kaszubski, a.a.O., S. 7 bis 9. Mrongovius war seit 1798 in Danzig Pastor und Lehrer der polnischen Sprache. Aus herderischem Geist heraus fand er Interesse an den slawischen Sprachen in Preußen, so auch am Kaschubischen; vgl. auch unten S. 151, Anm. 176; Hahn, a.a.O., S. 7.

78) Bukowski, a.a.O., S. 67 ff.

Landeskunde, die Volkskunde und besonders die Sprachwissenschaft trugen dazu bei, daß sich die Kenntnisse von den Kaschuben vertieften. Aber noch etwas anderes kam hinzu: Hatte die Ausgangssituation der Kaschuben weitgehend der Verhältnisse bei kleinen Völkern - wie von Hroch⁷⁹⁾ untersucht und dargestellt - entsprechen, bei denen als beinahe rein bäuerliche Gesellschaft eine feudale oder bürgerliche Oberschicht ebenfalls fast vollständig fehlte, so wurde nach Hrochs Feststellungen die Entwicklung zur Nation bei diesen Völkern durchgehend mit einer Phase eingeleitet, die von wenigen gelehrten Männern ausging⁸⁰⁾. Diese begannen aus philologisch-antiquarischem Interesse, sich mit Sprache und Brauchtum des eigenen Volkes zu beschäftigen, woraus sich dann Ansätze für eine nationale Bewußtseinsbildung zeigten. Bei den Kaschuben gab hierfür der vorgenannte Mrongovius den Anstoß. Bei seiner Arbeit an einem polnisch-deutschen Wörterbuch wurde er auf die Besonderheiten des Kaschubischen aufmerksam. 1826 bereiste er die Kaschubei und sandte als wissenschaftliche Ausbeute die "Sammlung einiger kaschubischen Wörter, die nach polnischer Orthographie geschrieben sind und vom Polnischen abweichen", an die "Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde" in Stettin. So wurden wiederum deutsche Philologen und auch die Petersburger Akademie auf die Kaschuben und ihre Sprache aufmerksam⁸¹⁾. In der Folge dieser Bemühungen wurden die Kaschuben als "zunächst passives Element in den allgemeinen Nationalisierungsprozeß hineingezogen und gerieten in das Spannungsfeld der deutsch-polnischen Konfrontation"⁸²⁾. Bei dem von Anbeginn an und sich sogar steigend loyalen Verhältnis der Kaschuben zum preußischen

79) Hroch, a.a.O., S. 16 ff.

80) Ebenda, S. 24 ff. und S. 126.

81) Vgl. Bukowski, a.a.O., insbesondere S. 7 bis S. 43; bezüglich der Person Mrongovius' vgl. Majkowski, a.a.O., S. 249 ff.

82) Böhning, a.a.O.; Exkurs: Die kaschubische Frage.

Königshaus machte sich bei ihnen im Gegensatz zur polnisch-bäuerlichen Bevölkerung keine nationale Strömung bemerkbar, zumal negative Erinnerungen an die polnische Adelsherrschaft wach geblieben waren⁸³⁾. Als Sprache der katholischen Kirche hatte sich das Polnische in der Kaschubei dennoch behaupten und durch die im Jahr 1843 erlassenen Sprachbestimmungen für das Schulwesen darüber hinaus noch an Gewicht gewinnen können, so daß es für die Kaschuben in der mit dem Jahr 1848 eingeleiteten Auseinandersetzung der Nationalitäten gänzlich ungewiß war, welcher Seite sie sich zuneigen würden, sofern sich bei ihnen nicht noch eine eigene Nationalitätenbewegung entwickelte.

Von polnischer Seite war man lebhaft bemüht, die Kaschuben als polnischen Stamm zu reklamieren, der eine polnisch-bäuerliche Mundart sprach, wobei auch die gemeinsame historische Vergangenheit mit ihren Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen in Sprache und Brauchtum beschworen wurden⁸⁴⁾.

Der geographischen Landeskunde, der Volkskunde und insbesondere der Sprachwissenschaft im kaschubischen Raum galten neben Mrongovius auch die Bemühungen von Stefan Ramułt (1859 bis 1913)⁸⁵⁾, der - obwohl kein Kaschube, sondern aus Kleinpolen stammend -

83) Bukowski, a.a.O., S. 256.

84) Vgl. Skółka Narodowa (Nationalschule), Nr. 5/1848, Nr. 4 und 5/1849; Cieślak, a.a.O., S. 25 ff. und S. 87 ff.

85) Ramułt, Słownik języka, a.a.O.

zusammen mit Florian C e j n o w a (1817 bis 1881)⁸⁶⁾ die Eigenständigkeit der Kaschuben gegenüber den Polen am stärksten betonte und daher von polnischer Seite wegen der Tendenz, aus den Kaschuben ein besonderes Volk zu machen, heftigste Kritik erntete⁸⁷⁾. Inzwischen hatte auch die Einführung des Kaschubischen als Muttersprache in die preußischen Volkszählungen die kaschubische Bevölkerung zu Überlegungen und letztlich auch zu Entscheidungen veranlaßt. "Der kaschubische Drang nach Eigenständigkeit geriet sehr bald in Gefahr, als Ramm-block nationalpolnischer Politik gegen Preußen verwendet zu werden, wofür sich die Begründung anbot, daß die Bedrohung kaschubischen Volkstums allein vom preußischen Deutschland, niemals aber auch vom Polentum her zu sehen sei"⁸⁸⁾. Wie die Entwicklung in Westpreußen, worauf noch später einzugehen sein wird, gezeigt hatte, wurde es der polnischen Agitation nicht schwer gemacht, der kaschubischen Bewegung einen antideutschen Zug zu geben, bei dem eine "kaschubisch-polnische Annäherung"⁸⁹⁾ nahe lag.

86) Florian Cejnowa, Ahnherr der kaschubisch-nationalen Bewegung und zunächst gegen eine deutsche Überflutung der slawischen Völker, wandte sich nach dem mit seiner Haft endenden Posener Aufstand 1846 resigniert von den Polen ab. Sein aus dem Jahre 1850 stammender anonymes Artikel :Kaszebjj do Polochów (Die Kaschuben an die Polen) in kaschubischer Sprache (!) ist eine einzige Anklage gegen die führenden polnischen Schichten. Cejnowa, der 1846 an dem Anschlag gegen Stargard teilnahm, wurde verhaftet und zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslanglichem Gefängnis begnadigt. Die Polen weisen mit Stolz darauf hin, daß unter den 8 in Berlin-Moabit zum Tode Verurteilten 3 aus Westpreußen stammten, darunter der "Kaschube Cejnowa"; vgl. Laubert, Die preußische Polengeschichte, a.a.O., Aufl. 1920, S. 106.

87) Bukowski, a.a.O., S. 81.

88) Vgl. Breyer, a.a.O., S. 337.

89) Vgl. Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 130.

Hieronim Derdowski (1852 bis 1902) aus Wielle im Kreise Konitz, dessen Verdienste um das Kaschubentum auf dem Gebiete der Dichtung lagen und der eine propolnische Einstellung zeigte, hatte sein an den gestorbenen Cejnowa gerichtetes Gedicht mit den Worten beendet: "Nie ma Kaszub bez Poloni, a bez Kaszub Polci" (Keine Kaschubei ohne Polen, kein Polen ohne Kaschuben), ein Ausspruch, der übrigens heute noch bei jeder Gelegenheit zitiert wird, wo es sich um das Verhältnis zwischen Kaschuben und Polen handelt. Eine Debatte hierüber muß aber angesichts des vorwegzunehmenden Ergebnisses unangebracht und fruchtlos erscheinen, wenn man aus der hier gegebenen und belegten Darstellung entnommen hat, daß die kaschubische Bevölkerung nicht polnisch gesinnt war und "keine polnische Seele" hatte⁹⁰⁾. "Was sie allein aus der Vergangenheit des alten Polen bewahrt hatte, war der katholische Glaube und die polnische Kirchensprache."

Die Kaschuben waren voller königstreuem Vertrauen zu Preußen, was sich im negativen Sinn mit dem im Jahre 1872 beginnenden Kulturkampf zeigte, als die Kaschuben die Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche als eine Verletzung seiner Tradition auffaßten⁹¹⁾. Wenn sich die Kaschuben auch seit dem Kulturkampf den Polen politisch stark angenähert hatten, so sind sie aber doch nur unsichere Bundesgenossen der Polen gewesen⁹²⁾. Gerade für die Kaschuben war es typisch, daß für sie auch der Begriff der Nationalität nicht im Sinne der Volks-, sondern der Konfessionszugehörigkeit verstanden wurde.

90) Czekanowski, a.a.O., S. 22.

91) Breyer, a.a.O., S. 337.

92) Vgl. Jablonowski, a.a.O., S. 5, mit Hinweis auf Lorentz.

Aus diesem Grunde bezeichnet sich der Kaschube als polnisch nicht im Sinne eines Bekenntnisses zur polnischen Nationalität, sondern zu der Glaubensgemeinschaft mit den Polen, mit denen er durch das gleiche Bekenntnis verbunden ist. Als Beweis dieser Gleichsetzung von Katholisch und Polnisch dienen die rein deutschen Dörfer, die sich als polnisch bezeichneten. Andererseits findet sich bei den Bewohnern des Leba-seegebietes (Slowinzen), die volksmäßig zu den Kaschuben gehören, das Bekenntnis zum Deutschtum wegen der evangelischen Konfession⁹³⁾.

Zur Bevölkerungszahl der Kaschuben zwischen 1815 und 1871 ist allgemein zu bemerken, daß die Feststellung einer Volkszugehörigkeit ein bis in die Gegenwart nicht restlos befriedigend zu lösendes Problem ist, vor allem dann, wenn - wie im Falle der Kaschuben - eine Überschichtung des Polnischen erfolgt. Diese Überschichtung, d. h. die Hervorkehrung der polnischen Sprache als Sprache der Kultur, mußte natürlich bei den verschiedensten Erhebungen der preußischen Bevölkerung nach der Muttersprache zu den Tatsachen nicht entsprechenden Ergebnissen führen. Dies hat sich insbesondere für die nach der Zeit des hier darzustellenden Untersuchungszeitraums im Dezember 1890 durchgeführte Volkszählung ergeben. Die Erfassung der Muttersprache, wie sie in dieser preußischen Zählung versucht worden ist, führte besonders für das Gebiet der Kaschubei nicht zu geringen Schwierigkeiten. Ramuŧ hat in seinem grundlegenden Werk "Stystika Ludności Kaszubskiej"⁹⁴⁾ nachgewiesen, daß diese Erhebung für das Land der Kaschubei "gänzlich

93) Vgl. Harmsen, a.a.O., S. 451.

94) Ramuŧ, a.a.O.

fehlerhaft und alle darin gezogenen Folgerungen falsch" seien⁹⁵⁾.

Wertet man die Zahlenangaben bei Böckh, Lorentz, Harmsen, Jablonowski, Rogmann u. a.⁹⁶⁾ aus, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung Westpreußens, unter Einschluß von Danzig und Köstlin, bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 68 v. H. betragen hat. Von den verbleibenden 32 v. H. des polnisch-kaschubischen Bevölkerungsanteils lag der Prozentsatz des kaschubischen Teils bei etwa 7 v. H. Später allerdings erst um 1900 stabilisierte sich der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung (infolge Abwanderung in die westlichen Industriegebiete und geringerer Geburtenzahl gegenüber der polnisch-kaschubischen Bevölkerung) bei 65 v. H.

Insgesamt gesehen dürfte der kaschubische Bevölkerungsanteil in den preußischen Gebieten betragen haben:

95) Die amtliche Zählung ist aufgrund einer mißverständlichen Auffassung des Begriffs "Muttersprache" durchgeführt worden. Man stellte auf den Zählkarten den Ausfüllenden frei, welche Sprache sie als Muttersprache angeben wollten. So hatten selbst in rein kaschubischen Bezirken die ausfüllenden Personen zwischen kaschubisch und polnisch zu wählen. Der Einfluß der polnisch-katholischen Geistlichen führte dabei sehr häufig zur Angabe des Polnischen als Muttersprache.

96) Böckh, a.a.O., siehe die Tabellen;
Harmsen, a.a.O.; Jablonowski, a.a.O.;
Rogmann, a.a.O.; Lorentz und Gulgowski:
Mitteilungen des Vereins für kaschubische Volkskunde, Leipzig, 1908 bis 1912;
Lorentz, Geschichte der pommerellischen (kaschubischen) Sprache, Berlin 1923.

im Jahre 1816 rund	56.600	kaschubische Einwohner
" " 1825 "	73.750	" "
" " 1858 "	117.600	" "
" " 1861 "	121.200	" "
" " 1871 genau	132.135	" "

Zur Sozialstruktur dieser kleinen ethnischen Gruppe ist festzustellen, daß diese im 19. Jahrhundert noch undifferenzierter war als die der Bevölkerung Westpreußens, auf die später noch eingegangen wird.

Während der polnischen Herrschaft war der autochtone Adel allmählich verarmt, und er unterschied sich letztlich infolge der fortgesetzten Realteilung in Besitzumfang und Wirtschaftsweise kaum noch von den Mittelbauern. Die darüber gelagerte Schicht polnischer Großgrundbesitzer wurde bis auf wenige Ausnahmen in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Opfer der Besitzverschiebungen, so daß der ohnehin nicht sehr ausgedehnte Großgrundbesitz in der Kaschubei von da an beinahe vollständig in deutscher Hand lag. Es handelte sich also um eine fast rein bäuerliche Gesellschaft mit einem relativ starken Anteil von Groß- und Mittelbauern, der durch die preußische Agrarreformen noch weiter anstieg⁹⁷⁾. Bei diesen Stadtbewohnern machte sich zudem im Zuge des sozialen Aufstiegs eine Assimilierungstendenz zur deutschen und polnischen Seite hin bemerkbar. Auch dem Kleinadel ging, vor allem durch den preußischen Militärdienst, immer wieder Substanz verloren. Friedrich der Große hatte bald nach der Einverleibung des Königlichen Preußens in Culm eine Kadettenanstalt geschaffen, die besonders auf den kaschubischen Adel große Anziehungskraft ausübte, da sich

97) Majkowski, a.a.O., S. 256 ff.;
 Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 129 ff.;
 Breyer, a.a.O., S. 334.

durch die Offizierslaufbahn im preußischen Heer die Möglichkeit einer sozialen Statussicherung bot⁹⁸⁾. Wenn Hroch⁹⁹⁾ aufgrund seiner Untersuchungen feststellen zu können glaubt, daß der Prozeß der Nationwerdung bei diesen Völkern - worauf bereits hingewiesen worden ist - übereinstimmend nur dadurch eingeleitet wurde, daß sich Gelehrte dieser Führungsaufgabe annahmen, so darf aber auch nicht verkannt werden, daß die auf diese Weise bei den Kaschuben erfolgte nationale Bewußtseinsbildung letztlich nicht von einer ökonomisch entwickelten Gesellschaftsschicht - wie sie der polnische Adel darstellte - ausging, sondern vielmehr rein intellektueller Natur war¹⁰⁰⁾.

Die Darstellung über die Kaschuben - soweit sie für die hier gestellte Aufgabe notwendig erscheint - soll nicht abgeschlossen sein, ohne nicht das kaschubische Nationalgefühl noch in anderer Weise gewürdigt zu haben. War von einem Nationalgefühl der Kaschuben bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch nichts zu spüren gewesen, so hatten die Kaschuben noch weniger daran gedacht, in den Polen etwa Stammesbrüder zu sehen. "Das kaschubische Volk war ein Bauernvolk, dessen ganze Ideale in seinen religiösen Gefühlen aufgingen. Die Schichten, die ihm hätten Führer sein können, fehlten ihm, den nationalen Adel hatte es längst verloren, und die wenigen, die sich eine höhere Bildung aneigneten, gingen entweder zu den Polen oder zu den Deutschen über, jedenfalls aber sahen sie auf ihr Volk mit Verachtung herab. Dazu kam das vollständige Fehlen des politischen Lebens, so daß nicht

98) Lorentz, a.a.O., S. 128.

99) Hroch, a.a.O., S. 16 ff.

100) Ebenda, S. 24 ff. und S. 126.

einmal hierdurch der Kaschube zu "einem Nachdenken über seine Stellung in der Welt angereizt wurde"¹⁰¹⁾. Das Bemühen der kaschubischen Intelligenz- und Führungskräfte, die sich außer mit Fragen der Wissenschaft und Kunst auch mit politischen Dingen beschäftigten und unter Florian Cejnowas Leitung die Bildung einer eigenen Schriftsprache und Literatur anstrebten, machten sich bei den Polen mißbeliebt. Cejnowas Vorschlag in einem 1850 erschienenen Artikel in der polnischen Zeitung "Szólka Narodowa", das Polnische solle das Kaschubische als gleichberechtigt anerkennen und mit ihm gemeinsam arbeiten, wurde von der polnischen Öffentlichkeit abgelehnt. Verzweifelt näherte sich Cejnowa deshalb den russischen Panslawisten, von denen er Hilfe für das Anliegen des kaschubischen Volkes erhoffte. Sein Ideal war die Vereinigung aller slawischen Völker unter russischer Führung. So nahm er auch an dem Slawischen Kongreß in Moskau im Jahre 1867 teil. Als er aber seine Gedanken öffentlich aussprach und dabei den polnischen Adel und die Geistlichkeit angriff, erregte er einen Sturm der Entrüstung. Man sah in ihm einen Feind der Kirche, so daß er bei dem kaschubischen Volk, dem er nützlich sein wollte, in vollständigen Mißkredit geriet. Das polnische Mißtrauen gegenüber den Kaschuben blieb nicht nur, sondern verstärkte sich. Jede Schrift z. B., die auch nur den geringsten Anlaß zu dem Verdacht gab, daß der Verfasser das Kaschubische nicht für reines Polnisch halte, wurde von den Polen bekämpft und verfolgt. "Besonders gehaßt wurde", worauf Lorentz im einzelnen aufmerksam macht, "die kaschubische Dialektdichtung, der man jede Existenzberechtigung bestritt"¹⁰²⁾.

101) Vgl. Lorentz, Geschichte der Kaschuben, a.a.O., S. 136.

102) Ebenda, S. 138.

Besonders die Szlachta, der polnische Adel, stand der kaschubischen Bevölkerung mit Geringschätzung gegenüber, obwohl man polnischerseits darum bemüht war, Verschiedenheiten soweit wie möglich zu verdecken und die Kaschuben als polnischen Stamm mit polnisch-bäuerlichem Dialekt anzusehen. Die bereits zitierte polnische Zeitung "Szkółka Narodowa" widmete diesem Problem wiederholt ihre Aufmerksamkeit und erinnerte an die gemeinsame Vergangenheit, die Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten der Sprache und des Brauchtums¹⁰³⁾. Da zudem die "Liga Polska" - über die im späteren Verlauf der Darstellung noch gesprochen wird - mit einigem Erfolg versuchte, die kaschubischen Gebiete in ihr Organisationsnetz einzubeziehen, wurde die Bevölkerung schon früh von der nationalpolitischen Agitation erreicht.

Infolge Fehlens einer feudalen oder großbürgerlichen Oberschicht konnte sich eine kaschubische Intelligenz nur mühsam entwickeln, zumal bei sozialem Aufstieg Verluste durch Assimilierung an die höheren Gesellschaftsschichten eines anderen Volkes hier nach zwei Seiten hin eintreten konnten. Der Kleinadel hatte keine eigene politische Tradition und stellte keinen besonderen ökonomischen Faktor dar. Er war auch nicht Objekt einer gezielten preußischen Landesverweisungspolitik, die seinen Selbstbehauptungswillen hätte stärken können.

Im Kulturkampf wurde das kleine Volk zum erstenmal einem äußeren Druck ausgesetzt, der stets ein wichtiger Faktor für die Gruppenintegration ist¹⁰⁴⁾ und auch in diesem Fall von weitgehender Bedeutung war. Dieser Druck wurde vom Staat ausgeübt, der der einfachen Bevölkerung

103) Vgl. S. 113, Anm. 84 dieser Arbeit.

104) Vgl. Lemberg, Nationalismus, Bd. I, a.a.O., S. 27.

in Gestalt des deutsch sprechenden Gendarmen jetzt feindlich entgegentrat. Das ebenfalls betroffene Polen dagegen bemühte sich weiter, als naher Verwandter werdend, um die Kaschuben. Eine möglichst enge Zusammenarbeit mußte auf die Dauer als die einzige Gewähr für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Herrschaftsansprüche des Staates und des Staatsvolkes erscheinen ¹⁰⁵⁾.

Trotz allen polnischen Aufbegehrens ist aber die Tatsache nicht zu leugnen, daß während des ganzen 19. Jahrhunderts für das kaschubische Volk kein Zweifel an seiner engen Verbundenheit mit Preußen bestanden hat und die Frage offen bleibt, ob sich darin nicht nur ein Regionalismus innerhalb der nationalpolnischen Bewegung, sondern eher ein durchaus eigenes kaschubisches Nationalbewußtsein gezeigt hat ¹⁰⁶⁾. Jedenfalls sind die Kaschuben, wie auch die Masuren und polnischen Oberschlesier, obwohl ihre slawischen Dialekte dem Polnischen sprachverwandt sind, keine Polen, und wenn sie sich vielleicht auch nicht als Deutsche fühlten, so doch gewiß als Preußen ¹⁰⁷⁾.

Auffallend deutlich hat sich die Verbundenheit mit Preußen-Deutschland später in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1914 bis 1918) gezeigt, als die Kaschuben in besonders soldatischer Weise ihre Pflicht taten. Erst im Januar 1919 war das kaschubische Volk dem polnischen Druck erlegen, so daß es sich nicht mehr als zum Deutschen Reich und zu Preußen gehörig betrachtete und demgemäß weder an der Reichstagswahl noch an der Wahl zum Preußischen Landtag teilnahm. Das Versailler Friedensdiktat erzwang dann die Abtretung dieses kulturdeutschen Gebietes an Polen.

105) Insgesamt hierzu: Böhning, a.a.O., Exkurs, Die kaschubische Frage.

106) Ebenda, S. 30.

107) Schinkel, a.a.O., S. 14.

4. Preußisch-Litthauer

Mit der Schreibweise "Litthauer" wird die im nördlichen Ostpreußen wohnende Bevölkerung, d. h. die nördlich der Linie Labiau-Wehlau-Goldap in Streusiedlungen auf preußischem Boden ansässigen litauischen Staatsangehörigen bezeichnet. "Litauer" dagegen sind die National-Litauer auch außerhalb der preußischen Grenzen. Sofern die "Litthauer" sich zur litauischen Sprache, Kultur und zum litauischen Volkstum politisch bekannten, werden sie "Litauer" genannt¹⁰⁸⁾.

Über die Dichte der Besiedlung herrschten bis um die Wende des 20. Jahrhunderts unklare Vorstellungen. Noch im Jahre 1898 hat der damalige Oberlehrer am Gymnasium zu Memel, Alber Zweck¹⁰⁹⁾, mit "Litthauen" den nördlichen Teil Ostpreußens schlechthin bezeichnet: "Wo wir aber auch von Litthauen (d. h. vom preußischen Gebiet aus) das russische Reich (das ist das ehemalige Großfürstentum Litauen) betreten, überall werden wir mit einem Schlage in eine andere Welt versetzt. Wir finden ein anderes Volk, eine andere Sprache, eine andere Religion und anderes sittliches Empfinden." So ungenau war also noch Ende des 19. Jahrhunderts die geographische und ethnographische Definition Litthauens.

Die wissenschaftliche Erforschung der litauischen Einwanderung begann im eigentlichen erst mit Paul Karge¹¹⁰⁾

108) Vgl. Zweck, a.a.O.; Tetzner, a.a.O.; Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870 bis 1920, a.a.O., S. 659.

109) Vgl. Zweck, a.a.O., S. 3 ff.

110) Karge, a.a.O.

und wurde dann systematisch von Hans und Gertrud Mortensen aufgenommen und im historisch-geographischen Atlas des Preußenlandes zu übersichtlichen Ergebnissen geführt¹¹¹⁾. Kurschat¹¹²⁾ weist anhand reichen statistischen Materials das allmähliche Aufgehen des Litthauertums im Deutschtum nach und erklärt hierzu: "Unsere Provinz gehört zu den ethnographisch interessantesten; nutzen wir den Vorzug aus und bewahren wir unseren Nachkommen die Kenntnisse des Volkes, das gegenwärtig schon sichtbar im Schwinden ist"¹¹³⁾.

Geschichtlich ist zu vermerken, daß vom Deutschen Orden nach Rückverlegung der samaitischen Grenze und dem Ende der Litauerreisen Bewohner aus Samaiten in Preußen angesiedelt worden sind. Unter Herzog Albrecht (1490 bis 1568), dem letzten Hochmeister des Deutschen Ordens und Gründer der Universität Königsberg, ist dann eine größere litauische Einwanderung erfolgt, die zahlreiche deutsche Flurnamen verdrängt hat. Die letzte große litauische Einwanderungswelle erfolgte unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. (1713 bis 1740) durch das sogenannte Retablisement Ostpreußens¹¹⁴⁾, das der ostpreußischen Landschaft und Verwaltungseinheit "Litthauen" Gestalt und Gesicht gegeben hat, nicht zuletzt auch durch die

111) Vgl. Historisch-geographischer Atlas des Preußenlandes von Hans und Gertrud Mortensen, a.a.O.

112) Kurschat, a.a.O., S. 497 bis 505.

113) Von einem besonderen Eingehen auf den baltischen, zu den Letten zählenden Stamm der Kuren wird hier abgesehen, da er in der Nationalitätenpolitik so gut wie keine Rolle spielt. Im Jahre 1897 lebten auf der Kurischen Nehrung nur noch 1.196 Menschen kurischer Sprache; vgl. Hubatsch, a.a.O. (Sonderdruck), S. 660.

114) Vgl. Terveen, a.a.O.

Ansiedlung von Salzburgern und Schweizern, wodurch das nordöstliche Ostpreußen von vornherein ethnographisch aufgelockert wurde. Von einer flächenmäßig zusammenhängenden Siedlung, wie sie etwa in Masuren der Fall war, konnte in Preußisch-Litthauen nur in einem Teil des nordwestlichsten Zipfels nördlich der Memel die Rede sein¹¹⁵⁾.

Die bewußte Hinwendung zum Deutschtum begann auch in Preußisch-Litthauen mit den ersten Sprachenverordnungen des 19. Jahrhunderts, obwohl diese Annäherung unbewußt schon lange zuvor vollzogen worden ist¹¹⁶⁾. Darüber hinaus hat die Freizügigkeit des 19. Jahrhunderts und der zunehmende Verkehr die Angleichung, wenn auch nicht so rasch wie in Masuren, beschleunigt.

Besonderen Hinweises bedarf es aber von preußischer Sicht, daß die Litthauer im 19. Jahrhundert stets die Förderung seitens der preußischen Krone erfahren haben. Dabei mag auf litthauischer Seite die Erinnerung an die Königin Luise, Gemahlin Friedrich Wilhelms III., und ihren Aufenthalt in Memel in dem Unglücksjahr 1807 mitgesprochen haben, eine Erinnerung, die - wie bei Ruffmann nachzulesen ist¹¹⁷⁾ - seitens des königlichen Hauses sowohl von Friedrich Wilhelm III. als auch seinen Söhnen, Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I., sorgsam gepflegt worden ist. Friedrich Wilhelm III. hatte u. a. aus Memel im Jahre 1807 verfügt, geeignete Personen litthauischer Herkunft zu Verwaltungsbeamten heranzubilden; und sein Sohn, Friedrich Wilhelm IV., hatte 1844 Stipendien für litthauische Schüler vergeben. Genauso, wie sich kritische

115) Kuhn, Geschichte der deutschen Ostsiedlung, a.a.O., S. 26 bis 32; Hellmann, Litauen, a.a.O., S. 361 bis 402.

116) Vgl. Forstreuter, a.a.O., S. 329 bis 352.

117) Vgl. Ruffmann, a.a.O., S. 172 bis 193; ferner: Schieder, Nationale und übernationale Gestaltungskräfte, a.a.O., S. 13 ff., S. 46 ff.

Stimmen im Jahre 1853 zugunsten der Erhaltung des masurischen Volkstums eingesetzt hatten, verwandten sich damals solche auch für die litauische Sprache. Hier muß vor allem Eduard Gisevius (1798 bis 1880), Gymnasiallehrer und Pauper-Inspektor zu Tilsit, genannt werden, den eine schwärmerische Liebe zum Litthauischen erfaßt hatte; er war zugleich auch ein großer Verehrer Friedrich Wilhelms IV., der seine Neigungen in großzügiger Weise förderte. Ebenso ist aber auch der Berliner Statistiker Richard Boeckh zu nennen, der den Nationalitätenfragen gegenüber sehr aufgeschlossen war und im Jahre 1869 feststellen mußte, daß eine genaue Sprachgrenze zwischen Deutschtum und Preußisch-Litthauern schlechterdings nicht zu ziehen sei, da es keine reinen Kirchspiele mit nur litauischer Sprache mehr gebe.

Was die Sprachenverhältnisse angeht, so haben sich diese im Laufe des 19. Jahrhunderts, und insbesondere nach 1850, bis zum Ausgang des Jahrhunderts wie überall, so auch im nordöstlichen Ostpreußen ohne bemerkenswerte Auseinandersetzungen zugunsten des Deutschtums gewandelt. Jedenfalls ist eine Politisierung der Litauisch sprechenden Bevölkerung nicht feststellbar. Hingegen ist, wie aus den verschiedenen Petitionen der Preußisch-Litthauer immer wieder ersichtlich ist¹¹⁸⁾, eine große Anhänglichkeit und Verehrung für den in der Gestalt des Königs ganz persönlich aufgefaßten Staat zu spüren. Von einer nach außen gesteuerten litauischen politischen Propaganda kann um so weniger die Rede sein, als die litauische Sprache und Literatur in Rußland seit dem Jahre 1864 scharf unterdrückt worden sind. Dadurch wurde das

118) Siehe z. B. Petition der Litthauer vom 11. Mai 1879, Abschrift im Staatsarchiv Königsberg, Rep. 2 II, Nr. 3152, Vol. 2 fol. 20.23, abgedruckt bei Hubatsch, Sonderdruck, a.a.O., S. 51 (Anlage 8).

Litauertum gezwungen, vom preußischen Boden aus alle Maßnahmen zur Rettung des litauischen Volkstums zu treffen. So wurden z. B. eine Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften in Königsberg, Tilsit und Memel gedruckt¹¹⁹⁾.

In diesem Zusammenhang muß der litthauische Mittelschullehrer Wilhelm Storost genannt werden, der übrigens in romantischer Schwärmerei für Litauen den Namen Vidunas (= Storost) annahm und nach dem Ersten Weltkrieg eine einseitig prolitauische Stellung bezog. Von ihm - als gewiß unverdächtigen Zeugen der offensiven Nationalitätenpolitik - wissen wir, daß die litauischen Zeitungen "mit Einsetzung des Lebens über die Grenzen gebracht und übers Land verteilt"¹²⁰⁾ wurden. Dabei spendet er den preußischen Behörden hohes Lob: "Das Verhalten der preußisch-deutschen Regierung war das, daß sie bemüht war, die deutsche Kultur unter den Litthauern zu pflegen, deutsche Bildung dem Litthauer zu übermitteln. Auch ohne besondere Maßnahmen verbreitet sich naturgesetzlich eine höhere Kultur gegenüber einer niederen. Die Entnationalisierung der Litthauer wurde darum in deutschen Kreisen als ein natürlicher Vorgang betrachtet. Und es muß anerkannt werden, daß den preußischen Litthauern die Bemühung um eine Förderung ihrer eigenen Kultur unverwehrt blieb, abgesehen von Mißgriffen untergeordneter Organe ..." In ähnlicher Weise hat sich auch der preußische Landtagsabgeordnete litthauischer Herkunft, Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat¹²¹⁾ geäußert, der auch politisch eine sehr rührige Tätigkeit unter den Litthauern entfaltete.

119) Hellmann, Die litauische Nationalbewegung, a.a.O., S. 66 bis 106; Hellmann führt im einzelnen Namen und Schriftleiter der in Preußisch-Litthauen erschienenen litauischen Zeitungen an.

120) W. St. Vidunas (= W. St. Storost), a.a.O., S. 106.

Kirchlicherseits hat die evangelische Kirche, deren Absichten noch im 16. Jahrhundert auf die Mission über die Landesgrenzen hinaus gerichtet waren, durch die Ausbildung von Geistlichen und Lehrpersonen dazu beigetragen, litauische Sprachdenkmäler nicht nur zu erhalten, sondern sogar neu zu schaffen. Allerdings ist die Trennung der Preußisch-Litthauer durch die Konfession von dem polonisierten katholischen ehemaligen Großfürstentum Litauen für die Einbeziehung der Preußisch-Litthauer in den deutschen politischen und geistigen Rahmen und die Angleichung an die deutschen Siedlungs- und Wirtschaftsreformen entscheidend gewesen.

Das Militärwesen war für den Preußisch-Litthauer nicht weniger von Bedeutung als für den Masuren. So sei - worauf noch später bei der Darstellung der im preußischen Heer dienenden polonisch-preußischen Untertanen eingegangen wird - deshalb hier schon erwähnt, daß der Liebhaberei der Bevölkerung für Pferde und Pferdezucht dadurch entsprochen wurde, daß sowohl das Dragonerregiment 1, das Ulanenregiment 12 und die Feldartillerieregimenter 1 und 37 die Bezeichnung "Litthauische Regimenter" verliehen bekamen. Wie die Masuren haben auch die Preußisch-Litthauer freudig und pflichtbewußt den Wehrdienst geleistet, und es darf vermerkt werden, daß sie im Verband des I. Armeekorps im Jahre 1914 die Kämpfe bei Stallupönen und Gumbinnen in ihrer engsten Heimat und schließlich bei Tannenberg zur Befreiung Ostpreußens durchgeföchten haben.

Die Geschichte der Preußisch-Litthauer zeigt insgesamt und insbesondere für das 19. Jahrhundert gesehen, daß Volkstumsfragen nicht überall in Preußen Kämpfe, Krisen

121) Gaigalat, Litauen, a.a.O., S. 127;
derselbe, Die evangelische Gemeinschaftsbewegung,
a.a.O.

und Konflikte ausgelöst haben. Zu einer solchen Unproblematik des Nebeneinanderlebens von Nationalitäten unter einer gemeinsamen Staatsidee mag ein Wort des Insterburger Wilhelm Jordan (1819 bis 1904) - der bereits schon an anderer Stelle erwähnt wurde - dienen, der in den gemischtsprachigen Gebieten Preußisch-Litthauens die Gymnasien in Gumbinnen und Tilsit besucht hatte und Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung gewesen ist. Er sagte im Jahre 1848 vor dieser Versammlung: "Die Engländer, Schotten und Iren bilden alle zusammen eine Nation. Sie fassen sich zusammen zur britischen Nation, und mit demselben Rechte können wir sagen: Alle, welche Deutschland bewohnen, sind Deutsche, wenn sie auch nicht Deutsche von Geburt und Sprache sind"¹²²⁾.

Die statistischen Angaben über die Zahlengröße der preußisch-litthauischen Bevölkerung weisen nur etwa 40 v. H. gegenüber denen der Masuren aus. Für das Jahr 1890 waren noch fast 118.000 Menschen litauischer Muttersprache in Preußen gezählt worden. Im Jahre 1910 sind es mit knapp 94.000 fast verschwindenden Restteile innerhalb der preußischen Gesamtbevölkerung von rund 40 Millionen¹²³⁾.

122) abgedruckt bei Schieder, Nationalstaat und Nationalitätenproblem, a.a.O., S. 169; vgl. dazu grundsätzlich: Wittram, a.a.O., S. 169.

123) Vgl. die Zahlenangaben bei Hubatsch, Sonderdruck, a.a.O., S. 661, der allerdings von einer nur halb so großen Zahl wie die der Masuren spricht und für das Jahr 1910 die preußische Gesamtbevölkerung mit 3,5 Millionen angibt. Nach Rogmann, a.a.O., S. 196, betrug jedoch die Zahl der preußischen Gesamtbevölkerung: 40.165.219.

5. Schlesier, insbesondere Oberschlesier

Wie bereits oben¹²⁴⁾ erwähnt wurde, war der polnische Bevölkerungsanteil in Niederschlesien (Regierungsbezirk Liegnitz) und in Mittelschlesien (Regierungsbezirk Breslau) nur unbedeutend. In Niederschlesien lag er unter 1 v. H. und in Mittelschlesien (im Jahre 1861) bei rund 3 v. H.

In Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln) hingegen besaß die polnisch-sprachige Bevölkerung die Mehrheit, wenn auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung allmählich von etwa 60 % in den sechziger Jahren bis zum Jahre 1900 auf etwa 53 % sank. Im Jahre 1816, also unmittelbar nach den Wiener Verträgen, war Schlesien mit insgesamt:

1.942.063 Einwohnern, davon im Regierungsbezirk Breslau: 779.818, im Regierungsbezirk Liegnitz: 637.461 und im Regierungsbezirk Oppeln: 524.784 die volkreichste Provinz des preußischen Staates¹²⁵⁾. In der Rangfolge der Bevölkerung stand Ostpreußen mit 886.174 Einwohnern an 6., Posen mit 820.176 Einwohnern an 7. und Westpreußen mit 571.081 Einwohnern an 9. Stelle.

Wenn die polnischen Einwohner Schlesiens hier mit unter den slawischen Bevölkerungsteilen des preußischen Ostens aufgeführt werden, so deshalb, weil sich ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. kleinere slawische Stämme mit den Resten des bereits ab dem 4. Jahrhundert n. Chr. abgewanderten Hauptteils der dort ansässig gewesenen germanischen Stämme und einer wikingischen Oberschicht russischer Prägung, vermischt und die Oderebene besiedelt hatten¹²⁶⁾.

124) Vgl. zu D II 1, S. 90 dieser Arbeit.

125) Vgl. Rogmann, a.a.O., S. 13.

126) Vgl. Hausdorff, a.a.O.

Schlesiens Name leitet sich wahrscheinlich von dem wandalischen Teilstamm der Silingen ab, der ab 100 v. Chr. bis 400 n. Chr. an der Oder gesiedelt und das Silingenreich um das Stammesheiligtum des Siling, den Zobten, gegründet hat. Seit dem 10. Jahrhundert herrschten dann in Schlesien die polnischen Piasten, deren Herrschergeschlecht angeblich von Piast, einem Bauern, abstammte. Infolge polnischer Thronstreitigkeiten hatte Kaiser Friedrich I. in Polen eingegriffen und die beiden schlesischen Herzogtümer: Breslau (unter Boleslaw) und Ratibor (unter Mieszko) gebildet. Unter den Herzögen Heinrich I. (+ 1238) und den bei Liegnitz im Kampf gegen die Mongolen gefallenen Heinrich II. wurden deutsche Kolonisten zur kulturellen Urbarmachung des Landes angesiedelt, auf die der Name des Landes "Schlesien" und ihr eigener, "Schlesier", zurückzuführen ist und durch die Schlesien zu einer friedlichen Eroberung der Germanen wurde¹²⁷⁾.

Den schlesischen Städten wurde das berühmte "Magdeburger Stadtrecht" von 1188, das im binnenländischen Osten bis nach Polen, Ungarn und Rußland weite Verbreitung fand, verliehen. Anfang des 16. Jahrhunderts wurde Schlesien, zusammen mit Böhmen, von Österreich erworben, bis es im Jahre 1740 durch den ersten Schlesischen Krieg an Polen kam. Friedrich der Große ließ an zweihundert deutsche Ansiedlungen anlegen, Volksschulen einrichten und begann die montanen Schätze Oberschlesiens durch Bergwerke zu erschließen.

Daß unter diesen Umständen geschichtlichen Werdens von einem polnischen Nationalbewußtsein der polnisch-sprechenden Bevölkerungsteile keine Rede sein kann, ist nur

127) Vgl. Boguslawski, a.a.O., S. 68 ff.

zu verständlich. Schließlich fehlten seit sieben Jahrhunderten jeder geschichtliche Hintergrund und jede nationale Überlieferung.

Wendet man sich dem politischen Verhalten der polnischsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens und ihrer Behandlung durch die preußische Regierung zu, so kann es ebenfalls nicht überraschen, wenn man zu der Feststellung gelangt, daß in dem schon seit mehr als einem halben Jahrtausend von Polen losgelösten Land die einheimische, polnisch-sprachige Bevölkerung den nationalistischen Bestrebungen den Polen in Posen und in Kongreßpolen fernstand¹²⁸⁾. Die polnischen Aufstände bzw. Aufstandsversuche von 1830/31, 1846 und 1848 fanden genauso wie in Ostpreußen kein Echo in Oberschlesien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirkte jedoch die nationalpolnische Bewegung von Posen her auf die polnisch-sprachige Bevölkerung Oberschlesiens ein und hat hier, besonders aber später seit dem Kulturkampf und infolge dieses Kampfes, wenn auch nur zum Teil, Fuß fassen können. Daß der nationalpolnische Einfluß nur langsam vordrang und durchaus nicht die gesamte polnisch-sprachige Bevölkerung erfaßte, zeigte deren Verhalten bei den Wahlen zum Reichstag. Bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts stimmte sie für deutsche Kandidaten, und zwar für die des Zentrums¹²⁹⁾, verstärkte also nicht die von den polnischen und westpreußischen Polen in den Reichstag entsandte Abgeordnetengruppe.

128) Den Ausführungen bei Jablonowski, a.a.O., S. 8 ff., ist im allgemeinen zu folgen.

129) Bis auf einen geringfügigen Prozentsatz waren die polnisch-sprechenden Oberschlesier katholisch.

Das teilweise Scheitern der nationalpolnischen Bestrebungen in Oberschlesien, was sich in besonderem Maße nach 1900 zeigte, ist nicht nur auf die historische Entwicklung des Landes - die lange staatlich-politische Trennung von Polen - zurückzuführen, sondern wurde auch durch die Industrialisierung verursacht. Die enge wirtschaftliche Verflechtung des Landes mit dem übrigen Deutschland wirkte den nationalpolnischen Bemühungen um die oberschlesische Bevölkerung entgegen, ebenso die verhältnismäßig starke Abwanderung polnisch-sprechender Oberschlesier in das westdeutsche Industriegebiet. Es muß mehr als verwunderlich erscheinen, im ersten Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staates beiläufig registriert zu finden¹³⁰⁾, daß im Jahre 1861 in den Provinzen Rheinland und Westfalen nur insgesamt 16 (!) Polen (und diese alle im Regierungsbezirk Düsseldorf), eine Generation später aber, im Jahre 1890 mehr als 30.000 und im Jahre 1910 sogar um 300.000 lebten¹³¹⁾. Wie diese Zahlenrelation deutlich macht, legte man in weiten Kreisen der polnisch-sprechenden Bevölkerung offensichtlich auf ausreichende Ausbildung in der deutschen Sprache wert, um sich die Möglichkeit wirtschaftlichen Fortkommens zu sichern. Aus allen diesen Gründen hat die vor allem seit den siebziger Jahren auf Durchsetzung des Deutschen als Unterrichtssprache gerichtete preußische Schulpolitik in Oberschlesien nicht die heftigen Reaktionen hervorgerufen wie in Posen und Westpreußen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Deutsche in den oberschlesischen Schulen von den staatlichen Behörden zwar bewußt gefördert, dem dort üblichen polnischen Dialekt aber auch noch ein gewisser

130) Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staates 1863, S. 607.

131) Vgl. Wehler, a.a.O., Vierteljahres-Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 48 (1961), S. 203 bis 235.

Geltungsbereich belassen worden. Nach 1848 haben z. B. die Schulbehörden in Oppeln einen erstaunlichen Kurswechsel vorgenommen. So wurde auf Betreiben des dortigen Provinzialschulrats Bernhard Bogedain - auf den noch besonders zurückgekommen wird - jetzt dem Hochpolnischen in den ober Schlesischen Volksschulen Eingang verschafft und in entsprechendem Maße die deutsche Sprache, aber auch der ober Schlesische Dialekt des Polnischen aus dem Unterricht verdrängt. Auf diese Weise vollzog sich in den fünfziger Jahren eine Polonisierung des ober Schlesischen Schulwesens. Damit wurde zugleich in Oberschlesien der Boden für die Aufnahme nationalpolnischer Ideen aus Posen mitvorbereitet. Erst von 1863 an wurde in Oberschlesien der deutsche Unterricht zur alleinigen Unterrichtssprache erhoben, mit Ausnahme des Religionsunterrichts in den untersten Klassen der überwiegend von polnischsprechenden Kindern besuchten Schulen. Daß eine solche Maßnahme den oppositionellen Kräften der polnischsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens Auftrieb geben mußte, ist verständlich. Insgesamt gesehen, trat man damit nicht in Opposition zum preußischen Staat, sondern es vollzog sich vielmehr, allerdings in geringerem Umfange als in Masuren, eine "freiwillige Germanisierung"¹³²⁾.

Es ist schon früher von polnischen Historikern anerkannt worden, daß in Ostpreußen und Oberschlesien masurisch- bzw. polnisch-sprechende Bevölkerung ohne Zwang für das Deutschtum gewonnen worden ist. So stellt Buzek fest:¹³³⁾

132) Daß ein Teil der ober Schlesischen Polen dem preußisch-deutschen Staate sich innerlich verbunden fühlte, hatte sich 1912 bei der Abstimmung gezeigt. Damals haben sich etwa 40 v. H. der polnisch-sprechenden Bevölkerung Oberschlesiens für den Verbleib des Landes beim Deutschen Reich ausgesprochen.

133) Buzek, a.a.O., S. 569.

"Auf jeden Fall ist es sicher, daß sogar die schlimmsten Angriffe der preußischen Regierung uns künftig nicht solche Schäden werden zufügen können, wie wir sie im Laufe des gesamten 19. Jahrhunderts erlitten haben infolge der freiwilligen Germanisierung (dbrowolne germanizowanie sic) unserer Bevölkerung in Oberschlesien und im preußischen Masuren."

Jablonowski meint¹³⁴⁾, man könnte dem noch ergänzend hinzufügen: "Durch das Bestreben, die Masuren und die polnisch-sprachigen Oberschlesier für nationalpolnische Ziele zu gewinnen, haben die Polen selbst die freiwillige Germanisierung dieser beiden Gruppen, zumindest im Endstadium, beschleunigen helfen. Masuren und Oberschlesier wurden durch den politischen Vorstoß der Posener Polen zu einer klaren nationalen Entscheidung gedrängt."

134) Jablonowski, a.a.O., S. 9.

III Die slawischen Minderheiten in der Gesamtprovinz Westpreußen

1. Zur Geschichte der Gesamtprovinz

Ist in dem vorangegangenen Abschnitt von slawischen Bevölkerungsteilen in Preußen die Rede gewesen, so handelt es sich bei der Bevölkerung in Ost- und Westpreußen um keine solche slawischen Ursprungs. Ein Brief des Oberburggrafen Magnus von Brünneck an den ehemaligen Oberpräsidenten der Gesamtprovinz Westpreußen, Theodor von Schön, möge als einer der vielen Nachweise hierfür zitiert sein. So schreibt jener aus Arnau (im Königsberger Bezirk)¹³⁵⁾ unter dem 1. November 1844¹³⁶⁾ an diesen:¹³⁷⁾

" Dagegen, daß, wie Sie schreiben, der Adel bei uns größtenteils slawischen Ursprungs sei, muß Ost- und Westpreußen (alles jenseits der Elbe versteht sich von selbst) protestieren. In Ostpreußen ist alles rein germanisch, und alle Herren in "ow" und "itz" (Zeichen des Slawentums) sind sehr spät erst eingewandert. Selbst in Westpreußen, wo ich den Stamm der adligen Familien nachgeforscht habe, sind sehr wenig Slawen. Piwnitzki z. B. ist in seiner Gegend der einzige Slawe. Nur, daß die Deutschen mit Beibehaltung ihres Wappens und deutschen Namens dazu polnische Namen angenommen haben, als die Buddenbrocks Bialoblotzki, die Ostens Glinitzke, die Lenwalds Jeskierski, die Kalksteins Ossolowski, die Huttens Czapski, die Gölldensterns Kruschinski, die Kospots Pawlowski usw. Ich glaube nicht, daß 10 slawische Familien in Westpreußen sind. Also lassen Sie uns unser Germanentum festhalten. Pommern und die Mark und Posen sind unsere slawischen Provinzen, Schlesien nur zur Hälfte..."¹³⁸⁾

¹³⁵⁾ Dort verstarb Schön am 23. Juli 1856.

¹³⁶⁾ also 2 Jahre nach Schöns Entlassung.

¹³⁷⁾ Rothfels, Theodor von Schön, a.a.O., S. 179.

¹³⁸⁾ Vgl. zu dem Problem des verdoppelten Adels und der Doppelnamen: Lücke, a.a.O., S. 325.

Die erste polnische Teilung 1772 hatte Westpreußen nach über 300jähriger Zugehörigkeit zur Krone Polens wieder in deutschen Besitz gebracht. Die freien Woiwodschaften Pommerellen, Culm und Marienburg, das Bistum Ermland und der Netzedistrikt wurden von Friedrich dem Großen in mehreren Patenten zu preußischem Staatsgebiet erklärt. Ausgenommen blieben davon, bedingt durch den russischen und englischen Einspruch, die Städte Danzig und Thorn nebst ihren Territorien. Die neue Erwerbung erhielt unter Zuteilung der bisher ostpreußischen Ämter Marienwerder und Riesenburg sowie der Erbämter Schönberg und Deutsch-Eylau, jedoch mit Ausschluß Ermlands, durch die Cabinetsordre vom 31. Januar 1773 die Bezeichnung "Provinz Westpreußen"¹³⁹⁾. In dem preußisch-russischen Teilungsvertrag vom 4. Januar 1793 erhielt Preußen neben der Stadt Thorn auch Danzig und sein Landgebiet zugesprochen. Die dem zufolge vorgenommene Verwaltungsaufteilung¹⁴⁰⁾ wurde nach dem Krieg 1806/07 wieder hinfällig, da im Tilsiter Frieden Danzig und sein jetzt vergrößertes Territorium zu einem Freistaat "von Frankreichs Gnaden" erhoben und die alten Behörden aus der Zeit vor 1793 wieder eingerichtet wurden.

In die Zeit der politischen und militärischen Unterdrückung fällt aber auch für Preußen der Beginn der Verwaltungsneuordnung durch die Stein-Hardenbergischen Reformen. Für die Provinz Westpreußen und für die spätere Danziger Regierung ist besonders die "Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden" vom 26. Dezember 1808¹⁴¹⁾ von Be-

139) Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen, a.a.O., Bd. I, S. 77 ff.

140) Vgl. "Reglement für den Magistrat der königl. westpreußischen See- und Handlungsstadt Danzig vom 3. Juni 1794".

141) GS 1806 - 10, S. 464.

deutung. Mit dieser Verordnung sollten die Mißstände der bisherigen provinziellen Verwaltung - wie Schwerfälligkeit im Geschäftsgang der kollegial beratenden und beschließenden Kammern, unübersichtliche Kompetenzregelung und das Nebeneinander von Justiz und Verwaltung- beseitigt werden. Hier ist interessant festzustellen, daß die bisherigen beiden obersten Provinzialbehörden, nämlich die Kriegs- und Domänenkammer, fortan Westpreußische Regierung hießen, die für alle Landeshoheits-, Polizei-, Finanz- und Militärangelegenheiten zuständig waren und die Aufsicht über die Städte und Korporationen, ferner über die bislang von der Justizbehörde verwalteten kirchen- und Schulsachen ausübte¹⁴²⁾.

Ähnlich dem "Zuruf an die Einwohner des Großherzogthums Posen" vom 15. Mai 1815 hatte sich Friedrich Wilhelm III. durch einen "Zuruf an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Danzig, des Culm- und Michelau'schen Kreises und an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Thorn" am gleichen Tage gewandt. In diesem Zuruf heißt es:

" Ich habe Euch Mein Besitznahme-Patent vom heutigen Tage wieder in Eure uralten Verhältnisse zurückgeführt; Ich habe Euch dem Lande wiedergegeben, dem Ihr ursprünglich angehört, und dem Ihr Euren früheren Wohlstand verdankt. Ihr werdet in dieser Wiedervereinigung an der Constitution Theil nehmen, welche Ich allen Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und an der provinziellen Verfassung, welche Meine Provinz Westpreußen erhalten wird.

Diese Wiedervereinigung gewährt Euch Schutz und Sicherheit für Euer Eigenthum, die Gewißheit, die Früchte Eurer Industrie wieder selbst zu genießen, und die Aussicht auf eine ruhige Zukunft. Mit landesväterlicher Sorgfalt werde Ich bemüht sein, Euren tief erschütterten Wohlstand noch einmal

142) Vgl. Letkemann, a.a.O., S. 13 ff.

gründen zu helfen. Ausschließlich mit der Zukunft beschäftigt, will Ich, daß jede Verirrung der Vergangenheit, der Vergessenheit übergeben werden soll.

Ich werde durch die Zeitumstände verhindert, den erneuten Eid Eurer Treue in Person zu empfangen, und habe deshalb Meinem Ober-Präsidenten von Ostpreußen und Landhofmeister des Königreichs Preußen, von A u e r s w a l d aufgetragen, die Erbhuldigung von Meinem Namen von Euch in der Stadt Danzig zu empfangen und die diesfälligen nöthigen Verfügungen zu treffen.

Gegeben zu Wien, den 15. Mai 1815ⁿ. ¹⁴³⁾

Die bis zum Erlaß der Cabinetsordre vom 13. April 1824 nebeneinander bestehenden Provinzen Ost- und Westpreußen wurden danach unter einen Oberpräsidenten vereinigt. Der ehemalige Oberpräsident von Ost- und Westpreußen und Litauen, der Geh. Oberfinanzrat und Kammerpräsident Hans Jacob von Auerswald, der 1810 - als Hardenberg die 1808 eingerichteten Oberpräsidien bereits wieder aufgehoben hatte - die Präsidentenstelle der Regierung zu Königsberg übernommen hatte, verwaltete nach der Reorganisation des preußischen Staates von 1815 bis 1824 erneut die Provinz Ostpreußen und der bisherige Oberpräsident von Westpreußen, Theodor von Schön, siedelte von Danzig nach Königsberg über, wo er das gleiche Amt für die Gesamtprovinz übernahm. Die förmliche Aufhebung der bisherigen Einteilung in zwei Provinzen erfolgte erst durch die Cabinetsordre vom 3. Dezember 1829¹⁴⁴⁾. Zwischen 1824 und 1878 bildet Westpreußen als Verwaltungseinheit den westlichen Teil der Provinz Preußen.

143) Zitiert bei Noah, a.a.O., Anhang S. 182, zu VII.

144) Vgl. Bär, Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit, a.a.O., S. 175.

2. Die Bevölkerungsstatistik und -zusammensetzung zwischen 1815 und 1871

Da die preußische Statistik keine Unterscheidung nach Nationalitäten kannte, müssen die Zählungen nach der einzelnen Muttersprache herangezogen werden, zumal die Sprache, solange sich ein eigentliches Nationalbewußtsein noch nicht oder erst schwach entwickelt hatte, das einzige Unterscheidungsmerkmal der späteren Nationalitäten war. Die erste offizielle Statistik des preußischen Staates, die Angaben über die verschiedenen Sprachgruppen enthält, stammt aus dem Jahre 1861¹⁴⁵⁾. Wenn auch für internen Gebrauch von den einzelnen Regierungen schon früher derartige Aufstellungen gefertigt wurden, so fand die erste Sprachzählung erst im Jahre 1817, und zwar im Regierungsbezirk Gumbinnen, statt. Ihr folgte in den Jahren 1825 und 1828 der Regierungsbezirk Königsberg¹⁴⁶⁾. Detailliertes Material für beide westpreußischen Regierungsbezirke steht von 1834 an zur Verfügung, wenn auch nicht in regelmäßiger Folge¹⁴⁷⁾. Die unterschiedlichen Zählmethoden mit ihren Ungenauigkeiten, technischen Schwierigkeiten und die Neigung der einzelnen Befragten, je nach persönlicher Einstellung, die An-

¹⁴⁵⁾ Statistische Tabellen für das Jahr 1861 in Rep. A 181 (acta der Kgl. Preußischen Regierung zu Marienwerder), Nr. 2222/2223, wo es zur Erläuterung der Anfertigung heißt: "... nach dem erfolgreichen Vorgange anderer Staaten mit Bevölkerungen verschiedener Sprachidiome".

¹⁴⁶⁾ Vgl. Forstreuter, a.a.O., S. 329 ff.

¹⁴⁷⁾ Vgl. Böckh, a.a.O., S. 236/237, der allerdings auf eine Differenzierung nach Stadt- und Landkreisen verzichtet.

gaben zur eigenen Nationalität zu verändern, beeinträchtigen natürlich den Wert solcher Erhebungen. Als Beispiel möge dienen, daß noch im Jahre 1873 die Regierung von Marienwerder zu einer dem damaligen Oberpräsidenten Horn (1869 bis 1882) übermittelten Aufstellung bemerkt wurde, daß den Zahlen nur relativer Wert zukomme, da alle polnischen Ortsvorsteher stets bemüht gewesen seien, "die Zahl der nur polnisch sprechenden Katholiken viel höher als sie in Wirklichkeit ist, anzugeben"¹⁴⁸⁾. Daß es bei "deutschgesinnten" Ortsschulen ähnliche Korrekturen in umgekehrter Weise gab, wird z. B. durch einen Brief des Stuhmer Landrats aus demselben Jahr belegt¹⁴⁹⁾. Wenn man dann noch die Schwierigkeiten berücksichtigt, die bei der Erfassung der zweisprachigen Einwohner auftreten, so erhöht sich noch der Unsicherheitsfaktor bei der Abgrenzung der Nationalitäten.

Unter Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten und entsprechenden Ungenauigkeiten wird man im Vergleich der vorhandenen tabellarischen Aufstellungen¹⁵⁰⁾ zu dem Ergebnis gelangen, daß sich die Bevölkerung der Gesamtprovinz Westpreußen im Jahre 1816 auf rund 1.450.000 Einwohner belief, im Jahre 1849 auf rund 2.490.000 und im Jahre 1871 auf rund 3.140.000.

Bei der Schätzung des polnischen Anteils an der Bevölkerung der Gesamtprovinz Westpreußen muß man sich daran erinnern, daß die an Preußen gefallen Gebiete des einstigen polnischen Staates keine Einheit bildeten. Westpreußen hatte schließlich einmal zum deutschen Ordensgebiet gehört.

148) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2 II (acta des Kgl. Oberpräsidiums von Preußen), Nr. 2146, die Angelegenheiten der katholischen Kirche betreffend, Vol. 5, Bl. 15, Vol. 4 und 5 (1845 bis 1873).

149) Rep. A. 181 (acta der Kgl. Preussischen Regierung zu Marienwerder), Nr. 5123, Bl. 41.

150) Vgl. Tabellen bei Böckh und Rogmann, a.a.O.

Es war früher an Preußen gekommen und durch den Tilsiter Frieden nicht verloren gegangen. Im Westen und Osten begrenzten es deutsche Gebiete, wobei der Schwerpunkt nach dem deutschen Danzig verlagert und der deutsche Bevölkerungsanteil dort auch am höchsten war. Im übrigen hatten sich die Bestimmungen des Wiener Kongresses nicht auf Westpreußen bezogen, obwohl sie dem polnischen Volke in seiner Gesamtheit Schutz und Rechte einräumen sollten.

Vergleicht man aus dieser Gesamtsituation die tabellarischen Aufstellungen, wie z. B. bei Böckh¹⁵¹⁾, in den einzelnen Zähljahren, so ersieht man aus ihnen und den von Böckh getroffenen Feststellungen¹⁵²⁾, daß z. B. in der Zeitspanne zwischen 1861 und 1890 im Regierungsbezirk Marienwerder die Zuwachsrate der polnisch Sprechenden beträchtlich höher war als die der deutsch Sprechenden, während umgekehrt im Regierungsbezirk Danzig die Zuwachsrate der deutsch Sprechenden geringfügig höher liegt. Das Problem wird in diesem Zeitraum aber noch komplizierter durch die hohe Auswanderungsquote bei der westpreußischen Landbevölkerung. Nach Winklewski¹⁵³⁾ haben zwischen 1840 und 1910 nicht weniger als 663.000 Personen die Provinz als Auswanderer verlassen. Folgt man den von Böckh errechneten Tabellen, so liegt der polnische Bevölkerungsanteil in der Gesamtprovinz Westpreußen bei rund 30 v. H., d. h., daß die polnische Bevölkerungszahl betragen hat: im Jahre 1816 ca. 435.000, im Jahre 1849 rund 747.000 und im Jahre 1871 ca. 942.000.

151) Vgl. Böckh, Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet, a.a.O., S. 236/237 (Tabelle).

152) Derselbe, Die Verschiebung der Sprachverhältnisse, a.a.O., S. 424.

153) Winklewski, a.a.O., S. 109 ff., hier insbesondere S. 124.

Interessant ist bei der westpreußischen Bevölkerungszusammensetzung die kaschubische Frage. Nach den Erhebungen von Stefan Ramuît¹⁵⁴⁾ war im Jahre 1892 im Regierungsbezirk Danzig für rund 75 v. H. der in der amtlichen preußischen Statistik als polnisch-sprechende Ausgewiesenen das Kaschubische die eigentliche Muttersprache. Die offizielle preußische Statistik nannte 1890 im Regierungsbezirk Danzig 164.058 Personen, die "Polnisch" als Muttersprache angegeben hatten. Ramuît gibt die Zahl der Kaschuben im Jahre 1892 mit: 126.291 an. Selbst wenn man unterstellt, daß Ramuîts Zahlen zu hoch sind¹⁵⁵⁾ und sich die Relationen im Laufe des Jahrhunderts leicht verschoben haben, so ist doch festzustellen, daß die Kaschuben stets die große Mehrheit der Fremdsprachigen (neben ihnen noch: Masuren, Tschechen, Wenden und Litauer) bildeten und die polnisch Sprechenden nur einen kleinen Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachten. Bei einer Gesamtbevölkerung im Jahre 1890 von 589.176¹⁵⁶⁾ hätte demnach der Anteil der polnisch-sprechenden Bevölkerung im Regierungsbezirk Danzig nur 7 v. H. betragen.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen über die ethnische Gruppe der Kaschuben¹⁵⁷⁾ sei hier noch darauf hingewiesen, daß das an den Grenzen von 1771 orientierte Territorialprogramm der nationalpolnischen Bewegung auch den

154) Ramuît, Statystika ludności kaszuskiej, a.a.O., S. 188.

155) Vgl. Breyer, a.a.O., S. 327. Breyer ist allerdings dahingehend zu korrigieren, daß Ramuît die kaschubisch Sprechenden in ganz Westpreußen nicht mit 186.000, sondern nur mit 163.000 beziffert. Ferner ist das Erhebungsjahr nicht 1899, sondern 1892!

156) Vgl. Rogmann, a.a.O., S. 192.

157) Vgl. zu Abschnitt D II 3), S. 104 ff. dieser Arbeit.

größten Teil der von den Kaschuben bewohnten Gebiete umfaßte, von denen dem nördlichen Westpreußen als unmittelbarem Zugang zur Ostsee besondere Bedeutung zukam. Hier, wie auch im übrigen polnischen Raum, gewann die Frage nach dem ethnischen und historischen Verhältnis zwischen Polen und Kaschuben zunehmend an Gewicht, zumal sich seit 1848 die Frage nach der eigentlichen Staatsangehörigkeit der Kaschuben immer mehr mit der nationalen Zugehörigkeit verschränkte. Auch in Westpreußen stand die kaschubische Volksgruppe noch lange Zeit über die Reichsgründung hinaus gänzlich passiv, von den Bemühungen eines Cejnowa¹⁵⁸⁾ abgesehen, zwischen der preußischen Assimilierungspolitik und den Versuchen, es in die polnische Gesellschaft zu integrieren. Seitdem die Kaschuben erstmals durch die Vereine der "Liga Polska" - von denen im weiteren noch zu sprechen ist - erreicht worden war, gehörte sie zum Aktionsfeld der "organischen Arbeit" auch in Westpreußen.

Von preußischer Behördenseite ist das Kaschubische als Dialekt des Polnischen subsumiert worden. Auch im westpreußischen Raum ist es ein Problem der Ethnographie und Sprachwissenschaft geblieben, ob den Kaschuben als den Resten der Pomoranen mit einer eigenen, dem Polnischen nur nahe verwandten Sprache eine Sonderstellung zukommt.

158) Siehe S. 114 Anm. 86) dieser Arbeit.

3. Die Rechtsposition der polnischen und kaschubischen Bevölkerungsteile

Nach polnischem Sprachgebrauch sind unter: "Les Polonais.." des Artikels 1 der Wiener Schlußakte¹⁵⁹⁾, jedenfalls noch im Zeitpunkt ihrer Verabschiedung im Juni 1815 als "Polen" alle Einwohner der Republik, unbeschadet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, verstanden worden¹⁶⁰⁾. Dieser Auffassung mußte man auch in Ansehung des preußisch-russischen Vertrages vom 3. Mai 1815 sein, der in seinem Artikel 22 "freie Schifffahrt und freien Transit für a l l e Teile" der alten Republik garantierte. So heißt es in diesem Artikel: "La navigation des tous les fleuves et canaux de toutes les parties de l'ancienne Pologne (année 1772) dans toute leur étendue ... sera libre"¹⁶¹⁾. Daß diese Annahme nicht zutraf, ließ die preußische Regierung dadurch erkennen, daß nur die Bewohner des Großherzogtums auf eine "nationale Repräsentation" und sprachliche Gleichberechtigung hoffen konnten. So wie Friedrich Wilhelm III. ihnen diese Rechte nach der Besitznahme mit seinem "Zuruf" vom 15. Mai 1815 in Aussicht stellte, wurde zugleich deutlich, daß die preußische Staatsregierung Westpreußen als "deutsche" Provinz betrachtete, in der die polnische Bevölkerung kein Anrecht auf nationale Gleichberechtigung habe. Für die polnischen Patrioten mußte dies eine illegale Entscheidung bedeuten. Die spätere Aktivität um die nationale Gleichstellung mit der

159) Artikel 1 des Abs. II der Wiener Schlußakte vom 9. VI. 1815 lautet: "Les Polonais, sujets respectif de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique, que chacun des gouvernements auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder."

160) Roos, a.a.O., S. 388 ff., S. 392.

161) Klüber, a.a.O., S. 106, ähnlich Artikel 14 der Schlußakte, ebenda, S. 25.

deutschen Bevölkerung innerhalb des preußischen Staatsverbandes mußte das Handeln der Polen im Bewußtsein einer vertraglich garantierten Rechtmäßigkeit erscheinen lassen. Andererseits kann aber der preußischen Staatsregierung damit nicht ohne weiteres unterstellt werden, daß sie die umstrittene Formulierung der Schlußakte bewußt oder gar gewaltsam uminterpretiert hätte. Die preußische Haltung wurde später immer wieder bekräftigt und war für die Entwicklung der gesamten polnischen und kaschubischen Bevölkerung in Westpreußen bestimmend. 1866 erklärte z. B. der preußische Innenminister Graf zu Eulenburg zu einem Antrag des polnischen Abgeordneten Tokarski auf Gleichberechtigung der polnischen Sprache in Westpreußen: "Ich kann dem Herrn Abgeordneten keine Aussicht darauf machen, daß seine Wünsche erfüllt werden. Die ganze Frage ist bereits gesetzlich reguliert. Die Sprachenfrage ist eine wichtige politische Frage gerade in den polnischen Landesteilen und ist so reguliert, daß im Großherzogtum Posen die Gleichberechtigung der Sprachen eingeführt ist, in Westpreußen aber keineswegs." ¹⁶²⁾

Nach der Haltung der preußischen Staatsregierung bestimmte sich auch die der immer stärker werdenden national-polnischen Arbeit und Agitation. Bei den im Vordergrund stehenden Bemühungen der Polen, im internationalen Rahmen auf zunächst diplomatischer Ebene die Einhaltung und Durchführung der Wiener Bestimmungen zu erreichen, stand das westpreußische Polentum nach preußischer Auffassung und Auslegung dieser Bestimmungen außerhalb der anstehenden Fragen. Die westpreußischen Polen standen andererseits nicht einmal im Blickfeld ihrer eigenen Landsleute. So ließ z. B. das Organisationsschema des "Narodowe

162) Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses, 1866, Bd. II, S. 901.

Towarzystwo Patriotyczne¹⁶³⁾, das sich im übrigen auf alle Gebiete der alten Adelsrepublik erstreckte, das ehemals königliche Preußen unberücksichtigt. Selbst das Polentum im Großherzogtum Posen nahm die einsetzende nationale Eigenbewegung in der Nachbarprovinz nur allmählich zur Kenntnis. Noch in den Berliner Parlamentsdebatten der Revolutionsjahre 1848/49 mußten die westpreußisch-polnischen Abgeordneten die schmerzliche Erfahrung machen, daß die Posener Polen sich ausschließlich für ihre eigenen Belange einsetzten. Der polnische Abgeordnete Sulerzyski berichtet dazu, daß er sich in dieser Zeit davon habe überzeugen müssen, daß Westpreußen bei den Posener Polen, welche die Solidarität der westpreußischen Polen bezweifelten, noch nichts galt¹⁶⁴⁾.

163) = Nationale Patriotische Gesellschaft.
Diese erste umfassende Geheimorganisation bestand von 1821 bis 1826; vgl. hierzu: Historia Polski, Red. Tad. Manteuffel, Bd. II, 2 bis 4, Warszawa 1958 bis 1960, Bd. II 1, Warszawa 1963; hier: Bd. II 2, S. 298.

164) Grot, a.a.O., S. 212.

4. Die westpreußischen Polen und der Deutsche Bund

Wegen der sich in Berlin am 18. März 1848 abzeichnenden revolutionären Stimmung hatte Friedrich Wilhelm IV. um 2 Uhr nachmittags dieses Tages "das Patent wegen beschleunigter Einberufung des vereinigten Landtags" verkünden lassen¹⁶⁵⁾. Für die deutsche Bevölkerung des Großherzogtums Posen und der Gesamtprovinz Westpreußen bedeutete das die Möglichkeit, direkt und aktiv an den Bemühungen um eine politische Einigung Deutschlands teilzunehmen. Den Polen insgesamt erwuchs hingegen umgekehrt und gleichzeitig mit der soeben erwachsenden Hoffnung auf eine Wiedergeburt ihres Staates die Gefahr, daß die von ihnen mitbewohnten Gebiete als "deutsche Provinzen" integrierende Bestandteile eines deutschen Einheitsstaates würden. Eine spätere Herauslösung dieser Provinzen oder auch nur Teile derselben wäre dadurch so gut wie unmöglich geworden, und der polnische Bevölkerungsanteil hätte sich innerhalb eines gesamtdeutschen Einheitsstaates in die hoffnungslose Rolle einer kleinen nationalen Minderheit verwiesen gesehen.

Wie in Posen versuchte die polnische Partei daher auch in Westpreußen, die Aufnahme der Gesamtprovinz in den Deutschen Bund zu verhindern. Das Provisorische Nationalkomitee entsandte einen Vertreter nach Frankfurt, der den dort zusammengetretenen Abgeordneten des Vorparlaments den Standpunkt des westdeutschen Polentums erläutern sollte, und der - entsprechend seinem Auftrag - dann auch am

165) Vgl. Wolff, a.a.O.;
Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II,
S. 574, und:
derselbe, Dokumente, a.a.O., Bd. I, Nr. 140.

3. April 1848 forderte, das Prinzip der Nationalität als Grundlage einer gerechten Abgrenzung anzuerkennen¹⁶⁶⁾.

Schon am 28. März 1848 hatten die Einwohner Westpreußens und der deutschen Teile des Großherzogtums Posen mit einer Eingabe an den zweiten vereinigten Landtag beantragt, in den Deutschen Bund aufgenommen zu werden¹⁶⁷⁾. Auch in anderen Teilen des Landes, vor allem in den deutsch besiedelten Gebieten, wurden solche Forderungen laut. So veröffentlichten die Danziger Kreisstädte am 5. April 1848 eine Erklärung¹⁶⁸⁾, in der sie ihr Befremden über das Wirken polnischer Emissäre ausdrückten, die eine Rückführung Westpreußens in den polnischen Staat verkündeten. Sie verlangten eine baldige und definitive Eingliederung in den Deutschen Bund. Zur selben Zeit erhob auch der konstitutionelle Verein in Danzig in einer Petition "An die Abgeordneten des Deutschen Volkes" die gleiche Forderung¹⁶⁹⁾. Angesichts dieser Vorgänge dürfte die Behauptung¹⁷⁰⁾, daß sich nur die preußischen Junker und Beamten einer Lostrennung Westpreußens von der Monarchie widersetzt hätten, gegenstandslos sein.

Im Artikel 1 der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 war die staatliche Einheit der Monarchie unzweideutig ausgesprochen, indem es dort heißt: "Alle Landestheile

166) Łyskowski, a.a.O., S. 21 ff.

167) Kothe, a.a.O., S. 31. Kothe weist noch eine Fülle weiterer Adressen und Petitionen der deutschen Bewohner in den südlichen Kreisen des Regierungsbezirks Marienwerder nach, vgl. ebenda S. 32 ff.

168) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2 (acta des Kgl. Oberpräsidiums von Preußen), Tit. 30, Nr. 30, Vol. 1, Bl. 206.

169) Schaumann, a.a.O., S. 5 ff., hier: S. 73.

170) aufgestellt von Bukowski, a.a.O., S. LXXVII ff.

der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange, bilden das Preußische Staatsgebiet"¹⁷¹⁾. Die Einführung des konstitutionellen Systems und die Beseitigung der Sonderstellung des Großherzogtums Posen standen in unmittelbarem Zusammenhang. Während die Polen sich bis dahin unter der preußischen Krone stehende Nationalität nur gedanklich vorstellen konnten, machte sie die Verfassung von 1848 zu preußischen Staatsbürgern, d. h. sie hatten nicht mehr als preußische Polen, sondern als polnische Preußen zu gelten. Dies bezog sich auch auf die Polen der Gesamtprovinz Westpreußen, nachdem der Bundesrat bereits am 11. April die Aufnahme Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund beschlossen hatte. Das bedeutete aber zugleich auch, daß sich die Gesamtprovinz an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beteiligen würde. Da man aber polnischerseits den Beschluß des Bundesrates nicht anerkennen wollte, boykottierte man auch die Wahlen. Dieser Boykott wurde vielerorts beinahe vollständig durchgeführt, indem ein Teil der polnischen Geistlichkeit, trotz eines bischöflichen Rundschreibens, im entgegengesetzten Sinn in die Auseinandersetzung eingriff und den Pfarrkindern verkündete, daß ein Aufgehen in Deutschland zu einer Gefahr für ihren Glauben werden könne¹⁷²⁾. Aufrufe der Regierungen, die solchen Darstellungen mit dem Hinweis auf 21 Millionen Katholiken in Deutschland entgegenzutreten wollten, hatten kaum Erfolg¹⁷³⁾. Das bischöfliche Generalvikariat forderte den Klerus mit einem Zirkular vom 9. Mai 1848 auf, der Meinung entgegenzutreten, die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung könnten dem

171) GS 1848, S. 375 ff.

172) Staatliches Archivlager Göttingen: Rep. 2 II, Nr. 2883, Bl. 187 ff.; Rep. 2 Tit. 30, Nr. 30, Vol. 2, Bl. 182 und 189; Rep. A 181 Nr. 1458, Bl. 38 und 151 ff.

173) Zweisprachiger Aufruf der Regierung Marienwerder vom 6. Mai 1848, Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2 Tit. 30, Nr. 30, Vol. 2, Bl. 357.

katholischen Glauben in irgendeiner Weise nachteilig sein. Die Gläubigen sollten darüber aufgeklärt werden, daß der Grundsatz völliger Religionsfreiheit verkündet worden sei¹⁷⁴⁾. Im Gegensatz dazu rief der Posener Erzbischof Przyłuski den Klerus seiner Diözese auf, allen Versuchen, die Gläubigen für Petitionen zu gewinnen, die einen Anschluß des Großherzogtums an den Deutschen Bund erstrebten, entgegenzutreten¹⁷⁵⁾.

In diesem Zusammenhang bedarf es, was das kaschubische Element betrifft, einer nochmaligen Erwähnung des die Eigentümlichkeit der kaschubischen Sprache entdeckt habenden Christoph Coelestin Mrongovius¹⁷⁶⁾. Dieser "wunderliche Mrongovius"¹⁷⁷⁾ hatte 1842 in einer Eingabe an den damaligen Kultusminister Eichhorn den Anstoß zu dem Ministerialerlaß vom 23. Februar 1843 gegeben, nach welchem den Kindern polnischer Kirchensprache polnischer Religionsunterricht erteilt und in gemischtsprachigen Schulen die Unterweisung zuerst in der Sprache der Mehrheit der Kinder, darauf in der der Minderheit erfolgen sollte. Obwohl diesem Erlaß eine ähnliche Bedeutung zukam wie der später noch im einzelnen zu erörternden Schulinstruktion vom 24. Mai 1842¹⁷⁸⁾, durch die im Posener Land der polnischen Sprache die Vorherrschaft im Schulwesen zuerkannt wurde, so wurde hier das Deutsche stärker zur Geltung gebracht. Trotzdem öffnete diese weitherzige Regelung der Unterrichtssprache der Polonisierung der Deutschkatholischen Tür und Tor. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß Eichhorn prinzipiell daran

174) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 30, Nr. 30, Vol. 2, Bl. 489.

175) Text bei Hepke, a.a.O., S. 64.

176) Vgl. hierzu die Ausführungen zu Abschnitt: D II 3, S. 111 Anm. 77) dieser Arbeit.

177) Hahn, a.a.O., S. 7.

178) Vgl. zu Abschnitt F II 2 e), S. 229 dieser Arbeit.

festhielt, die Polen mit deutscher Sitte und Kultur zu befreunden. Es nützte auch nichts, daß sich der preußische Landtag von 1845 in einer eingehenden Denkschrift gegen den Erlaß wandte.

Besonders verhängnisvoll aber war es, daß die Bedeutung der Kaschubenfrage nicht erkannt wurde. Von Mrongovius und den in Leipzig erscheinenden Slawischen Jahrbüchern wurden die Kaschuben für Polen erklärt, der Kultusminister und Nachfolger Altensteins Eichhorn hingegen hielt ihre Sprache für ein "unmögliches Gemisch von Polnisch, Schwedisch und Deutsch, das nur die Unkultur unter ihnen aufrecht zu erhalten geeignet war. Den bodenständigen Charakter ihrer Mundart erkannte er nicht"¹⁷⁹⁾. Aus diesem Grunde hatte Eichhorn auch nichts gegen die Einführung des polnischen Religionsunterrichts bei ihnen anzuwenden. So bedeutete also der Erlaß von 1843 die Auslieferung des Kaschubischen an das Polentum. Offenbar hatte nicht einmal der bis 1840 in der Provinz Posen amtierende Oberpräsident Eduard von Flottwell, der an der Entstehung dieses Erlasses beteiligt gewesen war, bemerkt, daß die durch ihn geförderte Erweiterung des polnischen Sprachgebietes die Eindeutschung Westpreußens ernsthaft gefährdete. Der Provinziallandtag beging den gleichen Fehler, der kaschubischen Sprache jeden eigenen Wert abzusprechen. Im Gegensatz zum Kultusminister Eichhorn entschied er sich aber für das Deutsche, "das den Kaschuben nicht unverständlicher sei als das Polnische". Die ministerielle Verfügung widerspreche geradezu den Interessen des Staates und mache die Früchte einer jahrelangen Anstrengung der Provinzialbehörden zunichte. Der Einspruch fand jedoch kein Gehör. So kannte noch im Jahr 1858 die amtliche preußische Statistik

¹⁷⁹⁾ Hahn, a.a.O., S. 7 ff.

in Westpreußen keine Kaschuben, sondern zählte lediglich im Regierungsbezirk Köslin 3.800 kaschubisch sprechende Personen¹⁸⁰⁾.

Wenn es im Jahre 1848, das wie allen slawischen Völkern so auch den Polen einen großen Aufschwung des Nationalgefühls brachte, nicht wie in Posen zur offenen Rebellion kam, so schlugen die Wogen der Erregung kräftig nach Westpreußen hinüber. Es gelang der polnischen Bevölkerung, dauernd im Lande Fuß zu fassen.

Ohne den späteren Erörterungen über die preußisch-polnische Konfliktsituation vorzugreifen, soll hier auf das in Culm gegründete Gymnasium hingewiesen sein, als dessen unmittelbare Folge sich die Stadt Culm zum geistig-politischen Mittelpunkt entwickelte, der den Polen bisher gefehlt hatte. Hier gab auch 1848 Lic. Knast (katholischer Religionslehrer am Gymnasium) die erste polnische politische Zeitschrift in Westpreußen, die "Szkółka Narodowa" (Die Nationalschule) heraus¹⁸¹⁾. Ihr Leitspruch lautete: "Narodowość i polityka" (Volkstum und Politik)¹⁸²⁾. Der westpreußische Landesverband der "Liga Polska" hatte dort auch seine Zentrale, und von hier aus wurde ein zum Teil in deutschen Druckereien hergestelltes umfangreiches volkstümliches polnisches Schrifttum verbreitet¹⁸³⁾.

180) Zeitschrift des Kgl. preuß. Statist. Bureaus, Jg. 1 (1861), S. 39.

181) Diese Zeitschrift erschien von 1848 bis 1850. 1850 trat an ihre Stelle der Nadwislanin, der sich in den 50er Jahren größte Verdienste um die Erweckung des Polentums erwarb. Die Culmer Zeitschrift darf nicht mit der in Posen herausgegebenen gleichen Namens verwechselt werden, die sich ausschließlich mit Schulfragen im polnischen Sinn beschäftigte.

182) Nr. 1 vom 2. Juni 1848, S. 1.

183) Vgl. Mafkowski, Dzieje drukarstwa, a.a.O., S. 68 ff.

Zusammenfassend muß in bezug auf die Proklamationen, EntschlieBungen, Anträge, Zirkularnoten u.a.m. der Polen in der Gesamtprovinz Westpreußen im Zusammenhang mit dem Problem der Zugehörigkeit Westpreußens zum Deutschen Bund festgestellt werden, daß alle diese Bemühungen nicht nur wegen des Autoritätsverlustes der Frankfurter Nationalversammlung und ihrer völligen Ohnmacht schnell bedeutungslos wurden, sondern sich vor allem deshalb erübrigten, weil die gesamte Provinz Preußen und das Großherzogtum bereits am 3. Oktober 1851 wieder aus dem Deutschen Bund ausgeschieden sind¹⁸⁴⁾.

184) Vgl. Böhning, a.a.O., S. 126.

E Die Situation für Preußen und Polen nach den
Wiener Verträgen

Nach der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 stand Preußen vor der unabdingbaren Aufgabe, Gebiete verschiedener Traditionen, Konfessionen, Sozialstrukturen und nicht zuletzt unterschiedlicher Sprachen davon, wie bereits dargestellt wurde, rund 20 v. H. slawisch sprechender Einwohner, zu einem Staatswesen zu verschmelzen. So wie sich Humboldt¹⁾ über die Bundesakte äußerte, als er die vorübergehende Vertretung Preußens in der Bundesversammlung mit seiner Denkschrift "Über die Behandlung der Angelegenheiten des Deutschen Bundes" vom 30. September 1816 abschloß und den Drang der deutschen Nation, sich zur Einheit zu formieren, als geschichtlich notwendig und politisch berechtigt anerkannte und demzufolge gesagt hat: "Man wird Deutschland nie hindern können, auf irgendeine Weise E i n Staat und E i n e Nation sein zu wollen", ebenso war Preußen jetzt diese Aufgabe durch die Regelungen in der Wiener Schlußakte gestellt. Diese hatte den Polen schließlich nicht nur eine nationale Vertretung, sondern auch nationale Einrichtungen zugesichert²⁾.

Der entsprechende Passus im Artikel 1 Abs. II der Wiener Schlußakte sei deshalb hier noch einmal angeführt: "Les Polonais, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode

1) Vgl. Humboldt, Gesammelte Werke, Bd. XII, S. 57 ff.

2) Vgl. Duparc, a.a.O., S. 144 ff.;
Strupp, a.a.O., S. 163.

d'existence politique, que chacun des gouvernements auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder" ³⁾).

Dazu hatte der englische Außenminister Lord Castlereagh in seinem Memorandum vom 12. Januar 1815 zur Begründung der den Polen zu gewährenden Vertretung in einer Zirkularnote ausgeführt: ⁴⁾ "Die Erfahrung hat gelehrt, daß man nicht durch Versuche der Unterdrückung der Sitten und Gebräuche der Polen das Glück dieser Nation und den Frieden dieses bedeutenden Teiles von Europa zu sichern hoffen darf. Man hat vergebens versucht, sie durch Einrichtungen, die ihren Gewohnheiten und ihren Ansichten fremd sind, die Existenzberechtigung als Volk, ja selbst ihre nationale Sprache vergessen zu lassen..."

Von preußischer Seite hatte Hardenberg dieser Empfehlung zugestimmt und am 30. Januar 1815 erklärt, es gelte den Völkern zu zeigen, daß "ihre nationale Existenz frei und ungeschmälert erhalten werden könne, gleichgültig, welchem politischen System ihr Schicksal verbunden sei". ⁵⁾

3) Vgl. Duparc, a.a.O., S. 118, der hierzu bemerkt: "Nationale Rechte eines Volkes, anerkannt und garantiert durch einen internationalen Vertrag: es handelte sich hier also um den Schutz einer nationalen Minderheit."

4) Zitiert bei Duparc, a.a.O., S. 116 ff.; vgl. auch Frauendienst, Preußisches Staatsbewußtsein, a.a.O.

5) In: Das Staatsarchiv, Sammlung der offiziellen Aktenstücke der Gegenwart, hrsg. von Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klaushold, Hamburg, 1863, Bd. V, S. 337 f.

Bei der sich dem preußischen Staate nach der Wiener Schlußakte gestellten neuen Situation im Gefolge des allgemeinen Wandels des deutschen politischen Bewußtseins nach der napoleonischen Ära und der Befreiungskriege und nicht zuletzt der von den Reformern Stein, Hardenberg, Humboldt, Altenstein, Boyen u. a. ausgehenden Impulse zur Verlebendigung der absolutistisch-bürokratischen friderizianischen Staatsauffassung und Organisation mußte sich die preußische Einstellung auch gegenüber dem polnischen Problem verändern. Solange es sich für den preußischen Territorialstaat nur darum gehandelt hatte, sich mit gleicher Bereitwilligkeit deutsche oder polnische Provinzen und Untertanen anzueignen, "wenn es nur Untertanen waren⁶⁾", sah sich Preußen seit den Befreiungskriegen auf seine künftige historische Rolle als Vormacht in Deutschland verwiesen. Der "Geist der Zeit" bürdete ihm eine deutsche Aufgabe auf, und mit dem Erwerb der Rheinlande, Westfalens und der Provinz Sachsen⁷⁾ wuchs es auch territorial stark nach Deutschland hinein. Bei dieser Aufgabenstellung muß es verständlich erscheinen, wenn das Interesse Preußens an einer Wiederherstellung der 1807 im Tilsiter Frieden verloren gegangenen Herrschaft über weite rein polnische Gebiete erlahmte. Der Staatskanzler von Hardenberg und die leitenden Männer der preußischen Verwaltung sahen eine Rückgabe des polnischen Besitzes in der Ausdehnung von 1795 als ein "trauriges Geschenk für den preußischen Staat" an und wünschten statt dessen,

6) so Bismarck über die preußische Polenpolitik am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Gedanken und Erinnerungen, 1. Bd., a.a.O., S. 309.

7) Über die Gebietsveränderungen Preußens gemäß der Wiener Kongreßakte vom 9. 6. 1815 vgl. Klüber, a.a.O., Bd. 6, S. 3 ff.

daß Preußen seine Macht in Deutschland festige und nur "so viel von den Polen besitzt, als es deutsch zu machen hoffen darf"⁸⁾.

Von der "Berliner Zeitung" ist am 16. Februar 1815⁹⁾ die Haltung der Vertreter Preußens zur polnischen Frage während des Wiener Kongresses wie folgt kommentiert worden: "Es schien wünschenswert, in Zeiten, wo die Eigentümlichkeit des Volksgeistes sich so kräftig und achtbar gezeigt hat, auch Polen - soweit es ohne Verletzung der Rechte und Sicherheit der benachbarten Staaten möglich ist - in eine der Entwicklung seiner Nationalität günstige Lage zu bringen. Preußen hat nicht angestanden, diese wohltätige Absicht seinerseits dadurch zu unterstützen, daß es sich gegen angemessene Entschädigung des Anspruchs auf den Wiederbesitz derjenigen Teile von Polen begeben hat, die nicht ganz unentbehrlich sind, um zweckmäßige Verbindung zwischen seinen älteren Staaten zu bewirken."

Die von Lord Castlereagh - wohl mit Rücksicht auf die englischen Liberalen und vor allem die britische öffentliche Meinung - erhobene Forderung, Polen wieder als unabhängigen Staat zu errichten, war schnell einer realpolitischen Einschätzung der Lage gewichen. Eine Rückgängigmachung der Teilungen, d. h. also Wiederherstellung der historischen Grenzen Polens, wie sie bis 1772 bestanden hatten, war angesichts der inzwischen eingetretenen Machtverschiebungen von vornherein ausichtslos gewesen. Rußland, Österreich und Preußen waren als Mitglieder der siegreichen Koalition gegen

8) Äußerungen des preußischen Staatsrats Hoffmann 1813 und 1814; vgl. Griewank, a.a.O., S. 147 und 149.

9) zitiert nach Cromer, Die Sprachenrechte, a.a.O., S. 614.

Frankreich nicht gewillt, auf alle jene ehemals zu Polen gehörenden Gebiete zu verzichten, die für sie seitdem eine wichtige Grundlage ihrer gewachsenen Staatsmacht darstellten. Preußen und Rußland konnten sich dabei darauf berufen, daß selbst Napoleon das preußische Interesse an der Weichselmündung und die Bedeutung der baltisch-litauischen Ostseeküste für Rußland respektiert hatte. Der Wiener Kongreß warf deshalb auch nicht das polnische Problem vom Grunde her auf, sondern erörterte nur die Frage, was aus dem "Herzogtum Warschau" werden sollte.

Das von Rußland kraft des Eroberungsrechts beanspruchte "Herzogtum Warschau" bestand ausschließlich aus ehemals preußischen und österreichischen Gebietsteilen, nämlich einerseits aus den von Preußen im Tilsiter Frieden abgetretenen Gebieten (Netzedistrikt mit Bromberg); Provinz Südpreußen mit Thorn, Gnesen, Posen, Kalisch und Tschenstochau; Provinz Neuostpreußen mit Bialystock und Warschau) und andererseits aus den von Österreich im Frieden von Schönbrunn 1809 abgetretenen Gebieten (Westgalizien mit Krakau, Sandomir, Lublin, Kielce und Radom). Zar Alexander I. war entschlossen, - eben, weil er der Auffassung war, daß das Herzogtum Warschau nach Kriebsrecht sein Eigentum geworden sei, über das er frei verfügen könne -, den beiden Verbündeten die Rückgabe dieser ihnen aus der zweiten und dritten Teilung zustehenden Gebiete zu verweigern, allenfalls keinerlei Grenzberichtigungen zuzugestehen. Immerhin hatte aber Alexander die Haupttrümpfe in der Hand. So machte er sich zu dem eifrigsten Fürsprecher für die Erhaltung des Herzogtums Warschau in seinen bisherigen Grenzen, wobei er sich die Protektorrolle vorbehielt, die einst Napoleon innegehabt hatte. Als fait accompli wirkte in dieser Richtung, daß russische Truppen bei der Verfolgung Napoleons das Herzogtum Warschau in Besitz

genommen hatten und der russischen Partei unter dem polnischen Adel, geführt von Fürst Adam Chartoryski, der maßgebliche Einfluß in Warschau zugeschanzt worden war. Eine solche bedingte Wiederherstellung Polens unter russischer Hegemonie begegnete jedoch nicht nur in Wien und Berlin, sondern auch in London aus Gründen des europäischen Gleichgewichts starken Bedenken. Metternich und Lord Castlereagh unterstützten deshalb das Verlangen Preußens, zur strategischen Sicherung und Arrondierung seiner Ostgrenzen wenigstens einen Teil des Herzogtums Warschau mit der Weichsel-Festung Thorn und der Stadt Posen zurückzuerhalten¹⁰⁾.

Am 21. April und 3. Mai 1815 erfolgte zwischen Preußen und Rußland die vertragliche Aufteilung des Herzogtums Warschau¹¹⁾. Rußland gewann fast das gesamte polnische Kerngebiet. Preußen erhielt von den Erwerbungen der zweiten und dritten Teilung neben Danzig nur Posen zurück¹²⁾. Die besondere völkerrechtliche Fassung der Aufteilungsbestimmungen, die auf Lord Castlereagh zurückging, suchte den Polen wenigstens eine völkerrechtliche Garantie für die Erhaltung ihrer Nationalität zu verschaffen. Dabei konnte Preußen auf diese englische Version um so eher eingehen, als es sich aus Rücksicht auf die Polenpolitik Alexanders Schwierigkeiten an seiner Grenze nicht leisten konnte.

Trotz des unklaren Kompromisses besiegelten die Wiener Beschlüsse insofern eine Teilung Polens, als sie den russischen, österreichischen und preußischen Besitz ehemals polnischer Gebiete, sofern diese außerhalb

10) Vgl. Broszat, a.a.O., S. 57/58.

11) Der Vertrag zwischen Preußen und Österreich wurde am 4. Mai 1815 geschlossen; vgl. Klüber, a.a.O., Bd. V, S. 121 bis 137.

12) Schinkel, a.a.O., S. 32, und Klüber, a.a.O., Bd. VI, S. 97 bis 119.

des Herzogtums Warschau lagen - also: Litauen, Ruthenien, Galizien, Pommerellen, Ermland -, überhaupt nicht in Frage stellten und auch das von Napoleon verselbständigte polnische Kernland (mit der nur symbolischen Ausnahme des zur Republik erklärten Gebietes um Krakau) entweder der Souveränität des russischen Zaren oder der des Königs von Preußen unterwarfen. Gleichzeitig nahmen die in Wien versammelten Staatsmänner aber die Bereitschaft Alexanders, den Polen im ehemaligen Herzogtum Warschau weitestgehende Selbstverwaltung zu gewähren, wohlwollend auf und stellten mit Lord Castlereaghs Formulierung der polnischen Nationalität eine gewisse völkerrechtliche Garantie aus. So wurde durch die Wiener Verträge die polnische Nationalität unter den Schutz und die Garantie der Mächte gestellt. Auch die Freiheit des Verkehrs zwischen den polnischen Teilungsgebieten sollte nicht durch Zollschränken gehemmt und erschwert werden. Im übrigen wurden die polnischen Provinzen jedoch den Teilungsmächten zu völliger Souveränität und völligem Eigentum überlassen, wobei auch die Ausführung der völkerrechtlichen Garantiebestimmungen ihrem Ermessen anheimgestellt wurden¹³⁾.

Der Sinn dieser vertraglichen Garantie, deren Passus in dem bereits erwähnten preußisch-russischen Vertrag vom 3. Mai 1815 bei aller Verkläuterung wörtlich übersetzt lautet: "Die Polen werden als Untertanen der jeweiligen hohen vertragschließenden Parteien Institutionen erhalten, welche die Regierungen, zu denen sie gehören, für nützlich und angebracht halten, ihnen zu gewähren"¹⁴⁾, war grundsätzlich nicht zweifelhaft.

13) Vgl. Schinkel, a.a.O., S. 22.

14) Broszat, a.a.O., S. 59, von dem die inhaltlich nicht zu beanstandende Übersetzung herrührt; vgl. aber im übrigen: Martens, a.a.O., S. 227, bzw. in: Nation und Staat, a.a.O., S. 618 Anm. 8.

Durch dieses Garantieversprechen in verbindlicher Form sollte die Entnationalisierung der Polen durch die Teilungsmächte ausgeschlossen und diese verpflichtet werden, "der polnischen Nation in irgendeiner Form Autonomie zu gewähren". Den Ausführungen Broszats ist meines Erachtens zu folgen, wenn er deduzierend zu der Feststellung gelangt: "Da aber alles Weitere dem Ermessen der Teilungsmächte überlassen blieb, stand der kasuistischen Interpretation Tür und Tor offen. Obwohl der Text der Garantie eine solche Beschränkung nicht enthielt, gingen die drei Teilungsmächte davon aus, daß die Berücksichtigung der polnischen nationalen Besonderheit nur für diejenigen Gebiete verbindlich sei, die sie seit 1815 als Bestandteile des ehemaligen Herzogtums Warschau zugesprochen erhielten. Österreich, das unverändert im Besitz Galiziens verblieb, fühlte sich deshalb kaum überhaupt betroffen. Und Rußland und Preußen beschränkten die mehr oder weniger weitgehende nationale Reorganisation auf ihre Anteile aus dem Herzogtum Warschau."¹⁵⁾

Nach Broszats Meinung, die noch der eingehenden Kritik bedarf, kommt man zu dem Schluß, daß dies ähnlich wie für Rußland ... für Preußen bis 1848 und teilweise bis zur Reichsgründung von 1871 Polenpolitik nach zweierlei Maß bedeutete, nämlich: Im wesentlichen unveränderte Einschmelzungs- und Germanisierungspolitik in Westpreußen, daneben teils aufrichtige, teils notgedrungen, halbherzige Tolerierung der polnischen Nationalität im sogenannten Großherzogtum Posen. Deshalb seien nach Broszats Ansicht "die Aussichten auf eine Befriedigung der polnischen Hoffnungen unter diesen Umständen gering" gewesen. Eine Auseinandersetzung mit diesem Resümee wird interessant, wenn man sich Bismarcks Worte in seiner

15) Broszat, a.a.O., S. 59/60.

Rede vor der Zweiten Kammer am 6. September 1848 erinnert, wo er rückblickend auf die Zeit seit 1815 gesagt hat, daß sich in ihr ein "spezifisches Preußentum" gebildet hätte¹⁶⁾.

16) Bismarck, Gesammelte Werke, a.a.O.,
Bd. XI, S. 39.

I Das Besitznahme-Patent und der königliche Zuruf

Wenn auch der englische Außenminister Lord Castlereagh mit seiner "ostensiblen" Zirkularnote vom 12. Januar 1815¹⁷⁾ für das britische Parlament und die britische Öffentlichkeit gesprochen haben mag, so sahen sich die Polen jedenfalls in ihren Hoffnungen bestärkt; sie knüpften daran auch ihre Ansprüche. Für sie kam alles darauf an, wie Rußland, Österreich und Preußen den so gespannten Rahmen ausfüllen würden.

Schon am 10. April 1815 hatte der Zar Alexander I. Pawlowitsch aus Wien an den Senatspräsidenten in Warschau, Graf Ostrowski, ein Schreiben gesandt, in dem er ihm mitteilte, daß er den Titel eines Königs von Polen annehme, wobei er zugleich feststellte, daß " ... le grand intérêt du repos général n'a pas permis que tous les Polonais fussent réunis sous le même sceptre ..." ¹⁸⁾ Mit der dann am 25. Mai 1815 erfolgten Proklamation, mit der Alexander zugleich auch vom Lande Besitz ergriff, fühlten sich nicht nur die Polen selbst, sondern auch die polnischen Einwohner Preußens und Österreichs angesprochen ¹⁹⁾. Mit dieser Proklamation spielte Alexander zugleich aber auch die panslawistische Gemeinsamkeit aus. Auch Haß auf die Deutschen zeigte sich an, weil diese angeblich die Polen am grausamsten bedrücken und an der polnisch-russischen Feindschaft schuld wären ²⁰⁾.

17) zitiert bei Duparc, a.a.O., S. 116 ff.

18) Manteuffel-Szoegge, a.a.O., S. 57.

19) Vgl. Handelsmann, a.a.O., S. 5 ff., wo zugleich die Entstehung der neuen Verfassung geschildert wird.

20) Vgl. Frauendienst, Preußisches Staatsbewußtsein, a.a.O., S. 312.

Alexander erweckte auch unklare Aussichten darauf, daß er das russische Westgebiet mit Kongreßpolen²¹⁾ zu dem alten polnischen Reich vereinigen und als slawischen Bruderstaat neben Rußland stellen werde. Was er seinem neuen Königreich gewährte, war neben der liberalsten Verfassung des damaligen Europa eine autonome Verfassung und Justiz unter einem Vizekönig, eine neutrale Armee, getrennte Finanzen und eine 1816 in Warschau gegründete Universität.

Diesem von Alexander gegebenen Beispiel der Tolerierung der polnischen Selbständigkeit in Kongreßpolen konnte Friedrich Wilhelm III. nur schwer folgen. Für ihn mußten solche Beispiele "revolutionäre Errungenschaften"²²⁾ bedeuten. Wenn er überhaupt "in Konkurrenz" hierzu treten konnte, so geschah es durch die viel berufenen, zuletzt noch einmal von Bismarck in seiner Rede vom 29. Januar 1886 verlesenen und kritisch zerpflückten Dokumente: "Das Besitznahmepatent" und die "Proklamation" vom 15. Mai 1815. Verglichen mit der Proklamation Alexanders I. handelt es sich "um zwei einfache, nüchterne, kurze, sachliche Schriftstücke, die vielleicht mit Ausnahme des Schlusses der Proklamation nicht mehr enthalten, als nach Lage der Dinge erforderlich war"²³⁾.

21) das unter russischer Hoheit stehende Zentralgebiet Polens, seit dem Wiener Kongreß "Kongreßpolen" genannt.

22) Frauendienst, a.a.O., S. 312.

23) Ebenda.

II Zum Text der Urkunden

1. Das Besitznahme-Patent

Das Besitznahme-Patent²⁴⁾ enthält zunächst die Beschreibung der Gebietsgrenzen der neuen Provinz. Wichtig allein ist hierbei, daß die hinzukommenden Wiedererwerbungen nicht als ein unteilbares Ganzes für sich behandelt wurden. Es erfolgte vielmehr eine Einverleibung wie auch bei den Erwerbungen am Rhein und in Sachsen. Ferner wurden Landstriche provinziell ausgetauscht. Die Gebiete um Thorn samt dieser Stadt wurden wieder mit Westpreußen, Teile des Netzedistrikts mit Posen vereinigt. Diese Provinz erhielt, staatsrechtlich unwesentlich, den Namen Großherzogtum Posen, ähnlich dem Großherzogtum Niederrhein und dem Herzogtum Sachsen. Die Annahme des Titels "Großherzog von Posen" in dem königlichen Gesamttitel bedeutete nicht etwa eine Personalunion mit diesem Lande. König Friedrich Wilhelm III. nahm diesen Titel in Anlehnung an Fürst Anton Radziwiłłs frühere Vorschläge an. Besondere Auszeichnungen waren nur die Verleihung eines eigenen Wappens, des weißen Adlers im Herzschild des preußischen schwarzen Adlers, jedoch nur für die oberen Provinzialbehörden²⁵⁾. Ferner wurden der Provinz eigene Ziviluniformen und anfangs sogar besondere Münzen zugebilligt.

24) Vgl. Klüber, Acten des Wiener Kongresses, a.a.O., Bd. VII, S. 193 ff.

25) Mißbräuchlicherweise geschah dies auch von den unteren Instanzen und wurde erst 1833 abgestellt; vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, Auflage 1920, a.a.O., S. 46.

Hardenberg, der während der ihm noch verbleibenden Amtszeit als Staatskanzler (bis 1822) dem großherzoglichen Posen gegenüber auf eine Politik betonter Konzilianz hingewiesen hatte, veranlaßte schon 1815 in Wien die Ernennung seines als polenfreundlich bekannten Ratgebers Josef von Zerboni di Sposetti zum Oberpräsidenten in Posen und brachte Friedrich Wilhelm III. dazu, Fürst Anton Radziwiłł (der durch seine Heirat mit der Prinzessin Luise von Preußen, Tochter des Prinzen Ferdinand, mit dem Berliner Hof eng verbunden war) als ständigen königlichen Statthalter in Posen einzusetzen.

2. Die königliche Proklamation

Die Tendenz, das Polentum der Provinz Posen zu beschwichtigen und einen - wenn auch nicht revolutionären - Wandel preußischer Politik gegenüber jenen Jahren erkennen zu lassen, in denen das Großherzogtum als Teil der Provinz Südpreußen von 1793 bis 1807 einem schematisch-bürokratischen Regiment unterworfen worden war, sollte nun in der königlichen Proklamation, dem königlichen Zuruf - wie diese allgemein genannt wurde - Ausdruck finden.

Die Proklamation wie auch das Besitznahmepatent waren von dem späteren ersten Oberpräsidenten der Provinz, Joseph von Zerboni di Sposetti, mit "gewohntem Enthusiasmus ohne kühle Überlegung" entworfen, und zwar aufgrund der Richtlinien, die auf einer Konferenz der zuständigen preußischen Behördenchefs am 7. April 1815 in Wien für das in Posen zu befolgende Verfahren festgelegt - und von Hardenberg mit "gewohnter Leichtfertigkeit nur flüchtig überprüft"²⁶⁾ waren. Dadurch - und wegen der mangelhaften Präzision ihrer Fassungen - waren die Schriftstücke in der Tat geeignet, Hoffnungen zu erwecken, deren Erfüllung sich bald als unmöglich herausstellen sollte. Sie waren zugleich dazu angetan, dem gegnerischen Partikularismus einen Schein von Berechtigung zu verleihen^{26a)}.

26) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 47

26a) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 45 ff.; Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, a.a.O., Bd. I, S. 645; auch Lauberts Schriftenverzeichnis, in: Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, 1937 (Heft 33), S. 44 bis 48

In dem königlichen Zuruf, in welchem auch die Befugnisse des ernannten Statthalters und die des Oberpräsidenten erwähnt werden, heißt es u. a.:

" Auch Ihr habt ein Vaterland... Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, welche Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten.

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotierung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigentum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Beratung Ihr künftig zugezogen werden sollt... Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern des Großherzogthums, so wie zu allen Ämtern, Ehren und Würden Meines Reiches offenstehen.

Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residieren. Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen, und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen. "

Ferner wurde in Aussicht gestellt, daß der Oberpräsident bei der Organisation von den einheimischen Geschäftsmännern den Gebrauch machen werde, "zu dem sie ihre Kenntnisse und Euer Vertrauen eignen... Wichtige Erfahrungen haben Euch gereift. Ich hoffe auf Eure Anerkennung rechnen zu dürfen"²⁷⁾.

Die Wendung: "Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erfahren", konnte in der Tat mißverstanden werden und zu der polnischen Deutung Anlaß geben, die Polen hätten ein eigenes Polnisches Vaterland erhalten,

27) Laubert, a.a.O., Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 45 ff.

d. h., ihr Sonderstreben hätte damit einen Schein von Berechtigung erfahren. Einer solchen Mißdeutung, die durch einen klaren Text von vornherein hätte ausgeschlossen werden können, sollte zwar dadurch vorgebeugt sein, daß bei der Vorberatung zu Protokoll gegeben wurde, die Worte enthielten keine Sonderstellung der Provinz. Als in den sechziger Jahren das Gefahrenproblem der Bildung "eines Staates im Staate" im Gespräch war, hat übrigens der Sohn des ersten Statthalters, General der Infanterie Fürst Wilhelm Radziwiłł, in einer Eingabe an König Wilhelm I. vom 6. April 1861 eindeutig bestätigt: "Unberechtigt ist die Erwartung, daß das Großherzogtum Posen eine vom Preußischen Staate abgesonderte Provinz mit einer Ausnahmestellung zu bilden habe, die es zu einem "status in statu" machen würde, mit einer aus Eingeborenen allein gebildeten Verwaltung. Unberechtigt ist die Forderung, aus dem dem Großherzogtum bei der Besitznahme gewährten Statthalter ein Recht begründen zu wollen, ihn als eine unabänderliche Institution zu behalten. Durch den Provinziallandtag und der Teilnahme an dem Allgemeinen Landtag ist dem Großherzogtum der politische Anteil an dem öffentlichen Leben gewährt, den es billigerweise zu fordern hat".²⁸⁾ Für den weiteren Passus der Proklamation: "Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität leugnen zu dürfen, Ihr werdet wie an der Constitution teilnehmen, welche Ich Meinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Vertretung erhalten", war wiederum die Feststellung der Einverleibung entscheidend. Obwohl die Provinz Posen, wie noch im einzelnen darzustellen ist²⁹⁾, integrierender Bestandteil der preußi-

28) Vgl. Oncken, a.a.O., S. 222 ff.

29) Siehe S.186 ff. und S.199 dieser Arbeit

schen Monarchie, staatsrechtlich jedoch erst durch die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 in das preußische Staatsgebiet aufgenommen wurde und dieselben Gesetze, dieselbe Verwaltung wie die anderen Teile des preußischen Staates erhielt, fehlte es jedoch an jeder Selbständigkeit. Zu keiner Zeit war daran gedacht worden, diese Provinz auf eigene oder gar polnisch-nationale Füße zu stellen und somit aus dem preußischen Staate gewissermaßen einen Bundesstaat zu machen. Der sicherste Gradmesser für die politische Stimmung der Provinz waren die Landtage. Als der 5. Landtag von 1841 mit polnischer Mehrheit seine Wünsche auf eine Sonderstellung nicht nur lautstark, sondern auch in dreister und ungehöriger Form äußerte³⁰⁾, fühlte sich der versöhnungsbereite König Friedrich Wilhelm IV. derart stark ernüchtert, daß er im Landtagsabschied vom 6. August 1841 seinen polnischen Freunden ernst in das Gewissen reden zu müssen glaubte. Er tat dies mit folgenden Worten:³¹⁾

" Meine Zufriedenheit mit dem Eifer und der Tätigkeit der Versammlung würde noch vollkommener und unge-trübter gewesen sein, wenn nicht ein bedeutender Teil der Versammlung sich zu Äußerungen und Anträgen hätte hinreißen lassen, die mit Verkennung der allein richtigen Stellung der Provinz, aus der Vorstellung und Tendenz einer politisch-nationalen Sonderung des Großherzogthums von dem deutschen Kern der Monarchie hervorgegangen, Uns die Pflicht auflegen, einer solchen mit dem Wohl des Landes und Unserer polnischen Unterthanen unvereinbaren Vorstellung und allen Täuschungen, welche sich daran knüpfen, mit landesväterlichen Ernst entgegenzutreten. In Übereinstimmung mit den Wiener Traktaten haben das Besitznahmepatent und der königliche Zuruf die Einwohner der Provinz Posen der Monarchie einverleibt. Damit ist die Stellung der verschiedenen Nationalitäten und der Gang ihrer

30) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 78.

31) Ebenda, S. 79.

ferneren Entwicklung unverrückbar vorgezeichnet. Der polnischen Nationalität ist Berücksichtigung und Schutz verheißen. Die rühmliche Liebe jedes edlen Volkes zu seiner Sprache, seiner Sitte, seinen geschichtlichen Erinnerungen auch in den Polen zu achten und zu schätzen, war der Vorsatz der Vollzieher der Wiener Traktate... Aber wie jede Sache an die Bedingung geknüpft ist, daß sie nicht mißbraucht werde, so können auch Wir Unsere Verheißung und Unsere Absichten von diesen Bedingungen nicht lösen. In der untrennbaren Verbindung mit Unserer Monarchie hat das Nationalgefühl der Polnischen Unterthanen Unserer Provinz Posen die Richtung seiner fernerer Entwicklung, die festen Schranken seiner Manifestation zu erkennen. Die Verschiedenheit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen der e i n e n Monarchie, des Staates, dem sie gemeinsam und für immer angehören, in dem Namen Preußen. "

Noch entschiedener, als es in dieser königlichen Erklärung zum Ausdruck kam, hatte sich der Minister des Inneren, Graf Schwerin, am 22. April 1861 im Landtag geäußert³²⁾. Veranlassung hierzu war ein polnischer Antrag gewesen, die Regierung solle dahin wirken, daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrecht gewährleistete territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesamtstaates von 1772 sowie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zustehenden nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung kommen und daß sie nicht länger willkürlich von den verpflichteten Mächten verkümmert werden möchten. Darauf hatte Graf Schwerin besonnen erwidert: "Es kommt nicht darauf an, was in diesem oder jenen Vertrag steht, sondern nur darauf, daß die Provinz Posen von dem Könige von Preußen mit voller Souveränität in Besitz genommen ist, was bedingt, daß in ihr kein anderes Recht gilt, als nur preussisches Gesetz und Recht... Die Regierung wird jede Übertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen."³³⁾

32) siehe bei Laubert, a.a.O., S. 112.

33) Ebenda.

Bei den weiteren in dem königlichen Zuruf vom 15. Mai 1815 enthaltenen Garantieverprechen, insoweit sie die Aufrechterhaltung der Religion, die Rückkehr der persönlichen Rechte und des Eigentums, den Sprachgebrauch und schließlich die Betreuung durch den vom König eingesetzten Statthalter betreffen, handelt es sich um die eigentlichen nationalitätenrechtlichen Garantien. Wie es auch in der Instruktion an Radziwiłł vom 16. Mai 1815 und selbst nach einer gewissen Erweiterung seiner Befugnisse durch die königliche Cabinets-Ordre vom 14. Juni 1816 zum Ausdruck kam, war der Oberpräsident der eigentliche Leiter der Provinzialverwaltung³⁴⁾.

Von polnischer Seite ist die Ernennung Radziwiłłs zum Statthalter der Provinz in der Weise apostrophiert worden, daß man in seiner Ernennung die einzige Verwirklichung der gemachten Verheißungen Friedrich Wilhelms III. erblickt hat, nämlich die, sich seinen eigenen Stellvertreter zu ernennen. Und in Ansehung des bestellten Oberpräsidenten ist gesagt worden, daß - während an der Spitze aller anderen preußischen Provinzen Oberpräsidenten standen - man in der Provinz Posen neben dem Amt des Oberpräsidenten noch das Amt des Stellvertreters des Königs gebildet worden ist. Im polnischen Text heißt es bei Buzek³⁵⁾ unter der Überschrift: "Czasy namiestnikowstwa ks. Antoniego Radziwiłła (Die Zeit des königlichen Stellvertreters Fürst Anton

34) Vgl. Laubert, a.a.O., siehe Anlagen. Der durch Gesetz vom 27. März 1824 für Posen gebildete Provinziallandtag ist als letzter der Monarchie erst 1827 zusammengetreten mit 24 Stimmen der Ritterschaft, 16 der Städte und 8 der Landgemeinden. Bei knapper polnischer Mehrheit standen an deren Spitze: Fürst Sułkowski und Graf Raczyński. Vgl. Laubert, a.a.O., S. 53.

35) Vgl. Buzek, a.a.O., § 4 I, S. 45.

Radziwiłł): "Z przyrzeczonych traktatami wiedeńskimi instytucyj i reprezentacyj narodowych otrzymali Polacy księstwa tylko jedną, mianowicie obsobnego namiestnika królewskiego. Podczas gdy na czele wszystkich innych prowincyj pruskich stali naczelnii prezesi, w Poznańskiem utworzono obok urzędu naczelnego prezesa jeszcze urząd królewskiego namiestnika". (Von den in den Wiener Traktaten versprochenen Institutionen und National-Repräsentationen erhielten die Polen des Herzogtums nur eine, nämlich einen eigenen Stellvertreter des Königs. Während an der Spitze aller anderen Provinzen Oberpräsidenten standen, bildete man im Posener Land neben dem Amt des Oberpräsidenten noch das Amt des Stellvertreters des Königs.)

Am Schluß der Proklamation spricht Friedrich Wilhelm III. die wohlwollenden Wünsche aus, wonach das Vergangene völlig vergessen sei, und er mit Sorgfalt das tief erschöpfte Land zum Wohlstand zurückführen wolle und er bei allen Anstrengungen auf die Anerkennung der polnischen Untertanen hoffe, Worte, die Bismarck als den "Irrtum eines edlen Herzens" bezeichnete³⁶⁾.

Die von der Proklamation angesprochenen Einwohner des Großherzogtums Posen, d. h. also die Deutschen miteinander geschlossen, waren zu etwa 60 v. H. Polen und nur zu rund 40 v. H. Deutsche³⁷⁾. Unter Bezugnahme auf die statistische Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren kommt man mit Rogmann³⁸⁾ für das Großherzogtum Posen zu folgenden Einwohnerzahlen:

36) Bismarck, Gesammelte Werke, a.a.O., Bd. XIII, S. 171.

37) sofern mit Frauendienst, a.a.O., S. 315, unter Bezugnahme auf Oncken, a.a.O., S. 223 ff., ein Rückschluß aus den statistisch erfaßten Nationalitätenverhältnissen von 1900, 1905 und 1910 zulässig ist.

38) Vgl. Rogmann, a.a.O.

In den Jahren zwischen

1816-1831	Deutsche rund	328.000,	Polen rund	492.100
1834-1849	"	" 376.300	" "	564.500
1854-1864	"	" 382.700	" "	574.100
1867-1880	"	" 427.100	" "	640.000

Diese Zahlen weichen ab von den statistischen Angaben, die in den Akten des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten enthalten sind³⁹⁾.

Danach hätte die Gesamtbevölkerung der Provinz Posen 1815/16: 789.999, im Jahre 1834/35: 1.139.555 und im Jahre 1858: 1.403.628 betragen. Mithin hätten für das Jahr 1815/16 (unter Zugrundelegung eines Durchschnittshundertsatzes von 40 % Deutsche und 60 % Polen) die Einwohnerzahlen betragen:

1815/16	Deutsche rund	316.000,	Polen rund	474.000
1834/37	"	" 559.800	" "	839.700
1858	"	" 561.450	" "	842.200

Diese Angaben sind gegenüber den Tabellen bei Böckh⁴⁰⁾ erheblich höher, so daß die zuerst genannten Zahlen zwischen den beiden Statistiken liegen und den tatsächlichen Verhältnissen am ehesten entsprechen dürften. Eine Korrektur dieser Zahlen zuungunsten des preußischen Bevölkerungsanteils ergibt sich, wenn man den Durchschnittshundertsatz nicht bei 40 % und den der Polen bei 60 % annimmt, sondern, wie z. B. Schinkel⁴¹⁾ bei 33,3 % deutscher und 66,6 % polnischer Bevölkerung.

39) DZA Rep. 87 B, Nr. 9489

40) Böckh, Der Deutschen Volkszahl, a.a.O., S. 238/239.

41) Schinkel, a.a.O., S. 33.

Unverkennbar waren aber mit dem königlichen Zuruf vor allem die polnischen Einwohner angesprochen. Ihnen wurde grundsätzlich die Erhaltung ihrer Sonderart zugesichert. Der preußische König übernahm nunmehr aus den internationalen Garantien der Wiener Verträge diese als Verpflichtungen der Krone, wenn auch in wenig ausführlicher Gestalt. So wurden zwar eine allgemeine Anerkennung der polnischen Nationalität, die Aufrechterhaltung der Religion und die Sicherung der Sprache verkündet; dabei verstand man die Sprachsicherung in der Weise, daß die polnische Sprache in der Schule gelehrt und alle Möglichkeiten dafür geschaffen werden sollten, damit sie in Verwaltung und bei Gericht, wie überhaupt im amtlichen Verkehr, angewendet werden konnte. Auch diese Zusicherung erfolgte ganz allgemein, so daß es darauf ankam, ob sie von den Unterbehörden auch tatsächlich durchgeführt wurden. Polen sollten auch Beamte werden können. Dies wurde, wie sich bald zeigte, in einem Umfang durchgeführt, daß geradezu eine Benachteiligung der Deutschen erfolgte. So wurde der polnische Adelförmlich umworben, ohne selbst viel Zuneigung zum preußischen Dienst zu empfinden⁴²⁾. Anders verhielt es sich allerdings bei der im stehenden preußischen Heer aktiv dienenden polnischen Aristokratie. Das Kennzeichen für diese polnischen Adligen, die sich für diesen Dienst entschlossen, liegt darin, daß sie im Moment ihres Entschlusses bereit sind, sich den preußischen Gesetzen zu beugen und sich anzugleichen. Diese polnischen Aristokraten, worauf noch später bei Behandlung des Verhältnisses des polnischen Adels zur königlich preußischen Armee eingegangen werden soll, fühlten sich sogar als echte Preußen und nicht mehr als Polen, was sich verschiedentlich auch in ihrer Namensänderung zeigte⁴³⁾.

42) Vgl. Frauendienst, a.a.O., S. 315.

43) Bangert, a.a.O., S. 509. Als Beispiel führt B. den Namen Fabecki an, der zu Fabeck wird. Beispiele für gemischte (deutsch-polnische) Namen sind: Stein - Kaminski, Rosenberg - Gruszczyński, Köhn - Jaski u.a.m. - Im Falle der Polonisierung wurde z. B. aus von Schweinichen: Swinka.

3. Der staatsrechtliche Gehalt der königlichen Proklamation

Staatsrechtlich gesehen handelt es sich bei der Proklamation keinesfalls um einen Staatsvertrag und erst recht nicht um einen solchen zwischen gleichberechtigten Partnern. Dabei erhebt sich die untergeordnete Frage, mit welchem Partner der König einen solchen Vertrag hätte schließen sollen. Die Provinz war zudem auch nicht ein etwa geschlossener Siedlungsraum, sondern ein völkisches Mischgebiet. Jede Sonderstellung wäre auch, ob kulturell oder politisch gesehen, eine Benachteiligung der Deutschen in Posen gewesen, deren Zahl - wie wir sahen - zwei Fünftel der Bevölkerung betrug. Schließlich hatten nicht nur die Deutschen auf die Polen, sondern diese auch auf die Deutschen Rücksicht zu nehmen, die hier ihre Heimat hatten und entsprechende Rechte für sich in Anspruch nehmen konnten. Gerade dieses Bevölkerungsgemisch hat das deutsch-polnische Problem verschärft und es dann - wie noch untersucht werden soll - praktisch unlösbar gemacht. Posen konnte bei dieser Sachlage keine eigene Verfassung haben, die bei ihrem Einwohnerngemisch anerkennen konnte, daß die Provinz polnisch war, wie der polnische Abgeordnete Janiszewski in der Frankfurter Nationalversammlung hatte folgern wollen⁴⁴⁾.

Hatten die Polen bereits die Nichtausdehnung der mit der Proklamation gegebenen Zusagen auf Westpreußen oder mindestens auf die ihm zugelegten Erwerbungen von 1815 als "schnöde Verletzung"⁴⁵⁾ ihrer Rechte empfunden,

44) Vgl. Frauendienst, a.a.O., S. 316.

45) Laubert, a.a.O., S. 47.

so hatte es nicht an Preußen gelegen, die Provinz samt Ost- und Westpreußen, die beide noch eine einzige Provinz gewesen waren, zu einem Teil des Bundesgebiets zu machen. Ein solcher Versuch ist 1815 und 1816 am Widerspruch Metternichs gescheitert, der den Einfluß der Machtsphäre Preußens im Bunde nicht zu groß werden lassen wollte.

Bei dem königlichen Zuruf handelt es sich von staatsrechtlicher Sicht - wie klar herausgestellt werden muß - vielmehr um eine einseitige und gelegentlich wiederholte einseitige Willenserklärung des Monarchen und um keinen gegenseitigen Vertrag. Der König versprach gleichsam als Ausfluß des in den Wiener Verträgen zum Inhalt gemachten Strebens aller Beteiligten zum Gesamtwohl staatlichen Zusammenlebens, die polnische Nationalität, wie sie für Preußen nützlich und förderlich erschien, zu schützen. Aus dieser lediglich einseitigen Erklärung konnten die polnischen Bürger rechtliche und etwa über diese Erklärung hinausgehende weitere nationale Ansprüche weder herleiten noch begründen. Mit den Versprechen der Proklamation waren schließlich auch keine neuen Rechte verheißen worden. Die Achtung der Religion, des persönlichen Rechtes und Eigentums sowie der Sprache, galten als Menschen- und Bürgerrechte mit und ohne Verfassung. Anders als Alexander I., der bereits im August 1817 in einem Schreiben an seinen Statthalter in Warschau seinerseits klar zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Bindung durch die Verfassung nur einseitig für die Polen bestünde, brauchte Friedrich Wilhelm III. seine Zugeständnisse nicht zurückzunehmen⁴⁶⁾. So wie Alexander das Recht für sich in Anspruch nahm, die den Polen gewährten Wohltaten jederzeit zurückzunehmen, wenn sie sich ihrer unwürdig erwei-

46) Vgl. Frauendienst, a.a.O., S. 316.

sen sollten, so hat sein Nachfolger Nikolaus I. nach dem polnischen Aufstand von 1830/31 davon Gebrauch gemacht.⁴⁷⁾ Insoweit handelte es sich also um eine Zurücknahme eingegangener Verpflichtungen, ob zurecht oder nicht, ist hier nicht weiter zu untersuchen.

Im Gegensatz zu dieser Haltung Nikolaus I., die mit drakonischen Strafmaßnahmen gegen die Rädelsführer des Aufstandes begleitet war, wurde die reaktionäre Wendung der russischen Polenpolitik preußischerseits allgemein, insbesondere jedoch von der preußischen Generalität und den höheren Beamten der Provinzialverwaltung im Osten, mit Erleichterung aufgenommen, denn durch die Maßnahmen Nikolaus I. sah man sich preußischerseits nicht mehr genötigt, auf die von Alexander in Kongreßpolen eingeführte Konstitution den 1815 aufgestellten Grundsätzen zur Erhaltung der polnischen Nation von seiten Preußens zu entsprechen. "Das Experiment eines Versöhnungskurses in Posen erschien rückblickend als gefährliche, vom polnischen Adel mißbrauchte Konzession."⁴⁸⁾ Der General von Roeder, Chef des V. Armeekorps, dessen Denkschriften von einer genauen Kenntnis der menschlichen und örtlichen Situation zeugten, hatte in einem für den Oberpräsidenten Eduard von Flottwell (1830 bis 1840) bestimmten Aufsatz (der sich mit einer früheren Meldung an den Kronprinzen vom 19. Februar 1827 deckt) geschrieben:⁴⁹⁾

47) Vgl. Recke, Die polnische Frage, a.a.O., S. 113 f.

48) Broszat, a.a.O., S. 73.

49) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 49/50.

" Das mannigfaltiger Auslegung fähige und schwer in einem bestimmten Sinn zu begrenzende Wort "Nationalität" war der Giftbaum, in dessen Schatten der alte Groll und der Hang zur Widersetzlichkeit gegen Obrigkeit und Gesetze keimten und wucherten, das Panier, um welches sich alle Unzufriedenen und Insurrections-Pläne Schmiedenden sammelten, und bildete eine für alle Zukunft undurchdringliche feste Scheidewand zwischen der Polnischen und Preußischen Vaterlands-Liebe, so wie zwischen Polen und Deutschen. Der hiesige Adel sah in der Nationalität nur das einzige Mittel, die Absonderung und Entfremdung der Provinz, von der Preußischen Monarchie, und zugleich die Neigung zum Polenthum dauern zu machen. Sie fühlten sich übrigens unter der milden Preußischen Regierung nicht unglücklich, aber sie wollten dennoch nicht Preußen sein, sondern, wenn sie es doch sein mußten, einen Polnischen Staat unter Preußischer Schutzherrschaft bilden, von welcher sie sich, so lange es nicht anders sein konnte, die Wohlthaten gefallen zu lassen gedachten; dem zu entsagen, sobald die Umstände dazu günstig schienen, sie aber stets entschlossen blieben... Der Adel ist es, der undenkbar gegen unzählige Wohltaten und Begünstigungen seinen giftigen Haß über alle Gesetze und Verordnungen ausspritzt, und sich zur Widersetzlichkeit dagegen verbindet, und endlich ist er es nur, der seine gehässigen Gesinnungen bis auf alle deutschen Bewohner, besonders aber auf die Königlichen Beamten ausdehnt, und sie ohne irgend eine Veranlassung von deren Seite ohne Ausnahme in Folge einer allgemein gefaßten Beschließung von seine Gesellschaften ausschließt... "

Kritischer noch als Roeder äußerte sich dessen Nachfolger als Kommandierender General in Posen, Carl von Grolmann, in einer umfangreichen, für das Kriegsministerium bestimmten Niederschrift vom 25. März 1832, betitelt: "Bemerkungen über das Großherzogtum Posen"⁵⁰⁾. Nach seiner Meinung seien die unter Hardenberg dem Großherzogtum eingeräumte Sonderstellung und die "törichten" Versprechungen durch das königliche Besitznahmepatent ein ganz "falscher" Weg,

50) DZA, Rep. 77, Tit. 50/21, Adh. 1.

die Überlassung der Landratsstellen an die Polen und die Einführung der Provinzialstände "eine unglaubliche Torheit" gewesen. Anstatt wie in Westpreußen mit strengen Maßnahmen eine Verschmelzung mit den alten preußischen Provinzen zu bewerkstelligen, habe man auf die "lächerliche Nationalität" der Polen mit "empfindsamer Sentimentalität" Rücksicht genommen und dadurch die "schlechte Gesinnung" der Polen selbst gefördert. Um jeder künftigen Aufsässigkeit vorzubeugen, empfahl Grolmann eine Reihe rigoroser Schritte. Ein Hauptmittel, wodurch die Übel grundsätzlich behoben werden können, sei "die Auflösung der Provinz Posen und ihre Vereinigung mit den alten Provinzen des Staates". Dabei brauche man sich um so weniger an die Wiener Kongreßakte zu halten, als das "verräterische Betragen der Polen" alle Handhabe zur Modifizierung früherer Zusagen gebe. Besonders wichtig sei es ferner, den polnischen Adel auszuschalten:

" Im Großherzogtum Posen befinden sich einige Hundert polnische Güter besitzende Edelleute, die mit ihren Vettern, Schlachtschützen, Woyten, Vögten und Hausbedienten nur einige Tausend Köpfe bilden, die das böse Prinzip dieser Provinz und deren allmähliche Entfernung von dem wesentlichen Nutzen sein würde, da noch Generationen darüber hingehen, ehe ihre polnische Natur sich zu einer menschlichen ausgebildet haben kann... Wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnische Insurrektion gekostet haben, in den 15er Jahren verwendet hätte, um die polnischen Gutsbesitzer auszukaufen, wäre das Großherzogtum Posen eine ganz sichere preußische Provinz. "

Indessen braucht man den "gordischen Knoten", wie Laubert es meines Erachtens mit Recht meint⁵¹⁾, nach Grolmannscher Auffassung nicht mit dem Schwert durchzuhauen und das Besitznahmepatent, vor allem aber den königlichen Zuruf wegen der Ereignisse von 1830/31

51) Laubert, a.a.O., S. 47.

gleich für verwirkt, ex nunc oder gar ex tunc, zu erklären, denn - wie schon zuvor festgestellt - handelt es sich nicht um Staatsverträge zwischen gleichwertigen Partnern, sondern um jederzeit widerrufliche Versprechungen der absoluten Staatsgewalt gegenüber ihren Untertanen, deren Provinz, wie sogar die Stände in der Landtagsadresse von 1843 anerkannten, "ein Teil Ew. Majestät Monarchie" ist. Friedrich Wilhelm IV. hatte deshalb in Erkenntnis der rechtlichen Situation im Jahre 1841 nur daran gemahnt, "daß jede Gabe an die Bedingung geknüpft ist, daß sie nicht mißbraucht werde"⁵²⁾.

Trotz dieser staatsrechtlich eindeutigen Situation ist von polnischen Politikern bis zum Ersten Weltkrieg 1914/18 immer wieder auf die internationalen Verträge von 1815 und die preußischen Verheißungen Bezug genommen worden, um ihre Forderungen zu rechtfertigen. So hat sich z. B. die Hälfte der 20 Redner anlässlich der großen Polen-Debatte der Frankfurter Nationalversammlung (vom 24. bis 27. Juli 1848) ausgiebig mit diesem Argument in oft geradezu phantastischen Kombinationen beschäftigt. Auf ihr trat eine liberale Gruppe sogar dafür ein, aus Gründen der Gerechtigkeit auf das mehrheitliche polnische Posen ganz zu verzichten. Der Abgeordnete Robert Blum⁵³⁾ gab dieser idealistisch-weltbürgerlich geprägten Auffassung der nationalen Frage wie folgt Ausdruck:⁵⁴⁾

52) zitiert bei Laubert, a.a.O., S. 78/79.

53) Blum wurde wegen seiner Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand am 9. 11. 1848 standrechtlich erschossen.

54) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constitutierenden Nationalversammlung, a.a.O., 1848, II, S. 1100 ff.

" Denen aber, die so sehr bereit sind, heute das polnische Volk in den möglichst tiefen Schatten zu stellen, muß ich zurufen, sie sollen nicht vergessen, daß wir einen großen Teil der Schuld daran tragen. Das Volk ist seit 80 Jahren zerrissen, geknebelt und unterdrückt und wir haben es beraubt, seiner inneren Kraft und seines Landes und seiner Selbständigkeit und Freiheit... Wenn Sie Posen durchschneiden, um die Deutschen zu reclamieren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slawen los, die zu Österreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland... Entweder das eine oder das andere ist richtig; denn sich die Politik zurechtmachen in der Art und Weise, wie sie einem für den Augenblick paßt, das ist meiner Ansicht nach gar keine Politik. "

Eine solche Auffassung läßt bei objektiver Betrachtung die Überzeugung vermuten, daß demokratisch-liberale Politik an die allgemein gültigen sittlichen Grundsätze gebunden ist. Ihr stand aber bereits 1848 sichtbar der nationale Machtwille, worauf später noch besonders eingegangen werden soll, gegenüber, der solche Prinzipienpolitik als unverantwortliche Schwäche und Sentimentalität verwarf. Dieser Machtwille nationalen Inhalts war nicht nur bei den konservativen Rechten der Paulskirche, sondern auch bei der äußersten Linken, bei Republikanern und Demokraten, deutlich geworden⁵⁵⁾.

In Ansehung der durch die Wiener Schlußakte getroffenen internationalen Regelungen kommt man zu der feststellenden Zusammenfassung, daß infolge der wirtschaftlichen Abmachungen der drei Teilungsmächte, die jedoch nie in Kraft getreten sind, ein das dreigeteilte Polen umfassender "polnischer Bundesstaat"⁵⁶⁾ konstituiert worden ist. Den polnischen Untertanen wurde durch die Proklamation Friedrich Wilhelms III. "ein letzter Rest von

55) Vgl. dazu: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung, a.a.O., I, S. 737 ff.

56) Vgl. Frauendienst, a.a.O., S. 317.

Gerechtigkeit" erwiesen, den Preußen nach 1831 aber nach polnischer Auffassung nicht mehr geachtet habe. So sei "1815 viel versprochen, nichts gehalten worden. Allerdings sei nur die Krone gebunden worden, wohingegen sie, die Polen, keine Verpflichtung übernommen hätten".

In weiteren Stellungnahmen zu diesem Komplex, auf den polnische Politiker immer wieder zu sprechen kommen, finden sich verschiedene Variationen, so z. B., daß man nicht gewillt sei, sich auf die Wiener Traktate als eine Basis unveräußerlicher Rechte zu berufen, da sie ohne Mitwirkung der Untertanen geschlossen wären, auch wenn man nicht verkennen würde, daß keinem der durch jene Verträge Verpflichteten das Recht zustehe, sie einseitig zum Nachteil der Polen zu beschneiden oder aufzuheben⁵⁷⁾. Alle großen Polenreden Bismarcks setzten sich mit diesem Problem, der polnischen Frage, auseinander: Der Ruf nach "Nationalität" diene dem Adel und der Geistlichkeit einzig als "Mittel, die Absonderung und Entfremdung der Provinz von der preußischen Monarchie und zugleich die Neigung zum Polentum dauern zu machen"⁵⁸⁾. Daher die Klagen über Beeinträchtigung der Nationalitäts-Gerechtsame, Zurücksetzung der Polen zur Begünstigung der Deutschen, willkürlicher Druck der Beamten, unerträgliche Abgaben, daher die gehässigsten Auslegungen der wohlgemeintesten Verfügungen der Regierung, die ängstliche Bewachung der Aufrechterhaltung der Landessprache und die Bestrebungen zur Verhinderung der Fortschritte der Deutschen.

57) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 112.

58) Frauendienst, a.a.O., S. 317, unter Bezugnahme auf Laubert, a.a.O.

Hinter dem Anspruch auf eine nationale Sonderstellung, auf eine Herauslösung Posens aus Preußen, hat den Polen immer die Wiedererrichtung eines selbständigen großen polnischen Staates vor Augen gestanden. Daß ein solches Ziel mit der Existenz des preußischen Staates unvereinbar war, diese Erkenntnis war allgemeine Auffassung. Sie war aber von keinem so klar erkannt worden wie von Bismarck, der diese Zielsetzung unerbittlich bekämpft hat.

F Die Provinz Posen als integrierender und staatsrechtlicher Bestandteil des preußischen Staates

I Allgemeine Betrachtungen

Wenn man von preußischer Polenpolitik spricht, so sind darunter die Maßnahmen der Verwaltung Westpreußens und des Großherzogtums Posen im preußischen Sinne, beginnend mit dem Wiener Kongreß, zu verstehen ¹⁾.

Bei der Behandlung und der kritischen Durchleuchtung der "polnischen Frage" kann man verschiedene Wege gehen, je nachdem, ob man dem zeitlich-historischen Ablauf der Dinge folgt oder sich aus sogenannten Schwerpunkten und Krisenzeiten ein Bild zu verschaffen sucht. Welcher Weg der gangbarste und anschaulichste ist und dem Untersuchungsergebnis am nächsten kommt, muß dem einzelnen überlassen bleiben. Im wesentlichen wird es darauf ankommen, daß nicht in Abwandlung des Prologwortes zu Schillers Wallenstein: "Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt" das hier von Preußen und Polen zu zeichnende "Charakterbild" in ihrer gemeinsamen geschichtlichen Zeit "schwankt".

1) Diese Teilgebiete traten nach der vorübergehend großen Bedeutung zwischen 1840 und 1848 nach dem Revolutionsjahr wieder stark in den Hintergrund und erregten erst wieder besondere Aufmerksamkeit, als die polnischen Abgeordneten im preußischen Landtag 1866 und im Norddeutschen Reichstag 1867 gegen die Einbeziehung des Großherzogtums Posen, das seit 1848 "Provinz Posen" genannt wurde, in den Norddeutschen Bund protestierten und diesen vergeblichen Protest im März 1871 wiederholten; vgl. Rhode, Gotthold, a. a. O., S. 417.

Beschreitet man den Weg der Retrospektive, so läuft man Gefahr, zu Vorurteilen zu kommen, die jede kritische Betrachtung von vornherein die eine oder andere Seite belastet erscheinen lassen könnte. Dies wäre z. B. der Fall, wenn man Worte wie von Treitschke hört, die - 1876 geschrieben²⁾ - einer Gedankenwelt entsprangen, die sich einer weiten Verbreitung erfreuten und wenig später auch im Ostmarkenverein bestätigt wurden³⁾.

Treitschke und den ihm Gleichgesinnten erschien das Deutschtum schlechthin als eine Abwehrmauer gegen das Slawentum und zugleich der Beweis für den Siegeszug des Nationalen - und so sagte er: "Unserer älteren Gesittung froh, blicken wir über die Weichsel und die Donau hinüber mit ähnlichen Empfindungen, wie einst die Römer auf das herrliche Ufer des Rheines... Der Slawe erscheint uns, die Wahrheit zu sagen, als der geborene Knecht."⁴⁾ Von einer solchen Betrachtung der Dinge ausgehend würde man sich den klaren und nüchternen Blick für die hier zur Untersuchung und Würdigung gestellte Aufgabe "verbauen" und den "Gang der Dinge" von "Haß verwirrt" sehen müssen.

Der Weg einer "Schwerpunktbetrachtung" birgt die Gefahr in sich, daß mit ihm wohl Kristallisationspunkte und -probleme angesprochen werden, sich aber die Sicht für das Ganze verliert und man vielleicht geneigt ist, von dem Einen auf das Ganze zu schließen. Würde man z. B.

2) Vgl. Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe, a.a.O., Bd. 4, S. 328.

3) Vgl. Biedermann, a.a.O., S. 161.

4) Ebenda.

deshalb nur an den "beiden wundesten Punkten der Polenpolitik des 19. Jahrhunderts"⁵⁾ das preußisch-polnische Verhältnis orientieren wollen, so würde man die damit gemeinte agrarische Wendung im Inneren und das Paktieren mit dem Ultramontanismus über alle Fragen - seien es solche administrativer, schulischer, kirchlicher, sprachlicher und sonstiger Art - stellen und das gesamthistorische Bild verwischen. Es scheint deshalb meines Erachtens geboten, das eine und das andere zugleich zu tun, d. h. den zeitlich-historischen Ablauf zu verfolgen und in ihm die Kulminationspunkte herauszustellen und kritisch zu bewerten.

5) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 43.

II Die Grundsätze preußischer Polenpolitik vom Wiener Kongreß bis zur Reichsgründung

Um die preußische Polenpolitik vom Zeitpunkt der Ratifizierung der Wiener Schlußakte am 9. Juni 1815 verständlich zu machen, muß man sich erinnern, daß die Polenfrage in den eigentlichen Entscheidungsjahren der preußischen Reformära, nämlich zwischen 1807 und 1816, kaum eine praktische Rolle gespielt hat. Dennoch ist die Art und Weise, wie sich die preußischen Staatsmänner der Reformzeit damit auseinandersetzten, "höchst denkwürdig", nämlich: "Als Vorbereitung jener versöhnlichen Polenpolitik, die Preußen in den ersten fünfzehn Jahren nach dem Wiener Kongreß bis zum Polenaufstand von 1830 durchzuführen versuchte, und als eine Diskussion des Nationalitätenproblems von grundsätzlicher und darum bleibender Bedeutung"⁶⁾.

Man muß sich der Situation erinnern, in der sich Preußen nach Jena und Auerstedt befunden hat, als die französischen Truppen über Berlin und Pommern schon Ende Oktober 1806 in die polnischen Provinzen vorgedrungen waren und in ganz Südpreußen, wo die Polen auf diesen Augenblick gewartet hatten, eine leidenschaftliche Erhebung ausbrach. Preußische Polizeibürgermeister, Steuerräte und sonstige Verwaltungsbeamte wurden größtenteils gewaltsam vertrieben. Unterstützt von eilig rekrutierten polnischen Verbänden, konnten die Truppen Napoleons im Laufe des November 1806 ganz Südpreußen einschließlich Warschau besetzen, während sich das

6) Ritter, Die preußischen Staatsmänner der Reformzeit und die Polenfrage, a.a.O., S. 207.

preußische Heer nach Norden hinter die Weichsel zur Verteidigung West- und Ostpreußens zurückzog, bis auch dort nach der Schlacht von Preußisch-Eylau (am 7./8. Februar 1807) seine Lage aussichtslos wurde.

Nachdem so die preußische Herrschaft über die polnischen Provinzen praktisch verloren gegangen, der Tilsiter Friede aber noch nicht geschlossen war und somit noch Hoffnung bestand, daß Preußen einen Teil der polnischen Gebiete wieder zugesprochen erhalten würde, besann man sich im königlichen Exil in Ostpreußen auf eine Reform der bisherigen Polenpolitik. Kein anderer als der Freiherr vom und zum Stein, der vornehmlich zu den Kritikern der bisherigen Versäumnisse der preußischen Staatspolitik gehörte, machte noch im Juni 1807, also unmittelbar vor dem am 9. Juli geschlossenen Frieden zu Tilsit, präzise Vorschläge zur künftigen Neugestaltung des preußischen Verhältnisses zur polnischen Nation, die wichtig genug erscheinen, in ihren wesentlichen Abschnitten wiedergegeben zu werden:⁷⁾

" Die Theilung von Polen zeigt das traurige Bild einer durch fremde Gewalt unterjochten Nation, die in der selbständigen Ausbildung ihrer Individualität geführt wurde, der man die Wohltat einer sich selbst gegebenen freyen Verfassung entriss und an ihre Stelle eine ausländische Bureaucratie aufdrang. Die erobernde Nation fing mit Vergeudung des öffentlichen Vermögens an raubsüchtige Günstlinge an, sie übertrug die innere Landesverwaltung an Schreibseelige, formenreiche Behörden, sie erhöhte die Abgaben und entfernte die Einländer von jeder wirk samen Theilnahme an der Verwaltung der Angelegenheiten ihres Vaterlandes... Die Pohlische Nation trifft allerdings der Vorwurf, daß sie leichtsinnig, roh und zu Ränken geneigt sey, sie wurde verunedelt durch die zwey Jahrhunderte dauernde Einmischung der Fremden in die Geschäfte des Staats, durch Gewalt-

7) Vgl. Frhr. vom und zum Stein, Briefwechsel, Denkschriften, Aufzeichnungen, a.a.O., S. 229 ff.

thätigkeit und Bestechung. Dieses war wohl die Haupt Quelle ihrer Verderbtheit, denn sie erscheint in der älteren Geschichte des 14., 15., 16., 17. Jahrhunderts unterrichtet, kräftig und reich an ausgezeichneten Männern... Selbst unter den schwachen Regierungen der drey letzten Könige, die den Untergang des Staates vorbereiteten, herbeyführten und vollendeten, findet man Männer, die durch hohen Sinn, unerschütterlichen Muth, brennende Vaterlandsliebe die edelsten Charaktere erreichten, deren die Geschichte der Nation erwähnt. Bei allen Fehlern, die die Nation hat, besitzt sie einen edlen Stolz, Thätigkeit, Energie, Tapferkeit, Edelmuth und Bereitwilligkeit, sich für Vaterland und Freyheit aufzuopfern, womit sie viele Fähigkeiten und Fassungskraft vereinigt. Man wirft ihr Mangel an Beharrlichkeit bey den Äusserungen ihrer Geistes Kräfte vor; diesen zu verbessern sey aber der Gegenstand der Bemühungen des Erziehers und des Regenten; jene Kräfte und Gesinnungen zu lenken und zu richten, nicht sie zu unterstützen, sey der Zweck der Regierung, bey den Einrichtungen, die sie treffen und der Verfassung, die sie bilden will. Die Nation werde erzogen, nach ihrer Individualität veredelt, nicht unterdrückt und in ihr verhasste Formen von zweydeutiger Güte eingezwängt. Soll die Nation veredelt werden, so muß man dem unterdrückten Theil derselben Freyheit, Selbständigkeit und Eigenthum geben und ihm den Schutz der Gesetze ange-deihen lassen...

Die Pohlische Nation ist stolz auf ihre Nationalität, sie trauert, sie, ihre Sprache, ihren Namen erlöschen zu sehen, und feindet den Staat an, der ihr dieses Leid zufügt. Sie würde zufrieden gestellt werden, sie würde diesem Staat anhängen, wenn man ihr eine Verfassung gäbe, bey der ihr Nationalstolz beruhigt und ihr der Besitz der Individualität gesichert wird. Diese nicht zu zerstören, sondern auszubilden, wird jeder für einen Gewinn ansehen, der nicht mechanische Ordnung, sondern freye Entwicklung und Veredelung der eigenthümlichen Natur jedes Völkerstammes für den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft hält... "

Um sich der Aufgabe einer Neugestaltung des Verhältnisses zur polnischen Nation stellen und widmen zu können, bedurfte es nach der allgemeinen Verarmung des Staates, dem eine Kontributionslast von 120 Millionen auferlegt war⁸⁾, zunächst der Ordnung der inneren Zustände.

8) Vgl. auch für die weiteren Ausführungen:
Hubatsch, Eckpfeiler Europas, a.a.O., S. 93.

So hatte Hardenberg, der die Staatsgeschäfte bis zum Tilsiter Frieden geführt hatte und von Napoleon entfernt worden war, unmittelbar nach dem Friedensschluß eine Denkschrift verfaßt, die ein ausführliches Reformprogramm enthielt, in der er darauf hinwies, daß man von dem Gegner lernen und damit dem Zeitgeist gerecht werden müsse, wobei letztes Ziel demokratische Institutionen unter einer monarchischen Regierung seien. Das Wesentliche der anlaufenden preußischen Reformen, die sich in ihren Gedankengängen auf die Gestaltung des preußisch-polnischen Verhältnisses auswirken sollten, waren aber die Ideen von Kant und Fichte, Humboldt und Schleiermacher, mit ihren ethischen Begründungen der Erneuerungen. Es war, wie mit den vorgenannten Worten Steins bereits zum Ausdruck gekommen, die moralisch-politische Kraft vor allem Steins, die eine freie Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit mit Staatszucht und Staatsdienst, ungeachtet des Nationalitätenproblems, zu vereinen suchte. In derselben zuvor angeführten Reformdenkschrift vom Juni 1807⁹⁾ hat Stein seinen Gedanken als Ausdruck des Zeitgeistes so verstanden wissen wollen: "Meine Diensterfahrung überzeugt mich innig und lebhaft von der Vortrefflichkeit zweckmäßig gebildeter Stände und ich sehe sie als ein kräftiges Mittel an, die Regierung durch die Kenntnisse und das Ansehen aller gebildeten Klassen zu verstärken, sie alle durch Überzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den Nationalangelegenheiten an den Staat zu knüpfen, den Kräften der Nation eine freie Tätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige zu geben, sie vom müßigen Genuß oder von leeren Hirngespinnsten der Metaphysik oder von Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke abzulenken und ein gut gebildetes Organ der öffentlichen Meinung zu erhalten."

9) Vgl. Frhr. vom und zum Stein, Briefwechsel, a.a.O., S. 229 ff.

Und an anderer Stelle derselben Denkschrift wird von Stein als wichtig betont "die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden oder falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre. Der Formenkram und Dienstmechanismus in den Collegien wird durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert, und an seine Stelle tritt ein lebendiger, fortstrebender, schaffender Geist und ein aus der Fülle der Natur gewonnener Reichtum von Ansichten und Gefühlen". Aus alldem läßt sich für den beginnenden Neuaufbau des preußischen Staates und seiner Untertanen deutlich ablesen: "Der Zeitgeist ist in der Teilnahme aller im Staatsleben tauglichen Kräfte am gemeinsamen Wohl zu sehen... Der Bürger wird in den Staat einbezogen, der Staatsdienst ist sittliche Pflicht geworden und die vornehmste und menschlichste Aufgabe der Selbstverwaltung ist die Erziehung zum Gemeinwesen, zum Staate schlechthin."¹⁰⁾

10) Hubatsch, a.a.O., S. 94/95.

1. Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen

Entscheidet man sich für den zeitlich-historischen Weg, den Ablauf der staatsrechtlichen Stellung der Polen in Preußen zwischen dem Wiener Kongreß und der Reichsgründung zu verfolgen und nicht von dem letzteren Ereignis aus sein Urteil zu fällen, so steht eine solche Untersuchungsmethode nicht der in der fast unübersehbaren Literatur zumeist gegebenen Darstellung entgegen, die zu dem Ergebnis gelangt, daß die Forderungen der Polen in dem Sinn, wie sie gestellt worden sind, in Preußen keine Erfüllung gefunden hätten. So findet man allgemein auch die Meinung vertreten, daß das Maß des Gewährten bedeutend hinter den Ansprüchen, welche geltend gemacht worden sind, zurückgeblieben waren. "Die Freiheit der Tribüne hat zur Einzelbeschwerden und von diesen zu lauten und schweren Anklagen gegen die preußische Regierung geführt."¹¹⁾ Vor allem haben sich polnische Schriften in populärer und nicht populärer Sprache zu diesen Problemen, von denen das Nationalitätsprinzip eine vorrangige Stelle einnahm, geäußert, um der polnischen Bevölkerung Aufschluß zu geben über die "schreienden Verletzungen, deren sich Preußen schuldig gemacht" hat. Solchen Behauptungen gegenüber hat es ebenso viele Antworten gegeben, welche mehr oder weniger den gleichen leidenschaftlichen Ton gehabt haben, welcher von seiten des Angriffs angeschlagen worden ist.

11) Vgl. Noah, a.a.O., Vorwort

Für die Betrachtung der staatsrechtlichen Stellung der Polen in Preußen kommt es vornehmlich auf die Wiener Verträge und die infolge derselben erlassenen preußischen Gesetze an, von denen bereits im einzelnen berichtet worden ist¹²⁾. Ebenso ist der Rechtsgehalt des königlichen Zurufs vom 15. Mai 1815 einer kritischen Würdigung unterzogen worden¹³⁾. In gleicher Weise wie dort muß auch das Urteil über den Rechtsgehalt der Wiener Schlußakte lauten, denn "so unzweifelhaft sie die Krone völkerrechtlich bindet, so unzweifelhaft gewährt sie keinem Unterthan das Recht, sich auf sie zu berufen, und namentlich ist jeder Appell, sei es aus welchem Grunde es wolle, an eine fremde Macht, völlig unstatthaft"¹⁴⁾.

Anders steht es jedoch hinsichtlich des in die Gesetzes-Sammlung aufgenommenen Vertrages zwischen Preußen und Rußland vom 3. Mai 1815¹⁵⁾, der lautet: "Die Polen werden als Untertanen der jeweiligen hohen vertrag-schließenden Parteien Institutionen erhalten, welche die Regierungen, zu denen sie gehören, für nützlich und angebracht halten, ihnen zu gewähren."

Auch wenn es hier an der gesetzlichen Partnerschaft im eigentlichen fehlt, so ist aber aus der ausdrücklichen Bestätigung dieses Vertrags (genauso auch wie des Vertrags zwischen Preußen und Österreich vom 4. Mai 1815) in der späteren Verfassungsurkunde¹⁶⁾ auf seinen Gesetzes-Charakter zu schließen, andernfalls er sonst auch nicht in der Gesetzes-Sammlung hätte Aufnahme finden können.

12) Siehe Abschnitt B, S. 39 ff. dieser Arbeit, insbes. S. 44 ff.

13) Vgl. zu Abschnitt E II 3, S. 178 dieser Arbeit.

14) Noah, a.a.O., S. 4.

15) Vgl. S. 161 Anm. 14) dieser Arbeit.

16) Vgl. Noah, a.a.O., S. 4.

Für die weitere Untersuchung empfiehlt es sich, zu prüfen und festzustellen, welche staatsrechtliche Stellung das Großherzogtum bzw. die Provinz Posen zum preußischen Staat eingenommen hat. An diese Prüfung wird sich die weitere anzuschließen haben, welche Rechte den polnischen preußischen Untertanen zustanden und inwieweit diese Rechte von der preußischen Regierung beachtet oder verletzt worden sind¹⁷⁾.

a) Das Großherzogtum bzw. die Provinz Posen und der Preußische Staat

Posen als das historische Kernland des Polentums war durch die von polnischen Fürsten geförderte Kolonisation stark mit deutscher Bevölkerung durchsetzt worden. Etwa ein Drittel der Bevölkerung war deutscher Nationalität. Nach den Erfahrungen, die man 1807 mit den Polen gemacht hatte, hätte es nahe gelegen, die preußische Herrschaft auf dieses deutsche Element zu stützen. Zu einer derartigen gegen das Polentum gerichteten Nationalitätenpolitik konnte sich jedoch die preußische Regierung nicht entschließen, zumal sie durch die Wiener Verträge völkerrechtlich gebunden war. Nach den Absichten Hardenbergs sollte die "Ruhe der Provinz durch eine den Gewohnheiten und dem Geist ihrer Bevölkerung angemessene Verwaltungsweise gesichert werden"¹⁸⁾. Diese Ignorierung des nationalen Moments konnte insofern unbedenklich erscheinen, als sich die polnische Bevölkerung überwiegend zunächst loyal verhielt und das Bürger- und Bauerntum den Übergang an die preußische Herrschaft

17) Die Darstellung folgt für die logische Folge der Darstellung Noahs, a.a.O.

18) Laubert, in: Jahresberichte der deutschen Geschichtswissenschaft, Jg. 1925, S. 504.

willkommen hießen. Besonders in Posen hatte selbst in der Napoleonischen Zeit eine gewisse "Anhänglichkeit an Preußen fortbestanden und geringe Neigung zur Übernahme der von den Deutschen geräumten Verwaltungsposten geherrscht"¹⁹⁾.

Wie bereits zuvor²⁰⁾ zur Frage des Rechtsgehalts des Besitznahmepatents und des königlichen Zurufs dargestellt, wurde den Polen unter anderem außer der Erhaltung ihrer Nationalität zugesichert, ihre Sprache in Posen in allen öffentlichen Verhandlungen neben der deutschen Sprache gebrauchen zu können. Fürst Anton Radziwiłł wurde - wie erwähnt - zum Statthalter und der polenfreundliche Zerboni di Sposetti zum Oberpräsidenten ernannt. In der Verwaltung wurde von der Regierung der Grundsatz befolgt, eine Reihe höherer Beamtenstellen mit Polen zu besetzen und die Mitglieder der angesehenen polnischen Familien auch Eingang in das Offizierskorps zu ermöglichen, wovon noch später gesprochen werden soll. Auch überließ man die Wahl der Landräte wie in den übrigen Provinzen den Ständen, so daß in den überwiegend polnischen Kreisen an der russischen Grenze alle Landratsposten mit polnischen Adligen gesetzt waren. Wenn auch die Annahme des Titels "Großherzog von Posen" durch Friedrich Wilhelm III. nicht besagte, daß die Verbindung der Provinz mit dem Königreich den Charakter einer Personalunion erhalten sollte²¹⁾, obwohl die betreffenden Bestimmungen sehr unklar gehalten waren, so ging doch aus ihnen deutlich hervor, daß an eine staatsrechtliche Sonderstellung des Großherzogtums nicht gedacht war.

19) Laubert, in: Jahresberichte der deutschen Geschichtswissenschaft, Jg. 1925, S. 504.

20) Vgl. zu Abschnitt E, S. 164 ff. dieser Arbeit.

21) Anderer Ansicht Noah, a.a.O., S. 7.

Eine föderative Lösung der polnischen Frage im Sinne der Steinschen Vorschläge vom Jahre 1806 war für den preußischen Staat jetzt nicht mehr tragbar. 1815 handelte es sich ja nicht mehr um das Problem einer Angliederung von rein polnischen Ländern, sondern um das Problem der **E i n g l i e d e r u n g** eines ausgesprochen völkischen Mischgebietes. Eine föderative Lösung der polnischen Frage hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die polnische Nationalität in Preußen einen in sich geschlossenen Siedlungsraum gebildet haben würde. Gerade in der Provinz Posen war jedoch aufgrund der Siedlungsverhältnisse die Scheidung zwischen unzweifelhaft deutschem und unzweifelhaft polnischem Gebiet eine Unmöglichkeit. Wenn Preußen den Posener Polen eine territoriale Autonomie einräumte, so konnte es dies nur unter Benachteiligung und Gefährdung der deutschen Minderheit tun. Schon die Gewährung einer polnischen Kulturautonomie im Sinne der königlichen Versprechungen war ein nicht unbedenkliches Experiment, insofern die Gefahr bestand, daß unter dem Eindruck der Posener Zugeständnisse in allen den Gebieten, in denen der deutsch-slawische Verschmelzungsprozeß noch nicht zum Abschluß gekommen war, sich eine polnische Irredenta bildete. So hatten die Posener Polen, wie bereits erwähnt wurde²²⁾, im Jahre 1815 die Erweiterung der nationalen Zugeständnisse auf alle nach 1772 an Preußen gefallenen Gebiete gefordert. Zunächst fehlte es allerdings auch in diesen Gebieten an den Voraussetzungen zur Entwicklung einer national-politischen Bewegung²³⁾.

22) Vgl. zu Abschnitt E II 3, S.177 Anm. 45) dieser Arbeit.

23) Insoweit ist der meines Erachtens treffenden und anschaulichen Darstellung Lauberts, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., S. 34/35 zu folgen (Auflage 1944).

Staatsrechtlich bedeutsam ist die in Art. 1 der Preußischen Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848²⁴⁾ getroffene Feststellung: "Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange, bilden das Preußische Staatsgebiet."²⁵⁾

Aufgrund dieser Bestimmung wird Posen mithin in das preußische Staatsgebiet miteinbezogen; es gehört zu den Landesteilen der Monarchie und zu den Bestandteilen des preußischen Staates, nicht der preußischen Krone. Erst vom Inkrafttreten der Preußischen Verfassung an ist Posen staatsrechtlich ein Bestandteil des preußischen Staates geworden.

b) Die polnischen Abgeordneten und die Preußische Verfassung

In dieser schlichten Fassung des angeführten Verfassungsartikels vermochten die polnischen Abgeordneten der Zweiten Kammer - was durchaus verständlich erscheint - nicht die Wahrung ihrer Rechte zu erblicken. Deshalb hatten sie es auch aus dem von dem Grafen Csieskowski vertretenen Standpunkt abgelehnt, die Verfassung zu beschwören. Die zu beschwörende Eidesformel

24) GS 1848, S. 375 ff.

25) Der Urentwurf der Ministerialkommission vom Anfang lautete: "Alle Landesteile der Preußischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange mit Ausschluß der in dem königlichen Erlasse vom 26. April 1848 einer besonderen nationalen Reorganisation und Verfassung vorbehaltenen Teile des Großherzogtums Posen bilden den Preußischen Staat (nach dem im Auftrag Friedrich Wilhelms IV. am 20. Mai vorgelegten Entwurf: 'bilden das zum Deutschen Bunde gehörige Staatsgebiet' "; Text der Verfassungsurkunde bei Huber, Dokumente, a.a.O., Bd. I, S. 163.

für das Großherzogtum Posen lautete wie folgt:²⁶⁾

" Ich erkenne Seine Majestät den König von Preußen als den einzigen rechtmäßigen Souverain dieses Landes und den Antheil von Polen, welcher durch den Kongreß von Wien dem Königlichen Preußischen Hause wieder zugefallen ist, als m e i n V a t e r l a n d , das ich gegen jede Macht und gegen Jedermann, wer es auch sei, unter allen Umständen und Verhältnissen mit meinem Blute zu vertheidigen verpflichtet und bereit bin. "

Das Schreiben, welches die polnischen Abgeordneten am 5. Februar 1850 an den damaligen Präsidenten der Zweiten Kammer, Graf Schwerin, richteten und welches in der Sitzung vom gleichen Tage zur Verlesung kam, lautete wörtlich:²⁷⁾

" In Erwägung, daß die zu beeidigende Verfassungs-Urkunde weder der Polnischen Nationalität überhaupt, noch dem Großherzogthum Posen als solchem die demselben zustehenden Rechte gewährleistet, ein Umstand, der, wenn er auch keineswegs eine Aberkennung jener Rechte involviert, jedenfalls zu bedenklichen Folgerungen Anlaß geben könnte;

In Erwägung, daß abgesehen von jener Nichterwähnung die in Rede stehende Verfassung selbst kraft des Art. 118²⁸⁾ nicht vorauszusehenden Abänderungen ausgesetzt ist, wodurch zwar manches bis jetzt Vermißte allerdings in diese Verfassung gebracht werden dürfte, aber auch umgekehrt Rechte entzogen, und wohl begründete Jura quaesita abgesprochen werden könnten;

-
- 26) abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang, zu XI, S. 110, mit der Anmerkung: "Hier finden wir endlich kategorisch ausgesprochen, was eigentlich das Vaterland der Bewohner des Großherzogthums ist."
- 27) Stenographische Berichte der Zweiten Kammer, 1849/50, S. 2343.
- 28) Im Art. 118 der Verfassung vom 28. März 1849 hieß es: "Den nicht deutsch redenden Volksstämmen des Reiches ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege", zitiert bei Laubert, a.a.O. S. 101.

In Erwägung, daß jenes an sich nicht präjudicirende Stillschweigen der Verfassung über die Rechte des Großherzogthums Posen durch diesen Artikel 118 erst recht bedenklich wird, indem dieser Artikel das genannte Großherzogthum auf indirektem Wege den legislativen Gewalten des Deutschen Bundesstaates zu unterwerfen droht;

In Erwägung endlich, daß die unter solchen Umständen eintretende Beeidigung der Verfassung seitens der unterschreibenden Abgeordneten des Großherzogthums Posen zunächst als eine Verzichtleistung derselben auf die Rechte und Rechtsansprüche ihres Landes und ihrer Nationalität, dann aber auch als eine bereitwillige Unterwerfung unter die Kompetenz des Deutschen Bundes gedeutet werden könnte,

vermögen die Unterzeichneten es mit ihrem Gewissen nicht zu vereinbaren, als Abgeordnete und Theilnehmer am Revisionswerke diesen Eid zu leisten und legen deshalb ihre Mandate nieder. "

Dieser Erklärung ungeachtet, nahmen die polnischen Abgeordneten, und zwar dieselben Personen, keinen Anstand, nicht nur schon in den folgenden Landtag einzutreten, sie leisteten auch der Vorschrift gemäß den Eid auf die Verfassung und begnügten sich nur damit, ihr abweichendes Verhalten von dem früheren zu motivieren. In ihrer in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 23. November 1850 verlesenen Erklärung von demselben Tage heißt es:²⁹⁾

" In Erwägung, daß die Polnischen Abgeordneten, welche als Theilnehmer am Revisionswerk der Verfassung Anstand genommen -, nach erfolgter Revision die Verfassung vom 31. Januar 1850 zu beschwören -, und deshalb ihr Mandat niedergelegt -, durch diesen Act ein für allemal zu erkennen gegeben haben, daß sie eine Verfassung, in welcher die Rechte der Polen als Polen und des mit der Krone Preußens verbundenen Großherzogthums Posen unbeachtet geblieben sind, nimmermehr freiwillig acceptieren, und den wohlbegründeten Rechten und Forderungen des Landes als entsprechend anzuerkennen im Stande sind;

29) Stenographische Berichte der Zweiten Kammer vom 23. November 1850, S. 11.

In Erwägung, daß das Großherzogthum durch Wiedererwählung des früheren Abgeordneten das Verfahren derselben gutheißen, und sie nach Berlin gesendet hat, um auf dem durch die Verfassung gebotenen Wege die Rechte des Landes wahrzunehmen...;

In Erwägung endlich, daß es nimmermehr in der Macht und Befugniß einer einseitigen staatsrechtlichen Urkunde liegen kann, weder allgemein völkerrechtliche Urkunden aufzuheben, noch irgend einer einzelnen Bestimmung und Garantie derselben zu derogiren, und deshalb um so weniger die bloße Nichterwähnung dieser Garantie bedenklich erscheinen kann: Erklären die unterzeichneten Abgeordneten, welche unter der Herrschaft und Geltung der jetzigen Verfassung erwählt wurden, daß sie nunmehr bereit sind, den von der bestehenden Verfassung geforderten Eid auf dieselbe zu leisten, und daß sie ausdrücklich zur vorstehenden Erklärung sich genöthigt sehen, damit aus ihrer Bereitwilligkeit zur Eidesleistung Niemand eine Verzichtleistung auf die Rechte der Polen, welche sie für unveräußerlich halten, herleiten dürfte. "

Die Erklärung, die der polnische Abgeordnete Graf Czieszkowski auf die Anfrage des Abgeordneten von Vincke wegen dieses neuen, von dem Abgeordneten Niegolewski eingebrachten Antrages gab, versuchte dieser mit der Bemerkung zu rechtfertigen, daß bei der ersten Erklärung es sich "de lege ferenda", bei der jetzigen aber "de lege lata" gehandelt habe.

Staatsrechtlich ist in der revidierten Erklärung der polnischen Abgeordneten nicht etwa eine nunmehrige Anerkennung der preußischen Verfassungsurkunde zu sehen, denn mit dieser zweiten Erklärung wird nicht zugegeben, daß Posen ein Teil des preußischen Staates sei, sondern es werden vielmehr ausdrücklich die Rechte des mit der Krone Preußens verbundenen Großherzogtums Posen betont. Von polnischer Seite ist wohl die Verfassung, wenn auch mit einer Mentalreservation, so doch aber mit einem ausdrücklichen Vorbehalt, und zwar mit einem solchen, der unbedingt zu unlösbarem Widerspruch führt, beschworen worden. Aus diesem Grund hatte auch gleich nach

Verlesung des polnischen Antrags eine lebhaftere Diskussion wegen des in dem Antrag liegenden Widerspruchs eingesetzt³⁰⁾, wobei der Abgeordnete von Auerswald bemerkt hatte, "daß die polnischen Abgeordneten die Verfassung zwar beschworen, sie aber unter Umständen nicht für verbindlich halten wollen". Dieser Auslegung der polnischen Erklärung ist vom Kammerpräsidenten mit der die Fortsetzung der Diskussion ausschließenden Bemerkung entgegengetreten worden, daß "wenn die Herren den Eid leisten, sie ihn stricte und unbedingt auf Beobachtung der Verfassung leisten".

Es fällt auf, daß in der staatsrechtlichen Literatur eine definitive Erklärung und Feststellung fehlt, ob der von den polnischen Abgeordneten auf die preußische Verfassung geleistete Eid in dem einen oder dem anderen Sinn geleistet worden ist. Eine Antwort dahingehend, daß es gleichgültig sei, in welcher Weise man sich entscheiden wollte, geht an der rechtlichen Bewertung vorbei, denn die Verfassung hat es nur mit dem preußischen Staat zu tun. Deshalb können auch nur preußische Staatsbürger Mitglieder der Kammern sein; nur das preußische Volk ist es, welches sie vertreten. Neben der Verfassung für den preußischen Staat gibt es keine Verfassung für das Großherzogtum Posen, ebenso wenig wie die Mitglieder der Kammern weder Untertanen des Großherzogs von Posen oder Vertreter großherzoglicher Posener Staatsangehöriger, sondern Untertanen des Königs von Preußen sind. Will man die Polen noch mehr beschuldigen, als es der Abgeordnete von Auerswald mit seiner zuvor erwähnten Äußerung getan hat, so müßte man annehmen, daß sie bei ihrer laufenden Beteiligung an den preußischen Kammer-sitzungen seit dem Jahre 1851 die Verfassung im vollen

30) auch für die folgenden Zitate: Stenographische Berichte der Zweiten Kammer von 1850, S. 11.

Umfang anerkennen und nur die Absicht verfolgen, dieselbe - wenn auch auf gesetzlichem Weg - nach ihren Wünschen zu ändern.

Die Klärung dieses Fragenkomplexes kann nur auf der Feststellung beruhen, daß die Provinz Posen nicht erst durch die Verfassung ein integrierender Bestandteil des preußischen Staates geworden, sondern daß sie es bereits ab 1815 gewesen ist, auch wenn ihr der staatsrechtliche Gehalt erst durch die preußische Verfassung endgültig am 13. Januar 1850 gegeben wurde. Alle Gegendarstellungen, die der Provinz lediglich eine Sonderstellung einräumen und in ihr nur eine Personalunion sehen wollen, werden der Sach- und Rechtslage nicht gerecht³¹⁾.

Was den von den polnischen Abgeordneten geleisteten Eid auf die preußische Verfassung betrifft, bedarf es zur rechtlichen Würdigung des Gehalts der Eidesformel der Feststellung, daß diese kategorisch ausspricht, was das Vaterland der polnischen Bewohner des Großherzogtums Posen ist, nämlich der Anteil von Polen, welcher durch den Wiener Kongreß dem Königlichen Hause wieder zugefallen ist. Nach dem Bericht der Kommission der Zweiten Kammer³²⁾, der auf die Akten des Oberpräsidiums in Posen und die des Ministeriums des Inneren Bezug nimmt, wird konstatiert:

31) Vgl. zu diesem Fragenkomplex:
Noah, a.a.O., S. 8 ff.

32) Stenographische Berichte der Zweiten Kammer
1850, S. 2537 und 2638.

- " 1. Die hier vorgelegte Formel ist nie die eines Eides gewesen, noch ist ein Eid nach derselben abgeleistet worden.
2. Sie bildet den Inhalt eines Reverses, welcher neben dem Unterthanen-Eide nicht von den Einwohnern der Provinz, sondern nur von Beamten vollzogen worden ist.
3. Auch ist dieser Revers nicht allen, sondern nur wenigen Beamten zur Vollziehung vorgelegt -, und von ihnen vollzogen worden.
4. Dieses Verfahren hat nicht auf Anordnung der Staatsbehörde, sondern auf Eigenmächtigkeit des Oberpräsidenten beruht, und
5. Es ist ausdrücklich, sobald es zur Kenntnis der Staatsbehörde gelangt, als u n g e h ö r i g , und zwar aus dem Grunde reprobirt worden, weil das Vaterland der Einwohner des Großherzogthums Posen nicht dieses, sondern das g a n z e P r e u ß i s c h e L a n d ist. "

- c) Die Gesetzgebung für das Großherzogtum bzw.
die Provinz Posen seit 1815

Unmittelbar nach der Besitznahme des Großherzogtums Posen durch Preußen schlossen sich die Cabinets-Ordre vom 20. Juni 1816³³⁾ und das Patent vom 9. November 1816³⁴⁾ an. Durch sie wurden in das Großherzogtum Posen die Altpreußischen Gesetze wieder in vollen Umfang eingeführt. In dem Patent vom 4. April 1818³⁵⁾ wegen Wiederherstellung des Hypothekenwesens in Posen, dem Culm- und Michelauischen Kreis und der Stadt Thorn fanden beide ihre Ergänzung und ihren Abschluß. Von Interesse ist dabei, daß das letztgenannte Patent nur die zu süd- und westpreußischer Zeit erfolgten Eintragungen als gültig anerkennt und (im § 2) alle in der Zwischenzeit vorgenannten Handlungen ausdrücklich als nicht geschehen bezeichnet.

In dem Gesetz vom 5. Juni 1823 wegen Anordnung der Provinzialstände³⁶⁾ werden für Posen besondere Bestimmungen getroffen, wobei die Landesteile Neufchatel und Valengin ausgenommen werden, weil beide nicht der Monarchie, sondern der Krone angehören. Dabei ist für das bereits angesprochene Problem der Personalunion bemerkenswert, daß es in diesem Fall gelöst wurde, hingegen nicht in Ansehung Posens, was nur dann möglich gewesen wäre, hätte man diese Provinz nicht als solche aufgefaßt.

33) GS 1816, S. 204.

34) GS 1816, S. 225.

35) GS 1818, S. 20.

36) GS 1823, S. 129.

Das Gesetz vom 3. August 1824 wegen der Anordnung der Provinzialstände für das Großherzogtum Posen³⁷⁾ und die daselbe ergänzende Verordnung vom 15. Dezember 1830³⁸⁾ weichen nicht ab von denselben Gesetzen über diesen Gegenstand für die übrigen Provinzen. Sie beruhen auf derselben ständischen Gliederung wie diese. Die Kreisordnung für das Großherzogtum Posen vom 20. Dezember 1828³⁹⁾ steht auf demselben Boden mit den Kreisordnungen der übrigen Provinzen, sowohl nach ihrer Grundlage wie nach ihrer Wirksamkeit. Dasselbe gilt auch von der sie erläuternden Verordnung vom 21. Juni 1842⁴⁰⁾.

Die Verordnung über Bildung eines Ausschusses der Stände der Provinz Posen vom 21. Juni 1842⁴¹⁾ weicht von den Verordnungen, welche diesbezüglich für die übrigen Provinzen ergangen sind, nicht ab. Das Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend, vom 3. Februar 1847⁴²⁾ sowie die Verordnung über die Bildung des vereinigten Landtags von demselben Tag⁴³⁾ berücksichtigen Posen ebenso wenig, im Gegensatz zu den übrigen Provinzen. Eine Ausnahme in bezug auf Posen macht nur die wieder aufgehobene Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung vom 11. März 1850⁴⁴⁾. In ihrem Art. 68 wird das Staatsministerium ermächtigt, die infolge der Demarkationslinie⁴⁵⁾ erforderliche anderweitige Regulierung der Kreisgrenzen in der Provinz Posen zu bewirken.

37) GS 1824, S. 141.

38) GS 1830, S. 9.

39) GS 1829, S. 3.

40) GS 1842, S. 227.

41) Ebenda

42) GS 1847, S. 33/34.

43) Ebenda

44) GS 1850, S. 251.

45) Grenze, die die Interessensphäre zwischen den vorwiegend polnisch und preußisch bevölkerten Teilen bilden sollte.

Außerdem wird im Art. 73 der Vorbehalt gemacht, in einem besonderen Gesetz Anordnungen darüber zu treffen, wann und in welcher Weise die Bestimmungen dieser Ordnung in Beziehung auf die danach zu bildende Kreis- und Provinzialvertretung in der Provinz Posen ausgeführt werden sollen, nachdem die Verhältnisse dieser Provinz mit Rücksicht auf die Demarkationslinie geregelt sein werden.

Aus diesen Gesetzen, Verordnungen und Patenten - die nicht die einzigen, aber deshalb von besonderer Bedeutung sind, weil sie Gesetze im engsten Sinne und sie von der Regierung durch die Veröffentlichung in der Gesetzessammlung allgemein bekannt geworden sind - kann keinesfalls auf eine Sonderstellung des Großherzogtums geschlossen werden, zumal alle übrigen Gesetze⁴⁶⁾ eine solche Sonderstellung des Großherzogtums ausdrücklich verneinen und keine Amtshandlungen der Regierungen seit 1815 das Gegenteil nachzuweisen vermögen. Aus allen Gesetzen ergibt sich vielmehr die unbedingte Zusammengehörigkeit Posens mit dem preußischen Staat; auch wird immer wieder deutlich gemacht, daß dieser Landesteil in steter Folge nur als Provinz, genauso wie die übrigen Provinzen auch, aufgefaßt und behandelt worden ist.

Gegen dieses so praktizierte Verhältnis, wobei die Lage der Posener Polen - und vor allem nach 1831 - eine viel günstigere - verglichen mit der ihrer Landsleute unter russischer Herrschaft - war⁴⁷⁾, sind von den Provinzständen - jedenfalls zu der Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. - keine Anstände erhoben worden. Erst mit

46) Die hier wegen der Ausweitung des Rahmens der Darstellung nicht angeführt werden und zu Abschnitt B II 2 b), S. 71 ff. dieser Arbeit behandelt sind.

47) Cromer, Die Sprachenrechte, a. a. O., S. 639.

der Thronfolge Friedrich Wilhelms IV. im Juni 1840 wurden Forderungen in mehr oder weniger bestimmter Weise geltend gemacht, die darauf abzielten, die Provinz Posen als für sich bestehend, von dem übrigen Bestand des preußischen Staates förlösgelöst zu betrachten. Dabei galt in personeller Hinsicht der Zweck solcher Vorstöße besonders auch der Person des allgemein und speziell in polnischen Adelskreisen wenig beliebten Oberpräsidenten Eduard von Flottwell, dessen Amtszeit vom Jahre 1830 bis zum Mai 1840 dauerte⁴⁸⁾. Flottwell - von dem und seiner von ihm verfolgten Politik noch später berichtet werden soll - gehörte zu den bedeutendsten, wenn auch eigenwilligsten Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen. Dieser "vielgeschmähte, viel gefeierte, viel verkannte Freihändler und halsstarrige Schüler Schöns war ein Kind der Reformzeit, deren Segnungen er der rückständigen Provinz zugänglich machen konnte"⁴⁹⁾. Zu gleicher Zeit mit Flottwells Entfernung lief der planmäßige Abbau seines Systems, wofür sein Nachfolger Adolf von Arnim-Boitzenburg (genannt der "Soireen-Oberpräsident" wegen seines glänzenden Hauses mit Gesellschaften des Magnatentums und der Geistlichkeit) und der Geheime Oberregierungsrat und spätere Staatsminister von Rochow in großen Denkschriften das Programm entwickelten. Von dem letzteren ist in seiner Denkschrift vom 5. Juni 1841⁵⁰⁾ betont worden, daß der Zustand des ehemaligen Polens "vertragsmäßig festgestellt sei, der Inhalt der Wiener Abmachungen und die Verhältnisse der beiden anderen Mächten zugefallenen Provinzen daher bei der Verwaltung

48) Bereits am 30. Dezember 1839 wurde Flottwells Versetzung nach Magdeburg ausgesprochen.

49) Zitiert bei Berger, a.a.O., S. 71.

50) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., S. 75.

des Großherzogthums fortgesetzt berücksichtigt werden müssen". Deshalb muß auch allen Maßregeln der Regierung "neben der Sorge, den Bestand der Verhältnisse, die Rechte der Provinz zu schützen, jede feindselige Richtung mit Kraft zurückzuweisen, das Bestreben zu Grunde liegen, die Elemente des Fortschrittes, der friedlichen inneren Vereinigung zu fördern, jeder Erscheinung, die sich im Innern der Provinz in dieser Richtung kundgibt, Anerkennung und Unterstützung zu gewähren". Insgesamt gesehen blieb aber zwischen den angestrebten Bemühungen einer Verschmelzung Polens mit der preußischen Gesamtmonarchie und dem nationalen Sonderwillen des Polentums eine "unüberhörbare Dissonanz"⁵¹⁾.

So wie die Polen Posens anerkennen mußten, daß es nicht möglich war, sich vom Bestand des preußischen Staates als losgelöst zu betrachten, ebenso mußten sie erkennen, daß die Landtagsabschiede und die sonstigen Eröffnungen des Königs an die Stände auf demselben Boden wie die eigentlichen Gesetze standen. Alle diese Akte waren wie die Gesetze nicht minder "öffentlich", da sie in den offiziellen Regierungsblättern bekannt gemacht, und darüber hinaus durch die offiziellen Zeitungen in deren offiziellen Teil veröffentlicht, und durch Privatsammlungen in weitere Kreise verbreitet wurden. Von diesen "Akten" nimmt das Propositions-Decret vom 23. Februar 1841⁵²⁾, das an den fünften Posener Landtag gerichtet war, eine besondere Stelle ein. Diesem Decret war vorausgegangen, daß bei Gelegenheit der Huldigung in Königsberg im September 1840 von Deputierten polnischer Abkunft Beschwerden über die Verwaltung und über sonstige Verhältnisse der Provinz angebracht wurden.

51) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., S. 75.

52) Zitiert bei Noah, a.a.O., S. 39 ff.

Auf diese Beschwerden ging das königliche Propositions-Decret ein. Nach einleitenden Bemerkungen, daß er bereits gleich nach der Thronbesteigung öffentlich die Zusage erteilt habe, die Pflichten des Regenten in strengster Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, und sowohl das Ganze des Staates als dessen einzelne Bestandteile mit "gleicher Gerechtigkeit und Liebe zu umfassen", fügte Friedrich Wilhelm IV. hinzu, daß er die Beschwerden und Wünsche, welche sich auf die Erhaltung der polnischen Sprache und Nationalität beziehen, genau geprüft, und daß sich als Ergebnis dieser Prüfung weder ein Vorwurf gegen die Beamten noch Anlaß dazu ergeben habe, wesentliche Änderungen der bisherigen Verwaltungsgrundsätze eintreten zu lassen; es heißt dann wörtlich:

" Wenn der Erfolg nicht allenthalben dem Wunsche entsprach, die Unterthanen polnischer Abkunft, soweit es die Verbindung des Großherzogthums mit einem deutschen Staate möglich macht, in ihren nationalen Sitten und Einrichtungen zu stören, vielmehr solchen jede Berücksichtigung zu widmen, so lag die Schuld besonders darin, daß die polnischen Einwohner des Großherzogthums, ihr eigenes Interesse verkennend, es verabsäumen, ihre Söhne sowohl dem höheren Staatsdienst, als dem höheren Lehrerstande zu widmen...

Der Anspruch, daß in den dazu verordneten Prüfungen an die Kandidaten darum, weil sie polnischer Abkunft sind, geringere Anforderungen als an die deutschen gemacht werden sollen, widerstrebt nicht nur den Erfordernissen der Staatsverwaltung, sondern auch der Ehre unserer polnischen Unterthanen..."

Eine noch deutlichere Sprache läßt dann der folgende Satz dieses Decrets erkennen:

" Nachdem Wir auf solche Weise den getreuen Ständen Unsere Absicht, billigen und mit dem Wohle Unserer ganzen Monarchie vereinbaren Wünschen entgegen zu kommen, und dem Großherzogthum Beweise Unserer landesväterlichen Liebe zu geben, dargelegt haben, erwarten Wir dagegen, daß der Landtag weiter hin-
ausgehende, dem Verhältnisse des Großherzogthums

zum Staate widersprechende Anträge, durch deren Äußerung nur Aufregung und Verwirrung hervorge-rufen, und die ruhige Ausbildung der Verhältnisse gestört wird, nicht erneuere, sondern mit Ver-trauen den von Uns zu ergreifenden Maßregeln ent-gegensehen wird. "

Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Der Landtag beantragte in einer Adresse die Verleihung einer be-sonderen Konstitution für Posen. Man wollte die der Adresse zugrunde liegende Auffassung, und zwar als der der preußischen Monarchie gegenüberstehender Partner in scharfer und bestimmter Weise hervorkehren, ein An-trag, dessen Unterstützung nicht von allen polnischen Abgeordneten gebilligt wurde. Diesem Antrag trat Friedrich Wilhelm IV. entschieden in dem Posener Land-tagsabschied vom 6. August 1841 entgegen⁵³⁾, in dem es u. a. heißt:

" In Übereinstimmung mit dem Inhalte der Wiener Traktate hat das Besitznahmepatent und der Zuruf Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät vom 15. Mai 1815 die Einwohner der Provinz Posen der Monarchie einverleibt, und damit den Charak-ter einer vollständigen, untrennbaren, alle Ver-hältnisse durchdringenden Vereinigung ausgespro-chen. Das Großherzogthum Posen ist eine Provinz Unseres Reiches in demselben Sinne, in derselben unbedingten Gemeinschaft, wie alle übrigen Pro-vinzen, welche Unserem Scepter unterworfen sind...

In der untrennbaren Verbindung mit Unserer Mon-archie hat das Nationalgefühl der polnischen Un-terthanen Unserer Provinz Posen die Richtung sei-ner ferneren Entwicklung, die feste Schranke sei-ner Manifestation zu erkennen. Die Verschieden-heit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen der e i n e n Monarchie, des Staates, dem sie gemeinsam und für immer angehören, in dem Namen P r e u ß e n ...

Nicht ohne Verschuldung darf diese Thatsache ver-kannt, und der Unterschied der Nationalität als Grundlage eines politischen Gegensatzes wieder hervorgehoben werden... "

53) Zitiert bei Noah, a.a.O., Anhang zu VIII, S. 183/184.

Diese Erklärung beantworteten die Posener Stände mit einer Adresse vom 8. März 1843⁵⁴⁾, welcher darauf folgende sechste Provinziallandtag dem König überreichte und in der deutlich gemacht wurde, daß für das polnische Nationalbewußtsein Loyalität gegenüber dem preußischen Staat kein Ersatz sein könne. In dieser Adresse heißt es:

" Sie (die Stände) haben die Thatsachen nicht verkennen wollen, daß das Großherzogthum ein Theil Ew. Majestät Monarchie ist. Aber dieser politischen Verbindung ungeachtet, war ihnen Erhaltung und Bewahrung ihrer Nationalität als Polen, war ihnen ein Vaterland, der Gebrauch ihrer Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen zugesichert. Sollen sie gleich den in ihrer Nationalität nicht mehr bestehenden Litthauisch und Wallonisch redenden Unterthanen ihren Vereinigungspunkt in dem Namen Preußen finden, so erblicken sie hierin eine Gefährdung jener Verheißung; sie fürchten, nicht mehr sein und sich nennen zu dürfen, was sie nach ihrer Sprache, ihren Sitten, ihren geschichtlichen Erinnerungen, was sie nach feierlich geschlossenen Verträgen und ertheilten Zusicherung sind - P o l e n " .

König Friedrich Wilhlm IV. ist nur vier Tage später auf diese Adresse (am 12. März) mit voller Bestimmtheit auf die Sätze des Landtagsabschieds vom 6. August 1841 zurückgekommen⁵⁵⁾. In seiner Antwort betont er nochmals, daß Posen nur in seiner Verbindung mit der Monarchie, mit Preußen existieren könne, und erklärt aufs neue, daß es "trauriger Verblendung" entspräche, wenn die den Vereinigungspunkt "förmlich" verleugnende Partei in ihrer Gesinnung verkennt, "wie Wir mit landesväterlicher Liebe bestrebt gewesen, ihre nationale

54) ebenfalls zitiert bei Noah, a.a.O., S. 185 (Anhang IX).

55) Vgl. Noah, a.a.O., S. 186/187 (Anhang zu X).

Eigenthümlichkeit zu schonen und sie mit den allgemeinen Verhältnissen und Zuständen Unseres Reiches zum wahren Besten der dortigen Provinz in Einklang zu bringen".

Schließlich wurde die politische Stellung der Provinz Posen noch einmal, und zwar auf dem achten Provinziallandtag im Jahre 1851 angesprochen. Diese Aktion, die eine besondere Konstitution für die Provinz forderte, blieb aber auf sich beruhen; sie wurde ohne Beratung als unerledigt dem Landtagskommissarius mitgeteilt⁵⁶⁾.

Am Schluß dieser Untersuchung kommt man -wie bereits schon dargetan- im wesentlichen mit Noah übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die Provinz Posen bereits seit den Wiener Verträgen ein integrierender Landesteil der preußischen Monarchie und zumindest seit dem Inkrafttreten der revidierten preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 auch staatsrechtlich mit dem preußischen Staat verbunden war; sie stand zu demselben in dem Verhältnis einer Provinz wie alle übrigen Provinzen auch. Die Bewohner der Provinz Posen - gleichviel, ob deutscher oder polnischer Abkunft - sind preußische Staatsbürger und in dieser Eigenschaft Untertanen des Königs von Preußen. Die Nationalität der polnischen Bevölkerungsteile dieser Provinz findet ausschließlich in dem preußischen Staat, auf dem Boden der preußischen Monarchie ihre Anerkennung.

56) Vgl. Noah, a.a.O., S. 42.

2. Die Rechte der polnischen Bevölkerung im preußischen Staat

a) Allgemeines

Ausgehend von dem Begriff der Nationalität, der dem der völkischen Individualität nahe steht, mußte der preußische Staat, und zwar einmal wegen der Verpflichtungen aus dem preußisch-russischen Vertrag vom 3. Mai 1815, wonach die "institutions, qui assurent la conversation de leur nationalité" die "représentations" und die "institutions" geregelt sein sollen, und zum anderen wegen des Satzes aus dem königlichen Zuruf vom 15. Mai 1815: "Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu müssen", durch entsprechende gesetzliche Regelungen dafür eintreten und sorgen, daß die Abmachungen und Verheißungen in die Tat umgesetzt werden.

Eine Interpretation des "Königlichen Zurufs" bedarf es an dieser Stelle nicht, da eine rechtliche Würdigung dieser Proklamation bereits bei Darstellung der für Preußen und Polen im Zeitpunkt des Wiener Kongresses gegebenen Situation erfolgt ist⁵⁷⁾.

Wenn auch wie überall, wo Nationalitäten in einem Staatsgebiet zusammenleben, Sitte und Gewohnheiten, zumal wenn sie von alters her überliefert sind, von Gesetzen und Verwaltungsmaßregeln unberührt bleiben⁵⁸⁾, so ist es andererseits die Aufgabe der Gesetzgebung

57) Vgl. zu dem Abschnitt E II 2 und 3 S. 168 ff. u. S. 177 ff. dieser Arbeit.

58) und wohl auch unberührt bleiben müssen und sollen.

und Verwaltung, die Verschiedenartigkeit des Zusammenlebens mehrerer Nationalitäten in der Weise zu formen, daß das Staatsleben nicht Not leidet und den Nationalitäten dennoch ihr Recht in dem gemeinsamen Staat wird.

Auf die allgemeine, jeden preußischen Staatsangehörigen ansprechende Gesetzgebung, die zuvor bei der Darstellung des Rechtsgefüges des preußischen Staates behandelt worden ist⁵⁹⁾, soll hier nicht mehr weiter eingegangen werden. An dieser Stelle handelt es sich ausschließlich um die für die polnischen Untertanen im preußischen Staat zusätzlich für alle Untertanen des preußischen Staatsverbandes geltenden Gesetze, d. h. um besondere Regelungen, die auf dem Nationalitätenrecht basieren. Ohne eine Priorität setzen zu wollen, wird die gesetzliche Sprachregelung an vorderster Stelle zu stehen haben. Die Grenzziehung auf dem Gebiete der Sprache ergibt sich von selbst. Wenn es dem Gesetzgeber des Rechtsstaates auch versagt bleiben muß, die "res merae facultatis" regeln zu wollen, so ist es im Nationalitätenstaat seine vornehmste Pflicht, dem "anderssprechenden" Untertanen dessen Recht auf seine Sprache zu erhalten. Welches Idiom der einzelne in seiner Privatsphäre gebraucht oder zu gebrauchen pflegt, berührt den Staat nicht. Erst dann, wenn die Sprache in die Öffentlichkeit, also in die staatliche Sphäre tritt, wird die Kompetenz des Staates angesprochen.

Was die Sprache des Staates in bezug auf die hier anzusprechende polnische Nationalität betrifft, so kann ihr Genugtuung nur insofern zuteil werden, als sie sich entsprechend der Natur des preußischen Staates in diesen einfügen läßt; das will heißen, daß für alle die Fälle, in denen der preußische Staat lediglich mit seinem Organ verkehrt, oder soweit diese untereinander in Verkehr zu

59) Vgl. zu Abschnitt B II 2 b) S. 71 ff. dieser Arbeit.

treten haben, die polnische Sprache keine staatlich-nationale Daseinsberechtigung hat. An diesen Grundsatz halten sich auch alle staatsrechtlicherseits ergangenen Bestimmungen, seien es Gesetze, Verordnungen oder sonstige Vorschriften der administrativen Kommunikation.

b) Die Sprache des Gesetzes

Ohne die hier anzuführenden Bestimmungen im weiteren und engeren Sinn zu apostrophieren, zumal die wichtigsten von ihnen bei der Darstellung der durch die preussischen Staatsorgane gegenüber den polnischen Untertanen praktizierten Gesetzgebung genauer zu behandeln sein werden, sollen an dieser Stelle nur die Daten und notwendig erscheinenden Bezugshinweise genannt sein.

In der Verordnung vom 9. Februar 1817 betreffend die Korrespondenz der Justizbehörden mit öffentlichen Behörden⁶⁰⁾ wird den Justizbehörden im § 144 dieser Verordnung ausdrücklich vorgeschrieben, sich in ihren Berichten an die vorgesetzten Kollegen ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen, dieselbe Verpflichtung, die im Art. 1 des Reglements vom 14. April 1832⁶¹⁾ auch den Administrativ-Behörden auferlegt wird. In der erstgenannten Verordnung findet sich aber eine Ausnahmbestimmung betreffend den Gebrauch der polnischen Sprache. Diese Ausnahme, welche die Korrespondenz mit den "Behörden des Königreichs Polen" betrifft, hat aber weder mit dem Nationalitätsprinzip noch mit der ideellen Einheit

60) abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang zu XI, S. 188 ff.

61) ebenfalls abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang zu XVII, S. 193 ff.

des alten Polens etwas gemein, sondern der Gebrauch der polnischen Sprache beruht hier lediglich auf internationaler Verabredung, ist also eine reine "Ausnahmebestimmung". In dem zitierten Reglement vom 14. April 1832 sind noch weitere Ausnahmen enthalten. Danach haben die Behörden unbedingt die deutsche und die polnische Sprache in Verfügungen an die Bürgermeister in den kleinen Städten und an die Woyts⁶²⁾ auf dem platten Lande, bedingt auch in Erlassen an die Dekane und Pfarrer, anzuwenden, wenn diese "nach dem Urtheile der Landräthe der deutschen Sprache nicht so weit mächtig sind, daß sie sich in derselben ohne Schwierigkeiten auszudrücken vermögen".

Trotz der hier angeführten Ausnahmen ist grundsätzlich die Sprache der Verfügungen die "deutsche", wohingegen die polnische nur als Verständigungsmittel in Betracht kommt; sie ist nur die Übersetzung des deutschen Urtextes.

Im Verkehr des Staates mit seinen Untertanen war die deutsche Sprache als einzige legale anerkannt. Deshalb konnten sowohl die Gesetze als auch die sonstigen die Untertanen verpflichtenden Anordnungen und behördlichen Verfügungen nur in deutscher Sprache erlassen werden. Um sie den polnischen Bewohnern verständlich zu machen, wurden ihnen in Posen und auch anderswo polnische Übersetzungen hinzugefügt. Die solche Übersetzungen anordnende Cabinets-Ordre vom 20. Juni 1816⁶³⁾ hat deshalb besondere Bedeutung erlangt, weil sie einmal in

c2) Seit dem Jahre 1837 existieren die Woyts nicht mehr.

b3) Text bei Noah, a.a.O., Anhang zu XVIII, S. 195/196; die Cabinets-Ordre bestimmte auch, daß die polnische Übersetzung in Berlin, im Bureau des Staats-Kanzlers, angefertigt werden soll; siehe bei Noah, a.a.O., S. 60.

ausdrücklicher Weise bestimmte, daß " ... es sich von selbst (versteht), daß bei allen diesen Übersetzungen der Deutsche Text das eigentliche Gesetz bleibt und bei etwaiger Dunkelheit der Erklärung zum Grunde gelegt werden muß". Zum anderen verdeutlicht diese - nur ein Jahr nach den Wiener Verträgen, dem Besitznahmepatent und dem königlichen Zuruf erlassene - Ordre den Sinn und den Umfang der - wenn auch in verbindlicher Form - erfolgten Erklärungen und läßt insofern retrospektiv die offizielle Auslegung in öffentlicher Weise erkennen.

In dem Landtagsabschied vom 30. Dezember 1843⁶⁴⁾
(zu II 14) heißt es, dem Grundsatz dieser Cabinets-Ordre folgend, auch demgemäß:

" Wenn den in deutscher Sprache abgefaßten Verfügungen und Bescheiden der Verwaltungs-Behörden Unseres Großherzogthums poses polnische Übersetzungen beigefügt werden, welche von den Behörden durch Unterschrift nicht mit vollzogen sind, so ist dies nicht eine irrige Ausführung des Reglements vom 14. April 1842, sondern es entspricht den im Art. 2 Litt. a. desselben gegebenen Bestimmungen. Es liegt derselben die Absicht zum Grunde, der Ausfertigung in der deutschen, als der allgemeinen Geschäftssprache in der Monarchie, die Eigenschaft des **U r t e x t e s** beizulegen, die polnische Übersetzung aber nur hinzufügen zu lassen, um dem der deutschen Sprache Unkundigen zum bessern Verständniß zu dienen.

Nur **e i n e** von beiden Ausfertigungen kann aber für den Urtext gelten, woran bei etwaigen Zweifeln über den Sinn, besonders in Fällen der Nothwendigkeit einer gerichtlichen Entscheidung lediglich festzustellen ist, und als solche muß die **d e u t s c h e** Ausfertigung angesehen werden, welche eben eben darum der Vollziehung bedarf.

Wir haben jedoch veranlaßt, daß bei den Provinzial- und Kreis-Behörden, da sich bei ihnen vereidete Translateurs befinden, die polnischen Übersetzungen von diesen beglaubigt werden.

Das Bestreben Unserer Regierung, dem immer noch fühlbaren Mangel an Verwaltungs-Beamten, welche

64) Textzitat siehe bei Noah, a.a.O., zu Anhang XIX, S. 196/197.

beider Sprachen kundig sind, nach Möglichkeit mehr und mehr abzuhelpen, wird von Unseren getreuen Ständen anerkannt. Wir haben hiernach um so weniger Grund, daran zu zweifeln, daß Unsere Behörden nach wie vor, Unserer Absicht gemäß, auf die Abhilfe dieses Mangels hinwirken werden. "

Auf diesen Landtagsabschied, der zum Teil Gegenstand von Klagen gewesen ist, hat später infolge wiederholter Anträge auch der Landtagsabschied vom 27. Dezember 1845 verwiesen⁶⁵⁾.

Dem häufigen Vorwurf, der sich gegen die Mangelhaftigkeit vieler Übersetzungen erhob, mußte sich besonderes Augenmerk zuwenden, wenn es sich um Übersetzungen in Gesetzessammlungen handelte. Von Regierungsstellen Seite ist hierbei wohl versucht worden, das Mögliche hierzu zu tun, besonders insofern, "als sie eine der beiden Sprachen mächtigen, überdies zum Richteramte qualifizierten Mann zum Übersetzer bestellt hat, allein die Gegenstände sind nicht immer der Art, daß sie mit Sicherheit correct aus dem Deutschen in's Polnische übertragen werden können"⁶⁶⁾. So hat die polnische Sprache, zumal dann, wenn es sich um gewerbliche, landwirtschaftliche und technische Gebiete der Industrie handelt, oft kein eigenes Wort. Zu alldem trat noch ein durch den Ort der Gesetzgebung bedingtes Hindernis ein, daß nämlich, wie es das Gesetz vom 3. April 1846⁶⁷⁾ vorsah, kein Abweichen von der polnischen Übersetzungsanfertigung in Berlin möglich war, so daß die Gesetzeskraft nicht an die Veröffentlichung durch die Amtsblätter, sondern ausschließlich an die Bekanntmachung durch die Gesetzesammlung geknüpft ist, d. h. an den Tag ihrer Ausgabe in Berlin.

65) Vgl. Noah, a.a.O., S. 58.

66) Siehe die Darstellung bei Noah, a.a.O., S. 59.

67) GS 1846, S. 151.

Wenn hierauf, obwohl es zunächst nebensächlich erscheinen mag, und zwar bewußt eingegangen wird, so geschieht es deshalb, weil wegen dieser Regelung - und wie es scheint noch bedeutsamer - bei dem Streit um die Sprache auf den Adressen der amtlichen Erlasse heftige Kontroversen entbrannten. Die Führer des Polentums haben hierin - worauf noch bei der späteren Darstellung eingegangen werden soll - hauptsächlich die Germanisierungstendenz der Regierung gesehen. Dieser Streitgegenstand ist sogar zum Gegenstand höchststrichterlicher Entscheidung geworden.

c) Die Sprache der Verwaltung

Die gesetzliche Grundlage für die Sprache der Verwaltung ist das "Regulativ, den Gebrauch der Deutschen und Polnischen Sprache bei den Verhandlungen der Administrativbehörden im Großherzogthum betreffend" vom 14. April 1832⁶⁸⁾. Seine entscheidenden Abschnitte lauten wie folgt:

" Da über die Ausführungen der Allerhöchsten Vorschrift, nach welcher bei den Geschäfts-Verhandlungen im Großherzogthum Posen die Polnische Sprache neben der Deutschen gebraucht werden soll, Zweifel entstanden sind, so hat das Staatsministerium für nöthig gefunden, zur Beseitigung derselben in Hinsicht der Verhandlungen bei den Administrationsbehörden, sich Allerhöchste Befehle allerunterthänigst zu erbitten, und ertheilt nun in Gemäßheit derselben folgende Vorschriften:

68) abgedruckt bei Noah, a.a.O., zu Anhang XVII, S. 193 bis 195.

I.

Geschäftssprache der Administrations-Behörden untereinander.

Der gegenseitige Schriftwechsel sämtlicher Administrations-Behörden im Großherzogthum Posen, mit Einschluß der geistlichen und landschaftlichen, wird in Deutscher Sprache geführt ...

II.

Die Erlasse der Behörden an Privat-Interessenten betreffend

- a) Antworten und Bescheide auf Eingaben werden, wenn die Eingabe Deutsch abgefaßt ist, bloß in dieser Sprache, wenn dagegen die Eingabe in Polnischer Sprache geschrieben ist, in Deutscher Sprache mit eingefügter Polnischer Übersetzung ertheilt.
- b) Wenn von Amtswegen ohne vorhergegangene Eingabe verfügt wird, so wird in der Regel an alle Eingeborene, ohne Unterschied ihrer Deutschen oder Polnischen Abkunft, Deutsch mit beigefügter Polnischer Übersetzung geschrieben...

III.

Mündliche Verhandlungen vor den Administrativ-Behörden

Bei mündlichen Verhandlungen muß es jedem Interessenten freistehen, sich nach Willkür derjenigen der beiden Sprachen zu bedienen, die er selbst vorzieht, und in dieser von ihm gewählten Sprache muß dann verhandelt und das Protokoll über sein Anbringen aufgenommen werden. Haben mehrere Personen, von welchen ein Theil die Sprache des andern nicht kennt miteinander zu verhandeln, so hat die Behörde für ihre Verständigung zu sorgen...

In Hinsicht der Verhandlungen vor den Gerichts-Behörden bewendet es lediglich bei dem, was § 143 und folgender Verordnung vom 9. Februar 1817 vorgeschrieben ist. "

Abgesehen davon, daß dieses "Regulativ" heftiger Kritik wegen seiner Rechtsgültigkeit unterzogen worden ist, hat es deswegen besondere Bedeutung erfahren, weil es als dasjenige Dokument bezeichnet wird, mit dem die Germanisierungstendenz der Regierung und der Bürokratie begonnen hat. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich,

wenn von polnischer Seite seine Gesetzeskraft bestritten und - wie geschehen - es nicht als Werk des Gesetzgebers, sondern vielmehr als ein solches des Oberpräsidenten von Flottwell hingestellt worden ist⁶⁹⁾. In dem Hin und Her der Anträge und Petitionen des Posener Provinziallandtages an Friedrich Wilhelm IV., die immer wieder die Vindikation des königlichen Zurufts vom 15. Mai 1815 betrafen, den Polen Posens das Haupt- oder doch zumindest das gleiche Recht der Sprache zu gewähren (wobei auch gegen die Berufung eines nur die deutsche Sprache beherrschenden Richters beim Oberappellationsgericht in Posen Sturm gelaufen und dessen Entlassung verlangt wurde, weil dieser auf die Klage eines Deutschen den Beklagten, der in polnischer Sprache geantwortet hatte, in contumaciam verurteilte), hatte Friedrich Wilhelm III. in dem Landtagsabschied vom 14. Februar 1832 unter Bezugnahme auf das in Vorbereitung befindliche "Regulativ" zu der abgelehnten Petition erklärt:⁷⁰⁾

" Die Provinzialstände werden übrigens in Unseren gegenwärtig zutreffenden Anordnungen die landesväterliche Vorsorge dankbar zu erkennen Veranlassung erhalten, welche Wir der Beibehaltung der Polnischen Sprache als derjenigen, welcher die Mehrzahl ihrer Bewohner angehört, widmen, ohne daß Wir aber dem Gebrauch dieser Sprache in öffentlichen Verhandlungen dadurch mehr einzuräumen gesonnen sind, als der Muttersprache eines Unsern Staaten einverlebten Volksstammes, im Gegensatz zu der Landessprache gebührt. "

Die Zweifel an der Rechtskraft des "Regulativs" waren formeller und materieller Art. In formeller Hinsicht wurde gerügt, daß die Veröffentlichung zwar ordnungsgemäß in den Amtsblättern der Provinz erfolgt sei, daß aber die Rechtskraftwirkung nicht habe eintreten können, weil nicht der König, sondern das Staatsministerium

69) Vgl. Noah, a.a.O., S. 62.

70) Vgl. ebenda, S. 63.

das Regulativ erlassen und publiziert hat. In materieller Beziehung ist behauptet worden, das Regulativ sei seinem Inhalt nach kein Gesetz, denn es enthalte lediglich Anweisungen an die Behörden, welche nur für diese, nicht aber für die Untertanen verbindlich sein könnten.

Es würde aber den Rahmen der Darstellung überschreiten, wollte man hier auf den Streit der Rechtsmeinungen näher eingehen. An dieser Stelle soll nur das Ergebnis interessieren, daß die formellen Bedenken dadurch ausgeräumt erscheinen, weil das Regulativ, wie es schon in seinen Eingangsworten feststellt, infolge eingeholter königlicher Befehle und in Übereinstimmung mit diesen vom Staatsministerium erlassen worden und darüber hinaus vom König wiederholt und in legaler Weise genehmigt worden ist. Dieser Nachweis wird geführt durch den Landtagsabschied vom 30. Dezember 1843, welcher das Regulativ anerkennt und ergänzt, nicht minder aber auch durch den Landtagsabschied vom 27. Dezember 1845⁷¹⁾. In diesem erklärte der König unter Bezugnahme auf die Petition der Stände, die das "Regulativ" als von den "hiesigen Behörden extrahirt" erklärt hatten, wörtlich:⁷²⁾ "Hinsichtlich des Gebrauchs der Polnischen Sprache bei den Verhandlungen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden ist durch die von Uns erlassenen Bestimmungen Alles geschehen, was die Verhältnisse gestatten... Wir können daher den Anträgen auf eine Abänderung des gegenwärtigen Verfahrens keine Folge geben, vielmehr auf den in Unserem Landtags-Abschiede vom 30. Dezember 1843 ertheilten Bescheid verweisen, bei dem es lediglich bewenden muß."

71) Zitiert bei Noah, a.a.O., S. 64/65.

72) Ebenda.

Wegen der materiellen Zweifel ist zu konstatieren, daß die Anweisung an die Behörden, in diesem oder jenem Fall die polnische oder deutsche Sprache anzuwenden, wenn es sich um Erlasse an die Bewohner der Provinz handelt, für diese die Verpflichtung enthält, sich solchen Anordnungen zu unterwerfen, so wie ihnen andererseits das Recht zusteht, fordern zu dürfen, daß diesen Anordnungen gemäß von den Behörden verfahren wird. Schließlich ist auch die Bestimmung des "Regulativs", daß an Polen, wenn sie sich in Gesuchen der deutschen Sprache bedient haben, nur in dieser Sprache von amtswegen zu verfügen sei, als eine Beeinträchtigung der Nationalität angefochten worden. Dieser Einwand ist sicherlich zu Unrecht erhoben worden, denn nach den hierfür maßgeblichen Verträgen soll die polnische Sprache neben der deutschen angewendet werden. Mithin ist anzunehmen, daß die Polen, die sich der deutschen Sprache bedienen, sich dieser Sprache auch bedienen wollen. Wenn daraufhin gegenüber diesen Polen in deutscher Sprache geantwortet wird, so liegt es bei ihnen, ob sie sich damit einverstanden erklären. Erwiderungen auf solche Verfügungen in polnischer Sprache hatten dann in ihren Mitteilungen oder Bescheiden in deutscher u n d in polnischer Sprache zu erfolgen. Dasselbe mußte auch für mündliche Verhandlungen mit zwei oder mehreren Beteiligten für die Verhandlung und die Sprache des Protokolls gelten. In der Cabinets-Ordre vom 5. Mai 1839⁷³⁾ ist für die Handhabung des Protokolls noch ergänzend bestimmt worden, daß es einer besonderen polnischen Niederschrift (dies gilt auch für gerichtliche Verhandlungen) dann nicht bedarf, wenn einer solchen entsagt wurde und dieser Verzicht in beiden Sprachen in das Protokoll aufgenommen ist. Diese ergänzende Ordre, durch welche die Behörden mehr eingeengt wurden, als es das Regulativ vorsieht, da nach ihr die deutsche Sprache formlos und nur aufgrund der bloßen Zustimmung der Parteien zugelassen wird, ist von polnischer Seite

73) abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang zu XIV, S.191/192.

als ein Rückschritt und ein weiteres Symbol der Germanisierungstendenz der preußischen Regierungsstellen angeprangert worden. Insoweit muß es für die weitere Darstellung von Bedeutung sein, auf eine solche, zunächst nebensächlich erscheinende, Ergänzungsvorschrift nachdrücklich hinzuweisen, weil gerade in diesen beiläufigen Argumenten die national-polnische agitatorische Politik sichtbar wird.

d) Die Sprache der Justiz

In dem IV. Abschnitt der Verordnung vom 9. Februar 1817⁷⁴⁾ findet sich die gesetzliche Grundlage für die Sprache auf dem Gebiete des Rechtswesens. Genauso wie das "Regulativ" vom 14. April 1832, dem sie offensichtlich als Vorbild gedient hat, geht auch diese Verordnung von den Gesichtspunkten des beiderseitigen Anliegens, des deutschen und des polnischen, und des öffentlichen Interesses aus und legt der deutschen Sprache, der Natur der Sache gemäß, das Übergewicht bei.

In § 143 dieser Verordnung wird grundsätzlich bestimmt:

" Beide Sprachen, die deutsche und die polnische, sind nach dem Bedürfnisse der Partheien, die Geschäftssprachen der Gerichte. "

Die daran anschließenden Bestimmungen verdeutlichen die Sprachenregelung wie folgt:

74) ebenfalls abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang zu XI, S. 188 bis 190.

" § 144

Bei der Correspondenz mit öffentlichen Behörden, das Königreich Polen ausgenommen, und in ihren Berichten an die vorgesetzten Kollega, bedienen sie sich der deutschen Sprache ausschließlich.

§ 145

Sind in einem Prozesse beide Theile nur der polnischen Sprache mächtig, so erfolgt in derselben der öffentliche Vortrag, und die Aufnahme der Verhandlungen nebst der Entscheidung; doch kann der Vortrag durch die Sachwalter auch in deutscher Sprache geschehen, wenn der polnischen Sprache nur kundige Partheien nicht zugegen sind.

§ 146

Ist zwischen beiden Theilen eine Verschiedenheit in Ansehung der Sprache, so entscheidet die Sprache des Klägers, in welcher verhandelt und erkannt werden soll, in sofern er nur der deutschen oder der polnischen mächtig ist. Ist er keiner gewachsen, so wird in deutscher Sprache verfahren.

§ 147

Der Aufnahme eines deutschen oder polnischen Nebenprotokolls bedarf es nicht.

§ 148

Bei Zeugen, Sachverständigen und anderen dergleichen Zeugen, werden die Protokolle in ihrer Sprache, wenn sie der deutschen oder polnischen kundig sind, sonst aber in deutscher Sprache ohne alle Einschränkung aufgenommen...

§ 150

Ist der Kläger der deutschen und polnischen Sprache gleich mächtig, so soll in der deutschen verfahren werden...

§ 153

Ist aber die Verhandlung zum Gebrauch beim Hypothekenbuch bestimmt, so muß sie, wenn der Aussteller ihrer auch nicht mächtig ist, dennoch in deutscher Sprache mit aufgenommen werden. "

In Kriminal- und fiskalischen Angelegenheiten bestimmt der § 156:

§ 156

In Kriminal- und fiskalischen Sachen werden zwar die Vorschriften des § 58 u. f. der Kriminalordnung beobachtet; es sollen jedoch bei Angeschuldigten, welche der polnischen Sprache allein kundig sind, die Protokolle über ihre Vernehmung blos in ihrer Sprache aufgenommen werden, es sei denn, daß die künftige Entscheidung zur Bestätigung eingereicht werden müßte. Alsdann soll eine deutsche Nebenverhandlung beigelegt werden.

Die Abfassung der Erkenntnisse soll dagegen ohne Unterschied in deutscher Sprache erfolgen. "

Bei Zivilprozessen fand von dem bei den übrigen Gerichtsverfahren mit dem jeweils beiderseitigen Sprachgebrauch insofern eine Ausnahme statt. Waren beide Teile nur einer Sprache mächtig, so wurde der Prozeß in allen seinen Phasen nur in dieser Sprache verhandelt, und nur, wenn das Polnische zur Anwendung zu bringen war, waren die Sachwalter befugt, bei dem mündlichen Vortrag sich der deutschen Sprache zu bedienen, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihre Klienten bei der Verhandlung nicht zugegen waren. War einer von den Parteien dieser oder jener Sprache nicht mächtig, so bestimmte die Sprache des Klägers, welche von beiden in dem Prozeß angewendet werden mußte. Die Justizministerial-Verfügung vom 21. Januar 1841⁷⁵⁾ änderte diese Vorschrift insofern wesentlich ab, als sie aufgrund einer Cabinets-Ordre vom 15. Januar 1841 festlegte, daß die Sprache des Prozesses durch die Sprache der Klage bedingt werde. Es kam also nicht mehr auf die sprachliche Kenntnis des Klägers, sondern lediglich auf dessen Ermessen an.

Im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mit Ausnahme des Verfahrens in Hypothekensachen, entschied bezugnehmend auf die Cabinets-Ordre vom 5. Mai 1839⁷⁶⁾,

75) Justiz-Ministerialblatt 1841, S. 47.

76) abgedruckt bei Noah, a.a.O., Anhang zu XIV, S. 191, 192.

wonach die Vernehmung in deutscher Sprache allein auch bei Polen zulässig ist, wenn sie unter Verzicht auf das polnische Protokoll sich dem unterwerfen, die Sprache des Erklärenden. Dies galt auch bei einseitigen Angelegenheiten unbedingt, bei zweiseitigen dagegen kamen, wenn die Kenntnis der Sprachen bei den Beteiligten verschieden ist, beide Sprachen zur Anwendung.

e) Die Sprache des Unterrichts

Voraussetzung für die Berufsausbildung und den Dienst im preußischen Staat war unbedingt die Kenntnis der deutschen Sprache. Nach dieser Forderung war das Sprachregulativ vom 24. Mai 1842⁷⁷⁾ ausgerichtet, das aufgrund königlicher Cabinets-Ordre durch die Amtsblätter der Provinz veröffentlicht worden ist. Die "Verfügung an den Königlichen Oberpräsidenten der Provinz Posen, betreffend die Anwendung der deutschen und polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten des Großherzogthums Posen" vom 29. Mai 1842⁷⁸⁾ erteilte dem Königl. Provinzial-Schulkollegium und den Königlichen Regierungen der Provinz Posen die Instruktion, deren Inhalt, soweit hier von Interesse, wiedergegeben werden soll. In der Einleitung zu dieser Instruktion heißt es:

77) Instruktion für das Königl. Provinzial-Schulkollegium und die Königl. Regierungen der Provinz Posen, in Beziehung auf die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten der Provinz vom 24. 5. 1842; abgedruckt bei Noah, a.a.O., zu Anhang XXII b), S. 200/201.

78) Siehe bei Noah, ebenda.

" Nachdem des Königs Majestät Allergnädigst zu befehlen geruht haben, daß in den Unterrichts-Anstalten der Provinz Posen bei der Unterweisung der Jugend von der Polnischen Sprache neben der Deutschen derjenige Gebrauch gemacht werde, welcher Allerhöchst Ihrer, in dem Landtags-Abschied für die zum siebenten Posenschen Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände ausgesprochenen landesväterlichen Absicht entspreche, so wird mit Allerhöchster Genehmigung dem Königl. Provinzial-Schulkollegium und den Königlichen Regierungen der Provinz Posen in Beziehung auf die Anwendung der Deutschen und Polnischen Sprache in den Unterrichts-Anstalten der Provinz nachfolgende Instruktion erteilt. "

Es folgen dann die einzelnen Anweisungen für die Landschulen, die städtischen Schulen, die Schullehrer-Seminare und Gymnasien.

Dabei heißt es, daß "in allen Landschulen, welche sowohl von Kindern Deutscher als Polnischer Abkunft in bedeutender Zahl besucht werden..., nur solche Lehrer angestellt werden (sollen), welche sich bei dem Unterrichte sowohl des Deutschen, als des Polnischen mit Fertigkeit bedienen können" und "jedes Kind den Unterricht in seiner Muttersprache" empfangen soll. Immer aber ist "die Deutsche Sprache H a u p t - Unterrichtssprache".

" In den städtischen Schulen ist der Gebrauch der Unterrichtssprache nach der überwiegenden Abstammung und dem Bedürfnis der sie besuchenden Kinder zu bestimmen. Auch bei diesen Schulen sind, so viel als möglich, solche Lehrer anzustellen, welche beide Sprachen verstehen... An den Schullehrer-Seminaren sind von jetzt an möglichst nur solche Lehrer anzustellen, welche sich bei dem Unterricht der Deutschen und Polnischen Sprache mit Fertigkeit bedienen können... Indessen müssen die Lehrer bei allen Unterrichtsgegenständen, welche mittels der Deutschen Sprache erteilt werden, fortwährend auf das Sorgfältigste darauf achten, ob auch die Zöglinge Polnischer Abkunft ihren ganzen Vortrag richtig und vollständig verstanden haben. Wo ihnen das

zweifelhaft ist, müssen sie ihren Zöglingen das Deutsch Vorgetragene nochmals in Polnischer Sprache wiederholen, und sie dann veranlassen, dasselbe sowohl Polnisch als Deutsch, wie sie es aufgefaßt haben, wieder zu geben... "

Auch an Waisenkinder polnischer Abkunft in rein deutscher Enklave ("Paradies") ist gedacht worden. Gerade hierin zeigt sich die besondere Toleranz der preussischen Regierung, als sie sich damit zugleich auch human erweist:

" Mit dem Seminar zu Paradies soll eine kleine Anstalt für Waisen Polnischer Abkunft verbunden werden, damit die Zöglinge dieses in völlig deutscher Gegend liegende Seminars Gelegenheit erhalten, sich vor Polnischen Kindern unter Anwendung der Polnischen Sprache üben zu können. "

Bezüglich der Unterrichtssprache auf den Gymnasien heißt es in der Instruktion:

" Das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen und das Gymnasium zu Bromberg, sowie die Realschule zu Meseritz, welche fast nur von Schülern Deutscher Abkunft besucht werden, sind in ihrer bisherigen Verfassung zu belassen... An dem Marien-Gymnasium zu Posen, an dem Gymnasium zu Trzemeszno und an den für die südlichen Kreise des Großherzogthums neu zu errichtenden Gymnasien gelten folgende Bestimmungen... "

Es folgen dann die einzelnen Bestimmungen, wobei es auffällt, daß "vorzüglich für die vier unteren Klassen" solche Lehrer anzustellen sind, welche beider Sprachen in hinreichendem Maße kundig sind, sich die Lehrer aber in diesen Klassen "vorzugsweise der Polnischen Sprache" zu bedienen haben und die deutsche Sprache nur insoweit angewendet werden soll, daß "die klare und bestimmte Auffassung des Vorgetragenen von Seiten jedes Schülers sicher erreicht werde, die Schüler jedoch auch spätestens bis zu ihrem Austritt

aus Tertia zu dem leichten und richtigen Verständnis der Deutschen Sprache gelangen". Dann heißt es weiter:

" Von der Secunda an tritt die Deutsche Sprache als Haupt-Unterrichtssprache ein. Die lateinischen und griechischen Schriftsteller werden jedoch abwechselnd, je nachdem sich die Lehrer dazu eignen, Polnisch und Deutsch übersetzt, und auch mittelst derselben Sprache erklärt. Beim Unterricht in der Polnischen Sprache und Literatur bleibt das Polnische Unterrichtssprache; bei der Mathematik und Physik sowie beim Unterricht im Französischen, k a n n dasselbe auch in den oberen Klassen angewendet werden. "

In der Stellungnahme und Kritik zu dieser "Instruktion" ist von polnischer Seite darauf hingewiesen worden, daß danach in deutschen Schulen das Polnische nur dann gelehrt werden soll, wenn es die Eltern wünschen, die Polen also nur den Anspruch erheben können, daß ihnen ihre Sprache nicht verkümmert wird, den Deutschen hingegen diese Verpflichtung nicht auferlegt ist. Hier ein gerechtes Urteil zu fällen, wird schwer sein. Sicherlich wird man diese Frage aber nicht in der Weise abtun können, wie z. B. Noah⁷⁹⁾ glaubt, sie beantworten zu sollen, wenn er dazu sagt: "Es gehört dieser Punkt eben zu denen, welche sich regeln d'après le mode d'existances politique, und nach dem Umstande, daß Posen eine Preussische Provinz ist, und daß die Polen in derselben Preussische Unterthanen sind."

Weitere Schwerpunkte im Unterrichtswesen finden sich bei der polnischen Forderung auf Gründung einer polnischen Universität, auf Vermehrung polnischer Gymnasien und Errichtung von polnischen Spezialschulen. Sicherlich ist dabei an das Beispiel Österreichs,

79) Vgl. Noah, a.a.O., S. 74.

wo die 1784 gegründete Universität in Lemberg, die zwischen 1805 und 1817 aufgehoben war und 1817 wieder eröffnet wurde, gedacht worden, die 1826 zunächst durch einen Lehrstuhl für polnische Sprache und Literatur erhielt und neben der von Ossoliński begründeten nationalen Stiftung, das Ossolineum, alsbald zu einem Zentrum polnischer Traditionspflege und polnischen Geisteslebens wurde⁸⁰⁾. Man hatte polnischerseits hervorgehoben, daß in jeder Provinz des Staates eine Universität bestehe, nur nicht in Posen. Damit war zweifelsohne die Absicht verbunden, zumindest mit der Errichtung einer Universität die Hoffnung auf diesen Lehrstuhl für polnische Sprache und Literatur zu erhalten, ein durchaus verständliches und auch berechtigtes Verlangen. Wenn man einer solchen Forderung vom Standpunkt der sechziger Jahre aus damit wirksam zu begegnen suchte, daß man hiergegen, wie z. B. Noah⁸¹⁾ Kritik anzumelden glaubte, so ist ein solcher Standpunkt sicherlich unobjektiv. Noah äußert sich hierzu wie folgt:

" Das Beispiel Österreichs beweist nichts. Wenn in Lemberg eine Universität gegründet ist, so folgt daraus nicht, daß Preußen dasselbe thun müsse, und um so weniger, als Österreichische und Preussische Universitäten verschiedene Institutionen sind. Soll aber die Gründung der Polnischen Universität aus nationalen Momenten, aus sprachlichen Rücksichten abgeleitet werden, so fällt dieses Fundament in sich zusammen. Die Universität hat es mit der Wissenschaft, und nicht mit der Sprache zu thun. Die Deutschen Universitäten sind zu ihrer wissenschaftlichen Bedeutsamkeit emporgewachsen, ungeachtet in lateinischer Sprache an ihnen gelehrt worden ist. Zudem setzt die Universität die Schulbildung voraus. Diese gewährt den Polen genügende Ausbildung in der Deutschen Sprache, um Vorträgen in derselben folgen zu können, und ist schon aus diesem Grunde ein Bedürfnis für die Polnische Universität nicht anzuerkennen. "

80) Vgl. Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 365 und 367.

81) Noah, a.a.O., S. 76.

Über diese einseitige Stellungnahme hinaus ist es nicht uninteressant zu erfahren, wie sich von einem solchen unobjektiven Standpunkt aus eine offensichtlich präjudizierte Meinung bildet. So läßt Noah seiner Kritik ein negativ gefärbtes Urteil über Polen folgen⁸²⁾, wenn er auf die geringe Zahl der Polen, die an einem Studium interessiert gewesen seien, hinweist, ein Moment, das "schon im Landtagsabschiede vom Jahre 1843 betont worden sei". Er sagt:

" Möchte Polen auch eine noch so große wissenschaftliche Vergangenheit aufzuweisen haben, möchte die Frage über die Nationalität von Kopernikus⁸³⁾ gegen die Deutsche Nation entschieden werden, das ist außer allem Zweifel, daß die Leistungen der Polen auf wissenschaftlichem Gebiete seit sehr geraumer Zeit nicht von Erheblichkeit sind. Wo ist der Polnische Philosoph, der Epoche gemacht hat, welches philosophische System hat Polen aufzuweisen? Die Mathematik, die Physik, die Chemie und die Philologie zählen Polen nicht in den Reihen ihrer Koryphäen. "

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, diesem Urteil entgegenzutreten. Soviel sollte aber hierzu doch gesagt sein, daß allein die polnische Kunst, Literatur und Musik genügende Äquivalenz aufzuweisen haben, um sich auf diesen Bereichen mit anderen Nationen vergleichen zu können. Auf dem Gebiete der polnischen Literatur und Dichtung sind Namen wie Stanisław Staszie (1755 bis 1826), Hugo Kollazaj (1750 bis 1812), Juliusz Słowacki (1809 bis 1848), vor allem aber Adam Mickiewicz (1798 bis 1855) und Henry Sienkiewicz zu nennen. Von Adam Miekiewicz, der durch seine Lyrik

82) Noah, a.a.O., S. 77.

83) Nicolaus Kopernikus, dessen Vorfahren sich Koppernick, vermutlich nach der Ortschaft Köppernigh bei Neiße in Schlesien, nannten, wurde am 19. Februar 1473 in Thorn (1230 von den Deutschrittern unter ihrem Landmeister Hermann Balk erbaute Burg an der Weichsel und genannt nach der Burg T o r o n zwischen Tyrus und dem Meromsee in Palästina) geboren, am 24.5.1543 zu Frauenburg gestorben; Astronom, Domherr, Politiker und Arzt.

und mystischen Dramen bekannt wurde, hat kein geringerer als Wolfgang von Goethe, als erster ihn in Weimar aufgesucht hatte, seinen Eindruck in dem bekannten Ausspruch zusammengefaßt: "C'est un jeune homme, qui prompt d'être grand"⁸⁴⁾. Und in der Zeit, in der die Gesamtlage des polnischen Volkes infolge seiner eigenen Machtlosigkeit und dem Erstarken der Teilungsmächte fast aussichtslos erschien, waren ihm Dichter erstanden, deren Werke die Nation zutiefst ergriffen und auch dem Auslande vom Schicksal und Lebenswillen Polens eindrucksvoll Kunde gaben. Der deutsche Dichter Georg Herwegh hatte hierfür den Vers gefunden:⁸⁵⁾

" Für jenes arme Land,
Das blutend vor dem Himmel stand
Und keine, keine Hilfe fand
Als die Verzweiflung der Poeten. "

An der Spitze dieser aus der Ferne schreibenden Dichter stand das Dreigestirn: die bereits erwähnten Adam Mickiewicz und Juliusz Słowacki und der mit ihnen noch zu nennende Zygmunt Krasiński. Zur Emigration zählen ferner noch: Gaszyński, Norwid, Baliński, Budzyński, Chojcecki und der Kritiker Klaczko⁸⁶⁾. Nicht zu vergessen (wenn auch erst nach den sechziger Jahren hervorgetreten) ist auch der bereits genannte Schriftsteller Henryk Sienkiewicz (1846 bis 1916), der durch seine nationalgeschichtliche Romantrilogie aus den Jahren 1648 bis 1672:

84) Vgl. Manteuffel-Szoegge, a.a.O., S. 108.

85) Zitiert bei Hallgarten, a.a.O., S. 26.

86) Vgl. hierzu Kuliczowski, a.a.O.;
Recke und Wagner, a.a.O., S. 108, und
Brückner, a.a.O.

"Mit Feuer und Schwert", "Sintflut" und "Pan Wołodyjowski", dann aber durch seinen in vielen Sprachen übersetzten Roman "Quo vadis", schließlich aber auch durch andere geschichtliche Romane Weltberühmtheit erlangte. In der polnischen Malerei wurden vor allem A. Grottger (1837 bis 1867), der die Unterdrückung des polnischen Volkes in anklagenden Bildern dargestellt hat, und der Historienmaler J. Matejko (1836 bis 1893) weltbekannt, und in der Musik erstrahlte als Stern Polens Fryderyk Chopin (1810 bis 1849)⁸⁷⁾.

f) Die Sprache der Kirche

Das religiöse und kirchliche Moment hat an sich wenig mit dem nationalen Leben gemein. So gibt es weder eine Polnisch-Katholische, noch eine Polnisch-Evangelische Kirche. Diese Feststellung wird auch dadurch nicht eingeengt, wenn man den Katholizismus, zu dem sich die Mehrzahl der Polen bekennt, als dem Polonismus immanent bezeichnet. Denn das katholische Dogma und der katholische Kult sind überall dieselben und sind unabänderlich für alle katholischen Gläubigen. Die Nationalität kommt auf dem kirchlichen Gebiet allein in der Sprache zum Ausdruck. Hierin hat aber die preußische Staatsregierung eher zum Nachteil der Deutschen als der Polen gehandelt. Der polnische Gottesdienst fand ungehindert in den katholischen wie in den evangelischen Kirchen statt. Von Regierungsseite ist eine Beteiligung an dieser Frage nur insoweit erfolgt, als sie für die Anstellung von Hilfsgeist-

87) Vgl. Camille Bourniquel, Frederic Chopin, a.a.O.

lichen und für eine bessere Ausstattung von Pfarreien und Kirchen gesorgt hat. In der Stadt Posen bemühte man sich u. a.⁸⁸⁾ für etwa 8000 Deutsch-Katholische eine Parochie zu gründen, so daß insgesamt gesehen die absolute Fairneß der Regierung in den kirchlichen Angelegenheiten sichtbar gemacht wurde.

In dem königlichen Zuruf an die Einwohner des Großherzogtums Posen vom 15. Mai 1815 hies es: "Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotierung ihrer Diener gewirkt werden." Dieses Versprechen ist, wie auch in allen Provinzen des Staates, in der Provinz Posen in folglich übereinstimmung mit der päpstlichen Zirkumskriptions-Bulle "de salute animarum" vom 16. Juli 1821 Papst Pius VII.⁸⁹⁾ gehalten und in Posen in besonderer Weise erfüllt worden. So wurden dort Seminare und Alumnate gegründet oder reichlicher dotiert, eine Demeritenanstalt⁹⁰⁾ ins Leben gerufen und Vorsorge für die Errichtung einer Emeritenanstalt⁹¹⁾ getroffen, deren verzögerte Erstellung übrigens nicht auf das Verhalten der Regierung, sondern auf die Säumigkeit der bischöflichen Behörde zurückzuführen war⁹²⁾.

Soweit es sich um die strittigen Fragen, insbesondere die der Mischehe, gehandelt hat, wird auf diese bei Behandlung des Kirchenkonflikts von polnischer und preußischer Sicht aus zurückgekommen, da diese Probleme die polnische Frage in preußischer Zeit besonders bewegt haben.

88) Vgl. Noah, a.a.O., S. 50.

89) Vgl. Stephan-Leube, a.a.O., S. 242 ff.; Regier-Auber-Kowless, a.a.O., S. 261 ff.

90) Anstalt für straffällig gewordene Geistliche.

91) Wohnheim für in den Ruhestand getretene Geistliche.

92) Siehe bei Noah, a.a.O., S. 50.

Für die Darstellung an dieser Stelle bedarf es aber noch angesichts der Maßnahmen der Säkularisation, der zufolge die geistlichen Bistümer und Abteien in weltlichen Besitz überführt worden sind, des Hinweises, daß die Aufhebung der Klöster nicht nur in Posen allein, sondern im gleichen Maße im Bereich des preußischen Staates erfolgt ist. Die daraus entstandenen Fonds sind auch nicht der Staatskasse zugeflossen, sondern sind vielmehr kirchlichen und schulischen Zwecken gewidmet worden. So verdankt z. B. das "Kloster der grauen Schwestern", das der 1842 in Neiße (Schlesien) gegründeten "Kongregation der grauen Schwestern von der Heiligen Elisabeth" entspricht, der preußisch-protestantischen Prinzessin Luise sein Entstehen, das, obwohl es überwiegend nur mit Schwestern polnischer Nationalität besetzt war, von der preußischen Regierung unterstützt worden ist⁹³⁾.

93) Vgl. bei Noah, a.a.O., S. 51.

G Die Konfliktsituation zwischen Preußen und Polen

I Ausgangsposition

Die preußische Polenpolitik ist eines der bedeutendsten Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen und der ostdeutschen Geschichte in dem hier darzustellenden Zeitraum zwischen 1815 und 1871. Richtschnur der preußischen Regierungspraxis gegenüber den polnischen Minderheiten im preußischen Staatsgebiet waren die nachfolgend zitierten Sätze des Staatskanzlers Fürst von Hardenberg in seiner nach Humboldts Entwurf gefertigten Antwortnote¹⁾ an den englischen Außenminister Lord Castlereagh vom 30. Januar 1815 zu dessen Programm, das dieser in einer ostensiblen Zirkularnote vom 12. Januar 1815²⁾ an Rußland, Österreich und Preußen aufgestellt hatte. Darin trat er für die polnische Nationalität im Umfang Polens von 1772 ein und forderte eine Verwaltung auf festen, freiheitlichen Grundlagen, versöhnlich und dem Geist des Volkes entsprechend. Sprache, Gewohnheiten und Bräuche der Polen dürften nicht unterdrückt werden; Versuche dazu in der Vergangenheit wären fruchtlos geblieben, sie hätten nur das Gefühl der Unzufriedenheit und Degradierung erzeugt und zu Unruhen geführt. So sollten sich die drei Monarchen daher gegeneinander verpflichten, die von ihnen beherrschten Polen als Polen zu behandeln ("de traiter comme Polonais"), welche politischen Einrichtungen sie ihnen auch geben würden. Hardenberg, der sich zu einem solchen Programm bekannte, antwortete daraufhin wie folgt:

1) Vgl. Klüber, a.a.O., Bd. IX, S. 49 ff.

2) Vgl. ebenda, S. 40 ff.

" Assurer la tranquillité de ces Provinces par un mode d'administration adopté aux habitudes et au génie de leur habitants, c'est la réellement l'établir sur la base solide et libérale d'un intérêt commun. C'est en agissant ainsi qu'on montre aux Peuples que leur existence nationale peut rester libre de toute atteinte, quelque soit le système politique auquel le sort les a liés; qu'on leur apprend à ne pas confondre des idées qui, lorsqu'elles ne sont pas sagement séparées, ne cessent de faire naître, dans le repos même de la vie privée, des vœux et des espérances vagues de changements futurs; qu'on rattache fortement les sujets de nations différentes à un même gouvernement et qu'on les réunisse dans une même famille... La Majesté Prussienne ... aura constamment au coeur de procurer à ses sujets Polonais de nation tous les avantages qui pourront former un objet de leurs vœux légitimes et qui seront compatibles avec les rapports de sa monarchie, et le premier but de chaque État de former un ensemble solide des différents parties qui le composent. "

Bis in unsere Tage hinein - und heute im besonderen wegen der sich aufgrund des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 17. Mai 1972 erhofften Neugestaltung des Nachbarverhältnisses - ist das starke Interesse, und vornehmlich der polnischen Geschichtsschreibung, an der Erörterung der "Polnischen Frage" festzustellen, wobei es der polnischen Publizistik besonders darauf anzu-kommen scheint, die wechselvollen Ereignisse im ver-gangenen Jahrhundert als Ausgangsposition und Verur-sachungsgrundlage der sich zwischen Preußen und Polen ergebenden Konflikte zu betrachten. Dabei fällt auf, daß in den Publikationen nach dem Zweiten Weltkrieg (1939 bis 1945) zur Frage der preußischen Polenpolitik - und vor allem von denen polnischerseits - zwar neues Material erschlossen worden ist, dieses sich aber meist nicht als Fortschritt in bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse zeigt. Dies mag zum Teil auf die Beein-

flussung durch zeitbedingte politische Meinungen zurückzuführen sein, zuweilen entsteht aber auch der Eindruck, daß diesen Veröffentlichungen, wenn auch vielleicht unbewußt, die Absicht zugrunde liegt, den preußischen Staat und seine damaligen Regierungen bei ihren Verhaltensmaßregeln zur Behandlung und Bewältigung der polnischen Frage zu belasten³⁾. Als Entschuldigung hierfür kann natürlicherweise gelten, daß die Erörterung eines zeitlich noch so naheliegenden Fragenkomplexes stets der Einwirkung politischer Strömungen ausgesetzt ist.

Wenn im folgenden nun versucht werden soll, die Konfliktsituation zwischen Preußen und Polen in ihren Hauptproblemen anhand und nach dem Stand der einschlägigen deutschen und polnischen Literatur darzustellen, sollen die politischen Vorgänge als solche gewertet und nur insoweit an materiellen Maßstäben gemessen werden, als es die Situation im einzelnen Konfliktsfall erforderlich erscheinen läßt. Im eigentlichen soll politisch-historisch verfahren werden, d. h. daß nicht nur das für die preußischen Polen im Vordergrund stehende Streben nach Wiederherstellung ihres Staates als historisch berechtigt kritisch gewürdigt werden soll, sondern auch der Selbstbehauptungswille des preußischen Staates.

Die Ursachen des preußisch-polnischen Problems im 19. Jahrhundert sind nicht unmittelbar in den polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts zu suchen. Sie liegen vielmehr in der europäischen Neuordnung, die auf dem Wiener Kongreß durch Übereinstimmung der Teilungsmächte vollzogen wurde. Das trifft sowohl die Abgrenzung des polnischen, bzw. gemischten polnisch-deutschen Gebietes, das damals - von Westpreußen abge-

3) Vgl. Jablonowski, a.a.O., S. 3.

sehen - dem preußischen Staate überwiesen wurde, als auch die besonderen Auflagen, unter denen diese Gebietsübertragung erfolgte. Beides zusammen war das Ergebnis einer langwierigen, aber auch gefährlichen europäischen Machtauseinandersetzung und zugleich der integrierende Bestandteil eines verwickelten Kompromisses, der von den preußischen Staatsmännern keinesfalls in allem mit Befriedigung übernommen worden ist.

II Die polnische Frage in ihren einzelnen Stadien

1. Der Sprachenkonflikt

Im Geflecht der diplomatischen Verwicklungen als Folge der Wiener Verträge, bei denen es allen daran beteiligten Mächten um wichtige europäische Interessen ging, stand für Preußen sein wesenhafter Charakter, seine politische Individualität und schließlich seine gesamte Lebensrichtung in Frage⁴⁾. Für den preußischen Staat waren die Garantien gegenüber den Polen, wenn diesen auch die Rückkehr zur Unabhängigkeit versagt blieb, so doch für die Sicherung ihrer nationalen Sonderart eine völkerrechtliche Auflage, an die er im Falle der Nichterfüllung erinnert werden konnte. Mag auch die Erwartung der Polen "eine vom Preußischen Staate abgesonderte Provinz mit einer Ausnahmestellung zu bilden"⁵⁾, unberechtigt gewesen sein, so war dagegen ihre Forderung auf grundsätzliche Erhaltung ihrer polnischen Eigenart berechtigt. Diese Forderung betraf nach der damaligen Auffassung die Sicherung der polnischen Sprache, soweit sie in der Schule gelehrt wurde und soweit sie in der Verwaltung und Rechtspflege im amtlichen Verkehr zwischen Obrigkeit und Untertanen zur Anwendung kam. Die Zusicherung begnügte sich mit einer allgemeinen Formulierung; die Anwendung im einzelnen war der Praxis überlassen; sie mochte sich aus den keineswegs einheitlichen Bedürfnissen herausbilden und war auch zuweilen einem größeren oder auch geringeren Wohlwollen anheimgestellt.

4) Vgl. Oncken, a.a.O., S. 221.

5) Siehe zu Abschnitt E II 2, S.170 Anm. 28 dieser Arbeit.

Nach Meinung des Generals Fürst Wilhelm Radziwiłł (des Sohnes des ersten Statthalters der Provinz) habe die Regierung schon im Laufe der zwanziger Jahre das System der Unparteilichkeit verlassen und sich einer Germanisierungspolitik zugeneigt⁶⁾. Deutscherseits ist allerdings die Auffassung vertreten worden, daß erst durch die revolutionären Ereignisse des Warschauer Aufstandes von 1830/31 der preußische Staat veranlaßt worden sei, sich von dem Wortlaut und Geist des anerkannten Rechts zu entfernen. Tatsache aber dürfte sein, daß der preußischen Regierung vor 1830 eine bewußte Tendenz der Germanisierung fremd gewesen ist, wobei allerdings nicht ausgeschlossen werden soll, daß sie von den einen oder anderen örtlichen Verwaltungsdienststellen geübt worden ist. Letzten Endes darf man aber auch nicht außer acht lassen, daß es sich im Bereich der Provinz Posen keinesfalls um rein polnisches Gebiet handelte, das einer gleichmäßigen Sprachenverordnung zu unterwerfen war, sondern um deutsch-polnische Mischgebiete, die in verschiedenem Grade abgestuft waren. Gerade dieser Umstand, der in den Verhandlungen der Teilungsmächte kaum zur Sprache gekommen war und auch in dem preußischen Besitznahme-Patent noch keine Rolle gespielt hatte, mußte auf die Dauer das ganze Problem in steigendem Maße komplizieren. Denn - wie bereits bei den Bevölkerungsanteilen in sprachlicher Beziehung dargestellt worden ist⁷⁾ - bekannte sich in der Provinz Posen mit ihren Regierungsbezirken Posen und Bromberg nicht weniger als annähernd ein Drittel, bzw. annähernd die Hälfte der Bevölkerung zur deutschen Sprache, wobei das polnische Element in der Richtung von Westen nach Osten zunahm. Noch hatte das Restaurations-

6) Vgl. Oncken, a.a.O., S. 223.

7) Vgl. zu Abschnitt D II, S. 83 ff. dieser Arbeit; vgl. auch Berger, a.a.O., S. 142 ff. (Bevölkerungstatistiken); siehe auch die Zusammenstellung bei Oncken, a.a.O., S. 224 (Anm.).

zeitalter (zwischen 1815 und 1848) keine Vorstellung davon, daß die scharfen nationalstaatlichen Gegensätze, die sich in Westeuropa herausgebildet hatten, in der national ineinander verfließenden Bevölkerungsschichtung des osteuropäischen Raumes nicht voll zur Geltung kamen, aber mit dem Anwachsen der allgemeinen europäischen Nationalitätenbewegung mußten sie nach 1815 in diese noch wenig bewegte Welt übergreifen.

2. Die Aufstände und ihre Konflikte

Die polnische Aufstandsbewegung gegen Rußland, die sich vom 29. November 1830 bis zum 5. Oktober 1831 erstreckte, hatte den preußischen Staat von zwei Seiten bedroht. Nachdem der polnische Adel Posens schon während der hundert Tage, in denen Napoleon von Elba nach Frankreich zurückkehrte, in geheime Beziehungen zu den Tuileries getreten war⁸⁾, strömte er nach Posen zurück, um für die Wiederherstellung Polens zu kämpfen.

Die französische Julirevolution (27. bis 29. Juli 1830) hatte die belgische Revolution im September des gleichen Jahres ausgelöst, und es war ihr gelungen, im Westen ein Stück des Bollwerkes zum Einsturz zu bringen, das der Wiener Kongreß gegen das kontinentale Übergreifen Frankreichs errichtet hatte. Der polnische Aufstand aber war nach Absicht und Wirkung dazu berufen, in der Entscheidungsstunde jenen Entschluß des Zaren Nikolaus zu lähmen, für die Aufrechterhaltung der europäischen Vertragsordnung im Westen mit den Waffen einzutreten. Dergestalt

8) Siehe Bericht des Oberpräsidenten Zerbini di Sposetti vom 21. 6. 1815; vgl. bei Treitschke, Deutsche Geschichte, a.a.O., Bd. II, S. 245; vgl. auch Oncken, a.a.O., S. 224.

sah sich der preußische Staat in einem und demselben Augenblick an der Westfront wie auch an der Ostfront an der Wurzel seines Lebens bedroht.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß Soldaten der preußischen Armee zu den Polen übergetreten und desertiert sind. Treitschke nennt die Zahl von 12000; Schiemann hingegen hat aus dem Archiv des Generalstabs bis zur Erstürmung Warschaus am 6./7. September im ganzen 5 Offiziere und 473 Mann ermittelt, ferner 200 nicht im Militärdienst stehende Edelleute⁹⁾.

So drohte die ganze Ordnung Europas ins Wanken zu geraten. Wenn auch die deutschen Liberalen mit ihrer Verfassungsbewegung dem preußischen Staat ungeahnte Möglichkeiten aufzeigten und dabei seine Rückständigkeit beklagten, zugleich aber die polnische Revolution mit ihrer Sympathie begleiteten, trieben sie in dem Strom einer europäischen Bewegung, die, wenn sie zum Durchbruch kam, auch die europäische Existenz Preußens zerstören mußte. Mit dem "seherischen Weitblick des geborenen Politikers" hatte General von Clausewitz die deutschen Doktrinäre gewarnt, wenn er erklärte:¹⁰⁾

" Die polnische, belgische und italienische Revolution sind an sich nicht zu werten als Erfolge natürlicher Rechtsansprüche - sie sind Exponenten der französischen Machtpolitik. Ein polnischer Staat bedeutet eine grundlegende Umbildung des europäischen Systems, deren Kosten Deutschland zu tragen hat. "

Es dauerte lange, bis sich diese Erkenntnis durchsetzte. Die Erfahrungen aus den Jahren 1830/31, 1846/47 (Aufstand in Posen und Krakau), 1848 in Berlin und 1863

9) Vgl. Schiemann, a.a.O.

10) Zitiert bei Oncken, a.a.O., S. 225, dessen Darstellung im allgemeinen zu folgen ist.

(im russischen Teil Polens) sollten allmählich diese Erkenntnis vertiefen, aber noch das Jahr 1863 sollte mancherlei politischen Dilettantismus enthüllen. In der öffentlichen Meinung, die ihre Stichworte gedankenlos von Paris übernahm, wurde die Haltung Preußens als autoritär, als freiheit- und verfassungsfeindlich scharf verlästert und nach dem innenpolitischen Maßstab unbedingt verurteilt. Wie Oncken meines Erachtens mit Recht folgert¹¹⁾, war "die konservative Außenpolitik Preußens an der Seite der Ostmächte die einzige Möglichkeit in der damaligen Weltlage, die den Staat nach allen Seiten vor ernststen Gefahren bewahrte. Dieser Selbsterhaltungspolitik nach außen entsprach die Selbsterhaltungspolitik nach innen", die nunmehr die Verwaltung der unzuverlässigen Provinzen einer gründlichen Revision unterzog.

So wurde, nachdem die Teilnahme zahlreicher Landräte am polnischen Aufstand vor Gericht erwiesen war, durch Friedrich Wilhelm III. am 3. Februar 1833 für die Provinz Posen die Suspension der Wahl der Landräte durch die Kreisstände verfügt¹²⁾; sie wurden nunmehr durch die Regierung ernannt. Zwei Jahre später wurden auch die "Woyts", d. h. die Gemeindevorsteher, die gleichzeitig auch die Amtsvorstehergeschäfte besorgten, beseitigt. An ihre Stelle traten die von der Regierung für größere Bezirke ernannten Distriktskommissare, die unter dem Landrat standen. Es waren dies keine glücklichen Maßnahmen, denn die erstere hatte zur Folge, daß sich der polnische Adel fast ganz von der Zivilverwaltung fern hielt und nur noch in seltenen Fällen die unabhängige Richterlaufbahn ergriff. Auch vom Militär,

11) Vgl. Oncken, a.a.O.

12) Vgl. Gothein, a.a.O., S. 49.

wovon noch später zu sprechen sein wird, zog er sich mehr und mehr zurück, was nicht nur von seinen nationalpolnisch empfindenden Angehörigen, sondern auch von dem preußisch gesinnten Teil der "Szlachta", jener Gruppe des polnischen Hochadels, galt. Dadurch wurde nicht nur das Interesse des polnischen Adels am preußischen Staat selbst lahm gelegt und sein Ehrgeiz sowie seine Betätigung von der Beamten- und Offizierslaufbahn ferngehalten, sondern er wurde geradezu zu den nationalpolnischen Bestrebungen hingetrieben und war darauf angewiesen, sich durch Aktivität für sie Ansehen bei seinen Landsleuten zu erwerben. So sind zahlreiche Elemente der "Szlachta", die durchaus preußisch gesinnt waren oder zumindest leicht hätten gewonnen werden können, damals in das polnische Lager gedrängt worden.

Die Erfahrungen der polnischen Revolution von 1830/31 waren es auch, die in der Provinz Posen unter dem Regime Grolmann-Flottwell eine weitgehende Einengung der bisherigen Sprachenpraxis herbeiführten und eine entscheidende Wendung zur "Germanisierung" auslösten. General Fürst Wilhelm Radziwiłł hat sich über die beiden Männer, die polnischerseits in den dunkelsten Farben gezeichnet sind, wie folgt geäußert:¹³⁾ "Grolmann, ein Charakter, der den Stempel der schönsten Zeit der Römischen Republik trug, machte daraus kein Hehl, daß er es für ein Glück für die Polen selbst halte, sobald als möglich aus der eroberten Provinz einen auch nationell homogenen Teil des Staates zu machen. Er hatte in dem Oberpräsidenten Flottwell, einem geschickten und tüchtigen Beamten und Verwalter, einen brauchbaren Genossen."

13) Zitiert bei Oncken, a.a.O., S. 227, Anm. 1)

Was das Aufstandsgeschehen in Posen und Krakau des Jahres 1846 betrifft, das durch die Energie des Generals Steinäcker bekanntlich im Keim erstickt wurde ¹⁴⁾, und das im August 1847 den großen Polenprozeß im Saale des neuen Moabiter Zellengefängnisses zur Folge hatte, so hatte es seinen Konfliktstoff in zweierlei Hinsicht, nämlich einmal in der durchaus innerpolnischen Schockiertheit und zum anderen in der nicht unsympathischen Anteilnahme der preußischen Berliner an dem Geschick der betroffenen polnischen Rädelsführer. So wie der Hauptangeklagte Mieroslawski und seine mitangeklagten Schicksalsgenossen bei ihren Landsleuten wegen ihres würdelosen Ableugnens viel an Sympathie verloren, ebenso erwuchs den später von Friedrich Wilhelm IV. Begnadigten von seiten der Berliner Bevölkerung mehr als positive Anteilnahme an ihrem Los. Abgesehen davon, daß die Begnadigten zuvor schon von den Berlinern, vor allem aber Studenten, gewaltsam befreit worden waren, feierten sie zugleich die im Zuge der Beerdigung der gefallenen März-kämpfer mitschreitenden Polen.

In seiner noch später zu erwähnenden Rede vom 28. Januar 1886 hat Bismarck als Teilnehmer an dieser Veranstaltung erinnernd bemerkt: ¹⁵⁾

" Ich erinnere mich, daß ich an der Ecke der Charlottenstraße und Linden im Publikum den Zug der Beerdigung der gefallenen Märzkrieger angesehen habe, und daß dabei in einigem Widerspruch zu einer Trauerfeierlichkeit auf einem reichgeschmückten Wagen in einem malerischen polnischen Kostüm Mieroslawski stand, der der eigentliche Held des Tages war. Sein Aufzug ... machte auf die Berliner fast mehr Eindruck, beschäftigte die Gemüter fast mehr als der des Königs, durch den die Absicht kundgegeben wurde, daß Preußen in Deutschland aufgehen sollte. Aber die deutsche Nationalität ging damals spurlos vorüber, obschon sie durch den höchsten Träger der preußischen Nationalität repräsentiert war. "

14) Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte, a.a.O., Bd. V, S. 500.

15) Vgl. Koch, a.a.O., mit Zitat der Rede Bismarcks, S. 9.

Von dieser sympathischen Welle für die angestrebten polnischen Belange sind dann auch die Ministerien des 48er Jahres, v. Arnim-Boitzenburg, Camphausen, v. Auerswald und v. Pfuel getragen worden, als die Absicht, die Provinz Posen in eine östliche mit überwiegend polnischer und in eine westliche Hälfte mit deutscher Bevölkerung zu trennen, auf Antrag Preußens schon am 2. Mai 1848 in den Deutschen Bund aufgenommen wurde, ein Beschluß, der dann am 27. Juni desselben Jahres vom Reichsparlament in Frankfurt bestätigt worden ist.

Die Quintessenz dieser Konfliktsituation war jedenfalls, daß die Abgeordneten aus Posen auf der Frankfurter Nationalversammlung als vollberechtigt anerkannt wurden, wengleich die Leidenschaftlichkeit und Verworrenheit, mit der nun auch hier die polnische Frage behandelt wurde, der preußischen Regierung sehr bald und deutlich genug zeigte, wie falsch es gewesen war, eine solche Teilung Posens zuzulassen.

Wenn auch zu dem von polnischer Nationalregierung angezettelten und am 24. Januar 1863 ausgebrochenen Aufstand im einzelnen und im besonderen bezüglich der außenpolitischen Wirkungen im preußisch-polnischen Verhältnis in dem späteren Abschnitt über "Bismarck und der preußische Osten" und speziell bei Behandlung der Alvenslebenschon Konvention Stellung genommen wird¹⁶⁾, so soll an dieser Stelle immerhin auf den Nachteil hingewiesen sein, der aus dem revolutionären Geschehen der polnischen Sache erwachsen ist.

Hatten die bisher fruchtlosen Versuche einer Wiederherstellung Posens in der Hauptsache zu polnischen

16) Vgl. zu Abschnitt G III 1, S. 286 ff.
insbesondere S. 291/292 dieser Arbeit.

Verlusten geführt, so hatten die Folgen des Aufstandes fundamentale Wirkung. Die verschiedenen Teilungen Polens hatten es wohl von der geographischen Karte gestrichen, durch den 1863er Aufstand wurde Polen aber "aus der Reihe der internationalen Fragen beseitigt" ¹⁷⁾.

An die Stelle bisheriger Illusionen und Täuschungen, wie es ein an den Aufstandsereignissen beteiligter galizischer Agent, namens Kozmian, zum Ausdruck gebracht hat ¹⁸⁾, war nun für die Polen die Ernüchterung und zugleich die Erkenntnis getreten, daß man sich fortan nur auf sich selbst besinnen müsse und nur auf sich allein zu rechnen habe.

Die Folgen dieser Ernüchterung zeigten sich für die preußischen Polen in der Einstellung unmittelbarer Aufstandsversuche, bzw. deren Verschiebung bis in die fernere Zukunft, in dem Bemühen der Herstellung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse und in einer lebhaften Propaganda zur Polonisierung deutscher Einwohner, vornehmlich natürlich der Katholiken, ferner aber auch in der Ausbreitung des polnischen Nationalsinns, selbst dort, wo er - wie z. B. in Oberschlesien - nie bestanden hatte. Alle diese Bemühungen waren auf die Hilfe des Klerus abgestellt, wobei man auf die Freiheit der Presse und des Vereinswesens, als dem seit 1848 Gemeingut der Nation gewordenem Recht, baute,

17) Vgl. Bernhard, a.a.O., S. 70.

18) Vgl. Boguslawski, a.a.O., S. 16.

3. Der Weg zum Verfassungsstaat

Im Laufe der vierziger Jahre hatte Preußen - wie dargestellt worden ist ¹⁹⁾ -, wenn auch zögernd, den Weg zum Verfassungsstaat beschritten; und so unvollkommen auch nach konstitutionellen Vorstellungen seine Verfassungseinrichtungen fürs erste blieben, so hatten doch auch die polnischen Untertanen ihren Anteil daran. Sie konnten den Schutz ihrer staatsbürgerlichen Rechte aus dem Provinziallandtag in den allgemeinen Landtag der Monarchie verlegen und gewannen nach dem Inkrafttreten der Verfassung in der polnischen Fraktion, auf die im einzelnen noch einzugehen sein wird, ein Organ, das ihre Wünsche und Beschwerden vor den weiteren Öffentlichkeit vertreten konnte. So wie sie einerseits stärker in die einheitliche Gesetzgebung des Verfassungsstaates hineingezogen wurden, so konnten sie sich fortan in dem Gesamtstaat auch wieder wirksamer zu ihrer Eigenart entwickeln.

Gleichzeitig war dieser preußische Staat und seine Dynastie von der deutschnationalen Bewegung erfaßt worden. Zunehmend begann die deutsche Mission die Richtung der Berliner Politik zu bestimmen und auf die alt-preußische Staatsräson, so wie sie zu Eingang dieser Darstellung aufgezeigt wurde ²⁰⁾, abzufärben. Diese Wendung, stufenweise und unter Rückschlägen vollzogen, konnte nicht anders als eine tiefgehende Rückwirkung auf das preußisch-polnische Problem ausüben, insbesondere aber auch auf das Verhältnis der preußischen Polen zu ihrem Staat.

19) Siehe zu Abschnitt B I, S.39 ff.dieser Arbeit.

20) Siehe zu Abschnitt A I, S.1 ff. dieser Arbeit.

Dabei hatte die deutsche Nationalbewegung nicht etwa antipolnische Nebenabsichten gehabt. Sie fühlte sich im Gegenteil anfänglich mit der polnischen Nationalbewegung auch wieder wesensverwandt, gleichgerichtet, ja sogar verbündet, vor allem im deutschen Südwesten, dem eigentlichen Sitz des nationalen Unitarismus. Dort, wo man von der deutschen Ostmark am weitesten entfernt war, lebte man in solchen Vorstellungen. Nur so ist es auch zu verstehen, daß man Friedrich Wilhelm IV. noch vor dem 18. März 1848, um einen revolutionären Ausbruch durch rechtzeitiges Entgegenkommen zu vermeiden, zur Übernahme der deutschen Führung zu bewegen suchte, indem der Bundestagsabgeordnete Graf Dönhof den Erlaß einer Verfassung als Vorbedingung der führenden Rolle Preußens in der deutschen Bewegung vorschlug, dem König aber zugleich auch - zu dessen nicht geringem Erstaunen - den Krieg gegen Rußland zur Befreiung und Wiederherstellung Polens als nächste Aufgabe empfahl²¹⁾. Die an den König gerichtete Adresse auf Unabhängigkeitserklärung aller polnischen Provinzen vom 16. März 1848²²⁾ ist jedoch nicht abgesandt worden. Die hinreißende Rede des demokratischen Abgeordneten Wilhelm Jordan vom 24. Juli 1848 - auf die im Zusammenhang mit den späteren Ausführungen über das Scheitern des Nationalstaates noch einzugehen ist - enthüllte der breiten Öffentlichkeit des deutschen Volkes zum erstenmal, daß im Osten zwei nationale Bewegungen in einer vielfach gemischt siedelnden Bevölkerung mit elementarer Wucht aufeinanderstießen.

Man erkannte, daß das preußische Staatsproblem, das bisher im Vordergrund gestanden hatte, zugleich auch

21) Vgl. Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, a.a.O., S. 529/530.

22) Siehe bei Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 91/92.

ein deutsches Nationalitätenproblem war. Jene Fiktion einer preußischen Nationalität, die neben einem weit überwiegenden deutschen Kernbestand auch nationale Bevölkerungsteile von Polen, Masuren, Kaschuben, Preussisch-Litthauer, Oberschlesier, Dänen und Wallonen enthielt, begann zu verblassen. Auch der Pole sah sich nur noch dem Deutschen gegenüber und empfand in dem preußischen Staat in erster Linie den Repräsentanten dieses Deutschtums. Die preußische Regierung mochte in den Wirren der Revolutionsjahre die polnische Frage anpacken, wo sie wollte, jetzt verlangte auch der deutsche Untertan in der Ostmark von ihr sein Recht. "Die preussische Staatsräson vertiefte sich gleichsam in den erwachten Untergründen, und außenpolitische wie innenpolitische Motive begannen sich zu durchdringen."²³⁾

4. Der gescheiterte Nationalstaat

Zu dieser im vorausgegangenen Abschnitt aufgezeigten Problematik kommt das Unterliegen des Frankfurter Parlaments und seines fehlgeschlagenen Versuchs zur Herstellung einer deutschen Einheit gegenüber den kontra-revolutionären Kräften in Staat und Gesellschaft, unabhängig von dem gegenüber dem Beharrungswillen und der Wiedererhebung der beiden großen deutschen Einzelstaaten Österreich und Preußen. So wie sich Österreich durch eine deutsch-nationale Bewegung nicht in eine westliche und östliche Hälfte auseinanderlegen ließ, so ließ sich Preußen, verkörpert im preußischen König und im Selbstbewußtsein des preußischen Volkes, nicht unter die Nationalsouveränität des Frankfurter Parlaments bringen oder in seine Provinzen auflockern.

23) Vgl. Oncken, a.a.O., S. 229.

Hans Rothfels hatte einmal am Beginn einer Vortragsreihe, die sich mit dem "Deutschen Osten" und dem "Slawischen Westen" befaßte, gesagt²⁴⁾, daß es sich bei dieser Beziehung um "das erste Scheitern des Nationalstaats in Ost-Mittel-Europa während der Revolution von 1848/49 um einen Fehlschlag gehandelt habe". Die tieferen Gründe dieser "Niederlage" meinte Rothfels in der mangelnden "revolutionären Energie des deutschen Bürgertums" zu sehen und insbesondere in der damit verbundenen Tatsache "sozialer Bewegungen in seinem Rücken, vor deren Drohung es in die Arme der alten Autoritäten geflüchtet sei". Wenn Rothfels auch dieser "Rückenbedrohung" für Ost- und Mittel-Europa keine besondere Bedeutung beimißt, da diese durch gerade noch rechtzeitige Befreiungs- und Eigentumsgesetze "befriedet" worden sei, so erblickt er doch das entscheidende Kriterium für die deutsche Revolution in der Tatsache, daß "die liberale Bewegung sich von der nationalen überschattet und durchkreuzt sah". Rothfels bedient sich in diesem Zusammenhang einer Formulierung Jakob Burckhardts²⁵⁾, der von den beiden zusammentreffenden Krisen gesagt hat, daß "sich die eine stärkere durch die andere schwächere hindurchfraß".

Hierzu bedarf es aber folgender Betrachtung: Im Unterschied zu Frankreich, wo der demokratischen Selbstbestimmung durch die verbindliche Idee der "nation une et indivisible" die Forderung der Spracheinheit und des "cuius regio eius natio" folgte, ist es im deutschen wie auch im ost-mittel-europäischen Bereich im ancien régime nicht zu solcher zusammenfassenden und nationalisierenden Staatsbildung gekommen, in Preußen nur im

24) Rothfels, Deutscher Osten und slawischer Westen, a.a.O., S. 5 ff.

25) Burckhardt, a.a.O., S. 70, und: Die gedruckte und geschriebene polnische Geschichte Westpreußens, in: Jahrbücher der wissenschaftlichen Gesellschaft zu Thorn.

geringen Maße. Insgesamt gesehen, knüpfte im Osten das erwachsende Nationalbewußtsein hauptsächlich an das Faktum einheitlicher Abstammung und Sprache, an literarische und künstlerische Tradition an, also an ethnische und kulturelle Zusammenhänge, nicht aber an politische und territoriale. Diese Vorstellungen politisierten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts und liefen auf die Forderung hinaus, daß jedes Volk und jede Sprachgemeinschaft Anspruch auf einen eigenen souveränen Staat erhob mit einheitlicher nationaler Bevölkerung.

In dem Revolutionsgeschehen der 48er Jahre trafen so liberale Kampfanstrengungen um den verfassungs- und bürgerlichen Rechtsstaat zusammen mit denen um den Nationalstaat, wobei die letzteren bald an elementarer Stoßkraft überwogen. Wenn sie dennoch im Ergebnis scheiterten, so durch die Problematik des nationalstaatlichen Prinzips selbst. Ethnischer und politischer Nationalbegriff standen sich unvereinbar gegenüber. Aus dieser unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit erwuchsen aber zugleich produktive Ansätze anderer Art, die, was das Verhältnis des deutschen Ostens zum slawischen Westen betrifft, durchaus auch positiven Inhalts waren.

Positiven Inhalts war auch das Bemühen um den Artikel, der in die Grundrechte des deutschen Volkes aufgenommen und damit unter den Schutz des Obersten Bundesgerichts gestellt wurde, welcher den nicht-deutschen Volksstämmen Deutschlands ihre volkstümliche Entwicklung, d. h. in heutiger Sprache: ihre kulturelle Nationalität, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprache im Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und Rechtsprechung gewährleistete²⁶⁾. Die Aussprache hierüber und der Antrag eines Abgeordneten, die Grundrechte

26) Art. XIII, § 188; vgl. Schieder, Das Deutsche Kaiserreich von 1871, a.a.O., S. 17.

des deutschen Volkes möchten auch in anderen Sprachen, so auch ins Polnische übersetzt werden, hatte den Altpreußen Theodor von Schön zu der sarkastischen Bemerkung veranlaßt²⁷⁾, das Lied Ernst Moritz Arndts: "Was ist des Deutschen Vaterland?" ebenfalls ins Polnische und andere Fremdsprachen übersetzen zu lassen. Rothfels²⁸⁾ sieht in solcher Thematik meines Erachtens mit Recht einen Angriff auf die Unlogik des Nationalstaatsgedankens von 1848, "der aus einer ganz anderen geistigen Welt, der des altpreußischen und ostpreußischen, an Kant geschulten Liberalismus stammt, für den der Staat eine sittigende und zivilisatorische Macht unter Völkern, das nationale Prinzip aber ein heidnischer Appell an bloße Natur war, der zu einem Krieg der Rassen und zur Barbarei führen müsse" und, wie er hinzufügt, "letztlich auf den Weg, den Grillparzer als den von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität beschrieben hat". Dennoch ist, trotz Schöns sarkastischer und sicherlich auch ungerechter Kritik an der Paulskirche²⁹⁾, ein erster Ansatz nationalitätenrechtlicher Regelung festzustellen, der als solcher "zu der positiven Hinterlassenschaft des Revolutionsjahres" gerechnet werden kann³⁰⁾.

Die Konfrontation der liberalen und nationalen Ideen zeigte sich in Preußen besonders deutlich, als es darum ging, sich einig zu werden, innerhalb welcher Grenzen die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden - und welche Personengruppen oder Länder in ihr vertreten sein sollten. Sollte man entsprechend dem Lied des alten

27) Siehe den Entwurf eines Zeitungsartikels von Schön, zitiert bei Rothfels, Theodor von Schön, a.a.O., S. 294.

28) Rothfels, Deutscher Osten und slawischer Westen, a.a.O., S. 12.

29) Vgl. im einzelnen: Bork, a.a.O., S. 124 ff.

30) Rothfels, a.a.O., S. 12.

Ernst Moritz Arndt, in dem es heißt: "... soweit die deutsche Zunge reicht", den neu zu begründenden Staat auf dem Prinzip der Abstammungs- und Spracheneinheit erbauen, oder sollte man hierauf verzichten und dem territorialen, also der politischen Nationalität den Vorrang einräumen? Man bekannte sich zur Lösung im letzteren Sinn und hielt sich somit an die Grenzen, die der Deutsche Bund gesetzt hatte.

5. Preußische konservative und liberale Polenpolitik

Während der revolutionären Märzereignisse des "tollen" Jahres - wie man ja das Jahr 1848 nannte - hatte in Posen, wie auch zuvor, Einvernehmen zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung bestanden. Es war sogar zu öffentlichen Erklärungen deutscher Demokraten gekommen, die wie die zeitgenössische Denkschrift eines "Deutschen des Großherzogthums Posen" eine "auf preußische Bajonette gestützte" Übermacht der Deutschen in Polen ablehnten und dem adligen preußischen Offizier ("in der geschnürten Taille und dem gewichsten Schnurrbart") das umgänglichere Wesen des polnischen Adels zum Vorbild empfahl³¹⁾.

Von König Friedrich Wilhelm IV. war, nach Empfang einer polnischen Abordnung aus Posen, durch den Erlaß vom 24. März 1848 den Polen "nationale Reorganisation" des Großherzogtums zugesagt worden. Sie sollte auf gesetzlichem Wege durch eine deutsch-polnische Reorganisationskommission geregelt werden. Daraufhin bildete sich unter der Leitung der Aufstandsführer vom Jahre 1846

31) Stratz, a.a.O., S. 320, Anm. 2 (Denkschrift Senat).

Mieroslawski, Dr. Libelt u. a. in Posen ein Nationalkomitee, dem der später noch im besonderen zu erwähnende Bischof Przyłuski neben den weiteren Mitgliedern Stefahski und Krauthofer (später polonisiert: Krotowski) angehörten und das in weiten Kreisen Posens und Westpreußens als revolutionäre Behörde, unterstützt von den einzelnen Kreiskomitees, anerkannt wurde. Neben den Regierungspräsidenten und Landräten wurden Kreisdeputierte und Bezirkskommissare eingesetzt und eine aus Bürgern und Bauern bestehende "bewaffnete Mannschaft" für den vermeintlich bevorstehenden Krieg gegen Rußland geschaffen³²⁾.

Einer solchen Entwicklung der Ereignisse im Großherzogtum stellte sich zu Anfang April der Befehlshaber der preußischen Truppen in Posen, General Colomb, entgegen und berichtete entsprechend nach Berlin. Auch bei der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung, die bisher in gutem Einvernehmen mit den polnischen Einwohnern gewesen war, schwenkte jetzt die Stimmung um. Als am 5. April der vom preußischen März-Ministerium zum "Reorganisationskommissar" ernannte polenfreundliche Generalmajor von Willisen in Posen eintraf, herrschte hier bereits kaum verhehlte Kampfstimmung. Da Willisen überdies den Auftrag hatte, die Einsetzung eines polnischen Oberpräsidenten vorzunehmen und die Neuwahl von Landräten und Bürgermeistern durch die Bevölkerung sowie eine Umorganisation der Polizei und des Militärwesens einzuleiten, kam es zu vereinigten Boykottmaßnahmen des Generals Colomb, der preußischen Beamten und der nun ihrerseits in Bürgerkomitees organisierten deutschen Bevölkerung. Den Ausbruch größerer Kämpfe zwischen den

32) Bezüglich des Geschehnisablaufs wird der Darstellung bei Broszat, a.a.O., S. 82 ff., gefolgt.

preußischen Truppen und den polnischen Freikorps konnte von Willisen durch eine Übereinkunft vom 11. April zunächst noch verhindern. In Berlin hatte man sich inzwischen entschlossen, das Großherzogtum in einen deutschen und einen polnischen Bezirk zu teilen³³⁾. Ersterer sollte in den Deutschen Bund aufgenommen werden, letzterer eine eigene konstitutionelle Verfassung, nationale Gerichtsbarkeit und Verwaltung, dazu polnische Schul- und Geschäftssprache zugebilligt erhalten. Das Problem einer solchen Teilung Polens nach mehrheitlich polnischen und mehrheitlich deutschen Gebieten beschäftigte noch eine Reihe von Monaten die preußische Staatsregierung, desgleichen auch die zusammengesetzte preußische Nationalversammlung und das deutsche Nationalparlament der Paulskirche. Die tatsächliche machtpolitische Entscheidung zeichnete sich aber bereits Ende 1848 in Posen ab, als Willisen, der von den preußischen Kommandeuren und höheren Beamten zunehmend in seinem Auftrag behindert wurde, am 20. April nach Berlin zurückkehren mußte. Seine Abberufung aus Posen deutete das Nationalkomitee als Bruch der gegebenen Versprechungen. Es kam zu einzelnen Überfällen auf preußische Soldaten, bald aber zu regelrechten Gefechten zwischen den polnischen Freikorps und den preußischen Truppen. Am 10. Mai kapitulierten die meist nur mit Hieb- und Stichwaffen ausgerüsteten polnischen Freischärler. Ihre Führer, darunter auch Mieroslawski, wurden verhaftet und gefangen gesetzt.

Diese Ereignisse in Posen mußten die Stimmung und Situation in der Behandlung der polnischen Frage, aber auch die Haltung der deutschen Liberalen und Demokraten in der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche,

33) Vgl. zu Abschnitt F II 1 c), S. 207, Anm. 45 dieser Arbeit.

die im Sommer 1848 die Frage des Verzichts auf Eingliederung Posens in das zu schaffende Deutsche Reich bzw. einer Teilung des Großherzogtums erörterte, verändern. Anlässlich der dreitägigen "Polendebatte" (vom 24. bis 26. Juli) trat eine liberale Gruppe noch dafür ein, aus Gründen der Gerechtigkeit auf das mehrheitlich polnische Posen ganz zu verzichten. Der liberal-demokratische Abgeordnete Robert Blum hatte dieser idealistisch-weltbürgerlich geprägten Auffassung der nationalen Frage, wie bereits zuvor in einem anderen Zusammenhang zitiert³⁴⁾, Ausdruck gegeben, indem er auf die sich in der Nationalversammlung miteinander verzahnenden Fragen der Nationalstaatsbildung der Mehrheit ihren Mangel an Folgerichtigkeit vorwarf und u. a. gesagt hat:

" Wenn Sie Polen durchschneiden..., so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slawen los, die zu Österreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland. "

Blum war es auch, der das kreisförmige Ausgreifenwollen der führenden Männer der Nationalversammlung nach ethnischen oder gar linguistischen Gesichtspunkten als nichts anderes als "der ganzen Welt den Krieg zu erklären" bezeichnet hat³⁵⁾.

Einer solchen Auffassung, die demokratisch-nationale Politik an allgemeine sittliche Prinzipien gebunden wissen wollte, stand aber bereits 1848 der nationale Machtwille sichtbar gegenüber, der solche Prinzipienpolitik

34) Vgl. zu Abschnitt E II 3), S. 182/183 Anm. 54) (Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung, a.a.O., 1848, II, S. 1100 f.

35) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt/Main, a.a.O., I, S. 156 (Robert Blum).

als unverantwortliche Schwäche und Sentimentalität verwarf. Nicht nur auf der konservativen Rechten der Paulskirche, auch auf der äußersten Linken, bei Republikanern und Demokraten meldete er sich zu Wort.

Von den Reden der großen Debatte ist vor allem die von Jordan berühmt geworden³⁶⁾. Jordan fand die schärfsten Töne und zwar - wie er selbst bemerkte - nicht obwohl, sondern weil er Demokrat sei. Diese für Jordan durchaus zutreffende Bemerkung bestätigt den entscheidenden Wandel, der den zuvor zitierten Ausspruch Blums betraf. Jordan sagte nämlich:

" Soll eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regierung leben und zum großen deutschen Vaterland gehören oder sollen sie in der sekundären Rolle naturalisierter Ausländer in die Untertänigkeit einer anderen Nationalität gegeben und hinausgestoßen werden in die Fremde? Wer das sagt, wir wollen diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräter. Polen bloß deswegen herstellen zu wollen, weil sein Untergang uns mit gerechter Trauer erfüllte, das nenne ich eine schwachsinnige Sentimentalität. Die Politik, die uns zuruft: 'Gebt Polen frei, es koste, was es wolle', ist eine kurzsichtige, eine selbstvergessene Politik der Schwäche, eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit. Es ist wohl Zeit für uns, endlich einmal zu erwachen, aus jener schwärmerischen Selbstvergessenheit, in der wir schwärmten für alle möglichen Nationalitäten, während wir selbst in schmachvoller Unfreiheit darniederlagen, zu erwachen zu einem gesunden Volksegoismus, um das Wort geradeheraus zu sagen, welcher die Wohlfahrt und die Ehre des Vaterlandes in allen Fragen obenan stellt... Ich gebe ohne Winkelzüge zu: Unser Recht ist kein anderes als das Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung. "

36) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt/Main, a.a.O., I, S. 737 ff.

Während Bismarck, zur preußischen Tradition zurücklenkend, vom gesunden Staatsegoismus zu sprechen pflegte³⁷⁾, prägte Jordan das Wort vom "gesunden Volks-egoismus" als dem Kernstück eines demokratisch-nationalistischen Programms, wie es sich überall im Jahre 1848 gegenüber dem dynastisch geordneten und nach Staaten gegliederten Mitteleuropa zu erheben beginnt. Man wird, so meint Rothfels hierzu³⁸⁾, "allerdings hinzufügen müssen, daß Jordan sich auch der Kehrseite ethnisch begründeter, d. h. vom Volkstum her auftretender Ansprüche wohl bewußt war. Wenn sie umschlugen", so hätte er seinen Gesinnungsfreunden erklärt, "mußten wir nicht nur Posen herausgeben, sondern halb Deutschland. Denn bis an die Saale und darüber hinaus erstreckte sich vormals die Slawenwelt".³⁹⁾

Wie bei den Ausführungen über den "gescheiterten Nationalstaat" dargestellt, ließ sich der preußische Staat nicht einfach in einen deutschen Nationalstaat einverleiben. Hatte sich bei den Liberalen der Paulskirche eine stärkere Kritik an der polnischen Frage gezeigt, sobald diese mit den Interessen der in den Ostprovinzen ansässigen Deutschen kollidierte, so schlug andererseits bei den Polen die Enttäuschung über die gescheiterte Revolution von 1848 teilweise in eine antideutsche Stimmung um. Von den Bemühungen Friedrich Wilhelms IV., seit seinem Regierungsantritt 1840 eine Versöhnungspolitik gegenüber den Polen zu betreiben, blieb kaum noch etwas übrig. Als deutsches Fanal dieses Scheiterns versöhnlicher Polenpolitik erwies sich der in starkem Maße

37) Siehe dazu die Ausführungen bei Koch, a.a.O., S. 20 ff. (II. Kapitel, Bismarcks Äußerungen über die preußische Polenpolitik von 1786 bis 1862).

38) Siehe bei Roth, a.a.O., S. 11.

39) woran Rothfels, ebenda, die Bemerkung knüpft: "Es ist, als ob er (Jordan) in einer heilsichtigen Eingebung des Moments die Oder-Neiße-Linie von 1945 vorausgesehen hätte."

von den preußischen Polen bestimmte Slavenkongreß 1848 in Prag, wo man sich "von dem vormärzlichen Ideal der Solidarität aller freiheitlich-nationalen Bewegungen auf den engeren Begriff westslawischer Gemeinsamkeit zurückzog"⁴⁰⁾.

6. Die Folgen des 1848er Jahres

Als Folge dieser mannigfachen Ereignisse des Jahres 1848 ergab sich in den polnischen Landesteilen, vor allem in Posen, eine exponierte Frontstellung zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung. Jetzt zeigte es sich, daß sich der Nationalitätengegensatz zunehmend auch organisatorisch auszubilden begann. Deutsche und Polen fingen an, sich in getrennten Vereinen und gesellschaftlicher Exklusivität gegeneinander abzuschließen. War das polnische Problem in Preußen vor 1848 noch im wesentlichen eine Frage des Verhältnisses zwischen preußischem Staat und polnischer Adelsnation gewesen⁴¹⁾, so "komplizierte es sich jetzt zum Dreieckverhältnis staatlich-preußischer, national-deutscher und national-polnischer Interessen und Ansprüche". Von den Reorganisationsplänen Friedrich Wilhelms IV. wie: Amnestie-Erlaß vom 10. August 1840, die polnischerseits erreichte Versetzung des mißliebigen Oberpräsidenten von Flottwell und die aus gleichem Anlaß erfolgte Entlassung des Generals von Grolmann, die verfassungsmäßig zugesagte Feststellung des Zustandes des ehemaligen Polens in der Denkschrift vom 5. Juni 1841, die Einrichtung einer katholischen Abteilung im Kultusministerium mit der Verfügung vom 14. Februar 1841 und damit zugleich die

40) Vgl. Broszat, a.a.O., S. 85.

41) Laubert, a.a.O., S. 40.

Bestätigung polnisch ausgerichteter Färbung des Klerus, die am 15. Januar 1841 an den Kultusminister von Eichhorn gerichtete Anordnung, Vorbereitungen zur Errichtung von Lehrstühlen für slawische Sprachen und Literatur an den Universitäten Berlin und Breslau zu treffen u.a.m., blieb nichts mehr übrig. Die Polen sahen sich in dem König enttäuscht, zumal dieser in seiner Kronprinzenzeit als Kommandeur des II. Armeekorps mit seinem Bromberger Ersatzbezirk fast alljährlich die Provinz Posen bereist und stets begeisterte Aufnahme gefunden hatte⁴²⁾.

Die revidierte preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 übernahm nicht einmal die Nationalitätenschutzbestimmung, die der Verfassungsentwurf der Frankfurter Nationalversammlung in seinem § 188 vorgesehen hatte, der bekanntlich lautete:⁴³⁾

" Den nicht deutsch redenden Volksstämmen des Reichs ist ihre völkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege. "

So mußte den Polen die Entwicklung Preußens zum konstitutionellen Staat unter diesen Umständen als ein sehr zweifelhafter Fortschritt erscheinen.

Über das Dreiklassenwahlrecht, das durch die auf den Notverordnungsartikel 105 der Verfassung gestützte "Notverordnung vom 30. Mai 1849" für die Wahl der Zweiten Kammer eingeführt wurde und

42) Laubert, a.a.O., S. 73.

43) Vgl. zu Abschnitt F II 1 a) S. 199, Anm. 25.

dann in die revidierte Verfassung als Artikel 71⁴⁴⁾ übergang, erhielten die Polen zwar im preußischen Landtag eine neue Möglichkeit politischer Vertretung ihrer Ansprüche, jedoch bedeutete Preußens Umbildung zum Verfassungsstaat zugleich eine verstärkte Staatseinheit und damit das Ende der bisher formell noch bestehenden Sonderstellung der Provinz Posen, die nunmehr auch offiziell preußische Provinz wurde. Damit war der bisher noch offene Weg zu föderativer und autonomer Staatsgestaltung in den ehemals polnischen Landesteilen praktisch für die Zukunft versperrt. Die einheitsstaatliche Organisation Preußens ließ nicht mehr den Begriff "preußische Polen", sondern nur noch die Bezeichnung "polnische Preußen" zu⁴⁵⁾, eine Formulierung, die der Vorrangigkeit des Staatsgedankens gegenüber dem Nationalitätsprinzip entsprach, die sich nach 1848 in der über Jahrzehnt lang in Preußen herrschenden konservativen Regierung des Freiherrn Otto von Manteuffel geltend machte. Solange Manteuffel noch Minister des Innern war, d. h. also bis zum Ende des Jahres 1850, wurde die Regierung noch in einem gemäßigt liberalen Geist geführt, mit einer aus Konservativen und Liberalen gemischten Mehrheit, jedenfalls mehr im Sinne der bürgerlichen Mittelklassen als der feudalen Junkerpartei⁴⁶⁾. Der König, dem diese liberale Richtung nicht paßte, fügte sich zunächst dem Zwang der Umstände. Wie Manteuffel, der von Hause aus konservativer Staatsmann war, sah Friedrich Wilhelm IV. die politische Notwendigkeit ein, den berechtigten Wünschen der Liberalen entgegenzukommen, wenn Preußen die Führung in Deutsch-

44) "Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer" vom 30. Mai 1849; vgl. GS 1849, S. 205; Text auch bei Huber, Dokumente, a.a.O., Bd. I, Nr. 167, und derselbe, Deutsche Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 86.

45) statt vieler: Broszat, a.a.O., S. 86.

46) Vgl. Hintze, a.a.O., S. 548.

land gewinnen sollte. Manteuffel war es auch, der nach der "Punktation von Olmütz" vom 28. November 1850 im preußischen Abgeordnetenhaus die berühmt gewordene Erklärung abgab:⁴⁷⁾ "Der Starke tritt wohl einen Schritt zurück, behält aber das Ziel fest im Auge und sieht, auf welchem Wege er es erreichen kann." Damit ließ Manteuffel auch zugleich erkennen, daß er den liberalen Einflüsterungen nicht mehr gewogen war, sondern sich der Forderung Friedrich Wilhelms IV. anschloß, nämlich, daß jetzt "ein Ende mit der Revolution gemacht werde"⁴⁸⁾. Noch einmal mußte Manteuffel zwischen liberaler öffentlicher Meinung und konservativen Politikern vermitteln, aber auch entscheidend eingreifen, nämlich dann, als die preußische auswärtige Politik durch den Konflikt mit Rußland, der sich an dessen Vorgehen gegen die Türkei knüpfte und schließlich zum Krimkrieg (1854/55) führte. Auf beiden sich gegenüber stehenden Seiten wollte man die Haltung auch in der auswärtigen Politik vom Parteistandpunkt abhängig machen, wobei das liberale Interesse mit den Westmächten, das konservative mit Rußland verbunden schien. Friedrich Wilhelm IV. folgte keiner von beiden Richtungen, sondern entschied sich mit seinem Ministerpräsidenten von Manteuffel für die Aufrechterhaltung der Neutralität Preußens⁴⁹⁾.

Immerhin hatte sich Preußen an Rußland nach der Olmützer Konvention wieder angenähert, allerdings unter der russischen Bedingung, die Konsequenzen aus den bisherigen Mißerfolgen der den Polen gegenüber eingeschlagenen Versöhnungspolitik zu ziehen und von weiteren polnischen Experimenten Abstand zu nehmen. Hierzu war Friedrich Wilhelm IV. jedoch nicht bereit.

47) Hintze, a.a.O., S. 555.

48) Ebenda, S. 558.

49) Ebenda, S. 562.

Charakteristisch ist die folgende Episode für die von der preußischen Regierung vertretene Auffassung: Ein deutscher Abgeordneter, der Polizeikommissar Hirsch aus Posen, stellte im Jahre 1850 in Lemberg den Antrag: "Die Regierung solle Maßnahmen ergreifen, die der größeren Entwicklung des deutschen Elementes in Posen dienen", worauf der Ministerpräsident von Mantuffel unter dem Beifall der Versammlung erklärte: "Der Antrag geht dahin, die Regierung solle für die Verbreitung der deutschen Nationalität sorgen. Das ist eine Aufgabe, die die Regierung nicht übernehmen kann. Wenn die deutsche Bevölkerung des Schutzes der Verwaltungsbehörden bedarf, um sich geltend zu machen, dann hat sie auf keine Zukunft mehr zu rechnen. Deshalb halte ich dafür, daß man hier nicht regieren wolle, daß man die Nationalität nicht erbittern wolle, die wenigstens auf Schonung Anspruch machen kann." Der Antrag Hirschs fand nicht einmal die zur Abstimmung nötige Unterstützung⁵⁰⁾.

7. Konservative Nationalitätenpolitik

Nach Auffassung der Führer der Kreuzzeitungspartei⁵¹⁾, den Gebrüdern von Gerlach, d. h. dem Juristen und Politiker Ernst Ludwig von Gerlach, Gründer dieser Partei, und Leopold von Gerlach, Generaladjutant Friedrich Wilhelms IV. und zugleich einflußreichstes Mitglied der reaktionären "Kamarilla", ferner dem Staatsrechtslehrer an der Universität Berlin Friedrich Julius Stahl, dem Historiker Leo u.a.m., stand eine staatliche Germanisierungspolitik im Widerspruch mit der übernationalen

50) Stenographischer Bericht der Zweiten Kammer, 1850, S. 2652; zitiert bei Schinkel, a.a.O., S. 97.

51) Vgl. Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, a.a.O., S. 221.

Bestimmung der preußischen Monarchie. Der konservative E. Ludwig von Gerlach vertrat vielmehr die Auffassung, daß erst in Verbindung mit außerdeutschen Nationalitäten das Deutschtum seine höchste Blüte entfalte, daß insbesondere Preußens und Österreichs innere Kraft auf solcher Verbindung verschiedener Nationalitäten beruhe. "Das Nationalitätenprinzip diene nur dazu", schrieb der Kreuzzeitungsredakteur Hermann Wagener, "die europäischen Nationen wieder in Rassen aufzulösen und damit auf den Standpunkt der Barbaren zurückzuführen"⁵²⁾. Eine solche übernationale Staatsauffassung aus dem Lager der Konservativen war natürlich mit den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen noch weniger vereinbar, als die nationalstaatliche der Liberalisten, da ein unabhängiges Polen eher mit einem deutschen Einheitsstaat als mit einem außerdeutschen Preußen existieren konnte. Es mag sein, daß die Nationalitätenpolitik der Konservativen insofern in sich widerspruchsvoll gewesen sein mochte, als sie zwar der Eigengesetzlichkeit des preußischen Raumes mit seinen besonderen nationalen und sozialen Verhältnissen Rechnung getragen - dabei aber deren geschichtliche Voraussetzungen für den revolutionären Charakter der preußischen Staatsgründung nicht oder nicht genügend erkannt hat. Denn sonst hätte man nicht zu solchen eigenartigen Formulierungen kommen können, wie die des bereits zuvor zitierten Konservativen Hermann Wagener, der im Jahre 1855 im Abgeordnetenhaus auf die Bemerkung eines polnischen Abgeordneten, daß das revolutionäre Prinzip von 1789, welches das göttliche Recht des Königs in Frage gestellt hätte, schon im Jahre 1772 bei der ersten Teilung Polens zu finden sei, erwiderte: "Ich stimme vollkommen dem bei, daß die Teilung Polens im Jahre 1772 als ein großes Unrecht und eine praktische Darstellung desjenigen Prinzips angese-

52) Zitiert bei Schinkel, a.a.O., S. 97/98;
vgl. auch Rede Wageners in der 23. Sitzung
des Abgeordnetenhauses vom Februar 1856,
Stenographischer Bericht S. 351

hen werden muß, das sich späterhin in der Weise ausgebildet hat, wie es der Vorredner ausführte."⁵³⁾

Solche konservative Grundsatzpolitik destruktiver Wirkung des Nationalitätenprinzips, die wie bei E. Ludwig von Gerlach einer grundsätzlichen konservativen Ethik und Einsicht entstammte, stand in Westpreußen und in Posen das sehr viel mehr an Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten orientierte tägliche Wirken der preußischen Verwaltung gegenüber. "Hier bestand nach wie vor ein unterschiedlicher Zwiespalt vor allem darin, daß man einerseits durch Toleranz in nationalen Fragen die nicht-deutschen Untertanen an sich zu binden suchen mußte, aber doch auch wiederum eine fortschreitende Germanisierung als Mittel staatsrechtlicher Integration nicht entbehren zu können glaubte."⁵⁴⁾

8. Das Posensche "Dilemma"

In Posen ergab sich aus der durch die Ereignisse des Jahres 1848 noch verstärkten Zwangslage während der Amtszeit des Oberpräsidenten von Puttkamer (1851 bis 1860) eine oft konzeptionslose und vornehmlich abwehrende Inaktivität. Man stand oft ratlos unter dem Eindruck, daß eine positive Gestaltung der polnischen Frage kaum noch zu bewältigen sei und beschränkte sich weitgehend auf die Ausschaltung möglichst gefährlicher Entwicklungen. Daß Puttkamer in seinem, dem Ministerpräsidenten von Manteuffel vorgetragenen Regierungsprogramm vom 24. Februar 1851 zugleich auch die Situation schilderte, hatte seine bestimmten Gründe.

53) Stenographischer Bericht des preußischen Abgeordnetenhauses, 1856, S. 351.

54) Vgl. Broszat, a.a.O., S. 87.

In diesem Programm hieß es u. a.:

" Es ist durchaus notwendig, daß die Regierung dem Polonismus gegenüber eine feste und prononcierte Stellung einnehme. Denn er ist und bleibt ein feindliches Element, mag er auftreten, in welcher Gestalt er wolle. Ihn versöhnen, ist unmöglich, ihn ausrotten, inhuman (und nebenbei auch unmöglich, wenigstens gehören Generationen dazu), also bleibt nichts übrig, als ihn energisch in der ihm zukommenden untergeordneten Stellung halten. Und wie will man das thun, wenn man es nicht einmal wagt, zu sagen? Also: man sagt es frei und entschieden, damit Niemand sich mit Unwissenheit und Mißverstehen entschuldigen kann wie im Jahre 1848. "55)

Die Situation, die Puttkamer meinte klar aufzeigen zu müssen, hatte sich während der ganzen Zeit seiner Regierung nicht verändert. In einem von ihm an die Landräte der Provinz gerichteten Schreiben vom 25. November 1858⁵⁶⁾ wird darauf hingewiesen, daß in der polnischen kommunistischen Buchdruckerei in London ein am 1. Oktober 1858 für die in der preußischen und österreichischen Armee dienenden Polen bestimmter, in Paris verfaßter Aufruf gedruckt worden ist, der für die im einzelnen damit Angesprochenen eine zu unterschreibende Erklärung folgenden Inhalts enthält:

" Ich Endesunterschriebener Besitzer des in der Gemeinde... (Kreise, Bezirke) belegenen Landes erkläre hiermit in meinem und meiner Nachfolger Namen, daß ich als wahrer Pole und Christ bereit bin, demjenigen oder denjenigen, welche sich mit den Waffen in der Hand bei Befreiung des Vaterlandes bethätigen, einen solchen Theil des obengenannten Landbesitzes abzutreten, wie ihn die seiner Zeit hierzu bestellende National-Kommission für angemessen erachten wird.

Zur Urkunde dessen habe ich mich eigenhändig unterschrieben.

Es lebe das ganze, freie und unterdrückte Polen! "

55) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 108.

56) Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 30, Nr. 650, Vol. I, efr. Vol. II.

Diesem Erklärungs-Formular sind noch "Haupt-Vorschriften" beigelegt, deren Wiedergabe ein beredtes Zeugnis für die Akribie der geplanten Aktion vermittelt. So heißt es zu den einzelnen Punkten:

- " 1. Vertheilung der Erklärung A (vorgenanntes Erklärungs-Formular) an b e k a n n t e polnische Unteroffiziere in der österreichischen und preussischen Armee unter Eröffnung, daß jeder Soldat 10 und der Unteroffizier 15 Morgen Grund zum Eigenthum erhält.
2. Die Politik erheischt, dies für j e t z t in der russischen Armee nicht zu thun; es wird hierzu noch Zeit sein, wenn wir uns erst recht die Deutschen vom Halse zu schaffen im Stande gewesen sein werden.
3. Vorsichtig zu Werke zu gehen, im Geheimen und besonders durch die Frauen.
4. Wo irgend galizische Regimenter zerstreut sind, hat man sich nach einem sicheren Agenten umzusehen und mit ihm in Communication zu treten.
5. Den Bürgern ist zu versichern, daß ihre Namen nicht veröffentlicht werden.
6. Es ist weder mit Ungarn noch mit Italienern in Verbindung zu treten. Die Abtheilungs-Kommissionen dieser Nationen werden abgesondert wirken.
7. Der Delegierte möge beachten, daß er in seiner Wohnung keine Dokumente behält. "

Diese Haupt-Vorschrift schließt mit der "Bekanntmachung":

- " Dem Delegierten wird es einleuchten, daß es sich hier weniger um das Sammeln von Unterschriften handelt - denn wir werden deren seiner Zeit ohne Bitten bekommen - als darum, die Soldaten und Bauern mit dem Inhalte des Artikel 1 bekannt zu machen. "

So wie in solchen und ähnlichen Aktionen das preußisch-polnische Verhältniß strapaziert werden mußte, war es verständlich, daß die bis auf die anstehenden Fragen

der Schul- und Kirchenpolitik, zu denen nachfolgend Stellung genommen werden soll, geübte Verwaltungspraxis vornehmlich auf polizeiliche Sicherung und bürokratische Kontrolle ausgerichtet war, wobei die unter dem ehemaligen Oberpräsidenten Eduard von Flottwell erfolgte Verwaltungsmaßnahme behördlich eingesetzter Landräte und Distriktskommissare eher gestraft als in Richtung auf Selbstverwaltung gemildert wurde⁵⁷⁾. Zu alledem zeigte sich, daß die preußische Beamtenschaft in Posen und Westpreußen im allgemeinen weit eher eine negative als eine positive Auslese darstellte, so wie überhaupt die Ostprovinzen Preußens in den fünfziger Jahren ein Stiefkind des Staates blieben. Dies betraf auch ihre wirtschaftliche und industrielle Entwicklung, die hinter den anderen preußischen Ländern weit zurückstand.

Bald nachdem Puttkamer sein Amt als Oberpräsident der Provinz Posen angetreten hatte und den Ministerpräsidenten von Manteuffel am 21. September 1851 um "höhere Unterstützung" für seine Absicht gebeten hatte, der Koalition zwischen Polen und Demokraten "die Spitze zu bieten", wandte sich das Polentum, das sich gegen die Ernennung Puttkamers als eines konservativen Neupreußen gestellt hatte, in aggressiver Weise gegen ihn und beantwortete das Verlangen Puttkamers durch den Fürsten Sułkowski dahingehend, daß des Königs wohlmeinende Absichten von den Unterorganen offensichtlich entstellt würden⁵⁸⁾. Als es dann im Zuge der sich

57) Im Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 war bestimmt worden, daß die Distriktskommissare, die an die Stelle der früheren "Woyts" traten, ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen sollten. 1856 wurden die Distrikte aber verkleinert, so daß sich die Bedeutung dieser Ämter noch intensiver als bislang gestaltete; vgl. Laubert, a.a.O., S. 111.

58) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 108.

ständig verschlechternden Beziehungen der preußischen Regierungsdienststellen zu den polnischen Untertanen anlässlich der Neuwahlen von 1855 in Posen seitens der Regierung zu rigorosen Veränderungen der Wahlbezirke, Verlegung der Wahlorte in abgelegene deutsche Gebiete und anderen Manipulationen kam, die der Wahl polnischer Abgeordneter größte Hindernisse in den Weg legten, stellte die Entlassung Puttkamers 1860 und die Berufung des neuen Oberpräsidenten von Bonin zwar ein wohlgemeintes Zugeständnis des Prinzregenten an die öffentliche Meinung, aber es war kein Programm, um den bedenklich sich mehrenden Sturmzeichen entgegenzutreten⁵⁹⁾. Es zeigte sich bald, daß an die Stelle der amtlichen nunmehr die geistliche Wahlbeeinflussung trat, von der Bismarck im Norddeutschen Reichstag am 18. März 1867 einige besonders lehrreiche Proben gab. An diesem Tage hatten die polnischen Abgeordneten durch ihren Vertreter Kantak Protest eingelegt "gegen die Kompetenzen des Reichstages, durch einseitigen Beschluß internationale Verträge umzustoßen und die ehemals polnischen Landesteile Preußens in den Norddeutschen Bund einzuverleiben"⁶⁰⁾. Bismarck hatte hierauf u. a. mit folgenden Worten geantwortet:

" Wenn der Herr Abgeordnete (Kantak) ... einen Protest gegen das Zustandekommen dieses Bundes in dem beabsichtigten Umfange gerichtet hat, so glaube ich, hat er uns selbst deutlich zu erkennen gegeben, daß dieser Protest eigentlich sich nicht gegen den Bund, sondern gegen die Einheit der preußischen Monarchie richtet. Diese Einheit anzuerkennen und doch d a g e g e n zu protestieren, daß der Staat, zu dem man gehört, berechtigt sei, seine staatlichen Zwecke auch im Verein mit den Nachbarstaaten zu erstreben, mit denen er glaubt, sie besser erreichen zu können - kann in der Tat Niemand, der nur einige Logik bewahrt hat, einfallen. Der Protest richtet sich, wie der Herr Abgeordnete ja nicht zweifelhaft gelassen hat, gegen die Einheit der preußischen Monarchie. "

59) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 111.

60) Vgl. Koch, a.a.O., S. 54 ff.

Nach diesen einleitenden Worten sagte dann Bismarck, auf die Wahlbeeinflussung durch den Klerus eingehend:

" Die Herren Abgeordneten von jener Seite (auf die polnische Fraktion deutend) hatten bekanntlich gesagt⁶¹⁾, daß die Parteien, daß die Geistlichkeit sich niemals passiver bei den polnischen Wahlen verhalten hätte, als diesmal. Ich glaube nicht, daß ein Zehntel derjenigen Fälle, wo das Gegenteil der Fall gewesen ist, zur Kenntnis der Behörden gekommen sein wird, denn der Pole hat eine ehrenwerte Anhänglichkeit an den Diener seiner Kirche, und ist sehr schwer dazu zu bringen, Zeugnis gegen ihn abzulegen. Indessen dasjenige, was zu unserer Kenntnis gekommen ist, reicht hin, um ex ungue leonem zu erkennen. Ich erlaube mir nur, drei bis vier, ich kann nicht sagen, hervorragendere Fälle, denn sie stehen sich alle gleich, anzuführen:

Der Geistliche Wiczorkiewicz in Splawie hat bei einer Zusammenkunft mit polnischen Bauern diese mit folgenden Worten angeredet: 'Die Wahlen sind vor der Tür; man muß sich zusammennehmen, sonst wird man uns verbieten, polnisch zu sprechen, polnisch zu schlafen, polnisch zu beten, polnisch zu singen und zu weinen, polnisch eine Kanzelrede zu halten, - unsere Kinder werden alle deutsch werden, und dann geht es in Deutschland gerade so wie in Rußland, dann werden wir gehangen werden, wenn wir uns Polen nennen.'

Ein anderer Fall: Der Propst Kunze in Kiebel, welcher als Wahl-Kandidat für den Wahlkreis Bomst-Meseritz aufgestellt war. Derselbe hat nicht nur in verschiedenen Ortschaften, z. B. in der Stadt Wollstein, Wahlversammlungen selbst abgehalten - was einem Erlaß des hochwürdigen Erzbischofs direkt widersprach - und für seine Wahl agitiert, sondern auch in den Parochien Priement, Altkloster und Schlußenze, in welchen die Pfarrgeistlichen sich von der Agitation fernhielten, selbst die Leute zur Abgabe der Stimme für ihn zu bereden gesucht, indem er die bekannten Agitationsmittel bei Polen, man wolle ihnen ihre Sprache und ihren Glauben nehmen, zur Anwendung brachte. - Ferner:

61) Am 4. März 1867 der polnische Abgeordnete Motty; siehe Bismarcks politische Reden, hrsg. von H. Kohl, a.a.O., Bd. III, S. 166 ff.

Die polnischen Bauern zu Zodyn haben dem Rittergutsbesitzer Jaensch, als dieser am Montag, den 11. Februar fragte, weshalb sie denn zu der Partei des Propstes Kunze übergehen wollten, erwidert: er möge ihnen das doch nicht nachtragen; sie wüßten, daß sie ihm so vieles zu danken hätten und daß er gewiß ihr Bestes wolle, - aber diesmal könnten sie nicht anders, sie dürften nicht seinem Rat folgen; es handle sich um ihr Seelenheil, der Obrasche Propst habe ihnen gesagt, daß sie, wenn sie diesmal nicht ihm Folge leisten und nicht seine Zettel abgeben würden, bei der Osterbeichte nicht auf Absolution rechnen könnten. "

Wenn diese Vorhaltungen Bismarcks an die Adresse der polnischen Abgeordneten auch wesentlich später als die Ereignisse, die seine kritischen Äußerungen betrafen, erfolgten, so betreffen sie doch die Vorgänge zur Zeit der Neuwahlen von 1855 in Posen. Aufgrund dieses Wahlergebnisses konnte die polnische Landtagsfraktion statt bisher 11 bis 15 Abgeordnete nur noch 5 Abgeordnete nach Berlin entsenden. Im Jahre 1859 konnte die polnische Fraktion allerdings ihre frühere Stärke wiedergewinnen, was sie dennoch nicht hinderte, aus Sympathie für die deutschen Einheitsbestrebungen den Militärvorlagen vom 10. Februar 1860 (Militärgesetz⁶²⁾ und Finanzgesetz, letzteres mit Bewilligung von 9 1/2 Millionen Talern für die Reorganisation des Heeres⁶³) zuzustimmen. Während der Konfliktzeit schwoll die polnische Landtagsfraktion auf 26 Köpfe an und stellte sich nun natürlich auf die Seite der Opposition.

62) "Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst" vom 10. Februar 1860; vgl. Stenographische Berichte des preußischen Abgeordnetenhauses, Bd. I, S. 96.

63) "Entwurf eines Gesetzes betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai 1860 bis zum 30. Juni 1861" vom 10. Februar 1860, in Kraft gesetzt unter dem 27. Juni 1860; Text bei Huber, Dokumente, a.a.O., Bd. II, Nr. 36.

9. Die "Neue Ära"

Mit der unter dem Prinzregenten Wilhelm, dem "Prinz von Preußen", im Jahre 1858 eingeleiteten "Neuen Ära", die in Preußen das Ende der konservativen "Reaktion" brachte, bahnte sich - wenn auch nur vorübergehend - eine günstigere Konstellation für die polnische nationale Sache an, zumal sich in Rußland nach dem Tode Nikolaus I. unter Alexander II (1855 bis 1881) eine prowestlich-liberale und polenfreundlichere Entwicklung zeigte. Die in Kongreßpolen erneut angefachte revolutionäre Stimmung ermutigte auch die preußischen Polen, was sich hauptsächlich an der größeren Entschiedenheit erkennen ließ, mit der die polnische Fraktion ihre nationalpolitischen Forderungen vortrug. Es zeigte sich dabei immer deutlicher, daß die Mehrheit der preußischen Liberalen, und an ihrer Spitze Georg von Vincke, bei aller noch vorhandenen grundsätzlichen Geneigtheit für die polnische nationale Sache, die Berufung der polnischen Abgeordneten auf das Nationalitätsprinzip für Posen nicht gelten ließen... Wie schon bei den Beratungen zur Nationalversammlung trat - wie bei den Ausführungen zum "gescheiterten Nationalstaat" dargestellt⁶⁴⁾ - das ethnisch-völkische Nationalitätsprinzip dem polnischen historischen Staatsbegriff gegenüber. "Man berief sich dabei sowohl auf die seit den polnischen Teilungen zugunsten des Deutschen eingetretene Verschiebung der Nationalitätenverhältnisse als auch auf die inzwischen investierte deutsche Leistung"⁶⁵⁾.

64) Siehe zu Abschnitt G II 4, S.

65) Vgl. Broszat, a.a.O., S. 91.

Im Jahre 1862 erklärte der liberale Abgeordnete Schultze - Delitzsch, der 1859 den "Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" gegründet hatte und maßgeblich an der Gestaltung des Genossenschaftsrechts beteiligt war, im preußischen Landtag⁶⁶⁾;

" Die Prätensionen, welche die Polen aus dem Nationalitätsprinzip herleiten, sind vollkommen unberechtigt... Die Forderungen der Polen gründen sich nicht auf das Nationalitätsprinzip, sondern auf das Territorialitätsprinzip. Wenn man das als Recht aufstellt, daß ein Volk jedes Stück Land, das einmal seine Vorfahren beherrscht haben, für sich in Anspruch nehmen könnte, so ist das wahrlich nicht Nationalitätsprinzip, sondern es heißt das Territorialitätsprinzip proklamieren mit seinem Recht an Land und Leuten und allem Zubehör des Bodens. Nicht bloß um preußischen Besitz handelt es sich, sondern um deutschen Besitz, um ein Stück echten deutschen Lebens. Diesen Boden wieder aufzugeben, hieße die Arbeit von Jahrhunderten aufgeben. "

66) Max Juncker, Politischer Schriftwechsel, a.a.O., S. 305; Schultze-Delitzsch war als mißliebiger Staatsdiener 1848 nach Wreschen (Provinz Posen) "verbannt"; man nannte die Provinz "die preußische Türkei" und sah sie als einen Schlupfwinkel für minderwertige Beamte an; vgl. Laubert, a.a.O., 1. Auflage 1920, S. 109

III Bismarck und der preußische Osten

Bismarck, am 23. September 1862 zum Ministerpräsidenten ernannt, hielt noch im gleichen Jahr den an ihn herangetragenen nationalpolitischen Argumentationen fast ausschließlich staatspolitische Gründe entgegen. In seinen "Gedanken und Erinnerungen" schreibt er bezüglich der polnischen Frage für Preußen:

" Unsere geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens nöthigen uns, die Eröffnung der Polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten. "

Als Bismarck noch der äußersten Rechten des Vereinigten Landtags angehörte, hatte er bereits 1848 in einem offenen Brief an die Redaktion der Magdeburger Zeitung vom 20. April 1848⁶⁷⁾ auf die Gefahr eines polnischen Revisionismus für Preußen hingewiesen, wenn man der liberalen Idee einer Wiederherstellung Polens folgen würde. In diesem sehr aufschlußreichen Brief heist es u. a.:⁶⁸⁾

" ... es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das letzte von dem entzogen würde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken, der Durchführung einer schwärmerischen Theorie zuliebe... Eine nationale Entwicklung des polnischen Elementes in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu

67) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, a.a.O., Bd. I, S. 342/343.

68) Vgl. Koch, a.a.O., S. 11/12.

dienen. Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe dafür schwärmen, dem Vaterland in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Inneren durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder ernstlichen Verwicklung in den Rücken zu fallen... Ich halte daher unsere jetzige Politik in bezug auf Posen, auch wenn man jeden einzelnen Deutschen daselbst dem deutschen Bunde vorbehält, auch wenn man nur den kleinsten Teil des polnisch redenden Anteils dem übrigen Staat durch Sonder Einrichtungen entfremdet, für die bedauerlichste Don-Quixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat. "

Von diesem Brief Bismarcks, der seine erste zusammenhängende Äußerung zur auswärtigen Politik ist, die wir besitzen, hat Marcks gesagt:⁶⁹⁾

" Man kann Preußen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen, ihm ganz Posen, Westpreußen und Ermland wiedergeben, dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringen Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen nur den entschiedenen polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Fall kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würde, solange sie nicht die Weichselmündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Ein rastloser Feind würde geschaffen, viel gieriger als der russische Kaiser. "

Der altliberale Max Duncker, führendes Mitglied der Frankfurter Paulskirche und der preußischen Zweiten Kammer⁷⁰⁾, hatte ebenfalls 1848 in der Paulskirche gegen eine Wiederherstellung Polens gestimmt⁷¹⁾.

69) Marcks, a.a.O., S. 445 55.

70) Von 1867 bis 1874 Direktor der preußischen Staatsarchive.

71) Treitschke, Reden im Deutschen Reichstag, a.a.O., S. 60.

Er war sich auch darüber klar, daß Preußen der Weichselmündung bedürfe und daß es seinen Anspruch auf Posen und Westpreußen nicht aufgeben könne, um nicht seine eigene Entwicklung zu gefährden. Ihm scheint es zeitweise sogar notwendig, die preußische Ostrenze noch weiter nach Osten zu verlagern, also wieder auf jene Linie, die Preußen unmittelbar nach der 3. Teilung Polens behauptete, um vor jeglicher Bedrohung sicher zu sein.

In ähnlicher Weise wie Duncker dachten auch Johann Gustav Droysen, der in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 zu den Führern der erbkaiserialichen Partei gehörte, und der nationalliberale Heinrich von Sybel⁷²⁾. Auch Droysen dachte nicht an eine Wiederherstellung Polens. Für ihn war vor allem die Frage wichtig, welche Mittel man gebrauchen müsse, um Polen fester an Preußens Thron zu binden. Seiner Auffassung nach müsse der Deutsche als Kündler einer höheren Kultur sich dieser Werte in Polen bewußt bleiben. Um die Polen richtig zu behandeln, müsse man ihnen allerdings manche Eigenschaften belassen und dürfe nicht die Helden ihrer Vergangenheit beschimpfen oder ihre Eitelkeit verhöhnen⁷³⁾.

Ebenso ist nach der Meinung Sybels eine Wiederherstellung Polens als völlig unmöglich anzusehen, denn, wie er sagt, "Polen ist tot und dahin für immer, und ein Todter läßt sich nicht beliebig zu neuem Leben erwecken"⁷⁴⁾. An anderer Stelle⁷⁵⁾ sagt er in bezug auf die Leistung des preußischen Volkes, die Anspruch auf Belohnung hätte und nicht durch ein selbständiges Po-

72) 1875 Direktor der preußischen Staatsarchive als Nachfolger von Max Duncker.

73) Droysen, a.a.O., Bd. I, S. 69.

74) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, a.a.O., Bd. 3, S. 286.

75) Derselbe, Die deutsche Nation, a.a.O., S. 108.

len geschmälert werden dürfte: "Ein Volk, welches den kleinen preußischen Staat durch Sparsamkeit, Fleiß und eifrigen Willen eine der österreichischen gewachsenen Macht herausbilden - welches dann die Glorie Friedrichs des Großen über Europa emporleuchten - und Norddeutschland unter seiner Führung gegen eine Welt in Waffen unbesiegbar wie niemals früher sah", ein solches Volk könne unmöglich einen polnischen Staat neben sich dulden, der mit Sicherheit in seine alten Schwächen und Leidenschaften zurückfallen würde. Dabei müßte insbesondere der Ostkolonisation gedacht werden, die durch das Deutschtum ihre Erfolge zu verzeichnen hätte.

Die Abkehr der liberalen Kreise von ihrer polenfreundlichen Position gründet sich auf den Volkstumskampf zwischen Polen und Deutschen. Wie Sell⁷⁶⁾ es formulierte, "stellte sich (jetzt) heraus, daß das nationale Selbstgefühl stärker als etwa liberales Empfinden war". Bismarck aber sagte in Ergänzung dessen, was er der Redaktion der Magdeburger Zeitung 1848 geschrieben hatte, am 23. Februar 1854 vor dem Frankfurter Bundestag:⁷⁷⁾

" Die Herren ... kennen die Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergeben, ohne die wir wiederum nicht existieren können, wie die untere Weichsel, ganz Posen und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir des Friedens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher. "

Die starre These von der Unvereinbarkeit preußischer Staatsräson und jeglicher Form polnischer Selbständig-

76) Sell, a.a.O., S. 536.

77) Zitiert bei Recke, Die polnische Frage, a.a.O., S. 130.

keit wurde von Bismarck bestimmt, als es zu Beginn des Jahres 1863, und zwar am 22./23. Januar, in Kongreßpolen zu einem neuen Aufstand kam, der zunächst aus kleineren Scharmützeln bestand, sich dann aber bis zu 1000 (!) kriegerischen Zusammenstößen eineinhalb Jahre hinzog⁷⁸⁾.

Als sich auf russischer Seite manche Neigung zur Nachgiebigkeit zeigte und Zar Alexander bereits mit Erlaß vom 1. Mai 1863 eine Amnestie für die an dem Aufstand Beteiligten in Aussicht stellte, leitete Bismarck sofort eine diplomatische Initiative ein, um die Unterdrückung des polnischen Aufstandes zu gewährleisten und den polonophilen Kräften in Petersburg entschieden entgegenzutreten. Der eigentliche Sieger in diesem Aufstandsgeschehen war Bismarck und nicht Rußland, das ursprünglich eine politische Richtung eingeschlagen hatte, die der Bismarckschen zuwiderlief. Alexander hielt so zäh an seinem Wunsch fest, sich mit den Polen zu verständigen, daß er noch im Oktober 1863 Graf Andrzej Zamoyski, einem Neffen des Fürsten Adam Czartoryski, des Führers der Konservativen oder "Weissen"⁷⁹⁾ die Nachfolgerschaft des Markgrafen Alexander Wielopolski, den Alexander damit betraut hatte, das polnisch-russische Verhältnis auf neue Grundlagen zu stellen, anbot, "aber dieser schwache Mann lehnte ab"⁸⁰⁾.

Schon am 15. Januar 1863 hatte Bismarck an den damaligen Generalkonsul in Warschau, Rechenberg, geschrieben:⁸¹⁾

78) Vgl. Manteuffel-Szoegge, a.a.O., S. 158.

79) Die "Roten", d. h. die Demokraten, mit ihren Führern, den Gebr. Frankowski, dem späteren Dichter Adam Asnyk, St. Szachowski, Rafael Krajewski, u. a. mehr.

80) Vgl. Feldmann, a.a.O., S. 39.

81) Brandenburg, a.a.O., Bd. III, S. 189.

- " Preußen wird stets ein natürlicher Gegner der autonomen nationalen Entwicklung des Königreichs Polen bleiben müssen... Unserer Ansicht nach fehlen für eine autonome nationale Entwicklung im Königreich Polen die ausreichenden Lebensbedingungen. Wären sie aber auch vorhanden, so würde doch das einmal dem geschichtlichen Selbstvernichtungsprozeß anheimfallende Polen in der scheinbaren Wiederherstellung nur zu einer ruhelosen, unbefriedigten - und unsere Staatszwecke gefährdenden Existenz sich erheben können. "

Und zugleich gab er Rechenberg die Weisung⁸²⁾;

- " Die Zeiten zur Reorganisation im polnischen Sinne sind vorbei und können nach der Entwicklung der diesseitigen, ehemals polnischen Landesteile und dem einheitlichen Verfassungsverhältnis des preußischen Staates nicht mehr wiederkehren. Preußen wird stets ein natürlicher Gegner der autonomen und nationalen Entwicklung des Königreichs Polen bleiben müssen. "

Aus der Zeit, die den Rahmen dieser Darstellung überschreitet, hat Bismarck in seinen "Gedanken und Erinnerungen" den historischen Rückblick zur Entwicklung der polnischen Frage in seiner Rede vom 28. Januar 1886 wie folgt ergänzt:⁸³⁾

- " Im Jahre 1786 lag das stärkere Interesse noch nicht auf nationalem Gebiet, sondern in dem Gedanken polnischer territorialer Erwerbungen, und bis in den Krieg von 1792 hinein war das Mißtrauen zwischen Preußen und Österreich weniger durch die deutsche als durch die polnische Rivalität beider Mächte genährt... Die Frage der Nationalität stand damals mehr im Hintergrund; der preußische Staat eignete sich neue polnische Untertanen mit gleicher, wenn nicht mit größerer Bereitwilligkeit wie Deutsche an, wenn es nur Untertanen waren...

82) Vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, a.a.O., S. 423.

83) Vgl. Koch, a.a.O., S. 21 ff.

Wir haben durch die Geschichte die Erbschaft übernommen... uns mit 2 Millionen polnisch sprechender Untertanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des preußischen Staates umschließen, einzuleben. Wir haben diese Situation nicht gemacht; unsere Politik kann von sich dasselbe sagen, was, ich weiß nicht mehr, auf welcher Forstakademie geschrieben stand: Wir ernten, was wir nicht gesät haben, wir säen, was wir nicht ernten werden. So stehen wir auch zu der Vergangenheit, die vor 1815 liegt. Das Jahr 1815 hat dem preußischen Staate eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl wie zu seiner Verteidigung und seiner Sicherheit. Ich kann es nur als eine politische Verirrung ansehen, wenn im Jahre 1848 deutsche Politiker sich gefunden haben, die glaubten, sie könnten diese Grenze, ich weiß nicht, um welchen schmalen Grenzstreifen, mit dem der polnischen Nation auch nicht gedient sein würde, zurückverlegen.

Im Jahre 1815 hat man sich die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt, wohl hauptsächlich darum, weil damals auf die Stimmung der Einwohner weniger Gewicht gelegt wurde als auf die der Staatsmänner...

Die Proklamationen, mit welchen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von dem ihm wieder zugefallenen Teile Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Untertanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen und die Versprechungen, welche ehrlich vom König gegeben-, von seinen Dienern vielleicht nicht ganz in derselben Stimmung gemeint wurden, sind seitdem durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden. Ich gebe meinestills keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proklamationen... "

Und zur Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. gegenüber den Polen erklärte Bismarck in dieser Rede weiter: 84)

84) Koch, a.a.O., S. 24.

" Der hochselige König wurde aus diesen vertrauensseligen Empfindungen in einer gewissen unangenehmen Weise gestört durch die insurrektionellen Bewegungen, die vom Jahre 1846 bis 48 in den verschiedensten Phasen stattfanden. Er mußte erleben, daß im Jahre 1848 auf den Barrikaden von Berlin ein Bündnis zwischen der preußischen und der ausländischen Demokratie und den Polen geschlossen wurde, was zur Folge hatte, daß kurze Zeit darauf mehrere tausend preußischer Untertanen, teils polnisch-, teils deutsch-redende, im Großherzogtum Posen in gegenseitigen Kämpfen erschossen oder verwundet wurden. Indessen das Ergebnis der damaligen Ereignisse war doch immer ein gesetzlicher Zustand, der den polnischen Bestrebungen dieselbe Freiheit der Bewegung verfassungsmäßig und gesetzmäßig verschaffte, welche den deutschen Untertanen gewährt war. Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keinerlei Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und ihr Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren. "

1. Die Alvenslebensche Konvention als Grundlage der preußischen Außenpolitik

Als am 24. Januar 1863 der von der polnischen Nationalregierung organisierte Aufstand im Königreich ausbrach, entsandte Bismarck am 2. Februar den General von Alvensleben nach Petersburg, um mit Zar Alexander II. über gemeinsame Schritte zur Unterdrückung des Aufstandes zu unterhandeln. Am 6. Februar sandte Alvensleben den Entwurf der getroffenen Abmachungen nach Berlin, und am 8. Februar wurde das Schriftstück unterzeichnet. Nach dieser sogenannten "Alvenslebenschen Konvention", die übrigens in Preußen nur gerüchteweise aus englisch-französischen Verlautbarungen bekannt wurde, sollten die beiden Truppenführungen sich gegenseitig unterstützen; den Truppen sollte gestattet werden,

bei Verfolgung der Aufständischen das Gebiet des Nachbarlandes betreten zu dürfen. Aufgrund dieser in der Auslandspresse veröffentlichten Berichte und in Verbindung mit der bekanntgewordenen Parteinahme der Westmächte für die Polen kam es in Preußen zu einer starken Beunruhigung der Öffentlichkeit, die noch gesteigert wurde durch die Maßnahmen, die von dem Posener Oberpräsidenten von Horn in Gemeinschaft mit dem für die Dauer des Aufstandes ernannten Militärgouverneur, dem General des I. Armeekorps, von Werder, getroffen wurden. Man war sich jedoch bei Abschluß des Abkommens, das übrigens von den Monarchen nicht unterzeichnet wurde und nur "auf dem Papier geblieben" ist⁸⁵⁾, einig, daß es nur solange in Kraft bleiben sollte, als es die Lage der Dinge erfordere und die Höfe es für angemessen erachteten. Zweifelsohne war es dennoch ein großer Gewinn, insofern nämlich, als die antipolnische, preußenfreundliche Richtung des Zaren über die polenfreundliche, die durch den russischen Kanzler, Fürst Gortschakow, den Marquis Wielopolski u. a. im russischen Kabinett vertreten war, dadurch das Übergewicht gewann.

Bismarck hatte sich zu diesem Abkommen wie folgt geäußert:⁸⁶⁾

- " Ein Abkommen politisch-militärischer Natur, welches Rußland mit dem germanischen Gegner des Panslawismus gegen den polnischen 'Bruderstamm' schloß, war ein entscheidender Schlag auf die Aussichten der polonisierenden Partei am russischen Hofe, und in diesem Sinne hat das militärisch ziemlich anodyne Abkommen seinen Zweck reichlich erfüllt. Ein militärisches Bedürfnis war dafür an Ort und Stelle nicht vorhanden, die russischen Truppen waren stark genug, und die Erfolge der Insurgenten existierten zum großen Teil nur in den von Paris bestellten, in Myslowitz fabrizierten, bald von der Grenze,

85) Vgl. Koch, a.a.O., S. 26.

86) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, a.a.O., Auflage 1919, S. 343.

bald vom Kriegsschauplatz, bald von Warschau datierten, zuweilen recht märchenhaften Berichten, die zuerst in einem Berliner Blatt erschienen und dann ihre Runde durch die europäische Presse machten. Die Konvention war ein gelungener Schachzug, der die Partie entschied, die innerhalb des russischen Kabinettes der antipolnische monarchistische und der polonisierende panslawistische Einfluß gegeneinander spielten. "

Im Zuge der sich an die Konvention anschließenden gegenseitigen Noten über die Einschränkung des Abkommens und der besonders von den Westmächten wegen der Konvention gegen Preußen gerichteten Angriffe hatte Bismarck auf die Frage des englischen Gesandten Sir Andrew Buchanan⁸⁷⁾, ob bei der Konvention auch die Überschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen zugelassen sei, bejahend mit der Erklärung geantwortet, daß Preußen ein unabhängiges Polen an seinen Grenzen nimmermehr dulden könnte. Und als Buchanan ihn weiter fragte, wie sich Preußen verhalten würde, "wenn der immerhin mögliche Fall eintreffe, daß die Russen aus Polen hinausgeschlagen würden", erwiderte Bismarck, "dann müßten wir das Königreich selbst zu besetzen suchen, um dies Aufkommen einer uns feindlichen Macht zu hindern". Auf die Bemerkung Buchanans, daß Europa dies niemals dulden werde, fragte Bismarck: "Wer ist Europa?", und als Buchanan antwortete: "Verschiedene große Nationen", fragte Bismarck zurück: "Sind sie bereits darüber einig?", worauf Buchanan keine positive Antwort fand. Bismarck aber erklärte darauf: "Für uns ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod!"

Die Konvention wurde zu einem lebhaften Gegenstand parlamentarischer Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus⁸⁸⁾:

87) Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, a.a.O., II, 453 ff.; vgl. auch Koch, a.a.O., S. 27/28.

88) Vgl. die stenographischen Berichte dieses Hauses vom Jahre 1863.

Außer über den Aufstand selbst und die abgeschlossene Konvention eröffneten die Aussprachen interessante Gesichtspunkte über die Einstellung der Liberalen zum Ministerium Bismarck und zu einem möglichen unabhängigen polnischen Staat.

Bereits am 16. Februar 1863 brachte die polnische Fraktion eine Interpellation ein, ob und seit wann die Provinz Posen dem Ausnahmezustand verfallen sei und ob die Regierung den amtlichen Erlaß vom 1. Februar, betreffend die militärischen Maßnahmen in den Grenzprovinzen seinem Inhalt und seiner Form nach billige. Bismarck beantwortete die Interpellation durch Verneinung der ersten und Bejahung der zweiten Frage. Er erklärte, daß die Regierung die Pflicht habe, ein Übergreifen des Aufstandes auf preußisches Gebiet durch militärische Sicherheitsmaßnahmen zu verhindern⁸⁹⁾. Aus dem Verlaufe der sich daran anschließenden Diskussionen ergab sich, daß es der Mehrzahl der liberalen Redner gar nicht mehr auf Polen ankam, sondern auf die Beseitigung des konservativen Ministeriums; für sie hatte der nationale Gegensatz zwischen Polentum und Deutschtum zurückzutreten bei einer Auseinandersetzung, bei der es ihnen um die letzten Prinzipien ihrer politischen Gesamtauffassung ging. So sahen die Liberalen in der Alvenslebenschen Konvention letztlich einen Versuch, die Heilige Allianz mit allen ihren innenpolitischen Konsequenzen zu erneuern.

Von allen Rednern während der in dieser Sache vom 26. bis 28. Februar geführten Debatte⁹⁰⁾ sprach sich nur ein einziger Redner, nämlich der Abgeordnete Becker für die Wiederherstellung des selbständigen Polens aus⁹¹⁾.

89) Vgl. Schinkel, a.a.O., S. 118.

90) Vgl. bei Biedermann, a.a.O., S. 331/332.

91) Stenographische Berichte 1863, S. 340.

Er bezeichnete es als Pflicht der preußischen Landesvertretung, "so oft die Verhältnisse die Frage an sie richten, zu erklären, daß sie die Vernichtung eines selbständigen polnischen Staates für ein Unglück hält, ja für ein Verbrechen, begangen nicht bloß an der polnischen Nation, sondern auch an dem Frieden Europas, daß Preußens Interesse gebieterisch die Wiederherstellung eines selbständigen Polens verlange."

Diese Auffassung Beckers von der polnischen Frage stand diametral der Ansicht Bismarcks gegenüber, der zur Rechtfertigung seiner Politik in seinem Brief vom 9. März 1863⁹²⁾ dem preußischen Gesandten in London, Graf Bernstorff, schrieb:

" Durch den Abschluß unserer Convention, der unter großen Widerstreben Gortschakows (russischer Außenminister) erfolgte, verschafften wir, soviel an uns lag, der antipolnischen und anti-französischen Partei im Kabinett des Kaisers, die Oberhand, und die bis dahin schwankenden Entschlüsse erfolgen im Sinne der entschlossenen Unterdrückung des Aufstandes. "

Und an anderer Stelle dieses Briefes heißt es:

" Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition, und jede Verlegenheit, die man Rußland in Polen bereitet, ist ein Zwang Rußlands zur Verständigung mit Frankreich. Wir können den Rhein nicht halten, wenn wir die Polen im Rücken haben. "

Hatten sich, wie schon in früheren Debatten, so auch in der Debatte vom 26. bis 28. Februar 1863 die Redner der Opposition besonderer Sympathieäußerungen für die Polen enthalten, so wurden die polnischen Forde-

92) Zitiert in Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen", a.a.O., Auflage 1922, S. 359, Anm. 1.

rungen auf die preußischen Provinzen von allen Rednern aufs schärfste zurückgewiesen. Der bereits erwähnte Abgeordnete von Sybel erklärte in seiner Eigenschaft als Referent des Kommissionsvertrags;⁹³⁾

" Unsere östlichen Provinzen sind unser nach allseitig anerkannten Rechtstiteln, sie sind unser nach den Anlagen, welche deutsche Einsicht, deutsches Kapital und deutscher Fleiß dort gemacht haben. Sie sind unser, und wir hoffen, sie zu behaupten. Wir wünschen unseren Mitbürgern polnischer Zunge ein jedes menschliche-, jedes bürgerliche und jedes verfassungsmäßige Recht in vollem Umgange zu sichern, aber ebenso sicher sollen unsere deutschen Landsleute in jenen Grenzmarken des Vaterlandes wissen, daß zu ihrem Schutz und Hort das gesamte preußische Volk bereit ist. "

Insgesamt gesehen war die polnische Frage nach dem Aufstandsgeschehen des Jahres 1863 für die konservative Regierung Preußens, die Bismarck zugleich Anlaß zu seiner ersten außenpolitischen Aktion als Ministerpräsident gab, und die zunächst eine preußische und nicht deutsche Politik betreiben wollte, nunmehr zu einer politischen Lebensfrage geworden. Sie bestimmte von nun an die preußische Außenpolitik. Bismarck erkannte sofort, wie er es selber darstellt⁹⁴⁾, daß es sich bei der Stellungnahme zum Aufstand für Preußen nicht bloß um das Interesse der östlichen Provinzen handeln konnte, sondern auch um die außenpolitisch weitergreifende Frage, ob im russischen Kabinett eine polenfreundliche oder antipolnische Richtung, ein Streben nach panslawistischer, antideutscher Verbrüderung zwischen Rußland und Polen oder eine gegenseitige Anlehnung der russischen und preußischen Politik herr-

93) Vgl. Schinkel, a.a.O., S. 122, und Stenographische Berichte 1863, S. 328.

94) Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen", a.a.O., Bd. 1, Auflage 1919, S. 335 ff.

schen sollte. Die mit der Alvenslebenschon Konvention eingeschlagene preußische Außenpolitik, Rußland als eine "Notwendigkeit für Deutschland" zu sehen, ist auch von den Gegnern der Methoden Bismarckscher Politik in ihrer Zielsetzung anerkannt worden. Wenn zuweilen Polens Bedeutung als "Vormauer gegen den russischen Despotismus" angesehen wurde, so ist m. E. jenem Verfasser des Aufsatzes über "Deutschland und die polnische Frage" in der "Deutschen Vierteljahreszeitschrift" von 1863 beizupflichten, wenn er bezüglich dieser "Vormauer" urteilt: "Daß, wer nur mit den polnischen Stimmungen und Zuständen einigermaßen bekannt wäre, über diese Voraussetzung nur als einen gutmütigen Wahn und einen sentimentalischen Traum lächeln könnte". Und über die Mentalität der Polen lautet sein Urteil dahingehend: "Solange ihr aufreibender Kampf mit den Russen dauert, so lange sind sie für uns; sobald sie eine eigene selbständige Nation werden, sind sie gegen uns." Was das politische Konzept Preußens nach dem Aufstand betrifft, so ergab sich nach Auffassung des Verfassers dieses Aufsatzes die sicherlich richtige Überlegung, daß "Rußland, so lange es im Besitze Polens ist, unmittelbar die deutsche Grenze berührt; diese geographische Grenze aber unendlich aufgewogen wird durch das, was Rußland bei diesem Verhältnis an materieller und moralischer Kraft entzogen wird". Und der Verfasser gibt zu überlegen: "Denken wir uns dagegen ein sogenanntes wiederhergestelltes Polen; ein solches Polen wird ein Werkzeug in der Hand Rußlands oder Frankreichs sein. Nicht mit uns werden die Polen sympathisieren, niemals, sondern mit den sinnverwandten Franzosen. Diese werden ihre Bundesgenossen sein, eine Vormauer gegen Rußland und - gegen Deutschland... Daß der Westen gegen den Osten ziehen, daß Deutschland helfen muß, Rußland zu demütigen oder gar zu zertrümmern, halte ich für gedankenloseste Politik, die es geben kann. Rein politisch betrachtet ist, wie die Dinge jetzt liegen, Rußland eine Notwendigkeit für Deutschland."

2. Der liberale Standpunkt

Für die Liberalen stand der Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung so sehr im Vordergrund ihrer politischen Auffassung, daß sie geneigt waren, auch die polnische Frage unter diesem parteipolitischen Gesichtspunkt zu sehen und für den polnisch-deutschen Gegensatz lediglich die Methoden der preußischen Kabinettspolitik verantwortlich zu machen.

Der vorgenannte Abgeordnete Schultze-Delitzsch machte dies deutlich, indem er erklärte:⁹⁵⁾ "Wenn erst Deutschland und Polen konstituiert sind, dann ist es mit der Kabinettspolitik vorbei, welche die Völker trennt und gegeneinander hetzt. Dann wird eine nationale Politik die Völker einigen, daß sie nicht gegeneinander, sondern neben- und miteinander im friedlichen Wettstreit ihre Kräfte versuchen." Nach Auffassung der Liberalen, die der polnischen Gefahr als solcher nur geringe Bedeutung beimaßen, hatte die polnische Frage überhaupt erst durch die von ihnen als verfehlt angesehene Politik Bismarcks einen internationalen Charakter angenommen. So vertraten die liberalen Redner übereinstimmend die Ansicht, daß die Polen garnicht imstande wären, einen selbständigen Staat zu bilden. Der einzige Liberale, der sich zum größten Mißfallen seiner Parteigenossen durch den innerpolitischen Gegensatz zu Bismarck nicht in seiner Auffassung der polnischen Frage beirren ließ, war der Abgeordnete von Vincke, der Führer der Liberalen. Gegenüber den optimistischen und wohlwollenden Beurteilungen der polnischen Bestrebungen erinnerte er an die unzweideutigen Erklärungen des Führers der polnischen

95) Stenographischer Bericht 1863, S. 384.

Abgeordneten Niegolewski im Jahre 1801: "Glauben Sie nicht, daß wir unsere Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens aufgeben werden. Diese Hoffnung versteht sich von selbst, sie ist unser Evangelium." In diesem Zusammenhang verdient auch noch die eine und andere Erklärung Beachtung, weil sie im Namen der katholischen Fraktion abgegeben worden sind. So sagte der Abgeordnete Mallinckrodt: " ... Ich mache kein Hehl daraus, daß ich Sympathie empfinde für die polnische Nation. Ich habe außerdem noch Sympathien, die auf dem Boden konfessioneller Verwandtschaft beruhen. Allein diese Auffassung kann mich doch keinen Augenblick darüber beirren, daß das gegenwärtige Verfahren unserer Regierung gegenüber dem Aufstande im Nachbarlande in keiner Weise Mißbilligung verdient."⁹⁶⁾

Ein anderer katholischer Abgeordneter August Reichensperger, gab für das Verhalten seiner Fraktion folgende Begründung:⁹⁷⁾ "Solange die Polen auf legalem Wege ihre Besonderheit zu wahren suchten, glaubten wir mit unseren geringen Mitteln sie unterstützen zu sollen; eine ganz andere Frage aber trat uns entgegen, als in Russisch-Polen die Flammen der Revolution aufloderten und es keinem Zweifel unterliegen konnte, daß der Brand weiter um sich greifen werde... Vom christlichen Standpunkt kann man ein Recht der Revolution nicht statuieren." Und der katholische "Westphälische Kurier" schrieb am 10. Mai 1863:⁹⁸⁾ "In einer Angelegenheit, welche die Interessen der Kirche so nahe anging, daß selbst das Oberhaupt derselben seine Stimme erhoben habe, habe man von einer Fraktion, die zur Verteidigung der Rechte der Kirche ein Mandat erhalten habe, andere Reden und Abstimmungen erwartet."

96) Stenographischer Bericht 1863, S. 1077.

97) Zitiert bei Schinkel, a.a.O., S. 128/129.

98) Ebenda.

Am 28. Februar 1863 wurde der von den Abgeordneten von Hoverbeck und Carlowitz gestellte Kommissionsantrag, der die Debatten ausgelöst und in der von Bockum-Dolffs vorgeschlagenen Fassung gelaute hat: "Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staatsregierung gegenüber dem im Königreich ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch den Aufständischen irgendeine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß auch keinem der beiden kämpfenden Teile gestatte, das preußische Gebiet zu betreten", mit 275 : 57 Stimmen angenommen.

Bei allen diesen Erklärungen aus dem liberalen Lager wäre es aber nicht richtig, behaupten zu wollen, daß die Liberalen von vornherein große Sympathien für die Polen gehabt hätten. Ihre Haltung zeigte später eher eine durch Trotz hervorgerufene Hinneigung zu der Partei der Aufständischen, die sich jedoch in durchaus hergebrachten Phrasen äußerte.

Schließlich durfte von kultureller und literarischer Seite eine Meinung von Interesse sein, die der Schriftsteller und Kulturhistoriker Gustav Freytag, einer der Hauptstimmführer des deutschen Liberalismus, in der von ihm zusammen mit Julian Schmidt in Leipzig herausgegebenen Wochenschrift "Die Grenzboten" vertreten hat. So verurteilt Freytag in einem Aufsatz in dieser Wochenschrift⁹⁹⁾ die Bismarcksche Politik mit der Begründung, daß durch Bismarcks Vorgehen die friedliche Germanisation des Polentums gestört worden sei. Freytag schreibt: "Es ist keine unberechtigte Annahme, daß in irgendeiner Zukunft Warschau eine dauerhafte deutsche Stadt sein wird. Ob der schwarze Adler von Preußen über dem weißen schwebt oder irgend ein anderes Wappenbild, das wird

99) Wochenschrift "Die Grenzboten", a.a.O., S. 1863.

unter anderem auch davon abhängen, wie schnell und wie gründlich in Preußen die persönliche Regierung mit der parlamentarischen vertauscht wird. Die Deutschen stehen zu dem polnischen Wesen so, daß sie kaltblütig warten müssen, bis ihre Pioniere, die vordringende Pflugschar, der Webstuhl und die Druckerpresse ihre geräuschlose und unwiderstehliche Arbeit vollständig getan haben... Vorläufig braucht Preußen wenigstens zehn friedliche Jahre, bevor die Hauptarbeit in der Provinz Posen getan ist."

Die offen gebliebene Frage von der gegenseitigen Abhängigkeit der deutschen und polnischen Frage und die Erwartung einer davon ausgehenden staatlichen und gesellschaftlichen Revolutionierung wurde jetzt Gegenstand der aufkommenden deutschen Arbeiterbewegung. Unter dem Einfluß von Karl Marx erklärte der Deutsche Bildungsverein für Arbeiter in London aus Anlaß des polnischen Aufstandes in einer Proklamation vom Oktober 1863:¹⁰⁰⁾

" Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges Polen kein unabhängiges und einiges Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie sieht stumm, tatlos und gleichgültig dem Abschlachten des Heldenvolkes zu, das Deutschland allein noch vor der moskovitischen Sündflut beschützt... Lauten Protest gegen den deutschen Verrat an Polen, der zugleich ein Verrat an Deutschland und Europa ist, schuldet die deutsche Arbeiterklasse in diesem verhängnisvollen Augenblick den Polen, dem Ausland und ihrer eigenen Ehre.
Wiederherstellung Polens muß sie in Flammenzügen auf ihre Fahne schreiben, nachdem der bürgerliche Liberalismus diese glorreiche Parole von seiner Fahne weggestrichen hat. "

100) Karl Marx - Friedrich Engels: "Werke", hrsg. vom Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Bd. 15, Berlin (Ost) 1959, S. 576 ff.

Solche Vorstellungen wie auch die der Liberalen vor 1848 gingen von der Voraussetzung aus, daß Preußen auf mehr oder weniger revolutionärem Wege in Deutschland aufgehen würde. Demgegenüber ließ die von Preußen her und von preußischer Staatsräson begleitete Reichsgründung Bismarcks von vornherein keine nationale Ausgliederung der polnisch-preußischen Landesteile erwarten. Dennoch waren auf polnischer Seite die Hoffnungen noch nicht ganz erloschen, daß die nationalstaatliche Umgestaltung Deutschlands eine günstige Wirkung auf die Stellung des Polentums ausüben müsse. So beantragte die polnische Fraktion im August 1866, als sich der preußische Landtag mit der geplanten Bildung des Norddeutschen Bundes befaßte, folgende Adresse an Wilhelm I. zu richten:¹⁰¹⁾

" Dieses von Euer Majestät begonnene große Werk der Neugestaltung Deutschlands auf nationaler Grundlage, womit Preußen die Basis seiner natürlichen Entwicklung beschritten, und die Tatsache, daß Preußen selbst die Nationalität als berechtigtes Staatsprinzip anerkennt, mithin sich auch der Lösung der polnischen Frage nicht wird entziehen können, berechtigt Euer Majestät polnische Untertanen zu der Erwartung der vollen Anerkennung der den Polen gewährleisteten unverjährbaren Rechte. "

101) Stenographischer Bericht des Preußischen Abgeordnetenhauses 1866, Anlage 34.

3. Die Zeit von 1866 bis zur Reichsgründung

War zur Zeit der Nationalversammlung von 1848/1849 der Gedanke eines Staatsnationalismus westeuropäischer Prägung¹⁰²⁾ dominierend, so kann man dies für die deutsche Entwicklung seit 1866 nicht mehr sagen. "Im Bewußtsein der Deutschen wurde seit Königgrätz die Erinnerung an die Zugehörigkeit von Nationalitäten anderer Zunge zum neuen Nationalstaat fast vollständig überwältigt von der eigenen dynamischen Nationsidee." Die polnische Frage im besonderen war aus der "Macht- und Gleichgewichtspolitik des Wiener Kongresses hervorgegangen und schließlich seit der Aufnahme der preußischen Ostprovinzen in den Norddeutschen Bund zu einem Problem der nationalstaatlichen Politik geworden."¹⁰³⁾

Vor dem Forum des Nordeutschen und später des Deutschen Reichstages mehrten sich seit 1867 die Stimmen der Gruppen, die sich gegen ihre Einverleibung in den deutschen Nationalstaat wehren zu müssen glaubten. So wie die Dänen in Nordschleswig ihr Rechtsargument auf den Art. V des Prager Friedens stützten (wonach den Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig in Aussicht gestellt wurde, daß sie, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen), so beriefen sich die Polen auf die Zusagen des

102) so vor allem § 131 der Reichsverfassung von 1849: "Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen des Staates, die das Deutsche Reich bilden"; besonders aber: Art. XIII, § 188, siehe zu Abschnitt G II, 4, S.256 Anm. 26) dieser Arbeit.

103) Schieder, "Das Deutsche Kaiserreich", a.a.O., S. 17 ff.

preußischen Königs von 1815. Auf dem konstituierenden Norddeutschen Reichstag am 18. März verlas der polnische Abgeordnete Kantak (vom Wahlbezirk Inowrazlaw-Mogilno) einen Protest sämtlicher polnischer Vertreter, gegen die Kompetenz des Reichstages, durch einseitigen Beschluß internationale Verträge umzustößen und die ehemals polnischen Landesteile Preußens in den Norddeutschen Bund einzuverleiben¹⁰⁴⁾. Auch diese Erklärung suchte sich auf vertragliche Rechte, nämlich auf die Zusicherungen von 1815 und zugleich auch auf das Nationalitätsprinzip und das Selbstbestimmungsrecht zu stützen, in dessen Wesen es liege, "daß das Volk, welches dieses Prinzip für sich und seine staatliche Entwicklung in Anspruch nimmt, dasselbe Recht anderen Nationalitäten zugestehen muß". Die Polen gehörten dem Preußischen Staat an, trugen als Preußische Staatsbürger seine Lasten, genossen seine Rechte, aber es sei doch niemand eingefallen, sie als Deutsche anzusehen, als Teil des deutschen Volkes. "Was, um Himmels willen, haben wir Gemeinschaftliches, in einem auf nationaler Grundlage gebildeten Bunde, den ein gemeinschaftliches Deutsches Band umschlingen, der gemeinschaftliche Deutsche Interessen vertreten, wahren, pflegen und fortbilden, der einem gemeinschaftlichen Deutschem Ziele entgegengehen soll?"

Im ersten Reichstag des neuen Reiches, am 1. April 1871, wiederholte sich ähnliches, und zwar als die Reichsverfassung beraten wurde und die polnischen Abgeordneten in den 1. Artikel über das Bundesgebiet den einschränkenden Zusatz "mit Ausschluß der unter preußischer Herrschaft stehenden Landesteile" einzubringen verlangten¹⁰⁵⁾.

104) Stenographische Berichte des konstituierenden Norddeutschen Reichstages, 1867, S. 209 ff.

105) Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, 1. April 1871; vgl. auch bei Schieder, Das Deutsche Kaiserreich, a.a.O., S. 19.

Die von dem Abgeordneten Dr. von Zoltowski eingeleitete Debatte weitete sich zu einem großen Streitgespräch über grundsätzliche Fragen des Nationalitätenprinzips und Nationsbegriffs aus. Der polnische Abgeordnete begrüßte zunächst die Rückkehr des Elsaß und Deutsch-Lothringens zum Deutschen Reich als einen Sieg des historischen Rechts und des Nationalitätenprinzips über "faktisch und rechtlich jahrhundertlang bestehende Verhältnisse". Dadurch wurde ausdrücklich die Tatsache bestätigt, "daß der durch die Vorsehung den Völkern aufgedrückte Stempel der Nationalität ein so unvertilgbares Merkmal ist, daß es weder durch Jahrhunderte fremder Herrschaft verjähren noch durch den Willen des einzelnen Menschen selbst verleugnet werden kann". Diese Anerkennung des ethnisch-sprachlichen Nationalitätenprinzips wurde aber zu einer Waffe gegen das staatsnationale Prinzip im Osten, mit dessen Verteidigung Bismarck sofort antwortet; er hält den Polen vor, daß sie "zu keinem andern Staate und zu keinem andern Volke als zu dem der Preußen" gehörten, "zu dem ich mich selbst zähle"¹⁰⁶⁾. Ein solcher Versuch, vom national-deutschen Staatsprinzip in ein anationales preußisches Staatsprinzip auszuweichen, ginge an der Tatsache vorbei, daß es sich eben jetzt um den Eintritt in ein nationalstaatliches Reich handelte. Und der polnische Abgeordnete Krzyzanowski meinte darum: "Wir wollen, meine Herren, bis Gott anders über uns bestimmt hat, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem deutschen Reich wollen wir nicht einverleibt sein"¹⁰⁷⁾. Der polnische Einspruch ist von sämtlichen Parteien im Reichstag zurückgewiesen worden. Auch die Mehrheit der Liberalen zeigte sich durch die Reichsgründung mit Bismarck versöhnt und stellte im Rahmen der Nationalliberalen Partei für die nächsten Jahre die ausschlaggebende parlamentarische Rückendeckung des Kanzlers im Reichstag.

106) Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, 1. April 1871.

107) Ebenda.

Den Schritt vom Preußischen Selbstbewußtsein zu einem deutschen Nationalbewußtsein machten zwar die kleineren Gruppen nichtdeutscher Sprache, wie die Masuren, Kaschuben oder die Preußisch-Litthauer mit, nicht aber die Masse der Polen in Posen, selbst nicht die polnische Landbevölkerung, auf deren Staatstreue Bismarck gerade im Unterschied zu Adel und Klerus so große Erwartungen gesetzt hatte¹⁰⁸⁾.

Auch als Kanzler des neuen deutschen Nationalstaates vertrat Bismarck noch grundsätzlich die Idee der Einschmelzung des Polentums in den preußischen Staat¹⁰⁹⁾. "Dem von den Polen in Anspruch genommenen historischen und ethnisch-sprachlichen Nationalitätsprinzip stellte er den Begriff des preußischen 'Volkes', d. h. der Staatsnation gegenüber. Doch diese Bezugnahme auf den staatlich-politischen Begriff des Preußentums taugte gerade nicht als Argument für die Einbeziehung der preußischen Polen in den deutschen Nationalstaat. Entgegen Bismarcks Erwartungen mußte die Verdeutschung Preußens die Aussicht auf staatspolitische Assimilierung des Polentums verringern. Auch den unpolitischen Schichten des Polentums, die bisher dem preußischen König als Landesherrn loyal ergeben gewesen waren, wurde mit der Eingliederung in den deutschen Nationalstaat ihre andere Nationalität stärker ins Bewußtsein gehoben." Mit Recht weist Broszat darauf hin¹¹⁰⁾, daß die preußischen Polen als Angehörige des Deutschen Reiches "nationale Minderheit" wurden; "erst jetzt verwandelte sich das polnische Problem Preußens primär zur nationalen deutsch-polnischen Frage und geriet vollends in die Gefühlszone völkisch nationaler Gegensätze hinein".

108) Schieder, "Das Deutsche Kaiserreich", a.a.O., S. 21.

109) Broszat, a.a.O., S. 96.

110) Ebenda.

IV. Die polnische Fraktion

1. Entstehung und Tätigkeit

Im Vereinigten Landtag, der seinen Sitz in Berlin hatte, gab es seit 1847 polnische Abgeordnete, die zuerst vergeblich versucht hatten, sich der liberalen oder katholischen Gruppe anzuschließen, bis sie sich danach einen eigenen polnischen Kreis (Kolo polskie) schufen, aus dem dann die "polnische Fraktion" im preußischen Abgeordnetenhaus und später im Reichstag entstand¹¹¹⁾.

In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit kam dieser polnischen Gruppe schon deshalb keine Bedeutung zu, weil sie von ihren Landsleuten selbst wiederholt desavouiert wurden, wobei sich deren Angriffe ungerechter Weise darauf richteten, das Wirken der emigrierten Polen nicht mit der selbständigen Tätigkeit einer polnischen Fraktion in Berlin zu vereinigen, ein Verlangen, das schlechthin unmöglich erscheinen mußte. Als sich dann wie in Posen auf Betreiben der Emigration im Jahre 1848 das polnische "Nationalkomitee" bildete, war dieses nach den staatsrechtlichen Begriffen der Polen die "höchste Gewalt", der sich alle parlamentarischen Aktionen in Berlin und Frankfurt/Main unterzuordnen hatten. Der Vertreter dieses Komitees, in Frankfurt Dr. Niegolewski, legte zum Nachweis seiner Vertretungs- und Handlungsbefugnis folgende "Vollmacht", die zugleich die Ziele des Nationalkomitees veranschaulicht, der Nationalversammlung vor:

111) Bernhard, "Die Polenfrage", a.a.O., S. 75 ff.

" Das polnische Nationalkomitee im Großherzogtum Posen, welches die Initiative ergriffen hat, um das große Werk der Wiederherstellung Posens durch eine militärische und zivile Reorganisation zunächst des Großherzogtums unter dem Schirme und der Oberhoheit Preußens anzubahnen, gestützt auf die Sympathien der deutschen Nation und die Hilfe, welche das freie Deutschland hoffentlich der polnischen Sache angedeihen lassen wird, hat den Dr. iur. Niegolewski aus seiner Mitte delegiert und mit Vollmachten versehen, bei den deutschen Völkern und deutschen Regierungen die polnische Sache zu vertreten usw. - Posen, den 28. März 1848.

Das Nationalkomitee im Großherzogtum Posen.
(Unterschriften): Potworowski, M., Mielzynski, Palacz Jan, Dr. Libelt, Andzejewski, Berwinski, Prusinowski, Slomezewski, W. Stefanski." 112)

Die Tätigkeit der polnischen Fraktion stellte sich, wie schon zuvor durch Beispiele deutlich gemacht wurde, hauptsächlich in schwungvollen Reden dar, eine Selbständigkeit oder Sonderstellung Posens zu konstatieren, wie es vor allem im Sinne der emigrierten Polen war. So wie die polnischen Vertreter bei den Verfassungsberatungen erklärt hatten, daß das Großherzogtum Posen ein Teil des Landes sei, das im Wiener Kongreß vom ehemaligen Herzogtum Warschau abgetrennt und an Preußen angegliedert worden sei, an den Verhandlungen zur Verfassung zwar teilnehme, aber dennoch auf seinen durch die Wiener Schlußakte garantierten Rechten bestehe, ebenso weigerten sich 1850 die polnischen Abgeordneten, die Verfassung zu beschwören, weil in ihr die nationalen Rechte der Polen nicht gewährleistet seien. Die dauernden "Erklärungen", "Forderungen", "Reservationen" und "Proteste" waren auf das Ausland und zumeist auf die in London und Paris herrschende Meinung zugeschnitten. Von allen diesen Äußerungen verdeutlicht die Rede eines polnischen Abgeordneten die

112) abgedruckt bei Bernhard, a.a.O., S. 75 Anm. 1)
gemäß den Drucksachen der deutschen National-
versammlung 1848

Stellung, die die Polen für sich zu beanspruchen glaubten, in besonderer Weise, in der er die Polen eine "europäische Macht" nannte, die sich unter Umständen an die "Slawen" wenden könne, wenn man ihre Forderungen nicht erfülle¹¹³⁾.

Welches "falsche" Bild die ausländischen Polen von den tatsächlichen Machtverhältnissen aufgrund der Tiraden ihrer Vertreter in Berlin erhielten, geht z. B. aus der Zeitschrift "Przeglad Polski", Krakau, aus dem Jahre 1869 hervor¹¹⁴⁾, in der "noch" zu dieser Zeit an "die europäische Rolle", in der die polnische Fraktion während der ersten Jahre so glänzend im preußischen Landtage aufgetreten sei", erinnert wird, also zu einer Zeit, in der die Reden der polnischen Abgeordneten äußerst kühl im Parlament aufgenommen wurden. Weder bei den liberalen Mitgliedern des Landtags noch bei den rheinischen Katholiken fanden die "von der Polenbegeisterung der Straße verwöhnten" polnischen Abgeordneten den erhofften Rückhalt. Gleichzeitig verloren sie aber auch in taktischer Hinsicht als Bundesgenossen der Opposition an Bedeutung, weil sie unzuverlässig waren und bei wichtigen Abstimmungen uneinig wurden. So kompromittierte schon die Adreßdebatte die polnische "Solidarität", indem einer gegen die Adresse, drei aber dafür stimmten und die übrigen sich der Abstimmung enthielten. Mit einem Wort: es fehlte den Polen jegliche parlamentarische Disziplin.

In diesem Zusammenhang und angesichts der "Wahlgeometrie" der preußischen Regierung bei den Neuwahlen im Jahre 1855, die bereits schon geschildert wurde¹¹⁵⁾, aufgrund

113) Bernhard, a.a.O., S. 76.

114) Ebenda.

115) siehe zu Abschnitt G II 8, S. 274 dieser Arbeit.

deren die polnischen Abgeordneten nur noch 5 Köpfe betrug, ist der Bericht des alten polnischen Parlamentariers Henryk Szuman aus dem Jahre 1902 zu den vormaligen Verhältnissen mehr als aufschlußreich¹¹⁶⁾, in der dieser in einem Aufsatz betitelt: "Rys historyczny poczatkow i zawiązku parlamentaryzmu polskiego w Prusiech", die Enttäuschungen schildert, die die Polen in Berlin empfanden. In diesem Aufsatz klagt Szuman über die kühle Haltung der den Polen angeblich nahestehenden Gruppen. Auch die Berliner Zeitungen würden "sogar nicht gegen eine entsprechende Belohnung ihre Spalten einer Diskussion öffnen...", die den polnischen Angelegenheiten nützlich gewesen wäre... Nur auf dem Wege einfacher Inserate erlaubte die damals am meisten gelesene 'Vossische Zeitung' diese Fragen zu berühren, und das neu begründete Blatt von Dr. Oppenheim 'Die Reform' zeigte sich zwar nicht abgeneigt, die betreffenden Artikel aufzunehmen, stellte aber so hohe pekuniäre Forderungen, daß die bescheidenen Summen, die für den Zweck bestimmt waren, auf keinen Fall ausreichen konnten. Außerdem schien die Zweckmäßigkeit dieses Weges zweifelhaft, da die neue Zeitung sich keiner großen Popularität erfreute."

Da die für das Jahr 1855 ausgeschriebenen Wahlen unter dem Zeichen der Reaktion und der orientalischen Frage (Krimkrieg) standen, lag es im Interesse der preußischen Staatsregierung, die "ritterschaftlichen Parteien" zu begünstigen und die russenfeindlichen Elemente auszuschalten. Deshalb strebte die "Wahlgeometrie" der Regierung das Ziel an, die Wahlkreise willkürlich aus Gründen politischer Opportunität zusammenzufassen. Der Art. 3 der provisorischen Verordnung vom 30. Mai 1849¹¹⁷⁾

116) Bernhard, a.a.O., S. 77.

117) GS 1849, S. 212.

berechtigte den damaligen Minister des Innern, von Westphalen, bei neuen Wahlen auch neue Wahlbezirke zu bilden. Am 7. Februar 1856 erklärte der Regierungskommissar Geheimrat Hahn im Abgeordnetenhaus¹¹⁸⁾;

"Die Regierung leugnet es durchaus nicht, daß auch der politische Gesichtspunkt bei der Zusammenlegung für sie obgewaltet hat. Sie hat hierbei vorzugsweise den Zweck verfolgt, daß die öffentliche Meinung nicht durch den verwirrenden Einfluß der Opposition irregeleitet werden könne... Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, da, wo Wahlbezirke in ihrer bisherigen Zusammensetzung oppositionellen Einflüssen unfehlbar unterliegen mußten, eine Änderung dieser Wahlbezirke, soweit es möglich war, herbeizuführen."

In welcher Weise die Regierung ihren Beamtenapparat aufbot, um diesen komplizierten Wahlmechanismus zweckentsprechend funktionieren zu lassen, geht aus der weiteren Erklärung des Regierungskommissars Hahn hervor, in der klar ausgesprochen wird, daß die Regierung die Landräte aufgefordert habe, in ihren Kreisen sowohl bei den Urwahlen als auch bei den Abgeordnetenwahlen offen und entschieden sich als Mittelpunkt der konservativen Partei neben den anderweitigen konservativen Autoritäten ihrer Kreise zu "gerieren". Und es heißt dann wörtlich weiter: "Ich nehme kein Bedenken, hinzuzufügen, daß der naturgemäße Einfluß der Landräte vorzugsweise in denjenigen Landesteilen in Anspruch genommen werden mußte und in Anspruch genommen worden ist, wo konfessionelle oder nationale Parteien in kompakter Weise vom ersten Augenblick an der Regierung gegenüberstanden."

118) Bernhard, a.a.O., S. 78.

Auf diese Weise gelang es, die polnische Fraktion im Jahre 1855 fast zu vernichten. Von den zuvor 11 bis 15 Abgeordneten waren es von 1855 bis 1858 nur noch 5, die im Abgeordnetenhaus parlamentarisch überhaupt nicht in Betracht kamen. Um so mehr mußte es verwundern, daß die polnische Vertretung schon bei den nächsten Wahlen im Jahre 1859 wieder zu ihrer gewöhnlichen Stärke im Abgeordnetenhaus zurückkehrte.

Als dazu in der Konfliktzeit die konservative Majorität, von allen liberalen Kräften bekämpft, völlig verschwand und die polnische Fraktion infolgedessen auf 26 Fraktionsmitglieder aufstieg, mußte dies als ein großer Sieg gewertet werden. Plötzlich schien die polnische Fraktion etwas zu gelten und zum erstenmal ernst genommen zu werden. Als die polnischen Emigrationskomitees 1864 abdankten und die Polen in Preußen sich nach einer neuen Führung umsahen, war dies die Fraktion in Berlin. Hatte die Emigration das Ziel, den Polen die staatliche Selbständigkeit zu erringen, glücklos verfolgt, so hatte die polnische Fraktion jetzt die leichtere Aufgabe, "die Requisiten der staatlichen Existenz zu erhalten und zu entwickeln"¹¹⁹⁾.

2. Die westpreußische Polenvertretung

Was die politische Vertretung des westpreußischen Polentums betrifft, so standen diesem anfänglich, d. h. im Mai 1848, noch keine publizistischen Organe zur Verfügung, so daß der Wahlausgang weitgehend vom Einfluß katholischer Geistlicher abhing¹²⁰⁾. Die speziellen Interessen und Forderungen des westpreußischen Polentums wurden erstmalig im Frühjahr 1848 in einer breiteren Öffent-

119) Bernhard, a.a.O., S. 80.

120) Vgl. Böhning, a.a.O., S. 126/127.

lichkeit diskutiert und vorgetragen, nachdem schon das Provisorische Nationalkomitee im Zusammenhang mit den für das Großherzogtum erwarteten Maßnahmen einen Plan zur Reorganisation weiterer Teile der Provinz entworfen hatte. Die auch in Westpreußen erhobenen Ansprüche auf Wiederherstellung der polnischen Selbständigkeit und demgemäß Unabhängigkeit beschränkten sich verständlicherweise unter Berufung auf die Wiener Verträge nur auf diejenigen Teile der Provinz, die dem Großherzogtum Warschau angehört hatten¹²¹⁾. Daneben wurden die nationalen Interessen wie die Forderung nach Gleichberechtigung der polnischen Sprache in Schule, Gerichtswesen und Verwaltung neben der nach sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung miteinbezogen.

Zur Frage des Verhältnisses der Provinz Posen zur Provinz Westpreußen muß man davon ausgehen, daß man von seiten der preußischen Staatsregierung darauf bedacht war, den Rechtsstatus beider Provinzen deutlich voneinander zu unterscheiden. Selbst die Posener polnischen Delegierten ließen sich von solchen Vorstellungen leiten. Aber wenn auch die Vertreter beider Provinzen zu geschlossener parlamentarischer Aktion aufgetreten wären, wäre dies angesichts ihrer geringen Zahl aussichtslos gewesen. Da sich zudem die deutschen Liberalen, wie es in der Paulskirche offenbar wurde, mit großer Mehrheit dem nationalen Lager zugewandt hatten, konnte für eine Zusammenarbeit in der preußischen Konstituante nur noch die demokratische Linke in Betracht zu ziehen sein¹²²⁾. Diesem Zweckbündnis mußte man polnischerseits sowohl die Allgewalt der Verteidigung der Nation als auch die Sicherung der nationalen Rechte bei-

121) In der Zeitung "Szkółka Narodowa" Nr. 2/1848; Nr. 4/1848; Nr. 5/1848 (in letzterer ein Artikel von Ignacy Łyskowski mit dem Titel "Westpreußen war von jeher polnisches Land) wird dieses Thema immer wieder aufgegriffen.

122) Vgl. Hallgarten, a.a.O.

messen, und man sah, wie die "Szkółka Narodowa" im September 1848 schrieb, in den Demokraten "die Freunde der Polen", die "eine Wiederkehr des polnischen Staates" wollen¹²³⁾. Und noch einseitiger formulierte es die Zeitschrift "Biedaczek"¹²⁴⁾, wo es heißt: "Die Deutschen, die es mit den Polen halten, nennen sich Demokraten. Das Wort Demokrat ist also heilig." Von den westpreußischen Abgeordneten agierten z. B. zwei von ihnen auf der äußersten Linken, und andere zwei tendierten mehr zur katholischen Fraktion.

Für das westpreußische Polentum hatten dank des Einflusses der 1848 ins Leben gerufenen "Liga Polska" - auf die im weiteren Verlauf noch eingegangen wird - die Wahlen zur ersten Legislative im Januar 1849 ein besonders günstiges Ergebnis. Nachdem auch in der "Szkółka Narodowa" auf die Bevölkerung intensiv eingewirkt worden war, ist das Ergebnis mit 7 polnischen Vertretern bei insgesamt 22 Abgeordneten danach in keiner preußischen Parlamentswahl wieder erreicht worden. Diese 7 Vertreter setzten sich aus 4 Geistlichen und 3 Gutsbesitzern zusammen. Wenn sich das Wahlergebnis nach Auflösung des Frühjahrsparlaments bei den Wahlen zur zweiten Legislative insoweit verschlechterte, so daß nur noch 3 Vertreter polnischer Interessen gewählt wurden, so ist neben anderen Faktoren hieran hauptsächlich das inzwischen eingeführte Dreiklassenwahlrecht schuld gewesen.

Hatte sich schon in der ersten Legislative eine zunehmende Entfernung der polnischen Abgeordneten von den deutschen Demokraten bemerkbar gemacht, indem die ersten bei wichtigen Sitzungen oder Abstimmungen fehlten

123) Szkółka Narodowa Nr. 10/1848.

124) Biedaczek, Nr. 7/1849.

- oder gar die Rechte unterstützten (es mehrten sich auch die Stimmen, die einen engeren Zusammenschluß zu einer polnischen Fraktion forderten¹²⁵⁾ -, so fand diese Dissonanz in der Verfassungsfrage ihren stärksten Ausdruck. Während die Posener Abgeordneten sich weigerten, der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850 ihre Zustimmung zu geben, weil die nationalen Rechte der Polen unberücksichtigt geblieben waren, und geschlossen ihre Mandate niederlegten, leisteten die drei westpreußischen Deputierten am 6. Februar 1850 den Eid auf die Verfassung und begründeten gleichzeitig ihren Schritt mit einer besonderen Erklärung¹²⁶⁾. Drei Legislaturperioden hindurch wurde das westpreußische Polentum nur von einem oder zwei Abgeordneten vertreten. Erst 1861 machte sich infolge der allgemeinen Liberalisierung der polnischen Verhältnisse ein leichter Aufschwung bemerkbar, zumal Westpreußen für die Gesamtheit des preußischen Polentums gleichzeitig an Bedeutung gewann, als deren politische Führer früher als die Posener Polen erkannt haben, daß "ihre Form der organischen Arbeit" und das von ihnen geschaffene gesellschaftlich-nationale System nur durch Integration der gesamten polnischen Bevölkerung im preußischen Anteil verwirklicht werden konnten¹²⁷⁾. So gelang es 1863 noch einmal, sechs Deputierte nach Berlin zu entsenden. Dennoch zeigte sich in der Reaktionszeit zwischen 1850 und 1858 in besonderer Schärfe, wie die zunehmende Distanzierung der polnischen Abgeordneten von der demokratischen Linken einerseits und der unüberbrückbare nationalpolitische Gegensatz zu den Liberalen und Konservativen andererseits, obwohl man deren Klasseninteresse letztlich teilte, jede parlamentarische Aktion der polnischen Fraktion zur Aussichtslosigkeit verurteilte.

125) Grot, a.a.O., S. 215 ff.

126) Ebenda, S. 276 ff.

127) Böhning, a.a.O., S. 260 ff.

3. Die Bedeutung der Fraktion

Die Frage, die sich bei einer solchen Konstellation der polnischen Fraktion insgesamt wegen ihrer Bedeutung stellt, muß vornehmlich mit dem Hinweis beantwortet werden, daß sie in den drei Jahrzehnten von 1864 bis 1893 (wenn hier der dieser Darstellung gesteckte Rahmen einmal ausgedehnt werden darf) als höchste Instanz des preußischen Polentums fungiert hat und ihre Mitglieder über ihre Volksgenossen eine wirkliche Macht ausgeübt haben¹²⁸⁾.

Diese Position der polnischen Fraktion ist nur deshalb zu verstehen, weil sie anders wie etwa die konservative oder nationalliberale Fraktion für die Deutschen von ihren Landsleuten bewertet wird. So wie das "Deutschtum" und die deutsche Nationalität nicht in einer einzelnen Fraktion ihren Ausdruck finden, so manifestiert sich dagegen das Polentum in seiner "polnischen Fraktion". "Die polnische Fraktion trägt daher", mag sie auch noch so klein sein, "einen universalen Charakter". Keine deutsche Partei, so groß sie sein mag, kann auf eine ähnliche Universalität innerhalb des Deutschtums Anspruch erheben. Diese Universalität der polnischen Fraktion für die Polen bedeutete selbst dann viel, wenn ihre parlamentarischen Leistungen nur geringfügig waren. Wie es Bernhard in anschaulichster und treffendster Weise gezeichnet und geschildert hat, war "die Fraktion das einzige, unantastbare Vermittlungsorgan zwischen den polnischen Schmerzen oder Forderungen und der Öffentlichkeit. Sie ist das einzige offizielle, durch die Immunität geschützte Institut für polnische Angele-

128) Bernhard, a.a.O., S. 81 ff.

genheiten, und ihre Hauptaufgabe besteht darin, die preußische Polenpolitik dauernd mit einem öffentlichen Kommentar zu begleiten".

So hat die polnische Fraktion auch mehrfach nicht nur die im einzelnen aufgeführte Gesetzgebung¹²⁹⁾ in dem einen oder anderen Fall -, sondern mehr noch Ministerialverfügungen und Maßregeln der ausführenden Behörden kontrolliert und kritisiert. Wie bei der weiteren Darstellung der Beschränkung polnischer Vereinstätigkeit, der Pressefreiheit -, vor allem aber der schulischen und kirchlichen Maßnahmen aufzuzeigen sein wird, ist manche offensichtliche Benachteiligung der polnischen Untertanen und ihrer Einrichtungen und manches zwischen ihnen aufgetretene Mißverständnis durch das Dazwischentreten der Fraktion verhindert oder gemildert worden. Man darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, daß die zum Teil verwandtschaftlichen und vielfach freundschaftlichen Beziehungen zwischen einigen Mitgliedern der polnischen Fraktion und einflußreichen Personen am Berliner Hof und der Berliner Gesellschaft bestanden, wodurch das Ansehen der Fraktion von den polnischen Landsleuten besonders hoch geschätzt wurde. Ferner war es ein stetes Bemühen der Polen, einen Teil der deutschen Presse zur Vertreterin oder Fürsprecherin polnischer Forderungen zu machen.

Wenn auch die polnische Fraktion als "Zünglein an der Waage" im Reichstag einige glückliche Jahre erlebt hat, so mußte sie jedoch diese kurze Macht bald mit vermehrten Repressalien büßen, da die deutschen Parteien eine ausschlaggebende Stellung der polnischen Fraktion

129) Vgl. zu Abschnitt B 2 b, S. 71 ff. dieser Arbeit.

nicht duldeten. Anders war es nur, wenn sich die Möglichkeit ergab, sich einer brennenden politischen Frage und einer diese Frage im eigenen Interesse vertretenden starken Partei anzuschließen. Solche Situation ergab sich beispielsweise 1864, als die Fraktion zugleich die Führung des Polentums übernahm und der zu parlamentarischer Macht gelangte Liberalismus Polenpolitik und Schulpolitik identifizierte, so daß das liberale Schlagwort lautete: "Wer die Schule hat, hat die Jugend. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft."¹³⁰⁾ Mit diesem Wort, in gleicher Weise gegen den Ultramontanismus wie gegen das Polentum gerichtet, sollte die "germanische Volksschule die Macht der klerikalischen Gewalten brechen"; mit anderen Worten: "Die deutsche Schule soll den Osten germanisieren." Dabei soll einmal der Lehrer als Vertreter der weltlichen Bildung dem Vertreter der katholischen Kirche und zum anderen als Träger deutscher Bildung dem Vertreter des Polentums gegenüberstehen.

130) Bernhard, a.a.O., S. 82.

V Sprach- und Schulpolitik

1. Grundsätzliches zur Sprachpolitik

Der preußische Statistiker Richard Böckh veröffentlichte im Jahre 1869 eine dem Andenken Ernst Moritz Arndts zu dessen hundertjährigem Geburtstag (26. November 1869) gewidmete Schrift über "Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet", deren Vorwort ein spätes Zeugnis der Herderschen Volksgeistlehre ist, die Böckh als Lehre von der Sprache begriffen wissen will¹³¹⁾.

Sprache ist ihm unmittelbarer Ausdruck des Volksgeistes, Zeichen der gemeinsamen geistigen Grundform der gesellschaftlichen Einheit "Volk", der "Gemeinschaft des Logos". Unterdrückung oder gar Ausrottung der Sprache kommt dann der "Entgeistung der Bevölkerung" gleich und ist "Sünde wider den Urgeist des Nationalitätsprinzips". Die würdige Aufgabe der deutschen Nation ist es aber, dem Nationalitätsprinzip Geltung zu verschaffen, zugunsten des eigenen Volkes, wie auch zugunsten aller Völker, welche unter dem Druck fremden Sprachzwangs leiden und welche die Verwirklichung des Nationalitätsprinzips von diesem Druck erlösen kann. "Die Anerkennung der Nationalität ... ist die Forderung, in welcher das Nationalitätsprinzip seinen vollberechtigten Ausdruck findet. Deutsche Sprache als Geschäfts- und Gerichtssprache in allen deutschen Wohnsitzen, deutscher Gottesdienst in den Gemeinden deutscher Nation, deutsche Volksschulen für die Kinder deutscher Eltern und die Geltung des deutschen Geistes an den höheren Bildungsanstalten der Deutschen, das sind die Forderungen

131) Böckh, a.a.O., Einleitung.

welche die deutsche Nation im Namen des Nationalitätsprinzips als ihr volles Recht in Anspruch zu nehmen hat ... Bei der Geltendmachung des Nationalitätsprinzips in diesem Sinne, im Sinne der Gleichberechtigung jedes nationalen Geistes, würde die deutsche Nation nicht vereinzelt stehen; ihre südlichen und nördlichen Nachbarn, in der Culturentwicklung den Deutschen nicht unähnlich, würden sich diesen Bestrebungen um so bereitwilliger anschließen, je eher ihnen gegenüber die deutsche Nation selbst das Nationalitätsprinzip in gerechter Handhabung zur Anwendung brächte. Es würde damit der Grund zu einer Völkerverbrüderung gelegt sein, welche geeignet wäre, eine der geistigen Natur des Menschen entsprechende Ordnung und mit ihr eine Zeit des Völkerfriedens herbeizuführen.¹³²⁾ Wenn Böckh damit auch zu dem humanitären Idealismus des frühen Liberalismus zurückzukehren scheint, so sind doch die politischen und kulturellen Erfahrungen des vorausgehenden Menschenalters nicht ohne Wirkung auf ihn geblieben. Er erkennt, wie Schieder es formuliert hat¹³³⁾, "die Unmöglichkeit, die Staaten nach der angestammten Volkssprache abzugrenzen und schließt eben daraus, daß die Anerkennung des Nationalitätsprinzips etwas anderes erfordere, nämlich die Verpflichtung, "daß nicht derjenige, welcher einem Staatsverbande nicht angehört, der seine Sprache als Staatssprache betrachtet, damit für geistig rechtlos erklärt sei".

Aus einer solchen Erkenntnis erwachsen Konsequenzen nicht nur für die völkerrechtlichen Beziehungen der Staaten, sondern auch für die staatsrechtliche Behandlung der Nationalitäten. Indem auch Böckh davon ausgeht, sieht er "das nationale Recht der Polen in die Gewissens-treue einer deutschen Regierung gestellt". Dabei ist für ihn von größerer Bedeutung für die nationalitäten-

132) Böckh, a.a.O., S. 18.

133) Vgl. Schieder, Das Deutsche Kaiserreich, a.a.O., S. 27/28.

politische Entwicklung in Preußen-Deutschland die von ihm (Böckh) entwickelte Unterscheidung zwischen Volkssprache und Staatssprache in der innerstaatlichen Politik ¹³⁴⁾. Böckh bezeichnet die Volkssprache als die Sprache, "deren sich die zusammenlebenden Menschen im engsten Kreise der Familie und im weiteren Kreise des örtlichen und landschaftlichen Verkehrs zu ihrer Verständigung bedienen; sie ist das ihrem gemeinsamen Verstandnisse entsprechende, ihr geistiges Gemeingut". Sind Staaten aus verschiedenen Nationalgebieten zusammengesetzt, so werde in jedem dieser Nationalgebiete die Sprache des Volkes auch als Landessprache anerkannt werden müssen. "Der höheren Geltung einer Staatssprache bedarf es nur für diejenigen Angelegenheiten, welche gemeinsam und ihrem Wesen nach innerhalb eines Staates örtlich nicht teilbar sind; mit anderen Worten, die Staatssprache kann nur den Vorzug beanspruchen, die erste unter gleichen zu sein, also da als die maßgebende betrachtet zu werden, wo im Zusammentreffen mehrerer Sprachen einer die entscheidende Geltung zuerkannt werden muß." ¹³⁵⁾

2. Die Sprache als Konfliktgrund

In welcher Weise sich Gedankengänge wie die Böckhs einer praktikablen Handhabung des Nationalitätenprinzips, wenn auch nicht im Sinne Böckhs, auszuwirken vermochten, beweist die im Jahre 1861 in Posen von dem Probst Prusinowski, dem Redakteur des offiziellen erzbischöflichen Organs des "Tygodnik katolicki", verfaßte Broschüre, betitelt: "Język polski w wielkim Xięstwie P. w obec prawa prukiego (Die polnische Sprache im

¹³⁴⁾ Böckh, a.a.O., S. 14.

¹³⁵⁾ Ebenda.

Großherzogtum Posen gegenüber dem preußischen Recht)"¹³⁶⁾. Sie bildete eine offene Kampfansage an die Regierung auf dem Gebiete des Sprachen- und auch Kirchenwesens. Unter Berufung auf die Wiener Traktate und den "Zuruf" Friedrich Wilhelms III., auf göttliches und menschliches Recht, wird die polnische Volksgemeinschaft ermahnt, n u r ihre Muttersprache den Behörden gegenüber zu gebrauchen und "alle Saumseligen als Ausgeartete zu brandmarken". Mit zynischer Offenheit deckt Probst Prusinowski zugleich die Ziele des Klerus auf, indem er die Behauptung aufstellt, daß das Volk unter Mißbrauch des geistlichen Amtes in den bisher vom Adel geführten Kleinkrieg wegen der Sprache hineingehetzt würde.

Bismarck, der in seinen "Gedanken und Erinnerungen" den 2. Abschnitt des Kapitels "Kulturkampf" mit den Worten einleitet: "Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite"¹³⁷⁾, hatte schon in den sechziger Jahren¹³⁸⁾ mit Sorge den Rückgang der deutschen Sprache und die Polonisierung deutscher katholischer Dörfer¹³⁹⁾ nicht nur in der Provinz Posen, sondern auch in Westpreußen und Oberschlesien¹⁴⁰⁾ beobachtet und im weiteren Verfolg am 8. Juli 1871 das Ministerium der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium, das seinerzeit mit der Kabinettsordre vom 12. Februar 1841 eingerichtet worden war¹⁴¹⁾, aufgelöst¹⁴²⁾; dieses hatte, seiner Ansicht

136) Vgl. Laubert, a.a.O., Auflage 1920, S. 111/112.

137) Bismarck, a.a.O., Auflage 1919, S. 154; derselbe, Gesammelte Werke, a.a.O., Bd. XV, S. 333; vgl. auch seine Rede in Jena am 31. 7. 1892, Bd. XIII, S. 471 ff.

138) Rothfels, Bismarck und der Osten, a.a.O., S. 51.

139) Bismarck, Gesammelte Werke, a.a.O., Bd. VI c, S. 52.

140) Ebenda, Bd. VI b, S. 291.

141) Friedberg, a.a.O., S. 349; vgl. auch Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II (1960), S. 263 Anm. f).

142) Frauendienst, Preußisches Staatsbewußtsein, a.a.O., S. 342.

nach, vielleicht im absoluten, nicht aber im konstitutionellen Staat, in dem die Religionsgesellschaften durch die Verfassung geschützt werden¹⁴³⁾, seinen Sinn gehabt.

Im Rahmen der Aufgabenstellung, die das preußisch-polnische Verhältnis nur bis zur Reichsgründung verfolgt, kann deshalb hier für eine der Hauptanliegen der preußischen Polenpolitik nach 1871 nur festgestellt sein, daß diese vornehmlich in dem Versuch bestand, das Polentum in beiden Provinzen durch möglichst weitgehende Ausschaltung der polnischen Sprache aus Verwaltung, Gericht und Schule zu schwächen¹⁴⁴⁾.

143) Bismarck, Gesammelte Werke, a.a.O., Bd. XI, S. 225 ff. (Rede vom 30. 1. 1872); vgl. auch Bd. XV, S. 334.

144) In der Provinz Posen wurde die Ausschaltung des Polnischen aus dem Schulunterricht durch einen Erlaß des Oberpräsidenten Günther vom 27. Oktober 1873 in die Wege geleitet, und in Westpreußen erging in demselben Jahr ein entsprechender Erlaß. Die wesentlichen Bestimmungen des Güntherschen Erlasses "Über den Sprachunterricht in den von den Kindern polnischer Zunge besuchten Volksschulen der Provinz Posen" lauten wie folgt:

" I. In allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme der Religion und des Kirchengesanges, ist die Unterrichtssprache die Deutsche. Das Polnische darf nur in so weit zu Hilfe genommen werden, als zum Verständnis der Lehrgegenstände unerläßlich ist.

II. Der Unterricht in der Religion und im Kirchengesange wird den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache erteilt. Wenn dieselben jedoch in der Kenntnis der deutschen Sprache so weit vorgeschritten sind, daß sie ein richtiges Verständnis auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, so ist letztere mit Genehmigung der Regierung auch in diesen Gegenständen auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen.

III. ...

IV. Das Polnische bleibt Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Zunge; doch kann die Regierung in geeigneten Fällen das Gegenteil bestimmen."

Vgl. das Zitat bei Hahn, a.a.O., S. 14.

a) Die Verhältnisse in der Provinz Posen

Den Zeitraum der hier anstehenden Untersuchungen, die Zeitspanne von 1815 bis 1871, hat Józef Buzek¹⁴⁵⁾ als eine Periode einer verhältnismäßigen sprachlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Polen bezeichnet und gesagt:

" 'Owczesna opinia publiczna w Prusiech i w Niemczech nie zezwoliłaby na cofnięcie tego względnego równouprawnienia językowego i obywatelskiego, jakie Polacy na podstawie dawniejszych ustaw i rozporządzeń królewskich posiadali (Die damalige öffentliche Meinung in Preußen und Deutschland hätte nie zugelassen, daß man die verhältnismäßige sprachliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung, welche die Polen aufgrund früherer königlicher Gesetze und Verordnungen erhalten haben, jetzt rückgängig macht). "

Die Provinz Posen (das ehemalige Großherzogtum gleichen Namens) nahm, wie bereits im einzelnen dargestellt wurde, anfangs sogar eine Art Sonderstellung im preußischen Staat ein, als sie von 1815 bis 1830 den Statthalter, Fürst Antoni Radziwiłł, besaß, nach dessen Rücktritt das Amt als Folge des Aufstandes von 1830 allerdings nicht mehr besetzt wurde. Was die Verwaltung der Provinz betraf, nahm die polnische Bevölkerung über den Provinziallandtag und die Kreistage sowie über die städtischen Selbstverwaltungskörperschaften ständigen Einfluß. Darüber hinaus gab es polnische Landräte, polnische Bürgermeister usw.

145) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 125/126.

Inwieweit die Polen Gleichberechtigung besaßen, war - wie bereits dargestellt wurde - am besten am Recht der polnischen Sprache in Verwaltung, bei Gericht und in der Schule festzustellen. Es soll aber an dieser Stelle nochmals betont werden, daß für die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden der Provinz Posen das Prinzip der Doppelsprachigkeit anerkannt war, so wie auch die Amtsblätter der Regierungen in Posen und Bromberg, desgleichen die Verordnungen der Behörden doppelsprachig erschienen. Diese Ordnung hat mehr oder weniger für den ganzen Zeitraum der hier anzustellenden Untersuchungen und darüber hinaus bis zum Jahre 1876 bestanden. Erst dann ist das Polnische als Amtssprache sowohl in der Verwaltung als auch bei Gericht abgeschafft worden. Wie es im einzelnen mit den Sprachkenntnissen bei den behördlichen Stellen aussah, ist aus einer im Jahre 1829 im Auftrag des seinerzeitigen Marschalls des Provinziallandtags der Provinz Posen, Sułkowski, erstellten Statistik¹⁴⁶⁾ zu ersehen, wonach kein "Oberrat" beider Regierungsbezirke (Posen und Bromberg) die polnische Sprache beherrschte; von den 20 "Räten" waren 3 Polen, 4 Deutsche, die polnisch verstanden und weitere 13, die der polnischen Sprache überhaupt nicht kundig waren. Von den 10 Assessoren waren zwei: Polen, zwei: polnisch sprechende Deutsche und weitere sechs konnten kein Polnisch. Und "dieser Zustand bedrohte (!) mit gewaltigen Komplikationen auch die Zukunft". Nach den Angaben aus den Akten des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ergeben sich für das Erhebungsjahr 1871¹⁴⁷⁾ für die in der Provinz Posen deutsch und polnisch-sprechende Gesamtbevölkerung folgende Anteilszahlen: bei einer Gesamtbevölkerung von 1.583.843 waren deutsch-

146) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 46.

147) DZA, Rep 87 B, Nr. 9489; zitiert auch bei Broszat, a.a.O., S. 109.

sprachig: 678.236 und polnischsprechend: 905.607¹⁴⁸⁾.

Nicht nur im Verwaltungs- und Gerichtswesen ist vor 1871 die polnische Sprache zu ihrem Recht gekommen; dies galt vielmehr auch für das Schulwesen. Der bei Behandlung der Schulsprache angeführte Erlaß des preußischen Kultusministeriums vom Dezember 1822 legte das Recht der polnischen Kinder auf Unterrichtung in ihrer Muttersprache fest, wobei der preußische Staat sich damit begnügte, daß die Kinder in den polnischen Schulen gleichzeitig auch Fertigkeit im Gebrauch der deutschen Sprache erlangten. An diese Prinzipien hielt sich auch die zuvor behandelte Instruktion des preußischen Innenministers vom 24. Mai 1842, welche die Frage der Unterrichtssprache in den Posener Schulen regelte. Auch insoweit hat das Polnische im wesentlichen die ihm in dieser Instruktion zuerkannte Stellung bis zum Beginn der siebziger Jahre behaupten können.

148) Konfessionsstatistisch ergaben sich für das Zähljahr 1858 an Gesamtbevölkerung:

1.403.628, davon:	
evangelisch	454.399
katholisch	876.714
jüdisch bzw. andere Kon-	
fession	73.970.

In der obigen Sprachenstatistik ist bei der Zahl der deutschsprachigen Einwohner die überwiegende Mehrzahl der Juden enthalten.

b) Die Verhältnisse in der Gesamtprovinz Westpreußen

In Westpreußen, dessen Bevölkerung - wie dargestellt - zu zwei Dritteln deutsch war, hatte die polnische Sprache nicht die Berücksichtigung wie in Posen erfahren. Schon nach der Eingliederung Westpreußens in den preussischen Staat bei der ersten Teilung Polens 1772 ist das Deutsche zur allgemeinen Amtssprache in der Verwaltung und im Gerichtswesen geworden. Diese Regelung blieb auch nach 1815 bestehen, so daß es eine eigentliche Sprachenfrage wie in der Nachbarprovinz hier nicht gab¹⁴⁹⁾. Hier handelte es sich vielmehr um eine volks-erzieherische Aufgabe, die nicht wie in Posen in der Auseinandersetzung und Abwehr entgegenstehender national-polnischer Strömungen zu lösen war. "Es ging im wesentlichen darum, die beste Methode ausfindig zu machen, um das Land endgültig mit dem übrigen Staate zu verschmelzen", so daß sich die Sprachenpolitik vornehmlich im Rahmen von Schule und Kirche vollzog, worauf in einem späteren Abschnitt noch eingegangen werden soll.

c) Die Verhältnisse im kaschubischen Raum

Für den westpreussischen Raum bedarf die "kaschubische Frage" deshalb gesonderter Erwähnung, weil es als "besonders verhängnisvoll" - wie es Hahn formuliert hat¹⁵⁰⁾ - erscheinen muß, daß diese Frage "nicht erkannt" wurde. Der bei Erörterung der Geschichte der Kaschuben genannte Christoph Coelestin Mrongovius (1764

149) Vgl. Hahn, a.a.O., S. 5 ff.

150) Ebenda, S. 7.

bis 1855) und die in Leipzig erschienenen "Slawischen Jahrbücher" hatten die Kaschuben für Polen erklärt, und der damalige preußische Kultusminister Eichhorn hielt ihre Sprache für ein "unmögliches Gemisch von Polnisch, Schwedisch und Deutsch, das nur die Unkultur unter ihnen aufrecht zu erhalten geeignet" sei. Weil Eichhorn den bodenständigen Charakter der kaschubischen nicht erkannte, hatte er (so Hahn) auch nichts gegen die Einführung des polnischen Religionsunterrichts bei ihnen einzuwenden. Der Provinziallandtag des Jahres 1843 beging - wie zuvor schon der Ministerialerlaß des preußischen Kultusministeriums vom 23. Februar 1843, der die Unterrichtssprache für die westpreußischen Volksschulen behandelte¹⁵¹⁾, und zu dem der "wunderliche" Mrongovius in einer Eingabe an den Kultusminister Eichhorn den Anstoß gegeben hatte - den gleichen Fehler, der kaschubischen Sprache jeden eigenen Wert abzusprechen. Im Gegensatz zu Eichhorn entschied sich der Provinziallandtag aber für das Deutsche, "das den Kaschuben nicht unverständlicher sei als das Polnische". Es wurde darauf hingewiesen, daß die ministerielle Verfügung geradezu den Interessen des Staates widerspreche und "die Früchte einer jahrelangen Anstrengung der Provinzialbehörden zunichte" mache. Der Einspruch fand keinerlei Gehör. Obwohl die analogen Verhältnisse im masurischen und oberschlesischen Gebiet den maßgebenden Stellen die Augen für die Bedeutung dieses Problems hätten öffnen müssen, kannte noch 1858 die amtliche preußische Statistik in Westpreußen keine Kaschuben, sondern zählte lediglich im Regierungsbezirk Köslin 3.800 kaschubisch sprechende Personen¹⁵²⁾.

151) Im einzelnen war folgende Regelung getroffen worden: Grundsätzlich ist die Unterrichtssprache deutsch; den polnischen Kindern muß aber die Unterweisung in Religion und Kirchengesang in der Muttersprache erteilt werden. In Schulen mit polnischen Kindern soll beim Leseunterricht deren Muttersprache berücksichtigt werden.

152) Siehe Zeitschrift des Kgl. preußischen Statistischen Bureaus, Jg. 1 (1861), S. 39.

3. Der Sprachkonflikt und seine Entwicklung

a) Die Situation im allgemeinen und auf schulischem Gebiet im besonderen

Der eigentliche Sprachenkampf als Konfliktsituation hat sich im eigentlichen erst im Zuge der verschärften Auseinandersetzungen in Posen und Westpreußen seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts ergeben, als er sich auf weite Lebensgebiete ausdehnte und man deutscherseits versuchte, den Gebrauch der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit auch außerhalb der Schulen und Behörden einzuschränken. Am einschneidendsten war, was für diese Untersuchung nur nebenbei erwähnt sein soll, das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908, das die Polen zwang, sich in ihren Versammlungen nur der deutschen Sprache zu bedienen¹⁵³⁾.

Immerhin zeigte sich der Konfliktstoff aber seit Beginn des 19. Jahrhunderts in mancherlei Hinsicht. Hatte z. B. eine Verordnung der königlichen Regierung von Ostpreußen vom 31. August 1811 noch nichts weiter verlangt, als daß die Kinder deutscher Eltern in deutscher Sprache informiert werden sollten, die polnischen Kinder jedoch nur dann, wenn sie dazu Neigung hätten oder ihre Eltern dies beehrten. In ähnlicher Weise verlangte auch die Resolution der königlichen Regierung zu Königsberg vom 11. Februar 1830 noch nichts weiter, als daß in jeder Schule wenigstens eine, wo es angehe zwei oder mehrere Stunden dazu verwendet würden, um die Schüler "mit dem Deutschen bekannt zu machen". Schon ganz anders lautete

¹⁵³⁾ Ausgenommen waren von dieser Bestimmung nur die Kreise mit mehr als 60 v. H. polnischer Bevölkerung.

die am 22. Mai 1832, also nach dem polnischen Aufstand und ohne Zweifel unter Einwirkung dieser Ereignisse, und von derselben Behörde erlassene Verordnung. Danach sollten in den polnischen Schulen mindestens 8 Stunden wöchentlich der deutschen Sprache gewidmet sein¹⁵⁴⁾. Am weitesten ging die königliche Regierung zu Gumbinnen mit ihrer Instruktion vom 25. Juni 1834, in der es heißt: "Alle Schulkinder ohne Ausnahme und ohne Rücksicht darauf, welche Sprache sie zu Hause hören und sprechen, müssen Unterricht in deutscher Sprache und im deutschen Sprechen erhalten, und zwar sollen in Schulen von einer Klasse in der untersten Abtheilung mindestens 12, in der mittleren mindestens 8, in der oberen (wo dann der synthetische grammatische Unterricht seine Stelle findet) mindestens 6 Stunden wöchentlich auf diesen Gegenstand regelmäßig verwendet werden."¹⁵⁵⁾

In den zwanziger Jahren hatte der Kultusminister von Altenstein wiederholt die Forderung gestellt, die dann später in der bereits genannten Instruktion vom 24. Mai 1842 zum Ausdruck gekommen ist, wonach die Kinder polnischer Eltern lernen sollten, die deutsche Sprache zu verstehen und sich in ihr verständlich zu machen, eine Forderung übrigens, die weder vor noch nach 1848 erfüllt worden ist¹⁵⁶⁾. Statt vieler sei hier ein Bericht des Provinzialschulrates Dr. Brettner aus dem Jahre 1858 wiedergegeben, der ein eindrucksvolles Bild von dem damaligen Zeitgeschehen vermittelt. Dort heißt es:¹⁵⁷⁾

154) Die genannten Verfügungen finden sich bei Gisevius, a.a.O., S. 145 ff., 151, 155.

155) Zitiert bei Noah, a.a.O., Anhang zu XXII, S. 201 ff.

156) Vgl. hierzu Baske, a.a.O., S. 160.

157) Bericht vom 10. 6. 1958; DZA Rep 76 VII neu Sekt. B I Posen Teil I Nr. 1, Vol. III, S. 344 - 348; siehe auch bei Baske, a.a.O., Quellenanhang S. 245 - 346.

" In den polnischen Schulen wird vorschriftsmäßig die deutsche Sprache gelehrt, aber die Erfolge sind fast überall wahrhaft unbedeutend. Selten kommt es über das fertige mechanische Lesen hinaus; die Kenntnis der deutschen Vokabeln auf dem Lande ist in der Regel noch so gering, daß die Kinder die sie umgebenden Gegenstände deutsch zu nennen nicht verstehen, ja selbst die ihnen vorgesagten deutschen Wörter: 'Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Lehrer, Haus, Bank, Fenster, Tafel, Tisch, Stuhl, weiß, schwarz, gut, böse pp.' polnisch wiederzugeben nicht imstande sind, so wenig deutsch, wenn sie ihnen polnisch vorgesagt worden sind. Natürlich ist an deutschsprechen nicht zu denken. "

Wie aus den Aktennotizen Dr. Brettners hervorgeht, mußte er sogar wenig später feststellen, daß sich in einigen Schulen seines Inspektionsbereichs eine den Erwartungen der Regierung genau entgegengesetz verlaufende Entwicklung vollzog.

Die von der polnischen Geistlichkeit geschürten Polonisierungsbestrebungen griffen in den fünfziger und sechziger Jahren auch auf Westpreußen über. So berichtete 1869 der Regierungspräsident von Marienwerder dem Kultusministerium, daß die polnisch orientierten katholischen Lehrer und Schulinspektoren bemüht seien, die deutsche Sprache aus dem Schulunterricht zu verdrängen und bemerkte hierzu u. a.:¹⁵⁸⁾

" Leider ist nach dieser Richtung hier schon viel seit dem Jahre 1848 durch den Polonismus erreicht worden. In vielen Orten des Bezirks, in denen früher deutscher Schulunterricht erteilt wurde, wird in der Tat jetzt polnisch unterrichtet. "

158) DZA Rep 77 Tit 503, Nr. 22, Vol. IX, S. 25 - 26.

b) Die Verhältnisse in Oberschlesien und
die Person Bogedains

In Oberschlesien wurde eine ähnliche Entwicklung durch den bereits schon genannten katholischen Provinzialschulrat Bernhard Bogedain¹⁵⁹⁾ ausgelöst und unter seiner Leitung vorangetrieben¹⁶⁰⁾. Bogedain, der aus deutschem, schlesischem Elternhaus stammte, war bis 1848 Regierungs- und Schulrat in Posen. Im Frühjahr dieses Jahres hat er die Regierung um seine Versetzung nach Oppeln und begründete dieses Gesuch mit dem Bemerkten, "weil ich vollkommen überzeugt bin über den zukünftigen Aufbau Polens... wünsche ich Bürger des deutschen Staates zu bleiben und ich fühle in mir keinerlei Berufung, aktiver Zeuge der Geburtsschmerzen des sich erneuernden Volkes zu werden (ponieważ będąc najzupełniejprzekonany oprzysiężeniu obudowaniu Polski... pragnął pozostać obywatelem państwa niemieckiego i nie czuł w sobie powołania być czynnym świadkiem bólei rodzenia się odnawiajacego się narodu polskiego)".

159) Siehe zu Abschnitt D II 5, S. 134.

160) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 105 ff. (zu VII): In Schlesien wandte die preußische Regierung gleich nach Besetzung der Provinz das Germanisierungssystem an. Friedrich der Große hatte klar zum Ausdruck gebracht, daß niemand nicht durch sprechende Dienstboten beschäftigen und niemand eine Ehe eingehen dürfe, der nicht zuvor den Nachweis der deutschen Sprache erbracht habe. Die Folge dieser Anordnungen war, daß die herrschaftlichen Familien ohne Dienstboten blieben und die Zahl der Eheschließungen sich verringerte, so daß diese Anordnungen beschleunigt wieder aufgehoben werden mußten. In der Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. wurde deshalb versucht, die kirchlichen Behörden zu veranlassen, alle Geistlichen aus Oberschlesien in rein deutsche Gebiete zu versetzen und sie mit Geistlichen zu ersetzen, die kein Wort polnisch verstehen. Wenn auch solche und ähnliche Pläne mißlingen, so wurde doch das Schulwesen in Schlesien total germanisiert.

Obwohl also überzeugter Deutscher, wie aus seinen Worten hervorgeht, war Bogedain während seiner zehnjährigen Amtszeit in Oppeln zum Begründer der polnischen Volksschule in Schlesien geworden. Er war davon überzeugt, daß für die polnische Bevölkerung eine gute humanistische Ausbildung notwendiger als die Kenntnis der deutschen Sprache sei. So war er bemüht, das Deutsche als auch das Oberschlesische als Unterrichtssprache zu verdrängen und dafür das Hochpolnische einzuführen. Damit handelte er aber gegen die Weisung des Breslauer Oberpräsidenten und des Kultusministers, die neben der deutschen Sprache nur das Oberschlesische gewahrt wissen wollten. In einem in deutscher Sprache geschriebenen Brief an seinen Freund Kellner begründet er sein Verhalten wie folgt:¹⁶¹⁾ "Dem Volk soll man die Sprache nicht abschneiden, man soll die Bildung nicht dem sprachlichen Interesse opfern. Das Germanisieren bleibe dem sanften Einflusse des Lebens überlassen. Je gebildeter das Volk, wenn auch in polnischer Sprache, desto empfänglicher wird es für das Deutschtum sein und das Leben wird mit seinem Germanisieren nicht Religion und Sitte untergraben. Das Deutsche sei also Unterrichtsgegenstand, soweit es der eigentlichen Schulbildung keinen Abbruch thut."

Da Bogedain am Anfang seiner Tätigkeit in Oppeln feststellen mußte, daß weder die katholischen Geistlichen noch die Lehrer einwandfrei polnisch sprechen und schreiben konnten, besetzte er möglichst viele Stellen mit Polen aus der Provinz Posen und führte das Polnische als Unterrichtssprache in allen katholischen Seminaren ein. Bogedains Tätigkeit wird übrigens nicht nur von den polnischen Historikern als ein großes Verdienst für die Neubelebung und den Bestand des Polentums in

161) Buzek, a.a.O., S. 107/108.

Oberschlesien gewürdigt¹⁶²⁾, sondern auch von deutscher Seite wird sein Wirken als "grundlegend für die allmähliche Erweckung des polnischen Nationalbewußtseins in einem großen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung und für das Aufkommen einer national-polnischen Agitation in den folgenden Jahrzehnten angesehen"¹⁶³⁾.

c) Die Zeit von 1842 bis 1860

In der Zeit von 1842 bis 1860 sind die Bemühungen, die deutsche Sprache auszubreiten, vor allem im Posener Gebiet mit einer starken polnischen Bevölkerung, ziemlich erfolglos geblieben. In welcher Weise sich die polnische Front gegen die Instruktionen der preußischen Staatsregierung zu wehren versuchte, geht z. B. aus einer masurenischen Zeitschrift aus dem Jahre 1842 hervor, die sich entrüstet zu solchen Verfügungen äußert. So heißt es dort:¹⁶⁴⁾

" Hatte das heilige Erbgut unserer Masuren die polnische Muttersprache schon seit geraumer Zeit über so manche negativ zugefügte Unbill zu klagen gehabt, so steigerte sich seit etwa zehn Jahren diese Unbill bis auf den höchsten positiven Grad. Die üble Behandlung des polnischen Elements bestand früher mehr in einem stiefmütterlichen Verhalten, in unverzeihlicher Vernachlässigung des speziellen Bedürfnisses unserer polnischen Gemeinden, in völligem Unbekümmertsein um die sprachliche Befähigung der Seelsorger, welche zu diesen Gemeinden gesandt wurden, so daß es deren Manche gab und noch giebt, die das Polnische schmähsch radebrechen. Seit einer Reihe von Jahren aber ist man zu einer vollkommenen Mißhandlung jenes Volkselements, ja, zur absichtlichen, planmäßigen, bald offen erklärten, bald versteckt erzielten Ausrottung der polnischen Sprache fortgeschritten... "

Fußnoten 162, 163, 164
siehe nächste Seite unten

Erst im Mai 1856 zeigte sich insofern eine Änderung in bezug auf das Ausbreitungsbemühen der deutschen Sprache, als nämlich der Oberpräsident von Puttkamer, dessen Vorstellungen zur Ausdehnung der deutschen Unterrichtssprache bisher ergebnislos geblieben waren, von der Regierung ermächtigt wurde, für die katholischen Gymnasien ein Reskript zu erlassen, das die Verstärkung des deutschen Sprachunterrichts in den unteren Klassen und den Gebrauch der deutschen Sprache in Geographie und Geschichte von der Sexta an zur Pflicht machte¹⁶⁵⁾. Vier Jahre später änderte der Kultusminister von Bethmann Hollweg die ihm "zu weit gehende" Verfügung Puttkamers ab. In der Instruktion vom 10. Oktober 1860¹⁶⁶⁾ bestimmte es deshalb, daß in den beiden unteren Klassen des Gymnasiums wöchentlich 6 Stunden dem deutschen Sprachunterricht gewidmet - und in der Tertia zwei Drittel der Unterrichtsstunden in deutscher Unterrichtssprache abgehalten werden sollten. Dabei ist interessant, wie von Bethmann Hollweg seine Maßnahmen rechtfertigt und begründet:

" Es ist nicht zu befürchten, daß diese Modifikation der Pflege und Ausbildung der polnischen Sprache bei der polnischen Jugend Abbruch tun werde. Dagegen halte ich es für unbedingt notwendig, daß die dem Dienst der Kirche oder des Staates bestimmte Jugend in den höheren Unterrichtsanstalten eine solche Kenntnis der deutschen Sprache und eine solche Fertigkeit in der Anwendung derselben sich erwerbe, welche sie geschickt macht, den Anforderungen des Amtes sowohl auf dem kirchlichen als auch auf dem staatlichen Gebiete entsprechen zu können. "

-
- 162) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 108/109 (Na podstawach stworzonych przez Bogedaina, rozwijało się szkolnictwo ludowe górnoślazkie aż do r. 1872 (Auf den von Bogedain erstellten Grundlagen entwickelte sich das ober-schlesische Volksschulwesen bis zum Jahre 1872).
- 163) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1944, S. 184, 191.
- 164) Königsberger Hartung'sche Zeitung, 1842, Nr. 117.
- 165) DZA Rep 90 a, D 1, 2 Nr. 1, Vol. I, 1815 - 1885; Vol. I, S. 153; vgl. auch Noah, a.a.O., S. 76.
- 166) DZA, Rep 90 a, D 1, 2 Nr. 1, Vol. I, 1815 - 1885.

In der Begründung heißt es dann weiter, daß, wenn die preußische Regierung von ihren Untertanen polnischer Nationalität im amtlichen Verkehr den Gebrauch der deutschen Sprache fordert,

" so will sie in denselben das Bewußtsein rege halten, daß sie einem deutschen Staate angehören, und will das allmähliche engere Anschließen an denselben vermitteln, ohne daß sie die Anwendung der polnischen Sprache in dem nichtamtlichen Verkehr irgendwie beschränkt. "

d) Die Zeit von 1862 bis 1871

Nach der Ablösung von Puttkamers im Jahre 1860 gab sich sein Nachfolger, von Bonin, mit der von dem Kultusminister von Bethmann Hollweg getroffenen Regelung nicht einverstanden. Nachdem dann im März 1862 auf von Bethmann Hollweg von Mühler als neuer Kultusminister folgte, wandte sich zwar Bonin zweimal an diesen mit der Bitte, für die katholischen Gymnasien der Provinz Posen ausschließlich die deutsche Unterrichtssprache zuzulassen¹⁶⁷⁾; als seine sehr weitgehenden Anträge auf Ablehnung stießen, sprach er sich dafür aus, daß wenigstens vorläufig dazu übergegangen werden sollte, den Griechisch- und Lateinunterricht in deutscher Sprache zu erteilen¹⁶⁸⁾. Eine Reform hielt von Bonin wegen der in jüngster Zeit aufgedeckten national-polnisch orientierten Geheimbünde der

167) Schreiben vom 7. Mai und 8. September 1862; vgl. DZA Rep 77 Tit 343 A Nr. 122, Bd. 4, S. 506.

168) Schreiben vom 12. Dezember 1862; ebenda, S. 506 bis 510.

Gymnasiasten und durch den Abgang mehrerer polnischer Lehrkräfte an die Universität Warschau, die durch den am 27. März an die Spitze des neuen Departements für Unterricht und Kultus gestellten Marquis Alexander Wielopolski neu belebt worden war, für angebracht.

Der zweite Vorschlag Bonin kam erst mehrere Jahre nach seiner Ablösung vom Amt des Oberpräsidenten (1862) zur Durchführung, während sein radikaler Plan erst ein Teil der Polenpolitik Bismarcks nach 1871 wurde.

4. Die schulischen Maßnahmen der preußischen
Staatsregierung und die polnischen Gegen-
vorstellungen

a) Die schulischen Verhältnisse bis zum Jahre 1842

Betrachtet man die Gesamtsituation des schulisch-sprachlichen Konflikts zwischen der preußischen Staatsregierung und ihrer polnischen Staatsangehörigen in der Zeit von 1815 bis 1871, so stellt man fest, daß die preußische Regierung auf dem Gebiete des Schulwesens vor einer schwierigen Aufgabe stand, wenn sie die Verhältnisse der ehemals polnischen Landschule denen der älteren Provinzen angleichen wollte. Man darf nicht vergessen, daß es im Jahre 1815 im damaligen Großherzogtum Posen nur zwei Gymnasien, ein Lehrerseminar und 453 Elementarschulen gegeben hat, davon rund 65 v. H. allein in dem kleineren Regierungsbezirk Bromberg¹⁶⁹⁾. Wie Lauberts Ermittlungen ergeben haben¹⁷⁰⁾, erhielten im Jahre 1816 lediglich 22 v. H. der schulfähigen Kinder Unterricht. Für die Errichtung neuer Lehranstalten war nicht der Staat, sondern im allgemeinen die jeweilige Gemeinde zuständig. In der Provinz Posen gewährte jedoch die preußische Regierung aus einer Reihe von Sonderfonds erhebliche Zuschüsse und bewilligte auch den Provinzialbehörden einen relativ höheren Schuletat als in den anderen Provinzen¹⁷¹⁾. Auf diese Weise wurde wesentlich zu einer schnelleren Entwicklung des Schulwesens beigetragen.

169) Vgl. Berger, a.a.O., S. 177 ff.

170) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1944, S. 71.

171) Bäck, a.a.O., S. 50;
Laubert, Die Verwaltung der Provinz Posen, a.a.O., S. 253.

Bis zum Jahre 1848 entstanden vier neue Gymnasien, eine Realschule, zwei weitere Lehrerseminare und im Durchschnitt jährlich vierzig neue Elementarschulen, so daß sich deren Zahl im Vergleich zum Stand von 1815 vervielfacht hatte. Es mußte auch als ein Erfolg bezeichnet werden, daß nach drei Jahrzehnten statt der 22 v. H. des Jahres 1816 nun 70 v. H. der schulfähigen Kinder Unterricht erhielten¹⁷²⁾.

Nicht weniger bedeutsam war die Tatsache, daß die Regierung die Angleichung der Schulverhältnisse der Provinz Posen an die der anderen Provinzen förderte, ohne dabei die polnische Bevölkerung in irgend einer Weise zu benachteiligen. Das zeigt besonders der hohe Anteil der neugegründeten katholischen Anstalten. Im Jahre 1851 standen im Regierungsbezirk Posen 390 evangelische Anstalten 779 katholischen Elementarschulen gegenüber, während 1815 das Verhältnis mit 77 : 74 noch zugunsten der protestantischen Anstalten betragen hat¹⁷³⁾.

Mit der Förderung des Schulwesens wollte die preußische Staatsregierung nicht nur die äußeren Verhältnisse der Provinz denen der anderen preußischen Landesteile angleichen, sondern für die von ihr gewünschte Annäherung der polnischen Bevölkerung an den preußischen erreichen. Dabei ist festzustellen, daß sich kein preußischer Politiker über die Einzelheiten der von der Schule zu bewirkenden Assimilierungsprozesse ausgesprochen hat¹⁷⁴⁾.

172) Laubert, a.a.O., S. 79.

173) DZA, Rep 76 VII neu Sekt. 6 B I Posen, Teil I, Nr. 1, Vol. 2.

174) Vgl. Baske, a.a.O., S. 144.

Wie aus einer Erklärung des von 1817 bis 1838 verantwortlichen Ministers für kulturelle Angelegenheiten, Freiherrn vom Stein zum Altenstein, hervorgeht, traf die preußische Regierung in wesentlichen Fragen ihre Entscheidungen nach dem Grundsatz, die Polen durch Verständnis für ihre nationalen Eigenarten zu versöhnen und zu gewinnen. Altenstein trat vor allem für die Respektierung der katholischen Konfession und der polnischen Sprache ein. So schrieb er am 23. Dezember 1822 an die Posener Regierung wie folgt:¹⁷⁵⁾

" Religion und Muttersprache sind die höchsten Heiligtümer einer Nation, in denen ihre ganze Gesinnungsart und Begriffsweise gegründet sind. Eine Obrigkeit, die diese anerkennt, achtet und schützt, darf sicher sein, die Herzen der Untertanen zu gewinnen, welche sich aber gleichgültig dagegen zeigt oder gar Angriffe darauf erlaubt, die erbittert und entwürdigt die Nation und erschafft sich ungetreue und schlechte Untertanen. Wer aber glauben wollte, daß es zur Bildung der polnischen Nation wesentlich beitragen würde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrtum befinden. "

Der Nachfolger im Amte Altensteins, von Eichhorn, der gleicher Ansicht wie sein Vorgänger war, faßte die einzelnen Verfügungen, die Altenstein über die Regelung der Sprachenfrage in den Schulen den Provinzialbehörden zugestellt hatte, in der bereits bei Gelegenheit der Darstellung der Sprache des Unterrichts¹⁷⁶⁾ angeführten Instruktion vom 24. Mai 1842 zusammen.

Die Achtung vor der Religion wurde von der preußischen Regierung in der Weise bekundet, daß sie die Einrichtung der Konfessionsschulen befürwortete. Bereits am 27. April 1822 war von Altenstein verfügt worden¹⁷⁷⁾,

175) Laubert, a.a.O., S. 63.

176) Siehe zu Abschnitt F II 2 e), S. 229ff., Anm. 77).

177) Vgl. Laubert, a.a.O., S. 61.

daß "Simultanschulen nur in den Fällen gegründet werden dürfen, wenn die beteiligten Religionsgemeinschaften ihre Zustimmung erteilen".

Was die Schulaufsicht betraf, war das Amt der Schulinspektoren in den einzelnen Gemeinden den Geistlichen beider christlicher Konfessionen vorbehalten, und zwar in der Weise, daß die Aufsicht über die katholischen Anstalten nur von den Geistlichen dieser Konfession ausgeübt wurde. In den höheren Instanzen, der Schulkommission und dem Provinzialschulkollegium, blieb die Sonderung mit der Berufung katholischer und evangelischer Schulräte und ab 1841 - wie bereits für die katholischen Angelegenheiten angeführt wurde - sogar in der obersten Instanz durch die Errichtung nicht nur der evangelischen, sondern auch der katholischen Abteilung im Ministerium für Geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten gesichert ¹⁷⁸⁾.

Dem Wunsche der Polen nach einer Universität in Posen stand die Befürchtung der preußischen Staatsregierung entgegen, daß eine solche Hochschule ein geistiges Zentrum des Polentums werden könnte. Dennoch war Friedrich Wilhelm IV. auch auf diesem Wege bereit und bestimmte - wie schon bereits erwähnt wurde - die Errichtung zweier Lehrstühle für polnische Sprache und Slawistik an den Universitäten Berlin und Breslau.

178) Laubert, Die Verwaltung der Provinz Posen, a.a.O., S. 241;
Lüdicke, a.a.O., S. 2.

- b) Umgestaltung des Schulwesens aufgrund der polnischen antipreußischen Einstellung nach den Aufständen von 1846/1848

Aus Anlaß der polnischen Aufstandsversuche von 1846 und 1848 bekundeten sowohl polnische Lehrer als auch polnische Schüler offen ihre antipreußische Einstellung. Dies veranlaßte die Provinzialbehörden für eine Umgestaltung einzutreten. Die daraufhin erfolgten Abwehrmaßnahmen der preußischen Staatsregierung sind insofern von Bedeutung, als sie zugleich Reformen anstrebten, die in der künftigen Verfassung berücksichtigt werden sollten¹⁷⁹⁾. Als erstes wurde ein Passus gewünscht, der "die gänzliche Trennung der Schule von der Beaufsichtigung der Kirche" ermöglichen sollte, eine Forderung übrigens, die gleichzeitig von einem großen Teil der Liberalen und der Lehrerschaft in ganz Preußen erhoben wurde¹⁸⁰⁾. Die zweite Forderung betraf die konfessionslose Schule, eine Forderung, mit der sich die radikale Gruppe liberaler Lehrer, deren profiliertester Vertreter in Preußen Adolf Diesterweg war, identifizierte¹⁸¹⁾. Nach Auffassung der leitenden Beamten der Posener Provinzialverwaltung wie jener Pädagogen sollte die getrennte religiöse Unterweisung der Kinder vermieden werden. In dem angeführten Schreiben des Oberpräsidenten von Beurmann und des Vizepräsidenten von Kries heißt es insoweit: "Es wird im Gegenteil der Unterricht so eingerichtet werden müssen, daß mehr allgemeine christliche Moral und biblische

179) Gemeinsames Schreiben des Oberpräsidenten von Beurmann und des Vizepräsidenten von Kries an den preußischen Kultusminister; vgl. DZ A Rep 76 II Sekt. VI a Posen, Nr. 9, Vol. o. S.

180) Keller, a.a.O., S. 288.

181) Friedrich Adolf Diesterweg (1790-1866) war von 1832 bis 1847 Seminar-Direktor in Mörs und Berlin. Er genoß als Pädagoge großes Ansehen. 1847 wurde er wegen seiner Ansichten über Religion und Schule seines Amtes enthoben; vgl. Keller, a.a.O., S. 250 f.

Geschichte ohne bestimmtes Dogma gelehrt werde. Hierdurch würde sich dann die Frage nach der Konfession der einzelnen Schulen von selbst erübrigen. Es muß aber festgehalten werden, daß die Trennung nur aus sprachlichen Gründen, nicht aus religiösen Rücksichten erfolge."

Tatsächlich bestimmte dann auch die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 in ihrem Artikel 20 alle Schulen unter die Aufsicht "eigener, vom Staate ernannter Behörden" zu stellen. Über die Einrichtung von Konfessions- oder Simultanschulen legte sie nichts fest und gab damit den Weg für entscheidende Reformen frei. Nach Artikel 23 sollte die Neugestaltung des Unterrichtswesens durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Als demzufolge im Januar 1849 auf Anordnung des Kultusministers von Ladenberg eine Konferenz der Seminarlehrer in Berlin einberufen wurde, in der die Grundsätze für das künftige Unterrichtsgesetz beraten werden sollten, eröffnete Friedrich Wilhelm IV. die Versammlung mit ungewöhnlich scharfen Angriffen gegen die Lehrer, die ihr Amt nicht in strenger Bindung an Kirche und Dogma ausübten. Diese Worte des Königs verdienen meines Erachtens wegen des weiteren schulischen Konfliktstoffes, aber auch wegen der Friedrich Wilhelms IV. eigenen Art, sich darzustellen, wobei die Reaktion der ihn zutiefst bewegenden Ereignisse des vorausgegangenen Revolutionsjahres spürbar ist, wiedergegeben zu werden. Der König sagte:¹⁸²⁾

" All das Elend, das im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen, ist Ihre, einzig Ihre Schuld, die Schuld der Afterbildung, der irreligiösen Massenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben und die Treue in dem Gemüte meiner Untertanen ausgerottet und deren Herzen von mir abgewandt haben. Diese pfauehaft aufgeputzte Scheinbildung habe ich schon als Kronprinz aus innerster Seele gehaßt und als Regent alles aufgeboten, um sie

182) Zitiert bei Keller, a.a.O., S. 289/290.

zu unterdrücken. Ich werde auf dem betretenen Wege fortgehen ohne mich irren zu lassen; keine Macht der Erde soll mich davon abwendig machen... Nicht den Pöbel fürchte ich; aber die unbilligen Lehren einer modernen, frivolen Weltweisheit vergiften und untergraben mir eine Bürokratie, auf die bisher ich stolz zu sein glauben konnte. Doch solange ich noch das Heft in Händen führe, werde ich solchem Unwesen zu steuern wissen. "

Weder unter dem Kultusminister von Ladenberg noch unter seinen Nachfolgern der fünfziger und sechziger Jahre ist dieser Unterricht zustande gekommen, obwohl es auch in der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850 in Aussicht gestellt wurde. Als einzige generelle amtliche Instruktion erschienen die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 über die Einrichtung des evangelischen Seminar-, Präparanden- und Elementarunterrichts¹⁸³⁾.

Soweit es sich für das katholische Schulwesen darum handelte, eine stärkere Pflege des Konfessionellen herbeizuführen, war eine solche Einwirkung nicht erforderlich. Bei den Katholiken gab es keine Strömung, die den Einfluß auf das Schulwesen schmälern wollte. Dies galt in besonderem Maße für die polnischen Katholiken¹⁸⁴⁾.

Wenn auch die Ereignisse der Jahre 1846 und 1848 die Unzweckmäßigkeit der bisherigen Organisation des Schulwesens gezeigt hatten, so konnte sich die preußische Staatsregierung auch nach der Revolution nicht entschließen, durch einschneidende Veränderungen ein den Interessen des preußischen Staates dienendes Erziehungssystem einzuführen.

183) Vgl. Keller, a.a.O., S. 300 bis 313; sog. Stiehl'sche Regulative
184) Vgl. Baske, a.a.O., S. 148.

c) Kulturpolitisches Umdenken

In enger Verbindung mit den Sorgen um die Organisation des Schulwesens standen seit 1851 die Bemühungen der Provinzialbehörden, alles zu unterbinden, was die nationale Richtung und "den daran sich knüpfenden, meist ganz leeren Phantasien und Träumereien" Vorschub leisten könnte¹⁸⁵⁾. Dazu gehörte vor allem "die Hinwirkung auf eine deutsche Bildung der Geistlichen und die Hebung des Schulwesens durch Gründung neuer Schulen, zugleich aber noch eine größere Überwachung des Schulunterrichts und des Einflusses, den jetzt insbesondere die polnischen Propagandisten darauf auszuüben bemüht sind". Von dieser Erkenntnis ausgehend, wurde von den deutschen Provinzialbehörden vermehrt auf die Intensität, mit der die gebildeten Schichten der Polen um die Pflege und Ausbreitung der polnischen Kulturgüter bemüht waren, aber auch die Möglichkeit, daß diese Anstrengungen auch auf die ungebildeten Teile der polnischen Bevölkerung Einfluß gewinnen könnten, hingewiesen. Dabei erschien ihnen die Beobachtung am bedeutsamsten zu sein, daß die den kulturellen Bestrebungen innewohnende Kraft nicht nachließ, sondern sich gerade in ihrer Wechselwirkung mit den politischen Bestrebungen steigerte. Die Verehrung der polnischen Dichter, Künstler und Wissenschaftler, die Gründung von Volksbibliotheken und kulturellen Vereinigungen, die Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge, Dichterlesungen und Theateraufführungen waren Tatsachen, die nach Meinung der Provinzialbehörden nicht dazu angetan waren, die Bedeutung der kulturellen Gegenkräfte des polnischen Volkes zu

185) DZA Rep 89 B X 1 - 28. o. S.,
Bericht vom 10. Juli 1851.

unterschätzen. Aus der Vielzahl der diese "Gefahr" beschwörenden Gegenstimmen mag die Ergänzung eines Polizeiberichts über eine Dichterlesung, die sich zu einer nationalen Demonstration gesteigert hatte, durch den Oberpräsidenten von Puttkamer dienen, die dieser zusammen mit dem Polizeibericht am 20. Juli 1858 an das Innenministerium richtete:¹⁸⁶⁾

" Die polnische Literatur bildet bei dem heutigen bemerkenswerten national-liberalen Aufschwunge in den vormals polnischen Landesteilen ... keinen geringen Faktor ... Sie (die polnischen Dichter) schmeicheln in jeder Art dem polnischen Nationalgefühl und tragen in Gemeinschaft mit der klerikalen Partei dazu bei, dasselbe zu der Glut eines religiös-nationalen Fanatismus zu steigern, welcher in Prosa und Versen der Jugend als der Ausdruck des höchsten und erhabendsten Patriotismus und die notwendige Eigenschaft jedes guten Polen dargestellt wird... Diese und ähnliche Erscheinungen sind bemerkenswerte Anzeichen von der Richtung und Stärke der jetzt in den höheren und gebildeteren Ständen der polnischen Bevölkerung vorhandenen geistigen Strömung. Diese Strömung ist offenbar noch in der Steigerung begriffen und dies wird durch die dazu geistig und materiell teilweise wenigstens wohlbefähigte Geistlichkeit, durch die großenteils von dieser abhängigen Lehrer, durch verschiedenartige Vereine, sowie endlich durch den Einfluß, den der wohlhabende und gebildete Mann über die ungebildete Menge gewinnt, voraussichtlich auch in weitere Kreise verbreitet werden. Man würde sich der Kurzsichtigkeit anzuklagen haben, wenn man die politische Tragweite solcher Wahrnehmungen in dem sicheren Gefühl, daß sie die Ruhe und Sicherheit des Landes für jetzt nicht gefährden, unterschätzte, und man darf sich nicht verbergen, daß in demselben Maße, in welchem die dem Staatsleben fremden Elemente gekräftigt und belebt werden, in eben diesem Maße auch der Glaube an das Ansehen und die Kraft der Staatsgewalt zu schwanken beginnt. Ein allzu starkes Gefühl der Sicherheit ist leicht der Anfang der Katastrophe. "

186) DZA, Rep 77 Tit 503 Nr. 22, Vol. IV, S. 147 bis 149.

- d) Die Umgestaltung der Schulaufsicht in den Jahren zwischen 1850 und 1862 und die sich daran anschließende Konfrontation

In der Zeit zwischen den Jahren 1850 und 1862, in der es um die Bemühungen ging, die Schulaufsicht in der Provinz Posen umzugestalten und den katholischen Klerus als Aufsichtsbehörde auszuschalten, verfuhr man seitens der preußischen Staatsregierung im allgemeinen rezeptiv. Sowohl der Kultusminister von Raumer, wie auch sein Nachfolger, der Kultusminister der "Neuen Ära", von Bethmann Hollweg, wollten von der Forderung ihres Oberpräsidenten, weltliche Schulinspektoren einzusetzen, nichts wissen. So stellte sich von Bethmann Hollweg auf den Standpunkt:¹⁸⁷⁾ "Sofern ... die ungenügende Tätigkeit der katholischen Geistlichen sich aus nationalen Antipathien herleitet, wird die Schulverwaltung Änderung der Zustände im allgemeinen abwarten müssen, ohne ihrerseits darauf einwirken zu können." Eine erneute Diskussion über die Schulaufsicht setzte erst nach der Regierungsumbildung des Jahres 1862 ein. Der Anstoß kam wiederum aus Posen, und zwar richtete die Abteilung für das Kirchen- und Schulwesen der dortigen Regierung am 10. Dezember 1863 an den Kultusminister den Antrag, die Entfernung von 90 katholischen Geistlichen aus der Schulinspektion zu veranlassen, da jene als Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl vom 28. Oktober 1863 für Kandidaten gestimmt hätten, die des Hochverrats angeklagt waren und mit deren Verurteilung durch den Staatsgerichtshof in Kürze gerechnet werden müßte¹⁸⁸⁾. Im übrigen würde

187) Bethmann Hollweg an die Kgl. Regierung in Posen am 31. Januar 1859;
DZA 76 VII, neu Sekt. 6 B I Posen Teil I,
Vol. III, S. 431 bis 433.

188) DZA Rep 77 Tit 50 Nr. 21, Vol. 3, S. 310 bis 317.

es für eine dauerhafte Lösung des Schulaufsichtsproblems nicht genügen, es bei der Entlassung der 90 Schulinspektoren zu belassen, es müßte a l l e n katholischen Geistlichen der Provinz jegliche Einflußnahme auf das Schulwesen genommen und ihre Funktion in der Schulaufsicht in Zukunft von einem anderen Personenkreis ausgeübt werden.

Gegen dieses Verlangen wandte sich der polnische katholische Schulrat Dr. Milewski, der gleichfalls dem Kollegium für Schul- und Kirchenwesen bei der Regierung in Posen angehörte, indem er eine disziplinarische Ahndung der fraglichen Schulinspektoren wegen der Stimmabgabe bei den Wahlen ablehnte und auf die stets treue Ergebenheit der Schulinspektoren der Regierung gegenüber hinwies. Auch der Erzbischof von Gnesen und Posen, von Przyłuski, wandte sich in gleicher Weise an den Kultusminister von Mühler¹⁸⁹⁾, wobei in der sehr ausführlichen und Grundsatzfragen betreffenden Stellungnahme des Erzbischofs als "für völlig abwegig" die Auffassung der preußischen Staatsregierung angesehen wird, zu folgern, daß die katholischen Geistlichen, indem sie ihre Dienste dem Staat zur Verfügung stellten, deshalb Staatsbeamte seien und der Disziplinargewalt der Staatsbehörden unterständen. Sie seien vielmehr ausschließlich Kirchenbeamte und nur der disziplinarischen Behandlung der Kirchenbehörde unterworfen.

Dieser Streit zwischen preußischer und polnisch-nationaler und klerikaler Meinungsverschiedenheit endete damit, daß dem Verlangen der Provinzialregierung von dem preußischen Innenminister, Graf zu Eulenburg,

189) DZA Rep 76 IV Sekt. 4 Abt. II, Nr. 14,
S. 42 bis 44.

nicht stattgegeben wurde, dem die Argumente des katholischen Schulrats Dr. Milewski schwerwiegender erschienen als die der übrigen Kollegiumsmitglieder und des Oberpräsidenten von Puttkamer. Ebenso wenig war auch der Kultusminister von Mühler nicht bereit gewesen, den Anträgen der Provinzialbehörden zuzustimmen. Einer Auseinandersetzung über die von dem Erzbischof Przyłuski aufgeworfene und vor allem rechtlich bedeutsame Frage nach dem Verhältnis der mit staatlichen Ämtern betrauten Geistlichen zur Staatsbehörde wich der Kultusminister aus. Erst nach mehrfacher Mahnung des Erzbischofs¹⁹⁰⁾ antwortete von Mühler, daß die Darlegungen Przyłuskis so allgemein gehalten seien und so verschiedenartige Materien umfaßten, daß er darum nicht in der Lage sei, darauf einzugehen¹⁹¹⁾.

Zu dieser offenen Streitfrage soll auf die in der Zeit vom November 1838 bis Mitte Januar 1839 stattgefundenen Sitzungen der juristischen Abteilung des Preußischen Staatsrats hingewiesen werden¹⁹²⁾. Ein wesentlicher Streitpunkt bei einer dieser Sitzungen betraf nämlich die Frage, ob die Geistlichen als Staatsdiener zu gelten haben. Bei den Verhandlungen hierzu, an denen u. a. der Oberpräsident Bodelschwingh, der Innenminister von Rochow und der Professor und spätere Obertribunalrat K.F. Eichhorn teilgenommen hatten, und bei dem es darum ging, ob die Geistlichen "zugleich Diener des Staates und der Kirche" seien (so Bodelschwingh) oder ob diese zwar nicht ausdrücklich als Staatsdiener zu bezeichnen wären, wohl aber festzustellen sei, daß sie

190) Schreiben vom 24. Februar, 10. März und 6. August 1864; DZA Rep 76 IV Sek. 4 Abt. II, Nr. 14, S. 41, 45 und 47.

191) von Mühler an Przyłuski; DZA Rep 77 Tit 343 A, Nr. 122, Bd. 20, S. 109.

192) Vgl. Schneider, a.a.O., S. 167/168.

"die Anordnungen des Staates gleich den Staatsbeamten zu befolgen hätten" (so Prof. Eichhorn), sprachen sich bei der Abstimmung über die Frage: "Soll ausdrücklich erklärt werden, daß die katholischen Geistlichen zugleich Staatsdiener sind?", nur 11 der Mitglieder für die Bejahung aus (es waren dies: Prinz Wilhelm von Preußen, Prinz Karl, Kamptz, Ladenberg, Mühler, Scheffer, Sethe, Stägemann, von Vincke, Eichmann und Bodelschwingh). Mit 41 Gegenstimmen wurde die Frage verneint. Der Staatsrat empfahl hiernach, sich auf folgende Bestimmungen zu beschränken:

" Die Geistlichen der römisch-katholischen Kirche haben diejenigen landesgesetzlichen Vorschriften und landesherrlichen Anordnungen sowie von unseren Behörden innerhalb ihrer Amtsbefugnis erlassenen Verfügungen, welche sich auf die Ausübung des geistlichen Amtes beziehen (bürgerliche Amtsvorschriften), als besondere, mit ihrem Amte verbundenen Verpflichtungen zu befolgen.

Außerdem haben sie bei der Ausübung ihres Amtes jedes Mißbrauchs ihrer geistlichen Amtsbefugnisse sich zu enthalten. Ein solcher Mißbrauch findet statt, wenn die Ausübung der geistlichen Amtsbefugnisse in Handlungen, welche das gemeine Wohl gefährden, oder in willkürliche Bedrückungen oder Verletzungen Einzelner ausartet. "

Ein weiterer Fall, der ebenfalls die Gegensätzlichkeit in der Argumentation zwischen dem zuständigen Kultusminister und der Provinzialbehörde, aber auch die Entschlußfreudigkeit des Ministers zeigt, war in der Person des Propstes Dr. Respadek aus dem Kreise Kröben entstanden. Am 17. März 1864 hatte nämlich die Regierung in Posen Dr. Respadek sein Amt als Schulinspektor entzogen, weil er sich seit 1859 wiederholt in Reden, zum Teil sogar in gedruckter Form, innerhalb und außerhalb der Kirche antipreußisch geäußert - und seit dem gleichen Jahr die Verwaltungsberichte an die vorgesetzte Schulaufsichtsinstantz in polnischer Sprache angefertigt hätte, obwohl er das Deutsche vollkommen beherrsche¹⁹³⁾.

Vom damaligen Kultusminister von Mühler wurde jedoch der Regierung in Posen die Bestätigung ihrer Verfügung versagt, weil "hier kein Fall vorliege, dessen besondere Umstände eine Entziehung der Schulinspektion rechtfertige"¹⁹⁴⁾. In der Begründung hieß es, daß abgesehen davon, daß Dr. Respadek in zwei Instanzen von der Anklage der Staatsanwaltschaft aus den Jahren 1862 und 1863, die wegen seiner Reden gegen ihn erhoben waren, freigesprochen sei, es auch auf "die Erhaltung des Bandes zwischen Kirche und Schule" ankomme; denn dabei handle es sich um eine "nicht minder beachtenswerte politische Rücksicht" als bei den von der Provinzialbehörde geltend gemachten Aspekten. Nach zwischenzeitlichem Schriftwechsel zwischen dem Oberpräsidenten und dem Kultusminister wurde Dr. Respadek von letzterem dahingehend beschieden¹⁹⁵⁾, daß er sein Amt wieder ausüben dürfe, wenn er eine schriftliche Erklärung dahingehend abgeben würde, künftig das Sprachregulativ vom 14. April 1832¹⁹⁶⁾ zu respektieren und seine Berichte an die vorgesetzten staatlichen Stellen in deutscher Sprache abfassen zu wollen. Dr. Respadek lehnte es ab, diesem Verlangen zu entsprechen, so daß dem Kultusministerium nichts anderes übrig blieb, als nunmehr der Entfernung Dr. Respadeks aus der Schulaufsicht zuzustimmen¹⁹⁷⁾.

Mehr Erfolg als in den beiden geschilderten Fällen hatte der Marschall des Posener Provinziallandtages, Freiherr Hiller von Gaertingen, ein führender Vertreter der Kreuzzeitungspartei in der Provinz Posen¹⁹⁸⁾.

-
- 194) von Mühler an Oberpräsident von Horn am 15. Juli 1864, ebenda, Bd. 19, S. 495 bis 496.
195) Bescheid des Ministeriums für Geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten an Dr. Respadek vom 11. Juli 1865, ebenda, S. 497 bis 498.
196) Vgl. zu Abschnitt F II 2 c), S. 221 ff. dieser Arbeit.
197) Bescheid des Ministeriums an Dr. Respadek vom 30. September 1865, ebenda, S. 109.
198) DZA, Rep 92 (Nachlaß von Horn), a.a.O., S. 171.

Er richtete im Februar 1866 an Bismarck ein Promemoria, in dem er vorschlug, die Schulaufsichtsfrage durch die Schaffung einer Zwischeninstanz zu lösen. Dabei dachte er an die Anstellung von etwa 8 Schulinspektoren, die jeweils die Aufsicht über mehrere Kreise erhalten sollten. Nach längerem Schriftwechsel zwischen Bismarck und dem Kultusminister und einer Besprechung im Staatsministerium wurde zwar am 30. Juli 1867 wiederum die Beseitigung des bestehenden Schulinspektorats als mit den Grundsätzen nicht vereinbar bezeichnet, aber in Anlehnung an den Vorschlag Hillers von Gaertingen wurden wenigstens für je drei bis vier Kreise die Austellung besonderer politisch zuverlässiger Schulinspektoren in Aussicht gestellt. Die Durchführung dieses Planes verzögerte sich jedoch so lange, bis er schließlich 1871 infolge Bismarcks Entschluß, die weltliche Schulaufsicht in ganz Preußen einzuführen, überholt war.

Mit der Verkündung des Schulaufsichtsgesetzes vom 11. März 1872¹⁹⁹⁾ stand nun der von den Posener Provinzialbehörden seit über zwei Jahrzehnten geforderten Umgestaltung der Schulinspektion nichts mehr im Wege.

199) Gesetz betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens.

VI. Die kirchenpolitischen Konflikte

1. Die Vorfeldsituation

Die Kirche war von jeher der Hort des Polentums²⁰⁰⁾. Deshalb ist es verständlich, daß die Geistlichen ihren Kreisen entstammten. Die unmittelbar nach den Wiener Verträgen im Jahre 1816 angekündigte Säkularisation der Klöster wurde langsam und schonend eingeleitet, so daß die Aufteilung des Sprengels Gnesen - Posen im Einverständnis mit der Kurie erst 1821 erfolgte. Mit der Durchführung der Zirkumsskriptions-Bulle "de salute animarum" vom 16. Juli 1821²⁰¹⁾, die als eine endgültige Regelung für den ganzen preußischen Staat galt, wurde der Ermländische Bischof als päpstlicher Delegat betraut, dem Vorgänger des "engherzigen" Theophil von Wolicki, dem dann der Erzbischof M. Dunin-Sulgstowski (1831 bis 1842) nachfolgte. Die Situation des Klosterlebens zur damaligen Zeit wird von Laubert²⁰²⁾ wie folgt beschrieben: "Kein Hauch frischen Lebens durfte in die Priesterseminare zu Posen und Gnesen dringen, sondern in finsterner Scholastik und intolerantem Nationalismus reifte der geistliche Nachwuchs heran."

In dieser Situation kommt dem sogenannten "Sprachen-Erlaß" des ersten preußischen Kultusministers, Karl Sigmund Freiherr vom Stein zum Altenstein, vom 13. Dezember 1822²⁰³⁾ insofern besondere Bedeutung zu,

200) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 55.

201) publiziert durch die Kabinettsordre vom 23. 8. 1821; vgl. Stephan/Leube, a.a.O., S. 242 ff.

202) Laubert, a.a.O., S. 55.

203) Vgl. Cromer, Die Sprachenrechte der Polen, a.a.O., S. 619 ff.

als in diesem darauf hingewiesen worden ist, daß "Religion und Sprache die höchsten Heiligtümer einer Nation (sind), in denen ihre ganze Gesinnungs- und Begriffswelt gegründet ist". Weiter heißt es: "Eine Obrigkeit, die diese anerkennt, achtet und schätzt, darf sicher sein, die Herzen der Untertanen zu gewinnen; welche sich aber gleichgültig dagegen bezieht oder gar Angriffe dagegen erlaubt, die erbittert oder entwürdigt die Nation und schafft sich ungetreue oder schlechte Untertanen." Diese Gedanken Altensteins, denen Herders "Ideen über Volkssprache und Kulturnation" zugrunde zu liegen scheinen²⁰⁴⁾, wurden noch fünfzig Jahre später, im Januar 1875, im Deutschen Reichstag verlesen und von den Gegnern der Bismarckschen Polenpolitik als Muster früherer preußischer Liberalität angeführt²⁰⁵⁾.

In Westpreußen wurde durch die Bulle "de salute animarum" eine weitgehende Übereinstimmung von Verwaltungsterritorium und Jurisdiktionsbereich des Bischofs von Culm, der dem Erzbischof von Posen - Gnesen als einziger Suffragan unterstellt war, herbeigeführt. Lediglich das Fürstbistum Ermland ragte mit den Dekanaten Elbing, Marienburg und Neuteich in die Provinz hinein; außerdem gehörten der Kreis Deutsch-Crone und als einziges Dekanat der Gebietsteil südlich Thorn zur Erzdiözese Posen²⁰⁶⁾. Insgesamt gesehen, erfolgte also auch im westpreußischen Raum eine Regelung, die der Provinzialregierung und den zuständigen Ministerien die Einwirkung auf die katholische Kirche bei den beginnenden

204) Vgl. Joh. Gottfr. Herder, Über den Ursprung der Sprache, a.a.O., und: Von deutscher Art und Kunst, a.a.O.

205) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 1875, S. 1140.

206) Vgl. Böhning, a.a.O., S. 55 ff.

Auseinandersetzungen mit dem Polentum zumindest in kirchlich-verwaltungsmäßiger Hinsicht sehr erleichterte.

Gefährlich werden konnte dem preußischen Staat nur ein polnischer Nationalismus, der in der breiten Masse der nichtadeligen Bevölkerung Eingang fand, wobei sich besonders in Westpreußen, das ja bereits 1772 aus dem polnischen Staatsverband herausgelöst war, die scharfe Trennung zwischen der Adelsnation von den anderen sozialen Bevölkerungsschichten zeigte. Gerade in Westpreußen reichte auch das Nebeneinander der verschiedenen Konfessionen weit in die Zeiten der Adelsrepublik zurück und führte zu manchen heftigen Auseinandersetzungen²⁰⁷⁾. Wenn auch in diesem Raum Polentum und Katholizismus nicht vollständig übereinstimmten, so sind jedoch die preußischen Akten voll von Klagen der Behörden über dieses "Mißverständnis", das sich z. B. bei der Unterscheidung deutschsprachiger und polnischsprachiger Gottesdienste, aber auch bei anderen, die Nationalität bewertenden Veranstaltungen zeigte. Der Entwurf eines Berichts des Oberpräsidenten von Schön an den Kronprinzen vom 10. Juli 1833²⁰⁸⁾ erhellt diese Zustände recht deutlich. Danach ist nach Schöns Ansicht die Tatsache, daß "durch jesuitische Umtriebe Katholizismus und Polonismus ... von der großen Menge für gleichbedeutend gehalten wird" und sich die polnisch-katholische Geistlichkeit alle Mühe gibt, "diese Täuschung zu erhalten, der übelste Umstand, welcher der Germanisierung der Provinz entgegensteht".

207) Im Jahre 1724 kam es in Thorn, wo 1557 die Reformation eingeführt worden ist, zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Jesuiten. Die meist übertriebene Bewertung des "Thorner Blutgerichts" (Enthauptung von 10 protestantischen Bürgern durch die Polen) ist aber ein Beweis für die zunehmende Schärfe der konfessionellen Gegensätze im 18. Jahrhundert.

208) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2 II Nr. 1969, a.a.O., S. 70 ff.

Tatsächlich waren die Interessen des Klerus im alten Polen aufgrund der Sozialordnung aufs engste mit denen des Adels verknüpft gewesen. Er stellte daher neben der Adelsgesellschaft das zweite gewichtige Element dar, durch das die alte Nationalvorstellung in die Epoche der Staatslosigkeit überführt wurde, eine Erscheinung, die auch für die kleineren Völker typisch ist, soweit eine alte feudale Oberschicht Bewahrer eines eigenen Patriotismus war²⁰⁹⁾. Da sich durch die Aufhebung der Erbuntertänigkeit infolge der Stein - Hardenbergschen Reformen die persönlichen Bande zwischen Gutsherren und bäuerlicher Bevölkerung gelockert hatten, fiel dem polnisch-katholischen Klerus eine Schlüsselstellung zu.

Mit Entsetzen hatte Theodor von Schön im Jahre 1816 bei seinem Amtsantritt als Oberpräsident von Westpreußen festgestellt, daß am 15. Juli jeden Jahres wegen der Schlacht von Tannenberg²¹⁰⁾ in allen katholischen Kirchen ein Dankfest dafür gefeiert wurde, daß die Deutschen von den Polen aus dem Lande geschlagen wären; sogar in der ehemaligen Hauptkirche des Deutschen Ordens zu Marienburg wurde dieses Fest gefeiert²¹¹⁾.

209) Hroch, a.a.O., S. 129 ff.

210) 15. Juli 1410 auf dem Feld bei Grünwald (polnisch Grunwald)

211) Jahresbericht für 1828 vom 20. Januar 1829 (Entwurf) für den Kronprinzen und das Staatsministerium; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep 2 II, Nr. 1969, Bl. 48 ff. - Das Grunwald-Kreuz (Krzysz Grunwaldu) ist Polens große Militärauszeichnung im Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) gewesen. Siehe Jernsson, a.a.O., S. 44.

2. Theodor von Schön und die polnisch-katholische Kirche

In Theodor von Schön (1773 bis 1856) erwuchs dem westpreußischen Polentum für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts einer der kompromißlosesten und mächtigsten Gegner. Sein Charakterbild ist, wie bei Böhning nachzulesen ist²¹²⁾, treffend gezeichnet: "Von schroffer, leicht erregbarer Art, mit Beharrlichkeit und Energie seinen gesteckten Zielen zustrebend und oft nach vielen Seiten gleichzeitig im Streite liegend, bestimmte dieser Mann, besonders nach seiner Berufung auf den Posten des Oberpräsidenten von Preußen, weitgehend die Richtung der Polenpolitik in seiner Provinz."

Schön, ein Schüler Kants, Fichtes und Humboldts, und aus der "fränkischen Schule" Hardenbergs kommend, war 1813 einer der Hauptförderer der Erhebung in Ostpreußen gewesen. 1816 wurde er Oberpräsident von Westpreußen und 1824, nach der Zusammenfassung Ost- und Westpreußens zur Provinz Preußen durch Kgl. Erlaß vom 3. Dezember 1829, Oberpräsident dieser Provinz.

Es kann nicht Aufgabe der nachfolgenden Darstellung sein, Schöns Biographie auf allen Gebieten seiner Tätigkeit als Oberpräsident nachzuzeichnen, zumal dies, zumindest was seine Wirtschaftspolitik betrifft, von anderer Seite schon ausführlich geschehen ist²¹³⁾. Hier soll nur, thematisch gerecht, auf die kirchenpolitischen Maßnahmen Schöns näher eingegangen werden. Dabei wird zu

212) Böhning, a.a.O., S. 59 (maschinenschriftliches Exemplar).

213) Vgl. Mayer, a.a.O., ferner: Politische Gedanken und Erfahrungen Th. von Schöns, Historische Zeitschrift 117 (1917).

untersuchen sein, ob und inwieweit gerade die Kirchenpolitik während der Amtstätigkeit Schöns als Oberpräsident in den Jahren 1816 bis 1842 nicht nur Einblicke in die geistigen Strömungen der Provinz gewährt, sondern die kirchlichen Regungen selbst während dieser Zeit Anlaß zur kritischen Betrachtung geben.

Von den Grundgedanken Schöns Kirchenpolitik, deren Maximen Schön in einer (zweiten) Selbstbiographie²¹⁴⁾ zusammengefaßt hat, sollen die hauptsächlichsten zum Verständnis seiner Einstellung zum polnischen Klerus und der Behandlung der kirchenpolitischen Konfliktsituation angeführt sein²¹⁵⁾.

Nach dem Vorbild Friedrichs des Großen soll der Staat im Sinne des Allgemeinen Landrechts "die Kirchengesellschaft, wie sie im Staate vorhanden ist, als Gesellschaft anerkennen", jedoch unter Wahrung seiner Oberhoheit. Dabei soll die Kirche "ihrem Wesen nach das Volk zur Gottesfurcht führen und hiebei muß ihr der Staat, wie jeder anderen Gesellschaft zu einem guten Zwecke, wie jeder Familie beistehen und selbst seine Anordnungen daran prüfen".²¹⁶⁾

Schön glaubte, seine Gedanken verwirklicht zu sehen in der Kirchenpolitik Friedrichs des Großen. Die Organisation der katholischen Kirche beurteilte Schön zunächst im Sinne kantischer Denkweise und Pflichtenlehre unter der Perspektive: "Freiheit oder Willkür". Gegenüber der katholischen Kirche schloß er sich durchaus "der landrechtlichen Auffassung an, die unter der Fiktion einer

214) Schön, Aus den Papieren, a.a.O., S. 64 bis 68.

215) Vgl. Bork, a.a.O., S. 118 ff.

216) Ebenda.

Kirchengesellschaft die Rechtssphäre der Geistlichkeit umgrenzte"²¹⁷⁾. Die Autorität und die Befugnisse eines Bischofs ließ er zunächst unangetastet, unter der Voraussetzung nämlich, daß durch das königliche Recht, den Bischof zu wählen, die Person des Bischofs Gewähr für die Staatstreue der kirchlichen Organe biete. Aus diesem Grunde betonte er auch, indem er sich auf die Instruktion vom Jahre 1817²¹⁸⁾ berief, den Staatsbeamtencharakter der Geistlichen, obwohl es keine staatsrechtliche Fundierung dieser Auffassung - wie wir bereits an anderer Stelle gesehen haben²¹⁹⁾ - gab. Kennzeichnend für Schön ist seine ausdrückliche Feststellung, daß der Oberpräsident zu den geistlichen Oberen der katholischen Kirche gehört. So kam es vor, daß er in den Erlassen des Oberpräsidiums zuweilen eigenhändig die Reihenfolge der Worte "Kirche" und "Staat" änderte²²⁰⁾.

Was das Verhältnis von Kirche und Schule betrifft, lehnte Schön den Einfluß der Kirche auf die Schule grundsätzlich ab, obgleich er an der Tatsache der geistlichen Schulaufsicht, wie bereits erwähnt²²¹⁾, nichts zu ändern vermochte.

Die Annäherung der Bekenntnisse, die Schön als Verfechter des Simultanprinzips positiv zu gestalten versuchte, war keine bloß ethische und kirchenpolitische Frage im engeren Sinn, weil sie in Westpreußen aufs engste mit der Nationalitätenfrage verbunden war. Auf dem Wege, die Nationalitätenverhältnisse zu ändern, sah Schön in

217) Bork, a.a.O., S. 118 ff.

218) Instruktion für die Konsistorien und Oberpräsidenten vom 23. Oktober 1817.

219) Siehe die Ausführungen zu Abschnitt G V 4 d), S.344/345.

220) So z. B. in der Bestätigung eines Offizials; vgl. Akten des Oberpräsidiums zu Königsberg: Offizialate, Nr. 3, 11. VII. 1820.

221) Siehe die Ausführungen zu Abschnitt G V 4 d), S.342 ff.

der Geistlichkeit den am "schwersten zu bewegendem Block", in seinen Augen: "das böse Prinzip schlechthin". So weisen bereits seine ersten Berichte an die Regierung auf den Polonismus der katholischen Geistlichen hin und suchen Maßnahmen gegen deren Wirken. Wie er es in seiner 1849 erschienenen Schrift "Staat oder Nationalität?" ausgeführt hatte, war das von ihm gern gebrauchte Wort von der "vox populi, vox dei" an "die Zucht des Staates" gebunden: "Die Idee des Staates ist der Grundton der Kultur, die Nationalitäten sind Nebentöne, welche ihm folgen". Das tiefe Mißtrauen Schöns gegen die Klostergeistlichkeit und gegen die polnischen Geistlichen überhaupt führten u. a. auch zu den Differenzen mit dem Kultusminister von Altenstein und dem katholischen Rat Schmedding, dem Vorkämpfer der katholischen Restaurationsbewegung im preußischen Staat, die beide die polnische nationale Individualität in ihren schulpolitischen Prinzipien respektierten und somit im Gegensatz zu dem liberalen staatlichen Rationalisierungseifer Theodor von Schöns standen²²²⁾.

Dennoch war Schön zu naturhaft verbunden mit volkstümlichem Empfinden, um aus bloßer Theorie zu handeln. Viele seiner Erlasse zeichnete ein volkstümlich pädagogischer Zug aus, der nicht zuletzt als Mittel unmittelbarer Einflußnahme auf nationale und kirchliche Anschauungen in der Provinz zu werten ist. Zu den bereits wiedergegebenen sarkastischen Äußerungen Schöns mögen noch zwei weitere Beispiele hinzugefügt sein, die seine oft ironische Art bei der Beantwortung von Eingaben, Gesuchen oder dergleichen erkennen lassen. In dem einen Fall suchte Schön dem Propst Stolz auf dessen Gesuch wegen persönlicher Differenzen mit seinem Weihbischof Wilxycki, nach Polen auswandern zu dürfen,

222) Vgl. Broszat, a.a.O., S. 66; Mayer, a.a.O., S. 453.

damit zu beschwichtigen, indem er auf den Ablehnungsbescheid eigenhändig hinzufügte: "Bleibe im Lande und nähre dich redlich, und Sie sind ein Deutscher"²²³⁾.

Im anderen Fall antwortete Schön auf eine Beschwerde über die Verweigerung des kirchlichen Ehrensitzes, daß er keine Veranlassung sehe, "den Wunsch einer solchen Auszeichnung im Gotteshause, wo wir alle einander gleich sind, und wo es nicht auf den Platz, sondern auf das Hertz ankommt", zu unterstützen²²⁴⁾. Solche und ähnliche Bescheide konnten, was nur zu erklärlich ist, dazu beitragen, das "Ethos" Schöns in der Bevölkerung lebendig zu machen²²⁵⁾.

3. Der preußische Oberpräsident und seine Mitarbeiter

Um die Konfliktbegegnungen zwischen der preußischen Staatsregierung und der polnisch-katholischen Kirche bzw. deren Klerus zu verstehen, bedarf es der Kenntnis von der Stellung und dem Aufgabenbereich des Oberpräsidenten der Provinz.

Die Stellung des Oberpräsidenten als einer der Provinzialverwaltung beigeordneten Aufsichtsinstanz, die Anregungen aus dem lebendigen Bedürfnis der Provinz auf dem Verwaltungsweg zur Sprache bringen sollte, hatte speziell auf dem schwierigen Gebiet der Kirchenpolitik große Bedeutung. Außer den allgemeinen Verwaltungsaufgaben nahm der Oberpräsident noch ein besonderes Ressort wahr, nämlich die Verwaltung des landesherrlichen ius circa sacra der katholischen Kirche, und zwar

223) Staatsarchiv Danzig, Abt. 74, 124, vom 26.XI.1820 an Propst Stolz.

224) Ebenda, Konzept von Eichendorff, vom 28.VI.1821.

225) Vgl. Bork, a.a.O., S. 126.

mit der allgemeinen Einschränkung auf die interna, unbeschadet der Amtsbefugnisse der Bischöfe²²⁶⁾. Die externa lagen - ähnlich der evangelischen Kirchenverwaltung - in der Hand der Regierungen. Die bereits schon erwähnte "Instruktion für die Konsistorien und Oberpräsidenten" vom 23. Oktober 1817 regelte die dem Oberpräsidenten obliegenden Aufgaben, nämlich:

1. Erörterung über die Zulässigkeit der päpstlichen Bullen und Breven
2. Die Besorgung von inländischen Gesuchen an den Papst
3. Erörterung und Erledigung von Streitigkeiten zwischen Religionsparteien
4. Erörterungen über die Kirchengesetzgebung
5. Beaufsichtigung der Prüfungen zum geistlichen Amt, und
6. wird auf die evangelischen Konsistorialrechte verwiesen, "insoweit sie ihrer Natur nach unter dem iure circa sacra der katholischen Kirche mit begriffen werden können".²²⁷⁾

Wegen der im weiteren Verfolg zu nennenden Hauptmitarbeiter Schöns für die Behandlung der katholischen Angelegenheiten, Eduard von Flottwell und Freiherr Josef von Eichendorff, sei auf deren Personalien kurz hingewiesen:

In den ersten Jahren hatte Flottwell, ebenfalls Schüler Kants und Kraus', der Schön schon aus Gumbinnen nach Danzig gefolgt war, das Hauptressort zu verwalten. In seiner religiösen Überzeugung zunächst Kantischer Denkweise folgend, stand er im späten Alter unter dem Einfluß Gerlachs und Hegels (eines Sohnes des Philosophen)

226) Vgl. Bork, a.a.O., S. 126.

227) Ebenda und in allgemeiner Folge.

dem positiven Christentum nahe. Aber die persönlichen Hemmungen und Kämpfe dabei zeigen, wie sehr er in der Kantischen Bildung verwurzelt war²²⁸⁾.

Nach Danzig brachte Flottwell die antikatholische Haltung des aufgeklärten Protestanten mit, vielleicht noch verstärkt durch die Vergangenheit seiner Familie, die seit ihrer Vertreibung aus Schottland mehrere protestantische Geistliche hervorgebracht hatte. Mit Schön von vornherein verbunden durch verwandten politischen Enthusiasmus, wurde er schon 1812 von ihm nach Gumbinnen gerufen. In Danzig, so urteilt sein Biograph Manfred Laubert, "wuchs der junge Beamte noch fester in die Anschauungen seines Chefs hinein und machte sich besonders dessen Stellung zur katholischen Kirche zu eigen"²²⁹⁾.

Er war jedoch von Natur aus weniger schroff und auch weniger zu prinzipiellen Verallgemeinerungen geneigt²³⁰⁾. Für lange Zeit war er der Hauptmitarbeiter Schöns, bis ihn für die katholischen Angelegenheiten Eichendorff ablöste.

Josef Freiherr von Eichendorff trat auf Anordnung des damaligen Kultusministers von Altenstein im Sommer 1821 an die Stelle des früheren katholischen Rates von Mathy, dessen Geschäfte Flottwell inzwischen mitvertreten hatte.

Eichendorff kam aus schlesisch-mährischer Tradition. Als strenger Katholik einte ihn die Hoffnung auf das Ziel katholisch-deutscher Wiedergeburt aus dem Geiste des Mittelalters, wie Friedrich von Hardenberg (Novalis) es verstanden wissen wollte, mit vielen anderen Romantikern. So wie er ein allmähliches Ineinanderwachsen

228) Vgl. Laubert, Eduard Flottwell, a.a.O., S. 99 ff., und zum Vorhergehenden vgl. S. 15.

229) Ebenda, S. 16.

230) Dies geht besonders aus dem Konflikt mit dem Fürstbischof von Ermland, Joseph von Hohenzollern, hervor; vgl. Hipler, a.a.O., S. 187 und 198.

des katholischen und des evangelischen Volksteiles erhoffte, ebenso ablehnend stand er andererseits dem absolutistischen Großstaat gegenüber und pries die Erhaltung von volkstümlichen Kulturwerten unter dem Krummstabe. Den Wert des Staates sah er in einer "geistigen Gemeinschaft zu einem möglichst vollkommenen Leben durch Entwicklung der Geistes- und Gemütskräfte im Volk"; die Entfaltung der materiellen Staatskräfte sollte dabei nur eine dienende Rolle spielen dürfen.

Wenn auch die positiv katholische Ausrichtung der Anschauungen Eichendorffs nicht zu verkennen ist, so hat er auf Schöns kirchenpolitische Vorstellungen keinen bemerkenswerten Einfluß gehabt. Seine Stellung ließ ihm ohnehin nur wenig Selbständigkeit, und das einzige Gutachten, das er ohne Schöns Beteiligung abgegeben hat, entfernt sich nicht wesentlich von Schöns Ansichten²³¹⁾.

4. Das Kultusministerium und seine ersten Repräsentanten

Die "Gegenspieler" Schöns und Eichendorffs des im Jahre 1818 gegründeten Kultusministeriums waren der "erste" Kultusminister, Freiherr Karl vom Stein zum Altenstein, dessen Anschauungen stark von der Ideenwelt Fichtes beeinflußt waren. In der "Rigaer Denkschrift" vom Jahre 1807²³²⁾ ist sein damaliges politisches Glaubensbekenntnis, insbesondere auch über das Verhältnis des Staates zu Religion und Kirche niedergelegt. Nach diesem "Bekenntnis" ist der Zweck des Staates: Verwirklichung des Menschheitsideals, das in der Religiosität gipfelt.

231) Bork, a.a.O., S. 16 und 130, Anm. 4).

232) Müsebeck, a.a.O., Anhang:, vgl. auch Spranger, a.a.O.

Jedoch sei die Religion weder die einzige Aufgabe des Staates, noch lasse sie sich durch staatliche Mittel erzwingen. Der Staat habe vor allem die Hindernisse, die sich seinem Emporwachsen entgegenstellten, fortzuräumen, Eingriffe in religiöse Lehren aber zu unterlassen. In seinen Bemühungen, den Kirchen ihre Selbständigkeit zu erhalten, wobei er insbesondere der katholischen Kirche weitgehende Zugeständnisse machen wollte, vermochte er nicht der eigenwilligen Politik Friedrich Wilhelms III. gegenüber der evangelischen Kirche entgegenzuwirken. So sah er sich in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit von den auseinanderstrebenden Bewegungen in der katholischen wie in der evangelischen Kirche bedrängt, ohne beider Herr zu werden. In dem Bemühen, die Gegensätze zwischen der Kulturpolitik des Staates und den immer stärker anwachsenden Widerständen in der Nation in Einklang zu bringen, suchte er sie - in späteren Jahren ein Anhänger Hegels geworden - in philosophischer Reflexion und verfiel dabei oft den Gefahren theoretischer Lösungen.

Von den Räten des "ersten" Kultusministeriums sind vor allen anderen die Räte Schmedding und Nicolovius zu nennen.

Letzterer, Königsberger von Geburt, war Schön aus dessen Tätigkeit in der Schulpolitik während der Reformzeit her bekannt und mit ihm befreundet; er war eine religiös-innerliche Natur von pietistisch-romantischer Färbung. Mit Altenstein mag ihn eine gewisse Übereinstimmung in der feingliedrigen Wesensart und religiös abgestimmten Bildung verbunden haben. Daß er Altenstein wesentlich beeinflußt hat und daß er an den amtlichen Vorgängen in besonderem Maße beteiligt gewesen ist, läßt sich nicht erkennen²³³⁾.

233) Bork, a.a.O., S. 12.

Erheblich größeren Einfluß besaß der katholische Rat Schmedding. Er stammte aus Münster und war ein zielbewußter Vorkämpfer der katholischen Restaurationsbewegung im preußischen Staat. Als enger Mitarbeiter Schöns wußte er um die Vorgänge, an denen Schön beteiligt war. Im übrigen war er mit dem Fürstbischof des Ermland, Josef von Hohenzollern, dem erklärten Gegner Schöns, in Ostpreußen befreundet gewesen²³⁴⁾. Man kann annehmen, daß Schmeddings Tätigkeit nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis Altensteins zu Schön geblieben ist, obwohl Altenstein in den ersten Jahren zu vermitteln versucht hatte.

5. Die Germanisierungsfrage

Für die sich zwischen Schön und seinen Mitarbeitern und der katholisch-polnischen Kirche und ihrem Klerus, aber auch auf dem Gebiete des Schulwesens ergebenden Konflikte, darf der Vorwurf nicht ungehört bleiben, den Schön den Polen machte. Er bezichtigte sie der Roheit, Unwissenheit und Unbildung; es war ihm geradezu unverständlich, daß sich ihre Sehnsucht auf einen Staat richten konnte, dem seiner Meinung nach diese Eigenschaften, gepaart mit Unordnung, das Gepräge gegeben hätten. Nationalismus überhaupt galt ihm als rück-schrittlich und überholt. Soweit es darum ging, die Germanisierungsabsichten zu begründen, schob Schön jede Billigkeit und Objektivität dem Gegner gegenüber beiseite. Dabei muß man sich darüber im klaren sein, daß über die Frage, von welchem Zeitpunkt an und inwieweit man überhaupt von Germanisierung oder nur von bloßen

234) Bork, a.a.O., S. 59 ff.

Absichten dazu aus preußischer Sicht sprechen kann, erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen deutschen und polnischen Historikern bestehen²³⁵⁾. Bei Schön selbst kommt der Terminus "Germanisieren" jedenfalls wiederholt vor, und zwar verbindet Schön damit ein konkretes Programm, nämlich: vollkommene und kulturelle Assimilierung des nichtdeutschen Elements. Bezeichnend dafür ist seine vielzitierte Bemerkung, daß er es bei seinem Amtsantritt als Oberpräsident von Westpreußen als seine Aufgabe angesehen habe, "aus den ehemaligen Sklaven und Slaven Menschen und Deutsche zu machen"²³⁶⁾. Aus der von den preußischen Behörden zur Sprachenfrage geübten Praxis möchte man allerdings trotz aller gegenteiligen Beteuerungen annehmen, daß nicht "Einstaatlichung" der polnischen Bevölkerung, sondern "Eindeutschung" das Ziel gewesen ist²³⁷⁾. In der deutschen Literatur wird teilweise bis in die jüngste Zeit hinein das Gegenteil dieser These vertreten, ohne allerdings entsprechende Beweise dafür zu erbringen. Auf die Behauptung z. B.²³⁸⁾, Schön habe "Einstaatlichung nicht volks-, sondern gesinnungsmäßig" verstanden wissen wollen, und in Anlehnung an Friedrich dem Großen sei es ihm nicht um "Germanisierung", sondern um "Kultivierung" gegangen, bleibt die entsprechende Beweisführung aus, wie auch - was hierzu unbedingt notwendig gewesen wäre - die Sprachenfrage überhaupt nicht angesprochen wird, es sei denn, mit wenig beweiskräftigen und negativen Bemerkungen, welche die polnischen Bemühungen auf diesem Gebiet als eine "gegenfüßlerische nationalpolnische Bewegung" deklarieren,

235) Böhning, a.a.O., S. 60, Anm. 16 (maschinenschriftliches Exemplar)

236) Schön, Aus den Papieren, a.a.O., Bd. I, S. 103.

237) Böhning, a.a.O., S. 79.

238) Hoffmann, a.a.O., S. 30.

die einer "Aufwärtsentwicklung" schlechthin und im besonderen im Schulwesen hemmend im Wege gestanden hätten²³⁹⁾.

Ein mit der Untersuchung des Schulwesens und der Konfessionsverhältnisse im Kreise Flotow beauftragter Regierungsrat berichtete unter dem 25. Dezember 1830 an das Kultusministerium²⁴⁰⁾;

" Daß ungeachtet der Vermischung der deutschen und polnischen Einwohner die letzteren noch immer die polnische Sprache beibehalten und deshalb noch immer Polen bleiben, hat seinen Grund lediglich in dem Umstande, daß die katholischen Geistlichen den Gottesdienst immer in polnischer Sprache abhalten. Wird nicht mit Nachdruck dahin gewirkt, daß nur deutsch-katholische Geistliche angestellt und diese angewiesen werden, wenigstens allmählich den Gottesdienst deutsch abzuhalten, so wird die Mehrzahl der polnischen Westpreußen noch immer Polen bleiben. "

Solche Worte geben nicht nur die Meinung einzelner Beamter und ihrer Dienststellen wieder, sondern entsprechen der allgemeinen Auffassung, die auch Schön teilte.

Immerhin gab es aber auch zu dieser höchst strittigen Frage Gegenvorstellungen, wie z. B. die Ansicht des aus Westdeutschland stammenden und bei der Regierung Marienwerder tätigen katholischen Schulrats Kellner, der ganz "im Fahrwasser" des oberschlesischen und bereits genannten Bogedains "schwimmend", der Meinung war, man solle versuchen, Deutsche und Polen nicht als Gegensätze aufzufassen, sondern nur "polnischredende Preußen von deutschredenden" zu unterscheiden²⁴¹⁾.

239) Hoffmann, a.a.O., S. 53.

240) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep A 180, Nr. 5091, S. 193 ff.

241) Vgl. Hahn, a.a.O., S. 10.

Die zunehmende Verschärfung der Nationalitätengegensätze ließ aber solche Lösungsversuche immer aussichtsloser werden. Es handelte sich bei allen diesen Versuchen um nichts anderes als um Scheinargumentationen, wollte man aus der internen preußischen Regelung von 1815 eine eigentliche Sprachenfrage wie in der Provinz Posen für Westpreußen in Abrede stellen und behaupten, daß es sich in Westpreußen um eine "erzieherische Aufgabe" gehandelt habe, bei der es im wesentlichen darum gegangen sei, "die beste Methode ausfindig zu machen, um das Land endgültig mit dem übrigen Staate zu verschmelzen"²⁴²⁾.

Von den Vertretern der katholischen Kirche, vor allem den Bischöfen von Ermland (mit ihrem Fürstbischof Joseph von Hohenzollern) und Culm, ist - zumindest bis zur Reichsgründung - in der Sprachenfrage eine Haltung eingenommen worden, die die tatsächlichen Verhältnisse und entsprechenden Notwendigkeiten in den Vordergrund stellten und andere Lösungsmöglichkeiten erkennen ließen. Allen anderen voran verfocht der Culmer Bischof Dr. Sedlag, der während einer mehr als zwanzigjährigen Amtszeit das Gesicht seiner Diözese entscheidend geformt hatte, trotz aller Loyalität gegenüber den weltlichen Behörden, unbeirrbar den Gebrauch der polnischen Sprache im kirchlichen Leben. Genau wie einer seiner Vorgänger, der bereits im Zusammenhang mit Schöns oft sarkastischen Bemerkungen genannte Weihbischof Wilxycki, verweigerte er der Danziger Regierung 1836 eine allgemeine Verordnung über die Abhaltung deutschsprachiger Predigten in der Diözese. Seiner Meinung nach bestände dazu "keine Veranlassung, da die meisten Katholiken und auch ein großer Teil der Pfarrer nur polnisch verstünden"²⁴³⁾.

²⁴²⁾ Hahn, a.a.O., S. 5.

²⁴³⁾ Staatliches Archivlager Göttingen, Rep 2 II, Vol. 5, Bl. 13.

Insoweit es sich um Mitteilungen und Veröffentlichungen für die Geistlichkeit und die Gläubigen handelte, wurden diese in den Bistümern Culm und Ermland von Anfang an zweisprachig publiziert. 1835 führte Bischof Sedlag übrigens einen neuen polnischsprachigen Katechismus ein, nachdem die älteren Auflagen längst vergriffen waren²⁴⁴⁾. 1840 legte er dem Kultusministerium das Manuskript eines neuen polnischsprachigen Gesang- und Gebetbuches vor²⁴⁵⁾. Es ist verständlich, daß bei solchen Neuredaktionen Lieder und Gebete für die polnische Nation, zumal in ihnen auch das Waffenglück der polnischen Krone verherrlicht wurde, gestrichen wurden, was zu einer nicht geringen Verärgerung national-polnischer Kreise führte, die gegen eine derartige - wie sie es nannten - "Kosmopolitisierung" häufig polemisierten²⁴⁶⁾.

Von den Bemühungen um die Förderung des Nachwuchses polnisch sprechender katholischer Geistlicher ist es - abgesehen von den seit 1852 durchschnittlich 7 Schülern des Culmer Gymnasiums vom bischöflichen Stuhl gewährten Stipendien - als ein weiterer Erfolg bischöflichen Bemühens anzusehen, daß die 1836 in Pelplin gegründete private - 1864 durch den Bischof von der Marwitz zum Progymnasium erweiterte und in "Collegium Marianum" umbenannte - Anstalt die einzige Schule in Westpreußen war, in der bis 1919 (!) ohne Unterbrechung polnisch unterrichtet worden ist²⁴⁷⁾.

Dieser offenbaren Ausnahme stehen die strikten Anweisungen der Verwaltungsbehörden entgegen, von denen Buzek²⁴⁸⁾ wie folgt berichtet:

244) Vgl. Mańkowski, Anastacy Sedlag, a.a.O., S. 52.

245) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep 2 Tit 20, Nr. 48, Vol. 3 B. 137, und ebenda Rep 2 II Nr. 2269, Vol. 1, Bl. 367 und 369.

246) Nadwiślanin (Weichselzeitung) Nr. 100 (1861).

247) Dabrowski, a.a.O., S. 28 ff. und 164 ff.

248) Buzek, a.a.O., S. 55/56.

" Władze administracyjne domagały się nawet od władzy duchownej, aby ogłosiła od siebie alumnom w seminaryum, iż nikt w przyszłości parafii nie otrzyma, o ile nie wykaże się znajomości języka niemieckiego. Z tych żądań wynikały ostre spory z arcybiskupem ks. Wolickim, które doprowadziły do tego, iż w r. 1829 rejencya odmówiła zatwierdzenia proboszcza, mianowanego na parafię opalenicką, jedynie dlatego, iż nie umiał dość biegle mówić po niemiecku. "

(Die Verwaltungsbehörden verlangten sogar von den kirchlichen Verwaltungsbehörden, daß sie von sich aus in den Seminaren bekannt gaben, daß niemand zukünftig ein Pfarramt erhalten würde, wenn er nicht den Nachweis der Kenntniss der deutschen Sprache erbringt. Wegen dieser Forderung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Erzbischof Wolicki, die dazu führten, daß 1829 der Regierungsbezirk die Bestätigung eines für die Pfarrei Opalenik nominierten Pfarrers nur deshalb verweigerte, weil er nicht fließend deutsch sprach.)

6. Die "Ära Flottwell" und die Polenpolitik

Bevor zu der regierungsfeindlichen Tätigkeit der polnisch-katholischen Kirche seit den fünfziger Jahren Stellung genommen werden soll, bedarf es nach den sogenannten "stillen Jahren", denen der polnische Novemberaufstand von 1830 ein Ende setzte, noch des Eingehens auf die speziell von Flottwell verfolgte Polenpolitik in der Zeit von 1830 bis zum Frühjahr 1841.

War bis zum Aufstandsgeschehen von 1830 das Bestreben Friedrich Wilhelms III., Hardenbergs und des überwiegenden Teils der Beamenschaft darauf gerichtet gewesen, die polnische Bevölkerung in den preußischen Landesteilen, vor allem aber den polnischen Adel, für den preußischen Staat zu gewinnen und die von Zar Alexander I. den Polen seines Reiches gemachten Zugeständnisse

nach Möglichkeit noch zu übertreffen²⁴⁹⁾, so setzten nunmehr die Reaktionsmaßnahmen der preußischen Regierung ein. Mit den ersten dieser Maßnahmen, die die Abberufung des Statthalters der Provinz Posen, Fürst Anton Radziwiłł, zur Folge hatte, weil sein Bruder, Fürst Michael Radziwiłł (beide Verwandte des preußischen Königshauses) zum Oberbefehlshaber der polnischen Kräfte des Aufstandes ernannt worden war, fiel zugleich der Amtsantritt Eduards von Flottwell im Dezember 1830 zusammen. Von den verschiedensten Seiten wurde seine Ernennung mit frohen Erwartungen begrüßt, wobei übrigens unter den Glückwunschschriften das des Kronprinzen das wichtigste deshalb schien, weil die zunächst vorläufige Suspension Radziwiłłs zwar ein wesentliches Hindernis für das tatkräftige Durchgreifen des neuen Chefs der Provinz beiseite schob, der Thronfolger aber in diesem Punkt zugleich den Versuch unternahm, durch eine eventuelle Versöhnung des Statthalters mit Flottwell ersterem für später wieder eine Hintertür zu öffnen²⁵⁰⁾. Der um eine solche Vermittlung angegangene und seit 1825 zum Generalfeldmarschall ernannte Graf Neidhardt von Gneisenau, der übrigens bei dem Aufstand der Polen den Oberbefehl über vier östliche Armeekorps erhalten hatte, bot die Hand hierfür nur mit dem Bemerkten, daß er davon wenig erhoffe, weil "die Nationalität der beiden Zwillings-Machthaber allzu widersprechend sei, als daß nicht bald Reibungen entstehen sollten, da die Natur ihrer Amtsverrichtungen einander wesentlich feindlich ist"²⁵¹⁾.

249) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 376.

250) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 59.

251) Tragischerweise starb Gneisenau am 23. August 1831 an den Folgen der Cholera, die er sich in dem Aufstands-Feldzug zugezogen hatte.

Zur Person des neuernannten Oberpräsidenten erklärte Gneisenau, daß er in ihm "einen ausgezeichneten Beamten kennen gelernt habe, der es wohl verdient hat, in die ausgezeichnete Stelle, welche er jetzt einnimmt, gehoben zu werden"²⁵²⁾.

Die Politik Flottwells zehnjähriger Amtszeit, oft auch die "Ära Flottwell" oder auch "Das Flottwellsche Jahrzehnt" genannt²⁵³⁾, die vom Dezember 1830 bis zum Mai 1841 dauerte, kennzeichnet sich - wie Buzek es polnischerseits zum Ausdruck bringt²⁵⁴⁾ - als "eine besondere Zeit der preußischen Politik" (Jego nazwisko oznacza osobną erę polityki pruskiej).

Die Ansichten darüber, ob Flottwell auf "Germanisierung" eingestellt war, gehen preußischer- und polnischerseits auseinander. Während Buzek²⁵⁵⁾ beispielsweise Flottwell eine solche Politik unterstellt und als stärkste Befürworter dieser Politik Flottwells den kommandierenden General Grolmann und den Gerichtspräsidenten der Provinz, Schönermark, und nach ihm Frankenberg, anführt, und in diesem Zusammenhang auf die Abhandlung Grolmanns über die Zustände im Posener Land hinweist, aus der Bismarck später seine hauptsächlichsten Informationen zur Behandlung der polnischen Frage (so Buzek) geschöpft haben soll, ist z. B. Rhode der Ansicht, daß Flottwells Politik nicht auf Germanisierung ausging²⁵⁶⁾.

Stellung nehmend zu diesen beiden sich gegenüberstehenden Meinungen wird man weder nach der einen noch nach der anderen Flottwell als "fanatischen Doktrinär" oder gar

252) Vgl. Laubert, Eduard Flottwell, a.a.O.

253) Vgl. statt vieler: Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 378; Laubert, a.a.O., S. 59.

254) Buzek, a.a.O., S. 60.

255) Ebenda, S. 60, Anm. 2).

256) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 378.

"rücksichtslosen Germanisator"²⁵⁷⁾ bezeichnen können. Man wird sicherlich zu einem richtigen Urteil gelangen, wenn man die Denkschrift Flottwells vom 15. März 1841 seiner Einstellung zu seinen Handlungen zugrunde legt, in der er die ihn leitenden Gesichtspunkte klargestellt hatte²⁵⁸⁾. Nach diesen seinen Gedanken kam es ihm darauf an, dadurch eine innige Verbindung der Provinz Posen mit dem preußischen Staat zu schaffen, daß "die ihren polnischen Einwohnern eigentümlichen Richtungen, Gewohnheiten und Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstrebten, allmählich beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihr verbreitet werden, damit die gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten, als der Schluß dieser Aufgabe, durch das entschiedene Hervortreten deutscher Kultur erlangt werden möge"²⁵⁹⁾.

Bei diesen, die Subjektivität des Darstellenden verständlicherweise beinhaltenden Gedanken darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß Flottwell die widerstrebenden Elemente des Adels und der Geistlichkeit unschädlich machen wollte und ihnen ausschließlich sein Kampf galt, er dagegen die übrigen Volksschichten durch materielle Wohltaten und durch Erziehung zur Selbstverwaltung und politischen Teilnahme an der Leitung der öffentlichen Dinge gewinnen wollte, um auf neutralem Boden eine Zusammenarbeit beider Völker zu schaffen, bei der wegen des überlegenen deutschen Wesens schließlich eine friedliche Durchdringung mit diesem einsetzen mußte.

257) Laubert, a.a.O., S. 62.

258) Ebenda, S. 61.

259) Ebenda.

Meines Erachtens zeigen aber doch die "retrospektiven Prognosen" Flottwells am Ende seiner Amtszeit recht deutlich desgleichen aber auch der Gang der Dinge während seiner Amtsausübung, daß der Gedanke einer germanisierenden Politik, wenn auch in ihrer Ausführung nicht radikal, vorherrschend gewesen ist. Die einzelnen Programmpunkte, wie sie Buzek zusammengefaßt hat, lassen erkennen, wie der Germanisierungsgedanke bei Flottwell vorangestanden hat²⁶⁰⁾:

- " 1) Powiększać wszelkimi siłami ludność niemiecka księstwa.
- 2) Nadać językowi niemieckiemu wieksze niż dotychczas znaczenie w władzach administracyjnych i sądowych.
- 3) Zwalzczać znaczenie szlachty polskiej i uzyskać wpływ na wychowanie duchowieństwa katolickiego.
- 4) Podnieść księstwo pod względem ekonomicznym i kulturalnym i usunąć czynniki przeszkadzające rozwojowi mieszczaństwa niemieckiego.
- (1) Mit aller Kraft die deutsche Bevölkerung des Großherzogtums vergrößern:
- (2) Der deutschen Sprache größere Bedeutung als bisher in der Verwaltung und Gerichtsbarkeit geben.
- (3) Bekämpfung des Einflusses des polnischen Adels und Vermehrung des Einflusses auf Ausbildung der katholischen Geistlichkeit.
- (4) Hebung des Herzogtums auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene und Beseitigung aller störenden Faktoren der Entwicklung des deutschen Bürgertums.

In der Tatsache, daß es Flottwell nicht für angebracht hielt, in der Schulpolitik an die Grundsätze der preussischen Regierung in den Jahren 1815 bis 1830 festzuhalten, sieht Buzek gleichfalls den Germanisierungswillen Flottwells, so wie er auch Flottwells energisches Bemühen um die Kulturentwicklung als nichts anderes deutet,

260) Buzek, a.a.O., S. 61/62.

als daß dadurch die polnische Sprache rücksichtslos ausgemerzt und das Kulturniveau statt gehoben, vielmehr gesenkt wird (Jego przekonaniem było, iż najlepiej przysłuży się swemu naczelnemu celowi niemczenia przez energiczne popieranie rozwoju oświaty, wiedział zaś dobrze, iż bezwzględne tępienie języka polskiego musiałoby obniżyć stopień oświaty)²⁶¹). Einen weiteren Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung erblickt Buzek darin, daß Flottwell die katholische Geistlichkeit dem polnischen Geist entfremden und durch die Anhebung ihres fachlichen Ausbildungsniveaus diese für die Regierung gewinnen, zugleich aber durch die Erreichung größeren Einflusses auf die Erziehung des Klerus einwirken wollte (Duchowieństwo katolickie pragnął Flottwell odwrócić od polskości i pozyskać dla rządu przez podniesienie poziomu wykształcenia zawodowego kleru i przez uzyskanie większego wpływu na wychowanie kleryków)²⁶²).

Mögen sich auch die wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen Flottwells positiv für die Bildung eines polnischen Mittelstandes ausgewirkt haben, so hatten jedenfalls die überwiegend vom Adel bestimmten Kreistage 1833 das Recht verloren, Kandidaten für die Landratsposten zu präsentieren, so daß von nun an meist deutsche Beamte oder Adelige zu Landräten ernannt wurden und auch im Verkehr der Behörden miteinander ab 1832 die deutsche Sprache allein herrschend wurde²⁶³).

Entscheidend ist aber für die Untersuchung hier der in die Zeit Flottwells fallende Konflikt des preußischen Staates mit dem Erzbischof von Posen - Gnesen, Marcin

261) Buzek, a.a.O., S. 66/67.

262) Ebenda, S. 74 (XII).

263) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 378.

Dunin-Sulgustowski, im sogenannten "Mischehenstreit", der mit der Verhaftung und Internierung des Erzbischofs im Oktober 1839 endete, weil dieser den Pfarrern befohlen hatte, die Brautleute zu katholischer Kindererziehung zu verpflichten, was meist Polonisierung bedeutete²⁶⁴⁾.

Die wahre Einstellung Flottwells zur polnischen Frage dürfte aber in der Diskrepanz seiner persönlichen Ansichten und der von ihm getroffenen Maßnahmen liegen. Beweis hierfür ist seine vertrauliche Korrespondenz. So hatte er sich z. B. mit einem Schreiben vom 11. Dezember 1830 an den damaligen Innenminister, Freiherrn von Brenn, gewandt, der ihm mit Schreiben vom 13. Dezember antwortete²⁶⁵⁾, daß er es immer dankbar anerkennen werde, "wenn Sie mir mit Offenheit und Vertrauen entgegenkommen, weil ich überzeugt bin, daß dadurch, und nur dadurch, das allgemeine Beste gefördert werden kann". Aus dem überaus aufschlußreichen und zugleich aber auch bedenklichen Zusatz in diesem Schreiben: "Ihre Ansichten über die Behandlung der dortigen Einsassen ist auch die meinige, ob sie gleich nicht die hier vorherrschende ist. Wahrheit, Offenheit und rechtlicher Sinn, sind zu allen Zeiten, ganz vorzüglich aber bei der jetzigen Aufregung der Gemüter, die einzig richtige Politik", geht deutlich hervor, daß Flottwells Anschauungen nicht mit den von ihm getroffenen - und schließlich mit der Berliner Regierung abgestimmten - Maßnahmen übereinstimmten.

264) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 379.

Nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. im Juni 1840 und dem Beginn der "Versöhnungsära" durfte der Erzbischof schon im August 1840 in seine Erzdiözese zurückkehren, ohne daß der Mischehenstreit wirklich beigelegt wurde.

265) Zitiert bei Laubert, a.a.O., S. 59/60 (Privatschreiben aus dem Nachlaß Flottwells).

Sicherlich richteten sich die Flottwellschen Maßnahmen - wie schon aus seiner Denkschrift vom Dezember 1830 hervorgeht²⁶⁶⁾ - in der Hauptsache gegen den polnischen Adel und Klerus ("zu diesem Zwecke Befreiung der unteren Schichten aus der Einflußsphäre des Adels und des Klerus durch materielle Wohltaten"), aber mit den Praxen der letztlich von Flottwell zu verantwortenden germanisierenden Verwaltung, die tief in das Volksleben eingriff, gerieten auch die unteren Schichten allmählich in Opposition zur deutschen Bürokratie²⁶⁷⁾. Aufgrund dieser sich entwickelnden Abneigung der polnischen Bevölkerung gegen die preußische Bürokratie und vornehmlich durch die sich seit dem Edikt vom 31. Oktober 1810²⁶⁸⁾ auswirkende Säkularisation der Klöster und den damit verbundenen tiefen Einschnitt in das kirchliche Leben, hauptsächlich der Landbevölkerung, mußte der Wert zivilisatorischer Durchdringung der polnischen Landesteile - wie es das Programm Flottwells vorsah - sehr problematisch bleiben. "Die Konsequenz des bürokratisch regierenden Systems, das - sich auf die unteren Schichten stützend - damit zugleich die Kräfte groß zog, die ihm viel gefährlicher werden sollten als die alte aristokratische Gesellschaft, machte sich auch hier auf nationalem Gebiete bemerkbar und stellte die Erfolge der Flottwellschen Politik wieder in Frage. Der polnische Mittelstand, dessen Entwicklung die Flottwellschen Maßnahmen begünstigten, erwies sich späterhin als weit aus gefährlicherer Gegner als die polnische Aristokratie"²⁶⁹⁾.

266) Schinkel, a.a.O., S. 38/39.

267) Ebenda, S. 40.

268) abgedruckt in GS 1810, S. 32.

269) Schinkel, a.a.O., S. 41.

7. Die Konflikte mit dem polnischen Klerus

Neben dem polnischen Adel war der katholische Klerus der Hauptträger des national-polnischen Gedankens. So wie die Kirche der Hort des Polentums war²⁷⁰⁾, war es notwendig, sollte die polnische Frage gelöst werden, der Agitation des Klerus entgegenzutreten. Von allen Aufgaben der preußischen Polenpolitik war dies die schwierigste, da es galt, die politische Wirksamkeit der polnisch-katholischen Kirche einzuschränken oder gar zu beenden.

Das Problem, das sich für die preußische Staatsregierung in den fünfziger und sechziger Jahren stellte, war dies: entweder zu versuchen, die katholische Kirche zu schwächen und die evangelische Kirche zu stärken oder entsprechend der Forderung Leopold von Gerlachs die Provinz Posen nicht nur zu germanisieren, sondern auch zu "protestantieren"²⁷¹⁾. Diesen Weg hat die preußische Staatsregierung nicht beschritten. Mag auch die Absicht bestanden haben, die evangelische Kirche zu fördern und damit die Position der deutschen Bevölkerung zu kräftigen, so fehlte es vor allem an der Bereitstellung von Mitteln, die den Bau von Kirchen und die Dotation von Pfarrstellen in finanzschwachen Gemeinden hinreichend ermöglicht hätten²⁷²⁾.

Da sich die Regierung der fünfziger und sechziger Jahre, was die jüdische Bevölkerung betrifft, völlig passiv verhielt, verzichtete sie - insgesamt gesehen - also darauf, den Bestrebungen der polnisch-katholischen Kirche

270) Laubert, a.a.O., Auflage 1920, S. 55.

271) Gerlach, a.a.O., Bd. 2, S. 23.

272) Baske, a.a.O., S. 128.

dadurch entgegenzuwirken, daß sie die Angehörigen der kirchlichen Institutionen anderer Konfessionen besonders unterstützte. So wurde von der preußischen Staatsregierung der Weg der unmittelbaren Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche beschritten. Vor allem konzentrierte sie sich darauf, den Repräsentanten der polnisch-katholischen Kirche in Preußen, den Erzbischof von Posen - Gnesen dahingehend zu beeinflussen, daß er die Macht seines Amtes nicht gegen, sondern möglichst für den preußischen Staat einsetzte.

a) Erzbischof Leon von Przyłuski

Im April 1848, als die revolutionäre Bewegung in der Provinz Posen ihren Höhepunkt erreicht hatte und der preußische Kultusminister, Graf Schwerin, den amtierenden Erzbischof Leon von Przyłuski aufforderte, selbst und durch die Geistlichkeit seiner Diözese "Worte der Ermahnung zur Brüderlichkeit und Eintracht zwischen Deutschen und Polen zu predigen und predigen zu lassen"²⁷³⁾, wies dieser ein derartiges Ansinnen mit den folgenden scharfen Worten zurück:

" Mir scheint ... die Zumutung, das polnische Volk durch einen Hirtenbrief zur Ruhe zu mahnen, unbegreiflich, wenn die Unruhe von den Deutschen und vom Militär provoziert wird. Ich könnte es nur zur Duldung ermahnen, die ihm gewordene Schmach und Gewalttätigkeiten aller Art in christlicher Ergebenheit zu ertragen, und dieses kann ich dem Gouvernement gegenüber nicht. " ²⁷⁴⁾

273) DZA, Rep 76 Sekt. 4 Ab. IV, Nr. 9, S. 1 und im weiteren siehe bei Baske, a.a.O., S. 130 ff.

274) DZA, Rep 76 IV Sekt. 4 Abt. IV, Nr. 9, S. 3.

So empfahl der Erzbischof der Regierung, "die entfesselte Brutalität der Soldateska zu zügeln, die die Einwohner der Provinz an die Zeiten der wilden tatarischen Horden erinnert"²⁷⁵⁾.

Friedrich Wilhelm IV., der mit den zwischenzeitlichen Maßnahmen des Kultusministers - der polnische Texte von Hirtenbriefen des Fürstbischofs von Breslau in Posen drucken und in der dortigen Provinz verteilen ließ - nicht einverstanden war, bestand darauf, daß Przyłuski veranlaßt werden müsse, seinen Einfluß zugunsten des preußischen Staates geltend zu machen²⁷⁶⁾. Als der Erzbischof erneut ablehnte²⁷⁷⁾, bewog diese Haltung den König dazu, im März 1849 eine diplomatische Aktion gegen Przyłuski beim Päpstlichen Stuhl einzuleiten. Demzufolge erhielt der preußische Gesandte am päpstlichen Hof, Usedom, den Auftrag, darauf hinzuwirken, "daß eine geeignete abmahnende Ansprache des Papstes (Pius IX.) an die katholische Geistlichkeit des Großherzogtums Posen und namentlich an den Erzbischof von Przyłuski wegen deren Beteiligung an den im Großherzogtum stattgehabten politischen Wirren erlassen werden möge"²⁷⁸⁾. Dabei wurde von dem preußischen Gesandten dem Kardinal und Staatssekretär Antonelli bedeutet, daß es dem preußischen König darauf ankomme, durch die Mitwirkung des Heiligen Stuhles "diesen Prälaten zu seiner Pflicht zurückzurufen und ihm zu besseren Ansichten zu bewegen"²⁷⁹⁾. Es gehe nicht nur um die Sicherheit der Provinz, sondern vor allem auch um den Bestand der kirchlichen Würde. Als Antonelli mitteilte, der Papst beabsichtige in Anbetracht der

275) DZA Rep. 76 IV Sekt. 4 Abt. IV, Nr. 9, S. 35.

276) Ebenda, S. 58.

277) am 18. Februar 1849, ebenda, S. 62 und 63.

278) Bericht des Außenministers und des Gesandten vom 20. Juli und 24. August 1849; ebenda, S. 65 bis 70.

279) Der Originaltext in italienischer Sprache lautet: "questo prelato ai doveri suoi, inducendolo a migliori sentimenti"; ebenda, S. 73.

revolutionären Unruhen in ganz Europa, eine Zirkularnote an alle Bischöfe zu richten, erklärte Usedom, daß dies nicht im Sinne der preußischen Regierung sei. Die Verhältnisse in der Provinz Posen seien mit denen anderer Provinzen nicht zu vergleichen und erforderten deshalb auch eine besondere Behandlung: "Il n'y a qu'un document adapté spécialement aux besoins religieux, nationaux et politiques de la province, que les personnes en question voudront s'appliquer et qui pourra per conséquent servir à prévenir peut-être la guerre civile"²⁸⁰⁾.

Am 6. Juli 1849 erhielt Usedom den Bescheid, daß der Papst am 24. Juni ein Schreiben an den Erzbischof von Przyluski gesandt habe²⁸¹⁾, jedoch war eine Abschrift diesem Schreiben nicht beigelegt. Eine solche erhielt Usedom erst, als er einige Tage später beim Kardinal Antonelli persönlich vorstellig wurde. Aus dieser war zu entnehmen, daß das an Przyluski gerichtete päpstliche Schreiben von allen anderen Dingen handelte und nur der einzige, wenn auch längere, Satz enthalten war, der das Anliegen der preußischen Regierung berücksichtigte. Dieser Satz lautete wie folgt²⁸²⁾:

" Et quoniam non sine levi animi Nostri molestia accessimus nonnullos istic reperiri Catholicos, qui perversis seditionibus favent, idcirco ne intermittas omni studio fideles monere atque exhortari, ut a pravis hisce motibus se abstineant, atque in omnibus pacem et caritatem inquirent, et quae pacis et caritatis sunt sedulo sectentur, utque debitans erda suum Principem in civilibus rebus, que Dei et Ecclesiae legibus minime adversentur, fidem et obedientiam tueantur ac praestend, non solum propter iram sed etiam propter conscientiam juxta Apostolo monitum. "

280) DZA Rep 76 IV Sekt. 4 Abt. IV, Nr. 9, S. 72

281) Ebenda, S. 75.

282) Ebenda, S. 69.

Diese Worte des Papstes, von denen der Hinweis auf die nur der weltlichen Obrigkeit obliegenden Pflichten besonderes Gewicht hatten, konnten in ihrem geringen Umfang den Erwartungen der preußischen Regierung nicht genügen. Form und Inhalt eigneten sich natürlich nicht zur Veröffentlichung, zumal Kardinal Antonelli bei Überreichung der Abschrift darauf hingewiesen hatte, daß diese mit ihrem zuvor zitierten Passus nur zur Unterrichtung Friedrich Wilhelms IV. bestimmt sei²⁸³⁾. Auf eine nochmalige Audienz erklärte der Papst, "die Erlassung eines Hirtenbriefes sei zwar Diözesesache und der Heilige Stuhl könne hier nicht direkt eingreifen; allein gegen einen Hirtenbrief, infolge des päpstlichen Erlasses, sei nichts zu erinnern und die Maßregel durchaus natürlich und in Ordnung"²⁸⁴⁾.

Staatsrechtlich bedeutsam waren die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Erzbischof, insoweit sie die Bestimmungen der preußischen Verfassung über die Freiheiten der Religionsgemeinschaften betrafen. Bereits Ende 1848 hatte Przyłuski dem Posener Oberpräsidenten mitgeteilt, welche Konsequenzen er aus der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember zu ziehen beabsichtigte²⁸⁵⁾.

Da der Art. 15 das dem Staate bisher in vielen Fällen zustehende Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen aufhob, kündigte Przyłuski an, daß in Zukunft die Prälatur- und Kapitularwürden vom Papst und alle anderen geistlichen Ämter ohne Kommunikation mit den weltlichen Behörden von ihm selbst besetzt und die Regierungsstellen nur noch von den Veränderungen unterrichtet werden würden.

283) Bericht des preußischen Gesandten Usedom an den Außenminister vom 20. Juli 1849; ebenda, S. 70.

284) Nach der Wiedergabe Usedoms in seinem Bericht (Audienz wahrscheinlich zwischen 6. und 20. Juli), ebenda, S. 70.

285) Akten des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs Posen, Vol. 1, S. 3 bis 5; vgl. Baske, a.a.O., Quellenanhang, S. 230 - 232

Die Regierung, die weiteren Forderungen verwaltungs- und dotationsmäßiger Art zugestimmt hatte, widersprach aber entschieden der Interpretation des Erzbischofs hinsichtlich des Vorschlags-, Wahl- und Ernennungsrechts katholischer Geistlicher²⁸⁶⁾. Der Kultusminister von Ladenberg vertrat den Standpunkt, daß die in der Verfassung verkündete Aufhebung staatlicher Befugnisse sich nicht auf die Rechte beziehe, die in besonderen Verträgen zwischen der Regierung und dem Päpstlichen Stuhl festgelegt worden seien. Demgemäß stehe der Regierung nach wie vor aufgrund der Bulle "de salute animarum" von 1823 das Recht der Wiederbesetzung von Dompropstei- und Kanonikatstellen zu. Ebenso komme dem Staat weiterhin die Vokation bei den geistlichen Stellen königlichen Patronats zu. Mit einer solchen Auslegung der Verfassung erklärte sich der Erzbischof nicht einverstanden und "drohte" mit der Anrufung des Gerichts²⁸⁷⁾. Den Auseinandersetzungen über die staatlichen Rechte, die sich auf die Bulle "de salute animarum" gründeten, wurde jedoch ein Ende gesetzt mit dem Inkrafttreten der revidierten Verfassung vom 30. Januar 1850, in der ausdrücklich festgelegt war, daß die Aufhebung staatlicher Rechte nicht zutrifft, wenn diese auf besonderen Staatsverträgen beruhen.

Die Aufgabe, die deutschen Geistlichen in stärkerem Umfang zu fördern, machten sich besonders die Minister der "Neuen Ära" zu eigen. Als 1861 die Besetzung der Dompropstei an dem Posener Domkapitel in Frage stand, entschlossen sich die Minister auf Anregung des Ober-

286) Akten des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs Posen, Vol. 1, S. 6/7, 8/9, 10-12, 26-29, 36/37, 38-40.

287) Ebenda, S. 19 - 23, 44 - 46.

288) Bonin an Bethmann Hollweg am 4. Januar 1861; DZA Rep 89 H Abt. IX Posen, Nr. 3, Vol. V, S. 170-177; Bethmann Hollweg an Wilhelm I. am 3. Juni 1861; ebenda, S. 163 bis 169; vgl. auch Baské, a.a.O., Quellenanhang S. 233 bis 237.

präsidenten Bonin, diese einflußreiche Stelle, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten, einem deutschen Geistlichen zu übertragen²⁸⁸⁾. Der König stimmte diesem Antrag zu und sprach am 8. Juli 1861 die Ernennung des aus Westfalen stammenden und seit einem Jahrzehnt in Posen amtierenden Domherrn Dr. Richter aus²⁸⁹⁾. Der Erzbischof verweigerte jedoch das Idonitätszeugnis und bat König Wilhelm I. am 24. Dezember 1861, Dr. Richter in ein Kapitel der Westprovinzen zu versetzen. Dem Vorschlag des Kultusministers von Bethmann Hollweg entsprechend lehnte Wilhelm I. den Antrag Przyłuskis ab²⁹⁰⁾.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre steigerte sich die Spannung zwischen der Regierung und dem Erzbischof von Przyłuski kontinuierlich, da letzterer offen die national-polnische Agitation unterstützte. So lehnte er es nicht nur ab, das Singen der religiös-politischen Lieder, die Aufstellung der polnischen Fahnen in den Kirchen und die demonstrativen Trauerandachten zu untersagen, sondern er schürte noch die Erregung dadurch, daß er selbst derartige Trauerandachten abhielt, die Sprachagitation förderte und Wahlaufrufe antipreußischer Gesinnung erließ²⁹¹⁾.

Wegen dieser Verhaltensweisen des Erzbischofs wurde preußischerseits im Frühjahr 1862 erwogen, sich deshalb an den Papst zu wenden. Und als die Regierung erfuhr, daß sich Przyłuski im Juni desselben Jahres nach Rom begeben wollte, sahen der Kultusminister von Mühler und der Außenminister Graf von Bernstorff den Zeitpunkt für eine energische Intervention gekommen. Damit war zum erstenmal die Absicht ausgesprochen, den Erzbischof

288) siehe Seite 379 unten dieser Arbeit.

289) Ebenda, S. 180.

290) Ebenda, S. 184.

291) DZA Rep 77 Tit. 343 A, Nr. 122, Vol. V, S. 186-188.

aus seinem Amt zu verdrängen, ein Plan, der seitdem nicht mehr aufgegeben wurde. Am Tag seiner Rückkehr aus Rom erklärte Przyłuski im Posener Dom: "Was ich aber im Vatikan gehört habe, berechtigt mich zu der Erklärung, daß wir auch in Rom unsere erbitterten Erbfeinde haben, welche unsere tugendhaften Absichten und edelsten Bestrebungen als demagogische Exzesse darstellen, welche dahin streben, die Ordnung im Lande, sogar in der ganzen Welt zu stören"²⁹²⁾. Dem Papst aber habe er ein eindringliches Bild von der unglücklichen Lage der Polen vermittelt und ihm mitgeteilt, "daß die den Polen durch internationale Traktate und königliche Versprechungen verbürgten Rechte aufs schamloseste verletzt wurden"²⁹³⁾.

Wegen des Ausdruckes "schamloseste" wurde von der preussischen Regierung ein Strafverfahren gegen den Erzbischof eingeleitet, davon jedoch wieder Abstand genommen, als der Erzbischof erklärte, er hätte nicht davon gesprochen, daß die Rechte der Polen aufs "schamloseste", sondern aufs "rücksichtsloseste" verletzt würden. Trotz dieses verbalen Rückzugs gab Przyłuski in den folgenden Monaten seine aggressive Haltung gegen die Regierung nicht auf. Am 29. November 1862 beteiligte er sich an einer Gedankfeier zum Ausbruch des Aufstandes von 1830²⁹⁴⁾, verweigerte das Glockengeläute anläßlich der Schlacht bei Leipzig²⁹⁵⁾ und entzog sich der Ehrenbezeugung beim Besuch des Kronprinzen in Posen²⁹⁶⁾.

292) Nach dem Wortlaut der in der Zeitung "Dziennik poznański (Posener Tageblatt) abgedruckten Rede. Übersetzung nach: Rep 77 Tit 343 A, Nr. 122, Bd. 3, S. 124.

293) Nach dem Bericht von Mühlens und Eulenburgs an König Wilhelm I. vom 20. Juli 1862; ebenda, S. 196/197.

294) DZA Rep 89 H XXI Posen, Nr. 9, S. 121.

295) DZA Rep 89 H IX Posen, Nr. 3, Vol. V, S. 193 - 198.

296) DZA 90 a B III 2 b, Nr. 6, Bd. 75, S. 121.

Trotz der weiteren Vorstellungen der preußischen Regierung, in die sich auch Bismarck einschaltete, telegraphierte der preußische Gesandte an Bismarck am 23. Dezember 1864, daß der Papst dem Erzbischof seine Absicht mitgeteilt habe, ihn zum Kardinal zu ernennen und ihn nach Rom zu berufen²⁹⁷⁾. Przyłuski antwortete Anfang Februar 1865, daß er sich für das hohe Amt zu alt fühle, aber dem Befehl des Papstes folgen werde. Die preußische Regierung hatte damit ihr langverfolgtes Ziel erreicht. Przyłuski trat jedoch seine Reise nach Rom nicht an. Am 12. März 1865 telegraphierte der Posener Oberpräsident, daß der Erzbischof Leon von Przyłuski plötzlich verstorben sei²⁹⁸⁾.

b) Erzbischof Graf Ledóchowski

Friedrich Wilhelm IV., Bismarck und alle preußischen Staatsmänner hatten bei der Nachfolge für den verstorbenen Erzbischof von Przyłuski an die Nominierung eines deutschen Geistlichen gedacht²⁹⁹⁾. Rom präsentierte jedoch einen Kandidaten polnischer Nationalität, nämlich den damaligen päpstlichen Nuntius in Brüssel, Graf Mieczysław Ledóchowski³⁰⁰⁾.

Nach den Erkundigungen Bismarcks, der sich zunächst mit dem Vorschlag des Papstes nicht einverstanden erklären konnte, handelte es sich bei dem in Sandomir, im Königreich Polen, gebürtigen Ledóchowski um einen Mann von überdurchschnittlichen geistigen und vor allem diploma-

297) von Selchow, a.a.O., S. 24.

298) DZA 76 IV Sekt. 4 IV, Nr. 10, Vol. I, S. 1.

299) von Selchow, a.a.O., S. 8 ff.

300) Arnim-Boitzenburg an Bismarck am 16. März 1865;
DZA Rep 76 Sekt 4 Abt. IV, Nr. 10, Vol. I, S. 31.

tischen Fähigkeiten, der in Übereinstimmung mit dem Papst jede revolutionäre Bewegung ablehnte³⁰¹⁾. Wenn auch die über Ledóchowski eingeholten vertraulichen Berichte betonten, daß er bisher niemals seine Nationalität herausgestellt habe und offensichtlich auch keine engen Verbindungen zur Heimat unterhalte, vermochte Bismarck nicht die Überzeugung zu gewinnen, daß sich der päpstliche Kandidat in der nationalen Frage und gegenüber der preußischen Regierung anders verhalten werde als sein Vorgänger³⁰²⁾. Nach längeren Verhandlungen und vertraulichen Gesprächen beider Seiten hatte Bismarck dem Vatikan vorgeschlagen, dem König und ihm eine Begegnung mit Ledóchowski in Aachen zu ermöglichen. Nach zunächst erfolgter Zusage lehnte Papst Pius IX. diesen Vorschlag Bismarcks mit der Begründung ab, weil er darin nur einen neuen Ausdruck des Mißtrauens gegen den von ihm vorgeschlagenen Kandidaten erblickte³⁰³⁾.

Wenig später entschloß sich Bismarck, dem Wunsch des Papstes zu entsprechen und der Kandidatur Ledóchowskis zuzustimmen. Er stellte jedoch zur Bedingung, daß Ledóchowski, um einen Präzedenzfall zu vermeiden, nicht vom Papst ernannt, sondern von den Mitgliedern der Kapitel in Gnesen und Posen gewählt werden sollte. Dies geschah dann auch am 16. Dezember 1865³⁰⁴⁾. Dem preußischen Gesandten in Brüssel ließ Bismarck aber wissen, daß die preußische Regierung es als die Hauptaufgabe des neuen Erzbischofs ansehe, der "Vermischung des kirchlichen und des polnischen Elements entgegenzuwirken". Bismarck kam es vornehmlich darauf an, "daß

301) Arnim an Bismarck am 4., 12., 14., 18. und 23. April 1865; ebenda, S. 63 bis 70.

302) Ebenda, S. 51, 53 bis 54.

303) Arnim an Bismarck am 10. und 12. Mai 1865; ebenda, S. 123.

304) DZA Rep 76 IV Sekt. 4 Abt. IV, Nr. 10, Vol. II, S. 43.

die Verhältnisse gleich von Anfang an sich freundlich gestalten, und daß nicht gerade durch die ersten Eindrücke, welche der Prälat in seiner Diözese empfängt, er von den Deutschen abgestoßen und auf die Seite des spezifischen Polonismus hinübergedrängt werde". Dabei betonte Bismarck im gleichen Zusammenhang, daß in der Zukunft alles davon abhängen würde, daß nicht mehr politische und kirchliche Fragen miteinander verbunden würden.

" ... eben darum ist es aber auch dringend wünschenswert, daß die Behörden selbst diesen Standpunkt festhalten, und bei ernstem Auftreten gegen jede nationale Ausschreitung der kirchlichen Richtung, deren Einfluß zugleich ein konservativer ist, jede mögliche Rechnung tragen, und nicht durch administrative bürokratische Tendenzen und Einwirkungen eine Mißstimmung erzeugen, welche jedenfalls nur dem revolutionären Element zugute kommen würde³⁰⁵⁾.

Aus dieser Einstellung heraus erwartete Bismarck auch von dem Posener Oberpräsidenten von Horn, der sich in mehrfachen Eingaben an den König und an die Minister gewandt hatte, auf die Berufung Ledóchowskis zu verzichten³⁰⁶⁾, eine entgegenkommende Haltung.

Nach der Amtsübernahme Ledóchowskis wachte Bismarck aufmerksam darüber, daß das von ihm gewünschte Verhalten dem Erzbischof gegenüber von allen Beamten befolgt würde. Sein eigenes Wohlwollen glaubte er Ledóchowski nicht besser bezeugen zu können, als daß er für die Wiedereinführung des Reskriptes vom 16. August 1854 sorgte, das die gerichtliche Verfolgung von Geistlichen nur nach Zustimmung des Justizministers gestattete³⁰⁷⁾.

305) siehe Zitat bei Baske, a.a.O., o. Fundstelle.

306) DZA Rep 76 IV Sekt. 4 Abt. IV, Nr. 10, Vol. II, S. 2/3, S. 41/42.

307) DZA Rep 77 Tit 343 A, Nr. 122, Bd. 20, S. 474.

Bismarck strengte sich förmlich an, den Erzbischof von der Ernsthaftigkeit seiner wohlwollenden Haltung zu überzeugen, indem er auf die Maßnahmen Horns, die darauf abzielten, die Berufung mehrerer polnischer Geistlicher gegen den Willen des Erzbischofs zu verhindern, in der Weise reagierte, daß er im März 1869 dessen Versetzung einleitete³⁰⁸⁾. Auf diese Weise wollte Bismarck Ledóchowski gegenüber zeigen, wie sehr er den Belangen der polnisch-katholischen Kirche gegenüber aufgetan war, daß ihn aber Regierungsvertreter wegen ihrer Aversion daran hinderten. So schrieb er Ende März an den Erzbischof wie folgt: "In den Kreisen nicht allein der provinzialen, sondern auch der höheren Staats- und Ministerialbeamten, und zwar nicht nur bei den evangelischen Vertretern der Staatsgewalt, sondern auch bei katholischen, begegne ich einer besorglichen Stimmung auch gegen billige Konzessionen an die Kirche. ... Ich sage dies nicht, als ob ich diese Stimmung irgendwie teilte; sondern nur um sie zu erklären und um Ew.pp. verstehen zu machen, wie schwer es mir wird, sie zu bekämpfen"³⁰⁹⁾. Die Gründe, die Bismarcks Meinung nach dieser Stimmung förderten, waren die, daß "die Mehrzahl der Geistlichen und alle diejenigen, welche sich in der Öffentlichkeit als die Wortführer der katholischen Kirche gerieren, an allen Orten, im Inlande wie im Auslande, in Nord- und Süddeutschland, sich als unbedingte Gegner Preußens erweisen"³¹⁰⁾. Darum sei es verständlich, wenn eine große Zahl von Beamten "in der Macht der Kirche nicht eine Stütze, sondern eine Gefahr für den preußischen Staat und den Norddeutschen Bund erblickt".

308) DZA Rep 89 H II Posen, Nr. 1, Vol. II, S. 106.

309) DZA AA I Rep 3, Nr. 292, Vol. VII, S. 225/226.

310) Ebenda, und S. 246 bis 248.

Der außerordentliche und beachtenswerte Erfolg dieser Bismarckschen Politik und Diplomatie zeigte sich darin, daß sich Ledóchowski in den sechziger Jahren offen von aller national-polnischen Agitation distanzierte, ja sogar oftmals gegen antideutsche Demonstrationen einschritt³¹¹⁾. Gemäß dem von ihm herbeigeführten Beschluß der Dekanatsversammlung durften national-polnische Kirchenlieder nicht mehr gesungen werden, und in einigen katholischen Kirchen wurde der Gottesdienst in deutscher Sprache eingeführt³¹²⁾. Der Oberpräsident von Horn, der Ledóchowski ständig mit Mißtrauen begegnete, hatte dennoch in einem ausführlichen Bericht vom Dezember 1867 den günstigen Einfluß des Erzbischofs bestätigt³¹³⁾. In diesem Bericht wird Ledóchowski besondere "Einwirkung auf den katholischen Klerus hinsichtlich seiner Berufserfüllung wie seines Lebenswandels, und insbesondere auch seiner Haltung gegenüber der königlichen Staatsregierung" herausgestellt. Es heißt dort wörtlich: "Es gebührt ... dem Erzbischof Graf Ledóchowski unstreitig das Verdienst, in der kurzen Zeit seiner Amtsverwaltung den ihm untergebenen Klerus von dem Gebiete des politischen Treibens entfernt zu haben und ihn zu den eigentlichen Aufgaben des geistlichen Berufs zurückgeführt zu haben." Des weiteren heißt es noch in dem gleichen Bericht: "... der offenen Auflehnung des katholischen Klerus gegen die Staatsregierung, welche die letzten Jahre des früheren Regiments kennzeichnen, ist damit vorläufig ein Ende gemacht worden". Horns Bedenken sind in seinem Bericht lediglich die: "... ob dagegen die Einwirkung des jetzigen Erzbischofs noch weiter gehen und er es erreichen wird, den ihm untergebenen Klerus auf eine Bahn zu lenken, auf welcher er sich nicht nur

311) DZA Rep 77 Tit 50, Nr. 21, Vol. 3, S. 158/159, S. 381/382.

312) DZA Rep 89 B X 1 bis 28, S. 375, 442.

313) Ebenda, S. 476 - 478.

passiv von dem politischen Treiben fernhält, sondern zu einer positiven loyalen Haltung gelangt, an welcher es bis jetzt noch fehlt, wird uns die Zukunft lehren". Aus den späteren Berichten Horns und auch seiner Nachfolgers, Graf Königsmark, geht allerdings hervor, daß es Ledóchowski nicht gelang, die Agitation des niederen Klerus völlig zu unterbinden. Entscheidend aber war, daß Ledóchowskis Tätigkeit vielfach nicht mit den Staatsinteressen im Einklang stand. So widmete er sich mit großem Eifer der Gründung von Klöstern, also gerade derjenigen kirchlichen Einrichtungen, die in den vorangegangenen Jahrzehnten aus politischen Gründen aufgelöst worden waren³¹⁴⁾. Auch die von ihm in großer Zahl in seine Diözese gerufenen Mitglieder des Jesuitenordens bedeuteten insofern eine Bedrohung, als durch ihr Wirken die konfessionelle Trennung, die weitgehend eine nationale war, die politischen Gegensätze besonders gefährlich gesteigert und vertieft wurden. Durch diese Maßnahmen und Anstrengungen der Glaubensbeeinflussung wurde das bisherige gute Einvernehmen zwischen ihm und der Regierung empfindlich gestört. Wenn es auch zunächst zu keinem sichtbaren Bruch kam, so deutete sich doch eine Auseinandersetzung zufolge der Mitteilung des Oberpräsidenten Graf Königsmark an den Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, vom 21. August 1870 an, in der es heißt:³¹⁵⁾ "Sobald die Kriegsverhältnisse (gemeint: der deutsch-französische Krieg von 1870/71) zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, behalte ich mir gehorsamst vor, Ew. Exzellenz über die Haltung des Herrn Erzbischofs Graf Ledóchowski, der ihm untergeordneten Geistlichkeit sowie im allgemeinen über die sogenannte polnische Frage möglichst mündlich Vortrag zu halten. Die jüngste Zeit hat manches klargelegt, was für eine meine Kompetenz überschreitende Behandlung geeignet sein dürfte."

314) DZA Rep 89 B X 1 bis 28, S. 479 bis 481.

315) Ebenda, S. 187.

Wenn es auch den Rahmen des Zeitraums der Darstellung hier überschreitet, so soll doch wegen des abschließenden weiteren Werdegangs des Erzbischofs Graf Ledóchowskis hinzugefügt sein, daß die wegen seines späteren Ungehorsams gegen die Bestimmungen betreffend den Religionsunterricht und gegen die sogenannten "Maigesetze"³¹⁶⁾ gegen ihn verhängten Geldstrafen, die zu "unheimlicher Höhe" anschwellen, ihn nicht dazu bewegen konnten, der Aufforderung des Oberpräsidenten im Herbst 1873 zum freiwilligen Verzicht auf sein Amt zu entsprechen.

Am 15. April 1874 ist Ledóchowski von dem geistlichen Gerichtshof seines Amtes enthoben worden. Nach zweijähriger Haft³¹⁷⁾ wurde ihm Torgau als Aufenthaltsort zugewiesen; doch ging er nach Rom und wurde dort, wie schon sein Vorgänger Przyłuski, zum Kardinal ernannt. Da er als solcher fortfuhr, gegen die preußische Regierung zu intrigieren, wurde er nochmals verurteilt. Nach seiner Resignation im Januar 1886 wurde der deutsche, aus Ermland kommende, Julius Dinder, sein Nachfolger als Erzbischof von Gnesen und Posen³¹⁸⁾.

316) Bei den "Maigesetzen" handelt es sich um vier preußische Gesetze vom 11. bis 14. Mai 1873 gegen die katholische Kirche (vom Kultusminister Falk im preußischen Landtag eingebracht). Sie verlangten u. a. für Geistliche ein dreijähriges Studium an deutschen Universitäten und Ablegung des "Kulturexamens"; ferner stellten sie alle kirchlichen Seminare unter staatliche Aufsicht und setzten für die Anstellung von Geistlichen die Anzeigepflicht der kirchlichen Behörden fest und schufen einen staatlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. Zwischen 1880 und 1887 sind diese Gesetze nach und nach wieder aufgehoben worden.

317) Ledóchowski wurde am 3. 2. 1874 verhaftet und zur Verbüßung seiner Gefängnisstrafe nach Ostrow überführt.

318) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1944, S. 143; Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 421.

VII Die agrarpolitische Situation

1. Zur Historie der agrarpolitischen Frage

Wenn Laubert ³¹⁹⁾ im deutsch-polnischen Nationalitätenkampf des 19. Jahrhunderts als die wundesten Punkte das Paktieren mit dem Ultramontanismus und die agrarische Wendung im Inneren ansieht, so trifft dies mit Sicherheit, was die Konfliktsituation zwischen der preußischen Staatsregierung und dem polnisch-katholischen Klerus angeht, für die Zeit von 1848 bis 1871 in vollem Umfang zu. Die Geistlichkeit benutzte "die Waffen des Geistes, die ihr Preußen nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. in die Hand gedrückt hatte"³²⁰⁾. In stiller, aber konsequenter Minierarbeit bildete sie in Schule und Kirche die Kräfte heran, die den Kampf in seinem letzten Stadium fortführen sollten. Doch 1871 sahen sich die Polen durch den einsetzenden Kulturkampf und das Schulaufsichtsgesetz um den Erfolg ihrer diesbezüglichen Anstrengungen gebracht. Dabei erinnert man sich der Worte Bismarcks in seiner Rede am 31. Juli 1892 auf dem Marktplatz in Jena, wo er - gleichsam Bilanz ziehend - zu dem Kulturkampf sagte: "Wir hätten den ganzen Kulturkampf entbehren können, wenn die polnische Frage nicht daran hing. Aber sie hing daran"³²¹⁾, eine nachträgliche Bestätigung des einleitenden Satzes des zweiten Abschnitts seiner "Gedanken und Erinnerungen", die - wie bereits schon zitiert - lauten: "Der Beginn des Culturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite."

319) Laubert, a.a.O., Auflage 1920, S. 43.

320) Ebenda, S. 40.

321) Ebenda, Auflage 1944, S. 142.

Die agrarpolitische Frage in dem preußischen Polen war schon für Friedrich den Großen ein besonderes Anliegen gewesen. Theodor von Schön hat in einem seiner Berichte an den Kronprinzen am 10. Juli 1833³²²⁾ - in dem er die polnischen Gutsbesitzer als die einzige Schicht bezeichnet, die einer Germanisierung Westpreußens ernsthaft im Wege stehen würden - von Friedrich dem Großen gesagt: "Friedrich der Zweite suchte durch überaus gnädiges Benehmen, durch Geschenke, durch große Meliorationen, die Zuneigung dieser polnischen Gutsbesitzer zu gewinnen, er kam aber noch vor seinem Tod zu der Überzeugung, daß, um Westpreußen wieder ganz deutsch zu machen, der Auskauf der polnischen Gutsbesitzer und die Errichtung deutscher Schuler die einzigen Mittel wären."

Tatsächlich ist von Friedrich II., besonders in seinen letzten Regierungsjahren, versucht worden, vor allem diejenigen polnischen Besitzer zu verdrängen, die nicht selbst in Preußen ansässig waren. Dabei hatten aber - entgegen der Schönschen Meinung, daß man "jene beiden einzigen Radikalmittel" bei den in der Gegend von Conitz und Culm 1807 ausgebrochenen Aufständen offenbar vernachlässigt hatte - die fiskalischen Gesichtspunkte überwogen. Friedrich der Große hatte insbesondere verhindern wollen, daß die Gütererträge ins Ausland abfließen. So schrieb er auch am 7. Juni 1784 an den Regierungspräsidenten von Schröter:³²³⁾

" Und da hier im Lande noch sehr viele Gutsbesitzer sind, die ihre Revenues in Polen verzehren und die Ich deshalb gerne möchte los sein, so muß man sehen, wie das zu machen, daß sie ihre Possessiones hierselbst nach und nach verkaufen, damit wir sie ganz und gar los werden. "

322) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep 2 II, Nr. 1969, Bl. 70 ff.

323) Vgl. Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen, a.a.O., Bd. II, Nr. 621; ähnlich Nr. 578 (Kabinettsordre vom 27. Oktober 1782); Nr. 591 (Kabinettsordre vom 26. Februar 1783).

Die von Schön unterstellte Motivation gilt dagegen nur bedingt. Sie entspricht schon der Situation des heraufkommenden Nationalitätenkonflikts und trifft in vollem Umfang für die Oberpräsidenten selbst zu. Diese wollten mit ihrer Politik der vollständigen Angleichung des fremdländischen Bevölkerungsanteils ihre Stoßkraft auf das wirtschaftliche Rückgrat des Polentums, nämlich den grundbesitzenden Adel, richten³²⁴⁾.

In dem zuvor erwähnten Bericht weist von Schön zwar darauf hin, daß der Auskauf der polnischen Gutsbesitzer, solange er der Provinz vorstehe, noch nicht habe stattfinden können, "aber mit Beförderung des Schulwesens und mit Einführung einer durchaus geregelten Administration scheint den Polen bang und unheimlich zu Muthe geworden zu seyn, denn es haben vielleicht mehr als die Hälfte der polnischen Gutsbesitzer in dieser Zeit freiwillig (!) Westpreußen verlassen".

Tatsächlich war der erhebliche Rückgang des polnischen Grundbesitzes in den zwanziger Jahren darauf zurückzuführen, daß die polnischen Besitzer besonders unter der großen Agrarkrise zu leiden hatten und ihre Güter massenweise zur Zwangsversteigerung zum Opfer fielen. Schön wurde vor allem von eingewanderten Polen für das Ausmaß dieser Entwicklung verantwortlich gemacht. "Indem er zu Beginn der Krise plötzlich die gesamten seit 1807 aufgelaufenen Zinsrückstände der Westpreußischen Landschaft eingetrieben habe, sei ein großer Teil der Gutsbesitzer im Culmer und Michelauer Land zahlungsunfähig geworden"³²⁵⁾.

324) Böhning, a.a.O., S. 85 ff. (handschriftliches Exemplar).

325) Sulerzyski, a.a.O., Bd. I, Kap. IV.

Das südliche Einzugsgebiet der westpreußischen Landschaft, d. h. das Culmer und Michelauer Land und Teile des Netzedistrikts, war durch den Tilsiter Frieden mit insgesamt 5,75 Millionen Taler Pfandbriefschulden an das Herzogtum Warschau gefallen. Da die Regierung des Herzogtums am 20. Juni 1807 den Untertanen alle Zahlungen an Ausländer bei Strafe der Konfiskation untersagt hatte, wurden von den verschuldeten, überwiegend polnischen Besitzern bis 1815 überhaupt keine Zinsen abgeführt³²⁶⁾. Die Kriegsfolgen und die bald darauf einsetzende Agrarkrise, bei der die Preise für landwirtschaftliche Produkte bodenlos sanken, brachten dann viele in eine ausweglose Situation.

Aus den vorhandenen Unterlagen ist zu ersehen, daß sich um das Jahr 1800 in polnischen Händen 304 Rittergüter befanden; 1858 waren es - einschließlich des kaschubischen Anteils - noch 217³²⁷⁾, zehn Jahre später war die Zahl nach einer polnischen Bestandsaufnahme sogar auf 134 abgesunken, wobei allerdings der Unterschied zu der für 1858 genannten Zahl weniger unwahrscheinlich ist, wenn man unterstellt, daß die ca. 45 kaschubischen Anteilsgüter und eventuell auch die voll germanisierten Besitzer in dieser Zahl nicht mit berücksichtigt sind³²⁸⁾.

Wenn man auch den Rückgang des polnischen Grundbesitzes für Westpreußen und die Provinz Posen nicht den beiden Oberpräsidenten Schön und Flottwell anlasten kann, sondern berücksichtigen muß, daß sich dieser Prozeß während der ganzen Epoche preußischer Herrschaft entwickelt hat,

326) Goedel, a.a.O., S. 46.

327) Lt. der Ritterschaftsmatrikel von 1858; Staatsarchivlager Göttingen, Rep 2 II Nr. 1917, Vol. 4.

328) Böhning, a.a.O., S. 88, Anm. 13) (handschriftliches Exemplar).

kommt man insgesamt und anteilmäßig gesehen zu dem Ergebnis, daß sich der Anteil des polnischen Besitzes an der Gesamtzahl der westpreußischen Rittergüter in den Jahren zwischen 1800 und 1860 von ca. 65 v. H. auf etwa 27 v. H. verringerte und in der Provinz Posen zwischen 1832 und 1841 von ca. 79 v. H. auf rund 68 v. H. sank³²⁹⁾.

Unabhängig aller auf wirtschaftlichem Gebiet mit zum Teil germanisierenden Tendenzen liegenden Gründe für die polnischen Bodenverluste waren diese aber auch darauf zurückzuführen, daß die polnischen Gutsbesitzer den deutschen Besitzern deshalb wirtschaftlich unterlegen waren, weil ihnen die Umstellung von der feudalen auf die moderne agrarkapitalistische Wirtschaftsweise nur unter großen Schwierigkeiten gelang. Dies wurde auch von polnischer Seite durchaus eingestanden³³⁰⁾.

2. Die Einwirkung der preußischen Regierung auf den polnischen Grundbesitz

Im zeitlichen Ablauf der auf agrarischem Gebiet seit der Besitznahme des ehemaligen Großherzogtums Posen von der preußischen Staatsregierung zur Verbesserung der ökonomischen Lage und zur Angleichung der dortigen Verhältnisse an die der älteren Provinzen ist das "Gesetz über die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Posen und in den Kreisen Culm, Michelau und Thorn" vom 8. April 1823 (sogenanntes "Regulierungsgesetz"³³¹⁾) vorrangig. Dieses Ge-

329) Böhning, a.a.O., S. 89 (handschriftliches Exemplar).

330) Ebenda, S. 90 mit weiterem Hinweis.

331) Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1920, S. 53.

setz sah nach einer zwölfjährigen Übergangszeit den Fortfall der Hand- und Spanndienste vor und bestimmte darüber hinaus, daß die bisher zu Eigentums- oder Erbpachtrechten noch nicht verliehenen bäuerlichen Acker-
nahrungen ihren Besitzern auf deren Antrag zu Eigentum gegeben und die darauf lastenden Dienste und sonstigen Leistungen abgelöst werden sollten. Nach den Erhebungen von Knapp³³²⁾ gab es im Jahre 1823 in der Provinz Posen 48.151 spannfähige Bauern, von denen über 25.000, also rund 52 v. H. Laß- oder Pachtbauern waren. Nach der Revolution vergrößerte die Regierung durch das neue Regulierungsgesetz vom 2. März 1850³³³⁾ die Anzahl der abzulösenden ländlichen Besitzungen, so daß sich bis zur endgültigen Abwicklung der Bauernemanzipation im Jahre 1856 die Zahl der "regulierten" Bauernhöfe auf 26.471 erhöhte.

Die durch die genannten Gesetze bewirkte Befreiung der Bauern von den gutherrlichen Bindungen gab diesen nicht nur Selbstvertrauen, sondern war von außerordentlicher politischer Bedeutung. So hielten sie sich von den nationalen Erhebungen von 1848 und 1863 fern und schlossen sich auch nicht, wie von den nationalen Kräften gewünscht, zu polnischen Bauernorganisationen zusammen. Wenn auch insoweit, so waren die Bauern jedoch nicht immun gegen die Agitation der katholischen Geistlichen. So gaben sie bei den Kammerwahlen nur polnischen Kandidaten ihre Stimmen.

332) Knapp, a.a.O.

333) GS 1850, S. 77 bis 101.

3. Die kreditpolitischen Maßnahmen der preußischen Regierung

In dem Bemühen der preußischen Staatsregierung, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Großgrundbesitzes, der durch die napoleonischen Kriege in starke Bedrängnis gekommen war, zu verbessern, erteilte sie 1821 die Genehmigung, ein landwirtschaftliches Kreditinstitut mit der Berechtigung zur Ausgabe einer Pfandbriefserie zu gründen. Der Form der Organisation wurde dabei, wie in den anderen Provinzen der Monarchie auch, die Selbstverwaltung zugebilligt. Polnischerseits wurde dies so dargestellt:³³⁴⁾ "Nowe towarzystwo było przez cały czas instytucją czysto polską i pierwszą potężną organizacją ekonomiczną Polaków w zaborze pruskim". (Diese neue Gesellschaft war die ganze Zeit hindurch eine rein polnische Einrichtung und die erste machtvolle wirtschaftliche Organisation der Polen unter preußischer Herrschaft.)

Als ein Teil des polnischen Adels im Novemberaufstand von 1830 seine illoyale Gesinnung bewiesen hatte, wurde die von polnischer Seite beantragte Erweiterung des Kreditinstituts von der Regierung abgewiesen. Dafür richtete sie 1833 den sogenannten "Posenschen Güterbetriebsfonds" ein, durch den polnische Güter, die zur Subhastation gelangten, vom Staat aufgekauft und an deutsche Besitzer abgegeben wurden³³⁵⁾. Im Jahre 1845 wurde dieser "Betriebsfonds" durch Friedrich Wilhelm IV. wieder aufgelöst, nachdem der König bereits im Landtags-Abschied vom

³³⁴⁾ Vgl. Buzek, a.a.O., S. 58.

³³⁵⁾ Laubert, Die nationale Zusammensetzung der Posener Landschaft, a.a.O.

6. August 1841³³⁶⁾ bekanntgegeben hatte, daß in Zukunft beim Weiterverkauf von Gütern, die der Staat aufgekauft hat, Bewerber deutscher und polnischer Abstammung gleichmäßig berücksichtigt werden sollen. Im Rahmen einer Konzessionspolitik hatte Friedrich Wilhelm IV. 1842 der "Posener Landschaft" die Ausgabe einer neuen Pfandbriefserie genehmigt. Bis zum Jahre 1847 erhielten dadurch 867 Rittergutsbesitzer Kredite³³⁷⁾. Das waren 62 v. H. des in der Provinz vorhandenen Großgrundbesitzes³³⁸⁾. Von den beliebten Gütern befanden sich etwa zwei Drittel in polnischer Hand³³⁹⁾.

Nach der Märzrevolution 1848, die die finanzielle Lage des polnischen Großgrundbesitzes sehr verschlechtert hatte, wies die Regierung alle Anträge der "Posener Landschaft" auf Ausgabe einer neuen Pfandbriefserie zurück. Die Minister der Reaktionszeit sahen keine Veranlassung, den polnischen Adel, der sich während der Revolution regierungsfeindlich und antipreußisch verhalten hatte, weiterhin materiell zu unterstützen. Erst am 4. April 1855 erklärte sich Friedrich Wilhelm IV. bereit, das Staatsministerium zu beauftragen, die Gewährung neuer Kredite vorzubereiten³⁴⁰⁾. Zu einer solchen Kreditaktion ist es aber dennoch nicht gekommen, da die Minister nach dem illoyalen Verhalten eines großen Teils der polnischen Großgrundbesitzer während des letzten Jahrzehnts der Auffassung waren, daß ihnen durch neue Pfandbriefkredite die Möglichkeit gegeben sein würde, dem Dienst der

336) DZA Rep 90 a D I 2, Nr. 1, S. 24/25.

337) DZA Rep 120 Abt. XI A, Nr. 2, S. 134.

338) Berechnung des Polizeipräsidenten Bärensprung über die Zahl der Rittergüter im Jahre 1847 nach der Aufstellung vom 17. November 1857; abgedruckt bei Gentzen, a.a.O., S. 268.

339) DZA Rep 120 Abt. XI A, Nr. 2, S. 135.

340) Ebenda, S. 128.

national-polnischen Sache zu dienen. Auch erschien ihnen die Beauftragung zur Hergabe neuer Kredite im Hinblick auf die nichtadligen und kleinen Gutsbesitzer nicht ratsam. Den Ministern kam es vielmehr darauf an, dem polnischen Adel eine Kreditaufnahme möglichst zu erschweren, und zwar in der Absicht, daß sich damit das Grundbesitzverhältnis zugunsten der deutschen Nationalität verschieben würde. "Die Tatsache, daß die polnischen Gutsbesitzer mit Sehnsucht dieser neuen Kreditquelle entgegensehen, steht fest, und es darf nicht erst hervorgehoben werden, von welchem Einflusse dieses Erschweren des Kredites auf die Germanisierung der Provinz sich erweist"³⁴¹⁾.

Die in diesem Sinn abgefaßten Statuten des "Neuen Kreditvereins" wurden am 13. Mai 1857 von dem bereits schwer erkrankten König unterzeichnet³⁴²⁾. Ihren sichtbaren Ausdruck für die enge Verbindung der neuen Organisation, der ab April desselben Jahres Graf Königsmark (der spätere Oberpräsident) vorstand, mit der Staatsgewalt, erhielt diese dadurch, daß die Verwaltung derselben im Regierungsgebäude in Posen untergebracht war³⁴³⁾.

Nachdem sich die der "Posener Landschaft" angehörenden Gutsbesitzer mit der Gründung des "Neuen Kreditvereins" bezüglich ihrer Interessen nicht genügend berücksichtigt sahen und die Ausgabe einer dritten Pfandbriefserie erbeten hatten, entschloß sich die Regierung, zwar neue Geldmittel für die bereits von der "Posener Landschaft" beliehenen Gutsbesitzer zur Verfügung zu stellen;

341) DZA Rep. 120 Abt. XI A, Nr. 2, S. 105 (Denkschrift vom 8. Januar 1856).

342) Vgl. Baske, a.a.O., S. 120.

343) Vgl. Amtsblatt der kgl. Regierung zu Posen 1857, Nr. 21, S. 195/196; S. 315 und 1858, Nr. 18, S. 159.

sie machte aber ihre Bereitschaft dazu davon abhängig, die "Posener Landschaft" mit dem "Neuen Kreditverein" zu vereinigen. Die Polen erklärten sich hiermit einverstanden; doch bei den entsprechenden Verhandlungen ihrer Vertreter mit der Regierungsstelle in Berlin zeigte sich bald, daß sie nur deshalb den Vorschlag der Regierung aufgegriffen hatten, um eine Form der Vereinigung zu erreichen, die nicht nur ihren finanziellen Bedürfnissen, sondern auch ihren politischen Interessen dienen sollte. So glaubten sie, die Statuten ihres Verbandes auf das vereinigte Institut übertragen und damit den Charakter dieser Organisation bestimmen zu können. Aus der Diskrepanz der sich gegenüberstehenden Auffassungen - wobei es vor allem auch um die Besetzung der führenden Verwaltungsstellen ging - wurde mit dem "Regulativ, betr. die erwartete Wirksamkeit des Neuen landwirtschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen" vom 24. November 1859³⁴⁴⁾ den Mitgliedern des alten Verbandes die Möglichkeit gegeben, dem 1857 gegründeten Verein beizutreten. Nach dieser Regelung, die auch das Ministerium Bismarck beibehielt, durfte der alte Verband die Geschäfte, die sich auf die Abwicklung der Amortisation beschränkten, weiterführen, aber die Ausgabe neuer Gelder wurde ihm nicht gestattet³⁴⁵⁾, andererseits jedoch wurde dem neugegründeten Kreditverein die Ausgabe neuer Pfandbriefe zugestanden. Im Jahre 1866 erschien ein neues Regulativ, das eine andere Form der Ausschreibung und Beleihung vorsah³⁴⁶⁾.

Mit ihrer Kreditpolitik verfolgte die preußische Regierung letztlich das Ziel, die Grundbesitzverhältnisse zugunsten der deutschen Nationalität, wie auch schon zuvor, zu verändern. Dabei beschränkte sich z. B. der Oberpräsi-

344) GS 1859, S. 575 ff.

345) Als 1878 die letzte im Jahre 1842 begonnene Pfandbriefserie getilgt war, löste sich die "Posener Landschaft" auf.

346) GS 1866, S. 672 ff.

dent von Horn nicht nur darauf, Grundstückskäufer beim preußischen Adel zu suchen, sondern er bewog auch Fürstenhäuser, wie z. B. den Großherzog von Baden, den Herzog von Coburg, den Erbprinzen von Sachsen-Meiningen u. a., zum Grunderwerb in der Provinz³⁴⁷⁾. Von seinen Vorgesetzten, an die Horn ebenfalls werbend herangetreten war, wurde er zum Teil sogar unterstützt. So warb der Landwirtschaftsminister von Selchow seinerseits selbst bei seinen Kollegen und auch beim König.

Von Selchow schien das Bemühen um die Vermehrung deutschen Grundbesitzes nicht nur "ein sehr praktischer Modus des Germanisierens" zu sein, sondern er hielt es auch angesichts der Nachwirkungen des Krisenjahres 1863 "für eine glückliche Demonstration dem Ausland gegenüber, indem man dadurch kommentiere, daß man an maßgebender Stelle die Zustände in Posen für vollkommen beruhigt und für sich so gesichert hält, daß man eine baldige Wiederkehr der Ruhestörung gar nicht besorge"³⁴⁸⁾.

Selchows Vermittlertätigkeit beim König brachte übrigens mit dem Erwerb der im Osten gelegenen Herrschaft Zerkow für den Hohenzollernschen Hausbesitz einen vollen Erfolg³⁴⁹⁾.

Nach einer ersten Berechnung, die von den Behörden für die Provinz Posen im Jahre 1882 durchgeführt wurde, verteilte sich der Grundbesitz wie folgt:³⁵⁰⁾

" Zahl der Gutsbezirke, einschließlich der fiskalischen und kirchlichen Güter	2.053
Zahl der deutschen Besitzer	1.010
Zahl der polnischen Besitzer	649
Areal des deutschen Besitzes	723.819 ha (45 v. H.)
Areal des polnischen Besitzes	656.479 ha (42 v. H.)."

347) DZA Rep 92 (Nachlaß von Horn), S. 172.

348) von Selchow an Horn am 29. Mai 1864; vgl. DZA Rep 92, Nr. 33, S. 4/5.

349) Ebenda, S. 172.

350) Zitiert bei Baske, a.a.O., S. 124.

Unter Berücksichtigung des Besitzwechsels in den vorangegangenen fünfundzwanzig Jahren hatte sich der deutsche Grundbesitz in dieser Zeit, also zwischen 1857 und 1882, um 12 v. H., d. h. um 195.527 ha zu ungunsten des polnischen vermehrt. Nach polnischen Ermittlungen³⁵¹⁾ soll sich der deutsche Privatbesitz auf Kosten des polnischen in den Jahren von 1848 bis 1878 um 250.217 ha vergrößert haben. Danach wären für das Jahr 1871 etwa 43,6 bis 46,2 v. H. des Privatbesitzes in deutscher Hand gewesen, gegenüber 29,7 v. H. im Jahre 1848. Wenn man beachtet, daß es sich bei den nicht privaten Gütern, die im Jahre 1857: 13 v. H. des Gesamtareals ausmachten, überwiegend um staatlichen Besitz handelte, so kann man für das Jahr 1871 unterstellen, daß sich mehr als 50 v. H. des ländlichen Großgrundbesitzes in deutscher Hand befanden. Die größte Besitzverschiebung vollzog sich in den Jahren von 1848 bis 1857. In dieser Zeit nahm der deutsche Grundbesitz von 408.987 ha auf 528.362 ha zu, während sich der polnische von 968.381 ha auf 852.016 ha verminderte³⁵²⁾.

Forscht man nach den außerhalb der Regierungsmaßnahmen liegenden Gründen, die in den Verschiebungen der Besitzverhältnisse liegen, so wird man deren mehrere zu berücksichtigen haben. Einmal hatten die polnischen Gutsbesitzer starke finanzielle Mittel in die nationalen Aufstandsbewegungen gesteckt und dadurch die Bewirtschaftung ihres Bodens vernachlässigt. Sie zeigten sich auch gegenüber den deutschen Großgrundbesitzern nicht an einer rationelleren Betriebsführung interessiert

351) W. Skarzynski, Szkic historyczny rozwoju rolnictwa polskiego w zaborze pruskim i ogólny pogląd na obecne położenie polskiej własności ziemskiej w Wielkopolsce; zitiert bei Baske, a.a.O., S. 125, Anm. 97).

352) Vgl. die Zusammenstellung bei Baske, a.a.O., S. 126.

und hielten an dem althergebrachten extensiven Verfahren fest, wodurch sie geringere Erträge und Umsätze erzielten. Ferner war für die Verschlechterung ihrer Lage auch die allgemeine Wirtschaftssituation maßgebend, da die von Rußland während des ganzen 19. Jahrhunderts errichtete Zollmauer den Warenaustausch versperrte. Des weiteren war der Kreditmarkt stark angespannt und erforderte bei Hypotheken auf dem freien Geldmarkt in den fünfziger Jahren Zinszahlungen von 30 bis 40 %³⁵³⁾. Schließlich kam noch hinzu, daß ein großer Teil des polnischen Adels allzu sehr den gesellschaftlichen Aufwand liebte und ein kostspieligeres Leben führte, als es ihm seine Verhältnisse gestatteten³⁵⁴⁾.

Im Endergebnis kommt man daher zu dem Schluß, daß die verschiedentlichen Maßnahmen der preußischen Staatsregierung die für die Polen ungünstige wirtschaftliche Entwicklung nicht ausgelöst hatten. Man hätte zwar durch Ausschreibung neuer Pfandbriefe helfen können, wenn man nicht, wie die Minister der Reaktionszeit, die Absicht verfolgt hätte, einen beträchtlichen Teil des polnischen Adels zu benachteiligen. Die Veränderungen, die die Regierungen der "Neuen Ära" und der Bismarckzeit durchführten, brachten nur einen geringen Wandel, denn die Gewährung neuer Kredite war schließlich davon abhängig, daß die bei der alten Landschaft bestehenden Schulden zunächst getilgt worden wären.

Vergleicht man die Grundbesitzverhältnisse in der Provinz Posen mit denen der Gesamtprovinz Westpreußen während des Zeitraums von 1815 bis 1871, so kommt man zu

353) Denkschrift des Ministers des Innern vom 8. Januar 1856; DZA Rep 120 Ab. XI A, Nr. 2 S. 85.

354) Boguslawski, a.a.O., S. 17 ff.

der Feststellung, daß sich durch die Beeinflussung der preußischen Staatsregierung diese Verhältnisse in der Provinz Posen in den fünfziger und sechziger Jahren zu ungunsten der polnischen Grundbesitzer verändert haben, wohingegen den polnischen Gutsbesitzern in der Gesamtprovinz Westpreußen bei der Kreditbeschaffung keine Schwierigkeiten bereitet wurden. In der Gesamtprovinz Westpreußen ergab sich die Verminderung des polnischen Grundbesitzes lediglich aus den allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der polnische Großgrundbesitz in Westpreußen hatte nur verhältnismäßig geringe Verluste; sie beliefen sich in dem zuvor genannten Zeitraum von 1857 bis 1882 in den einzelnen Regierungsbezirken nur zwischen 2 bis 6 v. H.³⁵⁵⁾.

355) Vgl. Baske, a.a.O., S. 128 (mit Nachweisangabe für die Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder).

VIII Die polnische Nationalliga
(Liga Narodowa Polska)

1. Zur Vorgeschichte ihrer Gründung

Will man die am 25. Juni 1848 in Berlin durch die polnischen Deputierten des preußischen Abgeordnetenhauses unter Führung des Grafen Cieszkowski auf legalem Wege gegründete "Liga Narodowa Polska" (Polnische Nationalliga) verstehen, scheint es unerläßlich, sich insbesondere der Ereignisse der letzten Jahre zuvor zu erinnern.

Schon ab 1836 hatte sich in der Provinz Posen der Einfluß der in den Pariser Emigrationsgruppen (der Czarotorski-literarischen Gesellschaft und der Demokratischen Gesellschaft) tätigen Verbindungsleute gesteigert. So wurde geheime oder halboffizielle Aufstandspropaganda betrieben; auch wurden Kasinos Lesesäle, agronomische Kooperationen und dergleichen in der Provinz eröffnet, die nationalpolnischen Vorstellungen entsprachen. Aufgrund dieser sich zuspitzenden Verhältnisse war das Pariser Zentralkomitee der polnischen Emigranten zu der Überzeugung gelangt, so schnell wie möglich zu einem bewaffneten Aufstand zu schreiten, um den Einfluß auf die radikalen Gruppen in der Heimat nicht verloren gehen zu lassen. Der nationalpolnischen Partei in der Provinz Posen bemächtigte sich daraufhin ein fieberhafter Zustand der Vorbereitung zu einem Waffengang³⁵⁶). Schon 1845 erschien der eigentliche Führer des Aufstandsplans und Militärexperte der Demokratischen Gesellschaft, Ludwik Mierosławski (1814 bis 1878), den das Zentralkomitee zum Oberbefehlshaber ernannt hatte³⁵⁷), in Posen,

356) Buzek, a.a.O., S. 88 ("... przeszło księstwo w stan gorączkowego przygotowania się do walki zbrojnej..")ff.

357) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 369 ff.

um letzte Vorbereitungen für den Aufstand zu treffen. Nachdem dieses für die Nacht vom 21. zum 22. Februar 1846 geplante Unternehmen durch Konspiration eines polnischen Gegners an den Posener Polizeipräsidenten verraten und Mierosławski zusammen mit 254 weiteren Verschwörern verhaftet und in das Moabiter Gefängnis in Berlin überführt worden waren, war damit der Aufstand in der Provinz Posen unmöglich geworden³⁵⁸).

Die Vereitelung des Aufstandes und die Verurteilung der Inhaftierten hatte die Flammen der Unruhen nicht ausgelöscht. Besonders in Frankreich, Italien, aber auch in Deutschland entfachten weitere Unruhherde die schwelende Glut (Stłumienie powstania i skazanie aresztowanych nie przytłumiło bynajmniej wrzenia w ksiestwie. Ruchy rewolucyjne

występujące wówczas coraz silniej we Francyi, we Włoszech i w Niemczech podniecały coraz to bardziej pozostałe po r. 1846 zarzewie)³⁵⁹). Nachdem der Druck dieser Ereignisse das von Friedrich Wilhelm IV. am 3. Februar 1847 erlassene Patent auslöste, das dem Plan von 1844 gemäß den Provinzialständen vorschrieb, aus ihrer Mitte den "Vereinigten ständischen Ausschuß" und aus ihren sämtlichen Mitgliedern den "Vereinigten Landtag" zu bilden³⁶⁰), veränderte die am 24. Februar 1848 ausgebrochene französische Revolution auch die Verhältnisse in Preußen und führte zu den Revolutionsereignissen des 18. März 1848.

358) Der gegen die Verschwörergruppe am 2. September 1847 eröffnete Hochverratsprozeß endete am 2. Dezember 1847 mit dem Urteil, daß 8 Angeklagte (darunter Mierosławski) zum Tode und 109 Angeklagte zu Gefängnis- und Festungsstrafen verurteilt wurden; 116 Angeklagte wurden mangels Beweises und 18 wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Die Todesstrafe wurde jedoch nicht vollzogen, da Friedrich Wilhelm IV. dieses Urteil "verzögert hatte"; vgl. Buzek, a.a.O., S. 88/89.

359) Buzek, a.a.O., S. 89.

360) Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend, vom 3. Februar 1847, GS 1847, S. 33.

2. Die Gründung und die Ziele des Nationalkomitees

Die polnische Bewegung in den preußischen Gebieten wurde nach diesem erneuten Fehlschlag, die nationale Frage gewaltsam zu lösen, auf den Weg der legalen Opposition gewiesen. Die Bedingungen hierfür waren um die Mitte des Jahres 1848 so günstig wie nie zuvor, weil die im März erkämpften Grundrechte der Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit noch keinerlei Einschränkungen erfahren hatten und damit wichtige Voraussetzungen für eine Organisation der nationalen Bewegung geschaffen waren. So wurde am 25. Juni 1848 die "Liga Narodowa Polska", die polnische Nationalliga gegründet, die sich bereits am 20. März, als Friedrich Wilhelm IV.

Mieroslawski und seine Mitverschworenen begnadigte, als ein polnisches Nationalkomitee gebildet hatte³⁶¹⁾. Der Hauptorganisator und geistige Führer dieser Liga, August Cieszkowski, hatte nach vorausgegangenen Meinungsverschiedenheiten mit den Vertretern des österreichischen Anteils an Polen wegen einer umfassenden und letztlich erfolglos gebliebenen Lösung für den preußischen Anteil den Aufbau einer Organisation nach dem Muster der englischen "Anti-Corn-Law-League" vorgeschlagen³⁶²⁾. Der Anlaß Cieszkowskis für die Gründung der Liga war, wie er noch 30 Jahre später erklärte, das ausdrückliche Ziel, "allein, aber auch allen geheimen Umtrieben und Verschwörungen ein Ende zu machen", weil sie für das Land nur immer größere Verderben bedeuteten³⁶³⁾. Positiv wurde dieses Ziel, das eine vielseitige Arbeit auf nationaler

361) Fechner, a.a.O., S. 55.

362) Jakóbczyk, a.a.O., Bd. I, S. 198 ff.

363) Zitiert nach Jakóbczak, a.a.O., S. 110 (Brief an Kraszewski vom 27. Mai 1878).

Ebene zwar in allen polnischen Anteilen der preußischen Besetzung - also auch in Oberschlesien - vorsah, in den von der provisorischen Direktion vorgelegten Satzungs-entwurf als Aufgabe formuliert: " ... das nationale Interesse auf dem Wege der Öffentlichkeit und Legalität zu bewahren, zu vertreten, zu unterstützen und zu entfalten"³⁶⁴⁾. Dabei sind für die Tendenz des Vereins und in ihm vorherrschenden Kräfte und die Definition des "Nationalinteresses" und die Beschreibung des zukünftigen Aufgabenbereichs besonders aufschlußreich.

In § 2 heißt es:

" Unter dem Ausdruck des polnischen Nationalinteresses sind zu verstehen:
die Zivilrechte, die politischen und nationalen Rechte der Polen, die polnische Sprache, Aufklärung und Sitten des polnischen Volkes, die natürliche Vereinigung der Polen untereinander, ihre absolute Verbindung mit der Vergangenheit und mit der Geschichte der Nation, die normale Entfaltung aller Nationalelemente und endlich ihr materielles Dasein.

§ 3

Der Zweck der Liga Polska besteht zunächst:

- a) im Verteidigen der Rechte und Freiheiten der Nation gegenüber den Regierungen, der Reichsversammlung und der öffentlichen Meinung im In- und Auslande
- b) in der Ausbreitung der Nationalaufklärung durch Bücher, Schulen, Bewahranstalten u. dgl.
- c) in der Stärkung des öffentlichen Geistes unter den Polen durch Bildung von Maximen und durch Schriften
- d) in der Erhaltung der moralischen Gemeinschaft untereinander durch Verbrüderung und moralischen gegenseitigen Einfluß
- e) in der Förderung des materiellen Wohlstandes auf dem Wege der gegenseitigen Hilfe durch organische Institutionen aller Art. " ³⁶⁵⁾

364) Organisation der "Liga Polska" als Entwurf der interministeriellen Direktion, Tit. I § 1; nach "Gazeta Polska", Nr. 233 (1848).

365) Organisation "Liga Polska", a.a.O., ebenda.

Aus diesem Programm geht hervor, daß die Ausbildung des nationalen Bewußtseins den Vorrang gegenüber den Aufgaben einer Verbesserung der materiellen Verhältnisse hatte. Das Organisationsschema strebte an, auch die entlegensten von Polen bewohnten Landesteile der preußischen Monarchie zu erreichen. Unter einer Zentralkommission mit dem Sitz in Posen sollte sich eine Liga in Schlesien, in Posen und in der Provinz Preußen bilden. Die schlesische Liga kam jedoch nicht zustande, die anderen Teilbereiche setzten sich aus einer ungefähr der preußischen Verwaltungseinteilung angepaßten Anzahl von Kreisvereinen zusammen, denen wiederum Bezirks- und Ortsvereine angehörten³⁶⁶⁾.

Entsprechend den einzelnen nationalen Aufgabenbereichen wurden für jede Arbeitssektion besondere Ausschüsse gebildet³⁶⁷⁾ wie: Ausschuß für innere Politik; Ausschuß für Auslands-Korrespondenz, wobei das Ziel dieses Ausschusses die Organisation der polenfreundlichen Korporationen im Ausland war; Agrarausschuß; Ausschuß für Industrie- und Handelsangelegenheiten; Ausschuß für Wohltätigkeitszwecke; Ausschuß für Publikation der Volksbücher, usw.

Das Ziel aller politischen Bestrebungen der Liga galt:

- " 1) dem polnischen Volke, 'soweit seine Zunge reicht', den Gebrauch der Muttersprache auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, besonders der Kirche, der Schulen, bei Gericht und in der Verwaltung zu sichern, und zwar in allen polnischen Ländern, zugleich damit ihm aber auch die Freiheit des nationalen Lebens zu gewähren

366) Je nach den Verhältnissen wurden Ortsvereine zu einer Bezirksliga zusammengefaßt, (liga obwodowa) deren Bereich sich gewöhnlich mit dem entsprechenden Kirchspiel deckte.

367) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 39 ff.

- 2) der Aufrechterhaltung der dem ehemaligen Herzogtum Posen nach den Wiener Traktaten zugestandenen Sonderrechte, wobei sich die Liga zum ersten Male seit der preußischen Inbesitznahme auf die ethnographischen Grundbegriffe einer Nation beruft und auf die Geschichte des Herzogtums verweist.

Alle Programmpunkte und Ideen samt der zur Durchführung derselben geschaffenen Organisation und ihrer weiteren Detaillierung, die sich als "nationale Reorganisation" darstellten, liefen auf die Schaffung eines autonomen polnischen Staatswesens und zwar auch mit einer eigenen Armee im Rahmen der preußischen Monarchie hinaus³⁶⁸⁾. Dabei durfte für das Jahr 1848 das Zahlenverhältnis der Einwohner der Provinz Posen interessieren. Die Provinz hatte damals: etwa 804.000 polnische, hingegen nur 453.000 deutsche und 77.000 jüdische Einwohner. Von den deutschen Einwohnern wurden die Forderungen der Polen durchaus gebilligt; sie sahen die Polen in dem hereingebrochenen "Völkerfrühling" durchaus als Gesinnungsgenossen im Aufbegehren gegen den Absolutismus an. So rief das am 22. März gebildete deutsche sogenannte "Adreßkomitee" den Posenern zu:³⁶⁹⁾

" Polnisch-deutsche Brüder, ein Losungswort
in diesem Bewußtsein: Ruhe und Ordnung im
Namen der Freiheit, ein Zeichen: die pol-
nischen und die deutschen Farben! "

Die preußischerseits daraufhin erhoffte Zusammenarbeit mit der polnischen Bevölkerung und ihren Organisationen lehnte jedoch das polnische Nationalkomitee ab, so daß sich die Hoffnung auf eine Verbrüderung mit den Polen

368) Fechner, a.a.O., S. 55.

369) Ebenda.

als irrig erwies. Es zeigte sich auch bald, daß sich die 18.000 Polen in der 42.000 Einwohner zählenden Stadt Posen als die alleinigen Herren unter der Führung des Nationalkomitees gebärdeten³⁷⁰⁾. Immerhin umfaßte die "Liga Polska" bis Ende 1848 in der Provinz Posen und in der Gesamtprovinz Westpreußen über 250 Ortsvereine. Am 10. Januar 1849 fand in Kurnik (bei Posen) eine Versammlung von über 150 Vertretern der Einzelverbände aus allen Teilen der Provinz Posen und von 24 Vertretern aus Westpreußen zwecks Konstituierung eines Gesamtverbandes statt. Die Bedeutung des Tages wurde übrigens durch einen Gottesdienst hervorgehoben, den der Erzbischof Przyłuski abhielt. Die anschließenden Beratungen, die ebenfalls in der Kirche vorgenommen wurden, führten zur Annahme eines 94-Punkte-Status, das vor allem die schon zuvor genannten Aufgaben und die Organisation des Verbandes bestimmte³⁷¹⁾.

Im Laufe des Jahres 1849 wuchs die Liga in der Provinz Posen und in Westpreußen auf 36 Kreis- und auf über 300 Distriktsligen mit etwa 37.000 Mitgliedern an³⁷²⁾. Wenn auch das Ziel der Vereinigung aller Polen noch weit entfernt lag, so ist es von Interesse festzustellen, daß es in Preußen zu dieser Zeit keinen politischen Verein ähnlicher Größe gegeben hat³⁷³⁾.

370) Fechner, a.a.O., S. 55.

371) Vgl. bei Jakóbczyk, a.a.O., Bd. 1, S. 187 bis 190.

372) Ebenda, S. 141.

373) Baske, a.a.O., S. 40.

3. Die Bekämpfung der Liga durch die preußische Staatsregierung und die Auflösung der Liga

Es wurde bald deutlich, daß alle Maßnahmen der Liga unter ihren untergeordneten und weitverzweigten Einrichtungen darauf hinausliefen, durch den organisatorischen Zusammenschluß aller Polen und durch ihre wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit einen Staat im Staate zu bilden. Wie Buzek³⁷⁴⁾ feststellt, war die Liga von Anfang an ein Dorn im Auge der preußischen Regierung (Liga była od samego początku sola w oku rządowi pruskiemu).

Von dem Ministerium Brandenburg wurde die Tendenz der Liga bald in vollem Umfang erkannt, so daß man den Beschwichtigungen des Erzbischofs Przyłuski, des Ehrenführers der Liga, daß diese Vereinigung ein wirksamer Ableiter für politische Erhebungen sei, keinen Glauben schenkte. In einer Denkschrift für die Kammern vom März 1849³⁷⁵⁾ erklärte der Innenminister von Ladenberg, daß, mag auch "die offene und wahre Absicht der Führer (der Liga) auf diesem Gebiete einer Erstarkung der polnischen Nation ... immerhin auf eine friedliche Entwicklung gerichtet sein", sich dennoch die Frage erhebt: "Wo aber liegt die Bürgschaft, daß sie die Kraft und Mittel haben werden, einer fort und fort in ihren stärksten Gefühlen erregten Bevölkerung gegenüber, das Werk in diesen Bahnen zu erhalten, den offenen Kampf zu vermeiden? Die Erfahrung des vergangenen Jahres, wo die

374) Buzek, a.a.O., S. 40.

375) Przyłuski an den Innenminister Ladenberg am 18.2.1849; DZA Rep 76 IV Sekt. 4, Abt. IV, Nr. 9, S. 62.

376) Denkschrift für die Kammern über die Verlängerung des Belagerungszustandes in den Stadt Posen; Stenographische Berichte, I. Kammer, 1849 bis 1850, S. 500.

Führer der Bewegung erweislich auch nur eine friedliche Reorganisation erstrebten, die Erregung der Massen aber zum blutigen Konflikte drängte, trägt eine warnende Lehre in sich..." Damit spielte Ladenberg auf die zwischenzeitlichen Vorgänge an, die sich auf die Bereitschaft der Regierung bezogen hatten, die Provinz Posen zu teilen³⁷⁷⁾, d. h. den mehrheitlichen deutschen Teil dem Deutschen Bund anzugliedern und dem mehrheitlich-polnischen als "Herzogtum Gnesen" eine Autonomie zu gewähren, einem Plan, dem beide Völker widersprachen: die Polen, weil sie nichts von einer erneuten Teilung wissen wollten, und die Deutschen, weil die Stadt Posen in den polnischen Anteil fallen sollte. Als diese Planungen und Verhandlungen um die nationale Reorganisation gescheitert waren, kam es zum Kampf zwischen den preussischen Truppen und den Polen, die südöstlich von Posen ein Freiwilligenheer von 10.000 Mann unter Führung des "befreiten" Mierosławski gesammelt hatten und am 9. Mai 1848 kapitulieren mußten³⁷⁸⁾.

Als sich das Ministerium im September 1849 auf Drängen der Kammern entschloß, den Belagerungszustand in Posen aufzuheben, erließ der Oberpräsident von Manteuffel auf Anordnung des Innenministers von Ladenberg eine Verfügung, die allen unmittelbaren und mittelbaren Beamten die Mitgliedschaft und jede Tätigkeit für die Liga untersagte³⁷⁹⁾. Diese Verfügung war ein Schlag gegen die von der Liga praktizierte Politik der Stellen-

377) Kabinettsbeschuß vom 14. April 1848; siehe Buzek, a.a.O., S. 96.

378) Fechner, a.a.O., S. 55/56, der zugleich daran erinnert, daß nach Brechung des polnischen Widerstandes, der vorwiegend deutsche Teile der Provinz Posen einschließlich der Stadt mit Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund aufgenommen wurde, die Provinzen aber 1851 wieder aus dem Deutschen Bund ausschieden, weil Preußen in der polnischen Frage freie Hand haben wollte.

379) Verfügung vom 17. September 1849; DZA Rep 76 II Sekt. II, Gen. b Nr. 130, S. 48.

besetzung. Wenn ihr damit auch nicht die Möglichkeit genommen wurde, ihren Einfluß zugunsten gefälliger Kandidaten auszuüben, so konnte sie jedoch die Auswahl der Bewerber nicht mehr von der Zugehörigkeit zur Liga und deren Aktivität innerhalb der einzelnen Vereine abhängig machen.

Das Verbot des Oberpräsidenten von Manteuffel, das bei dem Kultusminister von Ladenberg hauptsächlich deswegen Bedenken auslöste, weil die zum Ausscheiden aus der Liga Verpflichteten, bei denen es sich um viele qualifizierte Kräfte handelt, nunmehr offen und ungehindert für die Belange des Verbandes tätig sein könnten, wurde zum Gegenstand einer Diskussion innerhalb des Kabinetts. Aufgrund derselben pflichteten diese Mitglieder ohne Einschränkung der Ansicht Manteuffels bei, daß die Liga eine "höchst gefährliche Verbindung" sei und die Regierung nicht davon Abstand nehmen könne, ihr "irgendwie hindernd entgegenzutreten"³⁸⁰⁾. Sie schlugen darüber hinaus vor, eine entsprechende Verordnung für die ganze Monarchie zu erlassen und das Verbot der Teilnahme von Beamten an Vereinen, die statutenmäßig oder faktisch eine der Regierung feindliche Tendenz verfolgen, auf ganz Preußen auszudehnen. Demgemäß beschloß das Staatsministerium am 2. April 1850 die Publikation einer entsprechenden Verfügung³⁸¹⁾.

Aufgrund der für ganz Preußen erlassenen "Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und

380) Manteuffel an Ladenberg am 15. November 1849; ebenda, S. 9 - 10.

381) Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 2. April 1850. DZA Rep 90 a B III 26, Nr. 6, Bd. 59, S. 49 - 51.

Vereinigungsrechts" vom 11. März 1850 wurde es der Liga unmöglich gemacht, in ihrer bisherigen Organisationsform weiter zu bestehen. Nach § 8 Abs. b) durften polnische Vereine mit anderen Vereinen gleicher Art keine Verbindung unterhalten; insbesondere war die Assoziation durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane und ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel verboten. Als Verein, der nunmehr den Bedingungen des Vereinsgesetzes (vom 11. März 1850) unterlag, wurde die "Liga Polska" am 9. April 1850 aufgelöst³⁸²⁾. Die nach Auffassung der aufgelösten Liga von der Verordnung nicht betroffenen Orts- und Spezialverbände sollten nach ihrer Meinung weiterbestehen³⁸³⁾. Am 20. April 1850 ordnete der Oberpräsident aber auch ihre Auflösung als "Teile einer verbotenen Gesamtorganisation" an. Außerdem untersagte er auch die sogenannten Parochialligen, die meist erst in letzter Zeit entstanden waren, da die Verordnung vom 11. März nur kirchliche und religiöse Vereine zuließ, die Parochialliegen aber auf die Erhaltung und Förderung der polnischen Nationalität gerichtet und deshalb politische Vereine seien.

In den folgenden Monaten meldeten die Landräte die freiwillige Auflösung aller bisher zur Liga Polska gehörenden Vereine³⁸⁴⁾. Sie berichteten ferner übereinstimmend, daß in den Kleinstädten und Dörfern kaum noch ein Interesse am politischen Leben und an der Neugründung politischer Vereine bestehe. Auch in der Provinzhauptstadt stellten die Behörden ein Nachlassen der politischen Begeisterung fest.

382) Vgl. Buzek, a.a.O., S. 40 (Liga natychmiast wyrokiem sadowym rozwiązana została (9 kwietnia 1850 r) und S. 111.

383) Jakóbczyk, a.a.O., Bd. I, S. 175 bis 177.

384) Akten aus dem Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen: OP IX D 3, S. 2.

4. Der polnische Zirkel (Koło Polskie)

Die einzige politische Verbindung der Polen blieb der "Polnische Zirkel" (Koło Polskie)³⁸⁵⁾. Ihm gehörten jeweils diejenigen polnischen Abgeordneten an, die ein Mandat für die preußischen Kammern errungen hatten. Die Zahl seiner Mitglieder wechselte entsprechend den Wahlergebnissen. In der ersten Kammer-session (Februar bis April 1849) belief sie sich auf 33, in der zweiten Session (August 1849 bis Februar 1850) nur noch auf 25 Abgeordnete (davon 20 aus der Provinz Posen, 3 aus der Gesamtprovinz Westpreußen und 2 aus Oberschlesien). In den Satzungen des Zirkels wurde "die Verteidigung der polnischen Nationalität" als die wichtigste Aufgabe bezeichnet.

Die polnischen Abgeordneten hatten durchwegs führende Positionen in der "Liga Polska" angenommen. So war der Vorsitzende des Zirkels während der Kammer-session vom August 1849 bis Februar 1850 Graf Gustav Potworowski, der Präsident der Liga gewesen. Trotz dieser Identität zwischen dem Zirkel und der Führungsspitze der Liga schritt die preußische Regierung niemals gegen jene Verbindung ein. Allerdings versuchte sie seit 1850 indirekt die Bedeutung des Zirkels zu mindern, indem sie durch die Einteilung der Wahlkreise die Wahlergebnisse zuungunsten der Polen beeinflusste³⁸⁶⁾. So konnten 1855 in der Provinz Posen nur noch 5 polnische Abgeordnete ein Mandat erringen³⁸⁷⁾.

385) Komierowski, a.a.O., Bd. I (1905), S. 5 bis 54.

386) Knapowska, a.a.O., S. 147 bis 156.

387) Siehe zu Abschnitt G II, 8. S.276 dieser Arbeit.

Welchen Schwierigkeiten selbst die deutschen Abgeordneten aus der Provinz Posen sich gegenüber sahen, als sie zur Teilnahme an den vorparlamentarischen Verhandlungen der Nationalversammlung im März 1848 in Frankfurt/Main eintrafen³⁸⁸⁾, offenbarte das Spektakel, daß die Mehrheit der Nationalversammlung zunächst nicht bereit war, sie aufzunehmen, weil die deutschen Liberalen und Demokraten Posen als einen Teil des wieder herzustellen Polens ansahen. In der Debatte über ihre Teilnahme rief der Posener Abgeordnete Göden (aus Krotoschin) der Versammlung zu:³⁸⁹⁾

" Üben Sie erst Gerechtigkeit gegen Ihre deutschen gemißhandelten Brüder, ehe Sie dieselbe einem fremden Volke zuteil werden lassen! ... Unsere Rechte sind so sichere, so bestimmte, so tief in dem modernen Weltbewußtsein ruhende, daß nicht einmal ein deutsches Herz, nicht einmal ein deutsches Ohr dazu gehört, um sie anerkennen zu müssen! "

388) Die Polen der Provinz Posen hatten zum Protest nur 1 Abgeordnetn gesandt; vgl. Fechner, a.a.O., S. 56.

389) Ebenda; vgl. auch Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1960, S. 639 (II 1. die polnische Frage).

IX Die polnische Presse und die Regierungsmaßnahmen

1. Die verfassungsrechtliche Garantie

Die preußische Verfassung garantierte in ihrem Art. 27 Satz 1 jedem Preußen das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung frei zu äußern. Andere Einschränkungen der Preßfreiheit durfte nur das Gesetz einführen. Preßvergehen waren nach Art. 28 gemäß den allgemeinen Strafgesetzen zu ahnden.

Wie allen preußischen Untertanen kamen auch die Polen in den Genuß der liberalen Errungenschaften der März-Revolution. Die Abschaffung der Pressezensur, das Recht zur Vereinsbildung und zur Abhaltung von Versammlungen, sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an parlamentarischen Volksvertretungen gaben ihnen Freiheiten, die von den politisch wachen Kräften des polnischen Volkes begrüßt und für Verfolgung ihrer nationalen Bestrebungen wahrgenommen wurden. Wenn sie in den beiden folgenden Jahren diese Freiheiten zum größten Teil wieder einbüßten, so geschah dies meist nicht durch speziell gegen sie, sondern durch allgemeine, für ganz Preußen gültige Gesetze und Verordnungen. Das Recht hierzu war ausdrücklich im Art. 63 der preußischen Verfassung verankert, das - wie der Art. 27 der Verfassung vorsah - nur unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt werden konnte. Dabei trat allerdings die Neigung der konstitutionellen Staatsrechtslehre, Grundrechte nur als eine Schutznorm gegenüber der Verwaltung und Rechtsprechung, nicht aber der Gesetzgebung anzuerkennen, bei der Auslegung des Art. 27 kraß hervor³⁹⁰⁾. So bedeutete nach herrschender

390) Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. III, a.a.O., S. 107.

Lehre der Art. 27 Satz 1 nur, daß die Meinungsfreiheit dem "Vorbehalt des Gesetzes" unterworfen war und alle Eingriffe der öffentlichen Gewalt in das Recht der Meinungsäußerung somit verboten waren, sofern sie der gesetzlichen Grundlage entbehrten. Der Art. 27 Satz 1 begründete daher zwar ein "subjektives öffentliches Recht", aber nur ein Recht "auf Unterlassung ungesetzlicher Eingriffe in die Meinungsfreiheit". Da dieses Recht aber gemäß dem allgemeinen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ohnedies galt, hätte es das in dieser Weise beschränkte Recht der freien Meinungsäußerung auch ohne den Art. 27 Satz 1 gegeben³⁹¹⁾. Folgt man dieser Auslegung, so war dem Gesetzgeber jeder nur denkbare Eingriff in die Meinungsfreiheit gestattet. Das Gesetz konnte nach dieser Ansicht die Äußerung von Meinungen in beliebigem Umfang verbieten oder gebieten. Die Meinungsdictatur des Gesetzgebers wäre damit schlechthin schrankenlos gewesen. "Zur Ehre des preußischen Konstitutionalismus ist festzustellen, daß der Gesetzgeber sich dieser Vollmacht zur Meinungsdictatur, die die Staatsrechtslehre ihm einräumte, niemals bedient hat."³⁹²⁾

Die in Art. 27 Satz 2 gewährleistete Preßfreiheit ließ sich allerdings nicht völlig auf die bloße Wiederholung des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung reduzieren. Das in Satz 2 ausgesprochene Verbot der Zensur richtete sich auch und gerade gegen den Gesetzgeber. Das ergab sich eindeutig aus der anschließenden Vorschrift, die nur "andere Beschränkungen der Preßfreiheit" im Wege der Gesetzgebung gestattete. Unter "Zensur" war dabei die "präventiv und unmittelbar wirkende Verhinderung der Meinungsäußerung mittels der Druckpresse" zu verstehen.

391) Vgl. Anschütz, a.a.O., S. 500.

392) Huber, a.a.O., S. 108.

Nur die Einführung der Zensur war dem Gesetzgeber verboten; die gesetzliche Einführung anderer Beschränkungen der Preßfreiheit war gestattet. Die Unterscheidung der "Zensur" von "anderen Beschränkungen der Preßfreiheit" war schon in § 143 der Frankfurter Reichsverfassung und in dem wesentlich gleichlautenden Art. 24 der oktroyierten Verfassung enthalten. Doch waren dort außer der "Zensur" auch die anderen, im einzelnen aufgezählten Beschränkungen einem absoluten Verbot unterstellt. Art. 27 der revidierten Verfassung dagegen beschränkte das absolute Verbot auf die "Zensur" und ließ sonstige Beschränkungen nach Maßgabe der Gesetze zu³⁹³⁾.

2. Die Ausübung der freiheitlichen Rechte in den Provinzen Posen und Westpreußen

Bereits in den Jahren vor der Revolution hatten die Polen mehrfach versucht, sich in den von ihnen herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften frei über ihre nationalen Ziele auszusprechen und die periodische Presse als politisches Kampfmittel zu benutzen. Die ersten Regierungsjahre der "Versöhnungs-Ära" Friedrich Wilhelms IV., in denen die Zensur großzügiger gehandhabt wurde, ließen ihnen hierfür einen gewissen Spielraum. Nach dem Umsturzversuch des Jahres 1846 verschärften die Behörden allerdings wieder die Beaufsichtigung der polnischen Presse. Die besonders radikalen Monatsschriften "Rok" (Das Jahr) und Pismo dla nanczycieli ludi i dla ludu polskiego" (Zeitschrift für Lehrer des Volkes und für das polnische Volk) wurden sogar durch Ministerialerlasse direkt verboten³⁹⁴⁾. Weitere Blätter stellten ihr Erscheinen

393) im einzelnen Anschütz, a.a.O., S. 500 ff.;
Huber, ebenda.

394) Baske, a.a.O., S. 44 ff.

von selbst ein, nachdem ihnen durch wiederholte Eingriffe der Zensur die Redaktionstätigkeit sehr erschwert worden war. Zu Beginn des Jahres 1848 existierten von den zwölf Zeitungen und Zeitschriften, die 1845 in der Provinz Posen von polnischer Seite herausgegeben wurden, nur noch die Hälfte³⁹⁵⁾.

Durch das Pressegesetz vom 17. März 1848³⁹⁶⁾ und die Verordnungen vom 6. April des gleichen Jahres³⁹⁷⁾, die Befreiung von der Zensur und die Kautionsstellung brachten, konnte sich in der ganzen Monarchie jede politische Richtung ungehindert eine periodische Presse schaffen und sie in den Dienst ihres politischen Programms stellen. Von den Polen wurde diese Möglichkeit reichlich genutzt. Sie brachten in der Provinz Posen während der nächsten drei Jahre mindestens zwölf neue Zeitungen und Zeitschriften heraus³⁹⁸⁾, von denen die Mehrzahl von der "Liga Polska" subventioniert wurde³⁹⁹⁾. Von hervorragender Bedeutung waren die Tageszeitung "Gazeta Polska" (Polnische Zeitung) und der zweimal wöchentlich herausgegebene "Wielkopoolanin" (Großpolnische Zeitung). Wandte sich die erstgenannte Zeitung vor allem an den Großgrundbesitz, den Klerus und die städtische Intelligenz, so war die andere auf die einfacheren Bevölkerungsschichten, insbesondere auf die Landbevölkerung ausgerichtet. Polnischerseits wurden aber auch einige deutschsprachige Zeitungen herausgegeben, so die "Zeitung des Ostens", "Der deutsche Friedensbote für den Bürger und Landmann",

395) Gemäß den Übersichten der in den Jahren 1843 bis 1847 in der Provinz Posen erschienenen periodischen Blätter; Akten aus dem Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen: OP X, S. 85 bis 88 und S. 107 bis 110.

396) GS 1848, S. 69.

397) GS 1848, S. 87.

398) Die Angaben hierfür ergeben sich aus den Akten des Wojewodschaftsarchivs Posen, OP 10, 69, Vol I und II; OP X 69 a; ZDA Rep 77 Tit 651, Nr. 1, S. 1 bis 19.

399) Jakóbczyk, a.a.O., Bd. 1, S. 133 bis 134.

der im September 1849 in "Katholisches Wochenblatt" umbenannt wurde, und schließlich das in deutscher und polnischer Sprache gedruckte "Obra-Blatt-Tygodnik Nadobrzński".

Was die allgemeine Tendenz der polnischen Presse betrifft, so entsprach sie den Zielen, die die politisch aktiven Polen seit dem Ausbruch der Revolution in aller Offenheit verfolgten. Die "Gazeta Polska" stellte z. B. in ihrem Prospekt vom 20. März 1848 den Grundsatz auf, der später in den Statuten der "Liga Polska" und des "Koło Polskie" wiederkehrte: "Die polnische Nationalität aufrecht zu erhalten, ihre Rechte zu verfechten und zu wahren"⁴⁰⁰⁾. Ihre Artikel waren wie die aller politischen polnischen Blätter Ausdruck des leidenschaftlichen Kampfes um die nationale Reorganisation des Großherzogtums und die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates; sie waren zugleich aber auch ein Abbild der unerbittlichen Aggressivität gegen alles, was sich der Verwirklichung dieser Ziele entgegenstellte. Dementsprechend charakterisierte der Posener Vizepräsident Kries die "Gazeta Polska" mit den Worten: "Die Zeitung geht schonungslos auf die Vernichtung des Deutschtums los, und fast keine Handlung des Gouvernements findet in ihren Augen Gerechtigkeit"⁴⁰¹⁾.

Über ein Jahr ließ die preußische Regierung die polnische Presse ohne irgendeine Gegenmaßnahme gewähren. Die Ministerien der Revolutionszeit verzichteten sogar auf die sonst von den untergeordneten Dienststellen zu erstattenden Berichte über die Zahl und Tendenz der erscheinenden Schriften⁴⁰²⁾. Die erste Maßnahme zur

⁴⁰⁰⁾ Zitiert OP X 69 a, S. 5.

⁴⁰¹⁾ Bericht vom 15. Januar 1849;
DZA Rep 77 Tit 651, Nr. 1, Bd. 1, S. 2.

⁴⁰²⁾ Der Minister des Innern an den Oberpräsidenten
am 3. September 1848; zit. OP X 26, S. 112.

Bekämpfung regierungsfeindlicher Äußerungen leitete der militärische Befehlshaber in der Provinz Posen, der Kommandierende General des V. Armeekorps, von Brünneck, ein. Er setzte am 6. Mai 1849 aufgrund des Belagerungszustandes in der Stadt Posen den Art. 24 der Verfassung (der die Pressefreiheit verkündete) außer Kraft⁴⁰³⁾. Zur Begründung führte er die "verschiedenen Kundgebungen der Presse in den Tagesblättern der letzten Tage über die Ereignisse der letzten Zeit, insbesondere über die Beschlüsse der in Frankfurt/Main tagenden Nationalversammlung" an. Er bestimmte, daß sämtliche in Posen erscheinende Zeitungen nicht eher ausgegeben, versandt oder durch Anschlag verbreitet werden dürften, als bis das Polizei-Direktorium die Erlaubnis erteilt habe. Diese Maßnahme kam in ihrer praktischen Wirkung der Einführung einer Pressezensur gleich. Die Polizeibehörde durfte zwar nicht die Streichung eines Artikels oder die Einziehung eines Blattes vornehmen, sie konnte aber bis zur Entscheidung des Gerichts deren Publikation verhindern. In die Überwachung der Presse schaltete sich wenig später auch die Posener Staatsanwaltschaft ein. Ende Mai beantragte sie beim Justizministerium, alle in der Provinz erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften abonnieren zu dürfen, um sie ihren Beamten zur Verfügung stellen zu können⁴⁰⁴⁾. Der hierfür notwendige Fonds wurde ab 1. Juli bewilligt⁴⁰⁵⁾.

Zur gleichen Zeit erschien die für ganz Preußen geltende Verordnung über das Zeitungswesen vom 30. Juni 1849⁴⁰⁶⁾.

403) Amtsblatt der Königl. Regierung zu Posen, 1849, Nr. 20, S. 155.

404) Posener Staatsanwaltschaft an den Oberpräsidenten am 22. Mai 1849; OP X 69, Vol. I, S. 35.

405) Ebenda, S. 39.

406) "Verordnung, betreffend die Vervielfältigung und Verbreitung von Schriften und verschiedene durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen und bildliche Darstellung begangene strafbare Handlungen"; GS 1849, S. 226-236.

Sie enthielt Bestimmungen, die vor allem den König, die Regierung und die staatlichen Institutionen vor verleumdenden Angriffen schützen sollten. Sie erlaubte aber auch, gegen jede Behauptung und Verbreitung von Unwahrheiten vorzugehen, die den Betroffenen "dem Hasse oder der Verachtung" aussetzten.

Als Folge dieser Maßnahmen wurden die polnischen Redakteure zwar in ihrer Ausdrucksweise vorsichtiger und zurückhaltender, veränderten aber die Tendenz ihrer Blätter kaum. In den Fällen, in denen es zu einem Strafverfahren kam, erwies sich die Strafverfolgung oft nachteilig für die Anklage. Da nämlich fast alle Pressevergehen der Kompetenz der Schwurgerichte unterlagen, endeten die Verfahren sehr oft mit Freisprüchen, auf die "die Haltung keinen geringeren Anteil als die geschickte Sprache der Redakteure"⁴⁰⁷⁾ hatten.

Das von Baske angeführte Beispiel⁴⁰⁸⁾ hierfür ist ebenso bezeichnend wie aufschlußreich. Dem Redakteur der Zeitschrift "Krzyż i Miecz" (Kreuz und Schwert) wurde der Prozeß gemacht, weil er am 18. März 1850 einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem er sich diffamierend über die deutsche Nation ausließ. So hatte er unter anderem in diesem geschrieben:

" Sie (die deutsche Nation) lebe und wachse seit ihrem Erscheinen in der Geschichte aus, in und von der Idee des Raubes, sie habe sich in das romanische und slavische Geschlecht hineingesogen, schwellte vom ausgesaugten Blute an, für dieses Blut tödliches, jedes Emporkommen des Geistes, jedes Aufstreben gegen Himmel tötendes Gift zum Austausch wiedergebend, sei sie der Krebschaden von Europa... " ⁴⁰⁹⁾

⁴⁰⁷⁾ Baske, a.a.O., S. 47.

⁴⁰⁸⁾ Ebenda.

⁴⁰⁹⁾ Staatliches Wojewodschaftsarchiv Posen, OP X 69, Vol. I, S. 233 bis 234 (Deutscher Text nach der Anklageschrift).

Der Artikel schloß mit der Aufforderung, alle Kräfte aufzubieten, um den Feind aller Slaven und Katholiken zu vernichten.

Die Staatsanwaltschaft zweifelte nicht daran, daß dieser Artikel den Strafbestimmungen der Verordnung vom 30. Juni 1849 unterliegen würde. Sie sah den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung und Aufreizung zu Haß, Verachtung und strafbarer Handlung (§§ 13, 14 und 17) als gegeben an, erwirkte die vorläufige Beschlagnahme der Zeitung und erhob Anklage gegen den Redakteur. Das Schwurgericht sprach ihn jedoch frei, obwohl die Mehrzahl der Geschworenen deutscher Nationalität war⁴¹⁰⁾.

Als Maßnahme von durchgreifender Wirkung erwies sich die Verordnung vom 5. Juni 1850⁴¹¹⁾. Die Verpflichtung, ab 1. Juli 1850 wieder hohe Kautionssummen hinterlegen zu müssen, versetzte deshalb der polnischen Presse den Todesstoß (Rozporzadzenia te zadały ciós śmiertelny prasie polskiej), weil sie für politische Schriften eine Kaution von 5.000 Talern fordert, die bei einem zweiten und dritten Verstoß verfällt, Pressevergehen der gerichtlichen Zuständigkeit entzieht, für Drucker die Konzessionspflicht einführt und ferner den Regierungspräsidenten ermächtigt, dem zuständigen Postamt mitzuteilen, welche Schriften nicht versandt werden dürfen⁴¹²⁾. Angesichts dieser harten Bestimmungen ließ das Interesse der Bevölkerung am politischen Leben nach, und die Folge war ein Absinken der Leserzahl.

410) Bericht des Staatsanwalts an den Oberpräsidenten vom 20. Januar 1851; OP X 69, Vol. I, S. 251.

411) "Verordnung vom 5. Juni 1850, betreffend die Ergänzung der Verordnung über die Presse vom 30. Juni 1849" GS 1850, S. 239.

412) Buzek, a.a.O., S. 112.

Ende Juni 1850 stellten alle bis dahin von polnischer Seite herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften ohne Ausnahme ihr Erscheinen ein⁴¹³⁾. An ihre Stelle trat ab Anfang Juli eine einzige neue Zeitung, der "Goniec Polski" (Polnischer Kurier)⁴¹⁴⁾. Trotzdem wagte der Redakteur Rose mitunter Äußerungen, die zweimal mit sehr empfindlichen Geldstrafen geahndet wurden⁴¹⁵⁾.

In den anderen Fällen, darunter sogar ein Fall der Majestätsbeleidigung (in der Ausgabe vom 25. Dezember 1850), erfolgte Freispruch durch das Schwurgericht⁴¹⁶⁾. Um der Einziehung der Kautions zu entgehen, die bei einem dritten Schuldspruch eingetreten wäre, stellte auch der "Goniec Polski" im Dezember 1851 sein Erscheinen ein⁴¹⁷⁾. "Das bedeutete das Ende der polnischen Presse, die ihre Entstehung vor allem der zeitweiligen Herrschaft liberalen Gedankengutes verdankte."⁴¹⁸⁾

So wie in der Provinz Posen mußten auch in Westpreußen die wenigen polnischsprachigen Blätter ihr Erscheinen einstellen, da sie finanziell zu schwach waren, um den Kautionsforderungen des neuen Pressegesetzes genügen zu können und die zwar finanziell stärkere "Szkola Navodora" durch ihre bisherige Tendenz zu sehr belastet war. An deren Stelle trat jedoch wenige Monate später der von Ignacy Łyskowski herausgegebene und redigierte "Nadwiślanin" (Mensch an der Weichsel oder "Der Weichselbewohner"), der mit Geschick die Reaktionszeit überstand und nicht unerheblichen Anteil daran hatte, daß die gesellschaftliche und nationalpolitische Entwicklung

413) Verzeichnis über die periodischen Schriften vom 19. August 1850; DZA Rep 77 Tit 651, Nr. 1, Bd. 1, S. 16 bis 19.

414) Mitteilung des Redakteurs Anton Rose an das Oberpräsidium vom 21. Juni 1850; OP X 69, Vol. I, S. 213.

415) OP X 69, Vol. II, S. 165 und 173.

416) OP X 69, Vol. I, S. 247, 251, 268.

417) Ebenda, S. 176.

418) Baske, a.a.O., S. 48.

des westpreußischen Polentums kontinuierlich in die sechziger Jahre überging⁴¹⁹⁾.

Obwohl sich das Blatt als "Zeitschrift für Belehrung und Unterhaltung" bezeichnete, wurde es nach anfänglichen Themen der allgemeinen Bildung und religiösen Fragen in zunehmendem Maße für den Nationalitätenkampf eingesetzt. Ein Antrag Łyskowskis auf ein "Postdebit" wurde von der zuständigen Regierungsstelle abgelehnt, "da in der Person des p. von Łyskowski ... keine Gewähr dafür gefunden werden kann, daß das von ihm herausgegebene Blatt stets nur die angegebene Tendenz verfolgen werde"⁴²⁰⁾.

Mit dem Erscheinen des Dziennik Poznański (Posener Tageblatt) 1859 in der Provinz Posen erstand allmählich wieder eine polnische Presse, die sich auch in Westpreußen wiederbelebte. Hier wurde die Zeitschrift "Nadwiślanin" (Weichselzeitung) als "das wahre Organ des Polentums dieses Landesteiles" begrüßt. Als sich aber herausstellte, daß diese Zeitung dem geistigen Intelligenzstand der unteren Bevölkerungsschichten nicht ganz entsprach, wurde 1860 der "Przyjaciół Ludu" (Volksfreund), zunächst als Beiblatt des "Nadwiślanin", dann aber als eigenständige Zeitschrift ins Leben gerufen. Im Vordergrund des neuen Blattes standen zwar kirchlich-religiöse Themen, doch versuchte das Blatt auch, seine Leser in einer sehr einfachen, bildhaften Sprache mit politischen Problemen vertraut zu machen und berichtete ausführlich über die Arbeit der polnischen Abgeordneten in Berlin, wobei solche Darstellungen gewöhnlich noch geschickt mit historischen Reminiszenzen verknüpft wurden.

419) Cieślak, a.a.O., S. 47 ff.

420) Der Regierungspräsident von Marienwerder, Graf zu Eulenburg, am 12. 10. 1850 an Oberpräsident Eichman; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep 2, Tit 39, Nr. 38, Vol. 1, Blatt 38.

So wurde beispielsweise in einem Artikel dieser Zeitschrift über das preußische Steuersystem, das jährliche Steueraufkommen durch einen meilenlangen, mit Geld beladenen Wagenzug dargestellt. Daran schloß der Verfasser die Bemerkung, "zu polnischen Zeiten betrug die größte Steuer nicht den zwölften Teil der heutigen. Es kamen damals auf jede Seele kaum 17 1/2 Sgr. und das bezahlten nur die Herren. Ja, ja, die Zeiten ändern sich, aber nicht zum Bessern"⁴²¹⁾.

Wie hoch die Bedeutung und der Einfluß der Presse von polnischer Seite veranschlagt wurden, um eine "bestimmte Meinung zu schaffen und der nationalen Arbeit eine Richtung zu geben", ergibt sich daraus, daß sich polnische Journalisten intensiv der Jugend annahmen und eine Zeitschrift für Kinder "Przyjaciel Dzieci" (Kinderfreund) herausgaben, mit der sie versuchten, schon im frühen Stadium das Bewußtsein nationaler Eigenart zu wecken⁴⁴²⁾.

Die Auflagenhöhen selbst der bedeutenden Blätter waren aber für die damaligen Verhältnisse äußerst niedrig, so daß an eine Rentabilität nicht gedacht werden konnte und die in der Regel mittellosen Verleger und Redakteure auf vermögende Geldgeber angewiesen waren. Dennoch muß man für die sechziger Jahre feststellen, daß die polnische Presse einen beachtlichen Einfluß ausübte. Dies zeigte sich besonders in Ausnahmesituationen, wie dem Januaraufstand von 1863, wo sich ihre Wirkung deutlich und schnell manifestierte.

421) Przyjaciel Ludu, Nr. 4/1861.

422) Böhning, a.a.O., S. 219 (handschriftliches Exemplar).

X Das Verhalten der im preußischen Heer dienenden Polen

Von besonderer Bedeutung im preußisch-polnischen Verhältnis war die Haltung des polnischen Volkes zur preußischen Armee, so wie dies auch gegenüber den anderen Teilungsmächten Rußland und Österreich der Fall gewesen ist. Preradovich⁴²³⁾ hat in seiner Untersuchung über die Führungsschichten in Österreich und Preußen die jeweiligen Armeen bewußt mit einbezogen. Schließlich ist jede Armee die Stütze der Herrschermacht und muß von jeder Schicht, gleich welcher Nationalität, entsprechend bewertet werden.

Wie überall so mußte sich auch in Preußen und seinen polnischen Anteilen jeder Untertan mit der Wehrpflicht abfinden. So sah auch Preußen in dieser Einrichtung einen durchaus willkommenen Anlaß, seine polnischen Staatsangehörigen unter der Krone zusammenhalten zu können, auch wenn damit der Verschmelzungsprozeß nicht vollzogen wurde. Für Preußen galt es vor allem, den polnischen Adel für die Monarchie zu gewinnen. Die Tatsache, daß im 17. Jahrhundert der Adel in ganz Europa außer auf dem agrarischen Sektor seine Haupttätigkeit im Heeresdienst sah, legte nach der Ersten Teilung Polens im Jahre 1772 und nach dem Wiener Kongreß den Gedanken nicht nur für Österreich, sondern auch für Preußen nahe, auf diese Tradition bauend, die polnischen Adeligen zum Eintritt in die preußische Armee zu bewegen. Da in keinem anderen Land Europas die Armee im Staat so große Bedeutung hatte, wie dies im 19. Jahrhundert in

⁴²³⁾ Preradovich, a.a.O.

Preußen der Fall war, ist auch die Neigung der preußischen Regierung verständlich, bei allen Versuchen, die neu unter die Herrschaft gekommenen Polen, zu rechten Preußen zu machen. So galt es vor allem, den polnischen Adel in Posen und Westpreußen für den Heeresdienst zu interessieren. Schließlich spielte der Adel in Verbindung mit Geistlichkeit, zumindest bis zum letzten Drittel des Jahrhunderts, die maßgebliche Rolle in den Provinzen Posen und Westpreußen. Obwohl der deutsche Bevölkerungsanteil - wie zuvor bereits eingehend dargelegt worden ist - bis zur Mitte des Jahrhunderts stetig im Wachsen begriffen war, blieb doch, numerisch gesehen, der polnische Anteil von gut 60 v. H. der Bevölkerung hinsichtlich der Beteiligung der Staatsbürger am preußischen Staat und seiner Armee von außerordentlicher Bedeutung. Hier gerade wurde der zahlenmäßige Aspekt auch politisch brisant. Unter Anführung des Adels, der etwa 1.500 polnische Familien umfaßte, bestand die Gefahr, daß dieser zu einer Macht und somit zum Problem für die Staatsführung werden konnte. Deshalb interessiert die Frage, wie sich diese Komponente im Bereich der Armee niederschlug⁴²⁴).

Bei der Erörterung dieser Frage wird man die Beteiligung der polnischen Untertanen im preußischen Heeresdienst in bezug auf ihr Verhältnis zum stehenden Heer, der Landwehr und zum Reservedienst zu beurteilen haben.

Bereits 1817, dann 1827 und 1831 befinden sich in der nächsten Umgebung des Königs, also des Obersten Befehlshabers der preußischen Armee, unter seinem Flügeladjutanten zwei Oberste polnischer Nationalität, Bojanowski und Malachowski. Im preußischen Generalstab

424) Vgl. Swart, a.a.O., S. 9 ff.; Böhning, a.a.O.

war jedoch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kein Pole anzutreffen. Zwischen 1840 und 1870 änderte sich jedoch das Bild, was offensichtlich auf die zweimalige Erhöhung des Etats und das steigende Ansehen des Generalstabs zurückzuführen ist. Waren es 1852 noch 64 Offiziere, die dem Generalstab angehörten, so waren es 1867 bereits 88 Offiziere. 1850 gehörte dem Großen Generalstab 1 polnischer Major an und 4 Secondelieutnants (letztere zur Dienstleistung kommandiert). 1865 waren es 2 polnische Majore und 2 Hauptleute, und zum Vergleich dazu 1876 1 Generalmajor, 1 Oberst und 5 Hauptleute⁴²⁵). Danach aber tritt eine Lücke ein. In der Königlichen Adjutantur bekleidete im Laufe des Jahrhunderts nur noch 1 Pole eine bedeutende Stellung: Fürst Anton Radziwiłł, der Enkel des Statthalters von Posen, der 1876/77 als Generaladjutant im Range eines Generalmajors Dienst tat⁴²⁶). Außer ihm ist kein polnischer Adeliger mehr in ähnlicher Position in der Umgebung des Königs festzustellen. In der obersten militärischen Kommandobehörde der preußischen Armee, dem Kriegsministerium, sind von 1817 bis 1918 in nahezu ununterbrochener Reihenfolge mehrere polnische Adelige im Stabs-offiziersrang tätig gewesen.

Die gleichen Merkmale wie für das Kriegsministerium und den Generalstab zeigen sich auch bei der Beteiligung preußischer Offiziere polnischer Herkunft in den Stellen der Armeespektion und den höheren Kommandostellen wie den Korpskommandos, der Divisions- und Brigadeführung. Vom Jahre 1831 bis zum Jahre 1850 erhöhte sich

425) Rangliste der Kgl. Preussischen Armee für die Jahre 1850/1865/1876.

426) Fürst A. Radziwiłł ist noch in der Rangliste von 1902 als "Generaladjutant weiland Seiner Majestät Wilhelms I." geführt, aber als General der Artillerie à la Suite des 1. Garde-Feld-Artillerie-regiments.

die Zahl der "Polen" auf 6 Generale (Grabowski, Selasifski, Lupiński, Maliszewski, Wieslitzki und Wilhelm Radziwiłł). Nach der Heeresreform und der damit verbundenen Erhöhung der Offiziersplanstellen wuchs der Prozentsatz der polnischstämmigen Offiziere bis 1890 verhältnismäßig beständig.

Interessant ist, daß die Wahl der Waffengattung genau wie in Österreich auch in Preußen eine Rolle spielte. So vermehrten die preußischen Siege das Ansehen der Infanterie. In den 40 Infanterieregimentern dienten bereits 1831 insgesamt 170 polnische Adlige; bis 1850 veränderte sich das Engagement von polnischer Seite kaum, selbst die Planstellenverteilung blieb nahezu gleich. Nach 1870 verlagerte sich der Schwerpunkt, was das Ansehen betrifft, auf die Garderegimenter der Infanterie und Kavallerie⁴²⁷⁾.

Worauf es für die Darstellung hier besonders ankommt, und wie es Bangert⁴²⁸⁾ klar herausgestellt hat, liegt das Kennzeichen für die polnischen Adligen, die sich für den Dienst im preußischen stehenden Heer entschlossen hatten, darin, daß sie im Moment ihres Entschlusses bereit waren, sich den preußischen Gesetzen zu beugen und sich anzugleichen. Dieses Angleichen ging so weit, daß sich die ehemals polnischen Aristokraten als echte Preußen und nicht mehr als Polen fühlten, was sich sogar verschiedentlich in der Namensänderung ausdrückte. Der Anteil der im stehenden Heer aktiv dienenden polnischen Adligen verlor damit für den preußischen Staat jede politische Gefährlichkeit. Im Unterschied zur Entwicklung in Österreich wird von den preußisch-polnischen Offizieren das nationale politische Denken nahezu

⁴²⁷⁾ Vgl. Graf von Hutten-Czapski, a.a.O., S. 48.

⁴²⁸⁾ Bangert, a.a.O., S. 509 ff.

völlig in den Hintergrund gedrängt. Man wollte in Preußen etwas gelten, womit bereits der erste Schritt zur Angleichung getan war, und zwar galt dies sowohl für diejenigen, die aus ärmeren polnischen Familien stammten, als auch für diejenigen, die aufgrund verwandtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehungen dem Preußentum nahestanden. Weder die Frage der Germanisierung noch die der polnischen Tradition spielten dabei eine entscheidende Rolle. "Kaum ein Offizier nimmt seinen Abschied, weil sein Gesuch auf Versetzung zu einem teilweise aus Polen bestehenden Regiment abgelehnt worden ist, oder weil er nicht in seine Heimat zurück kann."⁴²⁹⁾

Besonders bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß es sich bei den im stehenden Heer Dienenden um eine ziemlich fest umrissene Gruppe polnischer Adelliger handelt. Es fällt auf, daß der Offiziersnachwuchs bis 1850 stark zunimmt und sich der Schwerpunkt der Beteiligung am Heer in die Führungsstellen verlagert (um 1859). Es tauchen auch immer wieder die gleichen Namen auf. Dabei sind es im Höchstfall nur 50, "ein wahrhaft geringer Bruchteil der Masse polnischer Adelsfamilien in Posen und Westpreußen"⁴³⁰⁾.

Was die polnischen Edelleute, die in der Landwehr dienten, betrifft, so blieben sie sich, ob sie eingezogen waren oder freiwillig dienten, stets ihrer polnischen Nationalität bewußt. Worauf Bangert meines Erachtens mit Recht hinweist, waren es drei Beweggründe, die sie zum preußischen Heeresdienst bewogen⁴³¹⁾; "Zum ersten stellten sich die armen Adligen zur Verfügung in der

⁴²⁹⁾ Bangert, a.a.O., S. 510.

⁴³⁰⁾ Ebenda.

⁴³¹⁾ Ebenda, S. 511.

Hoffnung auf feste Anstellung im ersten Aufgebot und somit auf bessere materielle Sicherung. Zum zweiten dienten diejenigen Adligen in der Landwehr, die in der militärischen Ausbildung für kommende nationale militärische Auseinandersetzungen einen Vorteil sahen⁴³²⁾. Zu ihnen gesellten sich gezwungenermaßen diejenigen, die den Militärdienst nicht umgehen konnten und als gemeine Soldaten dienen mußten. Allen drei Untergruppen war gemeinsam, daß sie die preußische Herrschaft nur als vorübergehend ansahen und immer auf die Errichtung eines polnischen Nationalstaates hofften." Von diesen Gruppen, die ihre Haltung zu keiner Zeit aufgaben und dazu noch die Großzügigkeit der preußischen Regierung nach Möglichkeit ausnutzten, ging auch die agitatorische Unterstützung zu den polnischen Aufständen aus.

Die dritte Gruppe, die - wie gesagt - als einfache Soldaten dienen mußten, bildete mit der vorher genannten den eigentlichen polnischen Widerstand in Posen und Westpreußen. Jedoch unterschieden sich beide in ihrer Methode. Genauso wie ihre national gesinnten Landsleute in Galizien, sahen auch die Nationalpolen in Posen und Westpreußen den größten Vorteil zum Nutzen ihrer Sache nicht nur im völligen passiven Verhalten, sondern vor allen in der Konspiration. Man unterhielt geheime Verbindungen zu allen polnischen Teilgebieten und zur Emigration. Obwohl diese zahlenmäßig bedeutsamste und politisch aktivste Gruppe mehrmals in blutigen Auseinandersetzungen, die mit ihren Niederlagen endeten, erfahren mußten, daß passiver und auch aktiver Widerstand vergeblich war, nahm

432) Vgl. Sommer, a.a.O., S. 126.

diese Gruppe im Laufe der Jahre unter den polnischen Adligen immer mehr zu. Aber je größer die Gruppe dieser "hoffenden" Nationalpolen wurde, um so geringer wurde ihr Interesse und ihre Beteiligung am preußischen Staat und seiner Armee.

XI Die polnischen Aktionen

1. Die polnische Emigration und ihre Führungskräfte

Neben den durch das gemeinsame Zusammenleben im preußischen Staatsgefüge gegebenen Betätigungsmöglichkeiten - sei es in der parlamentarischen Arbeit, in Schule, Kirche, Vereinen und sonstigen Organisationen und der dadurch entstandenen Konfliktsituation - versuchten die Polen durch eine Vielzahl meist spontaner Einzelaktionen ihre nationalen Ziele zu verwirklichen. Unabhängig von diesen innerstaatlichen Aktionen wirkte aber auch die sich in der "Emigration" manifestierte national-polnische Bewegung mit ihrer nicht zu unterschätzenden Kraft auf die innerstaatlichen Vorgänge in beachtlicher Weise ein.

Was zunächst diese "Emigration" betrifft, so war der Grundgedanke ihrer "Herrschaft": Solange zwei Drittel des ehemaligen Polnischen Reiches nicht befreit sind, sollen Organisationen, vornehmlich in Paris, aber auch in London⁴³³⁾ und anderen Orten, ins Leben gerufen werden, von denen die Polen in Preußen, Galizien und überall dort, wo sie fremder Macht "unterworfen" sind, die entscheidenden Befehle empfangen sollen⁴³⁴⁾.

433) In London hatte sich die "Rewolucyjna gromada" (Revolutionsgemeinde) gebildet; die heute in London wieder bestehende polnische Emigration, die sich gegen den derzeitigen polnischen Staat richtet, betrug ca. 135.000 Köpfe.

434) Vgl. Bernhard, a.a.O., S. 5 ff.

Dieser Gedanke wird fast wie ein staatsrechtliches Prinzip seit Anfang 1832 in der polnischen Literatur diskutiert und findet seinen präzisen Ausdruck im Status des Nationalkomitees des Zjednoczenie⁴³⁵⁾. So unvollkommen auch die Pläne der "Emigration", zunächst jedenfalls, gewesen sind, so gelang es doch von Paris her, die polnischen Angelegenheiten der Heimat zu beeinflussen. Wegen der Wirksamkeit solcher Weisungen aus dem Pariser Hauptquartier darf man nicht vergessen, daß die dortige Emigration im Grunde nichts anderes als die letzte militärische Maßnahme eines geschlagenen Heeres war. Die polnischen Truppen, die nach dem mißlungenen Aufstand im Sommer und Herbst 1831 über die Grenzen nach Österreich und Preußen flüchteten, sahen sich vor die Wahl gestellt, ob sie der Amnestie des russischen Zaren vertrauen oder im Ausland bleiben sollten. Sowohl die preußische als auch die österreichische Regierung gaben deutlich zu verstehen, daß sie eine solche Vermehrung ihrer polnischen Bevölkerung nicht wünschten und bemühten sich deshalb - im Einverständnis mit Rußland - die waffenlosen Truppen nach Polen zurückzuschicken. In dieser Lage entstand im Offizierskorps, das der russischen Amnestie mißtraute, der Plan, sich als entwaffnete polnische Legion in das befreundete Frankreich zu begeben, um "mit Waffen in der Hand" zurückzukehren. So phantastisch dieser Plan erscheinen mag, ist es verständlich, wenn man sich vergewissert, daß zwischen der Partei, die in Frankreich die Julirevolution durchgeführt hatte, und den Führern des polnischen Novemberaufstandes persönliche Beziehungen

435) abgedruckt in "Emigracya Polska" von Lubomir Gadon, Bd. III; zitiert bei Bernhard, S. 5, Anm. 1) (Die polnische Emigration).

bestanden. So hielt sich schon seit dem Jahre 1830 eine Mission der "polnischen Nationalregierung" in Paris auf, um die vermittelnde Hilfe Frankreichs zu erbitten, und unter Lafayettes, des greisen Polenfreundes, Präsidium entstand am 28. Januar 1831 ein polnisch-französisches Komitee in Paris, das die Interessen der aufständischen Polen vertrat und an dessen Spitze der Wilnaer Historiker Joachim Lelevel stand⁴³⁶⁾, in dem übrigens Metternich die Seele des Widerstands sowie der Putsch- und Aufstandsversuche sah und dem weitere Aufständler wie Józef Zaliwski und Graf Adam Gurowski zur Seite standen⁴³⁷⁾. Veranschaulicht wird die Situation durch die im Winter 1831/32 durch Deutschland ziehenden polnischen Kolonnen in Stärke von 50 bis 100 Mann, die - besonders in Westdeutschland - mit Fuhrwerk, Unterhalt und Geld von der Bevölkerung unterstützt wurden, und ihr "Kampflied" hören ließen:

" Brüder, jetzt heißt es entscheiden,
zwischen der Schmach der Rückkehr
und dem Ruhm der Legionen." ⁴³⁸⁾

Dieser "Marsch durch Europa", mit dem nahezu 10.000 Polen nach Frankreich gezogen sind, ist ein "historisches Ereignis" geworden und hat die "Emigration" zu einer Autorität für die Polen in der Heimat erhoben.

Die Vehemenz des revolutionären Treibens dieser Jahre, die in Frankreich zur Julirevolution (27. bis 29. Juli 1830) geführt und sich in Deutschland bis zur drohenden Revolution gesteigert hatte,

⁴³⁶⁾ Schoeps, Neue Quellen, a.a.O., S. 230.

⁴³⁷⁾ Ebenda.

⁴³⁸⁾ Bernhard, a.a.O., S. 8.

ist von Metternich scharf analysiert worden, wobei er in den Polen außerhalb der deutschen Verhältnisse "die Hauptwerkzeuge" dieser Ereignisse sieht. In seinem Brief an den Minister des königlichen Hauses Fürst Sayn-Wittgenstein vom 22. April 1833⁴³⁹⁾ prangert er das revolutionäre Treiben an und sieht vor allem in dem "Durchzug" der Polen durch die Bundesstaaten ein Mittel der Propaganda, verheerende Übel anzufachen. Und in einem späteren Brief an denselben vom 15. März 1834 schreibt er: "Die Polen sind heute die wahre Miliz der Revolution und in dieser Beziehung ist der polnische Aufstand ein wahres Unglück für die Menschheit geworden"⁴⁴⁰⁾, wobei Metternich insbesondere auf die polnische Emigrantenzentrale in Paris und deren Duldung durch die französische Regierung hinweist. Diese Meinung Metternichs wurde aber durchaus nicht allgemein vertreten, sondern fand z. B. ihre entschiedenen Gegner in der liberalen Öffentlichkeit, deren Sympathien uneingeschränkt und zu Metternichs Verdruß der polnischen Seite angehörten⁴⁴¹⁾. Der Polenenthusiasmus in Deutschland im Anschluß an den russischerseits am 6. September 1831 niedergeschlagenen Warschauer Aufstand von Ende November 1830 war eine mehr als deutliche Antwort auf Metternichs Standpunkt und Befürchtungen. Dabei war allgemein festzustellen, daß dieser Enthusiasmus für die polnische Sache in Deutschland "mit dem Radius der Entfernung von Polen zunahm und am Rhein und in Süddeutschland am stärksten war"⁴⁴²⁾.

439) abgedruckt bei Schoeps, Neue Quellen, a.a.O., S. 176/177.

440) Ebenda, S. 229/230.

441) Ebenda, S. 176.

442) Richter, a.a.O., S. 82 ff.

Mit dieser Massenwirkung war aber auch die Bedeutung des Militärs für die "Emigration" fast erschöpft, denn die polnischen Truppen wurden von der französischen Regierung in Avignon, Besançon, Bourges und anderen Plätzen interniert, wo sie noch lange Jahre als die "Legionen der Emigration" figurierten.

Zwischen diesen militärischen Kulissen begannen nun die polnischen Politiker, Abenteurer und Literaten in Paris ein Spiel, das jahrzehntelang auf die Entwicklung in den preußisch-polnischen Provinzen, vornehmlich in der Provinz Posen, bestimmend einwirkte⁴⁴³⁾. Diese Art der "Bevormundung" sowohl von seiten der "Emigration" als auch der preußischen Regierung mußte auf die eigene Verwaltungstätigkeit der Polen hemmend einwirken. In dieser Situation ließen sich einige polnische Großgrundbesitzer nicht irremachen und bemühten sich mit Erfolg, für den Gedanken der "heimischen Arbeit" neue Kräfte und Bundesgenossen zu gewinnen, indem sie bewährte Männer aus der Emigration in die Heimat zurückriefen. "Powrot do kraju!" (Rückkehr ins Land), war die Parole der verständigen, ernsthaften Leute⁴⁴⁴⁾.

443) Von außerordentlicher Seltenheit und Bedeutung zugleich ist die Tatsache, daß fast alles, was die polnische Literatur groß gemacht hat, damals nach 1831 in Paris entstanden ist. So gehört z. B. das in Paris entstandene und dort 1833 mit seinem dritten Teil erschienene Werk von Adam Mickiewicz "Dziady" (Totenfest), das ein gewaltiges Lied des Märtyrergefühls ist, zur Weltliteratur (übersetzt von S. Lipiner, Leipzig, 1887).

444) Bernhard, a.a.O., S. 19.

2. Der geistige Gehalt der Emigration

Genug "bewährte" Männer hat es in den drei Jahrzehnten nach 1831 unter der polnischen Intelligenz in Paris in großer Zahl gegeben, z. B. der bereits genannte Adam Mickiewicz, der den von der französischen Regierung begründeten Lehrstuhl für slawische Literatur am Collège de France von 1840 bis 1844 inne hatte und dessen Vorlesungen über "Slavische Literatur und Zustände" berühmt wurden, die Magnaten Dzielynski und Czartoryski, ferner der Wojwode Ostrowski mit ihren Sammlungen und Bibliotheken, in denen junge Polen beschäftigt waren⁴⁴⁵⁾. Nicht zu vergessen sind aber die polnischen Ärzte, die ihre in Polen erworbenen Erfahrungen speziell auf dem Gebiete der Cholerabekämpfung - die sie gewonnen hatten, als 1833 die Choleraepidemie in Europa und besonders in Polen grassierte - den französischen medizinischen Forschungsinstituten zur Verfügung stellten und dadurch in Beziehungen zur Akademie der Wissenschaften traten.

Somit wurde die "Pariser Emigration" für die Polen eine Art hoher Schule und Akademie. Wie es Bernhard⁴⁴⁶⁾ darstellt, webten Politik und Literatur hier ineinander, denn die Politik bedurfte der literarischen Wirkungsmittel, die Literatur in der Fremde aber bedurfte der politischen Hoffnung. Diese halb gelehrte, halb politische Atmosphäre erschien so verlockend, daß in allen Teilen des ehemaligen Polens zwischen 1831 und 1863 üblich wurde, zur Vollendung der männlichen Erziehung einige Jahre zu "emigrieren". So spielte "die Emigration in Paris" für die Politik

445) Noch heute existiert in Paris eine polnische Bibliothek, die von Czartoryski begründet wurde und auch heute noch den Mittelpunkt eines "polnischen Kreises" in Paris bilden dürfte.

446) Bernhard, a.a.O., S. 20.

die Rolle einer Institution, die von 1831 bis 1863 junge Leute aufnahm und wieder entließ. Je nach Charakter und Neigung kehrten die Männer dann als sogenannte "Emissäre der Emigration" zurück, um politische Konspiration zu schüren, oder sie kamen, um mit den erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen der heimatischen Arbeit zu dienen. Unter denen, die auf den Ruf "Prowot do kraju" seit Mitte der 30er Jahre nach Polen zurückkehrten, um der Heimat in unpolitischer Weise zu dienen, befand sich der Arzt Dr. Karl Marcinkowski, ein Schüler der Emigration. Sein Programm, das er in seinen Briefen wiederholt ausspricht, ist das: "Die Polen sollten sich losmachen von der Hoffnung, daß Frankreich der Emigration politische Hilfe leisten werde bei der Anzettlung von Aufständen; man verhöhnt die Emigration im Parlament." Durch seine 10 Jahre lange Tätigkeit in der Provinz Posen bis zu seinem frühen Tode wurde die Provinz Posen, vor allem seine Hauptstadt, zu einem politischen und geistigen Zentrum des Polentums, das durch den 1841 von Marcinkowski gegründeten und von den Behörden unterstützten "Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend des Großherzogtums Posen (Towarzystwo Naukowej Pomocy dla młodzieży wielkiego Księstwa Poznańskiego)"⁴⁴⁷⁾ - in dessen Direktion sich neben Marcinkowski, Adam Mickiewicz und Freunde des Fürsten Czartoryski befanden - eine Bildungsschicht aus dem Mittelstande aufbaute. Erste Zeitschriften erschienen, darunter die gediegene "Das Jahr" des Philosophen Karl Libelt. Mit dem ebenfalls von Marcinkowski schon 1838 gegründeten Hotel, Bazar Poznański, erhielten der polnische Adel und die sich bildende Kaufmannschaft ein Zentrum nationalen Lebens⁴⁴⁸⁾.

⁴⁴⁷⁾ Ab 1861 führte der Verein den Namen Marcinkowskis.

⁴⁴⁸⁾ Vgl. hierzu Gotthold Rhode, a.a.O., S. 379; Baske, a.a.O., S. 60.

Wenn alle diese Vereine und Einrichtungen gemäß der "Verordnung über das Vereinigungs- und Versammlungsrecht vom 11. März 1850", die nur regionale Vereine politischer, nicht aber unpolitischer Art verboten hatte, nach ihren Statuten auch unpolitische Ziele verfolgten, also entweder der Verbesserung der materiellen Lage bestimmter Schichten des polnischen Volkes oder der Hebung des Bildungsstandes dienten, so waren sie doch letztlich politischer Art, da sie sich diesen Aufgaben fast ausschließlich aus politischen Gründen widmeten⁴⁴⁹⁾.

3. Die verhaltene Kraft der Emigration

Wenn auch kein staatspolitisches Merkmal, so vermittelt aber z. B. der Monatsbericht des Oberpräsidenten von Horn vom 12. Januar 1867 ein eindrucksvolles wirtschaftspolitisches Bild von der Wirksamkeit der Marcinkowskischen Vereinsgründung. So heißt es in diesem Bericht unter anderem:⁴⁵⁰⁾ "Bemerkenswert ist die stete und rasche Zunahme der Geschäftsetablissemments polnischer Kaufleute und Handwerker, wobei sich die Wirksamkeit des im Jahre 1841 gegründeten Marcinkowskischen Vereins ... geltend macht. Eine große Anzahl polnischer Beamte, Ärzte, Lehrer, Kaufleute und Handwerker sind aus den Stipendiaten des Vereins hervorgegangen. Diese Anzahl vermehrt sich alljährlich... Die polnische Presse und die polnischen Vereine machen es den Stammesgenossen fortgesetzt zur heiligen Pflicht, diese polnischen Gewerbetreibenden durch Zuwendung ihrer Kundschaft zu unterstützen. Die Zahl der deutschen und jüdischen Kaufleute nimmt dagegen

⁴⁴⁹⁾ Vgl. Baske, a.a.O., S. 60.

⁴⁵⁰⁾ Zitiert ebenda, S. 61.

gar nicht oder doch nur sehr unbedeutend zu." Wie ungünstig sich für die deutschen Kaufleute das Aufkommen der polnischen Konkurrenz auswirkte, darüber berichtete die Posener Regierung bereits im März 1863⁴⁵¹⁾. Manche deutsche und jüdische Kaufleute hätten deswegen schon die Provinz verlassen oder versuchten sich zu helfen, indem sie, um polnische Kundschaft zu erhalten oder anzuziehen, Lehrlinge und Gehilfen polnischer Nationalität anstellten.

Ein weiteres politisches Moment auf geistigem Gebiete, das als antipreußisch zu werten ist, findet sich in der Ernennung des Leiters der historischen Abteilung der 1857 gegründeten "Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (Poznański Towarzystwo Przyjaciół Nauk), Władysław Bentkowski, zum Ehrenmitglied dieser Gesellschaft, weil dieser wegen Unterstützung des Aufstandes von 1863 im Berlin-Moabiter Polenprozeß zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde⁴⁵²⁾. Diese "antipreußische" Auszeichnung wiegt um so mehr, als in der genannten Gesellschaft mit ihren verschiedenen Abteilungen, wie "Geschichte und Moral", "Naturwissenschaften", "Medizin", "Ökonomie und Statistik", Präsidenten fungierten, die deshalb bekannt geworden sind, weil sie auf geistigem und politischem Gebiet mehrrach hervorgetreten sind, so: August Cieszkowski (1858, 1861 bis 1868), Tytus Działyński (1859 bis 1861) und Karol Libelt (1868 bis 1875). Cieszkowski und Libelt waren durch mehrere philosophische Werke, in denen sie unter Umformung Hegelscher Ideen über Staat, Nation und Vol die Berechtigung des Kampfes der Polen um ihre nationale und staatliche

451) Bericht vom 12. März 1863;
DZA Rep 89 B X, 1 bis 28, a.a.O., o. S.

452) Monatsschrift der Posener Regierung vom
11. Januar 1866; DZA Rep 89 B X, a.a.O., o. S.

Existenz begründeten⁴⁵³⁾. Cieszkowski war außerdem als Initiator und als Mitglied der Hauptdirektion der "Liga Polska" sowie als geschickter Redner des preußischen Abgeordnetenhauses bekannt geworden. Libelt hatte sich als geistvoller und leidenschaftlicher Redner im Moabiter Polenprozeß von 1846 und während der März-bewegung 1848 in Berlin und Posen als erster Präsident des "Polnischen Zirkels" (Koło Polskie), als führende Persönlichkeit der "Liga Polska" und als Redakteur verschiedener politischer Zeitungen einen Namen gemacht. Nimmt man noch die Leistungen der Polen auf kulturellem Gebiet, wie die Einrichtung von Volksbibliotheken und die Veranstaltung von Theateraufführungen⁴⁵⁴⁾ und auf landwirtschaftlichem Gebiete den 1861 erfolgten Zusammenschluß aller landwirtschaftlicher Kreisvereine zum "Centralne Towarzystwo Gospodareze dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego" (Zentraler Wirtschaftsverein für das Großherzogtum Posen) und schließlich die erste im Mai 1861 in Posen entstandene Towarzystwo Polźyczkowe Przemysłowców miasta Poznania (Darlehensgesellschaft für Gewerbetreibende der Stadt Posen), der sich in den sechziger Jahren die Einrichtung von 29 genossenschaftlichen Spar- und Darlehenskassen in der Provinz Posen anschloß, zusammen, so ist es verständlich, mit welcher, wenn auch verhaltenen, Kraft die Polen in den preußischen Landesteilen durch den Mund ihrer Vertreter für ihre nationale Sache eintraten und zu kämpfen wußten. Dabei gab es auch Polen, die sich wohl für die Belange ihrer Nationalität einsetzten,

453) Cieszkowski und Libelt hatten an der Berliner Universität studiert. Die wichtigsten Arbeiten Cieszkowskis sind: "Prolegomena zur Historiosophie" (1838), "Gott und Palingenese" (1842); Libelts mehrbändiges Hauptwerk hatte den Titel: "Filozofia i Krytyka" (1845 bis 1850).

454) Das 1871 bereits projektierte polnische Theater in Posen wurde allerdings erst 1875 eröffnet.

dennoch aber nicht gegen alles Preußische opponierten und ein gutes Einvernehmen mit dem königlichen Hause anstrebten. Der profilierteste Vertreter dieser kleinen Gruppe war der General der Infanterie Fürst Wilhelm Radziwiłł. In einem Schreiben vom 31. Oktober 1849 empfahl er der Regierung "mit Konsequenz den begründeten Forderungen der Polen im Großherzogtum moralisch gerecht zu werden"⁴⁵⁵⁾. In einer weiteren Eingabe vom 6. April 1861⁴⁵⁶⁾, die er direkt dem König zuleitete, präziserte er die Forderungen der polnischen Nationalität, deren Erhaltung er für berechtigt hielt und die die Regierung zu berücksichtigen hätte. Die hierauf gerichteten Ansprüche der Polen seien von der Regierung bisher nicht in dem erforderlichen Ausmaß erfüllt worden, weshalb es empfehlenswert sei, das bisher verfolgte Verwaltungssystem, das zur Entfremdung der Nationalitäten geführt habe, aufzugeben, den Polen zwar weiterhin mit Festigkeit, aber auch mit Wohlwollen zu begegnen und ihren Wünschen zu entsprechen. Solchen vordringlichen Wunsch hielt ein Angehöriger des höheren polnischen Adels, Graf Joseph Grabowski, insofern für angebracht, als es galt, den "wohlgesinnten" Teil des polnischen Adels mit Verwaltungs- und Regierungsaufgaben zu betrauen, damit dieser vor allem aufgrund seiner Kenntnis der Verhältnisse in der Provinz den auftretenden Schwierigkeiten besser begegnen könnte⁴⁵⁷⁾.

Mitunter werden aber auch Versuche unternommen, die leitenden Beamten der Posener Behörden beim König und auch der Königin zu diffamieren. So erklärte der Fürst Sułkowski⁴⁵⁸⁾ sogar in aller Öffentlichkeit, daß der

455) DZA Rep 77 Tit 539, Nr. 1, Vol. II, S. 286 - 295.

456) DZA Rep 77 Tit 50, Nr. 21, Adhib. 3, Beiheft S. 22-23.

457) DZA Rep 90 a D 1, 2, Nr. 1, S. 70 - 83.

458) Puttkamer an Manteuffel am 21. September 1851;
DZA Rep 92 (Nachlaß von Manteuffel), Tit II, Nr. 91
S. 5 - 6.

König ganz anders denke als die Minister und Beamten und daß die letzteren insgeheim dem Willen des Monarchen entgegenarbeiten. Bei solcher Erklärung mutet es recht seltsam an, wenn man dem Bericht des kommandierenden Generals des II. Armeekorps, von Steinmetz, aus Bad Ems entnimmt⁴⁵⁹⁾, daß eine Reihe wohlhabender polnischer Adliger den Kuraufenthalt des Königs dazu benutzt, um ihn vor allem gegen den Posener Oberpräsidenten einzunehmen und mit Unterstützung des Erzbischofs Graf Ledóchowski sogar auch Erfolg haben⁴⁶⁰⁾.

Aus einem Brief der Gräfin Stracke an den Oberpräsidenten von Horn vom 15. Mai 1867⁴⁶¹⁾ ergibt sich, daß sich die Königin Auguste stets aufgeschlossen für die Wünsche der Polen gezeigt und sich mehrfach für die Einrichtung national-polnischer Institutionen oder gegen deren Auflösung eingesetzt habe und "sehr ungehalten" gewesen sei, als der Posener Oberpräsident solche Projekte zu verhindern wußte.

4. Die offene Agitation und ihre Einzelaktionen

Auffallend war in der Provinz Posen, daß die Polen jeden gesellschaftlichen Kontakt mit den Vertretern des preussischen Adels oder der Beamtenschaft mieden, ja sogar darüber hinaus bemüht waren, möglichst offenkundig diese Ablehnung zu demonstrieren. Als z. B. der Oberpräsident Bonin im November 1862 zu Ehren der im Provinziallandtag vertretenen Stände ein Diner gab, erschien kein Vertreter des polnischen Adels, wohl aber nahmen sie

459) General von Steinmetz an Oberpräsident von Horn am 2. Mai 1868; DZA Rep 92, Nr. 38, o. S.

460) Ebenda, Nr. 4, Autobiographie, S. 127, 190, 270.

461) Ebenda, S. 199, 256.

ohne Ausnahme einige Tage später an dem Festessen teil, das der Erzbischof für den gleichen Personenkreis veranstaltet hatte⁴⁶²⁾.

a) Die Agitation des Klerus

In besonders rückhaltloser Weise zeigte aber der polnisch-katholische Klerus seine Abneigung gegen alles Preußische. Zu Zeiten des Erzbischofs Przyłuski legte er sich selbst gegenüber dem König keinerlei Mäßigung auf. So widersetzten sich bei der Krönung Wilhelms I. am 18. Oktober 1861 (dem Jahrestag der Schlacht von Leipzig) in der Schloßkirche zu Königsberg die katholischen Geistlichen fast ausnahmslos der Anordnung, die Glocken ihrer Kirchen läuten zu lassen⁴⁶³⁾, abgesehen davon, daß sie auch die Bestimmungen, die beim Ableben Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861. (in Sanssouci) erlassen worden waren, mißachteten, stellt es den unglaublichsten Affront dar, zu dem sich ein Landpfarrer mit der Äußerung hinreißen ließ: "Ist er krepirt, so ist er krepirt, das deutsche Hundeblut... Ist ein deutsches Hundeblut krepirt, so wird ein zweites deutsches Hundeblut nachfolgen"⁴⁶⁴⁾. Von 1862 bis Anfang 1866 sind der Staatsanwaltschaft allein 56 Fälle derartiger öffentlicher Äußerungen seitens katholischer Geistlicher bekannt geworden⁴⁶⁵⁾.

462) DZA Rep 77 Tit 343 A, Nr. 122 (a.a.O.), Bd. 4, S. 185, 254 bis 255, 333 bis 335.

463) Akten des Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen; OP II A 15, a.a.O., S. 14 bis 16.

464) Ebenda, OP VIII C 6, o. S.

465) Ebenda, o. S.

Die katholischen Geistlichen fanden auch ständig Anlaß, Gottesdienste abzuhalten, die darüber hinaus gleichzeitig nationale Kundgebungen waren. So wurden Erinnerungsfeiern an Ereignisse aus der polnischen Geschichte, Trauerfeiern für die bei den Aufständen gefallenen Landsleute oder für Persönlichkeiten, die sich im Kampf um die nationale Sache besonders hervorgetan haben, vor allem aber Wallfahrten mit nationalen Demonstrationen verbunden⁴⁶⁶⁾. Dabei spielten in zunehmendem Maße und meist erst in den letzten Jahren entstandene Kirchenlieder eine besondere Rolle, deren Verse teils einen geistlichen, teils aber einen national-polnischen Inhalt hatten. 1861 bürgerte es sich ein, Abendandachten abzuhalten, die vornehmlich dem Absingen dieser Lieder dienten⁴⁶⁷⁾. Am populärsten war der Choral "Boże coś Polske", dessen einzelne Strophen mit dem Kehrreim (übersetzt) schlossen:

" Vor Deinem Thron knien wir betend nieder,
Das Vaterland, die Freiheit gib uns wieder. " ⁴⁶⁸⁾

b) Die Sprachagitation

Die 1859 einsetzende Sprachagitation wurde unter der Parole geführt, nur noch die polnische Sprache zu gebrauchen. Hierzu rief die von dem katholischen Propst Dr. Aleksy Prusinowski 1861 verfaßte und herausgegebene Broschüre "Język polski w Wielkim Księstwie Poznańskim wobec prawa pruskiego" (Die polnische Sprache im Großherzogtum Posen gegenüber dem Preußischen

466) statt vielen: Akten des Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen; OP VIII C 6, o. S.

467) DZA Rep 77 Tit 343 A, Nr. 122, a.a.O., Bd. 3, S. 229, Bd. 4, S. 525.

468) Gentzen, a.a.O., S. 283 (dort auch die Übersetzung des ganzen Liedes).

Gesetz) auf. Prusinowski war zu dieser Zeit Redakteur des offiziellen erzbischöflichen Presseorgans "Tygodnik katolicki" (Katholisches Wochenblatt), und als Mitglied des Abgeordnetenhauses besaß er die Immunität. Unter Berufung auf die Wiener Verträge und auf "göttliches Recht" erklärte er die Sprachverfügungen der preußischen Regierung für ungültig und forderte seine Landsleute auf, kein amtliches Schreiben in Empfang zu nehmen, das nur in deutscher Sprache adressiert und abgefaßt sei⁴⁶⁹⁾. Den Aufforderungen Prusinowskis wurde sowohl vom Klerus, den polnischen Schulinspektoren und Lehrern gefolgt, auch in einigen Selbstverwaltungsorganen versuchte man ebenfalls der ausgegebenen Parole zu folgen. Vielfach wurde sogar der Antrag in Kreistagen eingebracht, die Verhandlungen nicht doppelsprachig, sondern nur noch in polnischer Sprache zu führen, eine Forderung, die jedoch in keinem Fall durchgesetzt wurde.

Besonderer Anreiz solche Forderungen zu aktivieren, waren stets die Wochen vor den Abgeordnetenwahlen. Als Hauptträger der Wahlpropaganda prophezeite die katholische Geistlichkeit, vor allem der niedere Klerus, von der Kanzel oder im Beichtstuhl, aber auch außerhalb der Kirche, den Gemeinden eine "schreckliche Zukunft", wenn sie nicht den Kandidaten ihrer Konfession und ihrer Nationalität wählen würden. In furchtbaren Prophezeiungen konnten solche Äußerungen in Reden und Predigten ausarten, wie z. B. diese: "Man wird uns verbieten, polnisch zu sprechen, polnisch zu schlafen, polnisch zu beten, polnisch zu singen und zu weinen, polnisch eine Kanzelrede zu halten - unsere Kinder werden alle deutsch werden, und dann geht es in Deutschland geradeso wie in Rußland, dann werden wir gehangen werden, wenn wir uns Polen nennen"⁴⁷⁰⁾.

⁴⁶⁹⁾ Vgl. Baske, a.a.O., S. 70.

⁴⁷⁰⁾ Aus dem Bericht eines Landrats vor dem Wahlkampf im Frühjahr 1867; zitiert bei: Bismarck in seiner Rede vor dem Norddeutschen Reichstag am 18. März 1867, abgedruckt in: Otto von Bismarck: "Fürst Bismarcks Reden", Bd. 1 bis 5, hrsg. von Philipp Stein, Leipzig, o. J.; Bd. 3, S. 108 bis 109.

c) Die Agitation der Emigration.

Als Quelle ständiger Agitation war schließlich die polnische Emigration zu nennen. Beschränkte sich die konservative Partei des Wladisław Czartoryski, des zweiten Sohnes von Fürst Adam Czartoryski, der nach dem Tode des Vaters die Leitung des "Hotel Lambert" übernommen hatte, auf die Übersendung des Presseorgans des Posener Adels und Klerus "Wiadomości polskie (Polnische Nachrichten) und auf den persönlichen Kontakt mit den führenden Kräften der Provinz Posen, so versuchten die radikalen Emigrationsparteien durch eine Vielzahl von Agitationsmaterial die polnische Bevölkerung zu erregen, und zwar durch Sendungen aus England, Frankreich und auch aus Italien und der Schweiz. Wie die beschlagnahmten Sendungen zeigten, handelte es sich um Aufrufe, die über das Programm und die geplanten Absichten unterrichteten und zur aktiven Mitarbeit aufforderten⁴⁷¹⁾.

War auch der Januaraufstand des Jahres 1863 im Königreich Polen zusammengebrochen, so hielt die Begeisterung für den Aufstand doch in allen Bevölkerungsschichten noch bis zum Frühjahr 1864 an und äußerte sich während der ganzen Zeit in einer Vielzahl von Einzelaktionen⁴⁷²⁾. Die Hoffnungen der Polen auf eine Wiederherstellung ihres Staates wurden insbesondere auch durch die liberale österreichische Politik in Galizien nach der Niederlage im Krieg 1864 gegen Preußen geweckt. So ließ die Ernennung des Grafen Gołuchowski zum Statthalter von

471) statt vieler: DZA Rep 77 Tit 503, Nr. 22, Vol. I bis IX; DZA Rep 89 B X, 1 bis 28.

472) Akten aus dem Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Posen; OP IX D 320.

Galizien die Kontakte zwischen den politisch aktiven Polen der beiden Teilgebiete enger werden⁴⁷³⁾. Als 1871 eine Abordnung zum 25jährigen Amtsjubiläum von Papst Pius IX. nach Rom reiste, vereinigten sich die polnischen Vertreter Galiziens und Großpolens, um gemeinsam den päpstlichen Segen für das polnische Vaterland zu empfangen⁴⁷⁴⁾.

5. Die Verhältnisse in Westpreußen

Unter den in Westpreußen lebenden etwa 350.000 Polen zwischen 1849 und 1861 gab es ebenso nationalbewußte wie antipreußisch gesinnte Kräfte. Letztere verfolgten die gleichen Ziele mit gleichen Kampfmitteln wie ihre Landsleute in der Provinz Posen.

Polnische Gutsbesitzer und Bauern gründeten landwirtschaftliche Organisationen, und es entstanden - ähnlich den Vorbildern in der Provinz Posen - polnische Kreditinstitute und ebenfalls auch ein Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend⁴⁷⁵⁾. Ebenso wenig fehlte es auch an nationalen Kundgebungen, Erinnerungs- und Trauerfeierlichkeiten sowie Wallfahrten mit nationaler Tendenz. Auch in Westpreußen war der Widerstand der katholischen Geistlichkeit gegen mißliebige Anordnungen der Regierung, die Einflußnahme des Klerus auf den Wahlkampf und das Absingen religiös-nationaler Lieder ständiger Anreiz zu Aktionen, die nationale Leidenschaft zu erregen und zu beweisen⁴⁷⁶⁾.

473) DZA Rep 89 B X, 1 bis 28, S. 382.

474) Ebenda, 1870 bis 1879, S. 15.

475) DZA Rep 77 Tit 342, A, Nr. 122, Bd. 1, S. 95/96; ebenda, Bd. 21, S. 457 bis 462 u. a. m.

476) Vgl. DZA Rep 77 Tit 503, Nr. 1, Vol. IV, S. 32-34; Rep 77 Tit 503, Nr. 22, Vol. II, S. 13, 19 - 25, 26-28, 29, 54, 58 - 60, 61, 62, 84, 85 - 88, 89, 112, 114-115, 116, 128 - 132, 182, 182 u. a. m.

Von den Zeitungen waren die "Gazeta Toruńska" (Thorner Zeitung) und der in Culm erscheinende "Przyjaciół Ludu" (Volksfreund) nicht weniger als die Posener Presse darauf bedacht, ihre Leser im regierungs- und anti-preußischen Sinn zu beeinflussen. Bei dem Verleger und Redakteur des letztgenannten Blattes, Ignacy Danielewski, handelte es sich übrigens um einen der aktivsten Verbindungsmänner zu den führenden Persönlichkeiten in der Provinz Posen, in der Emigration und in den anderen Teilgebieten⁴⁷⁷⁾. Er war auch der Verleger der Verhandlungsprotokolle des Polenprozesses von 1864 und der Initiator des im Herbst 1867 nach Krakau einberufenen Journalistenkongresses⁴⁷⁸⁾.

Bei der Mehrzahl der Deutschen in der Gesamtprovinz Westpreußen wirkten sich jedoch alle intensiven und vielseitigen Bemühungen der national-preußischen Bewegung in dieser Provinz nicht aus. Hinzu kam auch noch das Fehlen eines kräftigen Zentrums und vor allem die Trennung von den Landsleuten in der Provinz Posen durch den vornehmlich von Deutschen bewohnten Netzedistrikt. Alles dies mußte für die Polen nachteilig sein. Schließlich fehlte es in den polnischen Kreisen auch an materieller Opferbereitschaft und finanzieller Leistungsfähigkeit.

In Westpreußen war auch der Einfluß des katholischen Klerus gering, da ein großer Teil desselben einschließlich der Culmer Bischöfe⁴⁷⁹⁾ anderer Nationalität war.

477) DZA Rep 77 Tit 503, Nr. 22, Vol. IX, S. 11.

478) Ebenda, S. 9/10.

479) bis 1856 Bischof Sedlag, ab 1857 Bischof v. d. Marwitz.

Dies war auch der Grund, warum sich im Dezember 1848 die polnischen Katholiken der Stadt Thorn beim damaligen Bischof Sedlag beschwerten, daß nicht ein einziger Priester ihrer Nationalität in der Stadt sei, obwohl - worauf sie besonders hinwiesen - neun Zehntel aller Katholiken Polen seien⁴⁸⁰⁾.

Tatsächlich befanden sich aber zu dieser Zeit zu wenig Polen in der Ausbildung zum geistlichen Amt. Von den 150 Priestern, die in den Jahren 1834 bis 1848 die Weihe erhalten hatten, waren nur 45 der polnischen Sprache mächtig.

Hinzuweisen ist für Westpreußen auch noch darauf, daß, was den Anteil der Polen am Großgrundbesitz betrifft, dieser mit 16,37 v. H. relativ nur gering war. Dieser Zustand war für das polnische Westpreußen auch der besondere Grund mit dafür, daß diese zweite wesentliche Kraft des nationalen Kampfes, nämlich der polnische Adel und sein Grundbesitz, um ein Vielfaches schwächer als in der Provinz Posen gewesen ist.

480) Göttinger Universitätsbibliothek 4^o Germ. XI, 224 d).

6. Die Verhältnisse in Oberschlesien

In Oberschlesien zeigte sich die geringste national-polnische Agitation, obwohl hier die polnisch sprechende Bevölkerung mit mehr als einer halben Million Einwohnern die überwiegende Mehrheit bildete⁴⁸¹⁾.

Ein polnischer Großgrundbesitz existierte hier so gut wie gar nicht, und der katholische Klerus verhielt sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - wie die Masse des Volkes politisch indifferent⁴⁸²⁾. Selbst die Revolutionsjahre von 1848 und 1863 hatten in diesem Landesteil keine nationale Bewegung ausgelöst. So konnte im Oktober 1861, als die Erregung und Agitation der Polen in der Provinz Posen einen Höhepunkt erreicht hatte, der Oppelner Regierungspräsident feststellen: "Der Geist der polnisch sprechenden Bevölkerung diesseits der Grenze ist der beste"⁴⁸³⁾.

Seit den vierziger Jahren versuchte zwar eine sehr kleine Gruppe nationalbewußter Polen bei den polnisch sprechenden Oberschlesiern ein Nationalgefühl zu erwecken. Ihre Bemühungen blieben jedoch bis zum Ausgang der sechziger Jahre fast ohne Wirkung. Erst mit dem beginnenden Kulturkampf, der das religiöse Empfinden der Katholiken verletzte und mit der sich schnell entwickelnden Industrialisierung soziale Spannungen aufkommen ließ, gelang es der nationalen Agitation,

481) Vgl. Böckh, a.a.O., und die Darstellung der Bevölkerungsanteile zu Abschnitt D II 5, S.

482) Laubert, "Die preußische Polenpolitik", a.a.O., 3. Auflage 1944, S. 181 ff.; Birke, a.a.O., S. 55-100; Kuhn, a.a.O., S. 266 ff.

483) DZA Rep 77 Tit 503, Nr. 22, Vol. II, S. 21.

die Unzufriedenheit und Erregung der Bevölkerung auch für die Verwirklichung ihrer Absichten auszunutzen.

So wie sich bis zu dieser Zeit die preußisch-polnischen Verhältnisse durchaus in normalen Bahnen bewegten, was der damalige Ministerpräsident von Manteuffel schon in seinen beiden Denkschriften vom August und Oktober 1849⁴⁸⁴⁾ bei Behandlung der Reorganisationsfrage veranlaßt hatte, die Haltung der polnisch-sprechenden Oberschlesier als "Leitbild" für die Veränderung, die auch bei den in der Provinz Posen ansässigen Polen erreicht werden mußte, hinzustellen, ebenso waren auch in den Jahrzehnten bis 1871 die Ministerien fast ausnahmslos von der Loyalität der polnisch-sprechenden Bevölkerung Oberschlesiens überzeugt. Deshalb wandten sie sich auch nur ganz vereinzelt den nationalen Verhältnissen Oberschlesiens zu⁴⁸⁵⁾.

484) DZA Rep 77 Tit 539, Nr. 1, a.a.O., Vol. II, S. 217 bis 223, S. 297 bis 304.

485) Vgl. Baske, a.a.O., S. 77.

Schlußbetrachtung

Von internationaler Sicht gab es im 19. Jahrhundert keinen größeren Gegensatz als das Verhältnis Preußens zu Polen. Wenn man einerseits die Geschichte Polens verfolgt, so ist diese vom Augenblick der ersten Teilung im Jahre 1772 bis zur Proklamation der Republik Polen im Jahre 1918 "ein Phänomen"¹⁾. In der Tat: Seit der Abdankung des letzten Königs Stanisław August Poniatowski am 25. November 1795 besaßen die Polen keinen eigenen Staat mehr. Sein traditionsreicher Name war ausgelöscht, verklungen. Die Polen traten nunmehr noch als Volk in Erscheinung, dessen Streben in oft heftiger Erregung und blutigen Revolten unablässig darauf gerichtet war, die Staatlichkeit wieder zu erlangen. Diesem staatenlosen Gebilde stand ein Staat mit fast 50 % integrierter polnisch sprechender Bevölkerung gegenüber: Preußen. Er erstreckte sich von Magdeburg bis nach Bialystock und von CzeŹstochowa (Czenstochau) - wohin die Wallfahrer zur Schwarzen Madonna pilgern - bis nach Tilsit. Warschau ist Grenzstadt geworden. Das gesamte einige Großfürstentum Litauen bildet nunmehr das sogenannte Westrußland mit der Grenze gegen Preußen und Österreich an Njemen (Memel) und Bug. Die geschichtliche Zentrallandschaft Polens aus den Anfängen der Piastenzeit, Wielkopolska (Großpolen) heißt Südpreußen. Das Gebiet von Warschau, die alte polnische Landschaft Masowien, trägt den Namen Neu-Ostpreußen, und das Gebiet zum Czenstochau wird Neu-Schlesien genannt. Aus Pomerellen ist Westpreußen

1) Manteuffel-Szoego, a.a.O., S. 1.

geworden. Im österreichischen Teilungsgebiet liegt das sogenannte Königreich Galizien (von dem Namen Halič herrührend) und Lodomerien (von Wladmir abgeleitet). Das einstige Malopolska (Kleinpolen) zwischen Krakau und Lublin ist West-Galizien geworden²⁾.

Zu Preußens Rechtfertigung muß hierzu festgestellt werden, daß es in seiner Staatsentwicklung nicht, wie z. B. die Habsburgische Monarchie, mit dem Problem eines Vielvölkerstaates zu ringen gehabt hatte. Es ist sicherlich richtig, daß Preußen seit den polnischen Teilungen zwar auch fremdnationale Bevölkerungsteile in seinen Raum einschloß, doch lag der Kern des Staates immer ganz überwiegend im Bereich des deutschen Siedlungsraums und hat nur in der kurzen Zeitspanne zwischen der letzten polnischen Teilung von 1795 und der Niederlage von 1806 sehr weit nach Osten ausgegriffen. Dabei ist deutlich erkennbar, und es muß immer wieder betont werden, daß den preußischen Erwerbungen in den polnischen Teilungen jeder nationalpolitische Gedanke fernlag. Friedrich dem Großen ging es, als er sich nach dem Vorgehen Rußlands, und nachdem sich Österreich nur zögernd zur Teilnahme an der ersten polnischen Teilung im Jahre 1772 entschloß, ausschließlich um den Zugang zur Weichsel und die Verbindung zu (Ost-)Preußen. Dies beweist eindeutig sein Brief an seinen Bruder Prinz Heinrich vom 31. Januar 1771³⁾, in dem es heißt:

" Et quant à l'article de prise de possession du duché de Warmie, je m'en suis abstenu, parce que le jeu n'en vaut pas la chandelle. Cette portion est si mince qu'elle ne compenserait la peine, quand même Danzig n'y serait pas compris, car nous aurions la Vistule et la communication libre avec le royaume, ce qui ferait un article imposable. "

2) Vgl. Jernsson, a.a.O., S. 70.

3) Politische Korrespondenz Friedrich des Großen, 46 Bde., Berlin (1879 bis 1939); Bd. 30 (1905), S. 418.

Schon als Kronprinz hatte Friedrich die Gewinnung dieser "passage libre au royaume de Prusse" als wünschenswert bezeichnet⁴⁾. Auch Treitschke hat dieses rein sachliche Motiv vermerkt⁵⁾. In der lebhaften und teilweise für Preußen streng kritischen innerdeutschen Auseinandersetzung um die zweite und dritte Teilung Polens klingt wohl der Gedanke an die inzwischen geschaffene freiheitliche Verfassung der Republik und der Tadel an die Grundsatzlosigkeit der preußischen Haltung, aber auch die Idee einer Aufgabe der Herbeiführung besserer Verhältnisse im erworbenen Gebiet an⁶⁾. Aber immer wird festzustellen sein, daß nationale Gedanken im Sinne späterer Zeit völlig fehlen. Es entsprach der der späten Aufklärung eigentümlichen übernationalen und rein staatlichen Denkweise, daß Preußen gerade die zwischen 1792 bis 1795 neu erworbenen polnischen Gebietsteile zum Schauplatz seiner administrativen Neuerung erwählte⁷⁾. Wenn Preußen sich im 19. Jahrhundert mit dem Problem fremdsprachiger Bevölkerungsteile, in Sonderheit der Polen (später auch der der dänischen und wallonischen Gruppen), die alle dem Staate mit Vorbehalt gegenüberstanden, auseinanderzusetzen hatte, so entsprach es der staatlichen Ausrichtung Preußens, daß es diesen Fragen nicht vom Boden eines nationaldeutschen Gefühls, sondern von der Staatsräson aus begegnete und sich im ganzen verhältnismäßig tolerant zeigte. So suchte Preußen auch - wie aus den dargestellten Untersuchungen hervorgeht -, den polnischen Bevölke-

-
- 4) Ebenda, "Oeuvres", Bd. 16, S. 4, in seinem Brief an den Kammerjunker von Natzmer vom Februar 1731, zitiert bei Volz, a.a.O., 2. Bd. (Politische und Philosophische Schriften, Gedichte und Briefe), S. 257 ff.
- 5) Treitschke, Das Deutsche Ordensland, in: Aufsätze, Reden, Briefe, a.a.O., Bd. 2, S. 103.
- 6) Vgl. Tschirch, Geschichte der öffentlichen Meinung in Preußen, a.a.O., Bd. 1, S. 155 ff.
- 7) Bussenius, Die preußische Verwaltung, a.a.O.

kerungsteilen nach 1815 entgegenzukommen, wenn auch infolge der verschiedenartigen Konfliktsituationen, vor allem auf sprachlichem und konfessionellem Gebiet, mit wechselnder Haltung und seit den Aufstandsbewegungen von 1830/31 und 1846 und 1848 mit zunehmender Zurückhaltung. Schieder⁸⁾ ist insoweit voll zuzustimmen, wenn er die Situationen in ihren wechselhaften Folgen wie folgt charakterisiert:

" Der preußische Staatsgedanke und die preußische Staatspolitik bewahrten wohl lange gegenüber der liberalen Nationalstaatsidee ihre eigenen Züge, aber sie prägten das Gesicht einer Staatsnationalität, die die sprachlich-ethnischen Differenzen der ihr unterworfenen Untertanen gar nicht als politischen Faktor zur Kenntnis nehmen wollten. "

Und wie Hauser⁹⁾ es formuliert, ist es für die liberale Bewegung von schicksalhafter Bedeutung geworden, daß sie, von Haus aus universalistisch, von der Romantik das Denken im Nationalen übernommen, mehr und mehr in die Bahnen nüchterner Machtpolitik einlenkte. "Sie, die unter dem Einfluß Hegels weithin von dem optimistischen Glauben des Jahrhunderts an die göttliche Vernunft in der Geschichte erfüllt war, überschätzte deshalb auch den Glauben an die Staatsmacht." Diese Verklärung, die sich bei den drei "großen Vertretern der kleindeutschen Geschichtsschreibung", Droysen, Sybel und Treitschke - und bei letzterem am schroffsten - findet, hatte den konsequenten Einheitsstaat nach dem Motto gefordert: Das Wesen des Staates ist zum ersten Macht, zum zweiten Macht, zum dritten wieder: Macht." ¹⁰⁾

8) Schieder, Das Deutsche Kaiserreich als Nationalstaat, a.a.O., S. 23.

9) Hauser, a.a.O., S. 19 ff.

10) Vgl. Bussmann, Zur Geschichte des Deutschen Liberalismus, a.a.O., S. 527 ff.

Gegenüber diesem so lauthals betonten Wort von der Macht mußte Bismarcks Auffassung von dem angestrebten Einheitsstaat direkt verblassen, wenn er die bescheidene Überzeugung geäußert hatte, daß "der Staatsmann höchstens hoffen könne, beim Gang Gottes durch die Weltgeschichte einmal den Saum seines Mantels zu erhaschen", ein Wort, das dem Wort Treitschkes von der göttlichen Bestimmung des deutschen Volkes: "Wer so blind ist, in den wunderbaren Ereignissen der jüngsten Tage die göttliche Vernunft zu verkennen, die uns Deutsche zwingt, ein Volk zu werden", diametral entgegensteht¹¹⁾.

Wie anders hingegen waren die Auffassungen, die von Stein, Radziwiłł, Boyen und Schön vertreten wurden. So sehr diese auch von verschiedenen Ausgangspunkten kamen, so stimmten sie doch in ihren Zielen überein: sie waren von der Versöhnbarkeit der polnischen und deutschen Nationalität in einem Staate als dem Reich der sittlichen Freiheit überzeugt¹²⁾. Es ist Münstermann aufgrund des Untersuchungsergebnisses in vollem Umfang zuzustimmen, daß das Problem für Preußen im 19. Jahrhundert, "eine größere Masse fremder Nationalität zu regieren, ... nur der Bürokratie vorbehalten" war, und daß aus dieser Erkenntnis heraus bei der national so ineinander verflochtenen Bevölkerungsschichtung des osteuropäischen Raumes einseitige verwaltungstechnische Maßnahmen keine Anwendung finden konnten, mithin also eine bewußte Germanisierungspolitik, welcher Form sie sich auch bedienen mochte, unterblieb. Dies geht auch bestätigend aus der Bismarckrede vom

11) Hauser, a.a.O., S. 21.

12) Münstermann, a.a.O., S. 1 ff.

18. März 1867 hervor, als er den polnischen Bauern ihre korrekte Haltung bei den Aufständen ihrer adeligen Landsleute versicherte und darüber hinaus den polnischen Soldaten in den Kriegen zur Begründung von Deutschlands Einheit ihre Treue zum König, die sie "mit ihrem Blut und der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit besiegelt" haben, volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. Dieser Bewunderung hat er dann später nochmals in seiner Rede vom 29. Januar 1886 Ausdruck verliehen, als er fragte, "ob vor Düppel oder in Frankreich ein einziger polnischer Edelmann begraben liegt". Aus allem ergibt sich deutlich, daß Bismarck nicht volks-, sondern nur gesinnungsmäßig germanisieren wollte und er sich zu seiner Zeit nicht als Vertreter des nationalstaatlichen Gedankens erwiesen hat. Er hat vielmehr an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens im Ostraum geglaubt, sofern nur die störenden Elemente ausgetilgt waren. Andernfalls hätte er sonst wohl auch nicht den Kronprinzen zum Erlernen des Polnischen nach dem Beispiel seiner Vorfahren ermahnt¹³⁾.

Mit dieser Feststellung beantwortet sich zugleich auch die Frage sowohl nach dem tieferen Gehalt der politischen Vorstellungen der maßgeblichen höheren Regierungs- und Verwaltungsbeamten und ihrer Dienststellen als auch - und vor allem - nach den praktischen Auswirkungen aller von diesen getroffenen Maßnahmen. Insoweit findet sich auch Übereinstimmung mit dem Freiherrn vom Stein, der bereits im Juni 1807 in seiner "Nassauer Denkschrift"^{13a)} präzise Vorschläge zur künftigen Neugestaltung des preußischen Verhältnisses zur polnischen Nation

13) Vgl. Laubert, Die preußische Polenpolitik, a.a.O., Auflage 1944, S. 135.

13a) Vgl. Frhr. vom Stein, Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen, a.a.O., S. 229 ff.

gemacht hat. Mit seiner universalen Staatsauffassung, deren Gehalt sich weit über die Ebene anderer Denkschriften hinaushebt, spricht er von der Schonung der polnischen Nationalität und bekennt sich damit zu der Auffassung, daß dies nicht mehr eine Angelegenheit des polnischen oder preußischen, sondern vielmehr des menschlichen Interesses sei. Wenn Stein auch nicht daran dachte, ohne weiteres auf den Enthusiasmus der Polen für die "gute Sache" zu vertrauen, wie es Fürst Radziwiłł ihnen zu unterstellen glaubte, oder "die Menschen nehmen (zu müssen), wie sie sind - da man sie doch nicht ausrotten kann", und er ohne Beschönigung die Schwächen des polnischen Adels (wenn auch mit dem erklärenden Hinweis seiner Verunedlung durch die zwei Jahrhunderte dauernde Einwirkung der Fremden) tadelte, weil er "leichtsinnig, sinnlich, roh und zu Ränken geneigt" sei, so glaubte er doch dessen "glänzende Erscheinungen" aufzeigen zu müssen, als da sind: "der hohe Sinn, der unerschütterliche Mut und die brennende Vaterlandsliebe". Bei allen ihren Fehlern besäßen die Polen "einen edlen Stolz, Tätigkeit, Energie, Tapferkeit, Edelmut und Bereitwilligkeit, sich für Vaterland und Freiheit aufzuopfern". Was ihnen fehle, sei vor allem "der Mangel an Beharrlichkeit". Dazu müßten sie erzogen werden. Die Lösung, die Stein in der Erziehung durch "die Verfassung und den Regenten" und in "den Erziehungsaufgaben der preußischen Regierung" zu sehen glaubte, auch wenn er sie nicht so eng patriarchalisch wie die alte Bürokratie auffaßte, hat sich - wie die Entwicklung ergab - nicht als praktikabel erwiesen.

Fragt man nach der Idee, die dem preußischen Staat Inhalt, Macht und Lebenswille gegeben hat, und folgt man der Rankeschen Erklärung¹⁴⁾, daß es zunächst die

14) Ranke, Gesammelte Werke, (Die deutschen Mächte und der Fürstenbund - Deutsche Geschichte von 1780 bis 1890), Bde. 31 bis 32, a.a.O.

baltische Idee war, wie sie vom Deutschen Orden verwirklicht wurde, dann für den weiteren Verlauf die germanisch-slawische, die der späteren preußischen Staatsbildung zugrunde gelegen hat, und schließlich die allgemein-deutsche Idee, die Idee vom deutschen Beruf des preußischen Staates, so muß man feststellen, daß sich von diesen Ideen Rankes die germanisch-slawische, auch wenn sie im preußischen Staatsgebilde des 19. Jahrhunderts verwirklicht worden ist, dennoch nicht erfüllt hat. Dies hat daran gelegen, daß sich die Chancen einer Verschmelzung der beiden Nationalitäten, die den integrierten Staat ausgemacht hätten, in dem Maße verringerten, wie die preußische Politik einen nationaldeutschen Charakter annahm. So waren die preußischen Polen zu preußischen Staatsangehörigen geworden, jedoch nicht der Nationalität, sondern dem Charakter nach, indem sie sich auf die geforderten Staatsprinzipien einstellten. Ihre Loyalität, und damit zugleich die Sicherheit des Staatsgefüges, wurde aber in dem Augenblick in Frage gestellt, in dem man ihnen ihre freie Nationalität zum Bewußtsein brachte. In Preußen, das eine eigene Nationalentwicklung nicht besaß und dessen Nationalstaat, wie die Untersuchung gezeigt hat, gescheitert war, mußte das Nationalitätsprinzip notwendigerweise als Dissolvenz wirken.

Dieses Nationalitätsprinzip, heute auch mit dem geläufigeren Wort: Nationalstaatsprinzip genannt, führte in der Epoche der mitteleuropäischen Nationalstaatsbewegung zwischen 1848 und 1871, mithin also auch in Deutschland, in das Labyrinth des Nationalitätenproblems, so wie es dargestellt worden ist. Da es sich dabei stets darum handelt, daß die im Nationalstaat angestrebte Konvergenz von Staat und Staatsvolk dann nicht vorhanden ist, wenn es entweder keine den Staat tragende Nation gibt,

oder aber fremdnationale Gruppen (im Staatsrecht der parlamentarischen Demokratie als "Minoritäten" und in der deutschen Volkstheorie als "Volksgruppen" bezeichnet¹⁵⁾) eine solche Identität bestreiten, so steht also das Nationalitätenproblem in einem unauflöslichen Zusammenhang mit der Nationalstaatsidee; "es ist geradezu ein Krankheitssymptom, das erst in einer nationalstaatlich verfaßten Welt hervortritt"¹⁶⁾.

In diese Problemstellung, die sich bis zu den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts im wesentlichen auf das Sprachenrecht und die sich daran anschließende Sprachenpolitik - fußend auf den den polnischen Bewohnern der preußischen Landesteile zugesagten Rechten ihrer Nationalität - beschränkte, geriet Preußen, als es in den vierziger Jahren mit in die nationaldeutsche Bewegung eingezogen wurde. Von nun ab bestimmte sich die politische Stellung der Polen neu. Der nationalstaatliche Wille zog sie jetzt mit in den Ausbau der nationalen Einheit hinein¹⁷⁾. Dieser veränderten politischen Stellung trugen die Polen sofort Rechnung. Sie sahen sich nur noch Deutschen gegenüber¹⁸⁾, und im preußischen Staate empfanden sie "den Repräsentanten dieses Deutschtums"¹⁹⁾. Es ist die Zeit, in der sich die polnische Frage und damit auch das polnische Problem, das in Preußen bis 1848 im wesentlichen eine Frage zwischen preußischem Staat und polnischer Adelsnation bei den verschiedensten Berührungspunkten gewesen ist, nunmehr zu dem Dreiecksverhältnis staatlich-preußischer,

15) Immer ist das gemeint, was Boehm als "Volk im Element der Teilhaftigkeit" bezeichnet hat; vgl. Boehm, a.a.O., S. 36.

16) Schieder, Nationalstaat, a.a.O., S. 162; vgl. S. 30 dieser Arbeit.

17) Rothfels, Bismarck, der Osten und das Reich, a.a.O., S. 3.

18) Oncken, a.a.O., S. 229.

19) Ebenda.

nationaldeutscher und nationalpolnischer Interessen und Ansprüche komplizierte. Die revidierte preußische Verfassung von 1850 übernahm nicht einmal die Nationalitätenschutzbestimmung, die der Verfassungsentwurf der Frankfurter Nationalversammlung (§ 188) vorgesehen hatte. Die Entwicklung Preußens zum konstitutionellen Staat mußte den Polen unter diesen Umständen als ein sehr zweifelhafter Fortschritt erscheinen. Zwar erhielten sie über das Dreiklassenwahlrecht im preußischen Landtag eine neue Möglichkeit politischer Vertretung ihrer Ansprüche, doch die mit der Umbildung Preußens zum Verfassungsstaat verstärkte Staatseinheit bedeutete zugleich das Ende der bisher jedenfalls noch formell bestehenden Sonderstellung der Provinz Posen, die nunmehr auch offiziell preußische Provinz wurde. Der bisher noch offene Weg zu föderativer, autonomer Staatsgestaltung in den ehemals polnischen Landesteilen war damit praktisch für die Zukunft versperrt. Die einheitsstaatliche Organisation Preußens ließ nicht mehr den Begriff "preußische Polen", sondern nur noch die Bezeichnung "polnische Preußen" zu²⁰⁾.

Mit aller Entschiedenheit hatten sich die polnischen Vertreter im Norddeutschen Reichstag gegen eine internationale Verträge umstoßende Beschlußfassung gewandt, ehemals polnische Landesteile Preußens in den Norddeutschen Bund aufzunehmen und damit der Vorrangigkeit des Staatsgedankens gegenüber dem Nationalitätsprinzip Ausdruck zu geben. "Ein Volk, welches dieses Prinzip (nämlich das der Einhaltung der vertraglichen Rechte und der Zusicherungen vom Jahre 1815) für sich und seine staatliche Entwicklung in Anspruch nimmt, (muß) dasselbe

20) Vgl. Baske, a.a.O., S. 86.

Recht anderen Nationalitäten zugestehen"²¹⁾. Das war die Auffassung, die einer destruktiven Wirkung des Nationalitätenprinzips entgegengestellt wurde und die sich besonders während der herrschenden konservativen Regierung Otto von Manteuffels (vom 4. Dezember 1850 bis 6. November 1858) gezeigt hatte. "Das Nationalitätsprinzip diene nur dazu", so schrieb der Redakteur der "Kreuzzeitung" Hermann Wagener²²⁾, "die europäischen Nationen wieder in Rassen aufzulösen und damit auf den Standpunkt der Barbaren zurückzuführen". Dieser polnische Protest, der daran erinnert hatte, allen Nationalitäten gleiche Rechte zuzugestehen, wurde auch bei der Beratung der Reichsverfassung am 1. April 1871 im ersten deutschen Reichstag wiederholt²³⁾, und bei der darüber stattgefundenen Aussprache und auf Bismarcks schroffe Erklärung, die Polen im preußischen Osten gehörten "zu keinem anderen Volks als zu den Preußen, zu dem ich mich selbst zähle", erwiderte der Sprecher der polnischen Fraktion Krzyanowski:

" Wir wollen, meine Herren, bis Gott anders über uns bestimmt hat, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem deutschen Reich wollen wir nicht einverleibt sein! " ²⁴⁾

In einer deutlicheren Analyse konnte dem anstehenden Nationalitätenproblem nicht Ausdruck gegeben werden. In ihr zeigte sich aber auch zugleich, wie die preussische Nationalitätenpolitik in konservativer Sicht sich widerspruchsvoll entwickelt hatte, als sie zwar

21) so der polnische Abgeordnete Kantak vom Wahlbezirk Inowrazlow-Mogilno in der Sitzung des konstituierenden Reichstags vom 18. März 1867; Stenographischer Bericht des konstituierenden Norddeutschen Reichstags 1867, S. 219.

22) Stenographischer Bericht der II. Kammer 1850, S. 2652.

23) Schieder, a.a.O., S. 19 ff..

24) Scheuner, a.a.O., S. 12/13.

der Eigengesetzlichkeit des preußischen Raumes und seinen besonderen nationalen und sozialen Verhältnissen Rechnung trug, jedoch für deren geschichtliche Voraussetzungen und für den revolutionierenden Charakter der preußischen Staatsgründung jedes Verständnis verloren hatte. "Der preußische Konservatismus vergaß völlig, daß das zu Erhaltende ursprünglich ein zu Erringendes gewesen war"²⁵⁾. So konnte es zu solchen Formulierungen kommen, wie zu der des bereits zuvor genannten Kreuzzeitungsredakteurs Wagener im Jahre 1855 im Abgeordnetenhaus, der auf die Bemerkung eines polnischen Abgeordneten, daß das revolutionäre Prinzip von 1789, welches das göttliche Recht der Könige in Frage gestellt hätte, schon im Jahre 1772 bei der ersten Teilung Polens zu finden sei, erwiderte: "Ich stimme vollkommen dem bei, daß die Teilung Polens im Jahre 1772 als ein großes Unrecht und eine praktische Darstellung desjenigen Prinzips angesehen werden muß, das sich späterhin in der Weise ausgebildet hat, wie es der Vorredner ausführte"²⁶⁾.

Wenn Bismarck auch als Kanzler an der Verschmelzung des Polentums in den preußischen Staat dann noch festhielt, als die preußische Politik einen nationaldeutschen Charakter annahm²⁷⁾, und dem von den Polen beanspruchten historischen und ethnisch-sprachlichen Nationalitätsprinzip dem Begriff des preußischen "Volkes", d. h. der Staatsnation gegenüberstellt, so konnte die Bezugnahme auf den staatlich-politischen Begriff des Preußentums allerdings nicht als Argument für die Einbeziehung der preußischen Polen in den deutschen Nationalstaat gewertet

25) Schinkel, a.a.O., S. 98.

26) Stenographischer Bericht des preußischen Abgeordnetenhauses 1856, S. 351.

27) Schinkel, a.a.O., S. 92.

werden. Eine solche Verdeutschung Preußens mußte vielmehr - entgegen Bismarcks Erwartungen - die Aussicht auf eine staatspolitische Verschmelzung der beiden Nationalitäten verringern, denn auch die bislang unpolitische polnische Bevölkerungsschicht, die im allgemeinen dem preußischen König als Landesherrn loyal ergeben gewesen war, wurde sich mit der Eingliederung in den deutschen Nationalstaat ihrer eigenen Nationalität stärker bewußt. So kann man mit Recht behaupten²⁸⁾, daß die preußischen Polen erst als Angehörige des deutschen Reiches zur nationalen Minderheit wurden. "Erst jetzt verwandelte sich das polnische Problem Preußens primär zur nationalen deutsch-polnischen Frage und geriet vollends in die Gefühlszone völkisch-nationaler Gegensätze hinein."

Sehr aufschlußreich ist es, aus polnischer Sicht zu erfahren, wie die "Polnische Frage in Preußen", und zwar aus der Retrospektive des Jahres 1891 beurteilt worden ist²⁹⁾. Der polnische Publizist Anton Chudziński schrieb aus Anlaß des einhundertsten Gedenktages der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 seine Gedanken über die polnische Frage in Preußen nieder und bekannte in seiner Schrift freimütig und offen, daß Polen nach dem Aufstand vom Jahre 1863 weder in politischer noch gesellschaftlich-moralischer Hinsicht eine Macht repräsentierte. Seines Erachtens sei diese Erkenntnis den parlamentarischen Vertretern des polnischen Volkes aber erst sehr viel später gekommen, frühestens als der "unsterbliche" Abgeordnete von Niegolewski³⁰⁾ im Jahre

28) Broszat, a.a.O., S. 96.

29) Chudziński, a.a.O.

30) Andreas von Niegolewski, polnischer Abgeordneter, war besonders dadurch hervorgetreten, daß er für die Aufrechterhaltung der polnischen Sprache und Nationalität eingetreten war, so u. a. im Landtag am 5. Mai 1847, wo sich seine Petition auf den königlichen Zuruf Friedrich Wilhelms III. an die Einwohner des Großherzogtums Posen bezog; vgl. Schoeps, Neue Quellen, a.a.O., S. 396.

1881 zur Disposition gestellt worden sei. Noch für weitere zehn Jahre habe man aber im Namen der Wiener Traktate die Fahne der nationalen Einheit und Unteilbarkeit unter den Völkern Europas hochgehalten. Dann aber habe die Erklärung des polnischen Abgeordneten von Komierowski, die dieser in der Reichstagssitzung vom 25. Juni 1890 seitens der polnischen Fraktion abgegeben hatte, die Polen auf "Bahnen, die Galizien und Kongreßpolen vor uns gewandelt waren, gebracht und jener halb komischen, halb tragischen Rolle der Großbannerträger des nationalen Gedankens" ein Ende gemacht, "die in materieller und moralischer Hinsicht einen so schroffen Gegensatz zu unserer Unbedeutendheit bildete".

Komierowski hatte in der genannten Reichstagssitzung u. a. erklärt, daß die Polen in keiner Weise eine Schädigung des Reiches wollten, sondern bereit seien, ihre Pflicht zu tun und für Thron und Altar einzustehen. An diese Erklärung, die von der preußischen Regierung mit "eisiger Kälte" entgegengenommen worden sei, knüpft Chudziński an und weist darauf hin, daß sie besser fünf Jahre früher und bei Gelegenheit von Bismarcks Motivierung der sogenannten "Anti-Polengesetze" abgegeben worden wäre. Bismarck hatte damals im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt³¹⁾: "Erklären Sie, meine Herren, daß Sie nicht an eine Wiederherstellung Polens auf Kosten des territorialen Bestandes der preußischen Monarchie denken, und die Gesetze gegen Sie werden in demselben Augenblick überflüssig." ... "Jetzt, fünf Jahre später, sei es doch nur zu natürlich, daß man sich preußischerseits nur ungern mit einem Gegner in Verhandlungen einlasse, den man nicht achten könne und nicht zu fürchten brauche."

Chudziński, a.a.O., S. 11.

Nach Chudziński's Auffassung stellt die Erklärung Komierowski's trotz ihres Mangels an praktischen Erfolgen "eine Tatsache von unberechenbarer Tragweite in der Geschichte der nationalpolnischen Politik" dar. "Denn durch sie ward der Bankrott unseres bisherigen Vorgehens aus dem Munde unserer Abgeordneten selbst offiziell anerkannt und zugleich ein neuer Grundstein zu unserer nationalen Verteidigung gelegt." Die Frage, ob die polnischen Abgeordneten mit dieser Erklärung irgendeines der polnischen Rechte preisgegeben oder ein wirkliches Interesse der polnischen Gesellschaft geopfert hätten, verneint allerdings Chudziński. Denn die Annahme, so folgert er, daß die Wiener Traktate und die Manifeste Friedrich Wilhelms III. den Polen "irgend ein formales Recht auf eine Besonderheit" des polnischen nationalen Daseins verliehen hätten, sei "eine viel zu willkürliche Interpretation, als daß sie vor den Gesetzen der Logik bestehen könnte". Die Wiener Traktate seien durchaus nicht ein Vertrag mit den Polen oder einer gleichberechtigten Partei gewesen, sondern nur "eine Regulierung des Napoleonischen Nachlasses zwischen den Mitgliedern der europäischen Koalition". Was die Manifeste Friedrich Wilhelms III. betrifft, so seien sie, "ähnlich wie die Verleihung der Konstitution an Kongreßpolen, der Ausfluß einer persönlichen Entscheidung des Monarchen" gewesen; sie hätten "nur solange verbindliche Kraft" haben können, "als die Bedingungen, unter denen sie gegeben wurden, bestanden. Wenn also die Bestimmungen der Wiener Traktate durch Preußen in irgend einem Punkte verletzt wurden, so steht nicht uns als gleichberechtigte Partner das formale Recht zu, auf ihre Erfüllung zu dringen, sondern nur einer der Garantemächte". Zur Begründung seiner Rechtsansicht weist Chudziński darauf hin, daß, wenn die Wiener Traktate die einzige Rechtsquelle "unserer Stammesbesonder-

heit unter preußischer Herrschaft wären, ... die polnische Bevölkerung in Oberschlesien, Ermland und in dem Regierungsbezirk Danzig Anspruch auf diese Stammesbesonderheit (hätte), da sie in Gebieten wohnt, auf welche die Wiener Traktate und die königlichen Manifeste keine Anwendung finden". Chudziński ist sogar der Ansicht, daß man sich polnischerseits diese "Inkonsequenz" mit "ruhigem Gewissen" leisten konnte.

"Denn in Wirklichkeit war unsere Liebe zu den Wiener Traktaten nicht allzu groß, und der größte Teil derer, die auf ihre Heiligkeit schwuren, selbst nicht angenommen die Schöpfer der Traktatpolitik (Wladislaus von Niegolewski und Ludwig Rzepecki) war bereit, wenn auch im direkten Widerspruch zu der Hauptbestimmung dieser Traktate, die Zugehörigkeit der polnischen Landesteile zum preußischen Staate aufzugeben, sobald sich nur günstige Gelegenheit dazu bieten würde. Es war nämlich unsere ganze Berufung auf ein Stück wurmsichigen Papiers, das durch die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse in Europa während der letzten 75 Jahre unheilbar durchbrochen und durchlöchert ist, ein elender Kunstgriff, ersonnen von unseren superklugen politischen Köpfen, um die preußische Regierung zu übertölpeln." Mit dieser Selbstbezeichnung klagt Chudziński das polnische Volk an: "Wir suchten uns aus den ganzen Traktaten dasjenige aus, das unseren Wünschen paßte, und wenn man uns die Pistole auf die Brust setzte und fragte: 'Erkennt Ihr auch die erste Bedingung der Wiener Traktate an und entsagt Ihr dem Gedanken der Wiederherstellung Polens auf Kosten Preußens?', dann hüllten wir uns in tiefes Schweigen oder suchten uns durch allerlei Sophismen aus der talfalen Lage zu befreien."

Zur preußischen Einstellung gegenüber der Inbesitznahme der ehemaligen polnischen Landesteile ist Chudziński der Ansicht, daß die Polen von dem "Augurensessel transzendentaler Ethik" heruntersteigen und die Dinge vom Standpunkt praktischer Politik sehen sollten, von wo aus das "Vorgehen Preußens" in viel "milderem Licht" erscheinen würde. Die Gründe, die er hierfür nennt, sind folgende:

- " 1. Kein Mensch gibt gern heraus, was er einmal in Besitz genommen...
2. Diese Länder (die ehemals polnischen Landesteile) wurden im Laufe der letzten 20 Jahre nicht nur durch Waffengewalt, sondern auch ökonomisch und moralisch so weit unterworfen, daß man sie als einen integrierenden Teil der deutschen Lande ansehen muß...
3. Was aber die Hauptsache ist: Preußen kann nicht nur nicht die polnischen Provinzen herausgeben, sondern muß sie vielmehr mit den Knochen des letzten Grenadiers und mit Aufwendung des letzten Talers verteidigen, da sie zur Existenz des preußischen Staates unentbehrlich notwendig sind. Mit ihrer Herausgabe, besonders mit der Herausgabe Westpreußens, würde der König von Preußen eo ipso von der Höhe des mächtigsten Herrschers in Europa herabsteigen zum Range eines Markgrafen von Brandenburg, und diesen politischen Selbstmord darf niemand von ihm verlangen. "

"Schlimmer noch als das materielle Facit", stellt sich für Chudziński die "moralische und politische Bilanz" dar. Obwohl er in der Masse des polnischen Volkes eine "hochbegabte Rasse" sieht, die viele nicht hoch genug einzuschätzende Eigenschaften des Charakters besitzt, klassifiziert er aber die sogenannte "herrschende Klasse, zu der nicht nur der Adel, sondern auch die aus dem Bürgerstande hervorgegangene Intelligenz zählt, als ein 'völlig degeneriertes Geschlecht' ". Und in bildhafter Weise gibt er sein Urteil ab: "Mutter Natur hat

ihr (der herrschenden Klasse) alle Eigenschaften versagt, welche bei allen Völkern erste Vorbedingung politischer Größe und Macht sind, und der unglückselige Verlauf unserer Geschichte ertötete in ihr jeden organisatorischen Gedanken. Ihr träges Blut schleicht saft- und kraftlos dahin, die graue Masse ihres Gehirns ist unfähig, intensiv zu phosphoreszieren."

Ebenso freimütig äußerte Chudziński seine Meinung hinsichtlich der Befähigung seiner Landsleute zu selbständiger Existenz und beruft sich auf das Beispiel Galiziens, wo die Polen Gelegenheit gehabt hätten, diese Befähigung unter Beweis zu stellen, diese erste Probe aber "über alle Maßen beschämend ausgefallen sei". In bezug auf die preußischen Polen fügt er hinzu: "Wer aber meint, daß wir es besser machen würden, wenn man uns auf eigene Füße stellte, der täuscht sich gewaltig." Und als Grund hierfür gibt er an, daß die "stattliche Reihe von Leuten, ... die unbedingte Achtung bei jedem anständigen Menschen finden müssen, ... daß diese tüchtigen und zuverlässigen Kräfte, die wir kennen und schätzen und deren Führung wir gern hinnehmen würden, bei uns nichts zu sagen haben". Deshalb auch sein Fazit: "Durch unsere verrückte Politik, die förmlich darauf auszugehen schien, auf Schritt und Tritt zu reizen und zu provozieren", "sei es dazu gekommen, "der preußischen Regierung bisher³²⁾ zu viel Anlaß zum Mißtrauen und zu innerlicher Abneigung gegen uns gegeben" zu haben. Insoweit befindet sich Chudziński in Übereinstimmung mit der Auffassung Friedrich Wilhelms IV., die dieser in seinem eigenhändigen Brief vom 10. Mai 1848 aus Potsdam an den ehemaligen Staatsminister Ernst von Bodelschwingh (den Vater seines als dem Gründer der Betheler Anstalten berühmten Sohnes Friedrich) geschrieben hat und der deshalb hohen dokumentarischen Wert besitzt, weil er zu-

32) d. h. also bis 1891

gleich einer der frühesten Zeugnisse für Friedrich Wilhelms IV. Absicht ist, die deutsche Kaiserkrone abzulehnen. In diesem Brief, dessen Original sich in Bethel befindet³³⁾, heißt es aus königlichem Munde: "Die Polen sind infam wie immer seit 400 Jahren."

In sehr drastischer Weise kritisiert er dann noch das auswärtige Verhalten der Polen, indem er das Verhalten seiner Landsleute so darstellt: "Nach außen hin stets bereit, mit den Feinden Preußens und Deutschlands zu sympathisieren, suchten wir uns in früheren Jahren Bundesgenossen gegen das Reich in ganz Europa und warfen wir uns mit dem leichten Herzen einer Balletttänzerin an den Hals, ohne darauf zu achten, daß sie uns abküßten, abherzten und schließlich zur Türe hinauswarfen. Von dieser Schwäche sind wir auch heute noch nicht genesen, trotz so vieler Enttäuschungen, die wir erfuhren, und auch heute noch haben wir genug Leute, die das Heil vom Auslande erwarten." Gleichzeitig mit seiner Kritik an dem Auftreten seiner Landsleute im Ausland scheut sich Chudzinski nicht, ihr Verhalten im Inland bloßzustellen, wenn er sie "nicht als reife Männer, sondern wie Schulbuben oder Leute, die aus der Irrenanstalt entwichen sind", charakterisiert. Auch die Preßfreiheit hätten sie nicht benutzt, "um unseren geistigen und sittlichen Standpunkt zu heben, sondern vorwiegend dazu, um den 'Teutonen'³⁴⁾ und der 'teutonischen' Regierung die gemeinsten Invektiven an den Kopf zu werfen. Und ähnlich wie die Presse die Preßfreiheit, benützten unsere Parlamentsredner oftmals die Freiheit der Rednertribühne nur, um die deutsche Nation und Regierung zu reizen und zu beleidigen."

33) Vgl. für das Vorstehende und Nachfolgende: Schoeps, Neue Quellen, a.a.O., S. 416/417.

34) Damals ein oft gebrauchter Ausdruck der Zeitschrift "Dziennik Poznański" (Posener Tageblatt) und des extremen "Goniec Wielkopolski" (Großpolnischer Bote).

Die Schrift Chudziński's, die bei allen ihren schweren Vorwürfen und Beschuldigungen, die sie gegen die Verantwortlichen der polnischen Intelligenz in Politik und Gesellschaft, aber auch gegen die unterschichtigen polnischen Landsleute, in oft herabwürdigender Weise richtet, dennoch für sich in Anspruch nimmt, von den polnischen Landsleuten Chudziński's verzeihend verstanden zu werden, weil - wie es Chudziński meint - "wir an einem wichtigen Wendepunkt unserer Geschichte seit der Teilung des alten Reiches stehen" und seine Veröffentlichung zugleich ein "Angebinde ... zu dem bevorstehenden festlichen Tage, der hundertsten Wiederkehr der polnischen Verfassungsgebung vom 3. Mai 1791, zu sein", endet mit der Aufforderung zu aktivem Handeln:

" Um also die Massen in Bewegung zu setzen, schlagen wir allen, die eines guten Willens sind, vor, Volksversammlungen zu berufen, auf denen ausgesprochen werden müßte, daß wir auf dem Boden der von Komierowski'schen Erklärung stehen und nicht nur jeden Gedanken der Losreißung von der preußischen Herrschaft verwerfen, sondern vielmehr bereit sind, die Integrität Preußens und unsere Zugehörigkeit zu demselben mit unserem letzten Blutstropfen und dem letzten Groschen unserer Habe gegen Jeden zu verteidigen, der es wagen sollte, an uns als Versucher heranzutreten. "

Aus dieser Haltung Chudziński's spricht aber auch noch etwas anderes, realeres. Es ist der Vergleich mit den Verhältnissen und Lebensbedingungen seiner russisch- und österreichisch- (galizisch-) polnischen Landsleute, als dessen Ergebnis historisch erwiesenermaßen feststeht, daß das nationale Schicksal dieser Gruppen dem der preußischen Polen bei weitem nachgestanden hat. Hatten es die Polen in Rußland zwischen 1815 und 1830 noch weitgehend in der Hand gehabt, ihr Verhältnis zu Rußland zu gestalten, so lag nach dem niedergeschlage-

nen Aufstand vom Ende November 1830 bis zum Tode Zar Nikolaus I. im Jahre 1855 die Entscheidung bei der russischen Regierung. Die zwar nach der Niederschlagung des Aufstandes erlassene Amnestie beschränkte sich nur auf das Königreich, wohingegen der kaiserliche Ukas vom 31. Oktober 1831 die "szlachta zaśziankowa" in Einzelhofbauern verwandelte, d. h. die Adligen, die dem Berufe nach Bauern waren, aus ihrem Stande ausschloß und damit entrechtete³⁵⁾. Genauso rücksichtslos wie die Russen im "Nordwesten" gegen die polnischen Bewohner vorgingen, taten sie es im "Südwesten", der die Gouvernements Wilno, Grodno, Kowno, Minsk, Witebsk, Mohilev und Kiew, Wolhynien und Podolien umfaßte. Dabei handelte es sich für die Russen zur Rechtfertigung ihrer Einstellung und der von ihnen getroffenen Maßnahmen um altrussische Gebiete. So, wie sich Zar Nikolaus I. und die Polen als unversöhnliche Gegner gegenübergestanden waren, ebenso wurden die Hoffnungen der Polen, die sie in seinen Nachfolger, Zar Alexander II., gesetzt hatten, enttäuscht. Bereits die kaiserliche Anrede an die Vertreter des Adels enthielt den Satz "Messieurs, points de rêveries", und schnitt damit alle Erwartungen auf eine weitgehende Abänderung der bestehenden Verhältnisse ab³⁶⁾.

Alexander II. hatte zwar versucht, das polnisch-russische Verhältnis auf neue Grundlagen zu stellen, indem er den Markgrafen Marquis Alexander Wielopolski (1803 bis 1877) an die Spitze eines neuen Departements für Unterricht und Kultur am 27. März 1861 stellte und ihm bald darauf auch die Leitung der Justizkommission anvertraute. Wenn Wielopolski während seines nur kurzen

35) Vgl. Manteuffel-Szoegge, a.a.O., S. 134.

36) Ebenda, S. 137.

Wirkens bis zum Juli 1863 viel für die Verbesserung der Daseinsbedingungen für seine Landsleute erreicht hatte, so stand sein ganzes Volk, wenn auch nicht in geschlossener Front, gegen ihn. Nachdem auch sein Bruch mit den "Weißen", d. h. den konservativen Kräften wegen der durch ihn veranlaßten Auflösung der landwirtschaftlichen Gesellschaft vollzogen war, da Wielopolski "keinen Staat im Staate" dulden wollte und ihn der von seinen Landsleuten gegen ihn erhobene Vorwurf, die "Branka" als eine Rekrutierung gegen die Verschwörergruppe, vornehmlich der Weißen, unter Ausschluß der wohlhabenden Szlachta und der Bauern, gewaltsam angeordnet zu haben, am schwersten getroffen und belastet hat, war auch sein Stern erloschen. Der Historiker Koźmian³⁷⁾, der zwar gemeint hat, daß Wielopolski aufgrund seines angeblichen Wahlspruches "Alles für das Volk, nichts durch das Volk" viel rücksichtsloser hätte durchgreifen müssen, schrieb unter dem Eindruck des am 10. Oktober 1877 erfolgten Todes Wielopolskis und der für Polen scheinbar aussichtslosen weltpolitischen Lage: "Das tragische Ende dieses Mannes läßt das bittere und zugleich demütigende Gefühl zurück, daß selbst ein geistig so hervorragender Mann die Frage nicht zu lösen vermochte, daß die angeborenen nationalen Fehler stärker waren als die Macht seines Geistes."

Wielopolski, die Weißen (Konservativen) und die Roten (Liberale mit sozialistischen Tendenzen) waren die drei Elemente, die sich gekreuzt und geschwächt haben³⁸⁾. Indem die Polen Wielopolski ausschalteten, leisteten sie ungewollt der Bismarckschen Politik Vorschub. Wie günstig

37) Koźmian, a.a.O., S. 202 und 300.

38) Piłsudski, Pisma-Mowy-Rozkazy (Schriften, Reden, Befehle), a.a.O., Bd. VI, S. 258; siehe auch: Bd. VIII, S. 134.

sich die Lage zunächst dank Wielopolski für die Polen entwickelte, bestätigte 1865 der preußische Militärbevollmächtigte und spätere deutsche Botschafter in Petersburg, Lothar von Schweinitz³⁹⁾: "Graf Wielopolski war auf dem besten Wege, das Petersburger Kabinett zu Maßnahmen zu verführen, welche faktisch ein solches Ergebnis (den Verzicht Rußlands auf Polen) zur Folge gehabt haben würden. Die unverbesserliche Torheit der Polen vereitelte ein solches Unternehmen und Herr von Bismarck, welcher jene Gefahr sowie die von Großfürst Konstantin drohende wohl erkannt hatte, beeilte sich, den Bruch zwischen den aufständischen Polen und der zu Konzessionen geneigten russischen Regierung schnell zu konstatieren und die Solidarität der preußisch-russischen Interessen durch die Petersburger Konvention vom 8. Februar 1863 aufs neue zu besiegeln." Als Zar Alexander II. 1864 zum Besuch in Potsdam weilte, sagte er beim Empfang des Markgrafen Wielopolski zu diesem: "Nous avons été vaincus, Marquis, nous avons été vaincus"⁴⁰⁾. Wie es Schweinitz sieht, hätten die Roten ohne Bismarcks gewagtes Eingreifen vielleicht doch ihr Ziel erreicht, weil Rußland nicht unter allen Umständen am Besitz Kernpolens festgehalten und ein Krieg Rußland schlecht gerüstet gefunden hätte⁴¹⁾. Seit sechs Jahren hatte nämlich keine Rekrutierung stattgefunden, so daß also der Zeitpunkt des Aufstandes nicht schlecht gewählt war. Aber Bismarck machte es der russischen Regierung unmöglich, derartigen Erwägungen Raum zu geben und stellte Preußen als bedingungslosen Bundesgenossen zur Verfügung⁴²⁾.

39) Schweinitz, Denkwürdigkeiten, a.a.O., S. 178.

40) Lisicki, Le Marquis Wielopolski, a.a.O., S. 405.

41) Schweinitz, a.a.O., der wiederholt darauf hinweist.

42) Vgl. Manteuffel-Szoegé, a.a.O., S. 162.

Im Gegensatz zu den polnischen Landesteilen im preußischen Staat wurde in denselben russischer Herrschaftsgewalt die russische Sprache ausschließlich Amtssprache. Polen erhielten in Polen und in Litauen kaum noch Anstellungen. Im Jahre 1864 beschlagnahmte der Staat auch noch den Besitz der katholischen Kirche. Der Erzbischof Feliksi wurde wegen eines an den Zaren gerichteten Protestschreibens nach Jaroslaw verbannt. Andere Bischöfe und Geistliche folgten, so daß es 1870/72 überhaupt keine Bischöfe im russisch-polnischen Gebiet mehr gab. Desgleichen wurden die meisten Klöster und die geistliche Akademie in Warschau aufgelöst. Die kirchenfeindlichen Maßnahmen der russischen Regierung gingen so weit, daß sich schließlich der Vatikan wegen der Kirchenpolitik in Polen-Litauen veranlaßt sah, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen⁴³⁾.

Was die österreichischen Polen betraf, so war Österreich aufgrund der Wiener Verträge wieder in den Besitz Galiziens gelangt. Im Jahre 1775 hatte die P o r t e die Bukowina, die bis dahin zur Moldau gehörte, an Maria Theresia abgetreten; 1786 war sie als Czernowitzer Kreis mit Galizien vereinigt worden; 1849 wurde sie wieder abgetrennt und zum selbständigen Kronland erhoben. In der Art der Verwaltung hatte sich aber wenig verändert. Da sich die österreichische Regierung während des Aufstands von 1830 nicht feindlich verhalten hatte, trugen die Polen Galiziens an den Folgen weniger als in Preußen. Im Rahmen des gesamten Hochadels der Habsburgischen Monarchie spielten die polnischen Magnaten eine nicht unerhebliche Rolle. Jedoch ließen sich Ansätze zu einer inneren Erneuerung und strukturellen Wandlung in keiner Weise fest-

43) Vgl. Manteuffel-Szoege, a.a.O., S. 164/165.

stellen. Die Lage der Bauern blieb bis 1848 ziemlich unverändert im Gegensatz zu den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, wo sich - wie dargelegt wurde - infolge der preußischen Agrarpolitik ein großer und mittlerer Bauernstand beider Nationalitäten bildete, der Großbesitz sich intensivierte und der Wohlstand wuchs.

In Galizien herrschte trotz des zum Teil guten Bodens große Armut⁴⁴⁾. Schließlich lebten in diesem Kronland zwei slawische Völker. Bis etwa zum San war es rein polnisch. Ostgalizien war, von polnischen Enklaven abgesehen, ukrainisch⁴⁵⁾. In den Städten, vor allem im Lwów (Lemberg), überwogen neben den Juden die Polen⁴⁶⁾. Die einstige ukrainische Oberschicht war im Polentum aufgegangen.

Für die "Republik Krakau" hatte der Novemberaufstand bedeutet, daß die Schutzmächte Österreich und Rußland eine strengere Kontrolle ausübten. Die ursprüngliche Verfassung durch Sondervertrag der drei Mächte vom 3. Mai 1815 (als Artikel 6 bis 10 in die Wiener Schlußakte aufgenommen und durch Artikel 118/5 als ihr Bestandteil erklärt) wurde wegen der von der Stadtbevöl-

44) Vgl. Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 363 und 366.

45) Die heute ukrainisch genannte Bevölkerung hieß in der österreichischen Amtssprache "ruthenisch", ein Ausdruck, der dem polnischen "ruski" entspricht. Der Name "Ruthenen" galt für die Ukrainer im Gebiet des östlichen Galiziens, für das nordöstliche Ungarn und für Teile der Bukowina; vgl. Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 364, Anm. 22).

46) Von den 3,5 Mill. Einwohnern, die Galizien in den vom Wiener Kongreß festgelegten Grenzen um 1815 hatte, waren über 45 % ruthenisch (d. h. ukrainisch), 47 % Polen und rund 6 % Juden. - Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914/18 gab es in Galizien rund 4.672.500 Polen 3.808.092 Ukrainer, 871.895 Juden und 90.114 Deutsche; vgl. für die erstgemachten Angaben: Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 366, und für die weiteren Zahlenangaben: Guttry, a.a.O., S. 55.

kerung mit den Aufständischen des Novemberaufstandes gezeigten Sympathie erheblich beschnitten. Im Jahre 1841 war die Verfassung der Republik Krakau so weitgehend reorganisiert, daß praktisch die Konferenz der Residenten die Republik regierte⁴⁷⁾. Seit 1841 ist auch die Abgeordnetenversammlung dort nicht mehr zusammengetreten. Im November 1846 wurde die Einverleibung des Krakauer Gebiets in das Kaiserreich Österreich formell vollzogen, nachdem die drei Schutzmächte sich das Recht zur Aufhebung der auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Republik selbst zugesprochen hatten. Der Aufstand in der Republik Krakau vom 20. Februar 1846, dem vorübergehend sogar Erfolg beschieden war, gab der Republik den Todesstoß. Danach verschärfte sich die Polenpolitik. Wie in Posen, so standen jetzt auch in Galizien die Ober- und Mittelschichten vor der Entscheidung, ob sie trotz der bürokratischen Verwaltungsmethode und Einschränkung ihrer nationalen Entwicklungsmöglichkeiten mehr konservative Politik treiben wollten, die sie allerdings der Versuchung aussetzte, sich an die Höfe und Regierungen anzulehnen, oder aber, ob sie sich den Mächten der Revolution in die Arme werfen sollten, mit denen sie der nationale Gedanke verband und von denen der soziale sie trennte. Sie hatten sich für das letztere entschieden.

Wenn man die russisch-polnischen und die österreichisch-polnischen Verhältnisse mit den preußisch-polnischen vergleicht, weckt das "Schlußbekenntnis" des zuvor zitierten Chudziński die Erinnerung an den polnischen, mütterlich deutschblütigen, General Jan Henryk Dąbrowski, der 1796 Friedrich Wilhelm II. den Vorschlag unterbreitete, eine polnische Legion aufzustellen. Polen sollte be-

47) Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 368.

freit und der König von Preußen Herrscher des ganzen wieder hergestellten Königreichs Polen werden. Friedrich Wilhelm II. hatte diesen Vorschlag in verbindlicher Weise abgelehnt, jedoch Dąbrowski seinerseits angeboten, als General in preußische Dienste zu treten. Mit Hilfe Napoleons, der 1797 die französische Armee in Italien kommandierte, konnte Dąbrowski seine Idee verwirklichen und den Zuzug enthusiastischer Patrioten aus dem geteilten Polen organisieren. In diesen Legionen sah Dąbrowski die Kader sowohl zur nationalen Wiederherstellung als auch zur politischen Revolutionierung Polens im Sinne seiner Verfassung von 1791. In den Reihen dieser polnischen Legionen, die sich in den Kämpfen in der von Napoleon errichteten Lombardischen Republik hervortaten, hatte der in den Reihen der Legionen mitkämpfende Publizist Józef Wybicki im Sommer 1797 jene Hymne gedichtet, die seitdem das Nationallied der Polen geworden und geblieben ist: *Jeszcze Polska nie zginęła* ("Noch ist Polen nicht verloren"). Mit dem Refrain dieses Liedes: "Marsch, marsch, Dąbrowski, aus Italien nach Polen" gaben die polnischen Legionen ihrer Hoffnung Ausdruck.⁴⁸⁾

So vereinen sich Chudziński's "Bekenntnis", die Integrität Preußens zu verteidigen, mit der nie erlahmenden Hoffnung der Polen, wie sie aus ihrer Nationalhymne spricht, in fast symbiotischer Weise.

Gleichviel, auch nach dem harten Urteil Chudziński's, wird man sich dessen gewiß sein, daß der preußisch-polnische Zweivölkerstaat sich nicht mit Preußens

48) Vgl. Manteuffel-Szoegge, a.a.O., S. 26;
Rhode, Gotthold, a.a.O., S. 329.

"deutscher Sendung" vertragen hat, so wie man vom heutigen Standpunkt aus die polnischen Teilungen um Polens willen anders einzuschätzen bereit ist und sie möglicherweise als Unrecht, wenn nicht gar als Verbrechen am polnischen Volke empfindet. Aber eine solche retrospektive Betrachtungsweise muß als unhistorisch abgelehnt werden, weil ein solches Unterfangen Ideen in das 18. Jahrhundert hineinprojizieren hieße, die es damals noch gar nicht gegeben hat. Fest steht allein, daß es seiner Zeit weder einen deutschen noch einen polnischen Nationalismus gab und von einer "deutschen Sendung" Preußens überhaupt noch keine Rede sein konnte, ebenso wenig wie von einer Germanisierung der Polen, wie sie später in der Bismarckschen Zeit, wenn auch nur gesinnungsmäßig und im eigentlichen erst in der Nachbismarckschen Zeit praktiziert wurde. Der Versuch des Frankfurter Parlaments, die deutsche Frage im nationalstaatlichen Sinn zu lösen und die bisher außerdeutschen Gebiete sowohl Preußens als auch Österreichs dem deutschen Nationalstaat anzugliedern, mußte unmittelbar die Lebensinteressen der westslawischen Nationalitäten berühren, die von der 1848er Revolution vielmehr die völlige Unabhängigkeit bzw. die Erweiterung ihrer nationalen Sonderstellung erhofft hatten. So hat also der deutsche Nationalstaatsgedanke den Anstoß zu einer nationalslawischen Bewegung gegeben, die sich die Bildung eines nichtdeutschen Mitteleuropas zum Ziel setzte.

Die Verwirklichung dieser Pläne ging von den preußischen Polen aus, die dann zu dem panslawistischen Kongreß am

49) abgedruckt bei Rothfels, Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, a.a.O., S. (83) 173, und Anlage III a, Nr. 8.

31. Mai in Prag führten. Der Initiator dieses "slavisches Parlaments", der polnische Historiker von Morawski, hatte sich zuvor noch am 24. Mai mit einem Schreiben an den ehemaligen Oberpräsidenten Theodor von Schön gewandt⁴⁹⁾ und ihn um seinen Einfluß gegen den Plan einer Demarkation nach der Sprachgrenze, wonach ein Teil Posens aus der national-deutschen Souveränität entlassen werden sollte, gebeten, damit er sich dafür einsetzen möchte, der Errichtung eines polnischen Staates zuzustimmen und somit diesen Fragenkomplex mit einem "Finis Poloniae" zu beenden. In seinem Antwortschreiben vom 3. Juni 1848⁵⁰⁾, in dem Schön die "Posener Verwirrung" auf die "offensichtliche Verwechslung" der Begriffe von Staat und Nationalität zurückführte, gibt er diesen Begriffen die deutliche Rangordnung, die nicht nur seinen eigenen Grundanschauungen entspricht, sondern auch mit dem "Warnungsruf" Bismarcks vom April 1848 in der oben bereits zitierten Magdeburger Zeitung und dem gleichfalls schon zitierten Appell des demokratischen Abgeordneten Jordan an die Frankfurter Nationalversammlung⁵¹⁾ übereinstimmt. In dem Antwortschreiben Schöns heißt es u. a.: "Nationalität zur Idee erhoben und rein gestaltet, ist so hoch und erhaben, daß sie unbedingt Achtung erfordert. Jede Maßregel, welche der Gestaltung dieser Idee entgegen ist, ist verwerflich. Jeder in einem Staate lebende Mensch kann z. B. fordern, daß ihm das Gotteswort in seiner Mundart vorgetragen werde, daß der Richterspruch in seiner Sprache erfolge, daß die Gesetze in seiner Sprache ihm bekannt werden..."

50) abgedruckt bei Rothfels, Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, a.a.O., Anhang III a, Nr. 9.

51) Stenographischer Bericht der Frankfurter Nationalversammlung 1858, II, S. 146.

Ganz verschieden davon aber ist die Idee des Staates, dessen Grenze vor allem durch die Möglichkeit der Entwicklung der großen Masse der im Staate lebenden Menschen zu einem höheren Leben bestimmt wird. "Die Bestimmung der Grenzen der Staaten folgt der Weltordnung, bei Erhaltung der Nationalität." Indem Schön auf die Nationalitätenprobleme der außerdeutschen Staaten verweist, schreibt er weiter: "Sobald aber die Idee des Staates sich angemessener und höher stellte, gingen die Nationalitäten in einem Staate darin auf, und es blieb ihnen nur das Recht der wesentlichen Berücksichtigung." In dem eigenhändig geschriebenen Zusatz Schöns im Entwurf seines Schreibens hieß es übrigens darüber hinaus noch: "Nationalität kann niemals Basis der Kultur, also des Zweckes des menschlichen Daseins sein... Der Staat erst gibt durch Eigentum die Möglichkeit der geistigen und moralischen Entwicklung." Und, indem Schön fortfahrend diese, seine Überzeugung auf den Zustand der Provinz Posen anwendet, ist seines Erachtens alles, was man darüber hört oder erfährt, so verworren, begriffsverwechselnd, chaotisch, daß es schwer ist, Ideen oder vollends eine idea superior daraus zu entwickeln. Resümierend kommt Schön zu dem Schluß: "Man spricht von Wiederherstellung Polens und: Ein Königreich Polen ist da!" So hält Schön den von den Polen "eingeschlagenen Weg zur Erhaltung der Nationalität" gerade für den entgegengesetzten, der dem verfolgten Zweck "verderblicher zu sein" scheint, und er fügt hinzu: "Sensenmänner allein können niemals den kategorischen Imperativ ersetzen, sie schaden diesem Allmächtigen und Allgewaltigen vielmehr. Ebenso kann es der Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Staates nicht günstig sein, wenn man bemüht ist, außerhalb diesem Staat einen Herd der besseren Ordnung der Dinge für Nationalität zu suchen."

So wie Schön trotz der Auswirkungen des Warschauer Aufstandes von 1830 Maßnahmen radikaler Germanisierung nicht ergriffen hat, weil man - wie er 1831 an den Kronprinzen schrieb⁵²⁾ - "nur dadurch, daß man Ideen bei den Völkern ins Leben setzt, ... Völker ketten kann, damit aber noch keine völkische Politik betreibt, sondern nur die Obrigkeit außer Zweifel stellt", wollte er deutlich machen, daß Staat vor Nation geht.

Damit wird aber zugleich die Staatsintelligenz angesprochen und der in ihr innewohnende Idealismus, welcher stets der bestimmende Faktor alles staatlichen Geschehens ist. In Preußen nur einen Rationalstaat und keinen Nationalstaat sehen zu wollen⁵³⁾, der "volklos, stammlos, abstrakt, ein aus dem Geist der Aufklärung konstruiertes Justiz- und Militärsystem" ist, "das sich fast beliebig verlagern und übertragen, beliebigen Völkern, Stämmen und Gebieten überstülpen ließ", von dem man aber dennoch nach einem gängigen Reim aus jener Zeit sagte:

" Niemand wird Preuße denn aus Not.
Ist er's geworden, dankt er Gott",

wird dem preußischen Staate, seinen Regierungen und seinem Behördenapparat, vor allem aber seinem Staatsvolk, das nicht nur rationellem Denken, sondern - wie der Lauf des geschichtlichen Werdegangs im 19. Jahrhundert gezeigt und bewiesen hat - durchaus nationaler Gesinnung verhaftet war, in keiner Weise gerecht und rückt einem blasphemischen Urteil nahe.

52) Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön 1875 bis 1883, a.a.O., Bd. VII, S. 255 ff.

53) Haffner, a.a.O., S. 86; vgl. auch S.A II S.14 dieser Arbeit.

Gewiß ist z. B. gerade das geschichtliche Bewußtsein der preußischen Beamten, "im Geist die Staatlichkeit ihres Staates zu finden", ein Phänomen gewesen, wie es der an der Berliner Universität lehrende Hegelianer Gans⁵⁴⁾ darstellt. Aber ein Staat, "so plötzlich hingeworfen, ohne historische Tradition wie der preußische, ist notwendig ein Staat des Gedankens und der Intelligenz", stellt Gans fest und fügt hinzu: "Es ist mir bisweilen so vorgekommen, daß man den preußischen Staat dadurch herabzusetzen glaubte, indem man ihm die Natürlichkeit absprach und ihn einen Begriff nannte. Der preußische Staat sei in der Tat ein Begriff, der sich aber seine Realität selbst zu geben versteht... Er kann nicht anders als intelligent sein. Auf keine angeborene physische und nationale Grundlage sich stützend, muß er stets eins sein mit seiner Zeit." Und Joseph von Görres, den Gans zitiert⁵⁵⁾, hat den preußischen Geist, wenn auch in seiner im politischen Katholizismus begründet liegenden Art, in der Weise gezeichnet, daß er gesagt hat, daß Preußen "keine leibliche Basis, keinen festen gediegenen Zusammenhang, keine innerliche Sättigung und sich selbst genügende Gehaltenheit gehabt hätte. Seine Glieder sind weithin ausgedehnt wie die Gebeine, die das Wort des Propheten, der die Winde aus allen Weltgegenden zusammenruft, beleben soll. Was ist dies lebendige Wort, sicher nichts als der Geist, mit dem Preußen steht und fällt..."

Damit wird - wenn auch später (im Jahre 1850) - die von Metternich herausgestellte "Disziplin" angesprochen, unter die, wie er meinte, "das Berliner Cabinet die

54) Gans, a.a.O., S. 471; vgl. Koselleck, Staat und Gesellschaft, a.a.O., S. 55 ff.

55) "Rheinischer Merkur", hrsg. von A. Duck, München 1921, S. 281.

deutsche Demokratie zu bringen vermochte"⁵⁶⁾. Nach Metternich liegt der Grund des Phänomens "in der Schicht der Bevölkerung, welche das gebildete Proletariat bildet, d. h. in den Beamten, Professoren, Literatenkasten, welche zusammengenommen den Vernunftstaat bilden. An der Spitze dieser gespenstischen Associationen steht Preußen seit mehr als einem Jahrhundert". Und schließlich eröffnet der Publizist und Föderalist Constantin Frantz seine Kritik an Preußen mit der Feststellung⁵⁷⁾: "Führt Preußen mit Hegel den Namen des Staates der Intelligenz, so hat das insofern seinen Grund, als die Bildung dieses Staates aus so geringen Anfängen und mit so geringen Mitteln, gewiß zum großen Teil auf der gouvernementalen Intelligenz beruhte."

Überzeugend hingegen wirkt die Aussage Diltheys⁵⁸⁾ aus dem Jahre 1861, der Schoeps⁵⁹⁾ - gleichsam als Motto - die Überschrift: "Der Staat der geistigen Energie" gegeben hat, und die bezeugt, daß "wenn der Idealismus, welcher in der Intelligenz überall den ersten bestimmenden Faktor alles Geschehens sucht, echt deutsch ist, dann muß ganz Deutschland auf die Geschichte eines Staates stolz sein, der durch rein geistige Energie zweimal in entscheidenden Kämpfen um seine Existenz neu begründet worden ist, dessen Stellung nach seiner Lage und Ausdehnung auf seiner geistigen Spannkraft beruht, nicht auf Naturverhältnissen. Diese Energie des Geistes, der seiner Herrschaft gewiß ist, ist zugleich der Ursprung der Größe Preußens und der Charakter der deutschen Nation.

56) zitiert nach Lorenz, a.a.O., S. 77.

57) Frantz, a.a.O., S. 269 ff.

58) Dilthey, Gesammelte Schriften, Bd. XII (Zur preussischen Geschichte), a.a.O., S. 128.

59) Schoeps, Das war Preußen, a.a.O., S. 13.

Und in diesem Sinne darf man wohl Preußen den Staat der Intelligenz wie den deutschesten Staat nennen"⁶⁰⁾.

Bei aller dieser Verherrlichung Preußens, dem das 19. Jahrhundert, was die polnische Frage betrifft, die schwierige und verantwortungsvolle, weil lebensbedeutende Aufgabe gestellt hatte, nicht nur seines Staatserhalts-, sondern auch des Gemeinwohls seiner deutschen und polnischen Untertanen wegen, die auf es in fast unübersehbarer Fülle zukommenden Probleme zu lösen zu suchen - eine Aufgabe, der es sich nach bestem Wissen und Gewissen zu entledigen versucht hat -, darf dennoch nicht die ewig gültige Rechtsmaxime vergessen werden, die der bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts wirkende Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und langjährige Rektor der Friedrich Wihelms-Universität Berlin, Heinrich Triepel, mit der oft zitierten Formulierung, die den Rechtspositivismus im innersten Kern traf und sich zugleich gegen die durch James Goldschmidt in den zwanziger Jahren heraufbeschworene "Gesetzesdämmerung" richtete, angesprochen hat: "Heilig ist nicht das Gesetz; heilig ist nur das Recht. Und das Gesetz steht unter dem Recht!"⁶¹⁾

Diese im transzendentalen Raum liegende Erkenntnis vermag allerdings keine praktikable Lösung für Konfliktsituationen, wie sie das deutsch-polnische Verhältnis beinhaltet haben, anzubieten. Dazu bedarf es

60) Mit dem Alliierten Kontrollrats-Gesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 ist Preußen aufgelöst worden.

61) Vgl. Forsthoff, a.a.O., S. 15.

vielmehr, und ganz besonders für die sich in jüngster Zeit angestrebten gutnachbarlichen Beziehungen beider Völker, eines vertieften humanistischen Geistes, um alle Intentionen auf den verschiedenen gemeinsamen Lebensgebieten zu beseelen und menschlich spürbar zu machen. Dies gilt für beide Völker um so mehr, als es der endgültigen Ausmerzung veralteter und verhärteter Formeln bedarf, die das gegenseitige Verhältnis seit Jahrhunderten belastet haben und zum Teil sogar sprichwörtlich geworden sind. Wenn Brückner⁶²⁾ auf das angeblich "bekannte" Sprichwort, das "schon im 16. Jahrhundert als ein altes" gegolten haben soll und das lautet: "Solange Welt Welt bleibt, wird nie der Deutsche dem Polen ein Bruder werden", und damit zugleich auf die bereits seit dem 14. Jahrhundert herrührende "Entfremdung" polnischen Wesens hinweist, die später dann "in der Geschichte des polnischen Geistes so oft zum genativen Ausdrucke" gelangt sei, so muß es das Gebot der Stunde sein, an die Stelle des einstigen Gegen- und Nebeneinanders kraft der beiden Völkern innewohnenden sittlichen Entfaltungsmöglichkeiten das Zueinander zu Nutz und Frommen ihrer davon reüssierenden Staatsangehörigen sowohl als auch ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen wirksam und dauerhaft zu gestalten⁶³⁾.

62) Vgl. Brückner, a.a.O., S. 8.

63) Neben den Vereinbarungen, die der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 17. 5. 1972 vorsieht, ist als ein Beispiel gemeinsamen Bemühens, sich gegenseitig zu verstehen und verständlich zu machen, die deutsch-polnische Völkerrechtstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 14. bis 16. Januar 1972 zu nennen, an der namhafte deutsche und polnische Völkerrechtler teilgenommen haben. In den Diskussionen wurden die bereits bestehenden Gemeinsamkeiten völkerrechtswissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis festgestellt und aufgezeigt, in welchen Auffassungen man voneinander noch entfernt ist; vgl. "Völkerrecht und Außenpolitik", Bd. 16, "Deutsch-polnisches Völkerrechtskolloquium 1972", Athenäum Verlag.

Lebenslauf

Heinrich Ernst Otto Hartmann, geb. 30. 11. 1906 in Berlin, evangelisch, verheiratet mit Annemarie Hartmann, geb. Oehl, zwei Söhne.

Eltern: Ernst Hartmann, Telegrafien-Inspektor, gest. 1947, Anna Hartmann, geb. Schreiber, gest. 1935, beide in Berlin.

Abitur 1927 an der Oberrealschule in Berlin-Pankow. Anschließend Studium der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten Berlin und Jena.

Staatsexamen und Promotion zum Dr. iur. utr. 1932 (Universität Jena). Thema der Dissertation: "Die Parteifähigkeit der politischen Parteien und Fraktionen in Verfassungsstreitigkeiten vor dem Staatsgerichtshof".

Vorbereitungsdienst als Referendar im Kammergerichtsbezirk Berlin bis Ende 1935. Informatorische Tätigkeit beim Allianz-Konzern in Berlin bis 30. 4. 1936. Vom 1. 5. 1936 bis 31. 7. 1938 Dezernent bei der ehemaligen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (jetzige Bundesanstalt für Arbeit) in Berlin. Ab 1. 8. 1938 Syndikus und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Blindenfürsorge-Verbandes e. V., Berlin, bis zu dessen Auflösung (Kriegsfolge) am 30. 6. 1945. Zwischenzeitlich, vom 28. 8. 1939 bis Mai 1945, bei der Wehrmacht und im Kriegseinsatz (Dienstgrad: Oberleutnant und Rgts.-Adjutant). Bis Juni 1947 in französischer Kriegsgefangenschaft. Vom Juni 1947 bis Oktober 1948 für die Historische Division der amerikanischen Armee dienstverpflichtet. Danach Mitarbeit in Rechtsanwaltskanzleien in Heidenheim/Brenz. Vom 1. 7. 1950 bis 30. 6. 1951 Syndikus der Lederer-Bräu AG in Nürnberg. Ab 1. 7. 1951 bis 31. 7. 1952 im Auftrag der Stadt Nürnberg für die Vorbereitung und Durchführung der ersten internationalen Jugendschutzwoche der Stadt Nürnberg tätig. Vom 1. 8. 1952 bis 31. 3. 1962 Leiter der Rechts- und Vertrags-Abteilung bei der Hauptverwaltung der Siemens-Betriebskrankenkasse in Erlangen und später in München.

In Verbindung mit der Teilnahme an mehreren Wehrübungen (letzter Dienstgrad: Major) vom 1. 4. 1962 bis 31. 12. 1963 Dezernent beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz. Ab 1. 1. 1964 bis zum Übertritt in den Ruhestand (Grund: Erwerbsunfähigkeit) am 1. 12. 1966 Prokurist und Abteilungsleiter bei der Firma Diehl in Nürnberg.

Vom Sommer-Semester 1971 bis Ende Winter-Semester 1972/73 Philosophie-Studium an der Universität Erlangen-Nürnberg.



Buchdruckerei Ludwig Müller - 852 Erlangen, Fahrstraße 5